NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06935789 9

Busch

Ecc

Unser Reichskanzler

2.

Digitized by Google

Unſer Reichskanzler

Studien zu einem Charakterbilde

von

Moritz Buſch

Zweiter Band

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1884

Digitized by Google

n -
7269 -

Das Recht der Überſetzung wird vorbehalten.

Erſtes Kapitel.

Bismarck und die Franzoſen.

Am 16. Juni 1860 ſchrieb Bismarck aus Petersburg einem preußiſchen Diplomaten: „Die Augsburger u. Co. [die mittelſtaatlichen Diplomaten] haben noch immer Angſt, ich möchte Miniſter werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine franzöſiſch-ruſſiſchen Geſinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Übrigens ſind meine politiſchen Liebhabereien im Frühjahre bei Hof und Miniſter ſo genau geſiebt worden, daß man klar weiß, was daran iſt, und wie ich gerade im nationalen Aufſchwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verſchrieben bin, ſo iſt es ein teutoniſcher und kein galliſcher.“ Kurz darauf, am 22. Auguſt, beklagt er ſich in einem gleichfalls von Petersburg datirten Briefe über ſyſtematiſche Verleumdung ſeitens der Preſſe, die ihn beſchuldigt hatte, ruſſiſch-franzöſiſche Zumutungen wegen Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern Deutſchlands offen unterſtützt zu haben, und antwortet darauf: „Ich zahle dem-

jenigen tauſend Friedrichsd'or baar, der mir nachweiſen kann, daß dergleichen ruſſiſch-franzöſiſche Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht ſeien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutſchen Aufenthaltes nie etwas andres geraten, als uns auf die eigne und auf die im Fall eines Krieges aufzubietende nationale Kraft Deutſchlands zu verlaſſen."

Auch ſpäter waren noch ſolche Verdächtigungen im Umlauf und fanden nicht bloß unter Fortſchrittspolitikern und Ultramontanen, ſondern auch in hochſtehenden Perſönlichkeiten des Hofes Gläubige. Was aber dabei behauptet wurde, war entweder Erfindung eines verlognen Parteigeiſtes oder Mißverſtändnis, wo die Betreffenden läuten, aber nicht anſchlagen gehört hatten. Die Wahrheit wird ſich aus Nachſtehendem ergeben, mit dem man das vergleichen wolle, was im fünften Kapitel des erſten Bandes über die öſterreichiſche Politik während des Krimkrieges und über die Stellung der deutſchen Mittelſtaaten zu Frankreich geſagt worden iſt. Es geht daraus mit Evidenz hervor, daß Bismarck zwar eine Zeit lang notgedrungen den Gedanken an ein Bündnis mit Frankreich unter ſeine Berechnungen aufgenommen, niemals aber auch nur entfernt daran gedacht hat, ſich die Freundſchaft der Franzoſen durch Abtretung deutſchen Gebietes zu erkaufen.

Als Bundestagsgeſandter betrachtet er in einem an Manteuffel gerichteten Schreiben vom 26. April 1856 die Lage Preußens gegenüber einer damals wahrſcheinlich gewordenen nähern Verbindung Frankreichs und Rußlands und gelangt im Hinblick auf den geringen Wert eines Bündniſſes mit England, auf die Unzuverläſſigkeit der deutſchen Mittelſtaaten und auf die treuloſe Selbſtſucht des Wiener Kabinets zu dem Schluſſe: „Käme es zur Verwirklichung einer ruſſiſch-franzöſiſchen Allianz

mit kriegeriſchen Zwecken, ſo könnten wir meiner Überzeugung nach nicht unter den Gegnern derſelben ſein," worauf er fortfährt: „Um uns jede Chance offen zu erhalten, ſcheint für den Augenblick ja nichts erforderlich, als vielleicht etwas mehr koſtenloſe Freundlichkeit gegen Louis Napoleon und Ablehnung jedes Verſuchs, uns gratuitement und vor der Zeit an das Schlepptau eines andern zu feſſeln. Bei der Ratifikation des Friedens [von Paris] wird ohne Zweifel ein Ordensaustauſch der Souveräne ſtattfinden, und es würde für uns wohl nicht von praktiſchem Nutzen ſein, wenn wir uns von dieſer wohlwollenden Demonſtration Paris gegenüber ausſchlöſſen oder uns erheblich ſpäter als andre dazu herbeiließen. Es iſt gewiß, daß Louis Napoleon an ſeinem neuen Hofe und nach ſeinen perſönlichen Dispoſitionen das Eingehen oder Ausbleiben dieſes Freundſchaftsbeweiſes höher anſchlägt als die Träger alter Kronen pflegen." Bald nachher, am 10. Mai, empfiehlt er ſeinem Chef die Pflege guter Beziehungen zu Frankreich, damit die Möglichkeit eines Bündniſſes mit demſelben erhalten bleibe. Zu welchem nächſten Zwecke, geht aus der folgenden Betrachtung hervor. „Wir vermögen es nicht, die gegenſeitigen Beziehungen der übrigen Großmächte zu einander nach unſrer Wahl zu geſtalten, aber wir können uns die Freiheit bewahren, die Geſtaltungen, welche ſich ohne unſer Zuthun und vielleicht gegen unſre Wünſche entwickeln, nach den Anforderungen unſrer Sicherheit und unſrer Intereſſen zu benutzen. Unſre Beziehungen zu Rußland, England und Öſterreich ſind von der Art, daß ſie kein Hindernis für eine Annäherung an jede dieſer Mächte bieten, wenn uns die Umſtände eine ſolche ratſam erſcheinen laſſen. In Betreff Frankreichs findet zwar nicht das Gegenteil ſtatt, aber die Keime einer gegenſeitigen Entfremdung ſind dort nach den geſchichtlichen und dynaſtiſchen Verhältniſſen in dem Maße vorhanden, daß

nur eine ſorgfältige Pflege unſrer Beziehungen uns die Fähigkeit bewahren kann, nach Umſtänden ebenſo leicht mit Frankreich zu gehen als mit jeder andern der genannten drei Mächte. Ich will damit nicht einem preußiſch-franzöſiſchen Bündniſſe a priori das Wort reden; aber ich glaube, es bedarf keines Beweiſes, daß unſre Stellung an Gewicht verlieren wird und die übrigen Kabinette anfangen werden, weniger Rückſicht auf uns zu nehmen, ſobald aus dem Kreiſe der für Preußen möglichen Entſchließungen die Chance eines Bündniſſes mit Frankreich als gänzlich geſtrichen anzuſehen iſt, und wir können, ohne daß wir es zu hindern imſtande wären, in Lagen geraten, wo jene Chance von zwei Übeln das kleinſte iſt. Wird dies zugegeben, ſo folgt auch daraus, daß unſre Beziehungen zu Frankreich einſtweilen von der Art ſein müſſen, daß ſie uns jederzeit erlauben, dieſer Macht ohne Schaden und Demütigung für uns noch näher zu treten, und daß auch die andern Höfe den Eindruck behalten, daß uns dieſe Möglichkeit offen ſteht.... Reiſende, die aus Paris kommen, erzählen, daß der Kaiſer Napoleon zu preußiſchen Offizieren ... den Wunſch und die Hoffnung geäußert habe, die preußiſchen Truppen bei einer Übung zu ſehen. Da er nicht leicht etwas ohne Abſicht und Vorbedacht ſpricht, ſo hat man daraus geſchloſſen, daß er gern eine Einladung nach Berlin haben möchte. Was daran iſt, wird Hatzfeldt beſſer wiſſen als ich; wenn es aber richtig wäre, ſo würde ich in einem ſolchen Beſuche einen ſehr gelungenen Abſchluß der preußiſchen Politik in der orientaliſchen Frage und eine eklatante Exempelprobe für deren Richtigkeit erblicken. Der Selbſtherrſcher der Franzoſen hat dermalen eine ſo entſcheidende Bedeutung in den Entſcheidungen der europäiſchen Politik, und ſeine Freundſchaft oder auch nur der Kredit des äußern Anſcheins derſelben wird von den mächtigſten Monarchen ſo eifrig geſucht, daß es nicht

bloß ein formeller Beweis von Anerkennung, ſondern eine Thatſache von politiſchem Gewicht ſein würde, wenn er nach der Ehre ſtrebte, unſerm Allergnädigſten Herrn vor allen andern ſeinen Beſuch zu machen.... Man mag beklagen, daß es ſo ſteht, aber Thatſachen laſſen ſich nicht ändern, ſondern nur benutzen, und wie die Dinge liegen, ſtellt ſich ein Beſuch des franzöſiſchen Kaiſers in Berlin als ein diplomatiſcher Gewinn, das Unterlaſſen der Einladung, falls die Velleität bei ihm wirklich vorhanden iſt, als ein politiſcher Fehler, meiner Anſicht nach, dar."

Der Kaiſer der Franzoſen ſcheint damals in der That den Wunſch nach einer Annäherung an Preußen gehegt zu haben. Am 4. November berichtete Bismarck ſeinem Miniſter über eine Unterredung, die er in Frankfurt auf einer Soiree beim franzöſiſchen Geſandten mit dem Prinzen Napoleon gehabt, und bei welcher ſich letzterer ihm „mit einer für die übrige Geſellſchaft einigermaßen peinlichen Ausſchließlichkeit gewidmet und u. a. bemerkt hatte, die Neuenburger Sache ſei ein günſtiges Ereignis, wenn ſie eine Annäherung zwiſchen dem Könige Friedrich Wilhelm und dem Kaiſer Napoleon zuwege bringe. Die Verbindung Preußens und Frankreichs, als die der »beiden ziviliſirteſten Völker der Welt,« ſei die natürlichſte von allen und könne beiden gleich vorteilhaft werden. Frankreich verlange Vergrößerungen nur, falls andre Mächte ſich vergrößerten." Als die Frage wegen der Neuenburger Royaliſten 1857 zu einem Feldzuge Preußens gegen die Schweiz zu führen drohte und auf der zur Schlichtung des Streites zuſammengetretenen Konferenz in Paris in erſter Linie England, in zweiter Öſterreich gegen die preußiſchen Anſprüche auftrat, machte Graf Walewski, der Vertreter Frankreichs bei den Beratungen, „bei jedem Punkte den Verſuch, dem engliſchen Widerſpruche Terrain

abzugewinnen.“ Der Kaiſer aber, mit dem Bismarck bei dieſer Gelegenheit im Auftrage ſeiner Regierung mehrere Unterredungen hatte, war, wie der Kanzler uns 1870 während des franzöſiſch-deutſchen Krieges erzählte, „ſehr nett und liebenswürdig.“ Er lehnte zwar den Wunſch des Königs, ſeine zum Angriff auf die Schweizer beſtimmten Truppen durch das Elſaß und Lothringen marſchiren laſſen zu dürfen, ab, da das in Frankreich zu viel Aufregung verurſachen würde. Sonſt aber billigte er das Unternehmen, indem er äußerte, „es könne ihm nur lieb ſein, wenn das Demokratenneſt ausgenommen würde.“ Auch in einer andern Frage, die damals zwiſchen Bismarck und Napoleon beſprochen wurde, zeigte der letztere ſich wohlwollend und willfährig. Es handelte ſich um die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit, und als Bismarck dem Kaiſer auseinandergeſetzt, was Dänemark nach ſeiner perſönlichen Anſicht in dieſer Sache zur Befriedigung Deutſchlands zu bewilligen und zu unterlaſſen habe, und für die von einem Bundeskommiſſar in Kopenhagen zu vertretenden deutſchen Anſprüche vertrauliche Unterſtützung ſeitens der auswärtigen Geſandten, namentlich auch des franzöſiſchen, für wünſchenswert erklärt hatte, ſagte ihm Napoleon dieſe Unterſtützung zu, falls durch die deutſchen Forderungen nicht der Beſtand der däniſchen Monarchie gefährdet würde. Auch im folgenden Jahre hatte Bismarck keine Urſache, anzunehmen, der Kaiſer werde in der Herzogtümerfrage ſich gegen Deutſchland erklären. In einem Berichte vom 30. Juni 1858 bemerkt er: „Meines Dafürhaltens iſt in keiner Weiſe zu beſorgen, daß Frankreich in dieſer Frage einen Bruch mit Deutſchland ſuchen werde. Es mag immerhin möglich ſein, daß es, inſoweit auch England dazu die Hand bietet, mit dieſem gemeinſchaftlich in einem ſpätern Stadium eine demonſtrative Haltung zu Gunſten Dänemarks einnimmt. Wenn aber Frank-

reich einen kontinentalen Krieg ſucht, in welchem es England nicht auf ſeiner Seite haben würde, ſo vermag ich dem Kaiſer Napoleon einen ſo unweiſen Entſchluß nicht zuzutrauen, daß er gerade die holſteiniſche Sache zum Angriffspunkte wählen würde. Wenn irgendeine, ſo würde gerade dieſe im gegenwärtigen Augenblicke das geſamte deutſche Nationalgefühl ins Gefecht ziehen und die deutſchen Regierungen zur Einigkeit gegen Frankreich auch wider Willen mit fortreißen. Es iſt aus dieſem Grunde ſchon nicht recht wahrſcheinlich, daß der Kaiſer Napoleon, wenn er glaubt, einen Krieg beginnen zu müſſen, unmittelbar deutſches Gebiet zum Ziele ſeines Angriffs wählen würde. Wer aber die Anſicht verbreitet, daß derſelbe zum Anlaß eines ſolchen Angriffs gerade eine Frage wählen werde, welche zum Symbole deutſcher Nationalehre ſeit Jahren hinaufgeſchraubt worden iſt, und deren eifrige Vertretung jedermann als das geeignetſte Mittel betrachtet, um ſeine deutſchen Geſinnungen zu bewähren und die Gunſt der öffentlichen Meinung zu gewinnen, der hat beſondre Gründe, Befürchtungen der Art zu erregen oder den geſunden Menſchenverſtand des Kaiſers Napoleon zu verleumden."

Dieſe Auffaſſung Napoleons erwies ſich im Januar 1864 als vollkommen richtig. Als Lord Ruſſel damals Frankreich ein eventuelles Zuſammenwirken mit England vorſchlug, durch welches „Dänemark in ſeinem Widerſtande gegen eine Zerſtückelung materielle Unterſtützung gewährt werden ſollte," lehnte der Kaiſer dies ab, und eine Depeſche ſeines Miniſters Drouyn de l'Huys motivirte dieſen Schritt folgendermaßen: „Der Kaiſer erkennt die Wichtigkeit des Londoner Vertrags an, inſofern derſelbe bezweckt, das Gleichgewicht und den Frieden Europas zu bewahren. Während die franzöſiſche Regierung dieſem Zwecke des Vertrags ihren vollen Beifall zollt, muß ſie dennoch aner-

kennen, daß die Umſtände eine Änderung desſelben nötig machen können. Der Kaiſer iſt ſtets geneigt geweſen, große Rückſichten auf die Gefühle und Beſtrebungen der Nationalitäten zu nehmen. Man kann unmöglich verkennen, daß die nationalen Gefühle und Beſtrebungen Deutſchlands auf eine engere Vereinigung mit den Deutſchen Schleswig-Holſteins gerichtet ſind. Dem Kaiſer würde jedes Mittel widerſtreben, mit welchem er die Verpflichtung übernähme, mit den Waffen die Wünſche Deutſchlands zu bekämpfen.... Schleswig und England liegen fern von einander. Aber der Boden Deutſchlands und derjenige Frankreichs berühren ſich, und ein Krieg zwiſchen den beiden wäre der unheilvollſte und gewagteſte, den das Kaiſerreich unternehmen könnte. Neben dieſen Erwägungen kann der Kaiſer nicht umhin, ſich zu erinnern, daß er in Europa zum Gegenſtande des Mißtrauens und Verdachtes bezüglich ſeiner angeblichen Vergrößerungsprojekte nach dem Rhein hin gemacht worden iſt. Ein Krieg an der Rheingrenze begonnen würde dieſen grundloſen und ungerechtfertigten Anſchuldigungen noch größere Kraft verleihen.... Wenn ſpäter das Gleichgewicht ernſtlich bedroht würde, dürfte der Kaiſer geneigt ſein, neue Maßregeln im Intereſſe Frankreichs und Europas zu ergreifen. Für jetzt aber will er ſeiner Regierung die volle Freiheit des Handelns wahren."

Die Enthaltſamkeit Napoleons beruhte, wie wir ſehen werden, allerdings auf Berechnung desſelben, er dachte Preußen dadurch geneigt zu machen, ſich mit ihm ſpäter über gemeinſchaftliche Unternehmungen zu verſtändigen, die ihm gleichfalls Vorteile bringen ſollten. Aber andrerſeits trug auch Bismarck Sorge, die gute Stimmung des Kaiſers auf jede mit dem Intereſſe Deutſchlands verträgliche Weiſe zu nähren und bis zur Auseinanderſetzung mit Öſterreich über die Hegemonie in Deutſchland zu ſteigern. Am 21. Februar 1879 ſagte er darüber im

Reichstage: „Ich hatte allen Grund, dieſes gute Einvernehmen zu erhalten. Es iſt mir dies gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Geſandter war, perſönlich, ſondern auch in den recht ſchwierigen Zeiten durch die polniſche Kriſis [von 1863] hindurch, in der Frankreich uns gegenüber ſtand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigſten an der Hand dieſes Handelsvertrags,*) ſo zu pflegen, daß wir ſchon in der däniſchen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich uns zur Seite hatten, die den Velleitäten andrer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu laſſen, von Haus aus den Boden entzog. Ja noch mehr, in dem weitern Kampfe, der 1865 mit Öſterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkte fortgeſetzt worden, bis zu welchem ſie ſich in der That glücklicherweiſe für uns fortgeſetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weiſe gepflegt hätte. Dadurch entſtand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiſer Napoleon, der ſeinerſeits lieber Verträge mit Preußen hatte wie mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geſchlagen werden würden, und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ohne Entgelt ſchützen würde. Aber es iſt meiner Anſicht nach politiſch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuſchung über die gegenſeitige militäriſche Stärke uns wohlgeſinnt und mir perſönlich namentlich wohlgeſinnt blieb."

Wenn das Wohlwollen des Kaiſers nur zum Teil Folge des entgegenkommenden Verhaltens Bismarcks war, ebenſo ſehr

*) Der Vertrag mit Frankreich vom 2. Auguſt 1862 iſt gemeint, der nicht unter Bismarcks Ägide abgeſchloſſen wurde, für deſſen Aufrechterhaltung er aber energiſch eintrat.

Digitized by Google

aber oder noch mehr der Hoffnung entſprang, mit demſelben auf dem Wege des Austauſches von Gefälligkeiten im Frieden oder mit der Zeit durch ein Bündnis zu gemeinſamem Vorgehen nach den beiderſeitigen Zielen hin oder auch durch doppeltes Spiel, durch Verlockung und Täuſchung des von ihm Gewonnenen zur Erfüllung gewiſſer Wünſche zu gelangen, die alle Maßregeln und Handlungen Napoleons Deutſchland gegenüber begleiteten, ſo ging er in letzter Beziehung von unrichtiger Beurteilung des preußiſchen Staatsmannes aus, mit dem er zu thun hatte. Wie Bismarck ihn bis in die ſechziger Jahre hinein für bedeutender gehalten zu haben ſcheint, als er ihn nach ſpäteren Erfahrungen ſchätzte, wo er ihn in Verſailles gegen uns als wenig unterrichtet, als „dumm und ſentimental," als „Tiefenbacher" bezeichnete, ſo hat umgekehrt Napoleon Bismarcks Weſen und Denken, deſſen Befähigung und deſſen Charakter damals offenbar nicht erkannt, ſeine Unbefangenheit für Leichtfertigkeit, ſeine Offenheit für Unüberlegtheit angeſehen und namentlich ſich dem Wahne hingegeben, er habe keine patriotiſchen Gefühle, ſetze ſich über die Pflichten und Schranken hinweg, die aus dem entſprangen, was das deutſche Volksbewußtſein verlangte und verbot, und werde infolge dieſer Eigenſchaften und Mängel mit ſich handeln laſſen. Er war ihm eine frivole oder auch eine naive Natur. „Ce n'est pas un homme serieux," ſoll er ſich nach einem Beſuche Bismarcks in Paris über denſelben ausgelaſſen haben, und es iſt nicht unmöglich, daß ihm dazu Anlaß gegeben wurde. Nur blickte er dann nicht tief. Ein Mann in ſeiner Umgebung hatte beſſere Augen und mehr Verſtändnis, obwohl er nicht zur zünftigen Politik gehörte. Prosper Mérimée ſchrieb ſchon am 13. Oktober 1865 an „eine Unbekannte," nachdem er in Biarritz Bismarcks Bekanntſchaft gemacht: „Eine andre Perſönlichkeit hat mir mehr

gefallen, Herr von Bismarck. Er iſt ein großer Deutſcher, ſehr höflich und ganz und gar nicht naiv. Er hat eine Art, die völlig ohne Gemüt iſt, aber voll von Geiſt. Er hat mich erobert." Und am 15. Juli 1866 äußerte er ſich in einem Briefe an ſeinen Freund Panizzi: „Was Herrn von Bismarck betrifft, ſo iſt er mein Held. Obwohl er ein Deutſcher iſt, ſcheint er die Deutſchen begriffen und ſie als die Einfaltspinſel beurteilt zu haben, die ſie ſind." In einem dritten Briefe aber, der allerdings ſchon vom Dezember 1867 ſtammt, bemerkt er, nachdem er „Ollivier et tutti quanti" als „Phraſendrechsler und Schauſpieler zweiten Ranges, die niemand täuſchen," hingeſtellt hat: „Wir ſchrumpfen alle Tage mehr zuſammen. Es giebt nur einen großen Mann noch, und das iſt der Herr von Bismarck."

Wir kommen nun zu den Einzelheiten in der Reihe von Verſuchen Napoleons, Bismarck zum Eingehen auf ein für Frankreich profitables Übereinkommen zu gewinnen. Andeutungen und Vorſchläge in dieſer Richtung wurden ihm ſchon vor der Zeit gemacht, wo er die Leitung der Geſchäfte des auswärtigen Amtes übernahm; in dem an die diplomatiſchen Vertreter des Norddeutſchen Bundes gerichteten Rundſchreiben des Kanzlers vom 29. Juli 1870 ſagt er ausdrücklich: „Die Beſtrebungen des franzöſiſchen Gouvernements, ſeine begehrlichen Abſichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußiſchem Beiſtande durchzuführen, ſind ſchon vor 1862 . . . an mich herangetreten. . . . Durch äußerliche Einwirkung auf die europäiſche Politik machten ſich die erwähnten Tendenzen der franzöſiſchen Regierung zunächſt in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutſch-däniſchen Streite zu unſern Gunſten beobachtet hat. Die darauf folgende Verſtimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gaſtein hing mit der Be-

ſorgnis zuſammen, daß eine dauernde Befeſtigung des preußiſch-öſterreichiſchen Bündniſſes das Pariſer Kabinet um die Früchte dieſer ſeiner Haltung bringen könnte."

Dieſe Verſtimmung ſprach ſich ſehr deutlich in der Zirkulardepeſche des franzöſiſchen Miniſters Drouyn de l'Huys vom 29. Auguſt 1865 und indirekt in einer Erklärung aus, die am 23. September in Berlin abgegeben wurde. In jener hieß es unter anderm: „Deutſchland verlangte nach einem unteilbaren Staate Schleswig-Holſtein, getrennt von Dänemark und unter einem eignen Fürſten, für den es Partei genommen hatte. Dieſer populäre Kandidat iſt jetzt beiſeite geſchoben worden, und die Herzogtümer werden, ſtatt vereinigt, vielmehr auseinandergeriſſen, verſchiednen Herren unterworfen. Iſt es das Intereſſe der Herzogtümer, das die beiden Mächte zu ſichern beabſichtigen? Die unauflösliche Vereinigung derſelben war ja, wie behauptet wurde, die weſentliche Bedingung ihres Gedeihens. Hat die Teilung wenigſtens den Zweck, zwei rivaliſirende Nationen auseinanderzuhalten und dem inneren Hader ein Ende zu machen, indem jeder derſelben ein beſonderes Feld der Exiſtenz zugewieſen wird? Auch das iſt nicht der Fall; denn wir ſehen, daß die Scheidungslinie ohne alle Rückſicht auf die Nationalität Deutſche und Dänen untereinander gemiſcht läßt. Wollte man allein den Wünſchen der Bevölkerung entſprechen? Sie wurde gar nicht befragt, und es iſt nicht einmal die Rede davon, die Stände Schleswig-Holſteins einzuberufen. Auf welchem Prinzipe beruht denn die öſterreichiſch-preußiſche Kombination? Wir bedauern, in derſelben keine andre Grundlage zu finden als die Gewalt, keine andre Rechtfertigung als die gegenſeitige Konvenienz der beiden Teilungsmächte. Das iſt ein Verfahren, deſſen das heutige Europa entwöhnt war, und für welches man nur in den traurigſten Zeiten der Geſchichte Präzedenzfälle

findet. Gewaltthat und Eroberung verderben den Rechtsſinn und das Gewiſſen der Völker. An die Stelle der Grundſätze geſetzt, welche das Leben der modernen Staaten regeln, ſind ſie ein Element der Verwirrung und Auflöſung und nur geeignet, die alte Ordnung der Dinge umzuſtürzen, ohne eine neue feſt zu begründen."

Napoleon entrüſtet über gewaltthätiges Vorgehen! Der Dezembermann Prophet von Rechtsſinn und Gewiſſen! Die Wahrheit war, daß die Konvention von Gaſtein wider ſeine Pläne und Erwartungen lief. „Frankreich hatte," ſo fährt Bismarck im Rundſchreiben vom 29. Juli 1870 fort, „ſchon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwiſchen uns und Öſterreich gerechnet und näherte ſich uns bereitwillig wieder, ſobald unſre Beziehungen zu Wien ſich zu trüben begannen." In der Erklärung vom 23. September ſchon wurde ausgeſprochen, daß die in der Zirkulardepeſche geäußerten Anſichten der franzöſiſchen Regierung durchaus keinen mehr bindenden Charakter hätten als der Vertrag von Gaſtein, und daß man von der Erklärung des Berliner Kabinets, dieſe Übereinkunft ſei lediglich proviſoriſcher Natur, gerne Akt nehme.

Der Gaſteiner Vertrag war in der That nur ein Abkommen auf Zeit, er konnte nur einen Aufſchub der definitiven Löſung der deutſchen Frage bewirken, und da dieſe Löſung aller Wahrſcheinlichkeit zufolge nur durch einen Krieg zwiſchen Preußen und Öſterreich zu erreichen war und mit Beſtimmtheit angenommen werden mußte, daß bei dieſem die große Mehrheit der deutſchen Staaten Partei für letzteres ergreifen würde, ſo ergab ſich für Bismarck die Notwendigkeit, einerſeits ſich der Nichteinmiſchung Frankreichs zu vergewiſſern, andrerſeits ſich einen Bundesgenoſſen zu verſchaffen, deſſen Kraft jene vorausſichtliche Unterſtützung Öſterreichs durch deutſche Staaten

ausglich. Als ein ſolcher Bundesgenoſſe bot ſich Italien dar, mit dem Preußen zwar bis dahin auf nicht beſonders freundſchaftlichem Fuße geſtanden hatte, deſſen Intereſſe aber Öſterreich gegenüber auf Zuſammengehen mit jenem hinwies. Italien war indes Napoleon zu Danke verpflichtet, und was mehr bedeuten wollte, es hing von deſſen gutem Willen ab. So mußte Bismarck ſich mit dem Kaiſer der Franzoſen auch nach dieſer Seite hin zu verſtändigen bemüht ſein. Da der damalige preußiſche Geſandte in Paris als Vermittler vermutlich nicht genügte, ging Bismarck im November 1865 ſelbſt zu Napoleon, der ſich in dieſer Zeit in Biarritz befand, und beſprach ſich mit ihm über die Angelegenheit unter vier Augen. Über dieſe Verhandlung iſt nichts Beſtimmtes in die Öffentlichkeit gedrungen. Doch iſt aus der ſpätern Haltung Napoleons zu ſchließen, daß es dem preußiſchen Miniſterpräſidenten dabei gelang, eigne Verpflichtungen mit bindender Kraft vermeidend, den Kaiſer zu bewegen, ihm für den Fall eines Kampfes mit Öſterreich wohlwollende Neutralität und Förderung ſeiner Abſichten mit Italien zu verſprechen. Daß derſelbe dabei Hintergedanken hatte, auf eine Niederlage Preußens hoffte und dann in der Lage zu ſein erwartete, Preußen ſeinen Beiſtand anzubieten und ſich dafür mit Abtretung deutſchen Gebietes bezahlen zu laſſen, werden wir gleichfalls ſehen, doch ſcheint davon in Biarritz nicht die Rede geweſen zu ſein. Wohl aber verſuchte Napoleon ſpäter wiederholt, Bismarck durch Anerbietung ſeiner Unterſtützung gegen Öſterreich zu Konzeſſionen zu bewegen, die auf Befriedigung ſeiner Begehrlichkeit hinausliefen. In dem wiederholt zitirten Rundſchreiben von 1870 heißt es darüber: „Vor Ausbruch des öſterreichiſchen Krieges ſind mir teils durch Verwandte Seiner Majeſtät des Kaiſers der Franzoſen [den Prinzen Napoleon], teils durch vertrauliche Agenten Vorſchläge

gemacht worden, welche jederzeit dahin 'gingen', kleinere oder größere Transaktionen zum Behufe beiderſeitiger Vergrößerung zu ſtande zu bringen. Es handelte ſich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die franzöſiſche Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen ſei, nicht ausgeſchloſſen blieben. Im Mai 1866 [wo auf Anregung Frankreichs in Paris ein Kongreß zur Vermittlung zwiſchen Öſterreich und Preußen ſtattfinden ſollte, bei dem Napoleon die Hauptrolle zu ſpielen, namentlich aber den inzwiſchen, am 8. April, abgeſchloſſenen Bündnisvertrag zwiſchen Preußen und Italien, der nur dreimonatliche Geltung hatte, ungenutzt zum Ablauf zu bringen beabſichtigte] nahmen dieſe Zumutungen die Geſtalt des Vorſchlages eines Offenſiv- und Defenſivvertrages an, von deſſen Grundzügen folgendes in meinen Händen blieb: »1. Falls der Kongreß zu ſtande kommt, gemeinſchaftlich die Abtretung Venetiens an Italien und die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen verfolgen. 2. Wenn der Kongreß zu nichts führt, Angriffs- und Verteidigungsbündnis. 3. Der König von Preußen wird zehn Tage, nachdem ſich der Kongreß getrennt hat, die Feindſeligkeiten eröffnen. 4. Wenn der Kongreß nicht zuſammentritt, wird Preußen dreißig Tage nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages angreifen. 5. Der Kaiſer der Franzoſen wird Öſterreich den Krieg erklären, ſobald die Feindſeligkeiten zwiſchen Öſterreich und Preußen begonnen haben. 6. Man wird keinen Separatfrieden mit Öſterreich ſchließen. 7. Der Friede wird auf folgende Bedingungen hin abgeſchloſſen werden: Italien bekommt Venetien, Preußen die weiter unten genannten deutſchen Gebietsteile mit ſieben oder acht Millionen Seelen nach Wahl und überdies Bundesreform im preußiſchen Sinne, Frankreich den Landſtrich zwiſchen

Moſel und Rhein ohne Koblenz und Mainz mit 500000 Seelen von Preußen, das bairiſche Gebiet auf dem linken Rheinufer, Birkenfeld, Homburg, Darmſtadt [ſoll heißen, das großherzoglich heſſiſche Gebiet links vom Rhein] mit 213000 Seelen. 8. Militäriſche und maritime Konvention zwiſchen Frankreich und Preußen, ſobald das Bündnis unterzeichnet iſt. 9. Beitritt des Königs von Italien.» Die Stärke des Heeres, mit welchem der Kaiſer nach Artikel 5 uns beiſtehen wollte, wurde in ſchriftlichen Erläuterungen auf 300000 Mann angegeben... Ein jeder, welcher mit der intimeren diplomatiſchen und militäriſchen Geſchichte des Jahres 1866 vertraut iſt, wird durch dieſe Klauſeln die Politik hindurchſchimmern ſehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls verhandelte, und ſpäter gegenüber Preußen und Italien verfolgte. Nachdem wir im Juni 1866, ungeachtet mehrfacher, faſt drohender Mahnungen zur Annahme, das obige Allianzprojekt abgelehnt hatten, rechnete die franzöſiſche Regierung nur noch auf den Sieg Öſterreichs über uns und auf unſre Ausbeutung nach unſrer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatiſcher Anbahnung die franzöſiſche Politik ſich nunmehr nach Kräften beſchäftigte."

Mit den letzten Worten iſt die Reihe von Verhandlungen gemeint, die zum Abſchluſſe des geheimen franzöſiſch-öſterreichiſchen Vertrages vom 12. Juni 1866 führten. Napoleon ſpielte nach ſeiner Gewohnheit ein doppeltes Spiel. Während er perſönlich Preußen zu begünſtigen ſchien und zu gewinnen beſtrebt war, ließ er ſeinen Miniſter des Auswärtigen, der hierüber gänzlich in Unkenntnis gelaſſen wurde, mit dem Wiener Kabinet über die Bedingungen der von dieſem gewünſchten und nachgeſuchten Neutralität Frankreichs verhandeln. Drouyn de l'Huys war der Meinung, der Krieg zwiſchen Preußen und

Öſterreich müſſe verhindert werden, und, falls dies nicht mehr möglich, müſſe Frankreich ſeinen Einfluß für letzteres in die Wage fallen laſſen. Er äußerte ſich ſpäter einem welfiſchen Agenten gegenüber*) in dieſer Beziehung ſehr beſtimmt folgendermaßen: „Das alte Frankreich hat überall, in Deutſchland, in Italien und in den Niederlanden dem Hauſe Habsburg ſich gegenüber befunden, und es iſt deshalb die Aufgabe der bourboniſchen Politik geweſen, Öſterreich überall zu bekämpfen, ſeine Macht zu brechen und ſeinem Einfluſſe Hinderniſſe zu bereiten. Dies iſt jetzt nicht mehr der Fall; überall, wo früher der Einfluß des habsburgiſchen Kaiſertums Frankreich entgegentrat, ſteht uns jetzt Preußen gegenüber. Preußen ſtrebt nach der politiſchen und militäriſchen Einigung Deutſchlands, und deshalb iſt es für das Napoleoniſche Frankreich geboten, überall gegen Preußen für Deutſchland einzutreten.“ Napoleon ließ ſeinen Miniſter nach dieſer Auffaſſung der Dinge verfahren, und während er ſelbſt ein Bündnis mit Preußen ſuchte, bemühte er ſich, ſich die Möglichkeit offen zu halten, im Falle des Mißlingens dieſes Verſuchs mit den Gegnern in Wien zu gehen. Siegten dieſe, ſo war nach ſeiner Anſicht Hoffnung vorhanden, Preußen noch zu einem Zuſammengehen mit guten Bedingungen für Frankreich zu bewegen. Siegte Preußen, ſo konnte er umgekehrt für Öſterreich eintreten, wenigſtens behielt er diplomatiſch die Hand im Spiel. Mittlerweile aber kam er in die Lage, dem ſpröden Preußen allerlei Hinderniſſe in den Weg zu legen. Die Verhandlungen über die franzöſiſch-öſterreichiſche Übereinkunft zogen ſich geraume Zeit hin und führten erſt, nachdem Bismarck im Mai die Anträge Napoleons abgelehnt hatte, zu einer Verſtändigung. Nach

*) Meding, Memoiren zur Zeitgeſchichte. 2. Abth., S. 54, ſonſt nicht ſehr zuverläſſig, hier glaubwürdig.

derſelben verpflichtete ſich Frankreich für den Fall eines Krieges zwiſchen Preußen und Öſterreich zu vollſtändiger Neutralität ſowie zu angelegentlichem Bemühen, die Italiener zur Nichtbeteiligung am Kampfe zu vermögen. Öſterreich dagegen machte ſich anheiſchig, im Fall eines Sieges ſeiner Waffen Venetien an Frankreich abzutreten, falls Italien ſich von der Teilnahme am Kriege nicht abhalten laſſe und Öſterreich auch hier die Oberhand behalte, in Betreff der Lombardei den status quo ante bellum nicht zu verändern, endlich beim Frieden die Zuſtimmung Frankreichs einzuholen, bevor es eine territoriale Veränderung annehme, welche das europäiſche Gleichgewicht verrücke. Die Vorteile, welche dieſe Beſtimmungen dem Kaiſer Napoleon boten, liegen auf der Hand: derſelbe konnte ſich eventuell durch Abtretung Venetiens an Viktor Emanuel die Italiener wie 1859 zu Danke verpflichten, und er erwarb für alle Fälle einen Anſpruch auf Teilnahme am Friedensſchluſſe, gleichviel ob die eine oder die andre Partei ſiegte. Einen weiteren Rechtstitel zur Vermittlung bei den Friedensverhandlungen gewann er ſich damit, daß er erklärte, ſich für den Fall eines öſterreichiſchen Sieges einer Vergrößerung des Kaiſerſtaates nicht widerſetzen zu wollen, wofern dieſelbe das europäiſche Gleichgewicht nicht alterire, und wofern Öſterreich darauf verzichte, das geſamte Deutſchland unter ſeiner Hegemonie zu vereinigen.

Die Anträge, die der Kaiſer Napoleon Bismarck machen ließ, beruhten, wie angedeutet, auf Unbekanntſchaft desſelben mit den deutſchen Verhältniſſen und auf irrtümlicher Beurteilung des Mannes, an den er ſich damit wendete. „Ich habe," ſo ſagt das Rundſchreiben vom 29. Juli 1870, „kaum nötig, ... darauf aufmerkſam zu machen, daß der Glaube der franzöſiſchen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit

einem deutſchen Miniſter, deſſen Stellung durch ſeine Übereinſtimmung mit dem deutſchen Nationalgefühl bedingt iſt, ſeine Erklärung nur in der Unbekanntſchaft der franzöſiſchen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Exiſtenz andrer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariſer Kabinets für die Beobachtung deutſcher Verhältniſſe befähigt geweſen wären, ſo hätte man ſich in Paris der Illuſion, daß Preußen ſich darauf einlaſſen könnte, die deutſchen Angelegenheiten mit Hilfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben. . . . Die Unmöglichkeit, auf irgendwelche Anerbietungen einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Intereſſe des Friedens [vor 1866 und während dieſes Jahres zur Fernhaltung Frankreichs von einem Bündnis mit Preußens Gegnern] für nützlich, den franzöſiſchen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illuſionen ſolange zu belaſſen, als dieſes, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zuſage zu machen, möglich ſein würde."

Nach einem Privatſchreiben Benedettis an Drouyn de l'Huys, das vom 4. Juni 1866 datirt iſt, wäre dem nicht ſo geweſen. Der franzöſiſche Botſchafter ſchreibt da von einer Unterredung, die er Tags vorher mit dem preußiſchen Miniſterpräſidenten gehabt hatte, zunächſt allerdings: „Aus ſeinen Andeutungen entnehme ich, daß der König fort und fort die Möglichkeit von ſich weiſt, dahin zu kommen, daß er einen Teil des jetzigen preußiſchen Gebietes abtreten könnte. Nach der Anſicht des Königs würden, wie wenigſtens Herr von Bismarck ſagt, die Kompenſationen, welche man etwa veranlaßt ſein könnte, Frankreich anzubieten, in denjenigen Gebieten an ſeiner Grenze gewählt werden, wo franzöſiſch geſprochen wird. Der Miniſterpräſident hätte ſeinerſeits dem Könige bemerkt, daß man, um über dieſe Gebiete zu verfügen, ſie erſt erobern müßte. Es

ſind dem Miniſterpräſidenten jedoch die Worte entfahren, daß, »wenn Frankreich Köln, Bonn und Mainz verlangen wollte, er lieber von der politiſchen Bühne abtreten als darein willigen würde.«“ Dann aber fährt der Benedettiſche Bericht fort: „Ohne daß ich ihn zu weitern Erklärungen drängte, deutete er an, er hielte es nicht für unmöglich, den König dahin zu bringen, uns die Ufer der obern Moſel [wohl den Regierungsbezirk Trier, den er jedoch nicht bezeichnete] zu überlaſſen, was mit Luxemburg, wo die Vereinigung mit Frankreich günſtig aufgenommen werden würde, unſre Grenze auf eine für uns befriedigende Weiſe regeln dürfte.“

Der Kanzler hat dieſe letzteren Behauptungen und ähnliche von ſeiten La Marmoras öffentlich im Abgeordnetenhauſe als unwahr bezeichnet, und die Geſchichtſchreibung wird ſich keinen Augenblick bedenken, ob ſie ihm mehr Glauben ſchenken ſoll als dem in Ägypten durch die orientaliſche Lügen- und Intriguenſchule gegangnen Franzoſen, dem Mitgliede der italieniſchen Conſorteria und denen, die ſie als Zeugen zitirten. Am 16. Januar 1874 warf von Mallinckrodt mit der größten Energie mit Berufung auf La Marmoras „Enthüllungen“ in der damals eben erſchienenen Schrift „Etwas mehr Licht“ dem Kanzler vor, er habe 1866 bei den Verhandlungen mit dem General Govone geäußert, er ſei weniger deutſch als preußiſch geſinnt und würde ſich nicht lange beſinnen, ein Stück des linken Rheinufers, etwa die Rheinpfalz und die Landſtriche der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, die auf der rechten Seite der Moſel liegen, den Franzoſen zu überlaſſen. Auf die Nachricht von dieſem Angriffe von ſeiten des Führers der Ultramontanen eilte Bismarck ſofort in die Verſammlung und erklärte hier: „Ich bin genötigt, dies mit den ſtärkſten Ausdrücken als eine dreiſte, lügenhafte Erfindung zu bezeichnen, die natürlich der Herr Ab-

Digitized by Google

geordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht worden iſt. . . . Es iſt auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugeſichert oder in Ausſicht geſtellt. Alles, was darüber zirkulirt und behauptet wird, erkläre ich in ſeinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin ſagte: für eine dreiſte, tendenziöſe Lüge, die zur Anſchwärzung meiner Perſon erfunden iſt."

Die Wahrheit war in Betreff des Vorfalls mit Govone vielmehr die, daß der italieniſche Unterhändler Bismarck erſuchte, ſich vor dem Kriege mit Frankreich ins Einvernehmen zu ſetzen, damit Italien vor demſelben ſicher ſei, daß der Miniſterpräſident dies als wünſchenswert, aber ſehr ſchwierig bezeichnete, da Frankreich unerfüllbare Bedingungen ſtelle, daß Govone darauf fragte, ob es nicht jenſeits des Rheines ein Stück Land gebe, deſſen Bewohner mit einer Einverleibung in Frankreich zufrieden ſein würden, und daß Bismarck darauf entgegnete, es gebe nichts der Art, ſelbſt franzöſiſche Agenten, die ſich nach der Stimmung des Landes erkundigt, berichteten, daß keine Abſtimmnng für Frankreich, falls ſie nicht durchaus erkünſtelt wäre, gelingen könnte; überdies aber würde die öffentliche Meinung Deutſchlands Preußen Öſterreich gegenüber weit eher ein zweites Olmütz verzeihen, als die Abtretung deutſchen Gebietes an eine auswärtige Macht.

Der Krieg zwiſchen Preußen und Öſterreich mit ſeiner deutſchen Gefolgſchaft begann nun und war durch die preußiſchen Siege bald entſchieden. Wie Napoleon auf Grund der Konvention vom 12. Juni das Recht der Einmiſchung und Vermittlung bei den Friedensverhandlungen beanſpruchte und ausübte, iſt aus dem vorhergehenden Kapitel bekannt. Preußen lehnte die von Öſterreich nachgeſuchte Vermittlung eines Waffen-

ſtillſtandes durch den Kaiſer der Franzoſen nicht ab, nahm aber die darauf erfolgenden Vorſchläge desſelben nicht unbedingt an, ſondern ſtellte weitergehende Forderungen, der definitive Friede wurde nur zwiſchen Preußen und Öſterreich, alſo ohne Mitwirkung Frankreichs, abgeſchloſſen, und die Intervention desſelben hatte ihm nur inſofern genützt, als das neue Deutſchland durch die Mainlinie in zwei Teile getrennt wurde, von denen der ſüdliche vielleicht von Frankreich abhängig werden konnte. Bismarck war aber kaum nach Berlin zurückgekehrt, als ihm der Kaiſer Napoleon mit neuen Kompenſationsforderungen kam. Preußen war gegen den Willen des letzteren durch Annexionen und durch den Gewinn einer norddeutſchen Kriegsgefolgſchaft von erheblicher Stärke eine wirkliche Großmacht geworden, die ſtark genug war, dergleichen Zumutungen zurückweiſen zu können. Dennoch verſuchte der Kaiſer ſein Glück. Am 26. Juli hatte Benedetti zu Nikolsburg mit Bismarck eine Unterredung gehabt, in welcher er jene Forderungen im allgemeinen angedeutet hatte, und darüber ſeiner Regierung berichtet. Er empfing darauf bei ſeiner Ankunft in Berlin aus Vichy, wo Napoleon damals verweilte, eine telegraphiſche Depeſche, in welcher ihm der franzöſiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten von dem Text eines geheimen Übereinkommens Kenntnis gab, das er der preußiſchen Regierung zur Annahme vorlegen ſollte. Dasſelbe lautete wie folgt: „Artikel 1. Das franzöſiſche Kaiſerreich tritt wieder in den Beſitz der Gebietsteile, die, heute zu Preußen gehörend, 1814 in die Begrenzung Frankreichs eingeſchloſſen waren. Artikel 2. Preußen verpflichtet ſich, von dem Könige von Baiern und dem Großherzoge von Heſſen, vorbehaltlich einer dieſen Fürſten zu gewährenden Entſchädigung, die Abtretung der Gebietsteile zu erlangen, welche ſie auf dem linken Rheinufer beſitzen, und deren Beſitz auf Frankreich zu über-

tragen. Artikel 3. Die Beſtimmungen, welche die unter der Souveränetät des Königs der Niederlande ſtehenden Gebiete mit dem deutſchen Bunde verknüpfen, ſowie die, welche ſich auf das Beſatzungsrecht in der Feſtung Luxemburg beziehen, ſind ſämtlich aufgehoben." Benedetti ſchrieb ſofort zurück, daß er alles aufbieten werde, um die unveränderte Annahme dieſer Dispoſitionen herbeizuführen, möge der Widerſtand, den er erwarte, auch noch ſo hartnäckig ſein. „Überzeugt," ſo fuhr er fort, „daß die kaiſerliche Regierung ſich nur in den Schranken der Billigkeit hält, indem ſie ſich darauf beſchränkt, gegenüber den von Preußen bereits erworbenen Gebietsvergrößerungen jene in ihrer Vorlage verzeichneten Bürgſchaften zu verlangen, werde ich mich nicht leicht dazu verſtehen, Änderungen von irgendwelcher Bedeutung einzuräumen. Ich betrachte in dieſer Angelegenheit Feſtigkeit als das geeignetſte Mittel, ja offen geſtanden als das einzige Argument, welches angewendet werden muß, und ich werde daher ganz entſchieden jeden Vorſchlag, der ſich zu einer Berückſichtigung nicht eignet, zurückweiſen, indem ich ſtets bemüht ſein werde, darzuthun, was mir ein Leichtes ſein wird, daß nämlich Preußen die Gebote der Gerechtigkeit und Vorſicht verkennen und zugleich einen Beweis ſeiner Undankbarkeit geben würde, wenn es uns die Bürgſchaft abſchlüge, welche die Ausdehnung ſeiner Grenzen uns zu fordern nötigt. Um jedoch mit Klugheit zu Werke zu gehen, muß es meines Dafürhaltens mit Rückſicht auf den Charakter des Miniſterpräſidenten vermieden werden, dem erſten Eindrucke beizuwohnen, welchen die Nachricht auf ihn machen wird, daß wir das Rheinufer und die Feſtung Mainz wiederverlangen."

So ſchickte der franzöſiſche Botſchafter dem Grafen Bismarck am 5. den Vertragsentwurf mit einem Privatbriefe zu, in welchem er ihn erſuchte, den Vorſchlag Frankreichs mit Muße

zu prüfen, und ſich ihm zu einer Beſprechung desſelben zur Verfügung ſtellte. Bismarck war „über die Antwort nicht eine Sekunde zweifelhaft," ſie konnte nicht anders als entſchieden verneinend lauten. Am 6. ſchon hatte er mit Benedetti in ſeiner Wohnung eine Unterredung, in welcher dieſer die franzöſiſche Forderung mit warmen Worten empfahl und im Falle ihrer Ablehnung mit ſofortiger Kriegserklärung drohte. Der Miniſter erwiederte: „Gut, dann iſt Krieg!" riet dem Botſchafter aber, ſich vorher nach Paris zu begeben, um dieſen Krieg zu verhüten. Benedetti erklärte, allerdings werde er nach Paris gehen, aber nicht umhin können, dem Kaiſer aus eigner Überzeugung die Aufrechthaltung ſeiner Forderung zu empfehlen, da er glaube, daß die Exiſtenz der Dynaſtie gefährdet ſei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch ein derartiges Zugeſtändnis Deutſchlands beruhigt werde. Bismarck entgegnete darauf ungefähr: „Machen Sie Seine Majeſtät den Kaiſer darauf aufmerkſam, daß ein ſolcher Krieg unter gewiſſen Umſtänden ein Krieg mit revolutionären Mitteln werden könnte, und daß angeſichts revolutionärer Gefahren die deutſche Dynaſtie doch wohl größere Feſtigkeit bewähren würde als die des Kaiſers Napoleon." Mit dieſem Beſcheide reiſte Benedetti nach Paris, und dort ſcheint er vom Beharren bei der bisherigen Politik abgeraten zu haben; jedenfalls beſann ſich Napoleon anders, und man gab Bismarck zu verſtehen, die Inſtruktion, die Benedetti am 5. erhalten, „ſei dem Kaiſer während einer Krankheit entriſſen worden." Zu gleicher Zeit etwa, am 12. Auguſt, ſchrieb Napoleon an de la Valette, den Stellvertreter des Miniſters Drouyn de l'Huys, einen Brief, der lebhaft an die Trauben erinnert, die der Fuchs ſauer fand, weil er ſie nicht erreichen konnte. Es hieß darin: „Im Verlaufe von Beſprechungen zwiſchen Benedetti und Herrn von Bismarck hat Herr Drouyn de l'Huys

die Idee gehabt, einen Vertragsentwurf in Betreff von Kompenſationsanſprüchen, die wir haben könnten, nach Berlin zu ſchicken. Dieſer Vertrag hätte meines Erachtens geheim gehalten werden ſollen, aber man hat davon nach außen Lärm gemacht, und die Blätter gehen ſoweit, zu ſagen, daß uns die Rheinprovinz verweigert worden ſei. Aus meiner Beſprechung mit Benedetti ergiebt ſich, daß wir für einen ſehr kleinen Gewinn ganz Deutſchland gegen uns haben würden. Es iſt wichtig, die öffentliche Meinung über dieſen Punkt nicht erſt irre gehen zu laſſen. Widerſprechen Sie ſolchen Gerüchten ſehr energiſch. . . . Das wirkliche Intereſſe Frankreichs iſt nicht, daß wir eine unbedeutende Gebietserweiterung erhalten, ſondern daß wir Deutſchland helfen, ſich auf eine unſern Bedürfniſſen und den Bedürfniſſen Europas möglichſt entſprechende Weiſe einzurichten."

Bismarcks feſtes Auftreten hatte alſo das Feld behalten. Mainz und die franzöſiſch-preußiſche Grenze von 1814 erſchienen in Paris unerreichbar und wurden fortan nicht mehr oder doch nur nebenher und mit geringer Zuverſichtlichkeit verlangt. Dagegen begann ſchon am 16. Auguſt ein neuer Akt in dem Spiele der Kompenſationsforderungen der Franzoſen. An dieſem Tage überbrachte ein Herr Chauvy dem franzöſiſchen Botſchafter zu Berlin aus Paris einen Brief mit Inſtruktionen zu neuen Verhandlungen. Es hieß darin: 1. Die Verhandlung ſoll einen freundſchaftlichen Charakter tragen. 2. Sie ſoll weſentlich eine vertrauliche ſein. 3. Je nach den Ausſichten, welche ſich Ihnen bieten werden, ſollen Ihre Anliegen drei Phaſen durchlaufen. An erſter Stelle werden Sie, indem Sie die Grenzfragen von 1814 und die Einverleibung Belgiens in eins zuſammenfaſſen, durch eine öffentliche Übereinkunft die Abtretung Landaus, Saarbrückens und des Großherzogtums Luxemburg verlangen ſowie die Vollmacht, auf Grund eines Allianzvertrages zur Offenſive

und Defenſive, der geheim bleiben ſoll, Belgien endgültig zu annektiren. Erſcheint es Ihnen unmöglich, dieſe Grundlagen bewilligt zu erhalten, ſo werden Sie auf Saarlouis und Saarbrücken verzichten, desgleichen auf Landau, einen alten, ſchlechtbefeſtigten Platz, deſſen Erwerbung das deutſche Gefühl gegen uns aufregen würde, und Ihre öffentlichen Vereinbarungen auf das Großherzogtum Luxemburg beſchränken, Ihre geheimen Vereinbarungen aber auf die Wiedervereinigung Belgiens mit Frankreich. Wenn drittens die reine und einfache Vereinigung Belgiens mit Frankreich auf zu große Hinderniſſe ſtoßen ſollte, ſo begnügen Sie ſich mit einem Artikel, in welchem man übereinkäme, aus Antwerpen eine freie Stadt zu machen, was den Widerſtand Englands [gegen die Annexion des übrigen Belgien] wohl abſchwächen würde. Alſo: zunächſt einen öffentlichen Vertrag, der uns mindeſtens Luxemburg zuſpricht, dann eine geheime Konvention, die ein Schutz- und Trutzbündnis feſtſetzt, die ferner Frankreich die Befugnis einräumt, ſich Belgien in einem ihm günſtig erſcheinenden Augenblicke einzuverleiben, und dann noch das Verſprechen der Beihilfe Preußens ſelbſt durch Waffengewalt." Benedetti entwarf nach dieſer Inſtruktion einen Vertrag mit Preußen, den er am 23. Auguſt ſeinem Miniſter mit einem Briefe zuſandte, in dem er u. a. bemerkte: „Ich brauche Ihnen nicht zu ſagen, warum darin Landau und Saarbrücken nicht erwähnt ſind. Ich habe mich überzeugt, daß wir, wofern wir darauf beſtünden, uns in unüberwindliche Schwierigkeiten verwickeln würden, und ſo habe ich mich an Luxemburg und Belgien gehalten." Darauf erhielt Benedetti aus Paris ein Antwortſchreiben, aus dem hervorgeht, daß ſein Brief dort guten Eindruck gemacht hatte, man ſich die Sache aber einige Zeit überlegen zu müſſen meinte. Es iſt darin von der Notwendigkeit die Rede, den König der Niederlande für Luxemburg mit

preußiſchem Gebiete zu entſchädigen, ferner werden die Geldopfer erwogen, welche der Vertrag erfordern könnte, und ſchließlich wird die [beiläufig richtige] Anſicht aufgeſtellt, daß die nach der früheren deutſchen Bundesverfaſſung giltig geweſenen Beſatzungsrechte in den Bundesfeſtungen nunmehr erloſchen ſeien, und daß ihre Aufrechterhaltung in Süddeutſchland mit der im Prager Frieden ausgemachten und verbrieften Unabhängigkeit der dortigen Staaten nicht verträglich ſein würde. Wiederholt wird in dem Schreiben an Benedetti die Erwerbung Luxemburgs als das unmittelbare, diejenige Belgiens als das unter Umſtänden zu erſtrebende Ziel des Vertrages mit Preußen bezeichnet und bemerkt, daß die letztere Abſicht ſowie das Offenſiv- und Defenſivbündnis geheim bleiben müſſe.

Daß der Kaiſer den Benedettiſchen Vertragsentwurf kannte, und wie er damals über einen andern Punkt in Deutſchland dachte, zeigte ein Schreiben desſelben an Rouher, worin er ſagt: „Ich ſchicke Ihnen den Vertragsentwurf mit meinen Randbemerkungen. Man müßte geſprächsweiſe hinzufügen, daß nach dem Erlöſchen des deutſchen Bundes die frühern gegen Frankreich errichteten Feſtungen nicht mehr der deutſchen Konföderation, ſondern den einzelnen Staaten, in deren Gebiete ſie liegen, gehören ſollen, alſo Luxemburg Frankreich, Mainz Preußen, Saarlouis desgleichen, Landau Baiern, Raſtatt Baden und Ulm Würtemberg. Was einen andern Punkt betrifft, ſo ſcheint mir, daß Preußen Sachſen ſtark chikanirt. Wäre es nicht beſſer, daß Preußen ein proteſtantiſches Land annektirte und den König von Sachſen auf dem linken Rheinufer, einem katholiſchen Gebiete, entſchädigte? [Kein neuer und, wie leicht zu ſehen, kein für Frankreich unvorteilhafter Gedanke.] Doch darf das alles nur vertraulich angedeutet werden. . . . Die Luxemburger Frage wird von ſelbſt ans Tageslicht treten, ſobald Verhandlungen darüber angeknüpft ſein werden; ſie iſt die dringlichſte."

In ſeiner Antwort auf den oben ſkizzirten Brief de la Valettes, die vom 29. Auguſt datirt iſt, ſpricht der Botſchafter zum erſtenmale ſeinen Zweifel aus, ob Preußen in der Sache zu trauen ſein werde, und bemerkt andrerſeits, daß auch Bismarck Argwohn zu hegen ſcheine, wie wenn der Kaiſer am Ende ſolche Verhandlungen benutzen werde, um zwiſchen Preußen und England Mißtrauen zu erregen. „Welches Maß von Vertrauen," ſo fragt er, „können wir unſrerſeits Unterhändlern entgegenbringen, welche ſolcher Berechnung zugänglich ſind?" Er gedenkt der damaligen Miſſion des Generals von Manteuffel in Petersburg und bemerkt: „Ich fürchte, daß man anderwärts Zuſicherungen erhalten hat, welche es unnötig machen, auf uns Rückſicht zu nehmen. Preußen bedarf, wie Herr von Bismarck dem Könige geſagt haben will, des Bündniſſes mit einer Großmacht, und wenn es das mit Frankreich ablehnt, ſo geſchieht es deshalb, weil man ſich ſchon anderweitig geſichert hat oder im Begriffe ſteht, dies zu thun." Um hierüber eine Aufklärung abzuwarten, will der Botſchafter auf zwei Wochen nach Karlsbad gehen. Während ſeiner Abweſenheit verreiſte auch der preußiſche Miniſterpräſident, und da er erſt im Dezember nach Berlin zurückkehrte, ſo blieb Benedettis Vertragsentwurf bis dahin jedenfalls unbeſprochen, und die Verhandlungen, in deren Kette er ein Glied war, ruhten, aber nur, um ſpäter wieder aufgenommen zu werden.

Inzwiſchen trat Drouyn de l'Huys, den der Kaiſer in dem Briefe an Rouher und ſonſt desavouirt hatte, am 2. September von ſeinem Amte zurück, und am 16. erließ de la Valette an die diplomatiſchen Agenten Frankreichs im Auslande ein Rundſchreiben, um „der Anſicht der Regierung des Kaiſers über die in Deutſchland eingetretenen Ereigniſſe Ausdruck zu geben" und „die Beweggründe ſeiner Politik auseinanderzuſetzen." Es war

ein Aktenſtück, das von Staatsweisheit, Mäßigung, Friedensliebe, Wohlwollen und guten Hoffnungen überfloß, und der Kaiſer, der ſeinen Gedankengang ohne Zweifel ſoufflirt hatte, war von dem Ausgange jener Ereigniſſe ganz außerordentlich befriedigt. Wenn man den ſchönen Worten nur hätte trauen können. Es hieß in dem Rundſchreiben: „Frankreich kann keine zweideutige Politik treiben. Wenn es durch die wichtigen Veränderungen, die ſich in Deutſchland vollziehen, in ſeinen Intereſſen und ſeiner Macht berührt wird, muß es dies offen geſtehen und die zu ſeiner Sicherheit notwendigen Maßregeln ergreifen. Verliert es dagegen bei der Umgeſtaltung, die dort vor ſich geht, nichts, ſo muß es dies aufrichtig erklären. . . . Was ſehen wir in der Vergangenheit? Nach 1815 vereinigte die heilige Allianz alle Völker vom Ural bis zum Rheine gegen Frankreich. Der deutſche Bund umfaßte mit Preußen und Öſterreich achtzig Millionen Einwohner; er erſtreckte ſich von Luxemburg bis Trieſt, von der Oſtſee bis Trient und umſchloß uns mit einem Eiſenbande von fünf Bundesfeſtungen; unſre ſtrategiſche Stellung war durch die geſchickteſten Gebietsgruppirungen eingekettet. Die geringſte Schwierigkeit, die uns mit Holland oder mit Preußen an der Moſel, mit Deutſchland am Rheine, mit Öſterreich in Tirol oder Friaul entſtehen mochte, ließ ſämtliche Kräfte des Bundes vereinigt ſich gegen uns wenden. Das öſterreichiſche Deutſchland, das an der Etſch nicht zu erſtürmen war, konnte im geeigneten Augenblicke bis an die Alpen vorgehen. Das preußiſche Deutſchland hatte zur Vorhut alle jene Staaten zweiten Ranges, welche durch den Wunſch nach politiſcher Umwandlung unaufhörlich bewegt wurden und ſtets bereit waren, Frankreich als den Feind ihrer Exiſtenz und ihres Strebens anzuſehen. Nehmen wir Spanien aus, ſo hatten wir auf dem geſamten Kontinent keine Möglichkeit, eine Allianz zu

ſchließen.... Faſſen wir jetzt die Zukunft des umgeſtalteten Europa ins Auge, welche Bürgſchaft bietet ſie Frankreich und dem Weltfrieden? Die Koalition der drei nordiſchen Mächte iſt zertrümmert. Das neue Prinzip, das Europa beherrſcht, iſt die Freiheit der Allianzen. Alle Großmächte ſind, die eine wie die andre, wieder in der ganzen Fülle ihrer Unabhängigkeit und können ihr Schickſal paſſend weitergeſtalten. Das vergrößerte, von jeder Solidarität hinfort befreite Preußen ſichert die Unabhängigkeit Deutſchlands. Frankreich braucht darin keinen Schatten für ſich zu erblicken. Stolz auf ſeine bewundernswerte Einheit und unzerſtörbare Nationalität, kann es das Verſchmelzungswerk, das dort im Gange iſt, nicht bekämpfen oder mißbilligen und nicht eiferſüchtigen Stimmungen die Nationalitätsprinzipien unterordnen, die es in Bezug auf die Völker vertritt und bekennt. Iſt das deutſche Nationalgefühl befriedigt, ſo legt ſich ſeine Unruhe, ſo erlöſchen ſeine Feindſchaften. Frankreich nachahmend, thut es einen Schritt, der es uns näher bringt, nicht aber von uns entfernt.... Wenn Öſterreich, von ſeinen italieniſchen und deutſchen Befangenheiten befreit, ſeine Kräfte nicht mehr in unfruchtbarer Eiferſucht abnutzt, ſondern ſie im Oſten Europas konzentrirt, ſo ſtellt es noch immer eine Macht von fünfunddreißig Millionen Seelen dar, die keine Feindſeligkeit, kein Intereſſe von Frankreich ſcheidet. Durch welche ſonderbare Rückwirkung der Vergangenheit auf die Zukunft ſollte die öffentliche Meinung [für welche dieſes ganze Raiſonnement ſelbſtverſtändlich beſtimmt war] nicht Verbündete, ſondern Gegner in jenen Nationen erblicken, die, von einer uns feindlichen Vergangenheit befreit, zu einem neuen Leben berufen, durch Grundſätze, die auch die unſrigen ſind, geleitet und von den Fortſchrittsgedanken, in denen die geſamte moderne Geſellſchaft ſich friedlich zuſammenfindet, beſeelt ſind? ... Eine unwiderſtehliche

Macht drängt die Völker dazu, ſich in großen Zuſammenballungen zu vereinigen und dabei die kleinern Staaten verſchwinden zu laſſen. ... Der Kaiſer glaubt nicht, daß die Größe eines Landes von der Schwächung der Völker abhänge, die es umwohnen, und er ſieht das wahre Gleichgewicht nur in den befriedigten Wünſchen der europäiſchen Völker. Wenn dieſe Betrachtungen gerecht und wahr ſind, ſo hat der Kaiſer Recht gehabt, die Rolle des Vermittlers anzunehmen, die nicht ohne Ruhm geweſen iſt, unnützes und ſchmerzliches Blutvergießen zu hemmen, den Sieger zu mäßigen, durch ſein freundſchaftliches Einſchreiten die Folgen der Niederlage zu mildern und trotz aller Hinderniſſe die Herſtellung des Friedens zu verfolgen. ... Die kaiſerliche Regierung hat ſchon ſeit langer Zeit ihre Grundſätze in Bezug auf Gebietserweiterungen in Anwendung gebracht. Sie verſteht und hat verſtanden, daß die Annexionen, die durch eine unbedingte Notwendigkeit geboten ſind, mit dem Vaterlande Bevölkerungen verbinden, welche nur gleiche Sitten und den gleichen Nationalgeiſt beſitzen. ... Frankreich kann nur ſolche Gebietsvergrößerungen wünſchen, welche ſeinen ſtarken innern Zuſammenhang nicht ändern, es muß aber immer an ſeiner moraliſchen und politiſchen Vergrößerung arbeiten, indem es ſeinen Einfluß den großen Intereſſen der Ziviliſation dienſtbar macht. Indes liegt in der Aufregung, welche ſich des Landes bemächtigt hat, ein berechtigtes Gefühl, welches man anerkennen und auf den rechten Weg lenken muß. Die Erfolge des letzten Krieges enthalten eine ernſte Lehre, welche unſrer Waffenehre keinen Abbruch gethan hat; ſie zeigen uns die Notwendigkeit, unſre militäriſche Organiſation ohne Verzug zu vervollkommnen, damit wir unſer Gebiet verteidigen können. [Alſo doch!] ... Im ganzen erſcheint ... der Horizont von drohenden Möglichkeiten befreit; gefährliche Probleme, welche gelöſt werden mußten,

weil man ſie nicht beſeitigen konnte, laſteten auf den Geſchicken der Völker, ſie hätten ſich in ſchwierigeren Zeiten aufdrängen können, ſie haben ihre natürliche Löſung gefunden ohne zu gewaltſame Erſchütterungen und ohne die gefährliche Mitwirkung der revolutionären Leidenſchaften. Ein Friede, der auf ſolchen Grundlagen ruht, wird ein dauerhafter Friede ſein." [Und doch Vervollkommnung der franzöſiſchen Wehrverfaſſung ohne Verzug notwendig!]

Ähnlich ſprach ſich der Miniſter Rouher am 18. März 1867 gegen den legislativen Körper aus, als Thiers die Politik der Regierung getadelt und gemeint hatte, Frankreich hätte 1866 „den Angreifer des deutſchen Bundes mit Krieg bedrohen müſſen," und „in der gegenwärtigen Lage gebe es zwei Wege für Frankreich; der eine beſtehe darin, daß man ſich an die Seite der Ehrgeizigen [Preußen und Italien] ſtelle, und ſei gefährlich, als zweiter bleibe übrig, daß man an die Spitze der bedrohten Intereſſen trete, und das werde den Frieden ſichern." Doch geſtand der vertrauteſte der Ratgeber Napoleons in ſeiner Rede ganz offen zu, daß der Sieg bei Königgrätz die obern Sphären in Paris in Angſt verſetzt hatte. „Der 3. Juli war ein bedeutungsvoller Tag," ſagte er. „Dieſem unerwarteten und unwahrſcheinlichen Ereigniſſe gegenüber waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotiſcher Beklemmung erfüllt."

An demſelben Tage tauchte im Reichstage des Norddeutſchen Bundes zum erſtenmale die Frage wegen Luxemburgs auf, welches Napoleon jetzt zunächſt durch geheime Unterhandlungen mit dem Könige der Niederlande für Frankreich zu gewinnen bemüht war. Über die Stellung Luxemburgs ſeit dem Verfall des alten und der Gründung des neuen deutſchen Bundes erklärte ſich der Kanzler bei dieſer Gelegenheit u. a.

folgendermaßen: „In Bezug auf Luxemburg iſt uns niemals ein Wunſch des dortigen Souveräns, der dortigen Regierung, der dortigen Einwohnerſchaft ausgeſprochen worden, für dieſes Großherzogtum dem Norddeutſchen Bunde anzugehören.... Unſrerſeits iſt auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutſchland weder verzichtet, noch iſt ſie als ein Rechtsgrundſatz ausgeſprochen worden. Wir können den Souveränen, die dem Bunde nicht beitreten wollen, keine Gewalt und keinen Zwang anthun.“ Und dem Abgeordneten von Carlowitz gegenüber bemerkte er: „Ich glaube, der Herr Vorredner iſt mit ſich ſelbſt in Widerſpruch getreten, indem er es für eine der ſchwächſten Seiten des frühern Bundes hielt, daß ſolche Souveräne, die außerhalb des Bundes ein größeres Gebiet beſäßen, Mitglieder geworden wären. Nichtsdeſtoweniger ſchlägt er ſelbſt in dieſem Augenblicke vor, den König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg wieder in den Bund aufzunehmen oder ihm das Großherzogtum, das er mit vollem Rechte beſitzt, abzunehmen.... Wenn es dem Herrn Vorredner gelingt, den Großherzog zu disponiren, daß er ſich dem Norddeutſchen Bunde anſchließt, dann wird er vielleicht ſagen können, eine europäiſche Frage geſchaffen zu haben, ob etwas weiteres, das bliebe abzuwarten.“

Inzwiſchen hatten ſich der König der Niederlande und der Kaiſer Napoleon über den Verkauf Luxemburgs an den letztern weiter verſtändigt, und es war nur noch die Frage, wie man die Sache in Berlin aufnehmen werde. Am 21. März ſchrieb der franzöſiſche Miniſter Mouſtier an den Geſandten des Kaiſers im Haag, die Anſichten der beiden Höfe über die Angelegenheit näherten ſich mehr und mehr der Übereinſtimmung, und man empfinge in Paris täglich neue Beweiſe des Wunſches der Bevölkerung, mit Frankreich vereinigt zu werden.... „Wir glauben,“

fuhr er fort, „daß der Großherzog das unbeſchränkte Recht hat, mit Zuſtimmung der Bevölkerung über Luxemburg zu verfügen, und wir haben unbeſtreitbar das Recht, unter denſelben Bedingungen das Land zu erwerben. Wir haben aber ebenſo ſehr wie der König der Niederlande den aufrichtigen Wunſch, in guten Beziehungen zum Berliner Hofe zu bleiben, und es iſt unmöglich, der Anweſenheit einer preußiſchen Garniſon, obwohl dieſelbe ſich heutzutage auf kein Recht mehr ſtützt, keine Rechnung zu tragen. . . . Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß das Berliner Kabinet von dieſen Beſprechungen Kenntnis erhalte, wünſchen jedoch, daß dies durch uns geſchehe. Eine aufmerkſame Prüfung der Frage wird, wie wir hoffen, dem Könige darthun, daß trotz ſeines natürlichen Wunſches, die Initiative zu dieſer vertraulichen Mitteilung zu ergreifen, es nötig iſt, daß uns die ausſchließliche Leitung und Verantwortlichkeit dieſer Maßregel überlaſſen wird. Wir werden ſofort hierüber mit der preußiſchen Regierung vertrauliche Beſprechungen eröffnen, die zu keinem übeln Ergebniſſe führen können, da unſer Zweck dahin geht, dieſe Frage zu einem Mittel der Annäherung und nicht zu einer Urſache des Streites zu machen. . . . Ich habe nicht nötig, daran zu erinnern, daß die in dieſen Ideenaustauſch eingeweihten Perſonen die größte Verſchwiegenheit zu beobachten haben."

Am 28. März telegraphirte der Prinz von Oranien dem Kaiſer Napoleon, daß der König der Niederlande in die Abtretung Luxemburgs willige und ihn erſuche, ſich mit Preußen zu verſtändigen. Am 30. ſprach Mouſtier dem franzöſiſchen Geſandten im Haag ſein Bedauern aus, daß der niederländiſche Kollege in Berlin die Sache ohne Wiſſen und Beteiligung Frankreichs bei der preußiſchen Regierung offiziell angeregt habe. Tags darauf meldete Benedetti ſeinem Chef in Paris,

daß die Luxemburger Angelegenheit eine Aufregung in Deutſchland hervorgerufen habe, von welcher Bismarck ſehr bewegt zu ſein ſcheine. Derſelbe ſei in Kenntnis geſetzt worden, daß die Liberalen ihn darüber zu interpelliren beabſichtigten, und halte es deshalb für richtig, daß der Abſchluß der Übereinkunft zwiſchen Frankreich und Holland aufgeſchoben werde. Am 1. April erhielt Benedetti von Mouſtier ein Telegramm, in welchem es hieß: „Der neue Stand der deutſchen Verhältniſſe wird umſo eher zu allgemeiner Anerkennung gelangen, je gewiſſenhafter der neue Bund ſich innerhalb der Grenzen ſeiner Berechtigung hält. Die Sprache des Herrn von Bismarck hat uns immer glauben laſſen, daß er die Dinge von dieſem Geſichtspunkte aus anſieht. Der Miniſterpräſident hat gewiß das Anſehen und den Mut, dem deutſchen Patriotismus die Grenzen vorzuzeichnen, welche derſelbe innehalten muß, um nicht den Patriotismus andrer Völker zu verletzen.“

An demſelben Tage interpellirte von Bennigſen den Kanzler im Reichstage, ob die in täglich verſtärktem Maße auftretenden Gerüchte von Verhandlungen zwiſchen der franzöſiſchen und der niederländiſchen Regierung wegen Abtretung Luxemburgs begründet ſeien, und ob die preußiſche Regierung in der Lage ſei, dem Reichstage darüber Mitteilung zu machen, daß ſie im Verein mit ihren Bundesgenoſſen entſchloſſen ſei, die Verbindung jenes alten deutſchen Landes mit dem Geſamtvaterlande, insbeſondere das preußiſche Beſatzungsrecht in der Feſtung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd ſicherzuſtellen.

Bismarck antwortete darauf im weſentlichen folgendes: „Nach Auflöſung des Bundes genoß das Großherzogtum Luxemburg und ſein Großherzog derſelben Souveränetät europäiſchen Charakters wie das Königreich der Niederlande und ſein König. Die große Mehrzahl der frühern Bundesgenoſſen benutzten gleich

Preußen ihre Freiheit, um sofort auf dem nationalen Boden einen neuen Bund behufs gegenseitiger Unterstützung und Pflege der nationalen Interessen zu schließen. Das Großherzogtum Luxemburg fand es seinen Interessen nicht entsprechend, denselben Weg einzuschlagen. Durch die Organe, welche uns innerhalb des Großherzogtums und an seinen Grenzen zu Gebote stehen, waren wir davon in Kenntnis gehalten, daß eine entschiedne Abneigung, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, in allen Schichten der Bevölkerung heimisch war. In den höhern und namentlich in den höchsten war sie getragen von einer deutlich ausgesprochnen Mißstimmung gegen Preußen und dessen Erfolge,*) in den untern von Abneigung gegen die Übernahme derjenigen Lasten, die eine ernsthafte Landesverteidigung notwendig mit sich führt. Die Stimmung der luxemburgischen Regierung fand Ausdruck in einer Depesche, die im Oktober an uns gerichtet wurde, und in welcher sie uns nachzuweisen versuchte, daß wir kein Recht mehr hätten, in Luxemburg Garnison zu halten. Die königliche Regierung und ihre Bundesgenossen mußten sich die Frage stellen, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogtum, welches dem Zollverein angehört, auch dem Norddeutschen Bunde beiträte. Sie hat sich nach gründlicher Erwägung diese Frage verneint. Sie mußte es einmal als einen zweifelhaften Vorteil betrachten, in einem Bunde von dieser Intimität in dem Großherzog von Luxemburg ein Mitglied zu haben, welches in seiner Eigenschaft als König der Niederlande seinen Schwerpunkt und seine Interessen außerhalb des Bundes hat. . . . Die königliche Regierung hat sich

*) Namentlich die Königin von Holland, eine würtembergische Prinzessin, war, wie ihre Korrespondenz mit Napoleon zeigt, eine sehr eifrige Gegnerin Preußens und seiner Politik.

ferner geſagt, daß vermöge der geographiſchen Lage und der eigentümlichen Verhältniſſe gerade des Großherzogtums Luxemburg die Behandlung dieſer Frage einen höhern Grad von Vorſicht erfordert. Man erweiſt der preußiſchen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle [in Mouſtiers zuletzt zitirtem Telegramm an Benedetti] ausgeſprochen iſt, ſie ſuche die Empfindlichkeit der franzöſiſchen Nation — natürlich, ſoweit es mit der eignen Ehre verträglich iſt — zu ſchonen. Die preußiſche Regierung findet und fand zu einer ſolchen Politik Veranlaſſung in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundſchaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwicklung der deutſchen Frage haben mußten. . . . Die königliche Regierung hat keinen Anlaß, anzunehmen, daß ein Abſchluß über das künftige Schickſal des Großherzogtums bereits erfolgt ſei; ſie kann das Gegenteil natürlich nicht mit Beſtimmtheit verſichern, ſie kann auch nicht mit Beſtimmtheit wiſſen, ob, wenn er noch nicht erfolgt wäre, er vielleicht unmittelbar bevorſtünde. Die einzigen Vorgänge, durch welche die königliche Regierung veranlaßt geweſen iſt, geſchäftlich Kenntnis von dieſer Frage zu nehmen, ſind folgende. Vor wenig Tagen hat Seine Majeſtät der König der Niederlande den im Haag akkreditirten königlich preußiſchen Geſandten mündlich in die Lage geſetzt, ſich darüber zu äußern, wie die preußiſche Regierung es auffaſſen würde, wenn Seine niederländiſche Majeſtät ſich der Souveränetät über das Großherzogtum Luxemburg entäußerten. Der Graf Perponcher, unſer Geſandter im Haag, iſt angewieſen worden, darauf zu antworten, daß die königliche Regierung und ihre Bundesgenoſſen im Augenblick überhaupt keinen Beruf hätten, ſich über dieſe Frage zu äußern, daß ſie Seiner Majeſtät die Verantwortlichkeit für die eignen Handlungen ſelbſt überlaſſen müßten, nnd

daß die königliche Regierung, bevor sie sich über diese Frage äußern würde, wenn sie genötigt wäre, es zu thun, sich vorher jedenfalls versichern würde, wie die Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie sie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839 und wie sie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gerade im gegenwärtigen Augenblicke in der Gestalt dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitzt, aufgefaßt werden würde. Die zweite Thatsache war diejenige, daß die königlich niederländische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogtum Luxemburg anbot. Wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage wären, von diesen guten Diensten Gebrauch machen zu können, weil Verhandlungen dieser Art nicht schwebten."

Über den zweiten Teil der Interpellation sagte der Kanzler: „Der Wortlaut desselben ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben in friedlichem Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt." Und weiterhin fügte er hinzu: „Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich in diesem Augenblicke — ähnlich, wie es einem Volksvertreter, einer Volksvertretung gestattet ist — über die Absichten und Entschlüsse der Regierung und ihrer Bundesgenossen in diesem und jenem Falle in der Öffentlichkeit Erklärungen abgebe. Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen, imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne

Gefährdung der freundſchaftlichen Beziehungen, in welchen ſich Deutſchland bisher zur Genugthuung der verbündeten Regierungen mit ſeinen Nachbarn befindet. Sie werden ſich dieſer Hoffnung umſo ſicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unſre Beratungen das unerſchütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zuſammenhang des deutſchen Volkes mit ſeinen Regierungen und unter ſeinen Regierungen bethätigen werden."

Von einer Einwilligung in die Abtretung Luxemburgs an Frankreich konnte in Berlin überhaupt nicht die Rede ſein, am wenigſten bei der allgemeinen Aufregung, die das Projekt in Deutſchland hervorgerufen hatte. Angeſichts der Entſchloſſenheit der geſamten deutſchen Nation und im Hinblick auf die kurz vorher, am 19. März, von Bismarck veröffentlichten Allianzverträge mit den ſüddeutſchen Staaten, welche dem Norddeutſchen Bunde den Beiſtand derſelben gegen Frankreich ſicherten, lenkte Napoleon, der damals militäriſch nicht in der Verfaſſung war, mit Ausſicht auf Erfolg einen Krieg gegen ganz Deutſchland zu wagen, raſch ein. Schon am 8. April ließ er Mouſtier im legislativen Körper erklären, der Kaiſer der Franzoſen und der König der Niederlande hätten über den Beſitz Luxemburgs nur „ihre Anſichten ausgetauſcht," und die Beſprechungen der Sache „noch keinen offiziellen Charakter angenommen." „Getreu den Prinzipien, welche," ſo fuhr der franzöſiſche Miniſter fort, „unſre Politik ſtets geleitet haben, verſtanden wir die Möglichkeit dieſes Gebietserwerbes niemals anders als unter drei Bedingungen: der freien Einwilligung des Großherzogs von Luxemburg, der ehrlichen Prüfung der Intereſſen der Großmächte und dem durch allgemeine Abſtimmung kundgegebenen Wunſche der Bevölkerung. Wir ſind alſo geneigt, im Verein mit den andern Kabinetten Europas die Klauſeln des [inzwiſchen von

Bismarck angerufenen] Vertrags von 1839*) zu prüfen, und wir werden dabei mit der verſöhnlichſten Geſinnung zu Werke gehen."

Gab Napoleon die Erwerbung des Großherzogtums auf, ſo verlangte er jetzt wenigſtens den Abzug der preußiſchen Garniſon aus der Feſtung Luxemburg, weil, wie er in London durch ſeinen Botſchafter hervorheben ließ, „die Verhältniſſe in Deutſchland total verändert ſeien. Der alte Bund habe lediglich zu defenſiven Zwecken beſtanden, ſeine Maſchinerie ſei vermöge des aus verſchiedenen Kontingenten zuſammengeſetzten Bundesheeres eine komplizirte, ſeine Aktion eine langſame geweſen. Jetzt vereinige Preußen alle Kraft in ſeiner Hand, und Luxemburg im Beſitz einer preußiſchen Beſatzung würde für Deutſchland fortan nicht mehr bloß eine defenſive, ſondern eine offenſive Poſition gegen Frankreich ſein." Bismarck verhielt ſich zunächſt auch dieſem Verlangen des Kaiſers gegenüber ablehnend, indem er dem preußiſchen Botſchafter am Hofe von St. James erklären ließ, Preußen befinde ſich bei der gegenwärtigen Sachlage in Deutſchland nicht imſtande, in eine Trennung Luxemburgs von Deutſchland unter was immer für einer Form oder in die Räumung der Feſtung zu willigen. Mouſtier ſprach ſich darüber durch die Vertreter Frankreichs in London, Wien, Florenz und Petersburg dahin aus, man habe franzöſiſcherſeits keine territoriale Vergrößerung, ſondern lediglich Sicherheit der Grenzen erſtrebt, andrerſeits aber auch vorausſetzen dürfen, daß Preußen

*) Nach Ausbruch der belgiſchen Revolution hatte ſich ganz Luxemburg mit Ausnahme der Feſtung und ihres Rayons der Bewegung angeſchloſſen, und die proviſoriſche Regierung zu Brüſſel hatte es im Oktober 1830 für einen Beſtandteil Belgiens erklärt. Durch den Londoner Traktat vom 19. April 1839 aber, der von allen Großmächten vereinbart wurde, kam es mit Ausnahme der Stadt Arlon und der Umgebung derſelben als ſelbſtändiger Staat wieder in den Beſitz des Königs der Niederlande.

in ſeinen Beziehungen zu Frankreich nur freundſchaftliche Stimmungen walten laſſen und auf die Notwendigkeiten der defenſiven Lage desſelben Rückſicht nehmen, alſo die Beſetzung Luxemburgs nicht fortdauern laſſen wolle. Man wolle Begründung guter Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Frankreich und Bürgſchaft für die Ruhe Europas und ſei deshalb weit davon entfernt, aus Preußens Weigerung jetzt einen Kriegsfall zu machen. Die betreffende Depeſche ſchloß mit den Worten: „Da unſre Fürſorge ausſchließlich auf die Sicherheit unſrer Grenzen gerichtet iſt, ſo werden wir von vornherein keine Kombination ausſchließen, welche uns in dieſer Beziehung ausreichende Bürgſchaften gewährt.“ Die engliſche Regierung wollte, wie Lord Stanley am 17. April an den britiſchen Geſandten in Berlin telegraphirte, kein Urteil über die zwiſchen Preußen und Frankreich ſchwebende Frage, wie ſie jetzt ſtehe, abgeben, riet aber mit Hinweis auf die Übermacht Frankreichs zur See zum Nachgeben. Beuſt ſchlug vor, entweder Luxemburg im Beſitz des Königs der Niederlande zu belaſſen oder es zu Belgien zu ſchlagen, welches dafür einen Teil ſeines Gebietes an Frankreich abtreten ſollte, in beiden Fällen aber Räumung der Feſtung von ſeiten der Preußen zu beſchließen. Bismarck zeigte ſich geneigt, der zweiten Alternative den Vorzug zu geben. Luxemburg ſollte nach ſeiner Meinung wieder mit Belgien vereinigt werden. „Da hätten wir es,“ ſagte er am 25. Januar 1871 in Verſailles zu uns, „mit einem Lande verbunden, für deſſen Neutralität England, wie man damals denken konnte, eingetreten ſein würde. Und dann hätte man damit das deutſche Element dort, die Vläminger, gegen die Fransquillons geſtärkt und zugleich eine gute Grenze gewonnen. Ich fand damit aber [im Konſeil] keinen Anklang.“ Auch war auf die Stimmung in Deutſchland Rückſicht zu nehmen, die einer ſolchen Transaktion

günſtig ſein mußte, und da dies nicht der Fall war, hielt er am Statusquo feſt. Da ferner Belgien nichts abtreten, Frankreich von ihm nichts annehmen wollte, ſo konnte der Deutſche Gedanke nicht mehr berückſichtigt werden. Dagegen ſah das Londoner Kabinet drei Auswege: 1. Unbedingte Überweiſung der Feſtung Luxemburg an den König der Niederlande, 2. Übergabe derſelben an ihn nach vorgängiger Schleifung der Werke, 3. Übertragung des Platzes an Belgien [mit oder ohne gleichzeitige Überweiſung des übrigen Luxemburg an dasſelbe. Rußland ſchlug den Zuſammentritt einer Konferenz zur Schlichtung des Streites auf Grund einer von den Großmächten verbürgten Neutralität des Großherzogtums vor, und Bismarck nahm dies an, wogegen er die engliſche Anfrage, ob er bereit ſei, im voraus zu erklären, daß Deutſchland ſeinen gegenwärtigen Forderungen entſagen wolle, falls dies auf der Konferenz verlangt würde — eine Anfrage, die auch an Frankreich erging —, dahin beantwortete, daß Preußen ſich nicht voraus binden könne. Nachdem aber die franzöſiſche Regierung erklärt, daß ſie eine Konferenz beſchicken und ſich dem Endergebnis ihrer Beratungen fügen werde, falls vorher privatim und vertraulich feſtgeſtellt ſei, daß Luxemburg von den Preußen geräumt werden ſolle, ſprach der deutſche Bundeskanzler ſeine Bereitwilligkeit gleichfalls aus, indem er bemerkte, Preußen werde die Räumung und Schleifung der Feſtung zugeſtehen, wenn die Konferenz dies wünſche und gleichzeitig für die Neutralität ganz Luxemburgs eine Garantie gewähre, welche der für die Neutralität Belgiens beſtehenden gleiche. Dieſe Bedingungen wurden von allen Großmächten als Baſis für die Verhandlungen der Konferenz angenommen, und die letztere, daraufhin vom Könige der Niederlande nach London berufen, erhob ſie zum Beſchluſſe. Indes blieb Luxemburg inſofern mit Deutſchland verknüpft, als

es nicht aufhörte, Mitglied des Zollvereins zu ſein, und Bismarck trug 1872 auf dem Vertragswege Sorge, daß die Regierung des deutſchen Reiches die Verwaltung ſämtlicher Eiſenbahnen des Großherzogtums in die Hände bekam, und verband letzteres auf dieſe Weiſe noch inniger mit Deutſchland. Er hatte keinen Krieg führen wollen, weil, wie er am 24. September im Reichstage ſagte, „in der Luxemburger Frage weder unſre Unabhängigkeit bedroht, noch ein zweifelloſes Recht beſtritten wurde.“ Der Krieg war mit Ehren vermieden worden, und wenn Preußen auf das Beſatzungsrecht in Luxemburg verzichtet hatte, ſo wurde dies vollkommen genügend durch Gewährleiſtung der Großmächte für die Neutralität des Großherzogtums ausgeglichen. Das Intereſſe der Verteidigung, dem die vom Standpunkte der Strategie nicht ſehr bedeutende Feſtung diente, war in gleichem Maße geſichert, nachdem jene Mächte einen Angriff auf Deutſchland von der luxemburgiſchen Grenze her für eine Verletzung des europäiſchen Rechtes erklärt hatten.

Die luxemburger Frage ſchien mit dem Ergebnis der Londoner Konferenz aus der Welt geſchafft, als Frankreich ſeine Werbungen um ein Bündnis mit Preußen zu Zwecken der Eroberung energiſch wieder aufnahm. Benedetti hatte, wie wir ſahen, den Vertragsentwurf, der von ihm nach den ihm von Chauvy überbrachten Inſtruktionen ausgearbeitet worden war und dann dem Kaiſer vorgelegen hatte, im Laufe des Jahres 1866 dem deutſchen Kanzler zu übergeben keine Gelegenheit gefunden. Jetzt, im Frühling 1867, erſchien er damit im Auswärtigen Amte zu Berlin, beſprach ſich darüber mit Bismarck und beging die Unvorſichtigkeit, das betreffende, von ihm ſelbſt auf Papier der franzöſiſchen Botſchaft geſchriebene Konzept in den Händen des Kanzlers zurückzulaſſen. Dasſelbe lautete:

„Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, es für nützlich haltend, die Freundschaftsbande, welche sie verbinden, noch enger zu knüpfen und die glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen guter Nachbarschaft zu befestigen, andrerseits überzeugt, daß, um dieses die Aufrechthaltung des Weltfriedens verbürgende Ergebnis zu erreichen, es ihnen obliegt, sich über Fragen zu verständigen, welche ihre zukünftigen Beziehungen betreffen, haben sich entschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen und infolge dessen zu ihren Bevollmächtigten — — ernannt, welche über nachstehende Artikel übereingekommen sind: Artikel 1. Seine Majestät der Kaiser der Franzosen läßt zu und erkennt an die Erwerbungen, welche Preußen infolge des letzten Krieges mit Österreich und dessen Verbündeten gemacht hat, ebenso wie die für Aufrichtung eines Bundes in Norddeutschland getroffenen oder noch zu treffenden Einrichtungen, indem er sich zu gleicher Zeit verpflichtet, der Erhaltung dieses Werkes seine Unterstützung zu leihen. [Bei der ersten Vorlesung dieses Artikels bemerkte Bismarck dem Botschafter, daß der Schlußpassus das Recht Frankreichs zur Einmischung Frankreichs in die innern Angelegenheiten Deutschlands voraussetze, und daß er ein solches Recht auch in geheimen Aktenstücken nicht einräumen könne, worauf Benedetti den Satz mit Klammern einschloß.] Artikel 2. Seine Majestät der König von Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs [auf das es soeben öffentlich Verzicht geleistet hatte] zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wird die genannte Majestät in Verhandlungen mit Seiner Majestät dem Könige der Niederlande eintreten, um denselben zu bestimmen, dem Kaiser der Franzosen seine Souveränetätsrechte über dieses Großherzogtum gegen eine Entschädigung, die für genügend erachtet werden wird, oder auf

andre Weiſe abzutreten. Um dieſe Transaktion zu erleichtern, verpflichtet ſich der Kaiſer der Franzoſen ſeinerſeits beiläufig, die pekuniären Laſten auf ſich zu nehmen, die ſie mit ſich bringen könnte. Artikel 3. Seine Majeſtät der Kaiſer der Franzoſen wird ſich einer föderalen Vereinigung des Nordbundes mit den Staaten Süddeutſchlands, Öſterreich ausgenommen, nicht widerſetzen, und dieſe Vereinigung kann auf ein gemeinſames Parlament baſirt ſein, wobei aber in billigem Maße die Souveränetät dieſer Staaten geachtet bleiben ſoll. Artikel 4. Seinerſeits wird Seine Majeſtät der König von Preußen in dem Fall, daß Seine Majeſtät der Kaiſer der Franzoſen durch die Umſtände bewogen werden ſollte, ſeine Truppen in Belgien einrücken zu laſſen oder es zu erobern, Frankreich die Beihilfe ſeiner Waffen gewähren und ihm mit allen ſeinen Land- und Seeſtreitkräften gegen jede Macht beiſtehen, welche ihm in dieſem Falle den Krieg erklären ſollte. Artikel 5. Um die vollſtändige Ausführung der vorſtehenden Beſtimmungen zu ſichern, ſchließen Seine Majeſtät der König von Preußen und Seine Majeſtät der Kaiſer der Franzoſen durch den gegenwärtigen Vertrag eine Offenſiv- und Defenſivallianz ab, zu deren Aufrechterhaltung ſie ſich feierlich verpflichten. Ihre Majeſtäten machen ſich überdies ausdrücklich anheiſchig, dieſelbe in allen Fällen zu beobachten, wo ihre reſpektiven Staaten, deren Integrität ſie ſich gegenſeitig verbürgen, von einem Angriff bedroht werden ſollten, indem ſie ſich für gebunden halten, in einem derartigen Falle ohne Zögern und ohne ſich unter irgendwelchem Vorwande zu weigern, die militäriſchen Vorkehrungen zu treffen, welche durch ihr gemeinſchaftliches Intereſſe im Einklange mit den oben angegebnen Klauſeln und Vorausſetzungen geboten ſind."

Benedetti verſucht die Sache in ſeinem Buche über ſeine

Wirksamkeit als Botschafter am Berliner Hofe*) abzuleugnen, indem er sagt: „Man erinnert sich, daß ich am 5. August [1866] Herrn von Bismarck den Vorschlag eines Vertrages in Bezug auf Mainz und das linke Ufer des Oberrheins vorgelegt hatte, und ich brauche nicht zu sagen, daß Herr Rouher sich im zweiten Absatze seines Briefes vom 6.**) auf diese Mitteilung bezieht. Aber was sie ebenfalls zeigt, und was entgegen den Behauptungen des Herrn von Bismarck festzustellen wichtig ist, ist die Thatsache, daß in Paris niemand davon geträumt hat, Belgien zum Zahlungsmittel in Betreff der für Frankreich notwendigen und ihm nach den eignen Worten des preußischen Gesandten gebührenden Zugeständnisse zu machen." Dem französischen Exbotschafter war es, als er dies in die Welt gehen ließ, noch unbekannt, daß den preußischen Truppen während des Krieges gewisse geheime Papiere in die Hände gefallen waren, die ihn widerlegten, und mit denen das preußische Auswärtige Amt sich nunmehr gegen ihn verteidigte. Es erwiederte am 20. Oktober [1871] auf seine Ableugnung ungefähr folgendes: Er (Benedetti) sucht damit und in den folgenden Auseinandersetzungen zwei verschiedne Phasen der dilatorischen Verhandlungen, welche der preußische Ministerpräsident mehrere Jahre hindurch mit ihm geführt hat,

*) Ma Mission en Prusse, S. 197.

**) Es heißt da: „Ich machte Herrn von der Goltz bemerklich, daß mir diese Frage [wegen sofortiger offizieller Anerkennung der preußischen Annexionen durch Frankreich] in engem Zusammenhange mit derjenigen der Berichtigung unsrer Grenzen zu stehen scheine, und daß man ihm wahrscheinlich den Willen kundgeben würde, sie gleichzeitig zu behandeln. Meine Voraussicht traf ein gestern teilte mir der preußische Gesandte die Antwort unsers Kollegen mit, derselbe setzt auseinander, daß Benedetti Herrn von Bismarck eine Mitteilung in diesem Sinne gemacht hat, und daß man eine Erwiederung auf diesen Vorschlag erwarten zu müssen glaubt, bevor man zu weitern Verhandlungen schreitet. Herr von der Goltz findet unsern Anspruch im Prinzip berechtigt."

zu vermiſchen. Die Forderung der Abtretung deutſchen Gebietes mit Einſchließung von Mainz, welche er am 5. und 7. Auguſt 1866 an den Miniſterpräſidenten richtete, zieht er zuſammen mit dem ſpätern Verlangen nach Belgien und ſucht die in den Tuilerien gefundenen und bereits veröffentlichten Briefe ausſchließlich auf die erſtere zu beziehen, während dieſe doch mit dem von ihm ſelbſt auf Seite 181 erwähnten Briefe des Kaiſers an den Marquis de la Valette ihren Abſchluß gefunden hatte. Daß beide Phaſen ſich auch in ſeiner Auffaſſung ſehr genau ſcheiden, geht aus ſeiner in den Händen des Auswärtigen Amtes befindlichen Berichterſtattung hervor [die in der obigen Darſtellung des Verlaufs der franzöſiſchen Kompenſationsverſuche auszugsweiſe benutzt worden iſt.] Wenn Benedetti auf Seite 185 ſeines Buches behauptet, es ſei ein Irrtum, wenn Herr von Bismarck die Verhandlungen über Belgien, die 1866 ſtattgefunden hätten, in das Jahr 1867 verlege, ſo iſt daraus nur zu ſchließen, daß der franzöſiſche Botſchafter auch im letztgenannten Jahre die im vorhergehenden unterbrochenen, von dem preußiſchen Teilnehmer einzig zu dem Zwecke der Hinausſchiebung eines Angriffs Frankreichs betriebenen Verhandlungen nach dem Mißlingen des Verſuches mit Luxemburg mit Beſchränkung derſelben auf Belgien wieder angeknüpft hat.

Wie übrigens Bismarck über die belgiſche Frage dachte, wenn er ſich auf den Standpunkt des Kaiſers Napoleon ſtellte, zeigt eine Äußerung, die er im Jahre 1867 im Garten der Tuilerien gegen den Herzog von Bauffremont fallen ließ, und zu der er uns am 5. November 1870 in Verſailles einige Erläuterungen gab. Jene Äußerung war ungefähr dahin gegangen, daß der Kaiſer 1866 ſeinen Vorteil nicht verſtanden habe, und daß er damals auch ein gutes Geſchäft habe machen können, wenn auch nicht auf deutſchem Boden. Der Verſailler

Kommentar dazu aber lautete: „Napoleon hatte 1866 im Sommer nur nicht die Kourage, zu thun, was von ſeinem Standpunkte aus das Rechte war. Er hätte — nun er hätte den Gegenſtand des Benedettiſchen Vorſchlages, als wir gegen Öſterreich vorgingen, beſetzen und als Pfand für das, was da kommen konnte, vorläufig behalten ſollen. Wir konnten ihn damals nicht hindern, und daß England ihn angriff, war nicht wahrſcheinlich, jedenfalls konnte er's abwarten. Wenn wir ſiegten, mußte er verſuchen, ſich Rücken an Rücken mit uns zu ſtellen und uns zu Exceſſen zu ermutigen. Aber er iſt und bleibt ein Tiefenbacher."

Verſchiedne Anzeichen machen es wahrſcheinlich, daß die im Frühjahr 1867 wie früher geſcheiterten Verſuche der Franzoſen, die ihnen angeblich gebührende Entſchädigung für den Machtverluſt, den ihnen der Machtzuwachs Preußens im Jahre 1866 gebracht hatte, durch Unterhandlungen mit Bismarck zu erreichen, auch in der nächſtfolgenden Zeit wiederholt wurden. Jedenfalls behielt man in Paris in ſeiner Verblendung, die dadurch erhalten wurde, daß der deutſche Kanzler ſich bei den geheimen Beſprechungen weder beſtimmt ablehnend noch unzweideutig einwilligend verhalten, ſondern ſich möglichſt allgemein ausgeſprochen hatte, noch geraume Zeit Hoffnung, auf dieſem friedlichen Wege ſein Ziel zu erreichen.

Das Motiv, das den Grafen von Bismarck zu dieſer dilatoriſchen Politik bewog, iſt bereits oben angedeutet. Hier mag er es ſelbſt weiter charakteriſiren. Im Rundſchreiben vom 29. Juli 1870 ſagt er: „Ich vermutete, daß die Vernichtung jeder franzöſiſchen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutſchlands und Europas Intereſſe war, gefährden würde.... Die verſchiednen Phaſen franzöſiſcher Verſtimmung und Kriegsluſt, welche wir von 1866 bis 1869 durchgemacht haben,

koinzidirten ziemlich genau mit der Neigung oder Abneigung, welche die franzöſiſchen Agenten bei mir für Verhandlungen der Art zu finden glaubten. Zur Zeit der Vorbereitung der belgiſchen Eiſenbahnhändel im März 1868 wurde mir von einer hochſtehenden Perſon, welche den frühern Unterhandlungen nicht fremd war [dem Prinzen Napoleon], mit Bezugnahme auf letztere angedeutet, daß für den Fall einer franzöſiſchen Okkupation Belgiens »nous trouverions bien notre Belgique aillieurs« [wobei der Betreffende vielleicht an Süddeutſchland, wahrſcheinlicher aber an Holland gedacht haben wird]. In gleicher Weiſe wurde mir bei frühern Gelegenheiten [wohl ſchon während des Krimkrieges] zu erwägen gegeben, daß Frankreich ſeine Beteiligung [an der etwaigen Siegesbeute] nicht im fernen Oſten, ſondern unmittelbar an ſeiner Grenze ſuchen könne. Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Überzeugung, es ſei *mit* uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiſer zu dem Entſchluſſe geführt hat, eine ſolche *gegen* uns zu erſtreben.... Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich ſei. So ſicher durchſchaut niemand die Abſichten göttlicher Vorſehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen ſiegreichen Krieg an ſich immer als ein Übel, welches die Staatskunſt den Völkern zu erſparen bemüht ſein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfaſſung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufſchub eines Bruches zu Gute kam."

Zu den letzten Sätzen mögen einige Gloſſen von Intereſſe ſein, die der Verfaſſer dieſer Schrift ſeinem perſönlichen Verkehr

mit dem Kanzler entnehmen zu dürfen glaubt. Nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutſchen Bund, am 27. Februar 1870, beauftragte ihn ſein Chef, in der Preſſe über ſeine Stellung zu der Frage aufzuklären. Er wies dabei auf die Rede hin, in welcher er Lasker und andern Drängern über die Natur der Sache Licht zu geben bemüht geweſen war. „Ich möchte Sie bitten," ſagte er, „vorzüglich hervorzuheben, daß man in den nationalliberalen Blättern meine Hauptmotive entweder nicht erraten oder abſichtlich verſchwiegen hat. Dieſe Motive beſtehen darin, daß eine Einverleibung Badens auf den König von Baiern als Preſſion, alſo bedenklich wirken würde, und daß wir die Lage Frankreichs zu beachten haben, die dortige konſtitutionelle Entwicklung, die von Berlin aus auf jede Weiſe gefördert worden iſt, da ſie für uns Frieden verheißt, nicht einem Frühjahrsfroſte ausſetzen dürfen. Die Arkadier warten nur auf ein Ereignis in Deutſchland. Napoleon iſt bis jetzt gut, aber wetterwendiſch. Wir könnten einen Krieg mit Frankreich führen und ſiegen; es würden aber vier bis fünf daraus werden, und ſo wäre das Thorheit, wo nicht Verbrechen, wenn man es auf friedlichem Wege erreichen kann. Es können in Frankreich kriegeriſche oder revolutionäre Situationen eintreten, wo das jetzt ſpröde Metall weicher iſt. In meiner Rede lag ein großer Fortſchritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben; es war die Andeutung, daß wir uns unter Umſtänden an die öſterreichiſch Auffaſſung, nach welcher der Süden, und an die franzöſiſche, nach welcher ein einzelner Staat des Südens nicht in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler. An weiteres kann erſt gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris angeſehen worden iſt."

Einige Tage ſpäter ſchrieb ich in ſeinem Auftrage und

nach ſeinen Angaben für ein rheiniſches Blatt eine Korreſpondenz, die von einem liberalen Pariſer ſein und deſſen Stellung zur deutſchen Frage und zum Streite der Nationalliberalen mit dem Kanzler ausdrücken ſollte. Die zweite Hälfte dieſes Aufſatzes, welche die Weiſung des Kanzlers wörtlich wiedergab, lautete folgendermaßen: „Wer hier in Paris hat beobachten können, wie ſchwer die Geburt der jetzigen konſtitutionellen Phaſe geworden iſt, welche Hinderniſſe dieſe jüngſte Entwicklung der franzöſiſchen Politik zu überwinden hat, wenn ſie feſtwachſen ſoll, wie mächtig die Einflüſſe ſind, deren Leiter nur darauf warten, daß ihnen irgend ein Vorwand gegeben werde, das Kind in der Wiege zu erſticken, der wird mit Sorge den auswärtigen Horizont betrachten und durch jeden ſchwarzen Punkt, der ſich an demſelben zeigt, ſeine Hoffnung auf ſichere und ruhige Entwicklung des neuen Syſtems erheblich herabgeſtimmt finden. Der dringende Wunſch eines jeden aufrichtigen Anhängers der konſtitutionellen Sache in Frankreich läßt ſich dahin zuſammenfaſſen: nur jetzt keine Diverſion im Auslande, nur jetzt keine neue Erſcheinung am auswärtigen politiſchen Horizonte, aus der man, wenn nicht ein wirkliches Motiv, doch den Vorwand entnehmen könnte, das jugendliche Leben des Konſtitutionalismus in Frankreich niederzuſchreien, indem man die öffentliche Aufmerkſamkeit auf auswärtige Verhältniſſe lenkt. Dem Kaiſer iſt es, wie wir glauben, mit ſeinem Verſuche ernſt, aber die Leute in ſeiner nächſten Umgebung und die Werkzeuge, deren er bedarf, welche begierig darauf lauern, daß irgend ein Ereignis geſchehe, aus dem ſie die Kraft ſchöpfen könnten, den Kaiſer aus dem ihnen unwillkommenen Geleiſe zu verdrängen, dieſe Leute ſind zahlreich und durch die Wurzeln, mit welchen ſie in der achtzehnjährigen Vergangenheit des Kaiſers verwachſen ſind, mächtiger als man auswärts vielleicht glaubt. Wem die

konſtitutionelle Entwicklung irgend am Herzen liegt, der kann für jetzt nur den dringenden Wunſch hegen, daß in der auswärtigen Konſtellation Frankreichs auch nicht die leiſeſte Änderung ſtattfinden möge, welche zu dem Syſtemwechſel, den die Gegner jeder Verfaſſung in Frankreich erſtreben, irgend welchen Anlaß oder Vorwand biete."

Der Kanzler wollte alſo Erhaltung und Sicherſtellung der friedlichen Beziehungen Deutſchlands zu Frankreich, er ſah ein Mittel dazu in der Förderung und Befeſtigung der neuen konſtitutionellen Ära in letzterem, welche kriegeriſche Experimente der kaiſerlichen Politik weniger leicht und wahrſcheinlich machen mußte als das abſolutiſtiſche Regiment, er hoffte von ihr vielleicht ein Fortſchreiten des Liberalismus zum Parlamentarismus, zur Revolution und zur Republik, welche Frankreich unter allen Umſtänden innerlich ſchwächen und nach außen hin der Möglichkeit eines Bündniſſes mit monarchiſchen Regierungen berauben würde, und ſo ſtand er einerſeits vorläufig, mit Vorbehalt beſſerer Auſpizien, von weiterer Annäherung an den deutſchen Süden ab und verfolgte andrerſeits inſofern eine zögernde und hinausſchiebende Politik in Betreff der immer wiederkehrenden oder immer noch wiederkehren könnenden Werbung des Tuilerienkabinets um ein Bündnis mit Deutſchland, das den Zweck einer Vergrößerung Frankreichs jetzt nur noch durch Belgien oder andre außerdeutſche Gebiete einſchloß. Ein andres Motiv zu dieſer dilatoriſchen Politik war für ihn, daß das neue Deutſchland noch nicht ſtark genug zu ſein ſchien, um bei einem Kampfe mit den Franzoſen mit einiger Sicherheit auf Erfolg rechnen zu können. „Ich weiß," ſagte er eines Abends in Verſailles zu uns, „1867, wie ich [zur Weltausſtellung] in Paris war, da dachte ich, wie wär's wohl, wenn wir wegen Luxemburgs losgeſchlagen hätten, ob ich da jetzt in Paris wäre oder die Fran-

zoſen in Berlin? Ich glaube, daß ich recht gethan habe, damals abzuraten, auch aus militäriſchen Gründen. Wir hätten die Kräfte von heute bei weitem nicht gehabt. Die Hannoveraner und die Heſſen waren zu der Zeit nicht von der Art, daß ſie ſo viel gute Soldaten geſtellt hätten wie jetzt. Die Schleswig-Holſteiner, die ſich jetzt wie die Löwen geſchlagen haben — da gab's damals gar keine Armee. Bei den Sachſen war das Heer aufgelöſt und ſollte erſt wieder gebildet werden. Und von den Süddeutſchen war wenig zu erwarten. Die Würtemberger — was ſind das jetzt für prächtige Leute, ganz ausgezeichnet! — aber ſechsundſechzig, da mußte jeder Soldat lachen, als die einmarſchirten in Frankfurt wie eine Bürgergarde. Auch mit den Badnern ſtand es nicht gut, da hat der Großherzog ſeitdem viel geſchaffen. — Freilich war die öffentliche Meinung damals in ganz Deutſchland auf unſrer Seite, wenn wir Krieg um Luxemburg führen wollten. Aber die erſetzte doch dieſe Mängel nicht."

1870 war dieſes Bedenken gehoben, Deutſchland hinreichend gerüſtet, und andrerſeits hatte ſich der Kanzler überzeugt, daß die konſtitutionelle Ära in Frankreich den Krieg nicht verhindern, ja nicht einmal lange mehr verzögern würde. Die Arkadier wünſchten ihn, die Ultramontanen, die Kaiſerin an der Spitze, betrieben ihn mit Eifer. Frankreich wurde zuſehends militäriſch ſtärker, es bereitete Bündniſſe vor. War im Verzuge bisher Hoffnung geweſen, ſo war jetzt Gefahr darin, und daraus ergab ſich für den Staatsmann die Pflicht, die Politik des Aufhaltens der Entſcheidung mit einer Politik der Beſchleunigung des abſolut Unvermeidlichen zu vertauſchen. Es mußte im Intereſſe Deutſchlands und nicht minder im Intereſſe Europas ein Weg gefunden werden, die noch nicht vollſtändig kampfbereiten Franzoſen ſo zu faſſen, daß ſie aus ihrer Reſerve heraustraten, es war hohe Zeit dazu, einem Überfall von ſeiten

derselben zu begegnen und die von ihrer Mißgunst und Begehrlichkeit drohende Gefahr für den Nachbar im Osten, womöglich, für immer zu beseitigen. Ihre Reizbarkeit bot in erster Linie das Mittel dazu, ihr überstarkes Selbstgefühl, ihre geringe Kenntnis des Gegners und ihre daraus resultirende Zuversichtlichkeit halfen weiter.

Betrachten wir das, soweit es sich nicht noch der Öffentlichkeit entzieht, etwas näher. Bald nach der Beilegung des Streites über Luxemburg hielt sich die französische Regierung für befugt, sich in die Verhandlungen zu mischen, die zwischen der preußischen und der dänischen über die Ausführung des 5. Artikels des Prager Friedens schwebten, und bei denen Preußen die dort stipulirte Rückgabe eines beiläufig nicht bestimmten Teils von Nordschleswig an Dänemark davon abhängig gemacht hatte, daß letzteres zur Sicherung der nationalen Eigentümlichkeiten der deutschen Bewohner dieses Gebiets Bürgschaften gebe. Das Kopenhagener Kabinet antwortete ausweichend. Beinahe zu derselben Zeit ließ Moustier dem Stellvertreter Bismarcks, Staatssekretär von Thile, durch den französischen Geschäftsträger eine Depesche vorlesen, in der auf Grund des Rechtes, welches Frankreich sich angeblich dadurch erworben, daß es jenen Artikel angeregt hatte, Vorstellungen gegen die verlangten Garantien erhoben wurden. Die Antwort Bismarcks auf diese Anmaßung war eine Zurückweisung, die damit motivirt wurde, daß Preußen in Prag nur mit Österreich Frieden geschlossen und somit auch nur diesem in der Sache Rede zu stehen habe. Die französische Regierung hielt es darauf für geraten, sich damit zu beruhigen, um aber durch Hinnahme der Abweisung die öffentliche Meinung in Frankreich nicht in Mißstimmung gegen sich geraten zu lassen, ließ sie (am 27. Juli) in ihrem Blatte erklären, es sei dem Berliner Ka-

binelte weder in der ſchleswigſchen noch in einer andern Frage eine „Note übergeben“ worden — eine Behauptung, die nur inſofern einige Bedeutung hatte, als es ſich um eine „Depeſche“ handelte und dieſe nur „vorgeleſen“ worden war. Das mit der Kunſtſprache der Diplomaten unbekannte Publikum war mit dieſem Kniffe beſchwichtigt. Aber Napoleon hatte hierin nur neue Urſache erhalten, über die Rolle, die er, der einſtige allgemein reſpektirte Vermittler und Schiedsrichter in den Händeln der Nachbarvölker, jetzt neben dem deutſchen Kanzler ſpielte, unmutig zu ſein. Allenthalben, wo es ſich um deutſche Intereſſen handelte, kreuzte dieſer, wenn auch mit gelaſſener Höflichkeit, die Pläne des Zudringlichen, der, zu ſpät erkennend, mit wem er es zu thun hatte, jetzt geäußert haben ſoll: „Herr von Bismarck hat mich hinters Licht geführt, der Kaiſer der Franzoſen darf ſich aber nicht hinters Licht führen laſſen!“ In dieſer Stimmung bereitete er ſich auf ſeine Revanche vor, indem er ſich beeilte, eine ſtarke Armee zu bilden. Marſchall Niel wurde damit beauftragt, und ſchon im Dezember 1867, bei den Verhandlungen des legislativen Körpers über das neue Militärgeſetz, konnte er auf den höhern Grad von Schlagfertigkeit hinweiſen, den das Heer unter ihm als Kriegsminiſter erlangt hatte. In der Thronrede vom 18. Januar 1869 aber konnte Napoleon mit Befriedigung verkünden: „Das Militärgeſetz und die durch Ihren Patriotismus bewilligten Mittel haben dazu beigetragen, das Vertrauen des Landes zu befeſtigen, und mit berechtigtem Stolze iſt es ſich bewußt, daß es jetzt in der Lage iſt, allem, was kommen mag, entgegenzutreten. . . . Unſre vervollkommnete Bewaffnung [mit Chaſſepotgewehren und Mitrailleuſen], unſre gefüllten Zeughäuſer und Magazine, unſre ausgebildete Reſerve, die in der Organiſation begriffene mobile Nationalgarde, unſre umgebaute Flotte und unſre in

gutem Zuſtande befindlichen Feſtungen geben unſrer Macht eine unerläßlich notwendige Entwicklung. Das beſtändige Ziel meiner Beſtrebungen iſt erreicht, die militäriſchen Hilfsmittel ſind von nun an auf der Höhe ihrer Beſtimmung in der Welt.“ Daneben hatte Napoleon Bedacht auf Bündniſſe mit fremden Mächten genommen. Ein ſolches mit Öſterreich anzubahnen diente ſeine Salzburger Zuſammenkunft mit dem Kaiſer Franz Joſef (18. bis 23. Auguſt 1867). Dieſelbe ſollte allerdings nach dem Mouſtierſchen Rundſchreiben vom 25. „einzig und allein von dem Gedanken eingegeben ſein, der kaiſerlichen Familie Öſterreichs, die durch ein vor kurzem eingetretenes Unglück ſo grauſam heimgeſucht worden,*) ein Zeugnis innigen Beileids zu geben,“ und Bismarck freute ſich in der Zirkulardepeſche anſcheinend über dieſe Erklärung, die ihm zugleich Gelegenheit gab, darauf hinzuweiſen, daß die Aufnahme, welche die Nachricht, die deutſche Frage ſei in Salzburg erörtert worden, in ganz Deutſchland gefunden, „von neuem gezeigt habe, wie wenig das deutſche Nationalgefühl den Gedanken ertrage, die Entwicklung der Angelegenheiten der Nation unter die Vormundſchaft fremder Einmiſchung oder nach andern Rückſichten geleitet zu ſehen, als nach den durch die nationalen Intereſſen Deutſchlands gebotenen.“ Aber Mouſtier gab ſelbſt zu, daß die beiden Herrſcher „ſich gegenſeitig ihre Auffaſſungen mitgeteilt und ihre Ideen über Fragen von allgemeinem Intereſſe ausgetauſcht hatten,“ und daß dieſe Ideen beiderſeits nichts mit Sympathie für Preußens Politik zu thun gehabt, lag auf der Hand.

Im nächſten Jahre begannen, wie der Prinz Napoleon im Aprilheft der Revue des Deux Mondes von 1878 erzählt

*) Die Hinrichtung des Erzherzogs Maximilian in Mexiko iſt gemeint.

hat, Napoleon und Viktor Emanuel geheime Unterhandlungen über eine Allianz. Der Graf Beuſt wußte davon und wurde vom Fürſten Metternich, der dabei „nicht ſowohl als öſterreichiſcher Botſchafter wie als Vertrauensmann der Tuilerien mitwirkte," über alles ohne Verzug unterrichtet. Es kam zu einem Vertragsentwurf, nach welchem ein Bündnis zwiſchen Italien, Frankreich und Öſterreich geſchloſſen werden ſollte, das ſeine Spitze gegen Preußen kehrte. Die beiden Bundesgenoſſen Frankreichs ſollten zunächſt diplomatiſch interveniren und, wenn dies erfolglos bliebe, ins Feld rücken. Nach dem Vorſchlage des Wiener Kabinets wollte man an Preußen die Forderung richten, ſich zu genauer Aufrechthaltung des durch den Prager Frieden hergeſtellten Standes der Dinge zu verpflichten. Würde dies abgelehnt, ſo wollten Öſterreich und Italien ihre Allianz mit Frankreich erklären und zum Angriff auf Deutſchland vorgehen. Der König Viktor Emanuel erbot ſich, ſofort 60 000 und nach einigen Wochen noch 40 000 Mann zu ſtellen. Öſterreichs Armeen ſollten etwas ſpäter in die Aktion treten. Die Italiener ſollten die öſterreichiſche Grenze überſchreiten, in Baiern eindringen und München beſetzen, die Öſterreicher in Böhmen Stellung nehmen und von da aus den Truppen des Königs von Italien die Hand reichen. Da Italien als Bedingung für ſeinen Beitritt den Abzug der Franzoſen aus Rom aufſtellte und Öſterreich dies unterſtützte, Napoleon aber, von der bigotten Kaiſerin und den jeſuitiſchen Ratgebern derſelben beeinflußt, auf dieſes Verlangen nicht eingehen zu können glaubte, unterblieb die ſchließliche Verſtändigung. Indes waren in der Sache eigenhändige Schreiben zwiſchen Napoleon einerſeits und Franz Joſef, ſowie Viktor Emanuel andrerſeits ergangen, nach deren Inhalt der Kaiſer der Franzoſen glauben konnte, der Abſchluß eines Vertrags, wie man ihn im Auge

gehabt, werde später, wenn Frankreich Preußen den Krieg erklärt und einen ersten Sieg erfochten, keinem Hindernisse mehr begegnen. Endlich meinte das französische Kabinet auch auf die süddeutschen Staaten rechnen zu können. Zwar waren die Regierungen derselben durch die Allianzverträge an den deutschen Norden gebunden, aber die Chancen für einen Bruch derselben schienen nicht ungünstig zu sein. In Baiern war ein erheblicher Theil der Bevölkerung vorzüglich aus konfessionellen Gründen von Abneigung gegen Preußen erfüllt, in Würtemberg gaben die vaterlandslosen Demokraten, die den preußischen „Militarismus" haßten und fürchteten, in den Jahren nach dem Kriege von 1866 den Ton an, in Hessen war die Majorität des Volkes für den Anschluß an Preußen und seine norddeutschen Bundesgenossen, aber der Großherzog und sein Minister Dalwigk verhehlten ihre Sympathie für Frankreich keinen Augenblick, in Baden endlich waren Regierung und Bevölkerung entschieden gut deutsch gesinnt, aber das war auch 1866 der Fall gewesen, und dennoch war das Land bei seiner Lage gezwungen gewesen, Partei gegen die Träger der deutschen Idee zu ergreifen. Die Hoffnung, daß das deutsche Zollparlament, das am 27. April 1868 zum erstenmale zusammentrat, die Einigung zwischen dem Süden und dem Nordern fördern werde, erfüllte sich nicht, im Gegenteile, die „süddeutsche Fraktion," die sich dort gebildet hatte, ließ die Gegensätze, welche die Deutschen rechts und links von der Mainlinie trennte, nur greller hervortreten.

Der deutsche Kanzler fuhr dem gegenüber fort, alles zu vermeiden, was Frankreich berechtigt hätte, sich verletzt oder benachteiligt zu fühlen. Er verfuhr namentlich in der Frage der Einigung Nord- und Süddeutschlands mit großer Behutsamkeit und Zurückhaltung. Nichts versäumend, was die Annäherung der Stammgenossen beschleunigen konnte, enthielt er

ſich in jeder Beziehung, einerſeits durch Druck auf die ſüddeutſchen Regierungen die jenſeits der Scheidelinie herrſchende Stimmung zu verſchlimmern, andrerſeits über die Verträge hinauszugehen, durch welche dieſe Schranke geſetzt war. Deutlich und feſt aber ſprach er aus, daß nicht Scheu vor der Macht des Auslandes ihn zu dieſem Verhalten beſtimme. Am 18. Mai 1868 war im Zollparlament ein Antrag geſtellt worden, gegen den ſich der ultramontane würtemberger Abgeordnete Probſt als gegen eine Überſchreitung der Befugnis der Verſammlung zu proteſtiren gemüßigt fand. Der patriotiſche Herr glaubte daran die Warnung knüpfen zu dürfen, man möge ſich hüten, daß „die Lawine, die ſeit lange am Gipfel des Berges drohe, nicht durch Erſchütterung von hier ins Rollen gebracht werde.“ Er empfing darauf von Bismarck die Antwort: „Der Herr Vorredner hat geſagt, ſeine engern Landsleute ſeien einig in dem Beſtreben, ſich jeder Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments zu widerſetzen. ... Führen Sie Ihr Programm durch, ſo lange es Ihr freier Wille iſt; Sie werden von uns weder mit einer Überredung, noch mit einer Bitte, noch auch nur mit einem Wunſche aufgefordert werden, es aufzugeben. ... Sie halten uns für viel empreſſirter, als wir es ſind. ... So lange als Sie nicht in freier Entſchließung erkennen, daß Ihrer Selbſtändigkeit am beſten damit gedient iſt, und ſo lange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutſchen, die überhaupt ſtaatliche Einrichtungen will, erklärt, es ſei ihr Wille, ſich dem Norddeutſchen Bunde anzuſchließen — ſo lange deliberiren Sie in Ruhe über Gegenſtände des Zollvereins. Aber wenn ich mich ſo gegen das Beſtreben der Kompetenzerweiterung verwahre, ſo muß ich auch jedem Beſtreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, entgegentreten. Ob ein ſolches Be-

ſtreben hier vorliegt, laſſe ich noch unentſchieden; dem Herrn Vorredner aber und allen, die mit ihm dasſelbe Thema behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutſchen Herzen niemals ein Echo findet."

Im Frühling des Jahres 1870 verſetzte die Frage wegen der Gotthardbahn die Franzoſen in Aufregung. Es handelte ſich um eine Eiſenbahnverbindung zwiſchen Deutſchland und Italien, welche weder öſterreichiſches noch franzöſiſches Gebiet berührte, und zu deren Herſtellung der Norddeutſche Bund die Summe von zehn Millionen Franks beitragen ſollte. In der Schweiz war man eine Zeit lang unſchlüſſig, ob man dem Gotthard oder dem Splügen den Vorzug geben ſollte, als aber Bismarck ſich für den erſtern entſchieden und nur für dieſen eine Subvention zuſagen zu können erklärt hatte, und als ferner Italien und Baden für dieſen Weg eingetreten waren, ſchloß ſich auch die Eidgenoſſenſchaft dem an. Im Reichstage wurden dem Unternehmen anfangs Schwierigkeiten gemacht. Bismarck aber beſeitigte dieſelben durch ſeine Rede vom 26. Mai, in welcher er auf die politiſchen Vorteile der Sache anſpielte, und die betreffende Vorlage fand beinahe einſtimmige Annahme. Er ſagte bei dieſer Gelegenheit: „Es müſſen gewiß die verbündeten Regierungen von der Überzeugung durchdrungen ſein, daß die politiſchen Intereſſen es empfehlen, zwiſchen Deutſchland und Italien eine Verbindung zu ſchaffen, welche lediglich von einem neutralen Zwiſchenlande, der Schweiz, abhängig iſt und nicht im Beſitz einer der großen europäiſchen Mächte ſich befindet. Die Rückſichten müſſen von beſondrer Wichtigkeit geweſen ſein, welche ſie zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe noch nie vorgekommenen Vorgehen führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutſchlands, nicht nur außerhalb des Norddeutſchen Bundes liegende Eiſenbahn zu-

zumuten.... Für uns iſt das Hauptintereſſe, eine faſt direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande Italien zu haben.“ Dieſe Worte gaben in Paris zu denken, und am 9. Juni wurde die dortige Regierung im geſetzgebenden Körper über die Angelegenheit interpellirt. Der neue Miniſter des Auswärtigen, Herzog von Gramont, verlangte Bedenkzeit für ſeine Antwort, er und der Kaiſer ſcheinen einige Tage geſchwankt zu haben, ob ſie nicht aus dem Vertrage zwiſchen Norddeutſchland, Italien und der Schweiz einen Vorwand zum Kriege nehmen könnten, aber zu der Überzeugung gekommen zu ſein, daß ſich das vor Europa nicht rechtfertigen laſſen würde, und ſo erklärte Gramont am 20. Juni in jener Verſammlung, Frankreich ſei zur Einmiſchung weder berechtigt noch verpflichtet. Aber bald nachher fand er in Spanien, was er in der Schweiz vergebens geſucht hatte, und der Fund wurde von ihm mit ebenſoviel Haſt als Ungeſchick benutzt.

Schon im Juli 1869 hatte man in Madrid die von Salazar ausgegangene Idee beſprochen, den durch Verjagung der Königin Iſabella erledigten Thron mit dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zu beſetzen, und Benedetti hatte die Sache in Berlin erſt (am 31. März) beim Staatsſekretär von Thile, dann (am 11. Mai) bei Bismarck ſelbſt zur Sprache gebracht. Jener hatte erwiedert, daß von einem derartigen Plane nicht die Rede ſein könne, dieſer hatte auf die bedenkliche Lage hingewieſen, in die ſich der Prinz durch Eingehen auf das Projekt verſetzen würde, die beſtimmte Erwartung ausgeſprochen, daß der König ſowohl als der Vater des Erbprinzen ihm von dem Wagnis abraten würde, und hinzugefügt, eher könnte der Prinz Friedrich Karl Neigung empfinden, ſich auf das Abenteuer einzulaſſen, wenn religiöſe Rückſichten, der dabei notwendige Übertritt zur katholiſchen Kirche,

ihm nicht im Wege ſtünden. Im folgenden Herbſt war ſpaniſcherſeits bei dem Prinzen Leopold vertraulich angefragt worden, ob er geneigt ſei, die Krone anzunehmen, und derſelbe hatte abgelehnt. Im Juni 1870 wurde nun von neuem mit ihm verhandelt, und jetzt willigte er ein, und am 3. Juli ſetzte der Telegraph die europäiſchen Höfe hiervon in Kenntnis. An demſelben Tage war König Wilhelm bei dem in Ems verweilenden Kaiſer von Rußland zum Beſuch und zwar in Begleitung Bismarcks, und da der Kaiſer ſeinen Berliner Geſandten bei ſich hatte, ſo lag der Schluß nahe, daß die beiden Diplomaten ihre Gebieter zum Behuf politiſcher Verabredungen begleitet hatten. In Paris wirkte die Nachricht von dem Entſchluſſe des Erbprinzen von Hohenzollern ungefähr wie rotes Tuch, das einem Stiere vorgehalten wird. Am 4. Juli fragte der franzöſiſche Geſchäftsträger im Auftrage Gramonts in Berlin bei Thile an, wie es mit jenem Entſchluſſe ſtehe, und empfing die Antwort, die preußiſche Regierung wiſſe nichts von der Sache, und dieſelbe exiſtire für ſie nicht. „Er ſuchte," ſchrieb Le Sourd, der Geſchäftsträger, an ſeinen Miniſter, „die Verantwortlichkeit ſeiner Regierung außer Frage zu ſtellen, aber Ew. Excellenz werden bemerken, daß er ſich enthielt, kategoriſch zu verſichern, daß das Berliner Kabinet die Exiſtenz und das Ergebnis der Verhandlung nicht kenne." Gleichfalls am 4. erſuchte Gramont den preußiſchen Botſchafter in Paris, der im Begriffe ſtand, zu ſeinem in Ems die Badekur brauchenden Könige abzureiſen, denſelben zu benachrichtigen, Frankreich erwarte, er werde dem Prinzen Rücknahme ſeiner Einwilligung anbefehlen, da es aus einer Weigerung einen Kriegsfall mache. Am 5. interpellirte der Deputirte Cochery — ohne Zweifel auf Beſtellung — im legislativen Körper den Miniſter über die hohenzollernſche Kandidatur und empfing am Tage darauf die Antwort, das be-

treffende Gerücht habe ſich beſtätigt, worauf Gramont fortfuhr: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem ſie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. ſetzt, dadurch zu ihrem Vorteile das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas ſtören und ſo die Intereſſen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß dieſe Eventualität ſich nicht verwirklichen wird. ... Sollte es anders kommen, ſo würden wir, ſtark durch Ihre Unterſtützung und durch diejenige der Nation, unſre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben.“ Ungeſtümer konnte, ſo ſchien es, man nicht vorgehen, gröber nicht drohen. Aber es ſollte noch ärger kommen: der König Wilhelm ſollte vor die Alternative geſtellt werden, aus Furcht nachzugeben oder aus dynaſtiſchen Rückſichten, wie es dargeſtellt werden konnte, Deutſchland in einen ſchweren Krieg zu verwickeln. Am 9. erſchien Benedetti, der bis dahin in Wildbad verweilt, auf die Weiſung ſeines Miniſters in Ems, um an den König das Verlangen zu richten, er möge Europa die Ruhe wiedergeben, indem er dem Prinzen Leopold gebiete, von ſeiner Kandidatur zurückzutreten. Der König entgegnete, er habe denſelben keineswegs ermutigt, ſondern ihm nur nicht unterſagt, die Krone anzunehmen, er könne ihn jetzt nicht zur Verzichtleiſtung nötigen, man möge ſich nach Madrid wenden und die dortige Regierung beſtimmen, dem Projekte zu entſagen. Am 11. wiederholte der franzöſiſche Botſchafter ſeine Forderung, und am 12. traf in Ems die telegraphiſche Nachricht ein, der Prinz ſei von ſeiner frühern Zuſage zurückgetreten. Damit ſchien der Streitfall erledigt. Jetzt aber rückte Gramont mit einer weitern und durchaus unerfüllbaren Forderung heraus: er verlangte von dem Könige durch den nach Paris zurückgekehrten preußiſchen Bot-

ſchafter, er ſolle ſich gegen den Kaiſer brieflich entſchuldigen, — der preußiſche Botſchafter, Baron Werther, empfahl perſönlich, dieſem Anſinnen nachzugeben — und am 13. hatte Benedetti die Stirn, an den König das fernere Verlangen zu ſtellen, er ſolle die Verzichtleiſtung ausdrücklich gutheißen und ſich überdies verpflichten, zu einer Wiederaufnahme der Thronbewerbung des Prinzen niemals ſeine Zuſtimmung zu erteilen.

Der König hatte in dieſem ganzen Handel viel nachgegeben, um Deutſchland die Übel eines Krieges zu erſparen, in dieſes unverſchämte Verlangen aber konnte er nicht willigen, ohne ſeine und Deutſchlands Ehre zu ſchädigen. Er erklärte, daß er eine ſolche Verbindlichkeit weder übernehmen könne noch wolle, und daß er für einen ſolchen Fall, wie für jeden andern, ſich Erwägung der Umſtände vorbehalten müſſe. Auf Benedettis Bitte um eine weitere Audienz ließ er antworten, er könne ſich nicht dazu verſtehen, die Erörterung über Bürgſchaften für die Zukunft mit ihm wieder aufzunehmen. Am 14. ſah Benedetti ihn zum letzten mal. Es war auf dem Bahnhofe, einige Augenblicke vor der Abreiſe des Königs nach Koblenz, und der letztere beſchränkte ſich bei dieſer Begegnung darauf, daß er ihm bemerkte, er habe ihm nichts mehr mitzuteilen, die etwa weiter erforderlichen Verhandlungen würden durch ſeine Regierung geführt werden. Noch am Abende des 13. ging von Berlin an die preußiſchen Geſandten an den fremden Höfen ein Telegramm über dieſe Vorfälle ab, das zu gleicher Zeit durch ein Extrablatt der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Tags nachher beſchloß ein Miniſterrat in St. Cloud den Krieg, das Telegramm ſollte, wie am 15. in den franzöſiſchen Kammern von den Miniſtern Gramont und Ollivier behauptet wurde, eine die Würde Frankreichs verletzende

„Note“ geweſen ſein. Am 19. Juli übergab Le Sourd in Berlin die franzöſiſche Kriegserklärung.

Bismarck hatte dem Verlauf dieſer Dinge zuerſt inſoweit ferngeſtanden, als er ſich in Varzin befand. Aus der Wendung aber, welche dieſelben am 9. nahmen, hatte er erkannt, daß es franzöſiſcherſeits beſtimmt auf einen Krieg abgeſehen ſei, und mit dieſer Überzeugung reiſte er am 12. zunächſt nach Berlin ab, wo er die vom preußiſchen Botſchafter in Paris mitgeteilte telegraphiſche Nachricht vorfand, daß der Prinz Leopold von ſeiner Thronkandidatur zurückgetreten ſei. Er blieb darauf in Berlin, und ſtatt ſeiner reiſte der Miniſter des Innern, Graf Eulenburg, nach Ems. Die Nachricht aus Paris war nicht nach ſeinem Sinn, und noch weniger gefielen ihm die am 13. einlaufenden Telegramme, welche über die letzten Forderungen Gramonts und über Benedettis Auftreten in Ems berichteten. Er erwiederte dem Pariſer Botſchafter, derſelbe müſſe die mündlichen Eröffnungen Gramonts mißverſtanden haben, und er, der verantwortliche Miniſter, könne dieſen Bericht dem Könige keinenfalls zu amtlicher Behandlung vorlegen; habe die franzöſiſche Regierung ſolche Mitteilungen zu machen, ſo möge ſie ihm dieſelben durch ihre Botſchaft in Berlin zukommen laſſen. Über die Vorgänge in Ems erhielt der Reichskanzler durch den in der Umgebung des Königs befindlichen Geheimrat Abeken eine ausführliche telegraphiſche Mitteilung mit der königlichen Ermächtigung, den Inhalt zu veröffentlichen. Bei Eingang des Telegramms befanden ſich die Grafen von Moltke und von Roon zum Diner allein zu dreien bei Bismarck, und dieſer las ihnen den telegraphiſchen Bericht Abekens vor. Beide Generäle hatten darnach den Eindruck, daß die Situation eine friedliche ſei. Der Kanzler erwiderte, daß dies ſehr auf Ton und Inhalt der geſtatteten Veröffentlichung ankommen werde. Er machte

dann in Gegenwart ſeiner beiden Gäſte einen Auszug aus dem Telegramm durch Streichungen ohne eigne Zuſätze. Dieſer Auszug wurde ſofort an alle preußiſchen Geſandtſchaften verſchickt und der Berliner Preſſe mitgeteilt. Derſelbe lautete:

„Telegramm aus Ems. 13. Juli 1870. Nachdem die Nachrichten von der Entſagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiſerlich franzöſiſchen Regierung von der königlich ſpaniſchen amtlich mitgeteilt worden ſind, hat der franzöſiſche Botſchafter in Ems an Se. Majeſtät den König noch die Forderung geſtellt, ihn zu autoriſiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majeſtät ſich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder ſeine Zuſtimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen ſollten. Se. Majeſtät der König hat es darauf abgelehnt, den franzöſiſchen Botſchafter nochmals zu empfangen, und demſelben durch den Adjutanten vom Dienſt ſagen laſſen, daß Se. Majeſtät dem Botſchafter nichts weiter mitzuteilen habe.“

Der engliſche Botſchafter in Berlin, Lord Loftus, hatte dem Kanzler am 13. zu der nahe ſcheinenden Löſung der Kriſis Glück gewünſcht. Bismarck aber erklärte, von Paris ſei die Nachricht eingetroffen, daß dieſe Löſung der ſpaniſchen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die franzöſiſche Regierung zufrieden zu ſtellen, und daß dieſelbe neue Anſprüche geltend machen wolle. Sei dies der Fall, ſo liege klar zu Tage, daß die ſpaniſche Thronfolgefrage ein bloßer Vorwand geweſen, und daß die wirkliche Abſicht Frankreichs auf Rache für Königgrätz gerichtet ſei. Die deutſche Nation fühle, daß ſie vollkommen imſtande ſein würde, es mit Frankreich aufzunehmen. „Aber,“ ſo fügte der Kanzler hinzu, „wir wünſchen den Krieg nicht, wir haben unſre friedfertige Geſinnung bewieſen und werden damit fortfahren, nur können wir den Franzoſen, was Rüſtungen betrifft, keinen Vor-

ſprung vor uns zugeſtehen. Ich habe beſtimmte Information, daß man in Frankreich gerüſtet hat und gegenwärtig noch rüſtet. Wird das fortgeſetzt, ſo werden wir uns gezwungen ſehen, die franzöſiſche Regierung um Aufklärung anzugehen." Graf Bismarck ſagte ferner, daß die preußiſche Regierung, falls Frankreich den europäiſchen Mächten jetzt nicht die Verſicherung gebe, daß es die Löſung der Frage als eine endgiltige betrachte und keine andern Anſprüche geltend zu machen gedenke, falls es die drohende Sprache des Herzogs von Gramont nicht zurücknehme oder genügende Erklärungen gebe, genötigt ſein werde, ſolche zu fordern. Loftus ſchloß mit den Worten: „Es ſcheint mir gewiß, daß Graf Bismarck und das preußiſche Miniſterium angeſichts der öffentlichen Meinung in Deutſchland entſcheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für notwendig halten."

Am Wendepunkte und auf der Höhe der Kriſis, die ſich ſeit 1866 entwickelt hatte, angelangt, blicken wir einen Moment zurück. Beſorgt für die Erhaltung ſeiner Dynaſtie auf dem franzöſiſchen Throne, hatte Napoleon zu dieſem Zwecke den Gewinn des deutſchen Landes links vom Rheine, dann, als dies ſich unthunlich zeigte, die Abtretung Luxemburgs und zuletzt die Eroberung Belgiens erſtrebt und ſich wiederholt angelegentlich um Preußens Freundſchaft und Beiſtand zu ſeinen Plänen bemüht. Bismarck hatte ihm dabei niemals beſtimmte Hoffnungen gemacht, ihm aber ebenſo wenig beſtimmt ſein Begehren abgeſchlagen, ſondern ihn hingehalten, um das neue Deutſchland erſtarken zu laſſen und abzuwarten, ob nicht auf Grund von Veränderungen in Frankreich um einen Krieg herumzukommen ſei. Mehr und mehr mußte dem Kaiſer klar werden, daß er mit ſeinen immer wiederkehrenden Anträgen ein Seitenſtück zum Schauſpiele „Verlorne Liebesmüh" aufführe, mehr

und mehr mußte ihn die Erkenntnis drücken, wie klein er gegenüber dem deutſchen Staatsmanne daſtehe. Er dachte nun ſeine Wünſche an der Seite andrer Mächte zu erreichen, und es gelang ihm, in Beuſt einen guten Freund zu werben, der mit Wohlgefallen eine Gelegenheit auftauchen ſah, die Niederlage von 1866 wett zu machen und das Werk dieſes Jahres mit andern im Bunde wieder zu zerſtören. Jetzt ſchien die Stunde dazu gekommen. Beuſt hatte in Paris geraten, eine dynaſtiſche Frage dazu zu benutzen, und die Beſetzung des ſpaniſchen Thrones mit einem Hohenzollern ließ ſich, obwohl derſelbe nur entfernt mit dem preußiſchen Königshauſe verwandt war, ja durch ſeine Abkunft dem Kaiſer Napoleon näher ſtand als jenem, als eine ſolche Frage, als Ausfluß preußiſchen Ehrgeizes darſtellen. Die ſüddeutſchen Fürſten und Bevölkerungen würden, ſo glaubte man in Paris und Wien, ſich für ſolchen Ehrgeiz nicht erwärmen, ſie würden zuerſt neutral bleiben und dann, nach den erſten franzöſiſchen Siegen, die man für unausbleiblich anſah wie 1866 den Triumph Öſterreichs und ſeiner Verbündeten, gern oder notgedrungen Bundesgenoſſen Napoleons werden. Unentſchloſſen, wie er immer geweſen, ſchwankte der Kaiſer lange Zeit, bis ihn endlich ſeine Umgebung, die Arkadier und die Jeſuiten, zu einem verhängnisvollen Entſchluſſe fortriſſen. An ſeinem Andenken haftet die Schuld daher nur zum Teil. Ganz entſchieden mitſchuldig waren die herrſchenden Klaſſen des franzöſiſchen Volkes mit ihrer Unwiſſenheit, ihrer Verblendung, ihrem dünkelhaften Übermut, und nicht viel weniger Tadel trifft das Miniſterium Gladſtone, in deſſen Hand es einen Augenblick gelegt war, den Kampf zwiſchen den beiden großen Völkern des Kontinents zu verhüten, das aber mit ſeinem ſchlecht verborgenen Haß und Neid gegen das emporſtrebende Deutſchland eine ernſte Mahnung

zum Frieden nach Paris ergehen zu laſſen verſchmähte und dem preußiſchen Kabinette erniedrigendes Verhalten zumutete.

Werfen wir einen Blick auf die franzöſiſche Preſſe von damals und auf die Äußerungen der Kammerredner, die in jener Zeit vernommen wurden.

Der Moniteur vom 8. Juli erging ſich in folgenden Redensarten: „Wenn unſre Politik Spanien gegenüber eine maßvolle ſein muß, ſo ſtehen wir Preußen ganz anders gegenüber. Dieſe durch ihre erſten Erfolge in Selbſttäuſchung geratene Macht ſcheint ſich das Übergewicht und die Herrſchaft in Europa anmaßen zu wollen. Es iſt Zeit, ſolchem Anſpruch ein Ende zu machen. Die Frage muß erweitert werden, und heute genügt die Entſagung des Prinzen Leopold nicht mehr. . . . Das wenigſte, was wir verlangen müſſen und was uns nunmehr befriedigen kann, wäre die formelle Beſtätigung und die unbedingte Ausführung des Prager Friedens nach ſeinem Wortlaute und Geiſte, d. h. die Freiheit der ſüddeutſchen Staaten, die Räumung der Feſtung Mainz, welche zum Süden gehört, der Verzicht auf jeden militäriſchen Einfluß jenſeits des Mains und die Regelung des fünften Artikels in Betreff Dänemarks.“ Das Pays prahlte: „Das kaudiniſche Joch iſt bereit für die Preußen; ſie werden ſich darunter beugen und zwar ohne Kampf beſiegt und entwaffnet, wenn ſie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, deſſen Ausgang nicht zweifelhaft iſt. Unſer Kriegsgeſchrei iſt bisher unerwiedert geblieben. Die Echos des deutſchen Rheines ſind noch ſtumm. Hätte Preußen ſich uns gegenüber der Sprache bedient, die Frankreich ſpricht, ſo wären wir ſchon längſt unterwegs.“ Die Liberté Girardins forderte ungeſtüm, daß man mit der Sache aufräume, das linke Ufer des Rheins wegnehme und die Preußen mit Kolbenſtößen auf das andre hinübertreibe, die Gelegenheit müſſe benutzt werden,

um Preußen für ſein Verfahren gegen Öſterreich und Dänemark zu ſtrafen und es für die Zukunft unſchädlich zu machen. Andre Blätter redeten verſtändiger, Siècle, Temps und Journal des Debats z. B., aber ihre Stimme verhallte im Toben der Mehrzahl.

Im geſetzgebenden Körper erwiederte, als Gramont erklärte, daß die Unterhandlungen mit Preußen fortgeſetzt würden, der Arkadier Jerome David dies mit einer Interpellation, welche mit den Worten begann: „In Erwägung, daß die feſten und patriotiſchen Erklärungen der Miniſter vom 6. in flagrantem Widerſpruche mit der lächerlichen Langſamkeit der diplomatiſchen Verhandlungen ſtehen.“ Als der Miniſter darauf den Vorſchlag machte, über die Interpellation zwei Tage ſpäter zu verhandeln, ſchrie Keratry, auch ein Eiferer für den Krieg mit Deutſchland, aber kein bonapartiſtiſcher: „Das iſt zu ſpät, Sie ſpielen das Spiel Preußens, als Franzoſe proteſtire ich gegen ſolche Politik“ — Redensarten, die wiederum den chauviniſtiſchen Blättern Anlaß boten, den Wahnſinn weiter zu treiben und zu ſagen: „Dieſes Miniſterium wird in Zukunft nur einen Namen haben: das Miniſterium der Schande.“ Stürmiſchen Beifall von ſeiten der Mehrheit der zweiten Kammer erntete Ollivier, als er am 15. Juli in thörichtem Übermute das Wort ſprach: „Allerdings ruht auf uns eine ſtarke Verantwortlichkeit, aber wir nehmen ſie leichten Herzens auf uns, ja wohl leichten Herzens!“ Zwar fehlte es nicht an Rednern, welche das Verfahren der Regierung mißbilligten. Der Abgeordnete Choiſeul meinte: „Man kann unmöglich aus ſolchem Grunde [wegen der angeblichen Beleidigung Benedettis durch König Wilhelm und der Veröffentlichung des Vorganges durch die „Note“ vom 13., die nur ein Telegramm war] den Krieg erklären.“ Arago äußerte: „Wenn man dies hören wird, wird die ziviliſirte Welt Ihnen Unrecht geben, und

wenn Sie daraufhin den Krieg erklären, ſo wird man wiſſen, daß Sie ihn um jeden Preis haben wollen.“ Gambetta drang darauf, daß die „Note“ wenigſtens vorgelegt werde, welche die Regierung wohlweislich verborgen gehalten hatte und weiter vorenthielt. Thiers und Favre führten aus, daß „die Ehre Frankreichs nicht im Spiele ſei, und daß kein rechtmäßiger Grund zu einem Kriege vorliege. Aber der erſtere ſah in dem, was er tadelte, doch nur einen „Kabinetsfehler“, herbeigeführt durch die Ungeduld, einen früheren, 1866 durch Geſchehenlaſſen begangnen, wieder auszugleichen. Er ſagte: „Der Herr Siegelbewahrer hat mit Recht erklärt, daß wir Preußens Unternehmen in Betreff Spaniens nicht dulden dürfen. . . . Sie wollen Preußen einen Stoß geben, und ich will es auch. . . . Aber die Gelegenheit, das Übel, die Ereigniſſe von 1866 wieder gut zu machen, iſt kläglich gewählt. Man hat Ihnen eine Genugthuung zugeſtanden. Ich bin gewiß, daß Sie dieſe Überſtürzung eines Tages bereuen werden.“ Und bei all dem lärmte und ſchimpfte die chauviniſtiſche Majorität der Kammer, als ob Thiers ein Freund Preußens wäre, und die Debatte endigte damit, daß der von der Regierung verlangte Kredit mit 245 gegen 10 Stimmen bewilligt wurde.

Die engliſche Regierung machte allerdings einen Verſuch, den Streit in friedliche Wege zu lenken, verfuhr dabei aber nicht unparteiiſch. Sie erſuchte, dem Verlangen Gramonts folgend, am 14. Juli den preußiſchen Botſchafter in London, dem Könige Wilhelm zu empfehlen, er möge Frankreich ausdrücklich die Verſicherung erteilen, daß er den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern billige und keine ſolche Kandidatur wieder zulaſſen werde. Graf Bernſtorff lehnte dieſes Anſinnen ab, indem er bemerkte, Preußen habe, von Frankreich öffentlich bedroht, eine Ruhe und Mäßigung an den Tag gelegt, welche

jedes fernere Zugeſtändnis als Demütigung erſcheinen laſſen würde, und die öffentliche Meinung in Deutſchland beweiſe, daß ſelbſt ein Krieg unter den ſchwierigſten Verhältniſſen der Nachgiebigkeit des Königs gegen ungerechtfertigte Forderungen Frankreich vorzuziehen ſei. Vermutlich auf ähnlicher Baſis bemühte ſich England am 17. in Berlin noch einmal zu vermitteln, und tags nachher bot es in Paris ſeine guten Dienſte an. An beiden Stellen begegnete es mit ſeinen Anträgen auf weitere Verhandlungen unüberwindlichen Bedenken. Bismarck erwiederte auf das betreffende Schreiben des Lord Loftus, ſolche Verhandlungen könnten nur ſtattfinden, wenn das franzöſiſche Kabinet vorher ſich dazu bereit erklärt habe. Dasſelbe habe die Initiative zum Kriege ergriffen und an ihr auch dann noch feſtgehalten, als die erſte Komplikation materiell beſeitigt geweſen ſei. „Eine von unſrer Seite jetzt zu ergreifende Initiative würde," ſo fuhr er fort, „von dem nationalen Gefühle der Deutſchen, nachdem dasſelbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverſtanden werden. Unſre Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühle der Nation, während die franzöſiſche Regierung bewieſen hat, daß ſie dieſer Stütze im eignen Lande nicht in gleichem Maße bedarf." Gramont andrerſeits erwiederte dem engliſchen Botſchafter auf ſeinen Vermittelungsverſuch, die letzten Schritte der preußiſchen Regierung hätten weitere Verhandlungen zur Unmöglichkeit gemacht. Indem man preußiſcherſeits öffentlich erklärt habe, der König habe den Verkehr mit dem franzöſiſchen Botſchafter barſch und unhöflich abgebrochen, was in dem behaupteten Maße gar nicht begründet ſei, habe man Frankreich eine ſchwere Beleidigung zugefügt. Lord Lyons bemerkte, „die engliſche Regierung habe nicht genau dieſelbe Anſicht von dem unglückſeligen Streite gewinnen können als die Regierung des

Kaiſers, ... aber wie dem auch ſein möge, die freundſchaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebnis eines langjährigen herzlichen Einverſtändniſſes zwiſchen den beiden Regierungen und Nationen ſei, habe keine Schmälerung erlitten."

Die Dinge nahmen nun einen raſchen Verlauf. In Deutſchland trat am 16. Juli der Bundesrat zuſammen, dem Bismarck über die Entwicklung des Streitfalles ausführlich Bericht erſtattete, wobei er zu dem Schluſſe gelangte: „Wäre es dem franzöſiſchen Kabinette lediglich darum zu thun geweſen, zum Zwecke der Beſeitigung dieſer Kandidatur die guten Dienſte Preußens in Anſpruch zu nehmen, ſo hätte ſich demſelben hierfür in einem vertraulichen Benehmen mit der preußiſchen Regierung der einfachſte und geeignetſte Weg dargeboten. Der Inhalt der von Herrn Duc de Gramont im Corps Legislatif gehaltenen Rede ſchnitt dagegen jede Möglichkeit ſolcher vertraulichen Erörterungen ab. [„Wenn man ſich verſtändigen will, darf man nicht drohen," ſagte der Kanzler in jenen Tagen zum Verfaſſer dieſer Darſtellung.] Die Aufnahme, welche dieſe Rede in der genannten Verſammlung fand, die von der franzöſiſchen Regierung ſeitdem eingenommene Haltung, die von ihr geſtellten unannehmbaren Zumutungen konnten dem Bundespräſidium keinen Zweifel mehr darüber laſſen, daß die franzöſiſche Regierung es von vornherein darauf abgeſehen hatte, entweder ſeine Demütigung oder den Krieg herbeizuführen. Der erſteren Alternative ſich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruche eines Krieges zwiſchen Deutſchland und Frankreich im Zentrum der europäiſchen Ziviliſation unausbleiblich verbunden ſind, machen den gegen Deutſchland geübten Zwang zum Kriege zu einer ſchweren Verſündigung an den Intereſſen der Menſchheit. Die öffentliche Meinung in Deutſchland hat dies empfunden. Die Erregung des deutſchen National-

gefühls giebt davon Zeugnis. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der franzöſiſchen Regierung obliegende Bürgſchaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohung des Friedens und der Wohlfahrt Europas.“ Der Bevollmächtigte Sachſens erklärte darauf das volle Einverſtändnis ſeiner Regierung mit allen bisherigen Schritten des Bundespräſidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffaſſung der Sachlage, und die übrigen Mitglieder des Bundesrates traten dieſer Erklärung bei.

In einer Zirkulardepeſche vom 18., die an die Geſandten des Norddeutſchen Bundes abging, gab der Kanzler eine weitere Darſtellung der Streitigkeit, wobei er mit den Worten ſchloß: „Wenn hiernach alle von den franzöſiſchen Miniſtern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in nichts zerfallen, ... ſo bleibt uns leider nur die traurige Notwendigkeit, die wahren Motive in den ſchlechteſten und ſeit einem halben Jahrhunderte von den Völkern und Regierungen der ziviliſirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs des Vierzehnten und des erſten Kaiſerreichs zu ſuchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahnen ſchreibt, und denen Napoleon der Dritte, wie wir glaubten, glücklich widerſtanden hatte. Als bewegende Urſachen dieſer bedauerlichen Erſcheinung können wir leider nur die ſchlechteſten Inſtinkte des Haſſes und der Eiferſucht auf die Selbſtändigkeit und Wohlfahrt Deutſchlands erkennen, neben dem Beſtreben, die Freiheit im eignen Lande durch Verwicklung desſelben in auswärtige Kriege niederzuhalten.“

Am 19. wurde der Reichstag des Bundes vom Könige mit einer Thronrede eröffnet, in der es hieß, wenn Kriegsdrohung den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt hätte, die Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zu

berufen, ſo werde in letzteren wie in jenen die Überzeugung lebendig ſein, daß der Norddeutſche Bund die deutſche Volkskraft nicht zur Gefährdung, ſondern zu einer ſtarken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht geweſen ſei, und daß, wenn dieſe Volkskraft jetzt aufgerufen werde, man nur dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorche. Dann fuhr der König fort: „Die ſpaniſche Thronkandidatur eines deutſchen Prinzen ... hat dem Gouvernement des Kaiſers der Franzoſen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatiſchen Verkehr ſeit langer Zeit unbekannten Weiſe den Kriegsfall zu ſtellen und denſelben auch nach Beſeitigung dieſes Vorwandes mit jener Geringſchätzung des Anrechts der Völker auf die Segnungen des Friedens feſtzuhalten, von welcher die Geſchichte früherer Beherrſcher Frankreichs analoge Beiſpiele bietet. Hat Deutſchland derartige Vergewaltigungen ſeines Rechts und ſeiner Ehre in früheren Jahrhunderten ſchweigend ertragen, ſo ertrug es ſie nur, weil es in ſeiner Zerriſſenheit nicht wußte, wie ſtark es war. Heut, wo das Band geiſtiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutſchen Stämme je länger, deſto inniger verbindet, heut, wo Deutſchlands Rüſtung keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutſchland in ſich ſelbſt den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter franzöſiſcher Gewaltthat.... Je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit umſo größerer Zuverſicht wenden wir uns, geſtützt auf den einmütigen Willen der deutſchen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutſchen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung ſeiner Ehre und Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beiſpiel unſrer Väter für unſre Freiheit und für unſer Recht kämpfen, und zu dieſem Kampfe, in dem wir kein andres Ziel verfolgen,

als den Frieden Europas dauernd zu ſichern, wird Gott mit uns ſein, wie er mit unſern Vätern war.“ Am 20. beantwortete der Reichstag dieſe Anſprache mit einer begeiſterungsvollen Adreſſe. „Ein Gedanke,“ hieß es darin, „ein Wille bewegt in dieſem ernſten Augenblicke die deutſchen Herzen ... von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat das Volk ſich auf den Ruf ſeiner einmütig zuſammenſtehenden Fürſten erhoben. Kein Opfer iſt ihm zu ſchwer. ... Das deutſche Volk wird endlich auf der behaupteten Wahlſtatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden. Ew. Majeſtät und die verbündeten Regierungen ſehen uns wie unſre Brüder bereit.“

Wenn die Thronrede wie die Adreſſe auf gleiche Bereitſchaft des Südens wie des Nordens hinwieſen, ſo waren ſie dazu berechtigt. Zwar gab es jenſeits des Mains „Patrioten“, welche ſich der Beteiligung am Kriege widerſetzten, aber Napoleon hatte ſich getäuſcht, wenn er der Meinung geweſen war, dieſe Parteien würden in der Entſcheidungsſtunde ſo ſchwer wiegen, daß die betreffenden Staaten wenigſtens zu einer neutralen Stellung genötigt werden würden. Sämtliche ſüddeutſche Staaten begannen ſchon vom 16. Juli an gleich denen im Nordbunde mobil zu machen, am 19. ſtellte der König von Baiern ſeine Armee auf Grund des Auguſtvertrages von 1866 unter den Oberbefehl des Königs von Preußen, und um dieſelbe Zeit folgten ſeinem Beiſpiele die übrigen Fürſten Süddeutſchlands. Auch die Hoffnung des Kaiſers auf öſterreichiſchen und italieniſchen Beiſtand zerrann. Als Gramont bei dem Grafen Beuſt deswegen anfragen ließ, gab derſelbe, bei all ſeiner Hinneigung zu Frankreich, eine wenig tröſtliche Antwort, da dieſe Hinneigung durch die Stimmung Ungarns und durch die Scheu vor einem Angriffe Rußlands reichlich aufgewogen

wurde. „Ich lege," ſchrieb der öſterreichiſche Reichskanzler am 11. Juli an den Botſchafter in Paris, „beſonders Wert darauf, daß der Kaiſer Napoleon und ſeine Miniſter ſich nicht der irrtümlichen Vorſtellung überlaſſen, ſie könnten uns nach ihrem Belieben über die Grenzen unſrer Zuſagen und ohne Beachtung unſrer Lebensintereſſen mit ſich fortreißen. Zuverſichtlich von einem Obſervationskorps ſprechen, welches wir in Böhmen aufſtellen ſollten, . . . heißt doch gar zu kühn vorgehen. Nichts giebt dem Herzog das Recht, auf eine ſolche Maßregel unſrerſeits zu zählen. Wir haben nur die einzige Verpflichtung auf uns genommen, uns nicht ohne Vorwiſſen Frankreichs mit einer andern Macht zu verbünden. Dieſes Verſprechen werden wir gewiſſenhaft halten. Außerdem erklären wir uns für Frankreich aufrichtig befreundet, und unſre diplomatiſche Unterſtützung iſt ihm ſicher. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, daß wir bei Erwägung der Möglichkeiten eines Krieges immer erklärt haben, wir würden uns bereitwillig anheiſchig machen, zur Aktion zu verſchreiten, falls Rußland ſich an Preußens Seite ſtellte, daß wir aber neutral zu bleiben gedächten, ſo lange Preußen allein gegen Frankreich kämpfte." Weiterhin in der Depeſche tadelt der Verfaſſer derſelben das haſtige und leidenſchaftliche Vorgehen der Franzoſen gegen Preußen. „Man behauptet zwar," ſagt er, „Preußen ſei es, das den Krieg hervorrufe, wenn es die hohenzollernſche Kandidatur nicht zurücknehme. Ich will mich darüber ganz offenherzig ausſprechen. Wird der Krieg notwendig, ſo wird vor allem die von Frankreich ſeit dem erſten Moment angenommene Haltung daran ſchuld ſein. Gleich ſeine erſten Kundgebungen tragen nicht den Charakter diplomatiſchen Vorgehens, ſie ſind vielmehr eine thatſächliche Kriegserklärung gegen Preußen, und zwar in Ausdrücken, die in ganz Europa Aufregung hervorgerufen haben

und zu dem Glauben berechtigen, man habe mit Vorbedacht und um jeden Preis Krieg herbeiführen wollen. . . . Wenn man in Paris die ganze Angelegenheit mit bloßer Leidenſchaft betreibt, ſo können wir nicht wünſchen, uns unter ſolchen Auſpizien mit einzuſchiffen. . . . Ich will nicht ſagen, daß nicht Lagen eintreten könnten, die uns zur Teilnahme an dem über eine Machtfrage zwiſchen Frankreich und Preußen ausbrechenden Kampfe bewegen würden, aber ſicherlich wird man Öſterreich-Ungarn nicht gleich bei Beginn des Krieges zur Beteiligung bereit finden. Unſre Dienſte ſind Frankreich bis zu einem gewiſſen Maße ſicher, aber über dieſes Maß wird, wenn uns nicht die Ereigniſſe dazu drängen, nicht hinausgegangen werden. . . . Sprechen Sie [Napoleon gegenüber] ſo laut wie nur möglich von unſern Verpflichtungen und unſrer Treue in deren Erfüllung, damit der Kaiſer ſich nicht plötzlich auf unſre Koſten mit einer andern Macht verſtändige."

Nicht viel mehr Hoffnung wird in Paris die Haltung zur Folge gehabt haben, die dem Fürſten Metternich von ſeinem Wiener Chef durch eine vertrauliche Depeſche vom 20. Juli vorgeſchrieben wurde. Der letztere erteilt dem Botſchafter hier mit Rückſicht auf Vorſchläge zu einem Vertrage zwiſchen Frankreich, Italien und Öſterreich, welche Napoleon kurz vorher hatte machen laſſen, folgende Weiſung: „Sie wollen dem Kaiſer und ſeinen Miniſtern wiederholen, daß wir, getreu den Verpflichtungen, die in den zu Ende vorigen Jahres zwiſchen den beiden Souveränen ausgetauſchten Schreiben feſtgeſtellt ſind, die Sache Frankreichs wie die unſre betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge ſeiner Waffen mitwirken werden." Dieſe Grenzen ſeien, ſo fährt der öſterreichiſche Reichskanzler fort, durch Rückſichten auf das Ausland, ſowie durch innere Verhältniſſe gezogen. „Wir glauben," ſagt er, „zu wiſſen,

daß Rußland bei ſeiner Verbindung mit Preußen beharrt, ſodaß unter gewiſſen Eventualitäten die Einmiſchung ruſſiſcher Armeen nicht nur als wahrſcheinlich, ſondern als gewiß anzuſehen iſt. . . . Wir glauben zu wiſſen, daß unſer Eintritt in die Aktion ſofort denjenigen von Rußland nach ſich ziehen würde, das uns nicht bloß in Galizien, ſondern auch am Pruth und an der untern Donau bedroht. Rußland neutral zu erhalten, bis die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr erlaubt, an die Zuſammenziehung von Truppen zu denken, alles zu vermeiden, was es verletzen oder ihm einen Vorwand zur Einmiſchung geben könnte, das muß für den Augenblick das oſtenſible Ziel unſrer Politik ſein. . . . Wie ich in den Beſprechungen des letzten Jahres ſtets bemerkt habe, dürfen wir nicht außer Acht laſſen, daß unſre zehn Millionen Deutſchen in dem gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwiſchen Frankreich und Preußen, ſondern den Anfang eines nationalen Kampfes erblicken, und ebenſowenig dürfen wir uns verhehlen, daß die Ungarn ſich ſehr zurückhaltend erweiſen werden, wenn es gilt, ihr Blut und Geld für die Wiedergewinnung unſrer Stellung in Deutſchland zu opfern. Unter dieſen Umſtänden iſt das Wort Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern ausſprechen, eine gebieteriſche Notwendigkeit für uns. Aber dieſe Neutralität iſt nur ein Mittel, . . . uns dem wirklichen Ziele unſrer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unſre Rüſtungen zu vollenden, ohne uns einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Rußlands auszuſetzen. Während wir aber unſre Neutralität verkünden, haben wir nicht einen Augenblick verloren, uns mit Italien wegen der uns vom Kaiſer Napoleon überlaſſenen Vermittlung in Verbindung zu ſetzen. . . . Ich habe bereits telegraphiſch von der Notwendigkeit der Räumung Roms geſprochen. . . . An demſelben Tage, wo die Franzoſen Rom verlaſſen, müßten die Italiener mit Zu-

ſtimmung Frankreichs und Öſterreichs einrücken. Niemals werden wir die Italiener aufrichtig für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römiſchen Stachel ausziehen. . . . Mit einem Akt unzweifelhaft großmütiger Politik würde Frankreich ſeinem Feinde eine Waffe entreißen und einen Damm gegen das Überfluten des Teutonismus aufwerfen, welchen Preußen, eine vor allem proteſtantiſche Macht, in Deutſchland aufzuehmen gewußt hat, und welchen wir wegen ſeiner anſteckenden Kraft doppelt zu fürchten haben."

Das war nun zwar recht ſchön geſagt, beſonders wenn man bedachte, daß ein Teutone und ein Proteſtant ſich ſo ſäuberlich gehäutet hatte. Aber mit Wollen und Nichtkönnen war Napoleon nicht geholfen, und bis zum Winter konnte viel Schlimmes geſchehen.

Auch die neuen Unterhandlungen des Kaiſers mit Italien führten ſchließlich zu keinem Erfolge. Der General Türr, der ſie führte, ſchrieb am 27. Juli nach Paris, die italieniſchen Miniſter hätten ihm erklärt, daß man nur gegen Überlaſſung Roms Frankreich in ſeinem Kampfe mit Preußen Beiſtand leiſten könne. Der Kaiſer ſolle wenigſtens im geheimen das Verſprechen geben, daß Italien Rom haben ſolle, damit Viktor Emanuel ſeinem Volke vom Kriege die Löſung der nationalen Frage verheißen könne. Am 29. aber fand Türr, der mittlerweile nach Wien gereiſt war, auf der dortigen franzöſiſchen Botſchaft eine Depeſche Gramonts vor, die ſeinen Brief kurz und bündig dahin beantwortete: „Wir können wegen Roms nicht das geringſte thun. Will Italien nicht marſchiren, ſo möge es zu Hauſe bleiben." Trotzdem war noch einige Ausſicht für Frankreich; denn Viktor Emanuel war demſelben günſtig geſinnt. Am 2. Auguſt erſchien Graf Vimercati als Abgeſandter vom König in Metz bei Napoleon mit einer neuen

Redaktion des Allianzvertrags, in welcher Italien die Räumung Roms durch die Franzoſen feſthielt. Der Kaiſer erklärte wiederum, darauf nicht eingehen zu können, und ſchlug neue Änderungen der Konvention vor. Er hoffte offenbar, zunächſt den Deutſchen allein die Spitze bieten zu können und nach den erſten Siegen die Italiener, die übrigens ihre Kriegsvorbereitungen erſt im September vollendet haben konnten, und wohl auch die Öſterreicher an ſeiner Seite zu ſehen. Aber ſeine Erwartung erfüllte ſich nicht. Am 3. Auguſt reiſte der italieniſche Unterhändler nach Florenz zurück, und drei Tage ſpäter wurden die Franzoſen bei Wörth und bei Spicheren geſchlagen. Jetzt wollte der Kaiſer das Verlangen der italieniſchen Regierung erfüllen, dieſelbe ſollte für möglichſt ſchleunigen bewaffneten Beiſtand mit Rom nach Belieben verfahren dürfen. Der Prinz Napoleon begab ſich von Chalons, wohin ſich der Kaiſer nach ſeiner Niederlage bei Saarbrücken zurückgezogen hatte, mit dieſem Zugeſtändniſſe, das ohne Wiſſen Gramonts beſchloſſen worden war, zu Viktor Emanuel, ſeinem Schwiegervater, bei dem er am 20. Auguſt eintraf. Aber auch jetzt zögerte das Kabinet von Florenz noch, es wollte ſich erſt mit Öſterreich verſtändigen, und da dieſes ſich mehrere Tage beſann, wurde es zu ſpät zu militäriſcher Hilfe. Die Schlacht bei Sedan ſetzte allen dieſen Intriguen ein Ziel: der Kaiſer war nach derſelben ein Gefangener und bald nachher faktiſch nicht mehr Kaiſer. Die Hilfe, die Italien ſpäter der Republik durch Garibaldi und ſeine Rothemden leiſtete, hatte nicht viel zu bedeuten. Der Prinz Napoleon bemerkt zu ſeinem Bericht über dieſe Vorgänge: „Aus dieſen Thatſachen ergiebt ſich eine große Lehre: die klerikale Partei war ſtark genug, um Napoleon III. zu beherrſchen. Gegen den Willen des Kaiſers und ſeiner Hauptratgeber leitete dieſe Partei die Politik Frankreichs, und dieſe dem Kaiſer aufgenötigte Politik iſt die oberſte

Urſache unſrer Niederlagen, die weltliche Macht der Päpſte hat Frankreich das Elſaß und ein Stück Lothringens gekoſtet."

Der Kaiſer Napoleon hatte ohne Zweifel erwartet, durch den Krieg in die Lage zu kommen, ſich das Rheinland zu nehmen, deſſen Beſitz er früher erſtrebt und durch Verhandlungen mit Bismarck ſich auf friedlichem Wege zu erwerben verſucht hatte. Jetzt wurde es umgekehrt für Bismarck Zeit, zu überlegen, was Deutſchland als Siegespreis verlangen müſſe. Nicht unwahrſcheinlich iſt, daß er den Gedanken an Wiedererlangung Straßburgs und des Elſaß ſchon als Möglichkeit mit in den Krieg genommen hatte. Bereits in Saarbrücken wurde in einer Depeſche andeutend, dann in Herny von ſeinem Gefolge ganz ausdrücklich von der Sache geſprochen, an letzterm Orte auch in einem nach Rußland beſtimmten Telegramm, und wir wiſſen aus dem vorhergehenden Kapitel, daß die Abſicht einer Rennion jener Landſchaft Bismarck ſchon 1866 vorgeſchwebt hatte. Die Form aber mag in dem erſten Monate des jetzigen Krieges bei ihm noch nicht feſtgeſtanden haben. In Commercy, am 23. Auguſt, bezeichnete er während eines Tiſchgeſpräches als Ideal in der Frage, das aber wohl nicht zu erreichen ſein würde, „eine Art Kolonie Deutſchlands in Oſtfrankreich, einen neutralen Staat, wo es keine Konſkription giebt, und deſſen Steuern nach Deutſchland fließen — ſo weit ſie nicht im Innern gebraucht werden. Frankreich verlöre ſo die Gegenden, wo ſeine beſten Soldaten herkommen, und würde unſchädlich. Im Reſte von Frankreich keine Bourbons, keine Orleans, zweifelhaft, ob Lulu oder der dicke oder der alte Bonaparte. — Ich wollte bei der Luxemburger Geſchichte keinen Krieg," fügte er hinzu, „da ich wußte, daß es ſechs geben würde. Aber das muß jetzt ein Ende haben." Bald nachher, noch vor dem Tage von Sedan, wurde der Plan, der ſeitdem ausgeführt worden iſt, auf Befehl des

Kanzlers in der Preſſe entwickelt, motivirt und empfohlen.*) Kurze Zeit nach der Entthronung Napoleons durch die Revolution vom 4. September wurde er in einer Staatsſchrift ausgeſprochen. Favre, der neue franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, hatte in einer Zirkulardepeſche an die Agenten Frankreichs vom 6. erklärt, die Republik wolle lediglich den Frieden, aber wenn Preußen den Krieg fortſetze, um zu erobern, ſo werde man franzöſiſcherſeits ſeine Pflicht bis zu Ende thun. „Wir überlaſſen," ſagte das Aktenſtück mit Emphaſe, „keinen Finger breit Erde, keinen Stein unſrer Feſtungen. Ein ehrloſer Friede wäre ein Vernichtungskrieg nach kurzer Zeit. Wir werden nur wegen eines dauerhaften Friedens unterhandeln." Das war auch die Abſicht Bismarcks, nur faßte er die Dauerhaftigkeit anders auf. In ſeinem aus Rheims und vom 13. September datirten Rundſchreiben ſagte er Favre und den Mächten, die deſſen Politik zu unterſtützen geneigt ſein konnten: „Die der Einſtimmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertreter, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung in der Preſſe haben den Eroberungskrieg gegen uns ſo laut und nachdrücklich gefordert, daß der Mut zum Widerſpruche den iſolirten Freunden des Friedens fehlte, und daß der Kaiſer Napoleon Sr. Majeſtät keine Unwahrheit geſagt haben dürfte, wenn er noch heute behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe. Angeſichts dieſer Thatſache dürfen wir unſre Garantien nicht in franzöſiſchen Stimmungen ſuchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuſchen, daß wir uns infolge dieſes Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müſſen.... Es iſt die Niederlage an ſich, es iſt unſre ſiegreiche Abwehr

*) Von Clermont en Argonne aus, am 28. Auguſt. Vergl. Graf Bismarck und ſeine Leute, 1. Bd., S. 80 ff.

ihres frevelhaften Angriffs, welche die franzöſiſche Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgendwelche Vorteile als den Ruhm unſrer Waffen aus Frankreich abzögen, ſo würde doch derſelbe Haß, dieſelbe Rachſucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrſchſucht in der franzöſiſchen Nation zurückbleiben.... Eine ſolche Anſtrengung wie die heutige darf dem deutſchen Volke nicht dauernd von neuem angeſonnen werden.... Wir können deshalb unſre Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächſten Angriff auf die deutſche und namentlich auf die bisher ſchutzloſe ſüddeutſche Grenze dadurch zu erſchweren, daß wir dieſe Grenze und damit den Ausgangspunkt franzöſiſcher Angriffe weiter zurücklegen und die Feſtungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defenſive Bollwerke in die Gewalt Deutſchlands zu bringen ſuchen.“ In einem zweiten Rundſchreiben, datirt Meaux, den 16. September, ergänzte der Kanzler das im erſten Geſagte mit folgenden Worten: „Unſre Friedensbedingungen ... ſind uns durch die Natur der Dinge und durch das Geſetz der Notwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloſes Nachbarvolk vorgeſchrieben.... So lange Frankreich im Beſitze von Straßburg und Metz bleibt, iſt ſeine Offenſive ſtrategiſch ſtärker als unſre Defenſive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheiniſchen Nordens von Deutſchland. Straßburg iſt im Beſitze Frankreichs eine ſtets offene Ausfallspforte gegen Süddeutſchland. In deutſchem Beſitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defenſiven Charakter. Wir ſind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich geweſen, und wir haben jetzt von letzterm nichts zu begehren als unſre von ihm ſo oft gefährdete Sicherheit im eignen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu ſchließenden Frieden nur als einen Waffenſtillſtand

anſehen und uns, um Rache für ſeine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenſo händelſüchtig und ruchlos wie in dieſem Jahre, wiederum angreifen, ſobald es ſich durch eigne Kraft oder fremde Bündniſſe ſtark genug dazu fühlt. Indem wir Frankreich, von deſſen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen iſt, das Ergreifen der Offenſive erſchweren, handeln wir zugleich im europäiſchen Intereſſe, welches das des Friedens iſt. Von Deutſchland iſt keine Störung des europäiſchen Friedens zu befürchten. Nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Überwindung unſres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbſtgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen ſind, trotz unſrer Friedensliebe aufgezwungen worden iſt, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anſtrengungen fordern, die wir zu unſrer Verteidigung haben machen müſſen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir dieſe gerechte und billige Forderung feſthalten."

Die Beſprechungen, welche Bismarck mit Favre am 19. und 20. September in Haute Maiſon und Ferrières hatte, führten zu keiner Verſtändigung, da der franzöſiſche Miniſter zwar jede mögliche Geldentſchädigung zu bewilligen erklärte, Landabtretungen aber als mit der Ehre Frankreichs unverträglich mit Pathos von ſich wies. „Es gelang mir nicht," ſagt Bismarck in ſeinem Bericht über dieſe Unterredungen, „ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutſchland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege geweſen zu ſein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir beſiegt worden wären, und welche das Ergebnis faſt jeden Krieges auch der neueſten Zeit geweſen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr beſiegtes Land an ſich nichts Ent-

ehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von andrer Beſchaffenheit ſei als diejenige aller andern Länder.“ Über die Friedensbedingungen, die der Kanzler dann andeutete, wurde indes nur beiläufig und, wie der diplomatiſche Ausdruck lautet, akademiſch geſprochen. Der näherliegende Hauptgegenſtand der Beſprechung war der Abſchluß eines Waffenſtillſtandes, welcher den Franzoſen Gelegenheit zur Wahl einer Vertretung verſchaffen ſollte, die der proviſoriſchen Regierung allein die Legitimation geben konnte, völkerrechtlich giltig Frieden zu ſchließen. Bismarck machte hier darauf aufmerkſam, daß ein Waffenſtillſtand für eine ſiegreich vordringende Armee ſtets militäriſche Nachteile mit ſich bringe, in dieſem Falle aber für die Verteidigung Frankreichs und die Reorganiſation ſeiner Streitkräfte einen ſehr wichtigen Zeitgewinn darſtelle, und daß Deutſchland daher ein militäriſches Äquivalent haben müſſe. Als ſolches bezeichnete er die Übergabe der Feſtungen, welche dem Heere des Königs die Verbindung mit Deutſchland erſchwerten. In Betreff Straßburgs machte er geltend, daß die dortige Beſatzung, da der Platz ohnehin der Einnahme nahe ſei, ſich in Kriegsgefangenſchaft zu ergeben habe. Für den Fall ferner, daß die ins Auge gefaßte konſtituirende Verſammlung in Paris zuſammenträte, ſtellte Bismarck folgende Alternative auf: „Entweder die Poſition vor Paris wird uns durch Übergabe eines dominirenden Teiles der Feſtungswerke eingeräumt; um dieſen Preis ſind wir bereit, den Verkehr mit Paris vollſtändig freizugeben und jede Verproviantirung der Stadt zuzulaſſen. Oder die Poſition vor Paris wird uns nicht eingeräumt; alsdann können wir auch in die Aufhebung der Abſperrung nicht willigen, ſondern müſſen die Beibehaltung des militäriſchen Statusquo vor Paris dem Waffenſtillſtande zu Grunde legen, weil ſonſt letzterer für uns lediglich die Folge

hätte, daß Paris uns nach Ablauf desſelben neu verproviantirt und gerüſtet gegenüberſtehen würde.“ Favre lehnte die Überlaſſung eines dominirenden Teiles der Pariſer Befeſtigungen und die Kriegsgefangenſchaft der Straßburger Garniſon ab, verſprach aber die zweite Alternative, Aufrechterhaltung des militäriſchen Statusquo vor Paris den übrigen Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung zur Beſchlußfaſſung vorzulegen. Die Unterredungen zwiſchen ihm und dem Kanzler hatten, als er heimreiſte, in Bezug auf die Bedingungen eines künftigen Friedens nichts feſtgeſtellt, dagegen nahm er die Bewilligung eines zwei- bis dreiwöchentlichen Waffenſtillſtandes zum Behuf der Wahlen zu einer Nationalverſammlung mit, der unter folgenden Bedingungen zugeſtanden werden ſollte: „1. In und vor Paris Aufrechterhaltung des militäriſchen Statusquo. 2. In und vor Metz Fortdauer der Feindſeligkeiten innerhalb eines näher zu beſtimmenden, um Metz gelegenen Umkreiſes. 3. Übergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenſchaft der Beſatzung, von Toul und Bitſch mit freiem Abzuge derſelben.“ In Paris wurden dieſe Bedingungen verworfen, und Bismarck konnte daraufhin durch die Geſandtſchaften den neutralen Regierungen, von denen die engliſche und die öſterreichiſche immer ſtarke Sympathien für die Sache Frankreichs an den Tag legten, erklären laſſen: „Wenn die franzöſiſche Regierung die ihr gebotene Gelegenheit zur Wahl einer Nationalverſammlung auch innerhalb der von uns okkupirten Teile Frankreichs nicht hat benutzen wollen, ſo bekundet ſie damit ihren Entſchluß, die Schwierigkeiten, in welchen ſie ſich einem völkerrechtlichen Abſchluſſe des Friedens gegenüber befindet, aufrecht zu erhalten und die öffentliche Meinung des franzöſiſchen Volkes nicht hören zu wollen. Daß allgemeine und freie Wahlen im Sinne des Friedens ausgefallen ſein würden, iſt ein Eindruck, der ſich uns

hier aufdrängt, und der auch den Machthabern in Paris nicht entgangen ſein wird." Die in Tours tagende Abzweigung der Pariſer Geſellſchaft aber, welche ſich auf das tumultuariſch zuſtande gekommene Mandat eines Teiles der dortigen Bevölkerung hin zu Lenkern der Geſchicke Frankreichs aufgeworfen hatte, erklärte am 24. September in einer pomphaften Proklamation an das Land: „Preußen will den Krieg fortſetzen und Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabdrücken.... Auf ſo unverſchämte Anſprüche antwortet man nur durch den Kampf aufs äußerſte."

Bismarck erwiederte am 1. Oktober in einem Rundſchreiben auf ſolche Übertreibung: „Die von uns erſtrebte Abtretung von Straßburg und Metz bedingt in ihrem territorialen Zuſammenhange eine Verminderung des franzöſiſchen Gebietes um einen Flächeninhalt, welcher der Vermehrung desſelben durch Savoyen und Nizza ziemlich gleichkommt, die Bevölkerung dieſer von Italien erworbenen Landesteile aber um etwa drei Viertel Millionen übertrifft. Wenn man ſich nun vergegenwärtigt, daß Frankreich nach dem Zenſus von 1866 ohne Algerien über 38 und mit Algerien ... 42 Millionen Einwohner zählt, ſo liegt auf der Hand, daß eine Verminderung von drei Viertel Millionen der letztern an der Bedeutung Frankreichs dem Auslande gegenüber nichts ändert, dieſem großen Reiche vielmehr dieſelben Elemente der Machtfülle läßt, durch deren Beſitz es im orientaliſchen wie im italieniſchen Kriege einen ſo entſcheidenden Einfluß auf die Geſchicke Europas auszuüben imſtande war."

Die neutralen Mächte fuhren fort, warm für die franzöſiſche Sache zu empfinden, und Lord Granville ſowie Graf Beuſt verfehlten nicht, das gelegentlich zu äußern, aber keine hielt ſich für verpflichtet, den Franzoſen anders als durch diplo-

matiſche Vorſchläge Beiſtand zu gewähren. Ein von Beuſt wiederholt angeregtes gemeinſames Handeln der Neutralen kam nicht zu ſtande. Die Thiersſche Bereiſung der großmächtlichen Höfe hatte ihren Zweck, die bewaffnete Intervention Europas zu veranlaſſen, gänzlich verfehlt. Von Petersburg wußte er zwar zu berichten, daß der Kaiſer ſowohl als Fürſt Gortſchakoff „ſich mit Wärme gegen die Auferlegung übertriebener Friedensbedingungen ausgeſprochen und erklärt hätten, Rußland werde niemals ſeine Zuſtimmung zu unbilligen Anſprüchen erteilen," aber was ſie für übertrieben und unbillig hielten, konnte er von ihnen nicht erfahren, und ebenſo wenig gewann er ihnen eine beſtimmte Erklärung zu Gunſten der Erhaltung der Integrität des franzöſiſchen Gebietes ab.

Die militäriſchen Ausſichten Frankreichs verſchlechterten ſich im Oktober mehr und mehr. Toul und Straßburg waren gefallen, Paris war eng eingeſchloſſen, in Metz verhandelte Bazaine über den Abzug der dort feſtgehaltenen Armee, und die deutſchen Truppen ſtreiften bereits bis zur Loire. Bismarck war noch immer zum Eingehen auf einen Waffenſtillſtand unter billigen Bedingungen bereit. Die Vermittlung der amerikaniſchen Generale Sheridan und Burnſide gewährte ihm Gelegenheit, den Pariſer Machthabern noch einmal das Mittel darzubieten, das Land von der Anarchie zu befreien, welche Friedensverhandlungen unmöglich machte, und er ließ am 9. Oktober von den Amerikanern bei den Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung den Vorſchlag befürworten, mit dem er das Anerbieten zu einem Waffenſtillſtande von der zur Vornahme der Wahlen erforderlichen Dauer verband, entweder alle Abgeordneten der Nation nach Paris hinein oder die Pariſer Deputirten, falls ein andrer Verſammlungsort beliebt werden ſollte, ungehindert aus der Stadt herauszulaſſen. Dieſe Vorſchläge begegneten aber in

Paris ſo ungünſtiger Aufnahme, daß die Vermittler ſelbſt erklärten, nunmehr die Hoffnungen, die ſie gehegt hatten, aufgeben zu müſſen.

Die Verhandlungen ruhten nun eine Weile, und erſt als auch Metz kapitulirt hatte, erſchien am 1. November Thiers auf Anregung der neutralen Mächte bei Bismarck in Verſailles, um abermals wegen eines Waffenſtillſtandes zu verhandeln, der zum Zwecke von Wahlen zu einer Nationalverſammlung und der Wiederherſtellung des Friedens abgeſchloſſen werden ſollte. Der deutſche Kanzler zeigte ſich entgegenkommend, er berichtet darüber im Rundſchreiben vom 8. November u. a.: „Ich ſchlug ihm vor, durch eine zu beſtimmende Demarkationslinie die Stellung der beiderſeitigen Truppen, ſo wie ſie am Tage der Unterzeichnung [des Waffenſtillſtandes] ſein würde, abzugrenzen, die Feindſeligkeiten auf vier Wochen zu ſiſtiren und in dieſer Zeit die Wahlen und die Konſtituirung der nationalen Vertretung vorzunehmen. . . . In Bezug auf die Wahlen im Elſaß konnte ich erklären, daß wir auf keiner Stipulation beſtehen würden, welche die Zugehörigkeit der deutſchen Departements zu Frankreich vor dem Friedensſchluſſe in Frage ſtellen könnte, und daß wir keinen Bewohner der letztern dafür zur Rede ſtellen würden, daß er als Abgeordneter ſeiner Landsleute in einer franzöſiſchen Nationalverſammlung erſchienen ſei. Ich war erſtaunt, als der franzöſiſche Unterhändler dieſe Vorſchläge... ablehnte und erklärte, einen Waffenſtillſtand nur dann annehmen zu können, wenn derſelbe die Zulaſſung einer umfaſſenden Verproviantirung [von Paris] einſchlöſſe. Ich erwiederte, daß dieſe Zulaſſung eine ſoweit über den Statusquo und über jede billige Erwartung hinausgehende militäriſche Konzeſſion enthalten würde, daß ich ihn frage, ob er ein Äquivalent dafür zu bieten imſtande ſein werde und welches. Herr Thiers erklärte, ...

die Forderung der Verproviantirung von Paris ſtellen zu müſſen, ohne uns dafür etwas andres bieten zu können als die Bereitwilligkeit der Pariſer Regierung, der franzöſiſchen Nation die Wahl einer Volksvertretung zu geſtatten, aus welcher wahrſcheinlich eine Behörde hervorgehen würde, mit welcher uns über den Frieden zu verhandeln möglich ſein werde. . . . Die unglaubliche Forderung, daß wir die Frucht aller ſeit zwei Monaten gemachten Anſtrengungen . . . aufgeben und die Verhältniſſe auf den Punkt zurückgeführt werden ſollten, auf welchem ſie beim Beginne der Einſchließung von Paris geweſen waren, konnte nur von neuem den Beweis liefern, daß man in Paris nach Vorwänden, der Nation die Wahlen zu verſagen, ſuchte, aber nicht nach einer Gelegenheit, dieſelben ohne Störung zu vollziehen."

Am Schluſſe der letzten Unterredung beauftragte der Kanzler den franzöſiſchen Unterhändler, ſeiner Regierung mitzuteilen, wenn ſie die Wahlen ohne Waffenſtillſtand vornehmen wolle, ſo werde er dieſelben in allen von der deutſchen Armee beſetzten Landesteilen vollkommen frei vor ſich gehen laſſen. Aber Thiers erhielt am 6. von ſeiner Regierung den Befehl, die Verhandlung abzubrechen und ſofort das preußiſche Hauptquartier zu verlaſſen.

Ein ſehr ſeltſamer Anſpruch war das Verlangen der Franzoſen in Betreff der zur Verſtändigung über das ruſſiſche Rundſchreiben vom 31. Oktober ins Auge gefaßten Konferenz. Da Frankreich den Vertrag von 1856, der nach dieſem Aktenſtück abgeändert werden ſollte, ebenfalls unterzeichnet hatte, ſo wurde es zur Abſendung eines Vertreters nach London, wo die Konferenz zuſammentreten ſollte, eingeladen, und die Pariſer Regierung wählte dazu Favre, der aber in London, wie er in einer Zirkulardepeſche vom 12. Januar ganz ungenirt ent-

wickelte,*) nicht ſo ſehr den Gegenſtand des ruſſiſchen Rundſchreibens erörtern helfen, als gegen die Beſchießung von Paris proteſtiren und die Mächte zur Unterſtützung Frankreichs auffordern ſollte. Als derſelbe aber Bismarck am 13. Januar um einen Geleitſchein erſuchte, erhielt er die Antwort, daß ihm ein ſolcher nicht bewilligt werden könne, da er ſich in ſeinem Schreiben als Repräſentanten Frankreichs auf der Konferenz bezeichnet habe, die Regierung in Paris aber von der franzöſiſchen Nation noch nicht anerkannt ſei, und da man ferner nicht dulden könne, daß er in London die in ſeiner Zirkulardepeſche vom 12. genannten Abſichten verfolge. Daran wurde eine artige Andeutung geknüpft, die, ins Grobe überſetzt, ungefähr die Moral ausſprach, wer eine Suppe eingebrockt habe, der müſſe ſie auch auseſſen helfen. Favre hatte Ehr- und Billigkeitsgefühl genug, um das einzuſehen, er blieb, und ſtatt ſeiner ging der Herzog von Broglie nach London.

Am 20. Januar 1871 nahm das Londoner Kabinet ſich Frankreichs von neuem an, indem es den deutſchen Kanzler durch Odo Ruſſel fragen ließ, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt ſei, und um Mitteilung ſeiner Bedingungen bat. In Paris war indes jetzt eine Meinungsänderung eingetreten. Der letzte Ausfall war mißlungen, in der Stadt regten ſich die Radikalen und die Kommuniſten in gefährlichem Grade, und was

*) Er ſagt da: „Wer fühlt übrigens nicht, daß Frankreich, zu den Repräſentanten Europas zugelaſſen, das unbeſtreitbare Recht erhält, vor ihnen ſeine Stimme zu erheben? Wer wird ihm Halt gebieten können, wenn es, ſich auf die ewigen Regeln der Gerechtigkeit ſtützend, die Prinzipien verteidigen wird, welche ſeine Unabhängigkeit und ſeine Würde ſicherſtellen? Es wird keins derſelben aufgeben. Unſer Programm hat ſich nicht geändert, und Europa, welches denjenigen einladet, der es aufgeſtellt hat, weiß ſehr wohl, daß er den Willen und die Kraft hat, es aufrecht zu erhalten.“ Weiterhin wird horribles vom Bombardement erzählt, und dazu bemerkt: „Vielleicht ſetzen unſre an Europa gerichteten Proteſtationen demſelben bald ein Ziel.“

ſchlimmer war, die Hungersnot ſtand vor den Thoren. Man mußte kapituliren, und Favre wurde mit der Aufgabe betraut. Am 23. Januar erſchien er zu dem Ende bei Bismarck in Verſailles, und am 28. wurde von beiden eine Waffenſtillſtandskonvention unterzeichnet, welche den Zweck hatte, der Regierung in Paris die Berufung einer freigewählten Nationalverſammlung zu ermöglichen, die über die Frage entſcheiden ſollte, ob Frankreich weiter kämpfen oder Frieden ſchließen dürfe und unter welchen Bedingungen. Die Vorteile, welche Favre den Deutſchen jetzt einräumen mußte, waren erheblich größer als die, welche Bismarck in Haute Maiſon und Ferrières ſowie bei der erſten Verhandlung mit Thiers verlangt hatte. Alle Forts der äußern Verteidigungslinie von Paris mußten ſamt ihrem Kriegsmaterial übergeben werden, und die Enceinte verlor ihre Geſchütze. Die Beſatzung, ſoweit ſie aus Linientruppen, Mobilgarden und Marineſoldaten beſtand, lieferte bis auf 12000 Mann, die den innern Dienſt verſehen ſollten, ihre Waffen ab und wurde kriegsgefangen. Die Nationalgarde behielt auf Favres Verlangen, das auf Kurzſichtigkeit beruhte, da dieſe Bürgerſoldaten zum großen Teil zu radikalen Ideen und Beſtrebungen hinneigten, ihre Waffen, um in der Stadt die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Neuverproviantirung von Paris wurde freigegeben, doch durften die dazu beſtimmten Lebensmittel nicht aus den von der deutſchen Armee beſetzten Gegenden Frankreichs genommen werden. Die Stadt Paris hatte eine Kriegskontribution von 200 Millionen Franks zu entrichten. Während der Verhandlungen war auch von einem Einmarſche der Deutſchen in Paris die Rede geweſen, aber Favre hatte ſich lebhaft dagegen geſträubt, und da der Kanzler annahm, die Pariſer würden ſich einem ſolchen Vorgehen mit Gewalt widerſetzen, und weiteres Blutvergießen um eine Sache der bloßen

Form vermeiden wollte, wurde die Auskunft gewählt, daß die ſiegreiche Armee die Stadt während des auf drei Wochen beſchränkten Waffenſtillſtandes nicht betreten dürfe. Damit war ein Mittel gewonnen, die Wahlen und die Sanktion der deutſchen Friedensbedingungen durch die aus denſelben hervorgehende Verſammlung von Landesvertretern zu beſchleunigen.

Einen Augenblick drohte die Meinungsverſchiedenheit, die zwiſchen den in Paris und den außerhalb desſelben ſich aufhaltenden Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung herrſchte, die Hoffnungen, welche ſich an dieſe Konvention knüpften, zu vereiteln. Gambetta, die Seele des „Widerſtandes bis aufs äußerſte", früher in Tours, jetzt in Bordeaux, erblickte in dem Waffenſtillſtande vom 28. Januar nur ein Mittel zur Vorbereitung auf weitern Kampf. In einer Proklamation, die er am 31. Januar vom Stapel ließ, erklärte er, man müſſe, „koſte es, was es wolle, ſo handeln, daß die perfiden Pläne der Feinde Frankreichs zu Schanden würden. Preußen rechnet," ſo fuhr er fort, „auf den Waffenſtillſtand, um unſre Armeen zu entnerven und zur Auflöſung zu bringen. Preußen hofft, daß eine Verſammlung, welche nach vielen auf einander gefolgten Unglücksfällen und unter dem furchtbaren Eindrucke des Falles von Paris zuſammentritt, auch mutlos und zur Annahme eines ſchwächlichen Friedens geneigt ſein müſſe. Es hängt von uns ab, dieſe Berechnungen zu vereiteln. . . . Benutzen wir den Waffenſtillſtand dazu, um unſre jungen Truppen einzuüben und die Organiſation der Verteidigung und des Krieges mit größerem Eifer als je zu betreiben; bieten wir alles auf, daß an die Stelle der von den Fremden erhofften reaktionären und feigen Kammer eine wahrhaft nationale und republikaniſche Verſammlung zuſammentritt, welche den Frieden will, wenn derſelbe die Ehre und die Ungeſchmälertheit unſeres Landes

ſicherſtellt, die aber ebenſo fähig und bereit iſt, den Krieg zu wollen, um zu verhindern, daß ein Meuchelmord an Frankreich begangen werde.“ Damit eine ſolche Nationalverſammlung gewählt werde, erließ der Diktator von Bordeaux zu gleicher Zeit mit der Proklamation drei Dekrete, durch welche alle Perſonen, welche vom 2. Dezember 1851 bis zum 4. September 1870 die Stellung von Miniſtern, Senatoren, Staatsräten oder Präfekten bekleidet hatten oder in dieſer Periode als offizielle Kandidaten aufgetreten waren, und ebenſo alle Mitglieder derjenigen Familien, die Frankreich ſeit 1789 regiert hatten, von der Wählbarkeit ausgeſchloſſen wurden. Es war eine Proſkription aller konſervativen Elemente und eine entſchiedene Verletzung der Konvention vom 28. Januar, welche Freiheit der Wahlen ſtipulirt hatte. Es war ein höchſt ſonderbarer Widerſpruch, daß Gambetta, der jahrelang bemüht geweſen, die Beeinfluſſung der Wahlen durch die kaiſerliche Regierung zu brandmarken, jetzt, zur Macht gelangt, ſelbſt die grauſamſte Beeinträchtigung der Wahlfreiheit verfügte und alle die, von denen er vorausſetzte, ſie würden nicht nach ſeiner Meinung ſtimmen, ihres Wahlrechts beraubte. Aber Bismarck war nicht geſonnen, ihn gewähren, und nicht in der Lage, ſich ſolche Willkür gefallen laſſen zu müſſen. Er proteſtirte ſofort in einem Telegramm an Gambetta dagegen, und zu gleicher Zeit wendete er ſich an Favre mit der Frage, ob er die Dekrete ſeines Kollegen in Bordeaux für vereinbar mit der Waffenſtillſtands-Konvention anſehe. Die Antwort des letzteren war eine Bekanntmachung, welche die Verfügung vom 31. Januar aufrecht erhielt. Favre dagegen und ſeine Pariſer Amtsgenoſſen erklärten ſich gegen das „ungerechte und tollkühne“ Verfahren des Diktators und nötigten ihn dadurch, am 6. ſeine Entlaſſung zu nehmen. In ihrer Proklamation vom 4. ſagten ſie den Franzoſen: „Wir

haben Frankreich zur freien Wahl einer Verſammlung aufgerufen, die in dieſer äußerſten Kriſis ſeine Willensmeinung zu erkennen geben wird. Wir erkennen niemand das Recht zu, ihm eine ſolche aufzunötigen, ſei es für den Frieden, ſei es für den Krieg. Eine Nation, die von einem mächtigen Feinde angegriffen wird, kämpft bis zum äußerſten, ſie bleibt aber immer Richterin über die Stunde, wo der Widerſtand möglich zu ſein aufhört. Das wird alſo das Land ſagen, wenn es über ſein Schickſal zu Rate gezogen wird. Damit ſein Wille ſich allen als geachtetes Geſetz auflege, bedarf es des ſouveränen Ausdrucks der freien Abſtimmung aller. . . . Wir haben das Kaiſertum und ſeine Ränke bekämpft, wir wollen dieſelben nicht wieder einführen, indem wir auf dem Wege von Ausſchließungen offizielle Kandidaturen ſchaffen. . . . Wir wollen nicht, daß die erſte Verfügung der republikaniſchen Verſammlung von 1871 eine Handlung des Mißtrauens gegen die Wähler ſei. Ihnen gehöre die Souveränetät an; mögen ſie dieſelbe ohne Schwachmut handhaben, und das Vaterland wird gerettet werden können. Die Regierung weiſt ſomit das widergeſetzlich von der Delegation von Bordeaux erlaſſene Dekret zurück und erklärt es nötigenfalls für null und nichtig."

Nach Gambettas Rücktritt wickelten ſich die Sachen ziemlich glatt ab. Am 12. Februar wurde die Nationalverſammlung, in der die konſervativen und friedfertigen Elemente die Mehrheit bildeten, in Bordeaux eröffnet. Am Tage nachher legte die proviſoriſche Regierung ihre Gewalt nieder. Am 16. wurde Thiers als Chef der Exekutive eingeſetzt. Am 19. erklärte dieſer vor der Verſammlung, die ihn gewählt: „Frieden machen, reorganiſiren, den Kredit heben, die Arbeit beleben — dies iſt die einzig mögliche, die in dieſem Augenblick allein begreifliche Politik." Zwei Tage ſpäter kam er in Begleitung Favres nach

Verſailles zum deutſchen Kanzler, um durch Verhandlungen über Friedenspräliminarien mit dieſer Politik den Anfang zu machen. Die erſte Unterredung mit ihm bewies Bismarck, daß er den deutſchen Forderungen keinen prinzipiellen Widerſtand entgegenzuſetzen, ſondern nur auf Herabminderung derſelben Bedacht zu nehmen geſonnen war, und ſo konnte der Reichskanzler bereitwillig auf Verlängerung des Waffenſtillſtandes um zwei Tage eingehen. In der Folge geſtanden die Franzoſen die Abtretung des Elſaß mit Straßburg, wenn auch mit Widerſtreben zu, wogegen ſie gegen die Überlaſſung von Metz mit einem Teile Lothringens ſich mit größter Hartnäckigkeit ſträubten. Bismarck ſcheint perſönlich hiergegen nicht viel gehabt zu haben. Am 21. ſagte er zu uns bei Tiſche: „Wenn Sie uns eine Milliarde mehr gäben, ſo könnte man ihnen Metz vielleicht laſſen. Wir nähmen dann achthundert Millionen und bauten uns damit eine Feſtung ein paar Meilen weiter zurück, etwa bei Falkenberg oder nach Saarbrücken hin — es muß doch dort einen geeigneten Platz geben. Da profitirten wir noch baare zweihundert Millionen. Ich mag nicht ſo viele Franzoſen in unſerm Hauſe, die nicht darin ſein wollen. . . . Die Militärs aber werden Metz nicht miſſen wollen, und vielleicht haben ſie Recht.“ Später ſcheint ihm das zur Gewißheit geworden zu ſein; denn er beſtand mit Entſchiedenheit auf der Erwerbung dieſes Platzes und lehnte das von Thiers vorgeſchlagene Auskunftsmittel einer Schleifung der Feſtung als ungenügend ab. Die Verhandlungen gerieten darüber ins Stocken. Der Kanzler war nach ſeinen damaligen Äußerungen gegen ſeine Umgebung ſehr in Sorge, daß jede Verzögerung des Abſchluſſes und namentlich eine etwaige Verweigerung der Ratifikation durch die Nationalverſammlung in Bordeaux den neutralen Mächten Anlaß zur Einmiſchung in die Friedensverhandlungen bieten

nnd Deutſchland entweder um die Früchte ſeiner Siege bringen oder zu neuen Kriegen nötigen könne. Er ſagte einmal nach der Unterzeichnung der Präliminarien: „Ich bin bei jeder Poſt in der Sorge geweſen, eine Eröffnung irgend einer der neutralen Mächte zu erhalten, ähnlich wie die in Horſitz 1866 von Napoleon; es braucht nur eine von ihnen der Katz' die Schelle anzuhängen, und wir haben ſie alle auf dem Halſe.“ Als dann Thiers erklärte, wenn er weder Metz noch Belfort erhalte und den Franzoſen wiederbringe, ſo könne er die Verantwortung nicht tragen, ſondern müſſe nach Bordeaux zurück, um die Entſchließung der Volksvertretung herbeizuführen, holte Bismarck von neuem die Anſicht der militäriſchen Autoritäten ein, und da dieſe auf Belfort im Vergleiche mit Metz nur geringen Wert legten, auf Metz aber beſtanden, ſo verzichtete er auf Belfort und erlangte dadurch den Abſchluß. Nach demſelben fühlte er ſich freier von der Befürchtung vor Einmiſchung der übrigen Großmächte — einer Befürchtung, unter deren Eindruck er ſchon über die lange Dauer der Belagerung von Paris wiederholt ſeine Unruhe und Beſorgniß zu erkennen gegeben hatte. An Kriegsentſchädignng forderte der Kanzler urſprünglich *acht Milliarden*, während Thiers ſich nur zu zweien verſtehen wollte. Die Einigung erfolgte bekanntlich auf fünf Milliarden, nachdem die von Frankreich angerufene engliſche Vermittelung erfolglos geblieben war. Der Kanzler war für Odo Ruſſel, der von ſeinem Kabinette beauftragt war, Vorſtellungen zu Gunſten Frankreichs zu machen, ſo lange unſichtbar, bis Thiers in das deutſche Verlangen gewilligt hatte.

Wie während der Zeit vom 4. September an eine Begünſtigung der Wiederkehr Napoleons auf den Thron als Schreck- und Preſſionsmittel gedient hatte, ſo half es auch die letzten Verhandlungen fördern. „Geſtern,“ ſo erzählte uns der Kanzler

am 22. Februar, „ſprach er [Thiers] von Europa, das ſich hineinmiſchen würde, wenn wir unſre Forderungen nicht ermäßigten. Da erwiederte ich ihm aber: »Sprechen Sie mir von Europa, ſo ſpreche ich Ihnen von Napoleon.« Er wollte daran nicht glauben. . . . Ich aber bewies es ihm, er ſolle an das Plebiſcit denken und an die Bauern denken und an die Offiziere und Soldaten. Die Garde könnte nur unter dem Kaiſer die Stellung wieder haben, die ſie gehabt hätte, und es könnte ihm bei einigem Geſchicke nicht ſchwer fallen, von den Soldaten, welche Gefangene in Deutſchland wären, hunderttauſend zu gewinnen für ſich, und wir brauchten ſie dann bloß bewaffnet über die Grenze gehen zu laſſen, ſo wäre Frankreich wieder ſein. . . . Wenn ſie uns gute Friedensbedingungen zugeſtünden, ſo ließen wir uns am Ende auch einen Orleans gefallen, obwohl wir wüßten, daß mit denen der Krieg in zwei oder drei Jahren wieder losginge. Wo nicht, ſo mengten wir uns hinein, was wir bisjetzt vermieden hätten, und ſie kriegten Napoleon wieder. — Das muß doch auf ihn gewirkt haben; denn heute, wo er wieder von Europa anfangen wollte, hielt er plötzlich inne und ſagte: »Entſchuldigen Sie.« . . . Er iſt in einer ſchlimmen Lage; aber es kann alles nichts helfen.“

Ganz zuletzt verfiel Thiers noch in alte Vorſtellungen und Velleitäten. Die am 18. Januar 1871 vollzogene Vereinigung der ſüddeutſchen Staaten mit dem Norden war nicht nach ſeinem Geſchmack. Immer hatte er die Getrenntheit der Deutſchen als ein Intereſſe Frankreichs betrachtet, und der Prager Frieden hatte Baiern, Würtemberg, Baden und Südheſſen eine internationale, unabhängige Exiſtenz verbürgt. Er meinte daher, die Regierungen dieſer Länder müßten neben dem Norddeutſchen Bunde beſondre Friedensverträge abſchließen. Bismarck war dieſer Anſicht nicht, fand aber ein Auskunftsmittel: die Präli-

minarien ſollten zuvörderſt von ihm, Thiers und Favre unterzeichnet werden und darauf die Worte folgen: „Da die Königreiche Baiern und Würtemberg und das Großherzogtum Baden [Heſſen blieb unerwähnt] als Bundesgenoſſen Preußens an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen haben und jetzt zum deutſchen Reiche gehören, ſo treten die Unterzeichneten [die Miniſter Graf Bray, Mittnacht, von Wächter und Jolly] der vorſtehenden Übereinkunft namens ihrer betreffenden Souveräne bei.“

So geſchah es: am 26. Februar wurden die Präliminarien unterſchrieben. An demſelben Tage ſchloß man eine Konvention ab, welche den Waffenſtillſtand bis zum 12. März verlängerte, beiden Teilen die Kündigung desſelben vom 3. ab mit einer Friſt von drei Tagen für den Wiederbeginn der Feindſeligkeiten zu kündigen geſtattete und den vierten Artikel der Übereinkunft vom 28. Januar durch eine Beſtimmung erſetzte, die den deutſchen Truppen den Einzug in Paris erlaubte. Derſelbe fand am 1. März ſtatt, und die dadurch vollzogene Beſetzung eines Teiles der franzöſiſchen Hauptſtadt ſollte bis zur Ratifikation der Präliminarien durch die Nationalverſammlung in Bordeaux währen. Dieſelbe erfolgte ohne Verzug, und der Krieg war zu Ende. Am 5. März verließ der Reichskanzler Verſailles, um nach Berlin zurückzukehren.

Der definitive Friede ſollte nach dem in den Präliminarien gegebenen Grundplane in Brüſſel abgeſchloſſen werden. Die Sache aber zog ſich in die Länge, und eine Zeit lang konnte der deutſche Kanzler Mißtrauen in Betreff der Loyalität der Franzoſen hegen. Sie zeigten ſich läſſig in der Erfüllung ihrer bereits fälligen Verpflichtungen und geneigt, Stipulationen, die ſchon in Wirkſamkeit waren, willkürlich und abweichend vom Sinn ihrer Verabredung zu deuten. Die franzöſiſche Regierung war noch gegen Ende April hin im Verzuge mit dem weſent-

lichen Teile der Verpflegungsgelder für die vertragsmäßig in Frankreich zurückgebliebnen deutſchen Truppen, mit der Freigebung der deutſchen Kriegsgefangnen und mit einer klaren und peremptoriſchen Aufforderung an die Gouverneure der Kolonien und die Befehlshaber der oſtaſiatiſchen Flottenſtationen, die Feindſeligkeiten einzuſtellen. Die Neigung, den Verſailler Verabredungen Deutungen zu geben, zu denen man nicht berechtigt war, oder dieſelben ohne neue Verabredung mit dem Kanzler zu erweitern, verriet ſich in der nach Ausbruch des Aufſtandes der Kommune bewerkſtelligten Anſammlung von 140 000 Mann zwiſchen Seine und Loire, wo man nach den Präliminarien nur 40 000 beiſammen haben durfte, in den Verſuchen, die Kriegsſchuld durch Zahlung unter Pari herabzudrücken, und durch Zumutungen in Betreff des Beginns der Räumung der von den deutſchen Truppen beſetzt gehaltenen franzöſiſchen Gebietsteile. Es hatte den Anſchein, als wollten Thiers und Favre die Anſicht geltend machen, die Deutſchen hätten ſchon nach Zahlung der erſten halben Milliarde und vor Abſchluß und Ratifikation des Friedens ſich zu Räumungen verpflichtet, während doch bei den Verhandlungen in Verſailles niemals eine andre Meinung obgewaltet hatte als die, daß zunächſt der definitive Friede geſchloſſen ſein müſſe, bevor die deutſchen Truppen ihre Stellungen an der Seine zu verlaſſen hätten. Man hatte damals vorausgeſetzt, der definitive Friede werde früher zu ſtande kommen als irgendwelche Zahlung Frankreichs, und Thiers hatte die Abſicht geäußert, ſeine Finanzoperationen zur Beſchaffung der Kriegskontribution früheſtens nach Verlauf von zwei Monaten zu beginnen, und ſich zu der Annahme bekannt, daß der endgiltige Friede in vier bis ſechs Wochen abgeſchloſſen ſein werde. Es war damals kein Zweifel geweſen, daß die ganze Okkupation den Deutſchen als Bürgſchaft für denſelben dienen ſollte, und

der Wortlaut der Präliminarien ging klar und deutlich dahin, daß sämtliche von der deutschen Armee noch zu vollziehende Räumungen dem definitiven Friedensschlusse untergeordnet seien und die Abzahlungen nur auf die Abstufungen der einzelnen Räumungen Einfluß haben sollten. Bismarck wies den sächsischen General von Fabrice, der in dieser Zeit von Soissy aus den diplomatischen Verkehr mit der Versailler Regierung unterhielt, am 27. April an, sofort von letzterer eine zweifellose Erklärung in dieser Beziehung zu verlangen, und war entschlossen, dem Könige von jeder weitern Unterstützung der Franzosen gegen die Kommune, zu deren Bekämpfung man bis dahin eine erhebliche Anzahl französischer Kriegsgefangner freigegeben hatte,*) abzuraten und ihm die unverzügliche Aufforderung an die französische Regierung zur Reduktion ihrer Truppen auf das vertragsmäßige Verhältnis mit der Androhung zu empfehlen, widrigenfalls werde man die Feindseligkeiten wieder eröffnen.

Favre erklärte darauf, Frankreich komme schon jetzt seinen Obliegenheiten nach, werde das auch ferner thun und sei bereit, den Frieden ohne Verzug abzuschließen und die Präliminarien ohne weiteres als für denselben bestimmend anzuerkennen. Dagegen verlange er Erlaubnis zum Angriff auf Paris über Epinay und St. Denis sowie die deutscherseits an die Kommune zu richtende Aufforderung, die Enceinte der Stadt zu räumen.

*) Verpflichtet war man dazu nicht mehr; die in den Präliminarien liegende Verpflichtung war vielmehr für so lange erloschen, als die französische Regierung nicht in der Lage war, ihre Gegenverpflichtung, zwischen Seine und Loire eine neutrale Zone herzustellen und zu erhalten, nachzukommen. Was man deutscherseits hier gewährte, war durch Rücksicht auf das eigne Interesse gebotene Gefälligkeit, deren Fortsetzung lediglich von dem Vertrauen abhing, welches man in Berlin in die Vertragstreue und die Leistungsfähigkeit der Versailler setzen durfte.

Es wurde ihm darauf von Berlin her bemerkt, daß Deutſchland durch keine Übereinkunft verpflichtet ſei, der franzöſiſchen Regierung Hilfe zu leiſten, wohl aber berechtigt, von ihr die Entwaffnung der Enceinte zu fordern, eventuell dieſelbe zu erzwingen, falls man das im deutſchen Intereſſe finden ſollte. Dies ſei indes nicht der Fall, ſo lange jene Regierung in Brüſſel den Präliminarfrieden zum Nachteile Deutſchlands abzuändern verſuche. Um das dadurch entſtandne Mißtrauen durch direkte Beſprechung über verſtärkte Bürgſchaften oder beſtimmte Zahlungstermine der fünf Milliarden zu heben, ſchlug der Kanzler dem franzöſiſchen Miniſter des Auswärtigen eine baldige Zuſammenkunft in Frankfurt oder Mainz vor. Favre erklärte ſich dazu bereit, und man beſtimmte einen Tag in der erſten Woche des Mai für dieſes Zuſammentreffen.

Wie der Reichskanzler den Aufſtändiſchen in Paris gegenüberſtand, ergiebt ſich aus folgender „Aufklärung über das doppelte Geſicht der Kommune," die er am 29. April in die Preſſe bringen ließ: „Viele Briefe aus Paris und alle, die aus Beziehungen zu der Regierung in Verſailles ſchöpfen, betonen nur die eine Strömung, nach welcher der Aufſtand in Paris und die Gründung der Kommune ein Akt der kosmopolitiſchen Revolution, ein Verſuch zur Verwirklichung ſozialiſtiſcher und kommuniſtiſcher Phantaſien iſt. Daß dies der Fall, iſt nicht in Abrede zu ſtellen. Es iſt in der That die kosmopolitiſche Revolution, welche die Herren Dombrowski, Stupny, Okolowitſch, Landuski, Burnaki und andre polniſche Barrikadenhelden, welche die Fenier, die Garibaldianer und Maſſen von belgiſchen und engliſchen Mitgliedern der Internationale unter die rote Fahne der Kommune führte, und der die Reichstagsabgeordneten Bebel und Schraps ihre Sympathien entgegentrugen. Es iſt der gröbſte Kommunismus, welcher mit dieſen Vorkämpfern des

Umſturzes fünfzehn- bis zwanzigtauſend entlaſſene Verbrecher und andern Abſchaum und Auswurf der modernen Kulturwelt miſchte. Neben dieſen Vertretern und Handlangern phantaſtiſcher und verbrecheriſcher Gelüſte geht aber in dieſer Revolution, wie man ſich immer gegenwärtig halten ſollte, eine ſehr wohlbegründete, von ordnungsliebenden und verſtändigen Elementen mitempfundene und unterſtützte Bewegung her; das Begehren und Hinarbeiten nach einer vernünftigen Städteordnung, nach Befreiung der Gemeinden von läſtiger und unnötiger Bevormundung und Beeinfluſſung von ſeiten des Staates, ein Beſtreben, welches ſich aus der Geſchichte Frankreichs erklärt und namentlich in dem tyranniſchen und für das Intereſſe der Pariſer Stadtgemeinde unheilvollen Verfahren Haußmanns ſeinen Gegenſatz fand. Gäbe man den Pariſern eine Stadtverfaſſung, ungefähr wie ſie Preußen in ſeinen Städteordnungen ſchon ſeit der Hardenbergſchen Zeit beſitzt, ſo würden viele Beſonnene und praktiſch Denkende, die jetzt in Paris den Verſaillern grollen, zufriedengeſtellt werden und ſich nicht mehr geneigt finden, die Revolution durch paſſives Verhalten in ihrem Widerſtande zu unterſtützen."

Die Zuſammenkunft Bismarcks mit Favre fand in Frankfurt ſtatt und hatte am 10. Mai die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zur Folge, der am 18. von der franzöſiſchen Nationalverſammlung angenommen und am 20. ratifizirt wurde. Am 12. berichtete der Kanzler dem Reichstage über die Angelegenheit. Er ſagte da u. a.: „Wir wären, wenn wir uns jetzt nicht verſtändigten, wenn wir ernſte Verletzungen unſrer Intereſſen mit der Verlängerung der Ungewißheit fürchteten, in der Lage geweſen, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Akkord mit der Kommune oder durch Gewalt einnahmen und dann im Beſitze dieſes Pfandes von der Verſailler Regierung forderten, daß ſie, den

Stipulationen des Präliminarfriedens entſprechend, ihre Truppen hinter die Loire zurückzöge und in dieſer gegenſeitigen Verfaſſung die weitere Verhandlung über den Frieden fortgeſetzt würde. . . . Wir wären in der Notwendigkeit geweſen, mit Entſchloſſenheit vorzugehen, um einen zweifelloſen Zuſtand herzuſtellen, wenn es nicht gelungen wäre, zu einem definitiven Abſchluß mit Frankreich zu gelangen. . . . Ich war urſprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es dort ſchon ſoweit würde kommen können, ſondern nur in der Abſicht, einige noch ſchwebende Fragen — einige der prinzipiell wichtigeren — zur Entſcheidung zu bringen, für die Zahlung der Kriegskontribution eine Verkürzung der Friſten und eine Verſtärkung der Garantien zu erreichen und dann den weitern Abſchluß der Verhandlungen den Bevollmächtigten in Brüſſel zu überlaſſen. Sobald ſich indeſſen die Ausſicht bot, in Frankfurt definitiv abzuſchließen, hielt ich dies für einen großen Gewinn im Intereſſe beider beteiligten Länder, indem ich überzeugt bin, daß dadurch nicht nur für Deutſchland die militäriſchen Laſten, welche wir uns noch auflegen müſſen, weſentlich werden erleichtert werden, ſondern daß dieſer Abſchluß auch zur Konſolidirung der Verhältniſſe in Frankreich weſentlich beitragen wird. . . . Ich kann nicht annehmen, daß dieſe Abmachungen jeden einzelnen perſönlichen Wunſch befriedigen werden, . . . aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden iſt, was wir von Frankreich vernünftigerweiſe und nach den Traditionen, die andern Friedensſchlüſſen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unſre Grenzen durch die Landabtretung geſichert, wir haben unſre Kriegsentſchädigung ſoweit geſichert, wie es nach menſchlichen Verhältniſſen überhaupt möglich iſt; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen, . . . wäre für uns mit erheblich größern Koſten und Anſtrengungen ver-

knüpft. . . . Indeſſen habe ich das Vertrauen, daß es die Abſicht der gegenwärtigen franzöſiſchen Regierung iſt, den Vertrag auch ohne ſolche Bürgſchaften redlich auszuführen, und ich habe die Überzeugung, wie die Herren ſie ſelbſt hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden ſind, und daß die Behauptung, die Kriegsentſchädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete iſt. . . . Ich erlaube mir mit dem Ausdruck der Hoffnung zu ſchließen, daß dieſer Friede ein dauerhafter und ſegensreicher ſein, und daß wir der Bürgſchaften, deren wir uns verſichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geſchützt zu ſein, auf lange Zeit nicht bedürfen werden."

Das iſt denn auch eingetroffen, und unſer Reichskanzler hat dazu ſehr weſentlich beigetragen, indem er eine Politik verfolgte, welche einerſeits Frankreich gegenüber ſo verſöhnlich als irgend möglich war, andrerſeits aber verhütete, daß der grollende und in weiten Schichten der Bevölkerung auf Wettmachung ſeiner Niederlage bedachte Beſiegte in die Lage gelangte, ſich mit andern Mächten zu einem Bündniſſe gegen Deutſchland zuſammenzufinden.

Der Frankfurter Friedensvertrag wurde, durch Abmachungen vom 12. Oktober 1871, vom 29. Juni 1872 und vom 15. März 1873 ergänzt, in allen ſeinen Punkten ausgeführt. Als die Revanchelust der Franzoſen in Gewaltthätigkeit ſich Luft machte und in Melun und Paris von Fanatikern deutſche Soldaten ermordet wurden, verlangte Bismarck die Auslieferung der Mörder (Connelet und Bertin), beſtand aber im Vertrauen auf die franzöſiſche Gerechtigkeitspflege nicht auf ſeiner Forderung. Als jedoch die Geſchwornen in der Sache ein freiſprechendes Urteil abgaben, bewirkte er, daß durch Erklärung des Belagerungszuſtandes im Bezirke der Okkupation die Militär-

gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Truppen eingeführt wurde, und richtete unterm 7. Dezember 1871 an den Vertreter Deutſchlands in Verſailles ein Schreiben, das zur Mitteilung an den franzöſiſchen Miniſter des Auswärtigen beſtimmt war, und in dem in gemeſſener Sprache für zukünftige Vorfälle der Art, falls man die Auslieferung der Verbrecher verweigere, „Wegführung franzöſiſcher Geiſeln, äußerſtenfalls auch weitergehende Maßregeln“ angedroht wurden. Die Depeſche bemerkte darauf weiterblickend: „Wir müſſen uns ſagen, daß, obſchon wir im vorigen Jahre von Frankreich ohne jede Provokation angegriffen wurden, doch die Erbitterung darüber, daß wir uns ſiegreich verteidigt haben, bis in die Kreiſe hinauf, denen die Geſchwornen, die Beamten der Staatsanwaltſchaft, die Advokaten und die Richter entſtammen, eine ſo leidenſchaftliche iſt, daß wir in den Verhandlungen, welche uns mit Frankreich noch bevorſtehen, nicht bloß die Sicherſtellung der Ausführung der Friedensbedingungen, ſondern auch die defenſive Stärke unſrer Stellung innerhalb der von uns noch beſetzten Departements in Erwägung ziehen müſſen.“ Thiers, jetzt Präſident der Republik, mahnte darauf in ſeiner Botſchaft vom 7. Dezember von ſolchen „unvorſichtigen Handlungen“ ab und fügte erſt in zweiter Linie hinzu: „Für diejenigen, welche glauben möchten, daß man durch Tötung eines Fremden keinen Mord begehe, muß ich hinzufügen, daß dies ein verabſcheuenswerter Irrtum iſt,“ worauf er wieder die Richter beſchwor, „namentlich nicht zu vergeſſen, daß Tauſende von Franzoſen in demſelben Augenblicke [wo man nach demſelben handelte] ſchrecklichen Vergeltungsmaßregeln ausgeſetzt ſein würden.“

Auf einen Bericht des Grafen Arnim, nunmehrigen Botſchafters, nach welchem die deutſche Kaiſerin Guizot um Rat gebeten hatte, wie der Haß der Franzoſen zu mildern ſei, und

in welchem die Tiefe und die weite Verbreitung dieſes Haſſes beklagt wurde, erwiederte der Kanzler am 2. Februar 1873 u. a.: „Wenn es richtig iſt, daß Ihre Majeſtät die Kaiſerin den Rat des Herrn Guizot erbeten hat, wie der Haß der Franzoſen gegen uns zu mildern ſei, ſo würde ſolchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweiſe natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Beſänftigung des ungerechten Zornes unſrer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, ſo lange jedes Streben nach dieſer Richtung hin ebenſo erfolglos als mit unſrer nationalen Würde unverträglich ſein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, ſind aber ſtets bereit, ihn nochmals zu führen, ſobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint dum metuant. . . . Den Deutſchen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen ſind, um dort ihren Lebensunterhalt zu ſuchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, ſie mußten auf Verfolgungen und Demütigungen gefaßt ſein und ſich perſönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, ſolche Erlebniſſe für Geld zu ertragen. Sie würden, wenn ſie auf achtungsvolle Behandlung in erſter Linie Wert legten, beſſer gethan haben, ihre Talente und ihre Arbeitskraft nicht dem Feinde, ſondern dem eignen Lande zur Verfügung zu ſtellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwertung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majeſtät des Kaiſers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Volksintereſſen unſrer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, ſo kann ich doch mit dem »Pariſer deutſchen Urſprungs,« der nur inſoweit deutſch bleibt, als er Schutz und Unterſtützung beanſprucht,*) nicht ſympathiſiren.“

*) Die Herren dieſer Kategorie, welche am lauteſten darnach ſchrien, waren faſt durchweg Literaten oder Kommis orientaliſcher Extraktion.

Die franzöſiſchen Ultramontanen zeigten in ihrer Preſſe ſowie in biſchöflichen Hirtenbriefen eine leidenſchaftliche Teilnahme für die Beſtrebungen ihrer Parteigenoſſen in Deutſchland. Alle dieſe Kundgebungen überbot an Heftigkeit der Sprache der Hirtenbrief des Biſchofs von Nancy, der, im Univers veröffentlicht, die Behauptung aufſtellte, Deutſchland habe ſich mit Italien und der Schweiz zur Verfolgung der katholiſchen Kirche verſchworen, und daraufhin ſich in groben Schmähungen auf den Kaiſer und die deutſche Regierung erging. Die franzöſiſchen Geſetze genügten gegen ſolche Ausſchreitungen, aber der betreffende Miniſter unterließ, ſie anzuwenden. Bismarck dagegen konnte das nicht dulden, „die Verſchmelzung der ſeiner Politik feindlichen konfeſſionellen und nationalen Elemente, die Konſolidirung der gouvernementalen Kräfte Frankreichs nach der klerikalen Seite hin“ mußte nach Möglichkeit verhindert werden, und ſo wurde Graf Arnim durch Erlaſſe vom 3. und 11. Januar 1874 beauftragt, bei dem franzöſiſchen Miniſter des Auswärtigen, dem Herzog von Decazes, Vorſtellungen gegen dieſe Ungeſetzlichkeiten zu machen und Abhilfe und Ahndung zu verlangen, die dann auch erfolgte. Um dieſelbe Zeit erging eine Inſtruktionsdepeſche an die Vertreter Deutſchlands bei den großen Höfen, in der es hieß, zwar ſei die deutſche Reichsregierung von dem Wunſche erfüllt, mit Frankreich in Frieden zu leben; wenn jedoch außer Zweifel geſtellt würde, daß ein Zuſammenſtoß unvermeidlich ſei, ſo würde ſie es vor ihrem Gewiſſen und vor der Nation nicht verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der paſſendſte wäre. Der Antagoniſt Deutſchlands ſei jetzt das geiſtliche Rom. Sobald ſich Frankreich mit dieſem identifizire, werde es der geſchworne Feind Deutſchlands. Ein der kirchenſtaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich (damals eine Wahrſcheinlichkeit) ſei mit

dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus sei die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche, menschenwürdige Fortentwicklung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen.

Noch in den Jahren 1876 und 1877 äußerte sich der Haß der Franzosen gegen die Deutschen in bedenklichem Maße, und so widerriet der Reichskanzler dringend die vom Präsidenten der französischen Republik Marschall Mac Mahon gewünschte und erbetene Beschickung der für 1878 in Aussicht genommenen Pariser Weltausstellung durch deutsche Industrielle, und dieser Rat wurde befolgt, obwohl die Kaiserin, das Bedürfnis empfindend, für den Frieden zu arbeiten, den Wunsch Mac Mahons mit Eifer befürwortete. Als die Einladung des letztern abgelehnt worden, schickte derselbe den Marquis d'Abzac, einen besonders liebenswürdigen Kavalier, nach Berlin, um einen letzten Versuch zu machen. Der Marquis blies die Friedensschalmei mit Virtuosität und entlockte ihr äußerst schmelzende Töne. Mit der Einladung, so ließ er sich ungefähr vernehmen, reiche Frankreich den Deutschen die Hand zur Versöhnung. Die Ausstellung sei gleichsam ein Friedenskongreß. Weshalb man die dargebotene Hand des zum Freund und getreuen Nachbarn gewordenen Gegners von ehedem rauh zurückstoßen wolle? ... Und so mit Grazie noch einiges, was zu schmeicheln und zu rühren geeignet war. Darauf abermalige Verwendung an höchster Stelle für das arglose, wohlwollende und so schön bittende Frankreich, wärmer und dringender als vorher. Es half aber wieder nichts, Bismarck blieb fest, der Kaiser pflichtete ihm bei, und Monsieur le Marquis erlangte schließlich nichts als einen der höchsten Orden. Gesetzt den Fall, es wäre anders gekommen, man hätte an entscheidender Stelle über bessere Einsicht in die Natur der Verhältnisse

hinweggeſehen; und der Bote des Präſidenten der franzöſiſchen Republik wäre mit einer Annahme der Einladung zu dem angeblichen Friedensfeſte nach Paris zurückgekehrt, was wäre dann die wahrſcheinliche Folge geweſen? Deutſchland wäre auf der Ausſtellung erſchienen, und ſeine Ausſteller wären dadurch in eine mindeſtens ſehr unbehagliche Poſition geraten, ſie wären — man hatte ja aus den letzten Jahren Proben genug vor Augen, weſſen der nach Revanche dürſtende Chauvinismus auch auf harmloſem Gebiete fähig war — Gefahren aller Art ausgeſetzt geweſen, kurz, es waren Vorfälle möglich und mehr als möglich, welche wenigſtens Erbitterung, vielleicht einen Notenkrieg, denkbarerweiſe noch ſchlimmeres zur Folge gehabt hätten.

Die Meinung des Kanzlers über die franzöſiſchen Parteien und die Regierungsform in Frankreich, welche den deutſchen Intereſſen am förderlichſten ſei, iſt am deutlichſten aus ſeinen im Jahre 1872 an den Grafen Arnim ergangenen Erlaſſen zu erſehen. Es war die Zeit wo die monarchiſchen Parteien in Frankreich den Sturz des Präſidenten Thiers und die Rückkehr eines der drei Prätendenten auf den Thron des Landes vorbereiteten, und der Graf von Chambord nahe daran war, die 1830 ſeinem Hauſe verloren gegangene Krone wieder zu erlangen, und wo andrerſeits, im Lager der Republikaner, Gambettas Einfluß ſich wieder geltend zu machen begann.

Am 6. Mai 1872 erſtattete Arnim dem Kanzler einen Bericht über die Lage in Frankreich, in welchem er behauptete, „daß nach einer weitverbreiteten Überzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Reſultate haben könne, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon. Was den erſten anbetrifft," fuhr er fort, „ſo iſt unverkennbar, daß er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortſchritte macht. Der Sozialismus und die rote Demokratie gewinnen namentlich unter der Land-

bevölkerung immer mehr Boden, und es iſt dahin gekommen, daß die Bauern radikaler ſind als die Pariſer. Allenthalben, wo eine Manifeſtation der öffentlichen Meinung ſtattfindet, iſt ſie Gambetta oder der roten Republik günſtig. Selbſt in der Armee verhält es ſich nach dem Urteile des Marſchalls Bazaine ähnlich. . . . Ein Gegengewicht gegen die überwuchernde Gewalt der Demokratie — welche übrigens in Gambetta nur vorläufig einen Ausdruck finden würde — iſt augenblicklich noch in dem Einfluſſe des Napoleoniſchen Namens zu finden. . . . Meine ſchon anderweitig ausgeſprochene Anſicht iſt, daß wir die von den Bonapartiſten mit uns geſuchten Verbindungen nicht von der Hand weiſen. Umſo weniger, als ſie einerſeits durchaus keine Intriguen gegen die jetzige Regierung im Sinne haben, andrerſeits unter allen Parteien die einzigen ſind, welche offen unſre Unterſtützung nachſuchen und die Verſöhnung mit Deutſchland in ihr Programm aufnehmen, während alle andern Fraktionen und Schattirungen jeden Verkehr mit uns auf das ſorgfältigſte vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutſchland auf ihre Fahne ſchreiben. Ich erkenne in der Kandidatur des Duc d'Aumale eine ebenſo große Gefahr wie in derjenigen Gambettas, und die ſogenannte anſtändige Republik, welche durch Caſimir Périer oder Grévy repräſentirt werden würde, kann nur ein Übergang zu Gambetta ſein. Iſt doch ſelbſt das Syſtem Thiers im jetzigen Augenblick unmöglich durch ſeine immer intimer werdenden Beziehungen zu Gambetta. Darum ſcheint mir als die wünſchenswerteſte Entwicklung der politiſchen Lage eine ſolche, welche uns einerſeits Zeit läßt, mit der jetzigen Regierung ein Abkommen über die baldige Zahlung und Sicherung der drei Milliarden zu treffen, andrerſeits aber den unvermeidlichen Regierungswechſel ſo beſchleunigt, daß die Anweſenheit unſrer Truppen im Lande uns noch Gelegenheit giebt, auf

die Kriſis einen beſtimmenden Einfluß zu üben.“ Bismarck erwiederte auf dieſe Auseinanderſetzung am 12. Mai: „Die darin niedergelegten Wahrnehmungen beſtätigen nur, was mir auch von andrer Seite durch Privatnachrichten zukommt, daß die orleaniſtiſchen Prinzen, namentlich durch ihr Verhalten in Geldangelegenheiten, ihren Boden in Frankreich mehr und mehr verlieren, und ich ſtimme auch mit Ew. Excellenz darin überein, daß Deutſchland keine Veranlaſſung hat, ihr Gelangen zur Regierung zu wünſchen, daß vielmehr unter den verſchiedenen Parteien, welche um die Herrſchaft ſtreiten, das bonapartiſche Kaiſertum wahrſcheinlich diejenige iſt, von welcher ſich noch am erſten ein leidliches Verhältnis zwiſchen Deutſchland und Frankreich hoffen läßt. Unſre Aufgabe bleibt aber natürlich immer, die jetzige Regierung zu ſtützen, ſo lange dieſelbe für uns die Repräſentation des Willens iſt, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird ſich in dieſer ſelben Richtung von neuem uns gegenüber legitimiren müſſen; wir haben keinen Anlaß, dabei der bonapartiſtiſchen Partei die Exkluſive zu geben, und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was ſie ſchwächen, was ihr in den Augen der Nation ſchaden oder ihre Stellung erſchweren könnte. Eine aus unſrer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünſtigung derſelben würde aber ſicher dieſe Folge haben.“

Im November machte der General von Manteuffel dem Fürſten Bismarck von Nancy aus die vertrauliche Mitteilung, daß der Graf St. Vallier ihm erzählt, Arnim habe ſich vor kurzem gegen ihn dahin ausgeſprochen, er betrachtete die gegenwärtige franzöſiſche Regierung als unhaltbar, auf Thiers werde Gambetta, auf dieſen die Kommune und auf die wieder ein militäriſches Regiment folgen, wofern Frankreich nicht rechtzeitig ſich zur Wiedereinführung der Monarchie entſchließe; in Ver-

bindung mit der letzteren habe der Botſchafter auf den Grafen von Paris und den Sohn Napoleons hingewieſen. Der Kanzler erſuchte Arnim, ſich zu äußern, wie ſich die Sache nach ſeiner Erinnerung verhalte, und empfing von ihm die Antwort, die Mitteilung Manteuffels beruhe auf Mißverſtändniſſen; doch ging aus dem betreffenden Schreiben wie aus andern ſeiner Äußerungen hervor, daß er die Republik in Frankreich für gefährlich anſah, von ihr Anſteckung befürchtete und der Meinung war, Thiers ſelbſt betrachte ſie als Mittel der Revanche, und daß er glaubte, die Zahlung der Gelder, die Frankreich Deutſchland noch ſchulde, werde unter jeder Regierung erfolgen. Darauf wurde ihm unterm 23. November vom Vertreter des Reichskanzlers von Balan zunächſt erwiedert: „Fürſt Bismarck iſt durchaus nicht der Anſicht, daß keine franzöſiſche Regierung daran denken würde, die pekuniären Verpflichtungen gegen Deutſchland nicht zu erfüllen. . . . Im Gegenteil erfordert nach der Meinung Sr. Durchlaucht unſer Intereſſe, zuerſt die Zahlung der Kriegsentſchädigung und die Vollziehung des Friedensvertrages abzuwickeln, daß wir die Entwicklung der innern franzöſiſchen Angelegenheiten nach wie vor ſich ſelbſt überlaſſen, wenigſtens uns denſelben nicht mit vorgefaßten Deduktionen und Plänen gegenüberſtellen. Unter Umſtänden können wir allerdings die Elemente begünſtigen, deren Thätigkeit unſerm Intereſſe zuſagt; dazu müſſen wir aber abwarten, daß ſie auf der Bühne erſcheinen, nicht aber ſie konſpiratoriſch benutzen wollen. Ein monarchiſch konſtituirtes Frankreich würde größere Gefahren für uns haben als die ſind, welche Ew. Excellenz in dem anſteckenden Einfluſſe der republikaniſchen Inſtitutionen ſehen. Das Schauſpiel, welches dieſe darbieten, erſcheint eher geeignet, abſchreckend zu wirken. . . . Mit den Legitimiſten könnten wir überdies unter keinen Umſtänden gehen, da ſie immer päpſtlich

geſinnt ſein werden. . . . Die Anſicht, daß jede andre Regierungsform Frankreichs als die republikaniſche für uns unannehmbar wäre, würde zu weit gehen. . . . Andrerſeits aber würden wir, wenn wir für irgend eine andre Regierung daſelbſt Partei nähmen, auch die gegen dieſelbe gerichteten Feindſchaften erben; wir würden Frankreich dadurch erſt bündnisfähig machen, was es jetzt nicht iſt."

Am 20. Dezember widerlegte wieder ein Erlaß des Kanzlers ſelbſt die Anſichten des Botſchafters in Bezug auf die Frankreich gegenüber zu befolgende Politik, und da die in dieſer Refutation ausgeſprochenen Gedanken den Fürſten auch in der Folge und bis heute geleitet und ſich durchweg als richtig bewährt haben, ſo ſcheinen ausführliche Auszüge aus ihr geboten. Es hieß da: „Die Lage der Dinge in Frankreich iſt ohne Zweifel eine ſolche, daß es für jeden, auch den gewiegteſten Diplomaten eine ſchwierige, vielleicht eine unmögliche Aufgabe iſt, ſich ein ſicheres Urteil über den Zuſtand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politiſchen Parteien und namentlich über die Wahrſcheinlichkeiten der nächſten Zukunft zu bilden. Dieſe Schwierigkeit wird erhöht durch die unberechenbare Leidenſchaftlichkeit, welche dem franzöſiſchen Charakter eigentümlich iſt, und von welcher auch die gereifteren franzöſiſchen Staatsmänner weniger frei ſind als die Mehrzahl der deutſchen und engliſchen. Ebenſo groß wie die Schwierigkeit der Beurteilung iſt aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutſche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurteilung der Sachlage in Frankreich und ihrer Konſequenzen zu gelangen, nicht falſche Prämiſſen als richtige und als ſichere Baſen der eignen Politik anzunehmen. In einer ſolchen Situation iſt es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des deutſchen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er ſie meldet, einer ſehr ſorg-

fältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnisvollen Bedeutung, welche jede Entſchließung Sr. Majeſtät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des deutſchen Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn weſentliche Vorausſetzungen der Allerhöchſten Entſchließungen ſich als irrtümlich ergäben, obſchon ſie von der kaiſerlichen Botſchaft als zweifellos angeſehen und gemeldet waren.... Die Erkenntnis dieſer Gefahr legt mir die Verpflichtung auf, Ew. Excellenz zu ſagen, daß ich die von Ihnen mit Zuverſicht ausgeſprochene Überzeugung, als wären unſre rückſtändigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt geſichert, für eine irrtümliche und jede Verſicherung, die Ew. Excellenz darüber geben, für eine ſehr gewagte halte.... Ich halte für wahrſcheinlich, daß die Zahlungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt, oder doch die gouvernementalen Verhältniſſe in einer regelmäßigen legalen Entwicklung bleiben; ich befürchte dagegen, daß wir zur Befriedigung unſrer Forderung von neuem das Schwert würden ziehen müſſen, wenn durch gewaltſame Umwälzung eine Republik mit einer andern Gattung von Führern ans Ruder käme. Schon wegen dieſer Möglichkeit liegt es in unſerm Intereſſe, das jetzige Gouvernement mindeſtens unſrerſeits nicht zu ſchwächen oder zu ſeinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünſchten Weiſe, würde ſich, wie ich beſorge, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung und der Räumung einer der monarchiſchen Prätendenten ſich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundlicher Weiſe gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchiſchen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Konzeſſionen machten, die wir der Republik verſagt hätten. Wir könnten das allerdings abſchlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht thun-

lich ſein würde, ohne daß andre Kabinette und namentlich uns nahe befreundete [der Kanzler mochte hier an Petersburg und Gortſchakoff denken] auch ihrerſeits eine Berückſichtigung des monarchiſchen Elements in Frankreich uns mehr oder minder dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug iſt, um zu glauben, daß ein monarchiſches Frankreich uns weniger gefährlich ſei als die gelegentliche Herrſchaft der republikaniſchen Fraktionen in Frankreich, ſo iſt doch die Behauptung, eine ſolche Anſicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erſtrebung andrer Zwecke, als daß man nicht die Verſtimmung über unſre Stellung und wegen der allerdings für alle außer für uns unbequemen Übertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutſchland unter dieſer Maske zur Geltung bringen ſollte. Es würde auf dieſe Weiſe ſich eine für uns recht unbequeme europäiſche Gruppirung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächſt freundſchaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu beſtimmen. Analoge Erſcheinungen werden ohnehin vielleicht ſpäter nicht ausbleiben; aber unſre Aufgabe iſt es gewiß nicht, Frankreich durch Konſolidirung ſeiner innern Verhältniſſe und durch Herſtellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unſre bisherigen Freunde zu machen.*) Frankreichs Feindſchaft zwingt

*) Dieſe Wahrſcheinlichkeit ſchwebte dem Miniſter ſchon während des Krieges mit Frankreich vor. Am 23. Auguſt 1870 ſchrieb ich in ſeinem Auftrage für die deutſche Preſſe folgenden Artikel: „Es iſt jetzt vollkommen ſicher, daß die Prinzen der Familie Orleans in der Erwartung, den Stern der Napoleoniden noch mehr erbleichen und noch tiefer ſinken zu ſehen, ihre Zeit für gekommen halten. Unter Betonung des Umſtandes, daß ſie Franzoſen ſind, haben ſie Frankreich in der jetzigen Kriſis ihren Degen zur Verfügung geſtellt. Durch ihre Schlaffheit zum großen Teil, durch ihr gleichgiltiges Geſchehenlaſſen in Sachen der Entwicklung ihrer Nachbarn hat die Familie Orleans ihren Thron verloren. Durch Energie ſcheint ſie ſich ihn wieder erobern zu wollen, und durch Eingehen auf die chau-

uns, zu wünſchen, daß es ſchwach ſei, und wir handeln ſehr uneigennützig, wenn wir uns der Herſtellung konſolidirter monarchiſcher Inſtitutionen, ſo lange der Frankfurter Friede nicht vollſtändig ausgeführt iſt, nicht mit Entſchloſſenheit und Gewalt widerſetzen. ... Ew. Excellenz glauben und haben dies auch mündlich dem Kaiſer ausgeſprochen, daß die einſtweilige Fortdauer republikaniſcher Inſtitutionen in Frankreich den monarchiſchen Inſtitutionen in Deutſchland gefährlich ſei. Ich vermute, daß Ew. Excellenz auf dieſe Befürchtung nicht gekommen ſein würden, wenn nicht ausländiſche Verhältniſſe in den letzten Jahren notwendig Ihre Aufmerkſamkeit vorwiegend in Anſpruch genommen hätten, und wenn ein längerer Aufenthalt in Deutſchland und im Zentrum der deutſchen Geſchäfte Sie in die Lage geſetzt hätte, ſich ein ſachkundiges Urteil zu bilden. Ew. Excellenz führen in Ihrem jüngſten Berichte an, daß Verbindungen der franzöſiſchen Demokratie mit Süddeutſchland ſtattfänden. Dieſe Wahrnehmung kann für Ew. Excellenz ſo wenig eine neue ſein wie für uns hier; ſeit vierzig Jahren enthalten die Archive aller innern und auswärtigen Behörden, namentlich, wie ich annehmen darf, das Ew. Excellenz zur Hand befindliche der Pariſer Botſchaft, voluminöſe und bedauerliche Auf-

---

viniſtiſchen Gelüſte, auf das Gloirebedürfnis und auf die Weltbevormundungsluſt der Franzoſen würde ſie ſich auf ihm zu erhalten ſuchen. Wir ſind mit unſerm Werke noch nicht zu Ende. Ein entſcheidender Sieg iſt wahrſcheinlich, aber noch nicht ſicher; der Fall Napoleons ſcheint nahe gerückt, iſt aber noch nicht erfolgt. Dürften wir uns, wenn er wirklich erfolgte, Angeſichts des ſoeben Bemerkten mit einem ſolchen Ergebnis unſrer ungeheuren Anſtrengungen zufrieden geben, dürften wir glauben, damit erreicht zu haben, was unſer höchſtes Ziel ſein muß, einen auf lange Jahre geſicherten Frieden? Ein Friede mit den auf Frankreichs Thron zurückgekehrten Orleans wäre ohne Zweifel noch mehr ein bloßer Scheinfriede als ein ſolcher mit Napoleon, der doch ſchon genug Gloire eingeheimſt hatte. Über kurz oder lang wären wir wieder von Frankreich herausgefordert, und dann wäre dieſes vermutlich beſſer gerüſtet und mächtiger Allianzen ſicher."

ſchlüſſe darüber. Die Verbindungen der franzöſiſchen Demokratie beſtehen ſeit der Julirevolution und länger nicht nur mit Süddeutſchland, ſondern ſehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intenſität derſelben hat im ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Anſehen Frankreichs in Europa; denn keine monarchiſche Regierung in Frankreich verſchmäht es, auch wenn ſie mit dem größten Nachdrucke die franzöſiſche Demokratie verfolgt, dieſen Hebel den übrigen Staaten und namentlich Deutſchland gegenüber wirkſam zu erhalten. Es wird ſich hierin eben immer dasſelbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Proteſtanten in Frankreich und ihrer Unterſtützung in Deutſchland und wie in der türkenfreundlichen Politik des allerchriſtlichſten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt, daß kein Franzoſe jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikaniſchen Anarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geſchicke feindlicher Nachbarländer iſt eine weſentlich deutſche Eigentümlichkeit. Die Regierung Sr. Majeſtät des Kaiſers hat aber umſo weniger Anlaß, dieſer unpraktiſchen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerkſamen Beobachter hat entgehen können, wie ſtark und maſſenhaft in Deutſchland die Bekehrung geweſen iſt und noch iſt von roten zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu konſervativen Geſinnungen, von doktrinärer Oppoſition zu dem Gefühle des Intereſſes am Staate und der Verantwortlichkeit für denſelben, ſeit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Wenn Frankreich noch einen Akt des unterbrochenen Dramas der Kommune vor Europa aufführte, ...

ſo würde es nur umſo ſtärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchiſcher Verfaſſung und zur Anhänglichkeit an monarchiſche Inſtitutionen beitragen. Unſer Bedürfnis iſt, von Frankreich in Ruhe gelaſſen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenoſſen finde. So lange es ſolche nicht hat, iſt es uns nicht gefährlich, und ſo lange die großen Monarchien Europas zuſammenhalten, iſt ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine franzöſiſche Republik ſehr ſchwer einen monarchiſchen Bundesgenoſſen gegen uns finden. Dieſe meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majeſtät dem Könige zu einer Aufmunterung der monarchiſchen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involviren würde."

Die ganze Politik des Reichskanzlers Frankreich gegenüber iſt ſeitdem eine Politik vorſichtigen Wohlwollens geweſen. Die letzten charakteriſtiſchen Äußerungen ſeiner Anſichten und Abſichten in Betreff unſrer Nachbarn im Weſten waren ſein Verhalten zur tuneſiſchen Frage und die Erklärung, welche die Norddeutſche Allgemeine Zeitung abgab, als in der Preſſe und den Parlamenten vom Beitritt Italiens zum deutſch-öſterreichiſchen Bündniſſe die Rede war.

Als der Sultan durch eine Konvention vom 4. Juni 1878 den Engländern die Beſetzung und Verwaltung Cyperns überließ, erregte dies bei den Mittelmeermächten Frankreich und Italien Mißſtimmung, welcher die Vertreter derſelben auf dem Berliner Kongreß Ausdruck gaben. Darauf bemerkte Lord Salisbury dem franzöſiſchen Bevollmächtigten Waddington: „Machen Sie mit Tunis, was Ihnen beliebt; England wird nicht dawider ſein." Der deutſche Reichskanzler aber verhielt ſich zu der Sache, wenn Oppert, der bekannte Timeskorreſpon-

dent, die Wahrheit erzählt hat, ebenfalls günſtig. Oppert berichtete damals: „Er ſelbſt [Bismarck] ſagte zu mir: »Als ich Lord Beaconsfield zuerſt ſah, äußerte ich gegen ihn, Sie ſollten ſich mit Rußland verſtändigen ſtatt es anzufeinden, überlaſſen Sie ihm Konſtantinopel, und nehmen Sie als Erſatz Ägypten. Frankreich wird nicht ſonderlich böſe ſein; man kann ihm Tunis oder Syrien geben.« Ich hielt dieſe Worte für Scherz, indes hatte der Fürſt früher in gleicher Weiſe zu Lord Salisbury und Waddington geſprochen. Salisbury gab keine Antwort, wie Bismarck damals das Geſchäft mit Cypern noch nicht kannte, wogegen Waddington das entgegnete, was er ſpäter öffentlich wiederholte, daß nämlich Frankreich keine Abſichten auf Tunis habe, aber auch keiner andern Macht geſtatten könne, ſich dort feſtzuſetzen und dadurch die algeriſchen Beſitzungen zu gefährden.“ Später, im April 1881, hatte man in Paris dieſe Enthaltſamkeit, falls ſie überhaupt beſtanden, aufgegeben, und es wurde ein Heer nach Tunis geſandt, das Land beſetzt und dem Bey ein Vertrag aufgezwungen, der Frankreich das Protektorat über dasſelbe übertrug. Gewiß ſcheint, daß der Reichskanzler über die Unternehmung von Paris her um ſeine Meinung befragt worden iſt und ermunternd geantwortet hat. Aber die Beweggründe, welche ihm damals in der Preſſe zugeſchrieben wurden, waren ſchwerlich wohlbegründete Hypotheſen. Man meinte, er rechne darauf, daß Frankreich bei ſeiner aggreſſiven Stimmung mit einigem Geſchick ſich in Streit mit einer europäiſchen Macht oder mehreren verwickeln laſſen werde, er rate der italieniſchen Regierung, die Sache des bedrängten Bey energiſch zu vertreten, und hoffe, wenn dies recht kühn und ausdauernd betrieben werde, das Einvernehmen, das jetzt noch offiziell zwiſchen Deutſchlands älteſtem Feinde und ſeinem jüngſten Freunde herrſche, ein Ende nehmen zu ſehen. Behandle Frank-

reich den Einſpruch des römiſchen Kabinets mit Geringſchätzung, und gebe es Italien dadurch Anlaß zum Bruche mit ihm, ſo werde Deutſchland bei einem Kampfe zwiſchen beiden Mächten hinter Italien oder ſofort an ſeiner Seite ſtehen.

Haben wir Grund, an dieſen Zeitungsvermutungen zu zweifeln, ſo erſcheint die aus andrer Quelle ſtammende Nachricht, nach welcher der Kanzler ſich folgendermaßen geäußert hätte, großenteils glaubwürdiger. „Es iſt lächerlich, wenn man in der Haltung Deutſchlands gegenüber der tuneſiſchen Frage geheime Beweggründe und Hintergedanken entdecken will. Ich wundre mich aber darüber nicht; gerade deswegen, weil die Politik Deutſchlands in dieſer Angelegenheit ſo offenkundig durch die Natur der Dinge geboten iſt, ſuchen die, welche politiſche Enten ausbrüten und mit nationalen Idioſynkraſien Handel treiben, eifrig nach argen Hintergedanken. Die ſogenannte tuneſiſche Frage iſt bis jetzt eine rein franzöſiſche Angelegenheit, die eigentlich nur vom Standpunkte der innern Politik Frankreichs wichtig iſt, als Probirmamſell für die Wirkungen der zivilen und militäriſchen Reorganiſation Frankreichs. Nichts iſt natürlicher, als daß dieſes in Tunis alles das thut, was vom militäriſchen und politiſchen Standpunkte ſeine Intereſſen verlangen. Alle dortigen Erfolge der franzöſiſchen Politik müſſen aber auch für die Intereſſen des übrigen Europa vorteilhaft ſein, welche bei der in ſolchen ſtaatlichen Mißbildungen herrſchenden Unordnung fortwährend verletzt werden. Auch für Deutſchland ſind Erfolge der Regierung der franzöſiſchen Republik auf dieſem und ähnlichen Gebieten in dem Maße ein Vorteil, als ſie dazu beitragen, Frankreich zufrieden zu machen. Die Aufrechterhaltung des Friedens wird nie beſſer gewährleiſtet werden als durch Befriedigtſein derjenigen, welche unſre Gegner waren aus Gründen, die der Vergangenheit

angehören und mit der Gegenwart nichts zu ſchaffen haben. Jede frühere Gegnerſchaft wird zuletzt doch einmal wieder eine politiſche Ziffer, die ſich mit Genauigkeit berechnen und in einem friedlichen Kalkül hineinfügen läßt. Eine derartige Rechnung iſt immer vorteilhafter als die Kalkulation mit einem unzuverläſſigen Faktor, der weder Freund noch Feind zu ſein verſteht."

Wer mit dieſem Faktor allein gemeint ſein konnte, wenn dieſe Äußerungen echt waren, liegt auf der Hand. Einige andre Gedanken wurden vermutlich verſchwiegen. England konnte ein Tunis, das in franzöſiſchem Beſitz war, ſo wenig angenehm ſein wie die ganze neue Kolonialpolitik Frankreichs, deren erſte Aktion die Erwerbung jenes Stückes der Mittelmeerküſte war, und die ſpäter in Madagaskar, Tonkin und am Kongo die engliſche Eiferſucht weiter aufregte. Abgeſehen hiervon werden der Standpunkt des deutſchen Kanzlers in dieſer Frage und deſſen Äußerungen im diplomatiſchen Verkehre mit dem Pariſer Kabinet ſich etwa in folgenden Sätzen ſpiegeln. Nur die franzöſiſchen Staatsmänner ſind in dieſer Frage kompetent, und ſie haben hier von Deutſchland weder Mißgunſt noch Einſpruch zu befürchten. Kein deutſches Intereſſe gebietet irgendwelche Einmiſchung, wenn Frankreich in Nordafrika ſeinen Vorteil wahrnimmt. Wir werden uns im Gegenteil doppelt darüber freuen, in erſter Linie, weil dort und etwa anderswo über See erreichte Befriedigung die Unzufriedenheit über näher gelegene Verluſte mildern kann, dann, weil dadurch ein Land, das einſt in hoher Blüte ſtand, darauf in die Hände von Barbaren fiel und verkam, durch ein Kulturvolk der Geſittung zurückgegeben und in den Stand geſetzt wird, wieder aufzublühen und zum allgemeinen Beſten beizutragen.

Wie dem allen auch ſei, das Verhalten der deutſchen Po-

litik zu der tuneſiſchen Angelegenheit war und blieb ein für Frankreich günſtiges. Als das römiſche Kabinet den Wunſch kundgab, den Vertrag der Franzoſen mit dem Bey Mohammed Es Sadok einem europäiſchen Kongreſſe zur Gutheißung vorgelegt zu ſehen, erklärte Bismarck, daß er Frankreich in dieſer Sache nicht die geringſten Schwierigkeiten machen werde, und da Öſterreich-Ungarn ſich ebenſo äußerte, unterblieben fernere Verſuche, die Franzoſen in ihrem neuen Beſitze zu ſtören. Der franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, Barthelemy St. Hilaire, erkannte die wohlwollende Geſinnung, welche Bismarck dabei an den Tag gelegt hatte, in einem Privatbriefe vom 12. Mai ausdrücklich mit den Worten an: „Wir können das Verhalten Deutſchlands in dieſer wichtigen Frage nur rühmen, und bereitwillig gebe ich der Dankbarkeit Ausdruck, die wir der deutſchen Regierung ſchuldig ſind.“

Von ähnlichen Geſichtspunkten wie in der tuneſiſchen Frage aus handelte Bismarck, als die ägyptiſche auftauchte und ſich entwickelte, und wenn die franzöſiſchen Politiker hier durch Teilnahme an der Niederwerfung Arabis ihre Intereſſen wahrzunehmen verſäumten, ſo war ihnen dazu deutſcherſeits keinerlei Anlaß gegeben worden, ihr Argwohn alſo grundlos und ungerechtfertigt. Daß es darüber zu weiterer Abkühlung der Beziehungen zwiſchen Frankreich und England kam, war ein Gang der Dinge, an dem nicht Deutſchland, ſondern irrige Beurteilung der Abſichten Deutſchlands ſchuld war.

Wenn Stimmen der italieniſchen Preſſe während des Streites um Tunis empfindlich gethan hatten, weil Deutſchland ſich nicht unverweilt auf die Seite Italiens geſtellt hatte, ſo war billig mit der Frage zu antworten geweſen: War denn Italiens Verhalten nach 1866 immer von der Art, daß Deutſchland dadurch die Verpflichtung auferlegt worden wäre, für jeden

Punkt der italieniſchen Intereſſenſphäre, ſoweit die italieniſche Phantaſie dieſe Sphäre ausdehnt, bei Berührung desſelben durch eine Nachbarmacht ohne Verzug mobil zu machen, wenn auch nur diplomatiſch? War das Verhältnis Italiens zu unſerm Verbündeten an der Donau ein gutes, trug man ſich nicht vielmehr mit argen Abſichten auf Gebietserweiterungen auf deſſen Koſten, die ihm bei paſſender Gelegenheit aus der Seite geſchnitten werden ſollten?

Im Laufe der nächſten Jahre begriff man in Rom ſein Intereſſe beſſer, und ſo wurde allmählich eine Verſtändigung möglich. Im April 1883 hielt der italieniſche Miniſter des Auswärtigen, Mancini, in der Deputirtenkammer eine Rede über die Stellung Italiens zu ſeinen Nachbarn, und dieſer ließ das Reuterſche Büreau unverzüglich ein Telegramm folgen, welches die ſenſationelle Nachricht enthielt, es beſtehe zwiſchen Deutſchland, Öſterreich-Ungarn und Italien ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis, das ſeine Spitze gegen Frankreich richte.

Mancini hatte in der Deputirtenkammer eigentlich nur mit andern Worten gewiſſe Äußerungen einer Rede wiederholt, die der öſterreichiſch-ungariſche Miniſter des Auswärtigen, Graf Kalnoky, in der Delegation zu Peſt gehalten hatte. Derſelbe hatte hier am 31. Oktober 1882 geſagt: „Des Königs [Humbert] Beſuch [in Wien] wurde durch zwei Beweggründe veranlaßt. Es ſollte erſtens der freundſchaftlichen Geſinnung des königlichen Paares gegen unſer kaiſerliches Haus Ausdruck gegeben werden, und es ſollte die Welt zweitens wiſſen, daß Italien ſich der friedlichen und konſervativen Politik des öſterreichiſch-ungariſchen Kabinets anzuſchließen wünſche.“ Etwas ſpäter, am 9. November, hatte Kalnoky dem hinzugefügt: „Die auswärtigen Beziehungen der Monarchie ſind höchſt befriedigend. Das

innige Verhältnis zwiſchen den beiden Kaiſermächten bildet eine von den andern Mächten anerkannte Bürgſchaft für den Frieden. Auch der Kaiſer von Rußland giebt trotz mancher Vorfälle ſein Verlangen nach Frieden kund. Italien hat im letztverfloſſenen Jahre den Wunſch ausgeſprochen, ſich unſrer Politik anzuſchließen. Unſre freundſchaftlichen Beziehungen zu England ſind durch Ereigniſſe im Oſten geſtärkt worden. Soweit menſchliche Vorausſicht die Zukunft erraten kann, iſt der Friede geſichert."

Etwas deutlicher hatte ſich Mancini im italieniſchen Senat ausgeſprochen. Er ſtand hier außer Freunden ſeiner Politik auch Gegnern derſelben, Anhängern Frankreichs, wie dem Senator Alfieri, gegenüber. Seine Äußerungen wurden von dem Berichterſtatter Carraciolo vorbereitet, der den Wunſch ausſprach, daß die jetzt zwiſchen Italien und Frankreich obwaltenden Meinungsverſchiedenheiten beſeitigt werden möchten, wobei er in Bezug auf Tunis auf die Möglichkeit einer Verſtändigung über die Kapitulationen hinwies und unter Betonung des Umſtandes, daß die Regierung von keinerlei feindſeligen Geſinnungen gegen Frankreich beſeelt ſei, die Erwartung ausdrückte, die guten Beziehungen Italiens zu Deutſchland und Öſterreich-Ungarn würden viel zum Erfolge einer konſervativen und friedlichen Politik beitragen. Mancini dankte ihm für die Anerkennung ſeiner Bemühungen um Hebung des Anſehens Italiens beim Auslande und insbeſondre für die Billigung ſeines Beſtrebens, die Beziehungen des italieniſchen Staates zu den beiden verbündeten Mächten Mitteleuropas beſſer und intimer zu geſtalten. Der Erfolg dieſes Beſtrebens habe ſich bereits in dem Einverſtändniſſe der drei Regierungen über wichtige Fragen ſowie in dem Wachſen des Einfluſſes Italiens im europäiſchen Areopage kundgegeben. Weitere Erklärungen über dieſes Thema, ſo fuhr er fort, müſſe er ablehnen, da Vorſicht geboten ſei. Das

Land ſei nicht mehr iſolirt, es arbeite in Übereinſtimmung mit den andern Mächten auf die Ruhe Europas und das friedliche Fortſchreiten der Ziviliſation hin, wobei es ſeine eigne Unabhängigkeit und Würde wahre. Das Einvernehmen mit jenen Mächten werde den großen Vorteil haben, daß es jede aggreſſive Politik verhindere. Den Namen und die Form dieſes Einvernehmens anzugeben, ſei nutzlos. Carraciolo habe recht, wenn er ſage, daß Italien bei ſeiner Annäherung an die mitteleuropäiſchen Mächte niemals einen feindſeligen Gedanken gegen Frankreich gehegt habe. Das einmütige Beſtreben der Mitglieder des Kabinets ſei auf Beſeitigung jedes Anlaſſes zu Mißverſtändniſſen mit Frankreich und darauf gerichtet, die Beziehungen zu letzterm immer beſſer zu geſtalten. Die aufrichtigen Gefühle des Wohlwollens gegen dasſelbe ſeien aber nicht unvereinbar mit einem wachſamen Schutze der Intereſſen Italiens. Derſelbe wolle verhindern, daß vollendete Thatſachen [die Annexion von Tunis] noch größere Mißverhältniſſe hervorriefen, und man werde nicht gleichgiltig bleiben können, wenn eine Nation am Mittelmeer eine auf Eroberungen ausgehende Kolonialpolitik treiben ſollte.

Das Reuterſche Telegramm, das nach dieſen Erklärungen nicht wohl von einer Tripelallianz mit aggreſſiven Zwecken ſprechen konnte, erregte in der europäiſchen Preſſe eine geräuſchvolle und hitzige Diskuſſion, bei der zunächſt einige Stimmen intereſſirten, welche ſich aus Öſterreich und England vernehmen ließen und für offiziös galten, und in deren Äußerungen zunächſt die Meinung vertreten wurde, wenn an der Sache etwas wahres wäre, ſo würde man in Wien den Wünſchen des deutſchen Reichskanzlers ein Opfer gebracht haben. Andre bezweifelten die Exiſtenz eines ſolchen Bündniſſes und verbanden damit Klagen über die bisherige Haltung Italiens. So der Standard, deſſen

Wiener Korreſpondent ſich notoriſch einen Teil ſeiner politiſchen Gedanken aus dem literariſchen Büreau des k. k. auswärtigen Amtes holte und infolge deſſen ein „wohlunterrichteter“ Korreſpondent war. Das genannte Blatt war überzeugt, daß Europa nicht zu befürchten habe, Deutſchland und Öſterreich-Ungarn würden den Verſuch machen, Italien zu einer feindſeligen Politik gegen die Franzoſen zu veranlaſſen. Es meinte ferner, jene beiden Mächte hätten kein Bedürfnis nach Beiſtand von ſeiten einer dritten, und der deutſche Kanzler ſei ein zu kluger Politiker, um auf Bildung von Koalitionen gegen Frankreich bedacht zu ſein, ſo lange dieſes ſich friedlich verhalte. Auch die deutſche und die öſterreichiſche Politik ſei bisher friedlicher Natur geweſen und habe ſich deshalb des Wohlwollens aller Welt erfreut. Nicht dasſelbe laſſe ſich von Italien behaupten, welches vielmehr geraume Zeit ein unruhiges Weſen an den Tag gelegt habe. Jetzt indes ſcheine es andern Sinnes geworden, es nähere ſich Deutſchland und Öſterreich und gebe dadurch Bürgſchaft, daß es in eine friedfertige und konſervative Politik einlenken werde. Zuletzt ſprach der betreffende Artikel die Anſicht aus, daß die in Paris am Ruder ſtehenden Staatsmänner alles Urteil über auswärtige Angelegenheiten eingebüßt haben müßten, falls ſie Öſterreich und Italien zu einer Haltung Anlaß geben wollten, welche die franzöſiſche Republik bedrohe.

In dieſem Raiſonnement lag viel wahres, aber der Kernpunkt der Frage, ob die von Reuters Telegraphendraht angekündigte Tripelallianz beſtehe, wurde darin nur geſtreift und dabei mehr geleugnet als bejaht. Deutlicher ſprach ſich die Norddeutſche Allgemeine Zeitung in einem augenſcheinlich aus hochliegender Quelle gefloſſenen Artikel aus. Sie erklärte, daß weder Deutſchland noch Öſterreich-Ungarn noch Italien Neigung haben könne, Bündniſſe zu feindſeligen Zwecken gegen irgend

eine Macht abzuſchließen, da nach allen begründeten Vermutungen die Politik jener drei Staaten nur die Erhaltung des Friedens im Auge habe. Am wenigſten ſei die Meinung berechtigt, daß einer von den dreien das Bedürfnis fühle, für ſich allein oder im Verein mit andern eine Frankreich feindliche Richtung zu verfolgen. Dieſe Anſicht hätte lediglich den Wert einer Hypotheſe, abgeleitet aus den offen zu Tage liegenden Intereſſen jedes einzelnen dieſer Staaten, die auf Wahrung des europäiſchen Friedens hinwieſen, und denen zufolge es möglich, ja vielleicht wahrſcheinlich ſei, daß ſie ſich gegen einen willkürlichen Friedensbruch, komme er von der oder jener Seite, gemeinſam zur Wehre ſetzen würden. Sehe man von dieſem Bindemittel ab, ſo liege für keine der drei Mächte Anlaß vor, gegen Frankreich üble Abſichten zu hegen, und ebenſowenig ſei für eine derſelben Grund vorhanden, zu argwöhnen, daß ihr Friede durch Frankreich bedroht ſei. „Wenn — ſo fuhr der Artikel fort, und darin lag zum größten Teil ſeine Bedeutung — Gerüchte auftauchen, die zu der Annahme neigen, die gemeinſame Abſicht der drei Mächte, den Frieden zu wahren, ſei mit irgend einem Hintergedanken an Frankreich verbunden, ſo kann da nur die Beſorgnis obwalten, daß infolge eines etwaigen Wechſels der Regierung in Frankreich von dort eine Störung des Friedens erfolgen könnte. Wir finden eine derartige Befürchtung nur für den Fall gerechtfertigt, wo durch Umwälzungen, die außerhalb des gegenwärtigen franzöſiſchen Staatsrechtes [nach welchem Frankreich eine demokratiſche Republik iſt] ſich vollzögen, eine Perſönlichkeit [ein Orleans, ein Bourbon, ein Napoleonide, auch an Gambetta oder an einen andern für kriegsluſtig geltenden Präſidenten konnte dabei gedacht ſein] oder ein Prinzip [das monarchiſche] zur Regierung gelangte, welches durch Aufruf der kriegeriſchen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene

unſichere Herrſchaft zu befeſtigen verſuchte. Träte ein ſolcher Fall ein, ſo würde man ſich die Frage vorzulegen haben, ob jede der drei Mächte, von deren Bündnis die Rede iſt, nach einem Siege Frankreichs über eine derſelben noch des gleichen Maßes von Unabhängigkeit und Sicherheit gewiß wäre, welches die gegenwärtigen Zuſtände gewähren. Angenommen, daß Frankreich, infolge einer innern Umwälzung zum Kriege getrieben, zunächſt das deutſche Reich angriffe, ſo würde ſich Öſterreich und Italien die Frage aufdrängen, in welche Lage dieſe Staaten geraten würden, wenn Frankreich mit oder ohne Bundesgenoſſen Deutſchland überwunden und das neubegründete Reich zum Zerfall oder zur Ohnmacht gebracht hätte. Dann müßte die Lage Öſterreichs und Italiens zunächſt eine diplomatiſch beengte und bald vielleicht eine militäriſch bedrohte werden. Nehmen wir den zweiten Fall an, daß von einer kriegsbedürftigen franzöſiſchen Regierung zunächſt Italien angegriffen würde, ſo hätte ſich der deutſche und ebenſo der öſterreichiſche Politiker zu fragen, ob es für ſein Vaterland annehmbar ſei, wenn Frankreich ſeine Grenzen direkt oder in der Form einer cisalpiniſchen Republik in Italien weiter nach Oſten rücken oder Italien durch einen unglücklichen Krieg in Abhängigkeit von Frankreich geraten würde. Beide Fälle würden für Öſterreich und Deutſchland eine im Vergleiche mit ihrer jetzigen Lage ſehr ungünſtige Veränderung herbeiführen. Ein direkter Angriff Frankreichs auf Öſterreich iſt nach den heutigen Grenzverhältniſſen nur im Vereine mit Italien möglich; aber Öſterreich hat kein Intereſſe, einer ſolchen Eventualität, die in der Vergangenheit [1859] eingetreten iſt, nochmals Spielraum zu verſchaffen. Auch für Deutſchland könnte es nicht gleichgiltig ſein, die Sicherheit der öſterreichiſchen Weſtgrenze durch die Annäherung der franzöſiſchen Nachbarſchaft in Italien vermindert zu ſehen. Die Stärke und

Sicherheit Öſterreichs iſt für Deutſchland ein Bedürfnis, ja kein einſichtsvoller deutſcher Politiker könnte ſich mit der Lage befreunden, welche entſtünde, wenn Öſterreich gelähmt oder uns feindlich wäre, weil von Deutſchland im Stiche gelaſſen. Wir ſind überzeugt" — ſo ſchloß das Blatt des Reichskanzlers ſeinen Artikel, und in dieſen Worten lag das Hauptgewicht und die Moral der ganzen Betrachtung —, „daß die Logik der Geſchichte an ſich ſtark genug iſt, um jede dieſer friedliebenden Mächte zu überzeugen, daß ſie wohlthut, nicht abzuwarten, bis die Reihe an ſie kommt, und darauf Bedacht zu nehmen, daß ſie nicht durch Preisgebung ihrer Mitintereſſenten in der Friedensfrage iſolirt wird."

Es war ſchwerlich ein Fehlſchluß, wenn Leute, die mit der Sprache der Diplomatie vertraut waren, aus dem zuletzt angeführten Satze die Meinung ableiteten, daß eine Tripelallianz zur Wahrung des Friedens, alſo ein Defenſiv-Bündnis, zwiſchen Italien, Öſterreich-Ungarn und dem deutſchen Reiche für beſtimmte Möglichkeiten der Zukunft abgeſchloſſen worden ſei, und nach andern Anzeichen war anzunehmen, daß es zu der Zeit, wo öffentlich davon geſprochen wurde, bereits einige Monate alt war. Wäre dieſe Vermutung eine irrtümliche, ſo ſollte es ſobald als möglich zu ſtande kommen und nicht bloß für kurze Friſt; denn die Lage, die es den Italienern vielleicht noch weit mehr empfiehlt als uns und unſern Alliirten an der Donau, wird in der Folgezeit kaum eine erhebliche Veränderung erfahren. Dürfen wir zwiſchen den Zeilen des Berliner offiziöſen Blattes leſen, ſo ſprach es mindeſtens die Überzeugung aus, daß jeder Verſuch der Franzoſen, den Frieden Europas an ſeiner öſtlichen und ſüdöſtlichen Grenze zu ſtören, drei Großmächte zum Schutze der Ruhe vereint ſehen werde. Bereitwillig und unzweideutig wurde vom Kanzler anerkannt, daß von der jetzigen

franzöſiſchen Regierung kein Angriff zu befürchten ſteht, ebenſo deutlich aber tritt ſeine Beſorgnis hervor, daß ein Sieg der Monarchie über die gegenwärtige Verfaſſung Frankreichs das anders geſtalten könnte, und dieſe Stelle des Artikels verdroß die franzöſiſche Preſſe außerordentlich. Der Temps, der für hochoffiziös gilt, rief am 8. April aus: „Barmherziger Himmel, was für plumpe Geſellen dieſe Deutſchen doch ſind, und wie wenig nationale Würde ſie beſitzen! Wahrſcheinlich bildete ſich die Norddeutſche Allgemeine Zeitung ein, es werde den Freunden unſrer Einrichtungen gefallen, wenn ſie ihnen ihre Unterſtützung anböte. [Mit welcher Brille hatte man das aus dem betreffenden Artikel herausgeleſen?] Die Reichskanzlei, von der man glaubt, ſie inſpirire deren Artikel, mag gedacht haben, daß dieſe drohenden Winke der Republik gegen die monarchiſchen Prätendenten nützlich ſein könnten, aber es würde ſchwer fallen, wenn man den Mangel an Takt weiter treiben wollte. Verſteht ſichs denn etwa von ſelbſt, daß Frankreich Deutſchland um Rat fragt, ehe es ſich entſcheidet, was es zu Hauſe thun ſoll, daß ſeine Parteien ſich erkundigen, wie weit ſie gehen dürfen, ohne ſich Bemerkungen von ſeiten der deutſchen Reichskanzlei auf den Hals zu ziehen? [Wo in aller Welt war dies beanſprucht worden, wogegen Frankreich unter dem Kaiſer Napoleon in Deutſchland und in Italien den Protektor und Schiedsrichter zu ſpielen verſucht und bis zu einem gewiſſen Grade wirklich geſpielt hatte?] Die Norddeutſche Allgemeine Zeitung, der wir antworten, hat vollkommen recht, wenn ſie ſagt, daß Frankreich niemals auf jemand den Eindruck gemacht hat, es wolle den Frieden ſtören; ſie befindet ſich aber in einem bedauerlichen Irrtume, wenn ſie meint, daß in Frankreich nicht alle Parteien in dem Entſchluſſe einig ſeien, Herren im eignen Lande zu ſein und die Unabhängigkeit der Nation aufrecht zu erhalten.“

An demſelben Tage klagte Paul de Caſſagnac, der klerikale Bonapartiſt, im Pays bitterlich: „Der Fremde iſts jetzt, der in Frankreich die Republik bewacht und ſtützt. Welch eine Schmach für die Republik, ihr Fortbeſtehen einzig und allein dem Auslande zu verdanken! Wenn es weiterer Beweiſe bedürfte, um darzuthun, wie verhängnisvoll die Republik für uns iſt, ſo würden wir ſie in dieſem deutſchen Artikel finden, der ſo treu die Beweggründe zu dieſer gegen unſer unglückliches Vaterland gerichteten Tripelallianz ausdrückt.“

Ganz außer ſich geberdete ſich das Hauptblatt der Gambettiſten, die République française. Sie wurde vor Ärger ſarkaſtiſch und beklagenswert perſönlich. Man las da u. a.: „Herr von Bismarck hat ſich den ſchmerzhaften Kniffen ſeiner Neuralgie oder Gicht entwunden, um der Norddeutſchen einen Artikel zu diktiren. Er geruht, uns eine Thatſache mitzuteilen, die uns nie unbekannt geweſen iſt, nämlich daß Deutſchland, Öſterreich und Italien keinen Offenſivvertrag gegen uns abgeſchloſſen haben. Er hat die Güte, anzuerkennen, daß keine dieſer Mächte ihren Frieden als von uns bedroht anſieht. Iſt es wohl möglich, gnädiger zu ſein? Es iſt alſo gewiß, daß unſre Geſchichtsbücher keine achte Koalition zu verzeichnen haben werden, und daß die Berliner und Wiener Fräulein und die Signorine in Rom nicht fürchten, General Galliffet werde nächſtens an der Maas oder am Var zum Satteln blaſen laſſen. Der Frühling von 1883 wird ſeine Stirn nicht über Kriegsgerüchte zu runzeln haben. Ruhm dem Fürſten Bismarck und dem Redakteur der Norddeutſchen Zeitung, ſeinem Propheten, daß ſie dem ganzen Univerſum dieſe Botſchaft verkündigt haben!“ Dann war geſchmackvoll vom „Varziner Neuralgiker“ die Rede, und der Artikel fuhr fort: „Unſre Verfaſſungsgeſetze werden als oberſte Bürgſchaft für den Frieden Europas hingeſtellt, und es

wird die Meinung ausgeſprochen, nur eine Umwälzung könne unſre kriegeriſchen Neigungen wieder aufleben laſſen, indem ſie einen Mann oder ein Prinzip ans Ruder brächte, die ihre Stellung dadurch ſtärken müßten, daß ſie die Aufmerkſamkeit der Franzoſen nach außen lenkten. Wir ſind ſo glücklich, Herrn von Bismarck und ſeinen Sekretär benachrichtigen zu können, daß kein Menſch in der Welt imſtande ſein wird, unſre Nation zu einem Eroberungskriege fortreißen zu können. Die Epoche dynaſtiſcher Kriegszüge iſt für immer vorüber. [Man ſoll den Tag nicht vor dem Abend loben, und Wiedereroberungsverſuche, Rachekriege — wie ſtand es damit?] Wenn andrerſeits Herr von Bismarck ſich einbildet, daß unſre jetzigen Inſtitutionen uns im mindeſten bewegen würden, zu zögern, wenn es gälte, unſer Recht und unſre Ehre zu verteidigen, ſo iſt er ganz ungeheuer ſchlecht unterrichtet [Kampf mit Windmühlen! Wer hatte vermutet, was hier emphatiſch widerlegt wird?] ... Die Republik wird niemand angreifen, ſich aber bei allen geachtet zu machen wiſſen. Unſre Regierungsform dem Wohlwollen Europas empfehlen als das einzige Schutzmittel gegen die angeblichen kriegeriſchen Triebe der Nation, heißt ſowohl die Nation als die Republik beleidigen. Es giebt keinen Franzoſen, ſei er Republikaner oder Monarchiſt, der die Beleidigung nicht fühlte. Wir ſind nicht gewohnt, die Einrichtungen unſrer Nachbarn zu tadeln oder zu loben. Wir nehmen weder für Herrn von Bismarck noch für Herrn Richter Partei, und wir laſſen die Deutſchen, die Öſterreicher und die Italiener ſich ſo regieren, wie es ihnen paſſend erſcheint. Beobachtet uns, wenn es beliebt, ſchließt Defenſivbündniſſe gegen uns ab, wenn ihr euer Sicherheitsgefühl dadurch verſtärkt. Uns iſts gleichgiltig; denn wir werden keines Verbündeten bedürfen, wenn wir aufgerufen werden, uns zu verteidigen. [Wie wars

damit, als Thiers im Herbſt 1870 die europäiſchen Höfe bereiſte?] Aber um des Himmels willen, verſchont uns mit euren Ratſchlägen in Betreff der Verfaſſung, die ſich für uns am beſten eignet. Unter einer Republik wie unter einer Monarchie iſt Frankreich für Fremde nur Frankreich, ohne Beiwort."

Wir laſſen uns die Freude an der überaus friedfertigen Geſinnung der Erben Gambettas nicht durch die großthueriſche Geſchwollenheit derſelben vor der gar nicht vorhandenen Gefahr eines Angriffes der Nachbarn auf Frankreich verbittern, auch nicht durch die Erinnerung, daß ſie früher anders dachten und mit der Revanche liebäugelten, oder durch die Betrachtung, daß man nur gezwungen Frieden hält. Verſpräche dieſe friedliche Republik Dauer, ſo wären Vorſichtsmaßregeln kaum von nöten. Wir hegen aber gegründete Zweifel an dieſer Dauer, einmal wegen des Charakters der Franzoſen an ſich, der den Wechſel liebt, dann wegen des Weſens der demokratiſchen Republik, der Parlamentsherrſchaft, die wenigſtens unter romaniſchen Völkern bisher immer über kurz oder lang zu Übertreibungen des Prinzips und durch dieſe zur Reaktion, zum Säbelregiment und zur mehr oder minder despotiſchen Monarchie führte. Jetzt iſt dafür geſorgt, daß für das Eintreten dieſes Falles, der mit derſelben Notwendigkeit zu Kriegen mit den Nachbarn antreiben würde, ſolchen Ausſchreitungen eine tüchtige Schranke geſetzt iſt. Frankreich würde ſich dann im Süden und Oſten einer gewaltigen Tripelallianz gegenüber befinden. Zweifelhaft kann erſcheinen, ob ein ſchriftlicher Vertrag zu dieſem Zwecke exiſtirt, ganz unzweifelhaft aber iſt es nach der offiziöſen deutſchen Preſſe und nach den Erklärungen Mancinis im italieniſchen Senate zu einem klaren Einverſtändniſſe der drei Mächte gekommen, dem zufolge Frankreich keine einzelne derſelben angreifen kann, ohne die beiden andern ſich in Waffen gegenüber zu ſehen. Das iſt das Gegenteil von dem

Zuſtande Europas während der Herrſchaft des dritten Napoleon. Er griff Rußland, beiläufig unklugerweiſe, im engliſchen, nicht im franzöſiſchen Intereſſe, in der Krim an, während Preußen unthätig blieb und Öſterreich nur halben Beiſtand leiſten konnte. Er führte Krieg mit Öſterreich, während Preußen und Rußland Gewehr beim Fuß dabei ſtanden. Er war 1870 auf dem Wege, Deutſchland anzufallen, das jetzt ebenfalls allein auf die eigne Kraft angewieſen war. Die Republik wird das alte Spiel, wenn ſie klug iſt, nicht wiederholen und ein aus ihr etwa hervorgehender König oder Kaiſer der Franzoſen wahrſcheinlich auch nicht. Frankreich müßte es jetzt, wenn es durchaus mit einem der Nachbarn anbinden wollte, mit dreien aufnehmen, und dieſer Aufgabe würde es niemals gewachſen ſein. Es wird daher nicht ſo thöricht ſein, mit dem Kopfe gegen die Mauer einer neuen Koalition zu rennen, die, ungleich den früheren, eine rein defenſive iſt und vermutlich bleiben wird.

Zweites Kapitel.

Der Reichskanzler und Rußland.

Mehr häufig, faſt eine ſtehende Rubrik war kurz vor dem letzten ruſſiſch-türkiſchen Kriege und in den nächſten Jahren nach demſelben in der Petersburger und Moskauer Preſſe die Behauptung, Preußen und ganz Deutſchland ſeien den Ruſſen Dank ſchuldig und nicht geneigt, denſelben abzutragen. Ein Rückblick auf die Geſchichte der letzten ſieben Jahrzehnte, zunächſt bis auf Bismarcks Eintritt in die Regierungsgeſchäfte, möge zeigen, wie es mit unſerm Soll und Haben gegenüber der ruſſiſchen Politik in Wahrheit ſteht.

Auf dem Wiener Kongreſſe wollte Stein den allgemeinen Frieden, die Ruhe des Weltteils durch Einrichtungen geſichert wiſſen, welche die Kräfte Deutſchlands zu ſteigern und für die Dauer zuſammenzufaſſen geeignet waren. Ein ſolcher Nachbar aber, der eines Gönners jenſeits der Grenze nicht bedurft und fremde Einmiſchung in ſeine Angelegenheiten nicht geduldet hätte, paßte nicht zu den Weltordnungsplänen des Kaiſers Alexander, und ſo vereitelte er durch ſeinen Widerſpruch die beabſichtigte

Schöpfung. Die Entſchädigungsanſprüche Preußens wurden von Rußland zwar anfangs unterſtützt, als man aber Gewißheit erlangt hatte, daß niemand mehr daran dachte, den ruſſiſchen Plänen mit Polen Hinderniſſe in den Weg zu legen, daß die Anſtrengungen Öſterreichs und der weſteuropäiſchen Mächte lediglich gegen Preußen gerichtet waren, und daß der Friede erhalten werden konnte, ohne daß Rußland weitere Opfer zu bringen brauchte, wurden der Zar und ſeine Räte lauer in ihrem Eifer, und zuletzt forderte man von dieſer Seite her den König Friedrich Wilhelm und ſeinen Miniſter zwar nur mittelbar, aber deutlich genug auf, gewiſſen Anſprüchen zu entſagen, die dem preußiſchen Staate eine beſſere Entſchädigung verhießen als die, mit der er ſich nunmehr begnügen mußte.

Anerkannt gute Dienſte leiſtete Preußen der ruſſiſchen Politik 1829 während des Krieges mit der Türkei, vorzüglich durch die Sendung des Generalleutnants von Müffling, welche weſentlich zur Vermittlung eines Friedens beitrug, der den Ruſſen aus ſchwerer Verlegenheit half. Im Frühling von 1830 ſchloß das Petersburger Kabinet mit dem Pariſer ein Bündnis zur Bekriegung Deutſchlands ab, welches den Franzoſen das linke Rheinufer verſchaffen ſollte; nur der Ausbruch der Julirevolution verhinderte dieſen Plan unſrer beiden getreuen Nachbarn. Deutſchland links vom Rhein in franzöſiſchem Beſitze hätte die deutſchen Mächte ſchwach und unſelbſtändig, alſo zu Rußlands Verfügung erhalten und bewirkt, daß auch Frankreich an letzteres gefeſſelt geblieben wäre, da anzunehmen war, daß England den Franzoſen jene Erwerbung, welche die Einverleibung Belgiens*) vorbereitet hätte, gutwillig nicht zugeſtehen würde.

*) Dasſelbe beſtand noch nicht, war aber ſeit Jahren ſchon im Entſtehen und der Geburtsſtunde nahe.

Die bekannte Julideklaration von 1848 zählte zwar unter Rußlands Freundſchaftsbezeugungen für Deutſchland auch die Bereitſchaft zum Beiſtande gegen die im Jahre 1840 hervorgetretenen Gelüſte unſrer weſtlichen Nachbarn nach dem Rhein auf; allein in Petersburg hatte man damals nicht an Rüſtungen gedacht, und wenn man den Thiersſchen Demonſtrationen von dort her mit Noten entgegengetreten war, ſo war dies ſicher nur darum geſchehen, weil nach jenen Kundgebungen eine nationale Erhebung der Deutſchen erwartet worden war, die ein für den ruſſiſchen Einfluß gefährliches Erſtarken Deutſchlands zur Folge haben konnte. Dagegen hatte eine Annäherung an Frankreich nach 1840 mancherlei für ſich. Infolge des Ablebens der Herzogin von Naſſau war ein nicht unwichtiger Punkt Weſtdeutſchlands ohne Beziehungen zum Petersburger Hofe, die frühere Verbindung des letzteren mit dem würtembergiſchen Königshauſe hatte aufgehört, die mit Baden war gelockert. Ein Beſuch des Kaiſers Nikolaus in London hatte den gehofften Erfolg nicht gehabt. In Rußland ſelbſt gährte es unter den Bauern, und in den vornehmen Kreiſen herrſchte vielfältig Verſtimmung, in Polen entdeckte man immer neue Verſchwörungen, im Kaukaſus hatten die ruſſiſchen Waffen nur mäßige Fortſchritte machen können. In Perſien hemmte die engliſche Politik die Verfolgung der von den Ruſſen errungenen Vorteile; in der Türkei ſtellte ſich die Quadrupel-Allianz von 1842 ihrem raſchen Weiterkommen entgegen; in den Balkanländern hatte die panſlaviſtiſche Bewegung zwiſchen ihrem Verhältniſſe zum ruſſiſchen Volke und ihrer Stellung zu den despotiſchen Regierungsgrundſätzen des Zaren zu unterſcheiden begonnen. Unter ſo geſtalteten Umſtänden mußte die Petersburger Politik zunächſt wieder feſten Fuß im Weſten zu faſſen bemüht ſein, und das beſte Mittel dazu war eine Allianz mit

Frankreich. Schon war man dabei, ſie abzuſchließen, als in Paris die Februarrevolution ausbrach, der die politiſchen Stürme in Deutſchland und Öſterreich auf dem Fuße folgten.

Wir unterbrechen den Gang unſrer Abrechnung hier, um einige zum Verſtändniſſe des Geſagten und des Weiteren notwendige Thatſachen einzuſchalten. Der König Friedrich Wilhelm der Dritte war zwar im ganzen eine nüchterne, zum Mißtrauen hinneigende, vorwiegend kritiſch angelegte Natur,*) aber nicht ohne eine gewiſſe Weichheit und Empfindſamkeit, die ſich namentlich in ſeinem Verhältniſſe zu Kaiſer Alexander dem Erſten äußerte. Wie dieſes beſchaffen war, wiſſen wir aus Biſchof Eylerts und Louis Schneiders Aufzeichnungen. Der König vergaß über dem Freundſchaftsbunde, den er bei Lebzeiten der Königin Luiſe mit dem Zaren am Grabe Friedrichs des Großen geſchloſſen hatte, und über den Eindrücken, die ihm während der Befreiungskriege und nach denſelben im Umgange mit ſeinem ruſſiſchen Nachbar geworden waren, alles, was in Tilſit, in Erfurt und zur Zeit des Wiener Kongreſſes geſchehen war. Er liebte und verehrte Alexander warm und aufrichtig, und dieſe Neigung beeinflußte ſeine auswärtige Politik auch nach deſſen Ableben noch, er übertrug ſie auf den Nachfolger des geſchiednen Freundes, mit dem ihn überdies der Umſtand verband, daß er ihm die Tochter zur Gemahlin gegeben hatte. Auch Alexander

*) Clauſewitz ſagt in den „Nachrichten über Preußen in ſeiner großen Kataſtrophe“: „Friedrich Wilhelm III., von Jugend auf ausgezeichnet durch Ernſt und Strenge der Grundſätze, war zu mißtrauiſch in ſeine eignen Kräfte und in die Kräfte andrer, zu voll von jenem nordiſchen kalten Zweiflerſinn, der den Unternehmungsgeiſt untergräbt, den Enthuſiasmus befeindet und alles Hervorbringen erſchwert. Sein richtiger Verſtand und ſcharfer Beobachtungsgeiſt wurden von jenem unüberwindlichen Hange zum Zweifel nur in die Richtung der menſchlichen Schwächen und Unvollkommenheiten getrieben, die er ſchnell entdeckte, und die ſeinen Mangel an Vertrauen zur Geringſchätzung ſteigerten.“

der Erſte hatte ſentimentale Züge in ſeinem Charakter, ſie gingen aber nicht tief und bewogen ihn niemals, ſeinen Vorteil aus den Augen zu verlieren. Wie er überhaupt wandelbar, widerſpruchsvoll und im Innerſten ſeines Weſens unwahr empfand, ſo war auch ſeine Freundſchaft gegenüber dem Könige nicht konſequent und viel weniger Sache des Gemüts als der Berechnung, zuweilen wohl Selbſttäuſchung, oft aber auch auf Rührung und Verführung abzielende Komödie und immer ſtark mit Gönnerſchaft gemiſcht. Kaiſer Nikolaus war von andrer Art, aber wenn er bei Lebzeiten ſeines königlichen Schwiegervaters ſeinen Stolz vor der Rückſicht auf deſſen Alter zurücktreten ließ, ſo wußte er die Dinge doch immer ſo zu lenken, daß die Vorteile des guten Verhältniſſes zwiſchen ihm und dem preußiſchen Hofe weit mehr auf ſeiten Rußlands als auf ſeiten Preußens waren. Das Kaliſcher Lager war ein Schauſpiel, welches vielmehr darauf berechnet war, Rußlands Macht im Oſten als deſſen Freundſchaft mit Preußen ins Licht zu ſtellen. Die Beſchränkung der preußiſchen Preſſe wurde vielfach von Rückſichtnahme auf Wünſche an der Newa beſtimmt. Es kam wiederholt vor, daß Rußland ſeine Beziehungen zu den kleinern deutſchen Höfen in einer Weiſe geſtaltete, die gegen das preußiſche Intereſſe verſtieß. Die ruſſiſchen Tarife der dreißiger Jahre beeinträchtigten die wirtſchaftlichen Verhältniſſe der öſtlichen Provinzen Preußens aufs ſchwerſte. Der König aber ſchien alles das nur natürlich und ſelbſtverſtändlich zu finden und ſich bereitwillig dem Anſpruche des Zaren auf größere Geltung unterzuordnen. Daß er keine liberalen Anwandlungen hatte und nicht direkt daran dachte, die preußiſche Machtſphäre in Deutſchland zu erweitern, trug ferner dazu bei, die Freundſchaft mit Rußland warm zu erhalten. Dies wurde mit dem Thronwechſel von 1840 anders. Friedrich Wilhelm der Vierte hatte gelegentlich ſolche Anwandlungen, und ihm

ſchwebte eine Art deutſchen Einigungswerkes mit preußiſcher Spitze vor, die dem kaiſerlichen Schwager, welcher ſich inzwiſchen auf Grund ſeiner Erfolge in der Türkei und Polen, ja ſelbſt gegenüber der franzöſiſchen Politik gewöhnt hatte, ſich als Hegemon des europäiſchen Feſtlandes, als oberſten Wächter und Wahrer der hier geltenden Ordnung zu betrachten, ebenſo ſtark mißfielen als die immerhin gemäßigten konſtitutionellen Anläufe des Königs. „Mein Schwager in Berlin wird in ſein Verderben rennen," hatte Nikolaus ſchon 1841 prophezeit, und 1848 erklärte er: „Ich will keine konſtitutionellen Verſammlungen an meinen Seiten in Berlin und Wien." In demſelben Jahre ſcheint er ſogar allen Ernſtes an die Herbeiführung einer Gegenrevolution in Preußen mit Unterſtützung durch ruſſiſche Soldaten gedacht zu haben, und wenn der Verfaſſer der Schrift „Berlin und Petersburg," in der wir die betreffende Denkſchrift finden, wohl unterrichtet iſt, ſo iſt der Kaiſer damals ſelbſt ſoweit gegangen, preußiſchen Generalen dieſen Plan zu enthüllen und zu empfehlen. Ebenſo wie gegen das Erwachen verfaſſungsmäßigen Lebens in Preußen war Nikolaus gegen intime Beziehungen desſelben zu den kleineren deutſchen Staaten und Handeln nach der Gemeinſamkeit der Intereſſen dieſer Staaten und der preußiſchen Monarchie, und in dieſer Richtung gelang ihm vieles zu vereiteln, was das Intereſſe Preußens und Deutſchlands dringend erheiſchte, und vieles zu erreichen, was dem vermeintlichen Intereſſe Rußlands, Preußen in Abhängigkeit von ſich erhalten, es beeinfluſſen und benutzen zu können, zu entſprechen ſchien. Auf ruſſiſche Drohungen hin wurden im erſten ſchleswig-holſteiniſchen Kriege die nach Jütland vorgedrungnen preußiſchen Truppen zurückgezogen und der Waffenſtillſtand von Malmö abgeſchloſſen. Von Petersburg aus wurde durch Ankündigung eines Proteſtes gegen weitere Unterſtützung

der transalbingiſchen Erhebung durch Preußen ein ernſtlich gemeinter zweiter Feldzug gegen die Dänen verhindert. Von dort aus wurde ebenſo eifrig wie von engliſcher Seite auf Herſtellung eines Zuſtandes hingearbeitet, der mit dem Londoner Protokolle ſeine Sanktion erhielt. Im Mai 1849 erklärte ein Handſchreiben des Kaiſers ſich gegen preußiſche Bemühungen um eine Zuſtimmung der deutſchen Fürſten zur Frankfurter Kaiſerwahl, und im Herbſt desſelben Jahres gab er dem Berliner Kabinet zu wiſſen, daß er jede ohne Mitwirken Öſterreichs unternommene Umbildung der deutſchen Verfaſſung als Verſtoß gegen die Verträge von 1815 anſehen und behandeln werde. Am 26. Oktober 1850 endlich äußerte ſich der jetzt offen als Schiedsrichter Europas auftretende Zar, den ſein königlicher Verwandter inzwiſchen vergebens für die Unionspolitik zu gewinnen verſucht hatte, gegen die preußiſchen Bevollmächtigten in einer Weiſe über die deutſchen Dinge und die Beſtrebungen Preußens, daß der bekannte ſaure Gang nach Olmütz in Berlin für unerläßlich gehalten wurde. Er ſprach dort von „Banditen, die ſeines Schwagers Umgebung bildeten," und meinte, die unter Preußens Schutz genommenen verfaſſungstreuen Heſſen „müßten, wie ſichs für Rebellen gehört, zuſammengehauen werden."

Während des Krimkrieges ſchloß ſich das fünf Jahre vorher von Rußland als Erhalter der deutſchen Ohnmacht geförderte und militäriſch unterſtützte Öſterreich den Gegnern der Petersburger Politik ſo eng an, als die Umſtände es zuließen, wogegen das von 1848 an bis 1850 von Nikolaus ſchlechtbehandelte, allenthalben gehinderte und ſchließlich zu demütigender Nachgiebigkeit gezwungene Preußen ſich wohlwollend verhielt und neutral blieb. Das war immerhin ein Vorteil für Rußland, obwohl es nicht aus Neigung zu dieſem entſprang;

denn die preußiſche Politik wurde, wie wir im fünften Kapitel geſehen haben, damals bereits von einem Staatsmanne beeinflußt, der von gefühlvollen Anwandlungen nicht beſtimmt wurde, ſondern lediglich das Intereſſe ſeines Staates zur Richtſchnur nahm. Er, Bismarck, der damalige Bundestagsgeſandte, hat das ſpäter als Kanzler öffentlich ſelbſt ausgeſprochen. Am 19. Februar 1878 erklärte er im Reichstage: „Ich war damals nicht Miniſter, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochſelige König Friedrich Wilhelm der Vierte mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entſcheidenderen Fragen teilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künſte der Überredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war ... nur der perſönliche Widerſtand, den der König dagegen leiſtete, (?) der verhindert hat, daß dieſer Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den erſten Schuß thaten, der unſrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewiſſe Erleichterung empfunden und uns geſagt, wenn es genug war.... Nun, iſt es nicht dankenswert, daß wir damals der Verſuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erſchweren, widerſtanden haben? Es war damals auch das »germaniſche Intereſſe,« in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in deſſen Namen unſer Beiſtand gefordert wurde; es war nur das auffällig, daß der geſamte deutſche Bund die Anſicht nicht teilte, daß es ein germaniſches Intereſſe wäre.... Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutſches Intereſſe ſei, trotz des angeblichen Intereſſes der Donauſchifffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde.“ Wenn damals trotz der Richtigkeit dieſer Politik, die ſich weder zur Parteinahme für noch zu

einer Allianz gegen Rußland gewinnen ließ, weil beides gleich gefährlich war, preußiſcherſeits, wie Manteuffel in einem vertraulichen Briefe vom 12. Auguſt 1854 ſelbſt ſagt, „vielfach Fehler gemacht wurden," ſo „ging die Abſtellung derſelben gänzlich über ſein Vermögen." Die Schuld traf weder den Miniſter noch den ihm zur Seite ſtehenden Geſandten, ſondern war auf die an höherer Stelle herrſchende unentſchloſſene Denkweiſe zurückzuführen. Hatte man zu Petersburg Urſache, ſich zu der Haltung des Berliner Kabinets in dieſer Angelegenheit Glück zu wünſchen, ſo wurde das dort nicht eingeſtanden, vielleicht nicht empfunden, wenigſtens behauptete ſpäter ein ruſſiſches Aktenſtück, die 1864 verfaßte geheime Denkſchrift „La Politique du Présent": „Deutſchland ſei während des orientaliſchen Krieges nicht fähig geweſen, dem Drucke der Weſtmächte Widerſtand zu leiſten, und habe Rußland im Stiche gelaſſen." Man war eben mit Freundesdienſten, bei denen Deutſchlands Intereſſe nicht vergeſſen wurde, nicht zufrieden, ſondern verlangte Vaſallendienſte auf jedes Riſiko hin.

Dieſe Stimmung lebte in der höhern ruſſiſchen Geſellſchaft fort, als Bismarck ſeinen Poſten als Vertreter Preußens am Petersburger Hofe antrat. Die preußiſchen Geſandten hatten ſich hier bis dahin keines beſondern Anſehens erfreut, und nur das verwandtſchaftliche Verhältnis ihrer Souveräne mit der Zarenfamilie, infolge deſſen ſie Zutritt zu dem engern Zirkel des Hofes gehabt hatten, hatte ſie einigermaßen über die Stufe erhoben, auf welcher die diplomatiſchen Repräſentanten der deutſchen Kleinſtaaten ſtanden. Sie galten unter der Regierung des Kaiſers Nikolaus nicht ſowohl als Vermittler zwiſchen dem ruſſiſchen Kabinet und dem eines ebenbürtigen Staates wie als befreundete Diener des kaiſerlichen Hauſes, ein Verhältnis, das bei dem herriſchen Weſen jenes Herrſchers oft durchaus nichts

Wohlthuendes hatte. Die Persönlichkeit der beiden Vorgänger Bismarcks im preußischen Gesandtschaftshotel an der Newa war nicht geeignet, das zu bessern. Dagegen kam es unter Kaiser Alexander insofern zu einer Änderung in der Lage des preußischen Bevollmächtigten, als jetzt von hochfahrender und verletzender Behandlung desselben nicht mehr die Rede war. Gründlich anders aber gestaltete sich das Verhältnis erst, als Bismarck dem Zaren sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Er kam gut empfohlen. Er galt als Verehrer des verstorbenen Kaisers und als Gegner des Berliner Liberalismus mit seiner russenfeindlichen Richtung, er war in Frankfurt entschieden gegen die österreichische Politik aufgetreten. Infolge dessen im voraus gut angeschrieben, gewann er bei näherer Bekanntschaft alle Welt durch seine frische, ungezwungene, innerlich sichere Art, durch seine anspruchslose Vornehmheit, sein offenes Wesen und seinen sprühenden Witz schon in den ersten Wochen. „Da war endlich" — so heißt es in der Schrift „Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft" im Kapitel „Fürst Bismarck in Petersburg" — „einmal ein Deutscher, mit dem sich so leicht und so bequem verkehren ließ wie mit andern Leuten, der sich gehen ließ, weil er sicher war, sich nichts zu vergeben, der den Ton der großen Welt nicht nachahmte, sondern beherrschte, der genug inneres Selbstgefühl besaß, um weder sich selbst noch andern durch überflüssige Prätensionen zur Last zu fallen. Bereitwillig erkannte die anspruchsvolle, sonst auf alles Deutsche hochmütig herabsehende und von der Überlegenheit ihrer Art und Weise erfüllte Aristokratie an, daß sie es hier mit Ihresgleichen, mit einem Manne ihres Schlages (?) zu thun hatte. Herr von Bismarck wußte das vertrauliche Verhältnis zur kaiserlichen Familie, dessen seine Vorgänger sich zu erfreuen gehabt hatten, unverändert aufrecht zu erhalten, aber es verstand sich für ihn von selbst,

daß dasſelbe ohne Inkonvenienzen blieb, und daß es ſich dem der großſtaatlichen Botſchafter durchaus paritätiſch geſtaltete. Er war zugleich kaiſerlicher Hausfreund und Vertreter eines mächtigen, unabhängigen Staates, deſſen Würde unter keinen Umſtänden und niemand zu Liebe vergeben werden durfte ... Alle Welt wußte, daß der preußiſche Geſandte nicht in der Lage war, es ſeinen franzöſiſchen, engliſchen und öſterreichiſchen Kollegen an Glanz und Aufwand gleich zu thun, aber alle Welt war darüber einig, daß dieſe Inkonvenienz ſich nicht glücklicher und vornehmer behandeln ließ, als durch Herrn und Frau von Bismarck geſchah. ... Die kleinen Diners und die offenen Abende in deren Hauſe waren bald geſuchter als die langweiligen Fêten, durch welche andre Diplomaten ſich ruinirten, und die anſpruchsvollſten Kritiker mußten eingeſtehen, daß kein Geſandtſchaftshotel ſo liebenswürdig zu behandeln wiſſe wie das Hausweſen im Stenbockſchen Palais. War man ſonſt von deutſchen Staatsmännern gewohnt geweſen, daß ſie entweder ihre nationale Sitte und Sprache dem Franzoſentum zu Gefallen verleugneten oder mit ihrem Deutſchtum in Turnerweiſe dick thaten, ſo wußte Herr von Bismarck in natürlichſter und feinſter Weiſe den Preußen und den Deutſchen, der auf ſein Vaterland ſtolz iſt, mit dem vornehmen Herrn zu verbinden, für den die in der geſamten Hof- und Diplomatenſphäre üblichen Verkehrsformen ſelbſtverſtändlich ſind."

Der Miniſter, von welchem Bismarck „an der Newa kaltgeſtellt" worden war, hatte alſo damit unbewußt einen guten Griff gethan. Als jener nach drei Jahren Petersburg verließ, um bald nachher die oberſte Leitung der Berliner Politik zu übernehmen, war man dort allgemein darüber einig, daß der bisherige Geſandte Preußens berufen ſei, eine ſehr wichtige Rolle in der Geſchichte ſeines Vaterlandes zu ſpielen, und „viel-

leicht ohne es zu wiſſen, hatte er die Ruſſen durch ſein perſönliches Verhalten an den Gedanken gewöhnt, daß auch ein mächtiges, von den frühern Petersburger Einflüſſen emanzipirtes Preußen der Freund und Verbündete ſeines öſtlichen Nachbars ſein könne.“ Nicht lange darnach traten Ereigniſſe ein, welche dieſen Eindruck zu verſtärken geeignet waren.

Am 8. Oktober 1862 übernahm Bismarck den Vorſitz im preußiſchen Staatsminiſterium. Sein Verſuch, die Oppoſition im Abgeordnetenhauſe zu verſtändiger Auffaſſung der Dinge zu gewinnen, ſchlug fehl. Mit der Mehrzahl der deutſchen Zeitungen nahm auch die unter Alexander des Zweiten liberaliſirendem Regiment entſtandene ruſſiſche Preſſe in den erſten Monaten des Verfaſſungskonflikts gegen den „reaktionären Junker“ auf der Berliner Wilhelmſtraße lebhaft Partei. Da brach im Januar 1863 in Polen der große Aufſtand aus, der das Land viele Monate in Atem erhielt und die ruſſiſche Regierung eine Zeit lang militäriſch und diplomatiſch in Verlegenheit brachte. Die Weſtmächte zeigten ſich der Sache der Inſurgenten geneigt, auch das Wiener Kabinet ſchien ſie begünſtigen zu wollen, die Fortſchrittspartei im preußiſchen Landtage trat gleich den Liberalen im geſamten übrigen Europa mit Eifer an ihre Seite; denn es galt ja den Kampf gegen eine Regierung. Bismarck aber ließ ſich dadurch nicht beirren, ſofort machte er in Petersburg Vorſchläge zu gemeinſamem Einſchreiten gegen die Revolution, und ſelbſt als die Gefahr, mit welcher dieſelbe auch preußiſche Provinzen bedrohte, durch die öffentliche Erklärung des revolutionären Zentralkomitees in Warſchau, man wolle nur den Moskauer Zaren, den „furchtbaren Erbfeind Polens,“ bekämpfen und erſtrebe lediglich die Befreiung Ruſſiſch-Polens, beſeitigt ſchien, ſetzte er die Unterhandlungen fort, die zu der bekannten Grenzkonvention vom Februar 1863

führten. Die Angriffe, welche die Oppoſition im preußiſchen Abgeordnetenhauſe beim Bekanntwerden dieſes Übereinkommens gegen ihn richtete, und die nach dreitägiger Debatte in der Reſolution vom 28. Februar ihren Höhepunkt erreichten, waren unbequem, änderten aber an der Sache nichts. Wichtiger war, daß man in Paris Miene machte, Preußen für ſeine den Ruſſen gewährte Unterſtützung vor dem Richterſtuhle der europäiſchen Großmächte zur Verantwortung zu ziehen. „Indem das Berliner Kabinet," ſo ſchrieb Drouyn de l'Huys am 17. Februar dem franzöſiſchen Geſandten in Berlin, „ſich in mehr oder minder direkter Weiſe in den Konflikt miſcht, übernimmt es nicht bloß die Verantwortlichkeit für die von Rußland ergriffenen Repreſſivmaßregeln, ſondern erweckt es auch den Gedanken einer Solidarität zwiſchen den verſchiedenen von dieſer Nation getrennten Bevölkerungen, wobei ihre Vereinigung derjenigen der Regierungen ſich gegenüberſtellt, mit einem Worte, eine wahrhaft nationale Inſurrektion verſucht wird."*) Vier Tage ſpäter lud das Pariſer Kabinet das Londoner und Wiener zu gemeinſamen Schritten beim Berliner ein, und obwohl dies keinen Erfolg hatte, blieb die Stellung Bismarcks doch unbehaglich, und es mußte auf die formelle Ausführnng der Konvention verzichtet werden.

Dennoch war der Februarvertrag eine ſehr bedeutende Hilfe für Rußland. Zunächſt machte das Vorgehen Preußens einen ſtarken Eindruck auf das ruſſiſche Publikum, das dem Aufſtande gegenüber anfangs ſchwankte, bei dem Bekanntwerden der Konvention aber raſch der Regierung Recht gab. Sodann zeigte von dieſem Augenblick an auch die letztere eine entſchloſſene Haltung, und die polenfreundliche Partei in den oberſten Kreiſen

*) Vergl. hierzu und zu dem zunächſt folgenden „Berlin und Petersburg," S. 74 ff.

der ruſſiſchen Geſellſchaft verlor zuſehends Boden. Neben dieſer moraliſchen Einwirkung ging dann auch mit raſchen Schritten materieller Beiſtand her, und mit Recht behauptet die in der Anmerkung genannte Schrift: „Daß Rußland in die Lage kam, ſeine Abweiſung der weſtmächtlich-öſterreichiſchen Anträge [vom 27. Juni] auf Anerkennung der Aufſtändiſchen als einer kriegführenden Partei mit dem Mangel aller thatſächlichen Unterlagen für dieſe Forderung zu motiviren, das hatte es weſentlich der Energie zu danken, mit welcher die preußiſche Regierung auf die erſte Nachricht von den Warſchauer Vorgängen die Sicherheit der Grenze wiederherſtellte und dadurch die Hauptrechnung der Führer des Aufſtandes kreuzte. Bereits am 31. Januar ... waren vier oſtpreußiſche Regimenter unter dem Befehle des Generals von Werder vereinigt, durch die Einberufung von Reſerven verſtärkt und an die Grenze beordert worden. An der Wirkſamkeit dieſer Maßregel wurde dadurch nicht das Geringſte geändert, daß man von der urſprünglichen Abſicht, den Truppen beider Länder ohne weiteres Grenzüberſchreitungen zu geſtatten, in der Folge wieder zurücktrat, und daß bei dieſen Überſchreitungen in jedem einzelnen Falle vorher Erlaubnis dazu eingeholt werden mußte; die Hauptſache, daß die Inſurgenten verhindert wurden, ſich gewiſſer Plätze an der Grenze zu bemächtigen und dieſe zu Mittelpunkten einer von Poſen aus verſtärkten Bewegung zu machen, war bereits geſchehen, bevor die vollſtändige Ausführung der Konvention überhaupt in Frage kam. Aus des Preußenfeindes A. W. Berg eigner Darſtellung geht ferner hervor, daß der Gang der militäriſchen Ereigniſſe im Frühjahr und Sommer 1863 weſentlich durch das Scheitern der erſten Entwürfe der Aufſtändiſchen und durch die Verſchiedenheit bedingt war, welche zwiſchen dem Verhalten der beiden Nachbarmächte Preußen und Öſterreich obwaltete."

Die Strenge, mit welcher preußiſcherſeits über die Sicherheit der Weſtgrenze des ruſſiſchen Polen gewacht wurde, nahm den Ruſſen die halbe Arbeit ab und ermöglichte ihnen, ihr Hauptaugenmerk auf den Süden des Landes zu richten, der im Norden und Nordweſten aufgetauchten Banden aber ſo gut wie anſtrengungslos Herr zu werden.

Der Abſchluß der Grenzkonvention und das ganze Verhalten Preußens während des polniſchen Aufſtandes, der beiläufig im Frühlinge 1864 niedergeworfen war, befriedigten in Rußland eine Zeit lang faſt allgemein, und ſo wurde gewonnen, was Bismarck dabei vorzüglich im Auge gehabt hatte, das Wohlwollen des großen öſtlichen Nachbars für zukünftige Unternehmungen des preußiſchen Miniſters in Deutſchland. Allerdings fehlte es auch jetzt in gewiſſen Schichten der ruſſiſchen Geſellſchaft nicht an Gerüchten, welche die Aktion desſelben verdächtigen ſollten. „Nach einer Verſion," ſagt unſere Schrift, „ſollte dieſer Staatsmann eine Verhetzung zwiſchen Ruſſen und Polen, nach einer andern die Abreißung Polens von Rußland beabſichtigt und lediglich zur Erreichung ſolcher Zwecke die Konvention in Vorſchlag gebracht haben. Die vollſtändige Durchführung des Wielopolskiſchen Programms [ſo hieß es während dieſer Zeit in panſlaviſtiſchen, der Verſöhnung mit Polen zugeneigten Kreiſen der Ariſtokratie], an welche bei der erſten Nachricht von den Warſchauer Januarereigniſſen noch gedacht wurde, paßte den preußiſchen Politikern nicht, weil ſie einen auf Unkoſten der übrigen Teilungsmächte durchgeführten Anſchluß *aller* Polen an Rußland zur Folge gehabt hätte. Um dieſer Eventualität zuvorzukommen, benutzte Herr von Bismarck die momentane Ratloſigkeit und Beſtürzung unſrer Regierung, um dieſelbe zu einem Abkommen zu beſtimmen, durch welches beide Mächte ſich zu gemeinſamer Niederſchlagung aller

polniſchen Nationalbeſtrebungen verpflichteten. Wir wurden dadurch der Möglichkeit freier Wahl über unſre künftig in Polen zu befolgende Politik beraubt, Preußen aber brachte es fertig, daß wir uns den Wielopolskiſchen Weg zur Wiederausſöhnung zwiſchen den beiden großen oſtſlaviſchen Stämmen ſelbſt verlegten. Die andre, beſonders von ruſſiſchen Preßpolitikern erörterte Verſion hatte ihren Urſprung in Deutſchland und war die Entſtellung eines Geſpräches des preußiſchen Miniſterpräſidenten mit Behrens, dem Vizepräſidenten des Abgeordnetenhauſes, in welchem jener ſeinen Anſchluß an Rußland damit begründet haben ſollte, daß Preußen im Fall eines Verzichtes des letztern auf Polen dasſelbe übernehmen und durch energiſche Germaniſirung unſchädlich machen müſſe. Endlich hatte Preußen auch in den Sphären der ruſſiſchen Regierung Gegner oder wenigſtens ſehr zweifelhafte Freunde, und unſre Schrift zitirt zum Erweiſe deſſen die oben bereits kurz erwähnte geheime Denkſchrift von 1864, die nach ihr im Auftrage des ruſſiſchen Reichskanzlers verfaßt ſein ſoll, und in der es u. a. heißt: „Unſre Beziehungen zu Preußen ſind faſt immer gute geweſen. Wir haben gar keine divergirenden Intereſſen, es iſt uns eine Schranke gegen Frankreich, und wir müſſen wünſchen, daß es ſtärker wird. Aber dieſer Wunſch würde wahrſcheinlich nicht ſo weit gehen, daß man zu ſeiner Verteidigung die Waffen ergriffe, wenn es am Rhein angegriffen werden ſollte. . . . Die preußiſche Monarchie hat ſich durch Eroberung und durch das Streben nach Vergrößerung gebildet. Die Staaten erhalten ſich durch die Mittel, mit denen ſie gegründet worden ſind. Preußen iſt ehrgeizig und unruhig. Ohne es auf dieſem Wege zu ermutigen, haben wir doch keinen Grund, ſeiner Vergrößerung entgegenzutreten, ſo lange ſie nicht unſre unmittelbaren Intereſſen verletzt. . . . Die übergroße Schwäche des deutſchen Bundes hat

uns niemals Nutzen gebracht. Zu keiner Zeit hat Deutschland etwas für uns gethan. . . . Wir haben also kein Interesse an der Verewigung dieser anomalen Lage der Dinge. . . . Wenn aber die deutsche Einheit jemals zur Wirklichkeit würde, so würde Deutschland seinen inoffensiven Charakter verlieren. 1848 beanspruchte es nicht bloß die dänischen Herzogtümer, sondern auch Lothringen, das Elsaß, die deutsche Schweiz, Livland, Esthland und Kurland. Heutzutage sieht man, mit welcher Begier es sich Schleswig-Holsteins zu bemächtigen sucht. In gleichem Falle, wenn die slavische Frage auf die Tagesordnung käme, so würde es ein beträchtliches Gewicht in die Wage werfen, und wahrscheinlich gegen uns. . . . Unsre Politik hat bald Preußen, bald Österreich begünstigt. Nach dem orientalischen Kriege gaben wir dem Berliner Kabinette den Vorzug, gegenwärtig [man bedenke, ein Jahr nach dem Abschluß der Grenzkonvention von 1863] scheint das Wiener Kabinet im Zuge, ihn sich wiederzugewinnen. Diese Schwankungen sind bei der heutigen politischen Lage unvermeidlich. Das beste, was wir thun könnten, wäre, das Gleichgewicht zwischen den beiden Mächten zu erhalten, abgesehen von Fällen, wo unser augenblickliches Interesse erfordert, die Wagschale sich nach der einen Seite hin neigen zu lassen."

Indes muß nach dem Verhalten Rußlands während der Jahre 1864 bis 1871 eine Partei am Petersburger Hofe existirt haben, welche jene und andre preußenfeindliche Gerüchte nicht glaubte und die in der Denkschrift entwickelten Ansichten entweder für irrig hielt oder Hoffnungen und Befürchtungen hegte, die ihr mehr wogen. Ohne Zweifel aber wirkte bei dem Kaiser Alexander der Eindruck noch fort, den Bismarck in Petersburg persönlich und dann durch die Konvention von 1863 auf ihn gemacht, und man darf annehmen, daß dieser

Umſtand dem deutſchen Staatsmanne bekannt geweſen und von ihm benutzt worden iſt, um den ohnehin durch verwandtſchaftliche Rückſichten und ſpezielle Anhänglichkeit und Verehrung ſeinem Berliner Oheim gegenüber beſtimmten Herrſcher über die Tragweite der von ihm geplanten Unternehmungen zu beruhigen, ihm Vorteile davon in Ausſicht zu ſtellen und ihn auf dieſe Weiſe dauernd an das preußiſch-deutſche Intereſſe zu feſſeln.

Als im däniſchen Kriege von Kopenhagen aus ein Hilfsgeſuch an Frankreich, England und Rußland erging und der britiſche Botſchafter am 16. Februar 1864 in Petersburg bei Gortſchakoff anfragte, was man ruſſiſcherſeits zu thun gedenke, erhielt er eine ausweichende Antwort, die ungefähr dahin lautete, das kaiſerliche Kabinet verzweifle noch nicht an friedlicher Löſung der Frage; materiellen Beiſtand werde man den Dänen nicht zu teil werden laſſen, wohl aber moraliſche Unterſtützung; die Vermutungen, die man über die geheimen Pläne Preußens und Öſterreichs hege, vermöge er nicht zu prüfen; bei dieſer Unklarheit ſei der einzig richtige Weg eine Konferenz. Inzwiſchen müſſe man ſich bemühen, das Band, welches die Kabinette von Wien und Berlin noch an die Verträge binde, und das in Wien ziemlich feſt, in Berlin loſer ſei, nicht reißen zu laſſen. Als Preußen ſich dann, am 15. Mai, vom Londoner Protokolle losſagte, erfolgte von Rußland kein Einſpruch dagegen, vielmehr ließ es jenen Vertrag ebenfalls fallen und erklärte mit Bezug auf die weitere Berückſichtigung der Erbberechtigten, ſeine Anſprüche auf Holſtein an Oldenburg abtreten zu wollen. Als im April 1866 der Krieg zwiſchen den beiden deutſchen Großmächten dem Ausbruche nahe war, ſchrieb Benedetti am 10. an Drouyn de l'Huys: „Da ich von Rußland ſpreche, erlauben Sie mir zu bemerken, daß ich ſeit langer

Zeit nicht ohne Verwunderung beobachtet habe, mit welcher Gleichgiltigkeit das Kabinet von St. Petersburg von Anfang an die Ansprüche Preußens und die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den beiden deutschen Mächten ansieht, und daß mir nicht minder die fortdauernde Zuversicht aufgefallen ist, welche ich bei Herrn von Bismarck in Bezug auf die Haltung und die Absichten des nordischen Kaiserreichs angetroffen habe." Als die Gefahr des Krieges in Deutschland näher rückte, ließ der Kaiser in Wien und Berlin Vorstellungen zu Gunsten des Friedens machen, ohne jedoch eine Einmischung in die streitigen Angelegenheiten zu versuchen oder in Aussicht zu stellen. Nachdem dieser Schritt vorzüglich infolge der schroffen Haltung des österreichischen Kabinets erfolglos gewesen war, setzten sich Rußland und England mit Frankreich in Verbindung, um womöglich durch allgemeine Friedensverhandlungen den Streit zum Austrage zu bringen, und am 28. Mai forderten die drei Mächte in dieser Absicht Preußen und Österreich zur Beschickung einer Konferenz in Paris auf. Dieser Plan scheiterte daran, daß man in Wien Bedingungen stellte, die unannehmbar waren, und der Krieg begann. Während desselben, in der ersten Woche des August, ging von Manteuffel, der Generaladjutant des Königs Wilhelm, in besondrer Sendung nach Petersburg, indem es vermutlich im Hinblick auf die verwandtschaftlichen Beziehungen der kaiserlichen Familie mit mehreren deutschen Fürstenhäusern, vielleicht auch auf dahin gehende Anfragen und Wünsche des Zaren, erforderlich erschien, dem letzteren in Betreff der notwendigen Gesichtspunkte und Entschlüsse der preußischen Regierung bezüglich jener Fürstenhäuser vertrauliche Mitteilungen zu machen. Dieselben müssen befriedigt haben; den Rußland trat der von Preußen beabsichtigten und dann durchgeführten Ordnung der deutschen Angelegenheiten

nicht entgegen. Deutſchland ſchuldete ihm ohne Zweifel Dank dafür. Indes war es doch keineswegs bloß Wohlwollen, wenn man in Petersburg der Entwicklung der Dinge Gewehr beim Fuße zuſah und die Gelegenheit zu einem Angriff auf Deutſchland unbenutzt ließ. Preußen mußte erſtens damals als „Exekutor des ruſſiſchen Zornes“ erſcheinen, den Öſterreich ſich durch ſein im Hinblick auf die vom Kaiſer Nikolaus zur Erſtickung der ungariſchen Inſurrektion geleiſtete Hilfe „undankbares“ Verhalten während des Krimkrieges und während des polniſchen Aufſtandes zugezogen hatte. Zweitens aber mußte man einen Sieg der Wiener Politik und die darauf ſicher folgende öſterreichiſche Hegemonie in Deutſchland aus Gründen, welche die Erfahrungen der letzten Jahre nahe legten, für den Intereſſen Rußlands erheblich weniger entſprechend anſehen als eine Einigung Deutſchlands unter Preußen, das ſich 1863 freundnachbarlich und 1854 wenigſtens nicht feindſelig verhalten hatte.

Dieſelben Gründe beſtimmten die ruſſiſche Regierung zu der Haltung, welche ſie während des franzöſiſch-deutſchen Krieges beobachtete. Dazu kamen aber noch verſchiedene andre Motive. 1870 konnte man in Petersburg unmöglich wünſchen und zulaſſen, daß Öſterreich-Ungarn ſich an der Bekämpfung Deutſchlands beteiligte, und daß eine öſterreichiſch-franzöſiſche Armee ſich den Grenzen Polens näherte, das von Paris her traditionell, von Wien aus wenigſtens in den letzten Jahren auf Rußlands Koſten begünſtigt worden war. Man hoffte ferner von dem Kriege eine Lähmung Frankreichs, welche Gortſchakoff in den Stand ſetzen ſollte, die Feſſeln des Pariſer Vertrages von 1856 abzuſtreifen. Man war endlich auf keine ſo gründliche Niederwerfung Frankreichs gefaßt, wie ſie erfolgte. Wirkte bei jener wohlwollenden Haltung des Kaiſers Alexander auch ſeine Ver-

ehrung vor seinem königlichen Oheim und seine Abneigung gegen Napoleon mit, und war man in Berlin Rußland trotz der angegebnen Gründe seiner damaligen Politik auch jetzt zu Danke verpflichtet, so ist derselbe dadurch abgetragen worden, daß Preußen den Russen 1871 die Freiheit des Schwarzen Meeres wieder verschaffte, die es ohne Bismarcks vermittelnde Bemühungen von England und Frankreich nicht erlangt hätte.

Der Verlauf der Dinge war hier folgender. Am 19. Oktober 1870 richtete Fürst Gortschakoff an die russischen Gesandten bei den großmächtlichen Höfen eine Depesche, in welcher dieselben angewiesen wurden, den betreffenden Regierungen zu erklären, daß der Kaiser Alexander an die Verpflichtungen des Pariser Friedensvertrags vom 30. März 1856, soweit dieselben seine Souveränetätsrechte im Schwarzen Meere einschränkten, sich infolge der inzwischen vielfach veränderten Umstände und namentlich mit Rücksicht auf die mittlerweile wiederholt vorgekommenen Verletzungen der Neutralität dieses Gewässers sich nicht länger gebunden erachten könne, und daß er sich für berechtigt und verpflichtet glaube, dem Sultan die Spezial- und Zusatzkonvention zu besagtem Vertrage, welche die Zahl und die Größe der Kriegsschiffe festsetze, welche die beiden Ufermächte im Schwarzen Meere zu besitzen sich vorbehalten, zu kündigen und den vollen Genuß seiner Rechte auf dem genannten Gebiete zurückzunehmen. Die englische Regierung erblickte in dieser Erklärung, wie es in der an die britischen Gesandten gerichteten Zirkulardepesche Granvilles vom 10. November heißt, „mit tiefem Bedauern" ein „eigenmächtiges Losmachen von einer feierlichen Verpflichtung," der man englischerseits „unmöglich seine Genehmigung erteilen könne." Hätte Rußland, so fuhr der Minister fort, an die Mächte, die den Vertrag von 1856 geschlossen, einen Vorschlag zu gemeinsamer Erwägung gerichtet, ob sich etwas zuge-

tragen habe, was man für eine Vertragsverletzung halten könnte, oder ob sich unter den Bestimmungen etwas befinde, was unter den veränderten Verhältnissen mit übermäßiger Härte auf Rußland drücke, oder was im Laufe der Ereignisse für die Beschützung der Türkei unnötig geworden sei, so würde man sich nicht geweigert haben, die Frage im Einverständnisse mit den übrigen Unterzeichnern des Vertrages zu prüfen. Die Depesche schloß mit den Worten: „Was immer auch die Ergebnisse solcher Mitteilungen gewesen sein möchten, die Gefahr zukünftiger Komplikationen und ein sehr gefährlicher Präzedenzfall für die Giltigkeit internationaler Verbindlichkeiten wären vermieden worden." Auch Graf Beust war nach seinen Depeschen vom 16. November von dem Vorgehen Rußlands „peinlich berührt," es „war ihm unmöglich, sein äußerstes Erstaunen darüber zu verhehlen," und er meinte: „Der Schritt, der soeben gethan wurde, kann nicht verfehlen, die ernstesten Besorgnisse hervorzurufen. Im westlichen Europa brachte er bereits eine Erregung der Geister hervor, die der Sache des Friedens sehr abträglich ist. In der Levante wird dieser Versuch Rußlands, sich selbst Recht zu verschaffen, ohne Zweifel als Beweis betrachtet werden, daß diese Macht den Moment für gekommen erachtete, die Lösung der sogenannten orientalischen Frage in die Hand zu nehmen. Die so lebhafte Einbildungskraft der christlichen Völker in diesen Gegenden wird darin eins der stärksten Aneiferungsmittel erblicken." Gegen den Schluß dieses Schreibens jedoch erklärte er: „Ich habe nie ein Geheimnis aus meiner Überzeugung gemacht, daß das Übereinkommen von 1856 Rußland am Schwarzen Meere in eine Situation gebracht hat, die einer Großmacht wenig würdig ist, da sie die Rolle abschwächt, die es in den Gewässern zu spielen berechtigt ist, welche seine Ufer bespülen, und ich habe nichts unterlassen, um für

dieſe Überzeugung bei den andern Garantiemächten Teilnahme zu gewinnen."

Wie der deutſche Kanzler ſich zu der Streitfrage verhielt, kann zunächſt eine Privatäußerung andeuten, die er am 17. November in Verſailles that. Als Granvilles Depeſche vom Tage vorher eintraf, las der Miniſter ſie vor und ſagte dann lächelnd: „Zukünftige Komplikationen! Parlamentsredner! Getrauen ſich nichts. Der Ton liegt auf zukünftig. Das iſt die Art, wie man ſpricht, wenn man nichts zu thun gedenkt. Nein, von denen iſt nichts zu fürchten, wie vor vier Monaten nichts von ihnen zu hoffen war." Nach einer Weile fuhr er fort: „Gortſchakoff treibt hier übrigens nicht die rechte ruſſiſche Politik, ſondern warägiſche, ungeſtüm, gewaltſam. Man iſt immer der Meinung geweſen, daß die ruſſiſche Politik eine ausnehmend ſchlaue und gewandte wäre — voll Winkelzüge, Schliche und Kniffe; das iſt aber nicht wahr. . . . Wenn ſie unehrlich waren in Petersburg, ſo unterließen ſie ſolche Erklärungen, bauten ruhig Kriegsſchiffe am Schwarzen Meere und warteten, bis man darüber anfragte. Dann ſagten ſie, daß ſie davon nichts wüßten, man wolle ſich aber erkundigen, und ſo zogen ſie's hinaus. Das konnte bei den ruſſiſchen Verhältniſſen lange dauern, und zuletzt hätte man ſich daran gewöhnt."

Am 22. November hatte der Kanzler eine dreiſtündige Unterredung mit Odo Ruſſell, dem Vertreter Englands im deutſchen Hauptquartiere zu Verſailles, und das Reſultat derſelben war, daß er letzteren ermächtigte, ſeiner Regierung zu verſichern, daß das ruſſiſche Rundſchreiben ihn überraſcht habe, daß, während er zu jeder Zeit der Meinung geweſen ſei, der Vertrag von 1856 laſte auf Rußland mit ungerechtfertigter Härte, er doch die Art des jetzigen Vorgehens Rußlands und die zur Erzwingung einer Reviſion des Vertrags gewählte Zeit nicht

billigen könne, daß er ferner bedauere, wegen des gegenwärtigen Krieges weder ſich einmiſchen noch ſelbſt das ruſſiſche Zirkularſchreiben amtlich beantworten zu können, daß er indes, um den Ausbruch eines anderweitigen Krieges zu verhüten, ſich für die Abhaltung von Konferenzen in Konſtantinopel ausſprechen werde. In einer zweiten Unterredung mit Ruſſell bezeichnete der Kanzler Petersburg als paſſenderen Ort für die Konferenzen, da dort infolge der Anweſenheit des Kaiſers Alexander leichter zu einer Verſtändigung zu gelangen ſein würde als in Konſtantinopel. Als Granville ſich gegen Petersburg erklärte, ſchlug Bismarck London vor, und Gortſchakoff nahm dies an. Nach mehrfacher Verſchiebung trat die Konferenz am 17. Januar 1871 zuſammen. Der Vertreter des Norddeutſchen Bundes ergriff hier die erſte Gelegenheit, um zu beſtätigen, daß ſeine Regierung eine Konferenz im Sinne der Verſöhnlichkeit, der Billigkeit und des Friedens vorgeſchlagen habe. In demſelben Sinne ſei er, ſo bemerkte er weiter, beauftragt, eine ernſtliche Erwägung der ruſſiſchen Wünſche nach einer Abänderung derjenigen Klauſeln des Pariſer Vertrages zu empfehlen, welche die nachbarlichen Beziehungen der beiden Ufermächte des Schwarzen Meeres zu berühren ſchienen. Nach einigen Erörterungen erklärte ſich Granville bereit, namens ſeiner Regierung eine Konvention im Sinne der Wünſche Rußlands zu unterzeichnen, falls Äquivalente für die demſelben anſtößigen Neutralitätsklauſeln erlangt würden. Der Vertreter Öſterreichs und derjenige der Pforte ſprachen ſich ähnlich aus, und ſchließlich kam man zu einer alle Teile befriedigenden Verſtändigung, die in den beiden erſten Artikeln des Vertrages vom 13. März ihren Ausdruck fand. Die letzteren lauteten: „Artikel 11, 13 und 14 des Pariſer Vertrages vom 30. März 1856, desgleichen die zwiſchen der hohen Pforte und Rußland abge-

geſchloſſene und dem Artikel 14 beigefügte Konvention werden aufgehoben und durch den folgenden Artikel erſetzt: Das Prinzip der Schließung der Dardanellen und des Bosporus, wie dasſelbe durch Separatvertrag vom 30. März hergeſtellt worden, wird aufrecht erhalten, ſowie die Macht Seiner kaiſerlichen Majeſtät des Sultans, die genannten Meerengen in Friedenszeiten den Flotten der befreundeten und verbündeten Mächte zu öffnen, falls die Ausführung der Stipulationen des Pariſer Vertrages von 1856 dies erfordern ſollte."

Die ruſſiſche Preſſe war der Einigung Deutſchlands unter Preußen in der großen Mehrzahl ihrer Organe nicht günſtig, und ſie war hierin der Spiegel der öffentlichen Meinung, die in der Sammlung der deutſchen Volkskraft eine ſchwere Schädigung der ruſſiſchen Intereſſen erblickte. Der Verfaſſer der Schrift „Berlin und Petersburg" hat das unter Anführung zahlreicher Äußerungen der Moskauer und Petersburger Zeitungen nachgewieſen, von denen hier einige mitgeteilt werden mögen. Am 23. Dezember ſetzte der weitverbreitete Golos auseinander, daß es irrig ſei, anzunehmen, Rußland ſei ein Verbündeter Preußens, das kaiſerliche Kabinet verhalte ſich gegenwärtig zu Frankreich genau ſo wie zum Norddeutſchen Bunde und werde hoffentlich definitiv für jenes gewonnen werden. Die Moskauer Zeitung hatte um dieſelbe Zeit die Entdeckung gemacht, Preußen wolle im Orient mit Öſterreich Hand in Hand gehen. Dasſelbe behauptete bald darauf die Börſenzeitung und knüpfte daran die Bemerkung, daß der Fortbeſtand des guten Einvernehmens zwiſchen Rußland und Preußen dadurch unmöglich geworden ſei. Faſt alle ruſſiſchen Blätter klagten, daß die Deutſchen ihr begehrliches Auge auf die baltiſchen Provinzen Rußlands gerichtet hielten. Die Weßtj, das Organ eines Teils der ruſſiſchen und polniſchen

Ariſtokratie, freute ſich am 18. Januar 1870, daß die deutſche Nationalentwicklung in ähnlicher Weiſe zu ſtocken beginne wie früher die italieniſche, und meinte, „in der unbedingten Verurteilung der ſogenannten nationalen Politik Preußens ſeien alle Völker und Kabinette Europas einig.“ Der Golos vom 18. Februar war überzeugt, daß nur Rußland noch übrig ſei, um Süddeutſchland vor preußiſcher Vergewaltigung zu ſchützen. In ſeinem Buche „Rußlands Kriegsmacht“ nannte der General Fadejew den preußiſchen Staat „eine hiſtoriſche Zufälligkeit“ und meinte, „auf Rußland allein laſteten die nachteiligen Folgen der europäiſchen Umwälzung von 1866.“ Als der Krieg Deutſchlands mit Frankreich ausbrach, zogen alle ruſſiſchen Journale mit alleiniger Ausnahme der Petersburger Zeitung die Fahne des letzteren auf, der ſie dann ohne Rückſicht auf die entgegengeſetzte Haltung ihrer Regierung das ganze Kriegsjahr hindurch treu blieben. Die Moskauer Zeitung ſprach offen ihr Bedauern über Frankreichs augenblickliche Iſolirung aus und verlangte kategoriſch, daß Rußland auch den Schein einer Begünſtigung Preußens vermeide und unter keinerlei Umſtänden die Aktionsfreiheit Öſterreichs hemme. Im Auguſt belehrte der Golos in mehreren Nummern ſeine Leſer, daß ein Sieg der deutſchen Waffen ganz Europa verhängnisvoll werden würde, weil die Sache Preußens gleichbedeutend ſei mit derjenigen des Junkertumes und des Militarismus. Eine einzige Nummer der Moskauer Zeitung brachte im Oktober vier gegen Deutſchland gerichtete Leitartikel. Am 20. Oktober hatte das Blatt aus der Bismarckſchen Note über die Friedensbedingungen herausgeleſen, daß Preußen Anſpruch auf die Oberherrſchaft über ganz Europa erhebe, und am 12. Januar 1871 trat es energiſch gegen das Nichtinterventionsprinzip auf, indem es behauptete, die franzöſiſche Nation habe

ſich nach dem Unglückstage von Sedan durch Ablehnung der deutſchen Friedensbedingungen um die Ziviliſation des geſamten Weltteils verdient gemacht. Ähnlich äußerte ſich am folgenden Tage der Golos, wobei er prophezeite, das von Bismarck am Narrenſeil herumgeführte Öſterreich werde ſeine Kurzſichtigkeit nächſtens mit dem Verluſte Böhmens büßen. Die Kunde des Falles von Paris begleitete er mit dem Stoßſeufzer „Consumatum est!“ Gegen die von den Franzoſen bereits angenommenen Friedensbedingungen erhob Katkow in der Moskauer Zeitung am 28. Februar einen förmlichen Proteſt. Auch nach Wiederherſtellung des Friedens und nach Unterzeichnung des Londoner Protokolls, welches den Ruſſen auf dem Schwarzen Meere wieder freie Hand gab, verblieb der maßgebende Teil der ruſſiſchen Preſſe noch geraume Zeit bei der bisherigen antideutſchen Haltung, und alles, was öſterreichiſche Föderaliſten, belgiſche Klerikale, franzöſiſche Radikale und italieniſche Mazziniſten gegen Deutſchland zuſammenlogen, wurde von den Blättern an der Moskwa und Newa nachgedruckt. Der Golos denunzirte faſt Tag für Tag Deutſchlands „verräteriſches“ Einverſtändnis mit Öſterreich. Die Moskauer Zeitung, welche für den in London erreichten Erfolg den Deutſchen keinen Dank gewußt, vielmehr den Vorwurf erhoben hatte, „Fürſt Bismarck ſei ſchuld daran, daß die Aufkündigung des Pontusvertrages einem Kongreß unterbreitet und nicht vom ruſſiſchen Gutdünken allein erledigt worden ſei,“ klagte am 29. November 1871 mit tiefbewegtem Herzen, daß in Frankreich die Fortdauer antiruſſiſcher Strömungen die dringend gebotene Anknüpfung zwiſchen Paris und Petersburg unmöglich erſcheinen ließe. Als Moltke im Dezember desſelben Jahres mit andern preußiſchen Generalen zur Feier des Georgsfeſtes am ruſſiſchen Hofe eintraf, getraute ſich kein ſelbſtändiges Blatt, die Gäſte willkommen zu heißen. Von dem

sympathischen Trinkspruche, den der Kaiser Alexander denselben und seinem kaiserlichen Oheim und Verbündeten bei dieser Gelegenheit ausbrachte, und von dem anläßlich desselben veröffentlichten Allianzartikel des offiziellen Regierungsblattes nahm nur die inzwischen offiziös gewordene Börsenzeitung in deutschfreundlichem Sinne Notiz. „Während des folgenden Jahres trat, wie allenthalben, so auch in Rußland eine gewisse Abkühlung der heftigen Leidenschaften ein, welche der Krieg entzündet hatte. Bei wiederholten Gelegenheiten erkannten die Moskauer Zeitung und andre größere Blätter an, daß die deutsch-russische Allianz eine Thatsache sei, mit der man bis auf weiteres zu rechnen haben werde, und daß das deutsche Volk während des kriegerischen Läuterungsfeuers, durch welches es gegangen sei, eine Festigkeit bewiesen habe, die, wenn auch nicht Sympathie, doch eine gewisse Achtung einflößen müsse.... Die Grundstimmung der Organe der russischen Presse blieb aber nach wie vor eine antideutsche, und die geringfügigsten Veranlassungen waren ausreichend, um die verblassenden Leidenschaften der früheren Jahre neu zu beleben. Die Überzeugung, daß Rußlands wahre Zukunft nur in einem Bündnisse mit Frankreich bestehen könne, war zu allgemein verbreitet und zu tief gewurzelt, um verleugnet werden zu können."

Die Petersburger Politik hatte lange vergeblich nach einem Verbündeten gesucht, der ihr gegen das Zugeständnis, im Westen nach Belieben schalten zu können, die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Pläne im Osten sichern sollte. In dem neuen Deutschland glaubte sie ihn endlich gefunden zu haben, und so bemühte man sich, jenes an seine Seite zu fesseln und es von Österreich fernzuhalten, das seinerseits immer noch über die Niederlage von 1866 grollte. Als letztes Ziel dachte man sich wohl eine Teilung des Donaureiches zwischen den beiden Al-

lürten, bei welcher Rußland die vorwiegend ſlaviſchen Provinzen desſelben und, zunächſt indirekt, Gebiete der türkiſchen Balkanländer erwerben ſollte. Fürſt Bismarck aber war nicht gemeint, dazu die Hand zu bieten, er hatte klar erkannt, daß Deutſchland nicht mit weitern Vergrößerungen, ſondern mit Erhaltung des Friedens gedient ſei, und daß zu dieſem Zwecke zuvörderſt die Verſöhnung Deutſchlands, dann die Rußlands mit Öſterreich erſtrebt werden müſſe. Daß ein einmal hergeſtelltes freundſchaftliches Verhältnis Deutſchlands zu letzterm Dauer verhieß, ergab ſich aus der weſentlichen Übereinſtimmung der Intereſſen beider Staaten, und wenn die Intereſſen Öſterreichs und Rußlands auseinandergingen, ſo mußte dieſes doch für die nächſte Zeit Sicherung der Ruhe willkommen heißen. So begannen von Berlin aus die Verhandlungen, die zu dem Dreikaiſerbunde von 1872 führten. Gortſchakoff ging auf den Gedanken Bismarcks aber unzweifelhaft mit dem Hintergedanken ein, Deutſchland werde ſich, wenn die orientaliſchen Pläne des Petersburger Kabinets zur Ausführung gereift ſeien, zur Förderung derſelben beſtimmen laſſen. Das Reifwerden jener Pläne aber hätte geraume Zeit währen können, wenn die raſche Ausbreitung und Erhitzung der panſlaviſtiſchen Agitation und die Notwendigkeit, dem Krankheitsſtoffe, der ſich im ruſſiſchen Volkskörper während der letzten Jahrzehnte angeſammelt hatte, Abfluß nach außen zu ſchaffen, verbunden mit dem Bedürfniſſe Gortſchakoffs, populär zu bleiben und der Welt als großer Stern am politiſchen Firmamente zu erſcheinen, den Gang der Dinge nicht beſchleunigt hätte.

So zeigten ſich ſchon im Jahre 1875 im Nordweſten der europäiſchen Türkei die Vorboten eines neuen ruſſiſchen Angriffs auf die Pforte, die in der nächſten Zeit einen ernſteren Charakter annahmen und nun die Thätigkeit der Diplomatie zur

Verhütung eines Weltkrieges erforderten. Die drei Oſtmächte verſtändigten ſich im Dezember 1875 über ein Reformprogramm in Betreff der Sachlage im ottomaniſchen Reiche, welches ſich auf den Grundgedanken baſirte, ein Zuſtand, welcher die gemeinſchaftliche Exiſtenz der dortigen Bevölkerung, die ſich mit ſo viel Erbitterung bekämpft habe, möglich mache, werde nur geſichert erſcheinen, wenn die chriſtliche Religion rechtlich und thatſächlich mit dem Islam vollſtändig gleichgeſtellt werde, und welches von Graf Andraſſy den übrigen Großmächten in einer Note vom 30. Dezember mitgeteilt wurde. Im Mai 1876 kam der Kaiſer von Rußland nach Berlin, und zu gleicher Zeit berieten ſich Bismarck, Andraſſy und Gortſchakoff über die Frage, wobei es ſich hauptſächlich um Verſtändigung zwiſchen den beiden etztern Staatsmännern handelte, der Vertreter der deutſchen Politik dagegen, da die beabſichtigte Friedensſtiftung Deutſchland nur mittelbar anging, ſich nur zu moraliſcher Unterſtützung derſelben bereit erklärte. Das Ergebnis der Verhandlungen war das Berliner Memorandum vom 13. Mai, das ein gemeinſames Einwirken Europas auf die Pforte und andrerſeits auf die Inſurgenten in Bosnien und der Herzegowina zum Behuf einer Verſtändigung zwiſchen den beiden Parteien, ſowie einen zweimonatlichen Waffenſtillſtand vorſchlug. Den drei andern Großmächten zum Anſchluſſe mitgeteilt, wurde das Memorandum von Frankreich und Italien angenommen, von England dagegen abgelehnt, weil am Schluſſe desſelben geſagt war: „Sollte die Friſt des Waffenſtillſtandes verlaufen, ohne daß ein ſolches Ergebnis [eine Beruhigung der aufſtändiſchen Provinzen durch Reformen von ſeiten der türkiſchen Regierung] erzielt worden wäre, ſo würden die drei kaiſerlichen Höfe nach gemeinſamer Verſtändigung ihrem diplomatiſchen Vorgehen wirkſamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie ſie im Intereſſe des All-

gemeinen und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erſcheinen.“

Die Bedeutung der Berliner Beſprechungen fand Andraſſy nach der Erklärung, die er am 18. Mai im Budgetausſchuſſe der öſterreichiſch-ungariſchen Reichsratsdelegation abgab, in der „vollſtändigen Einigung der drei Mächte über die Ziele in der Sache und über die nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältniſſe anzuwendenden Mittel,“ ſowie in dem „Vorhaben, ſich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verſtändigen.“

In den Tagen vom 14. bis 18. Juni waren die Kaiſer von Deutſchland und Rußland ins Ems beiſammen. Am 8. Juli trafen ſich die Kaiſer Franz Joſef und Alexander in Reichſtadt, und das Reſultat der Begegnung war der Beſchluß, unter den gegenwärtigen Umſtänden an der Nichtintervention feſtzuhalten, und nur wenn andre Verhältniſſe es erfordern ſollten und ein konkreter Fall vorläge, ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwiſchen allen chriſtlichen Mächten einzuleiten. Schien jetzt jede Gefahr, daß der Krieg die bisherigen Grenzen überſchreiten werde, beſeitigt zu ſein, ſo machten die greuelvolle Unterdrückung des bulgariſchen Aufſtandes durch türkiſche Irreguläre und die Kriegserklärungen Serbiens und der Pforte dieſer Hoffnung ſehr bald ein Ende. Im Herbſt bewölkte ſich der politiſche Horizont im Südoſten Europas immer mehr. Die Serben wurden von den Türken wiederholt gründlich geſchlagen. Eine Konferenz in Konſtantinopel ſollte nach einem zwiſchen Rußland und England vereinbarten und von den übrigen Mächten gutgeheißenen Plane weitere Kämpfe auf dem Kriegsſchauplatze auf der Balkanhalbinſel verhüten, indes zeigte die Pforte ſich in Betreff mehrerer Punkte der von ihr verlangten Zugeſtändniſſe abgeneigt, und der Zuſammentritt der Konferenz verzögerte ſich. Rußland begann jetzt zu rüſten, und am 31. Oktober überreichte der Vertreter des-

ſelben in Konſtantinopel dem türkiſchen Miniſter des Auswärtigen ein Ultimatum, in welchem unter Hinweis auf die vielfachen Bande und die hundertjährigen Traditionen, welche die ruſſiſche Nation an die chriſtliche Bevölkerung der Balkanhalbinſel knüpften, auf die daraus erklärlichen Sympathien und auf die Übereinſtimmung des Kaiſers mit letztern, ſowie auf das „unnütze Blutvergießen“ in Serbien erklärt wurde, daß der Kaiſer die Fortſetzung der türkiſchen Operationen hier nicht länger dulden könne, ſondern Eintritt eines effektiven und bedingungsloſen Waffenſtillſtandes verlangen müſſe, widrigenfalls die ruſſiſche Botſchaft Konſtantinopel verlaſſen werde. Bald darauf, am 2. November, äußerte Alexander in Livadia gegen den britiſchen Botſchafter, Lord Loftus, die Pforte habe durch eine Reihe von Manövern alle Verſuche Europas zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung des allgemeinen Friedens vereitelt, und wenn die übrigen Mächte ſich das gefallen laſſen wollten, ſo könne er es nicht länger mit der Ehre, der Würde und den Intereſſen Rußlands vereinigen. Zu gleicher Zeit verpfändete er ſein Ehrenwort, daß er eine Erwerbung Konſtantinopels nicht beabſichtige, und daß, wenn er ſich genötigt ſehen ſollte, Bulgarien zu beſetzen, dies nur ſo lange dauern werde, bis der Friede hergeſtellt und die Sicherheit der chriſtlichen Bevölkerung gefeſtigt ſei. Ein Beweis dafür ſei der inzwiſchen der engliſchen Regierung gemachte ruſſiſche Vorſchlag, Öſterreich ſolle Bosnien, Rußland Bulgarien beſetzen, und es ſolle vor Konſtantinopel eine Flottendemonſtration ſtattfinden, wobei England die herrſchende Macht ſein würde. Schließlich faßte der Kaiſer ſeine Forderungen in folgende Punkte zuſammen: Waffenſtillſtand, ſofortiger Zuſammentritt einer Konferenz zur Einführung von Reformen in den betreffenden drei Provinzen der Türkei, welche die Intereſſen der dortigen chriſtlichen Bevölkerung ſchützen und ihnen die zu dieſem Zwecke

erforderliche Autonomie gewähren würden, endlich wirksame Garantien seitens der Pforte für Durchführung jener Reformen.

Wie der deutsche Kanzler seine Stellung zur Entwicklung der Dinge angesehen wissen wollte, geht zunächst aus den Äußerungen hervor, die er am 1. Dezember bei einem von ihm dem Vorstande des Reichstags gegebenen Diner gegen seine Tischgenossen that. Er sagte da ungefähr: Die Aufgabe Deutschlands sei hier vor allem Erhaltung des Friedens, und an dieser sei noch nicht zu verzweifeln. Sollte es aber zum Kriege kommen, was allerdings wahrscheinlich sei, so würden Rußland und die Türkei wohl nach einiger Zeit desselben müde werden und Deutschland dann mit mehr Aussicht auf Erfolg als jetzt vermitteln können. Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Die Folge davon werde eine Verstimmung der russischen Nation sein, und das sei schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. England werde schwerlich einen offnen, sondern höchstens einen offiziösen Krieg mit Rußland führen, wie letzteres in Serbien mit den Türken. Über Österreich sprach sich der Fürst sympathisch aus, indem er bemerkte, wenn Österreich genötigt sein sollte, sich am Kriege zu beteiligen, und Gefahren für dessen Bestand sich zeigen sollten, so sei es Deutschlands Beruf, für letztern, sowie überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzutreten. Deutschland werde seine volle Uneigennützigkeit zeigen; es sei die Bleigarnirung, welche die Figur immer wieder zum Stehen bringe. Österreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere als manche Leute meinten. Das habe er auch dem Lord Salisbury bemerkt [mit dem er am 22. und 23. November in Berlin Besprechungen gehabt hatte], und das werde sichtbar werden, wenn der Kaiser Franz Josef sich unter Umständen selbst an seine Völker wenden sollte.

In der Reichstagssitzung vom 5. Dezember ergriff Fürst Bismarck die Gelegenheit, die ihm eine Interpellation Eugen Richters bot, um sich ausführlicher über seine damalige Auffassung der Sachlage und Deutschlands Interesse und Pflicht derselben gegenüber auszusprechen. Der fortschrittliche Abgeordnete hatte gefragt, was der Reichskanzler in Betreff des soeben erlassenen Ukas zu thun gedenke, nach welchem von Neujahr an die russischen Eingangszölle in Gold entrichtet werden sollten, und dabei die Meinung geäußert, Rußland verlange jetzt von Deutschland Gefälligkeiten, die dieses sich durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des Zollwesens bezahlen lassen könne. Der Kanzler erwiederte zunächst: „Ich muß bedauern, daß eine in dem Maße mit uns befreundete Regierung eine derartige Wirtschaftspolitik betreibt, ich wünschte, ich könnte sie überzeugen. So lange sie sich aber nicht durch die Russen selbst überzeugen läßt, so lange wird ein fremder Minister, der immer als Interessent verdächtig ist, darüber eine geringere Autorität haben als der unbeteiligte Russe und andre, die dieses Ziel schon seit langer Zeit ohne Erfolg erstreben.“ Er bemerkte dann, der Vorredner habe „sich wegen eines gewissen Dilettantismus den Zusammenhang der Abstufungen zwischen Freundschaft, Kälte, Verstimmung, Zwistigkeit in Gegenwart und Zukunft doch nicht recht klar gemacht,“ worauf er fortfuhr: „Wenn man zur unrechten Zeit einer Macht, die sich in gespannter Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, daß der Stock für den Augenblick wirkt, aber der Kutscher des Wagens merkt sich dann den, welcher den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist immerhin möglich, daß das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich erscheint, der erste Anfang und der Keim wird zu einer Verstimmung, die allmählich immer weiter greift. . . . Der Herr Vorredner befindet sich

wie ſo mancher andre in dem Irrtume, daß er glaubt, Rußland verlange von uns im Augenblicke große Gefälligkeiten und Dienſte. Das iſt durchaus nicht der Fall. Er hat angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge nnd ſein Ländergebiet erweitern wollte. . . . Bis jetzt liegt nichts weiter vor als die feierliche Verſicherung des Kaiſers Alexander, . . . daß er ſeinerſeits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. . . . Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unſrerſeits einen Preis fordern könnten, gar nichts als auf einer friedlichen Konferenz unſre Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unſrige iſt, nämlich zu einer beſſeren Stellung der Chriſten in der europäiſchen Türkei und der Herbeiführung von Zuſtänden, bei denen ſolche Vorgänge wie die Metzeleien der Tſcherkeſſen in Bulgarien nicht mehr zu den Wahrſcheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherſtellung der chriſtlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die ſich mit den heutigen Rechtszuſtänden in Europa nicht verträgt, und über deren Abſtellung ganz Europa einig geweſen iſt; es hat nur nicht die rechte Form finden können, dieſe Einigkeit wirkſam zu machen. . . . Nach den Erklärungen der ruſſiſchen Regierung iſt die Wahrſcheinlichkeit ſehr nahe gelegt, daß Rußland [bei reſultatloſem Verlaufe der Konferenz] auf eigne Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was ſie friedlich nicht bewilligen will. Auch für dieſen Fall verlangt Rußland keinen Dienſt von uns, ſondern nur unſre Neutralität, was vollſtändig in unſerm Intereſſe liegt. . . . Wir können doch unmöglich in dem Augenblicke, wo Rußland für unſre gemeinſchaftlichen Zwecke ſeine Kräfte in Bewegung ſetzt, unſre Truppen an die Grenze ſchicken und ihm dies verbieten. . . . Einige Parteien bei uns ſind Rußland abgeneigt, aus Gewohnheit, aus Erbſchaft, aus Erinnerung [die Fortſchrittspartei], andre, weil die ruſſiſche Re-

gierung ihren Intereſſen auf konfeſſionellem Gebiete nicht nachgiebt [die Klerikalen]. Aber bemühen ſich die Herren, wie ſie wollen, ich gebe Ihnen die Verſicherung, ſo lange wir auf dieſem Flecke ſtehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unſre guten, innigen und ſoliden Beziehungen zu Rußland zu ſtören.... Die Herren, die eine Trübung unſrer Beziehungen zu Rußland zum Bedürfnis haben, ſind vom Ziele weit entfernt; denn das Bündnis, welches die drei Kaiſer auf längere Zeit vereinigt, beſteht in voller Wirkung, und ich kann verſichern, daß das Verhältnis zwiſchen Rußland und Öſterreich von jeder Trübung weit entfernt iſt.... Man würde aber fehlgehen, wenn man daraus ſchließen wollte, daß das Dreikaiſerbündnis in ſich eine Spitze gegen die dritte der hauptſächlich in der orientaliſchen Frage beteiligten Mächte, gegen England, zu bilden beſtimmt ſei. Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen.... Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutſchlands nicht raten, ſo lange in dem ganzen Streite für uns kein Intereſſe in Frage ſteht, welches die geſunden Knochen auch nur eines einzigen pommerſchen Musketiers wert wäre.... Wir ſind hier allerdings die Mindeſtbeteiligten; vielleicht iſt Frankreich ebenſowenig beteiligt; von den übrigen Mächten ... kann man das abſolut nicht ſagen, inſoweit für ſie die Dinge doch eine ſolche Geſtalt annehmen können, welche die türkiſchen Intereſſen zu einheimiſchen, zu engliſchen und ruſſiſchen Intereſſen macht.... Wenn die jetzige orientaliſche Frage, ſo weit ſie ſich überſehen läßt und nicht überhaupt auf Konjekturen und Phantaſien beruht, für uns meinem Urteile nach keine Kriegsfrage enthält, ſo enthält ſie doch ſehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorſichtigen Politik, die ſich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt.... Mein Beſtreben und meine

mir von Sr. Majeſtät dem Kaiſer geſtellte Aufgabe iſt: in dem diplomatiſchen Verkehre dahin zu wirken, daß, wo möglich, die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächſtbeteiligten Mächten ſtehen, ungetrübt oder doch möglichſt wenig getrübt aus dieſer Kriſis hervorgehen. . . . Dieſe Aufgabe könnte uns nur dadurch verdorben und geſtört werden, wenn irgend einer unſrer Freunde von uns verlangte, unſre ſtärkere Freundſchaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unſer Freund bleiben will, feindlich behandeln. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns ſolche Zumutungen machen will. . . . Man weiß die Nützlichkeit unſrer Stellung zu ſchätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbeteiligt zu vermitteln." Der Kanzler ſchloß mit der Erklärung: „Jedenfalls wird unſer Beſtreben dahin gerichtet ſein, in erſter Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundſchaft mit unſern bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie werden wir, ſoweit es durch freundſchaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich iſt, unter abſolutem Ausſchluß aber jeder drohenden Haltung von unſrer Seite, uns beſtreben, den Frieden unter den europäiſchen Mächten nach Möglichkeit zu erhalten, alſo den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen ſollte, nach Möglichkeit zu lokaliſiren. Gelingt das nicht, ſo entſteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlaſſen kann, und über die Sie von mir heute keine Auskunft verlangen werden."

Dieſe neue Lage ſollte bald eintreten. Inzwiſchen aber wurden von verſchiedenen Seiten Verſuche gemacht, den Kanzler von ſeiner vorſichtigen Politik abzubringen. Im Januar 1877 beſchwor die Times den deutſchen Reichskanzler, zu befehlen, daß Ruhe gehalten werde. Etwas ſpäter richtete ſie eine gleiche bewegliche Anſprache an den Kaiſer Wilhelm. Als der Fürſt

Bismarck im April um Enthebung von ſeinem Poſten gebeten hatte, brachte der Czas, das Organ der ariſtokratiſch-ultramontanen Partei unter den Polen, der durch ſeine Patrone, die Radziwills, die Czartoryskis u. a., mitunter recht gute Nachrichten über die Stimmung, die Abſichten und die Vorgänge in Hofkreiſen und ſonſt in den obern Sphären der Geſellſchaft empfängt, eine Mitteilung, nach welcher die Königin Victoria vor einiger Zeit direkt an Bismarck geſchrieben haben ſollte, um ihm Einſpruch gegen einen Angriff Rußlands auf die Pforte zu empfehlen. Die Antwort habe ausweichend gelautet. Darauf ſei ein zweiter Brief Ihrer britiſchen Majeſtät an den Reichskanzler ergangen, in welchem ſie ihm jenes Einſchreiten dringender ans Herz gelegt habe. Die Antwort drückte ſich diesmal etwas beſtimmter aus, berichtete das polniſche Blatt, ſie war aber noch nicht nach dem Geſchmacke der Königin, und ſo wendete ſie ſich jetzt mit einem Schreiben an den Kaiſer, um ihn und Deutſchland für den ausbrechenden Krieg verantwortlich zu machen. Wir haben Urſache, dieſen Bericht für glaubwürdig zu halten, und dürfen hinzufügen, daß jenes Anſinnen, nach welchem wir den ruſſiſchen Nachbar, ohne durch unſre Verhältniſſe und Bedürfniſſe veranlaßt zu ſein, lediglich aus Gefälligkeit gegen England, damit dieſes ſich nicht zu ſehr für ſeine kommerziellen und politiſchen Intereſſen am Bosporus zu erhitzen brauchte, zu nötigen verpflichtet geweſen wären, ſich ruhig zu verhalten — daß alſo jenes mindeſtens ſehr eigentümliche Verlangen, auch noch auf einem andern für Kenner der Perſönlichkeiten des Berliner Hofes unſchwer zu erratenden Wege an den König gelangt iſt, der, durchaus friedfertig geſinnt und von dem aufrichtigen Wunſche beſeelt, ſich ſelbſt und dem deutſchen Volke neue Kriege erſpart zu ſehen, in dieſer Stimmung geneigt ſein konnte, Wünſchen und Ratſchlägen Gehör zu geben, die nach der Mei-

nung derjenigen, die ſie ihm vortrugen, dem Frieden dienten. Derartige Ratſchläge können aber, wenn ſie nicht von einer hohen Intelligenz und einem weiten Blicke, der alle in Betracht zu ziehenden Umſtände und Möglichkeiten klar überſchaut, eingegeben ſind, gerade zum Gegenteile deſſen, was damit bezweckt wird, alſo gerade zum Kriege führen. Geſetzt, der Kaiſer und ſein Kanzler hätten ſich von London aus beſtimmen laſſen, Deutſchland hätte ſich in Poſitur geſetzt und nach Oſten hin Ruhe geboten, Rußland aber hätte ſich an das Machtwort nicht gekehrt und marſchiren laſſen, was würde geſchehen ſein? Entweder hätte man zur Erzwingung des Friedens einen gefährlichen Krieg auf ſich nehmen müſſen, bei dem man im günſtigſten Falle Blut und Geld für England geopfert haben würde, oder das deutſche Machtwort hätte, ohne Nachdruck mit Thaten bleibend, nur die Ohnmacht Deutſchlands den Ruſſen gegenüber dargethan, wir wären einer ſchweren Demütigung verfallen, und zwar obendrein im Dienſte der Intereſſen einer Macht, die den Deutſchen kaum jemals im Ernſte wohlgewollt hat, und die ihnen ihre gegenwärtige Bedeutung in Europa ſicher nur inſofern gönnt, als ſie ſich vielleicht einmal zur Förderung von Zwecken ihrer Kaufmannspolitik gewinnen und verwenden laſſen könnte.

Auf Vorkonferenzen, an denen die Türkei nicht teilnahm, folgten in Konſtantinopel Konferenzen, bei denen die letztere vertreten war, und die vom 23. Dezember 1876 bis zum 20. Januar 1877 dauerten. Dieſelben blieben ergebnislos, weil die Pforte die gemeinſamen Forderungen der übrigen Konferenzmächte nicht annehmen zu dürfen meinte. Darauf erließ das Petersburger Kabinet ein Rundſchreiben, in welchem es erklärte: „Die Weigerung der türkiſchen Regierung berührt Europa in ſeiner Würde und ſeiner Ruhe. Es kommt uns darauf an, zu wiſſen, was die Kabinette, mit welchen wir uns

bisher im Einvernehmen befanden, zu thun gedenken, um auf dieſe Weigerung Antwort zu geben und die Ausführung ihres Willens zu ſichern.“ Die Reiſe des Generals Ignatiew, bisherigen ruſſiſchen Botſchafters bei der Pforte, nach Berlin, Paris und zuletzt auch nach London gab Gelegenheit zu weiteren, jetzt vertraulichen Verhandlungen, bei denen ſich die deutſche Regierung wie bisher die Erhaltung eines guten Einvernehmens unter den Mächten, namentlich zwiſchen Rußland und England, in jeder Weiſe angelegen ſein ließ, und die damit endigten, daß das in Konſtantinopel zwiſchen den chriſtlichen Mächten erzielte grundſätzliche Einverſtändnis über die an den Sultan zu richtenden Anforderungen in London nunmehr noch in einem ausdrücklich vereinbarten Schlußprotokoll niedergelegt und der Pforte in Geſtalt eines Geſamtverlangens aller europäiſchen Großmächte kundgegeben wurde. Das Protokoll wurde von der türkiſchen Regierung in ſchroffer Weiſe abgelehnt, und jetzt erklärte der Kaiſer von Rußland dem Sultan den Krieg. Am 24. April überſchritten ſeine Truppen die türkiſche Grenze, und es begann ein Feldzug, der anfänglich den Ruſſen faſt nur Niederlagen und ſchwere Verluſte brachte, ſpäter aber zu einer beinahe vollſtändigen Vernichtung der türkiſchen Heeresmacht wurde und die ruſſiſchen Truppen anfangs Februar 1878 bis hart unter die Mauern Konſtantinopels führte. Es kam zu einem Waffenſtillſtande, nachdem Rußland der Pforte die ſehr ungünſtigen Präliminarien von San Stefano aufgezwungen hatte. Andrerſeits ließ England ſeine Flotte nicht fern von da erſcheinen, und es ſchien, als ob es zu einem Zuſammenſtoße der beiden Mächte kommen würde. Öſterreich lud die Mächte zu einer Konferenz in Wien ein, welche den Zweck haben ſollte, „die Übereinſtimmung Europas über die Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwiſchen Rußland und der Türkei

in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1871 notwendig werden könnten."

In dieser Zeit, am 19. Februar, gab der Reichskanzler auf eine von Bennigsen motivirte Interpellation der vereinigten konservativen und liberalen Parteien des Reichstages, welche befürchtete, Rußland werde auf Grund des Präliminarfriedens einen für Österreich gefährlichen Einfluß auf die Balkanländer ausüben, der auch für Deutschland bedenkliche Folgen haben würde, seine Ansicht von der Sachlage in längerer Auseinandersetzung kund, die sich in folgenden Hauptsätzen ausdrückte: Die Bestimmungen der Präliminarien, welche die Konstituirung Bulgariens, dessen Teilung in zwei Provinzen und dessen Begrenzung, ferner die Unabhängigkeit von Montenegro, endlich die von Serbien und Rumänien betreffen, „berühren das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unsern Grenznachbarn, zu unsern Freunden aufs Spiel setzen könnten. . . . Die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren können, halte ich zwar nicht für unwichtig, aber doch nicht für so, daß man deshalb Europa sollte in Brand stecken können. . . . Ob der Besitz der Dardanellen in eine andre Hand übergehen soll, ist ein ganz andres Ding, aber eine Eventualität und Konjunktur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt. . . . Das hervorragendste deutsche Interesse im Orient besteht darin, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher freibleiben, und das ist wohl sicher, ja garnicht in Frage gestellt. . . . Eine bessere Regierung der christlichen Nationen in der Türkei wird durch die zuerst genannten Punkte gewahrt werden, und das ist das zweite, minder direkte, aber doch menschlich indizirte Interesse, welches Deutschland an der Sache hat."

In Betreff der Möglichkeit eines europäiſchen Krieges bemerkte der Kanzler: „Die ruſſiſche Politik ſagt mit Recht: wir haben keine Neigung, uns alle zehn oder zwanzig Jahre der Notwendigkeit einer türkiſchen Kampagne auszuſetzen, ... aber ſie kann auch nicht wünſchen, dieſer Gefahr die einer ſich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wiederholenden Verwicklung mit Öſterreich und England zu ſubſtituiren. Es liegt auch im Intereſſe Rußlands, zu einer Abmachung zu kommen und die Sache nicht auf ſpätere, vielleicht unbequemere Zeiten zu verſchieben. Daß Rußland geneigt ſein könnte, die Anerkennung der Änderungen, die es für notwendig hält, von den übrigen europäiſchen Mächten durch Krieg zu erzwingen, halte ich für ganz unwahrſcheinlich. ... Es tritt dann die andre Frage ein, ob diejenigen, die unzufrieden ſind mit den ruſſiſchen Abmachungen, bereit ſind, Krieg zu führen, um Rußland zu nötigen, ſeine Bedingungen abzuſchwächen und einen Teil davon aufzugeben, auf die Gefahr hin, in Rußland bei der Heimkehr der Truppen das Gefühl zu hinterlaſſen, ... daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und noch einmal verſucht werden müßte. ... Wenn es durch Krieg gelänge, Rußland zu zwingen, mehr aufzugeben als erträglich, ſo fiele den Siegern die Aufgabe und die Verantwortung zu, darüber zu beſtimmen, was aus dieſen Ländern der europäiſchen Türkei nunmehr werden ſollte.“ Die Wiedereinſetzung der türkiſchen Herrſchaft hält der Kanzler nicht für wahrſcheinlich, es müſſe alſo, meint er, etwas andres an deren Stelle treten, und da glaubt er z. B. nicht, „daß die nächſte benachbarte Macht, Öſterreich-Ungarn, im Hinblick auf ihre eignen ſlaviſchen Unterthanen ſehr lebhaft wünſchen könne, die ganze Erbſchaft der heutigen ruſſiſchen Eroberungen und für die Zukunft dieſer ſlaviſchen Länder die Verantwortung zu übernehmen, ſagen wir durch Einverleibung in den unga-

riſchen Staat oder durch Vaſalleneinrichtung. . . . Um dieſen Eventualitäten zu begegnen, iſt der Gedanke der Konferenz zuerſt von der öſterreichiſch-ungariſchen Regierung vorgeſchlagen worden, und wir ſind, glaube ich, von Hauſe aus beinahe die erſten geweſen, die bereitwillig darauf eingegangen ſind. . . . Die Wahl des Ortes iſt für uns ziemlich gleichgiltig; ich habe in Bezug auf deutſche Orte weiter keine Meinung geäußert als die, daß auf deutſchem Boden auch deutſches Präſidium ſtattzufinden haben werde."

Hinſichtlich der Stellung, welche Deutſchland auf der Konferenz einzunehmen haben werde, gab der Reichskanzler folgende für die ganze Art und Weiſe, wie er Politik treibt, höchſt bezeichnende Andeutungen. „Wenn von vielen Seiten an uns die Zumutung gekommen iſt, . . . wir ſollen von Hauſe aus unſre Politik feſtlegen und ſie andern aufdrängen in irgend einer Form, ſo muß ich ſagen, daß ich das mehr für Preßpolitik als Staatenpolitik halte. . . . Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein feſtes Programm ausſprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es von amtlicher Seite öffentlich . . . verkündigten, gebunden ſein würden, ſo würden wir bei allen denen, die es für ſich günſtig fänden, eine gewiſſe Prämie auf ihre Unverträglichkeit ſetzen. Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittlung in der Konferenz, auf die ich den allergrößten Wert lege, faſt unmöglich machen, weil jeder, mit dem Menü der deutſchen Politik in der Hand, uns ſagen könnte: ſo weit kann die deutſche Politik gehen, das kann ſie thun, das kann ſie nicht thun. . . . Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht ſo, daß wir bei divergirenden Anſichten den Schiedsrichter ſpielen und ſagen: ſo ſoll es ſein, und dahinter ſteht die Macht des deutſchen Reiches, ſondern ich denke ſie mir beſcheidener, . . . mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das

Geſchäft wirklich zu ſtande bringen will. Wir ſind in der Lage, einer Macht, die geheime Wünſche hat, die Verlegenheit zu erſparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner ſagen, ſich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet ſind, können wir zuvor ſondiren und dem andern ſagen: thue das nicht, verſuche es ſo und ſo anzubringen. . . . Ich habe eine langjährige Erfahrung in dieſen Dingen, und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien iſt, fällt der Faden öfter, und aus falſcher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man ihn wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt ſich in Schweigen und iſt verſtimmt. Iſt aber ein dritter da, ſo kann dieſer ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja, wenn ſie getrennt ſind, bringt er ſie wieder zuſammen. Das iſt die Rolle, die ich mir denke, und die den freundſchaftlichen Verhältniſſen entſpricht, in denen wir in erſter Linie mit unſern befreundeten Grenznachbarn überhaupt leben, und dann vermöge der ſeit einem Luſtrum beſtehenden Einigkeit der drei Kaiſerhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältnis entſpricht, in dem wir mit einem andern Hauptintereſſenten, mit England, uns befinden. Wir ſind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Intereſſen zwiſchen uns zu haben, es ſeien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verſtimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernſthaft zwei arbeitſame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich ſchmeichle mir deshalb, daß wir auch zwiſchen England und Rußland unter Umſtänden ebenſo gut Vertrauensperſon ſein können, als ich ſicher bin, daß wir es zwiſchen Öſterreich und Rußland ſind, wenn ſie ſich nicht von ſelbſt einigen können. . . . Wir haben ſtets vermieden, wenn Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen Öſterreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen eins

zu bilden, indem wir bestimmt für einen Partei nahmen, auch wenn unsre Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite uns mehr als nach der andern hingezogen hätten. Wir haben uns dessen enthalten, weil wir besorgten, daß das Band doch nicht stark genug sein möchte, und gewiß kann es nicht so stark sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für eine andre die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen. Das ist ein Opfer, welches keine Großmacht pour les beaux yeux der andern bringt. Sie bringt es, wenn statt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältnisse eintritt. Da kann sie unter Umständen sagen: diese Konzession zu machen, ist mir sehr unangenehm, aber es ist mir noch unangenehmer, mit einer so großen Macht wie Deutschland etwa darüber in Zwist zu geraten; indessen werde ich mir dieses merken und in Rechnung stellen."

Der Kanzler wendete sich nun gegen die übertriebenen Ansprüche, die man in der Presse an Deutschlands Vermittlung gestellt hatte, und erklärte, so lange er die Ehre habe, Ratgeber des Kaisers zu sein, könne davon nicht die Rede sein. Dann fuhr er fort: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen haben, um, wenn nicht der Schiedsrichter, so doch der Schulmeister in Europa sein zu wollen. ... Wir sollen Stellung zwischen England und Österreich nehmen, um Rußland um das Verdienst zu bringen, die Konzessionen, welche es etwa dem europäischen Frieden machen kann, freiwillig zu machen. Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eignen Interesse, nach dem Interesse von achtzig Millionen Russen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringen würde, aber ... nehmen Sie an, wir folgten diesen Ratschlägen und erklärten Rußland in höflicher und freundschaftlicher Weise, wir sind zwar seit

hundert Jahren Freunde geweſen, Rußland hat uns Farbe und Freundſchaft gehalten, während wir in ſchwierigen Verhältniſſen waren; aber jetzt liegt die Sache doch ſo: im europäiſchen Intereſſe als Policemen von Europa, als eine Art von Friedensrichter dürfen wir dieſen europäiſchen Anforderungen nicht länger widerſtehen. Es giebt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutſchland nicht lieben, und die glücklicherweiſe nicht am Ruder ſind, die aber auch nicht unglücklich ſein würden, wenn ſie ans Ruder kämen. [Die Panſlaviſten.] Wie würden die nun zu ihren Landsleuten ſprechen, vielleicht auch andre Leute, vielleicht auch noch andre Staatsmänner [Gortſchakoff], die jetzt noch nicht unſre ausgeſprochenen Feinde ſind. Sie würden ſagen: mit welchem Opfer an Blut, Menſchen, Schätzen haben wir die Stellung erreicht, die ſeit Jahrhunderten das Ideal des ruſſiſchen Ehrgeizes war! Wir hätten ſie gegen diejenigen Gegner, die ein wirkliches Intereſſe hätten, ſie uns zu beſtreiten, behaupten können. Es iſt nicht Öſterreich, mit dem wir lange Zeit in mäßig intimen Verhältniſſen gelebt haben, es iſt nicht England, welches ganz offen anerkannte Gegenintereſſen hat, nein, unſer intimer Freund, von dem wir glaubten, wegen früher Gegendienſte erwarten zu dürfen, Deutſchland, welches keine Intereſſen im Orient hat, hat hinter unſerm Rücken nicht den Degen, ſondern den Dolch gezückt. . . . Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine ſichere, ſeit Menſchenaltern erprobte Freundſchaft einer großen mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu ſpielen, aufzuopfern. . . . Dieſe Freundſchaft deshalb aufs Spiel zu ſetzen mit dem einen Freunde, um einem andern in Fragen, an welchen wir Deutſchen ein direktes Intereſſe nicht haben, gefällig zu ſein, mit unſerm eignen Frieden den Frieden andrer zu erkaufen, . . . das kann ich wohl, wo ich nichts als meine

Perſon in die Schanze zu ſchlagen habe, ich kann es aber nicht, wenn ich die Politik eines großen, mitten in Europa gelegenen Reiches von vierzig Millionen Sr. Majeſtät dem Kaiſer gegenüber zu beraten habe, und deshalb erlaube ich mir, hier auf der Tribüne allen dieſen Stimmen und Zumutungen in offner Abſage zu erklären, daß ich mich darauf unter keinen Umſtänden einlaſſen würde. . . . Nur für den Schutz unſrer Unabhängigkeit nach außen, unſrer Einigkeit unter uns und für diejenigen Intereſſen, die ſo klar ſind, daß, wenn wir für ſie eintreten, nicht bloß das einſtimmige notwendige Votum des Bundesrates, ſondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeiſterung der Nation uns trägt — nur einen ſolchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiſer anzuraten."

Im Laufe der Debatte hatte der Abgeordnete Windthorſt eine Rede mit allerlei verdeckten Angriffen und Anſchuldigungen gegen die Politik des Reichskanzlers gehalten, in der er zum Schluſſe den Wunſch auszuſprechen für nötig erachtet hatte: „Möge es ſeiner [Bismarcks] Gewandtheit gelingen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, aber auch dafür zu ſorgen, daß das germaniſche Intereſſe in dieſer ganzen Verhandlung nicht zu kurz komme. Dieſes germaniſche Intereſſe aber drückt ſich aus in dem Intereſſe Öſterreichs". Er empfing darauf die Antwort: „Ich kann dem Herrn verſichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Intereſſen Öſterreichs zu vertreten. Unſre Beziehungen zu Öſterreich ſind die der Gegenſeitigkeit, der vollen Offenheit und des beiderſeitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit iſt, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andre Parteien in Öſterreich noch mächtiger waren als ſie dies heute ſind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich ſtehe perſönlich mit dem Grafen Andraſſy zu meiner Freude

und meiner Ehre in demjenigen freundſchaftlichen Verhältniſſe, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Intereſſe Öſterreichs offen zu ſtellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er nur die Wahrheit über Öſterreichs Abſichten ſagt. . . . In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich öſterreichiſche Kollegen am Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich geſagt: es iſt mir gleichgiltig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornſtein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie ſagen. Der Graf Andraſſy glaubt mir, und ich glaube ihm, und wir brauchen zu dieſem Verhältniſſe die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigſten, er würde es nur verderben können."

Am 7. März 1878 änderte Öſterreich ſeinen Konferenzvorſchlag in eine Aufforderung an die Großmächte zu einem Kongreſſe der leitenden Miniſter derſelben um, der in Berlin ſtattfinden ſollte. England erklärte, dagegen kein Bedenken zu haben, nur ſei wünſchenswert, daß alle in dem Friedensvertrage zwiſchen Rußland und der Türkei behandelten Fragen von den Mächten erörtert würden, und daß keine Abänderung früherer Verträge als giltig anerkannt würde, bevor ſie die Zuſtimmung jener gefunden hätte. Gortſchakoff erwiederte darauf, er werde eine Diskuſſion in Betreff derjenigen Artikel annehmen, welche europäiſche Intereſſen berührten, und lehnte es etwas ſpäter England gegenüber ab, allein unter den Mächten eine bindende Verpflichtung bezüglich der auf dem Kongreſſe zu verhandelnden Punkte einzugehen. Der deutſche Kanzler riet zu einer Vorkonferenz zu gemeinſchaftlicher Feſtſtellung des Programms für den Kongreß, fand aber bei den Engländern keine Neigung dazu, und ebenſowenig ging man in London auf den weitern

Vorschlag des Berliner Kabinets ein, der Einladung zum Kongresse eine Fassung zu geben, nach welcher derselbe zu einer Revision der Verträge von 1856 und 1871 unter Berücksichtigung der neuen Lage der Dinge in der Türkei zusammentreten solle; man verblieb dort vielmehr bei dem Verlangen nach Prüfung des ganzen Vertrags von San Stefano durch die beabsichtigte Diplomatenversammlung. Gortschakoff modifizirte jetzt seine frühere Erklärung dahin, daß es den andern Mächten freistehen sollte, auf dem Kongresse Fragen anzuregen, deren Erörterung ihnen angemessen erscheine, daß Rußland sich aber die Freiheit wahre, die Diskussion solcher Fragen anzunehmen oder nicht. Anfangs April forderte die englische Regierung vom Parlament einen Kredit zur Einberufung der Reserven, und die Möglichkeit eines Krieges zwischen Großbritannien und Rußland schien näherzurücken. Bismarck bemühte sich mit Eifer beim russischen Kabinet um Vermeidung desselben, wobei ihm der russische Gesandte in London, Graf Schuwaloff, der gleichfalls friedfertig gesinnt war, und der ihn auf seiner Reise nach Petersburg besuchte, zur Seite stand. Das Resultat dieser Vorstellungen war günstig: am 30. Mai wurde zwischen Schuwaloff und dem neuen englischen Minister Lord Salisbury eine Übereinkunft abgeschlossen, in welcher die Punkte des Vertrags von San Stefano, über welche Rußland und England sich verständigt hatten, sowie die, über welche der gesamte Kongreß entscheiden sollte, angegeben waren, und nun endlich konnte der deutsche Kanzler die Einladung zum Kongreß erlassen. Derselbe wurde am 13. Juni eröffnet und tagte unter dem Vorsitze des Fürsten Bismarck bis zum 13. Juli. Die Beratungen nahmen anfangs einen langsamen Verlauf, und es gab allerlei Schwierigkeiten zu überwinden, die ohne die geschickte Vermittlung des Vorsitzenden vermutlich ein Auseinandergehen der Ver-

sammlung ohne Erfolg herbeigeführt haben würden. Hauptgegenstand der Verhandlungen war zunächst die bulgarische Frage, dann die Abtretung Batums an Rußland, gegen die englischerseits zwar nichts eingewendet, in Betreff deren aber Schleifung der Festungswerke der Stadt und Erklärung derselben zu einem Freihafen verlangt wurde. Als die Beratungen darüber ins Stocken zu geraten drohten, ließ der Kanzler den Korrespondenten der Times zu sich kommen und hatte mit ihm eine Unterredung, die dieser in seinem Blatte veröffentlichte. Fürst Bismarck sagte bei dieser Gelegenheit ungefähr, er wünsche den Frieden und habe nach Möglichkeit zu dessen Erhaltung beigetragen. England habe in der Einschränkung der Grenzen Bulgariens einen großen Erfolg errungen, nun aber möge man von Rußland nicht neue Zugeständnisse fordern, da dessen Friedensliebe ihre Grenze habe. Käme es noch zum Kriege, so würde Deutschland demselben fern bleiben können. Von besondrer Wichtigkeit war endlich die Frage wegen der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und wegen Übernahme der Verwaltung dieser Provinzen von seiten jener Macht. Die türkischen Bevollmächtigten verweigerten anfangs ihre Zustimmung hierzu, als der Vorsitzende aber seine Verwunderung darüber äußerte und die Türken aufforderte, sich bei ihrer Regierung neue Instruktionen zu erbitten, kamen von Konstantinopel Weisungen, nach welchen die Pforte sich in das Unvermeidliche fügte.

Es war nicht die Aufgabe des Kongresses gewesen, die Mittel zu vollständiger Lösung der orientalischen Frage zu finden, er hatte vielmehr nur die Bestimmung gehabt, den vorläufig zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Frieden von San Stefano mit den Bedürfnissen und Ansprüchen der europäischen Mächte und mit den Verträgen von 1856 und 1871

in Einklang zu bringen, und dies wurde erreicht. Der Vertrag von San Stefano hätte in Bulgarien einen großen ſlaviſchen Staat geſchaffen, welcher unter ruſſiſchem Einfluſſe geſtanden, in Thracien und Macedonien eine griechiſche Bevölkerung verſchlungen und am Schwarzen wie am Ägeiſchen Meere Häfen beſeſſen haben würde. Der Berliner Vertrag änderte das ſehr weſentlich. Nahezu zwei Drittel des in San Stefano für Bulgarien beanſpruchten Gebietes wurden in Berlin unter die direkte politiſche und militäriſche Herrſchaft des Sultans zurückgeführt. Bulgarien war auf das Donauthal beſchränkt und hatte nicht nur keinen Hafen am Archipelagus mehr, ſondern reichte jetzt nur noch bis zu einem Punkte, der fünfundzwanzig Meilen von dieſem Gewäſſer entfernt war. Am Schwarzen Meere war der wichtige Hafen Burgas dem ottomaniſchen Reiche zurückgegeben worden, und Bulgarien behielt hier nur die Rhede von Varna; man hatte nicht mehr zu fürchten, daß es den Ruſſen in den Gewäſſern, welche der Bosporus und die Dardanellen verbinden, ſtarken Einfluß auf die politiſchen und kommerziellen Verhältniſſe verſchaffen werde. Dadurch daß Burgas und die Küſte ſüdlich von da unter türkiſche Herrſchaft geſtellt und Batum zum Freihafen erklärt worden, war die Bedrohung der Freiheit des Schwarzen Meeres, die der urſprüngliche Vertrag in ſich ſchloß, in hohem Grade abgeſchwächt. Kam dies vorzüglich den Engländern zu Gute, ſo hatte Öſterreich-Ungarn durch das ihm vom Kongreß erteilte Mandat zur Beſetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina eine bedeutſame Stellung gewonnen, von der aus es den Weſten der Balkanhalbinſel militäriſch beherrſchte, und in welcher es die Verbindung der Slaven an der Adria mit denen an der Donau und Drina unterbrach. Hatte Rußland mit alledem weſentliche Stücke ſeiner Beute aufgeben müſſen, ſo behielt es davon immer noch genug, um mit

dem Resultate des Krieges zufrieden sein zu können, und dem deutschen Vermittler dieses Ausganges des Streites dankbar zu sein. Rußland hatte den Kongreß erstrebt und durch Vermittlung des deutschen Kanzlers herbeigeführt. Der letztere hatte die russischen Anträge während der Verhandlungen niemals bekämpft, sie vielmehr in allen Fällen nach Möglichkeit unterstützt. Einigemal befand sich die Vertretung Deutschlands auf dem Kongresse mit derjenigen Rußlands in der Minderheit, bei den meisten Fragen aber, wo Meinungsverschiedenheit in Betreff russischer Wünsche eintrat, gelang es dem deutschen Einflusse, diesen Wünschen Befriedigung zu verschaffen. Mitunter und zwar gerade bei den wichtigsten Differenzen über Abtretungen von Gebiet an Rußland hatte der Kanzler hierbei erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, und dieselben wurden dann nur durch die unumwundene Erklärung beseitigt, daß Deutschland auf seine Beteiligung am Kongresse verzichten werde, wenn man die russischen Forderungen ablehne. Diese Unterstützung Rußlands durch Deutschland würde, wie wir bestimmt wissen, noch weiter gegangen sein, wenn ersteres noch andre Ansprüche geltend zu machen versucht hätte. Wenn das letztere nicht geschah, so unterblieb es nicht wegen Mangel an Bereitwilligkeit auf deutscher Seite, sondern deshalb, weil man russischerseits keinen Krieg mit England wollte, was wiederum darin seinen Grund hatte, daß Rußland versäumt hatte, sich im rechten Augenblicke in den Besitz Konstantinopels und der Meerengen zu setzen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden wie den von San Stefano zu schließen. Im Besitze der Dardanellen und des Bosporus hätte Rußland einem Seekriege mit Ruhe entgegensehen können.

Den berechtigten Interessen Rußlands war also Rechnung getragen. Der Fürst Bismarck war den von ihm im deutschen

Reichstage abgegebenen Erklärungen in allen Stücken gerecht geworden, er hatte Rußland jeden Dienſt geleiſtet, der ſich mit der Sicherheit Öſterreich-Ungarns vertrug, er hatte dem durch den Krieg mit den Türken erſchöpften alten Verbündeten im Oſten einen Weg zwiſchen Demütigung und einem ſchwereren Kampfe mit Öſterreich-Ungarn und England geöffnet. Daß er nicht mehr thun, nicht alle Anſprüche der ruſſiſchen Politik vertreten und unterſtützen konnte, weil er ſich und Deutſchland dann mit dem übrigen Europa verfeindet hätte, lag auf der Hand. Aber in Moskau und Petersburg ſah man das nicht ein. Der deutſche Kanzler hatte die Verkleinerung und Teilung Bulgariens billig gefunden und die von England vorgeſchlagene Beſetzung Bosniens und der Herzegowina durch Öſterreich gutgeheißen, und das erſchien der ruſſiſchen Begehrlichkeit wie Verrat an der bisherigen Freundſchaft und ſchwere Undankbarkeit gegenüber dem 1866 und 1870 von Rußland beobachteten Verhalten.

Schon wenige Monate nach dem Berliner Kongreſſe gab ſich dieſer Groll in der ruſſiſchen Preſſe kund, und ſchon im Auguſt 1878 erklärte der Weßtnik Jewropa, die gebildetſte und maßvollſte aller Monatsſchriften Rußlands,*) in einer Beſprechung des Berliner Traktats: „Das Dreikaiſerbündnis beſteht nicht mehr, und das entſpricht vollſtändig unſrer Meinung, daß Rußland im Bunde mit Deutſchland und Öſterreich eine ihm wünſchenswerte Löſung der orientaliſchen Frage überhaupt nicht erreichen kann. Rußland hat durch den Berliner Vertrag weniger erlangt, als ohne denſelben zu erlangen geweſen wäre. Der eine von den Teilnehmern des Dreikaiſerbündniſſes hat nicht alles, was er für Rußland zu thun vermocht hätte, gethan, der andre hat gegen Rußland gearbeitet, ſoviel er imſtande

*) Vergl. „Berlin und Petersburg," S. 176.

war. Die daraus für unſre zukünftige Politik zu ziehende Schlußfolgerung erſcheint außerordentlich einfach: wir müſſen entweder auf die Löſung der orientaliſchen Frage überhaupt verzichten oder wir müſſen für dieſe Löſung andre Verbindungen ins Auge faſſen."

Der ganze Verdruß und Haß der Ruſſen brach aber erſt im Januar 1879 gegen Deutſchland und Öſterreich los, alſo erſt nach Verlauf eines halben Jahres, und er richtete ſich in erſter Linie gegen den Fürſten Bismarck, deſſen innere wie äußere Politik der Gegenſtand heftigſter Angriffe von ſeiten der Petersburger und Moskauer Blätter war. Einige dieſer Zeitungsſtimmen waren offenbar nur der Ausdruck von Privatmeinungen: ſie vertraten den in gewiſſen Ständen der ruſſiſchen Geſellſchaft Mode gewordenen Radikalismus oder ſprachen im Sinne des dort, wie oben gezeigt worden iſt, gleichfalls weitverbreiteten chauviniſtiſchen Panſlavismus. Bei andern aber hatte man Urſache, Beweggründe zu vermuten, die ihren Urſprung in höheren Kreiſen haben mußten, wobei man nicht an den Kaiſer Alexander zu denken brauchte. Eine beſonders unfreundliche Geſinnung gegen die deutſche Politik legten in dieſer Zeit die ruſſiſche St. Petersburger Zeitung, die Ruſſiſche Welt und vor allem der weitverbreitete Golos an den Tag, welcher letztere keine Gelegenheit vorübergehen ließ, das Verfahren des leitenden Staatsmannes in Berlin tadelnder Kritik zu unterziehen, ſeine Stellung als unſicher zu bezeichnen, die gegenwärtigen Zuſtände in Deutſchland in unvorteilhaftem Lichte darzuſtellen und dabei, wo es anging, mit andern Ländern, vorzüglich aber mit Frankreich zu liebäugeln.

Augenſcheinlich in erſter Linie, um dem deutſchen Reichskanzler in der öffentlichen Meinung zu ſchaden, ihn herunterſetzen zu können, erklärte das Blatt ſich im Januar 1879 bei einer Beſprechung der Frage: ob Schutzzoll oder Freihandel,

mit Ungeſtüm für letzteren, wobei es nicht daran dachte, daß Rußland Zölle erhob, welche die höchſten in ganz Europa waren und ſeit ihrer Erhebung in Gold kaum noch geſteigert werden konnten. Es heißt da: „Hauptrepräſentant jener Zollreaktion iſt Fürſt Bismarck, der ſich immer dadurch auszeichnete, daß er die in der moraliſchen Sphäre ſchwebenden Ideen aufgriff und bis zum Extrem durchführte. So war es früher mit dem Freihandel, der Einheit Deutſchlands, dem Kampfe gegen den Ultramontanismus; ſo iſt es jetzt mit der Protektionsbewegung. Es ſteht zu erwarten, daß alle Regierungen, wie ſchon mehrere jetzt, ſeinem Beiſpiele folgen werden. Die Staatsmänner andrer Staaten werden gleichfalls Zollreformen zur Beſchwerung ausländiſcher Waaren einführen. Ein Zollkrieg wird entbrennen, die Regierungen werden ſich gegen einander mit Zollſchranken verbarrikadiren, und das Reſultat wird natürlich ſein, daß allerorten der Abſatz und ſomit auch die Produktion zum Schaden des Handels und der Induſtrie Europas ins Sinken gerät.“ Dann erfuhr man, daß dieſe traurigen Folgen dadurch nützlich ſein könnten, daß ſie die Nationen endgiltig von der „Sinnloſigkeit“ des vom deutſchen Kanzler eingeſchlagenen Weges zu überzeugen geeignet ſeien, und zum Schluſſe meinte der Verfaſſer des Artikels: „So fallen in dem energiſch von Fürſt Bismarck gepredigten Zollkriege die Intereſſen Rußlands und Englands zuſammen: beide werden durch dieſen Krieg leiden, mehr leiden als die übrigen europäiſchen Staaten, und beide werden in gleicher Weiſe wehrlos gegen die Gefahren dieſes Kampfes ſein.“ Ein andrer Aufſatz des Golos überraſchte die Deutſchen mit der Nachricht, daß der „große“ Kanzler „aufgehört habe, als allmächtiger Lenker nicht bloß von Europas, ſondern auch von Deutſchlands Geſchicken dazuſtehen.“ „Der Berliner Vertrag und die drakoniſchen Geſetze gegen die So-

zialiſten waren," ſo verſuchte das Blatt ſeine Behauptung zu beweiſen, „die letzten hervorragenden Erzeugniſſe ſeiner äußern und innern Politik, und zwar waren ſie Erzeugniſſe ſolcher Art, die unbedingt eine Reaktion gegen Beſtrebungen nach ſich ziehen müſſen, welchen der Stempel echter Staatsweisheit augenſcheinlich mangelt. Der Berliner Kongreß hat auch den Blinden gezeigt, wie ſelbſtſüchtig die auswärtige Politik des deutſchen Kanzlers iſt. . . . Und was die innere betrifft, ſo muß die Aufregung über deren despotiſche Übergriffe [weiterhin wurden die Maßregeln gegen die Roten als „ſchrankenloſe polizeiliche Willkür" bezeichnet] einen ganz ausnehmend hohen Grad erreicht haben, wenn das ſonſt ſo beſcheidene und gegenüber dem Willen des Kanzlers ſo fügſame deutſche Parlament ſämtliche innere Zwiſtigkeiten vorläufig beiſeite wirft und faſt einſtimmig beſchließt, dem Staatsanwalt ſeine Zuſtimmung zu gerichtlicher Verfolgung der ſozialiſtiſchen Abgeordneten Fritzſche und Haſſelmann zu verſagen. . . . Es läßt ſich nicht leugnen, daß ein ſolches Verhalten des Parlaments in Bezug auf die Wahrung der Rechte ſeiner Mitglieder von hoher Bedeutung iſt. . . . Der Beſchluß vom 19. Februar giebt der Regierung zu verſtehen, daß das Parlament in ſämtlichen Fragen, welche die Privilegien der Volksvertreter berühren ſollten, ſich wie ein Mann zur Abwehr erheben würde, und daß es mithin völlig nutzlos wäre, an eine Freiheitsbeſchränkung der Parlamentstribüne [die Strafgewalt des Reichstages bei Ausſchreitungen der Redner war gemeint] im gegenwärtigen Augenblicke zu denken. So gewaltig aber auch der Schlag iſt, den der Reichstag den Abſichten der kaiſerlichen Regierung in Bezug auf die Einſchränkung des Unantaſtbarkeitsrechtes der Abgeordneten beigebracht hat, beharrt der Kanzler feſt darauf, ſeinen Willen durchzuſetzen, und will ſich in Betreff der Zollreform auf

keinerlei Kompromiß einlaſſen; im Gegenteil, er beabſichtigt ſogar, koſte es, was es wolle, die Getreide- und Viehſteuer durchzuführen. . . . Ein derartiges Verhältnis zweier Staatsgewalten, der geſetzgebenden und vollziehenden, droht zu einem Zuſammenſtoße auszuarten, deren Folge entweder die Auflöſung des eben erſt einberufenen Parlaments oder der Rücktritt des Fürſten Bismarck ſein muß.“ Endlich brachte der Golos in der letzten Woche des Februar eine Äußerung, die einen ſchon oft enthüllten Herzenswunſch der hinter den Kouliſſen des Blattes ſtehenden Perſönlichkeiten kund gab. Man las da folgendes: „Der Einfluß, den Frankreich allmählich in Konſtantinopel gewonnen hat, kann uns wirkliche Vorteile bieten, wenn die ruſſiſche Diplomatie ihn nur auszunutzen verſteht. Das jetzige Frankreich iſt in eine ſolche Lage gebracht, daß an dasſelbe von neuem die Notwendigkeit herantritt, ſich auf dem europäiſchen Feſtlande, wo nicht Bundesgenoſſen, doch Freunde zu ſuchen. Öſterreich-Ungarn oder Rußland ſind die einzigen Mächte, von denen es Unterſtützung gegen das [nur in der Phantaſie des Golos] durch den Sieg der franzöſiſchen Republikaner ſtark beunruhigte Deutſchland erwarten kann. Die neulich erfolgte Einwilligung der Wiener Regierung in die Beſeitigung der Klauſel in Artikel V. des Prager Friedens muß Frankreich veranlaſſen, ſich eher Rußland als Öſterreich zuzuwenden. Die franzöſiſchen Staatsmänner wiſſen aber ſehr wohl, durch welche Mittel ſie in dieſem Falle ihr Ziel erreichen können. . . . Alles, was den Einfluß der Engländer in der Türkei vermindern kann, wird von uns mit Vergnügen begrüßt werden und unſre Unterſtützung finden, wenn nur durch Thatſachen bewieſen wird, daß die Nebenbuhlerſchaft Frankreichs und Englands im Orient eine ernſte iſt und nicht irgend ein heimliches Einverſtändnis maskirt. Überhaupt aber

halten wir im jetzigen Augenblicke die politiſche Annäherung Frankreichs und Rußlands auf dem Boden der orientaliſchen Frage für außerordentlich wünſchenswert. Sie iſt ſchon deshalb zu wünſchen, weil die Intereſſen beider Mächte auf dem erwähnten Boden viel weniger zuſammenſtoßen als die Intereſſen Rußlands und Englands oder irgend einer andern Macht. Die uns ungelegenen Folgen des Berliner Vertrags können nur auf dieſem Wege beſeitigt werden. Die Zeit iſt für ein Einvernehmen die allergünſtigſte."

Wer ſtand nun hinter dieſem Tadel, dieſen Angriffen, dieſen Hoffnungen und Prophezeiungen? Wer empfahl ein Bündnis mit Frankreich, das ſich nicht bloß gegen England, ſondern offenbar auch gegen Deutſchland richten ſollte? Der Golos war früher ein notoriſch mit dem Vertrauen des Fürſten Gortſchakoff beehrtes Preßorgan, das offiziöſe Sprachrohr ſeiner Anſchauungen und Wünſche geweſen. Man wollte wiſſen, das ſei jetzt nicht mehr der Fall. Sachkenner aber zweifelten trotz aller Zeichen der Ungnade, die der ruſſiſche Reichskanzler in der letzten Zeit dem Blatte gegenüber kundgegeben hatte, an dem wirklichen Beſtehen eines ſolchen Gefühles und waren überzeugt, daß jene antideutſchen Publikationen des Golos vom Auswärtigen Amt in Petersburg angeregt worden waren, und daß der Souffleur derſelben der Baron Jomini war, welcher als die rechte Hand Gortſchakoffs betrachtet wurde. Der letztere hatte Deutſchland nicht ſo von der ruſſiſchen Politik abhängig machen können als er gehofft, er hatte auf dem Kongreſſe bei dem Fürſten Bismarck nicht durchaus die Unterſtützung gefunden, die er beanſpruchen zu dürfen meinte, er mißtraute dem Kanzler für die Zukunft, er hatte ſtets Neigung zu Frankreich verraten, er empfand endlich gegenüber der Größe des Staatsmannes, der die deutſche Politik in erfolgreichſter Weiſe geleitet

hatte, und ſeinen eignen nur mäßigen Leiſtungen Mißgunſt und Verdruß und ließ ſich dadurch zu unfreundlicher Haltung beſtimmen.

Noch heftiger als zu Anfang des Jahres 1879 feindete die ruſſiſche Preſſe mit Einſchluß der offiziöſen Blätter Deutſchland an, als es im Laufe der nächſten Monate der Ausführung der einzelnen Beſtimmungen des Berliner Traktates galt, zu denen in erſter Reihe der Abzug der ruſſiſchen Armee vom türkiſchen Gebiete gehörte, und bei welchen Rußland ebenfalls die unbedingte Unterſtützung von deutſcher Seite vermißte, zu der es berechtigt zu ſein glaubte, und zu dieſer Preßkampagne geſellten ſich auf diplomatiſchem Wege Äußerungen erſt in nur dringendem, dann in gebieteriſchem, zuletzt in drohendem Tone. Dazu trat eine ſehr erhebliche Verſtärkung der ruſſiſchen Armee, und in den weſtlichen Gouvernements wurden Anſammlungen von Truppen, beſonders von Reitermaſſen bemerkt, während man in Berlin beſtimmte Berichte hatte, nach denen ein ruſſiſcher General die maßgebenden Kreiſe in Paris wegen eines Bündniſſes mit Rußland ſondirt hatte. Deutſchland und Öſterreich waren von dem ſich ſammelnden und in dieſen Symptomen ſich ankündigenden Sturme in gleichem Maße bedroht, und es ſchien für beide Mächte hohe Zeit, ſich gegen denſelben zu decken oder ihn überhaupt am Losbruche zu verhindern. Das geſchah am beſten durch Zuſammentreten beider, und ſo entſtand durch Initiative des deutſchen Reichskanzlers an Stelle des bisherigen ruſſiſch-deutſchen Einverſtändniſſes das durch frühere Bemühungen jenes Staatsmannes vorbereitete und allmählich gereifte öſterreichiſch-deutſche Bündnis vom Spätſommer 1879. Dieſe Allianz blieb in den nächſten Jahren in ungeſchwächter Kraft und Innigkeit erhalten und erwies ſich zunächſt dem Übelwollen Rußlands gegenüber, dann bei Gelegenheit verſchiedener anderer Folgen

des Berliner Vertrages als das, was mit ihr in erſter Reihe beabſichtigt war, als Bürgſchaft für den Frieden beider Kaiſerſtaaten und ganz Europas. Es beſtimmte neben der friedfertigen und mit Gortſchakoffs Franzoſentum nicht übereinſtimmenden Geſinnung des Kaiſers Alexander des Zweiten auch die fernere Haltung Rußlands zu den mitteleuropäiſchen Mächten. Man machte in Petersburg Halt und begann darauf einzulenken, ſoweit es ſich der Stimmung im Lande gegenüber thun ließ. Inzwiſchen fraß der Nihilismus, ein natürlicher Auswuchs der auf allerlei Abwege geratenen Ziviliſation des moskowitiſchen Weſens, im ſtillen um ſich und lenkte neben dem unklaren Drängen eines Teils der ruſſiſchen Geſellſchaft nach Erweiterung des Reformwerkes des Kaiſers durch konſtitutionelle Einrichtungen die Blicke der Regierung mehr auf die innern Verhältniſſe des Reiches. Alexander der Zweite fiel unter den Dynamitbomben nihiliſtiſcher Mörder. Sein Sohn und Nachfolger galt der Welt als panſlaviſtiſchen Beſtrebungen geneigt und von Vorliebe für die Franzoſen erfüllt, ob mit Recht, bleibe dahingeſtellt. Sicher iſt, daß er die unbedingte Notwendigkeit des Friedens für Rußland eingeſehen und bis jetzt darnach gehandelt hat. Die Danziger Zuſammenkunft mit dem Kaiſer Wilhelm, der dabei von Bismarck begleitet wurde, war nur das erſte öffentliche Zeugnis für ſeinen Wunſch, die 1879 geſtörten guten Beziehungen zwiſchen ſeiner Regierung und dem Kabinet von Berlin wiederherzuſtellen, und ebenſo verhielt er ſich in verſchiedenen Fällen gegen Öſterreich wohlgeſinnt und entgegenkommend. Zwar arbeitete die ſtarke und rührige Partei in den höheren ruſſiſchen Geſellſchaftskreiſen, welche in den chauviniſtiſchen Reden des Generals Skobeleff ihre Wünſche und Ziele laut werden ließ, mit allen Kräften und Mitteln daran, das freundſchaftliche Verhältnis zwiſchen Rußland und ſeinen weſtlichen

Nachbarn, das der Kaiſer erneuert hatte, wiederum zu ſtören und einen Kampf zur Verwirklichung ihrer panſlaviſtiſchen Phantaſien hervorzurufen. Aber noch war der kaiſerliche Wille ſtärker als dieſe Bewegung. Ignatieff, der als eins der Häupter jener Partei galt, blieb nur kurze Zeit Miniſter des Innern, und Gortſchakoffs Nachfolger Giers, der jetzige Chef des Auswärtigen Amtes in Petersburg, bekundete durch einen Beſuch in Varzin, daß ſeinem Gebieter und ihm daran gelegen war, das durch die Danziger Zuſammenkunft wieder angeknüpfte Band zu erhalten und das gute Einvernehmen, das ſeitdem zwiſchen den drei Kaiſerhöfen geherrſcht hatte, weiter auszubilden. Im Spätherbſt 1883 wiederholte ſich dieſer dem Reichskanzler, wie wir wiſſen, ſtets willkommene Beſuch in Friedrichsruh. Seit dieſer Zeit hat ſich nichts ereignet, was an der friedfertigen Geſinnung des Petersburger Hofes und Kabinets uns gegenüber zweifeln ließe, obwohl die ruſſiſchen Chauviniſten fortfahren, ihrer Abneigung gegen die deutſchen Nachbarn und ihrer Sehnſucht nach Vereinigung der ſlaviſchen Völkerfamilie unter der Fahne Rußlands bei jedem paſſend ſcheinenden Anlaſſe Ausdruck zu geben.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Stellung zu den Ansprüchen der Polen.

Im Sommer des Jahres 1882 brachte der im vorigen Kapitel charakterisirte Czas einen Bericht, welcher angeblich die Ansichten des deutschen Reichskanzlers über die Möglichkeit einer Wiederherstellung Polens unter gewissen Umständen enthielt. Der Kanzler sollte einen vornehmen polnischen Patrioten zu sich nach Varzin eingeladen haben, um sich dessen Auffassung der Sache vortragen zu lassen, und darauf sollte eine Unterredung gefolgt sein, nach welcher zu schließen wäre, daß Fürst Bismarck nicht abgeneigt sein würde, nach einem glücklich verlaufenen Kampfe des deutschen Reiches mit Rußland in die Umwandlung Russisch-Polens in einen selbständigen Staat zu willigen, da dieser infolge der Dankbarkeit, die seine Angehörigen Deutschland gegenüber erfüllen müßte, und wegen des untilgbaren Hasses derselben gegen die bisherigen russischen Unterdrücker ein Bollwerk an der deutschen Ostgrenze bilden würde.

Dieſe ganze Geſchichte wurde von der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung mit ſtarken Ausdrücken in Abrede geſtellt. Sie war nach der Erklärung derſelben ein kümmerlicher Lückenbüßer der Sommerzeit, die Erfindung eines urteilsloſen Feuilletonſchreibers. „Der angebliche Beſuch eines Polen in Varzin und die angebliche Unterredung," ſo lautete das Dementi weiter, „haben niemals ſtattgefunden, und der angebliche Brief des Reichskanzlers, mit dem der Schwindel eröffnet wird, wäre, wenn er vorgezeigt würde, ein Falſum, welches den Strafrichter intereſſiren könnte."

So das offiziöſe Blatt. Man kann eine Nachricht nicht wohl kräftiger und entſchiedener in Abrede ſtellen als hier geſchah, und damit hätte die Angelegenheit abgethan und begraben ſein können. Indes haben viele deutſche Blätter die Mitteilung des Czas ausführlich nnd ohne Zweifel zu äußern wiedergegeben, und semper aliquid haeret, mag die Verleumdung Verſtändigen auch ſehr abgeſchmackt erſcheinen. Ferner iſt, wie oben bereits bemerkt wurde, das genannte polniſche Journal ein Organ der „weißen," ariſtokratiſchen oder Czartoryskiſchen Partei, die über die Vorgänge in den höheren politiſchen Kreiſen bisweilen nicht übel unterrichtet iſt. Sodann hatte eine ähnliche Mythe ſchon einmal in einer Darſtellung Platz gefunden, die ſonſt aus guten Quellen geſchöpft war.

In einer nach amtlichem Material verfaßten Geſchichte des polniſchen Aufſtandes von 1863, die in der Ruskaja Starina von 1879 erſchien, erzählt deren Verfaſſer, N. W. Berg, ein Publiziſt, der Jahre lang in den Warſchauer Preßbüreaus beſchäftigt geweſen war, folgendes*): „Zu Anfang des Jahres 1863, als wir mit der Bewältigung des im Erlöſchen be-

*) Wir zitiren nach der Schrift „Berlin und Petersburg," S. 85 ff.

griffenen Aufſtandes und mit der Wiederaufrichtung der Ordnung noch alle Hände voll zu thun hatten, ſandte Fürſt Bismarck den Generaladjutanten von Treskow nach Dresden, wo derſelbe dem dortigen bevollmächtigten Nationalagenten Klobukowski mitteilen ſollte, daß er, der Fürſt Bismarck, demnächſt nach Petersburg reiſen und natürlich Gelegenheit haben werde, in den höchſten Geſellſchaftskreiſen über die Geſchicke Polens zu verhandeln. Es frage ſich, ob die Polen nicht für angemeſſen halten würden, eine Schwenkung auf die Seite Preußens zu machen und feierlich zu erklären, daß ſie nicht unter ruſſiſcher Botmäßigkeit bleiben wollten, ſondern eine deutſche Herrſchaft vorzögen. Auf eine ſolche Thatſache geſtützt, werde Fürſt Bismarck in Petersburg eine politiſche Kombination vorſchlagen, infolge deren Rußland aller Wahrſcheinlichkeit nach den an der Weichſel gelegenen Teil des Königreichs Polen (die einſt vom General von Kneſebeck vorgeſchlagene Grenze*) an Preußen abtreten werde; wenigſtens werde Bismarck Vorſchläge in dieſer Rückſicht machen. Klobukowski begab ſich hierauf zu dem bekannten polniſchen Schriftſteller Kraszewski und ſuchte dieſen zur Inſzenirung einer Kundgebung zu Gunſten

*) Bismarck ſchrieb darüber am 8. Dezember 1854 an Manteuffel: „Die liberalen Blätter beſchäftigen ſich viel mit dem bekannten Memoire des alten Kneſebeck über die polniſch-ruſſiſche Grenze von 1814. Sie überſehen aber dabei den Umſtand, daß ein Haupt- und Eckſtein fehlt, ohne den das ganze Gebäude des braven alten Herrn nicht ſtehen kann, nach ſeiner eignen Anſicht. Er ſagt: ‚Dazu gehört aber, daß Öſterreich offener, freier und entgegenkommender in Preußens Konſolidation eingehe, daß es dieſe Angelegenheit als eine Anforderung des Weltintereſſes betreibe, auf der künftig die Rettung Europas beruht und nicht als einen Akt, den es ungern thut, an dem es Mißtrauen zeigt.‘ Von dieſem ſo unzweifelhaft richtigen Satze geſchieht ſeit vier Jahren unausgeſetzt das Gegenteil. Außerdem ſetzte Kneſebeck voraus, daß Öſterreich ſelbſt das Bedürfnis fühlen werde, ſich mit uns gegen Rußland zuſammenzuſchließen, während das Wiener Kabinet, ſo wie jetzt der Weſtmächte, in dem vorhergehenden Luſtrum ſich Rußlands bediente, um unſere Stellung zu drücken.“

Preußens zu beſtimmen, was bei der damals allgemeinen Erbitterung der Polen gegen die Ruſſen in der That nicht ſchwer gehalten hätte. Kraszewski aber gab zur Antwort, daß er zu einem derartigen Unternehmen keinerlei Vollmachten von ſeiten ſeiner Landsleute beſitze, auch nicht Parteiführer ſei und ſich darum auf nichts einlaſſen könne. Er ſchlug Klobukowski vor, nach Paris zu Czartoryski zu gehen und dieſen und deſſen Freunde zu einer Beratung über dieſe wichtige Frage aufzufordern, indem er ihm zugleich einen Einführungsbrief an Czartoryski anbot. Klobukowski nahm den Kraszewskiſchen Brief an ſich und begab ſich in das Hotel Lambert. Czartoryski überflog die erſten Zeilen dieſes Schreibens und ſagte, nachdem er geſehen, um was es ſich handle, ohne ſich auch nur einen Augenblick zu beſinnen: »Zu den Deutſchen! Um keinen Preis der Welt!« Damit war dieſe berühmte Geſchichte zu Ende. Ob Bismarck irgendwelche auf die »Kuſebeckſche Grenze« bezügliche Winke in St. Petersburg gegeben hat, iſt unbekannt geblieben."

Dieſe Erzählung wurde ſowohl von polniſcher Seite als von der preußiſchen offiziöſen Preſſe entſchieden in Abrede geſtellt. Klobukowski nannte den Erzähler öffentlich einen Lügner und bedrohte ihn mit einem Injurienprozeſſe. Die Norddeutſche Allgemeine Zeitung aber ſchrieb über die Sache: „Es iſt nicht wahr, daß der Generaladjutant von Treskow 1865 oder zu andrer Zeit nach Dresden oder überhaupt irgendwohin an einen Agenten der polniſchen Nationalregierung geſandt worden wäre. Die preußiſche Regierung hat niemals Unterhandlungen mit irgendeinem Agenten der polniſchen Nationalregierung geführt oder geſucht, und niemand hat im Auswärtigen Miniſterium um die Exiſtenz eines Herrn Klobukowski gewußt. Im preußiſchen Miniſterium iſt das Maß von Unbekanntſchaft mit den

Thatſachen niemals vorhanden geweſen, welches erforderlich wäre, um zu glauben, daß man die Mitwirkung der polniſchen Revolutionspartei zu dem Zwecke erlangen könnte, um die Abtretung irgendeines Teiles von Ruſſiſch-Polen an Preußen herbeizuführen. Die Möglichkeit einer ſolchen Abtretung iſt allerdings ſeit dem Tode Kaiſer Alexanders des Erſten wiederholt angeregt worden, aber nur durch *ruſſiſche* Initiative in antipolniſchem Sinne zur Erleichterung der Beherrſchung der Polen.“

Ähnliche Lügen, vielleicht mit mehr Geſchick und Sachkenntnis fabrizirt, können über kurz oder lang wieder aufgetiſcht werden, und nicht bloß Feuilletoniſten ſind oft urteilslos, ſondern auch das Publikum, das ihre Erzeugniſſe lieſt. Es wird ſomit nicht überflüſſig ſein, wenn im folgenden wieder einmal gezeigt wird, daß Pläne, wie ſie Berg und der Czas dem Reichskanzler zugeſchrieben haben, von demſelben nicht entfernt gehegt werden können.

Daß ein großer Teil des ruſſiſchen Volkes den Deutſchen nicht wohlwill, und daß der ruſſiſche Staat uns einmal unbequem und gefährlich werden kann, ſind, wie im vorigen Kapitel gezeigt wurde, Thatſachen, die ſich nicht ableugnen laſſen. Schwer zu beweiſen aber wird ſein, daß die Wiederherſtellung Polens mit den Grenzen des jetzigen polniſchen Beſitzes Rußlands die jenſeits unſrer öſtlichen Marken liegende Gefahr beſeitigen oder auch nur vermindern würde. Man ſagt: Europa könnte das wiederaufgerichtete Polen für neutral erklären und ihm dieſe Eigenſchaft feierlich verbürgen. Wir antworten: Die Feierlichkeit würde wohlfeil zu haben, das mit der Neutralität geſchaffene „Bollwerk“ aber würde nicht viel beſſer als ein papiernes ſein. Ein neues Polen aus den in Rußlands Beſitze befindlichen Teilen des alten herſtellen, hieße für Preußen

und Deutſchland an Stelle eines bedenklichen Nachbars im Oſten deren zwei ſchaffen. Die Polen haſſen Rußland, aber ſie haſſen Deutſchland nicht weniger, ja wegen ſeiner größeren Aſſimilationskraft, mit der es in Poſen und Weſtpreußen auf friedlichen Wegen germaniſirt, noch weit mehr. Sie würden uns, richtiger, ihr Adel würde uns Dank ſchulden, wenn wir ihnen einen Teil ihres ehemaligen Reiches zurückgeben wollten, uns aber ſicherlich nicht dankbar ſein, vielmehr die Gabe nur als Abſchlagszahlung anſehen, etwa wie die Irredentiſten die Entſtehung des italieniſchen Einheitsſtaates und deſſen Erweiterung durch das Jahr 1866, wie die Griechen die Errichtung des Königreichs Hellas und deſſen Ergänzung durch Theſſalien, und wie die Omladina die Schöpfung und Vergrößerung Serbiens. Mit andern Worten: Mit der Bildung eines polniſchen Staates, der nur etwas mehr als ein Drittel des ehemaligen Polenreiches umfaßte, würden aller Wahrſcheinlichkeit nach ohne Verzug die großpolniſchen Anſprüche und Beſtrebungen, die allen Parteien der Polen, mögen ſie ſonſt die verſchiedenſten Ziele verfolgen, wie ein Glaubensbekenntnis vor Augen ſtehen, mit raſch wachſender Stärke in die Öffentlichkeit treten und einen realen Kern, einen Anhalt und Ausgangspunkt gewinnen. Ein Polen der Art würde ſicher ſehr bald zu Frankreich hinneigen und ſein Heer und ſeine Diplomatie zur Wiedereroberung der Grenzen von 1772 verwenden, und wie die Menſchen und Völker einmal ſind, würde man ihm das nicht wohl verdenken können, ſchon weil es für ſeine Aus- und Einfuhr der Küſte bedürfte.

Schrieben wir 1854, und der Zar berichtete, ein hochgeſtellter Pole habe Buol ſeine Ideen über eine Wiederherſtellung des polniſchen Staates vorgetragen und die Zuſtimmung dieſes Staatsmannes vernommen, ſo ließe ſich die Sache vielleicht ſelbſt dann glauben, wenn der öſterreichiſche Miniſter die Abtretung

Galiziens und Lodomiriens in Ausſicht geſtellt haben ſollte. Öſterreich ging damals mit den Weſtmächten, die im Verlaufe ihres Krieges mit Rußland an eine Wiederaufrichtung Polens als ein Kampfmittel denken konnten, und man durfte annehmen, daß es nicht abgeneigt ſein würde, gegen gute Entſchädigung dazu beizutragen. „Ich glaube ſogar," erklärte Bismarck damals in einem von Poſchinger*) mitgeteilten Briefe vom 25. Juli, „daß Öſterreich die Donauländer wählen würde, wenn es zwiſchen dieſen und Galizien optiren müßte." (Die Gründe dafür ſind im erſten Bande, S. 316, mitgeteilt.)

Seitdem haben ſich die Verhältniſſe weſentlich anders geſtaltet. Ungarn iſt befriedigt. Die Donauländer Serbien und Rumänien ſind vergeben und Königreiche geworden. Vor allem aber hat die alte Nebenbuhlerſchaft zwiſchen Öſterreich und Preußen aufgehört und einem engen, auf Würdigung der gegenſeitigen Intereſſen gegründeten Bündniſſe Platz gemacht. Öſterreich-Ungarn kann jetzt nicht mehr an eine Wiederaufrichtung Polens denken. Es überläßt dies den Verſchwörern in Krakau und Lemberg, welche zum Danke für die Begünſtigung, die der polniſchen Nationalität unter dem jetzigen Regime gewährt wurde, ſich mit Vorbereitungen zu neuen revolutionären Putſchen beſchäftigen.

In Preußen wäre der Gedanke an eine Umgeſtaltung Ruſſiſch-Polens zu einem ſelbſtändigen Staate wenigſtens in den Kreiſen, die politiſch zu rechnen wiſſen, zu allen Zeiten eine Unmöglichkeit geweſen. Wenn Joſias Bunſen, Excellenz, denſelben einmal gehabt und in einem diplomatiſchen Aktenſtück ausgeſprochen hat,**) und wenn ihn die Altliberalen um dieſelbe

*) Preußen im Bundestage, II. Teil, S. 47 ff.

**) In einer vom 1. März 1854 datirten Denkſchrift. Es hieß darin, nachdem „unabweisbar" dargethan worden, daß Öſterreich nicht bloß die Donau-

Zeit in ihr Credo aufgenommen haben, so waren diese Herren eben ohne den rechten staatsmännischen Geist, und von den Demokraten vom Schlage der Volkszeitung, die früher der „Gerechtigkeit gegen Polen" das Wort redeten, läßt sich dies noch weniger behaupten. Die Zeit, wo der Deutsche über seiner ehrfurchtsvollen Achtung vor fremden Volksrechten sein eignes gutes Recht übersah, ist vorüber. Wir zerschmelzen nicht mehr in sentimentaler Rührung über das Finis Poloniae des mythischen Kosciusko — der historische hat es bekanntlich nicht ausgesprochen —, wir begeistern uns nicht mehr für die gereimte

---

fürstentümer, sondern auch Bessarabien, die Krim, Cherson und Taurien bekommen müsse: „Aber im Hintergrunde steht als politische Möglichkeit die Sünde des achtzehnten, die Pestbeule des neunzehnten Jahrhunderts — Polen. Ist es möglich, Polen wiederherzustellen, so muß es in einem so erhabnen Augenblicke der Weltgeschichte geschehen, nicht den Polen zu Liebe, sondern trotz ihrer Fehler. Aber wahrlich auch nicht zu Gunsten einer Sekundogenitur oder Tertiogenitur des Hauses Romanoff, sondern als Grenzhüter gegen Moskau. Österreich kann Galizien hergeben, und im Notfalle muß Preußen auch die polnische östliche Hälfte des Großherzogtums Posen zum Opfer bringen. Aber Preußen muß nie die polnische Königskrone für sich erstreben oder auch nur für einen Prinzen seines Hauses annehmen. Preußen muß verstärkt werden, das fühlen alle englischen Staatsmänner. Es ist 1815 schlecht behandelt worden, zu seinem, Deutschlands und Europas Schaden. Aber es muß und wird sich nie entschädigen lassen auf Deutschlands Kosten. Es verstärkt sich, weil Deutschland [gestärkt wird], wenn es [Preußen] dazu mitwirkt, daß das sächsische Königshaus wieder nach Polen gesetzt und der durch Unrecht und Gewalt verdrängten Linie [zu der auch die Koburger gehören] der Platz wiedergegeben werde. Aber allerdings, wenn es für die Freiheit Europas mutig und rechtzeitig in die Schranken tritt, darf und wird Preußen nicht gegen Österreich zurückgesetzt werden. Europa kann nicht wünschen, daß das Haus Lothringen noch mächtiger werde als das Haus Habsburg. Europa kann es ebensowenig rätlich finden, daß Preußen hinfüro ohne alle Grenzen sei gegen Rußland oder Polen ebenso wie gegen Österreich. Starke, der Verteidigung fähige Grenzen kann es nur erhalten durch Abtretung Oberschlesiens [der Verfasser der Denkschrift meint Österreichisch-Schlesien] und Mährens." Es ist der Gelehrte, der unpraktische Professor, der hier meditirt und dozirt, den Politiker sucht man in dem ganzen Räsonnement vergeblich.

Phraſe, nach welcher Polen noch nicht verloren iſt, und erwiedern auf die Redensarten Macaulays, denen zufolge die Teilung Polens die ſchändlichſte That der europäiſchen Politik geweſen wäre: Mit nichten, die Republik Polen iſt viel weniger durch die Fremden als die unerhörte Nichtswürdigkeit derjenigen zu Grunde gerichtet worden, welche zur Zeit ihrer Zerſtückelung die polniſche Nation darſtellten.

Preußen, Deutſchland bedurfte ſeinen Teil von Polen dringend. Bei der Adreßdebatte am 24. September 1867 erklärte der Bundeskanzler: „Ich halte eine Herrſchaft Deutſcher über widerſtrebende Nationen, ich will nicht ſagen, eine Herrſchaft, aber ein Zuſammenleben Deutſcher in dem Gemeinweſen mit ſolchen Nationen, welche darnach ſtreben, ſich von dieſem Gemeinweſen zu löſen, nicht für nützlich, mitunter aber iſt es notwendig. In Polen iſt es notwendig, wie ein Blick auf die Karte zeigt.“

In demſelben Jahre, am 18. März, begründete er dieſe Notwendigkeit mit einem geſchichtlichen Rückblicke, der hier in ſeinen Hauptzügen eingeſchaltet wird. „Wie entſtand denn die Provinz Weſtpreußen und die Ordensherrſchaft in Preußen?“ fragte er und antwortete im weſentlichen wie folgt: „Der Herzog Konrad von Maſovien rief, um ſich der Einfälle der heidniſchen Preußen zu erwehren, die deutſchen Ordensherren herbei und gab ihnen einen kleinen, damals polniſchen Landſtrich, das Dobriner Land, zugleich verſprach er, daß ſie alles beſitzen ſollten, was ſie der Wildnis, der natürlichen und der menſchlichen, dem wilden Stamme der Preußen abgewinnen würden. Auf dieſe Weiſe wurde das geſamte Land öſtlich von der Weichſel, welches heutzutage einen erheblichen Teil von Weſt- und Oſtpreußen umfaßt, ein reindeutſches Land, koloniſirt durch Deutſche, und dazu erwarb der Orden den Teil Weſtpreußens links von der

Weichſel durch die rechtmäßigſten Verträge, indem nach dem Ausſterben, nicht etwa einer polniſchen Dynaſtie, ſondern der hinterpommerſchen Herzöge im dreizehnten Jahrhundert dieſes Land mit der Hauptſtadt Danzig an den Lehnsherrn, den Markgrafen von Brandenburg, fiel, und der Markgraf Waldemar davon Beſitz nahm. Als deſſen Nachfolger nicht imſtande waren, es zu behaupten, zedirten ſie dieſe Landesteile, das heutige Pomerellen, damals Hinterpommern, an den deutſchen Orden. Dieſem hat es die Krone Polen ſpäter durch Krieg und Eroberung abgenommen, als der Ordensſtaat dadurch geſchwächt wurde, daß die Städte und Landſtände ſich mit dem Landesfeinde Polen in Verbindung ſetzten, die Kraft des Ordens lähmten, die Deutſchen bei Tannenberg geſchlagen wurden und ſchließlich nach verſchiedenen Hin- und Herverträgen zwiſchen Danzig und andern Städten und den weſtpreußiſchen Ständen ein Abkommen zwiſchen ihnen und der Krone Polen zuſtande kam, vermöge deſſen ſie mit dieſer in Perſonalunion leben ſollten. . . . So kam Polen auf Grund des ſpäter durch Verträge ſanktionirten Rechtes der Eroberung in den Beſitz von Weſtpreußen und benutzte dieſen ſehr bald, um das Land zu koloniſiren, nicht, wie man uns Schuld gegeben hat, zu germaniſiren, durch Kultur, ſondern durch Feuer, Schwert und Zwang. Es ſetzte gegen die Verträge polniſche Beamte nach Weſtpreußen hinein, die ſich dort bereicherten, indem ſie den Adel aus ſeinen Gütern verdrängten. . . . Die Städte wurden vertragswidrig in ihren Freiheiten beeinträchtigt, es wurde ſpäter die Religionsfreiheit gewährleiſtet, und man hielt ſie auch theoretiſch aufrecht, aber man ſchloß die proteſtantiſchen Kirchen, man nahm ſie weg und gab ſie katholiſchen Gemeinden, die erſt geſchaffen werden mußten aus dem Güter erwerbenden Adel und den Beamten, die man dorthin geſchickt hatte. Manche der Städter

haben ihre Proteſte dagegen auf dem Schaffotte zu büßen gehabt. Von neunzehntauſend Dörfern waren in Weſtpreußen infolge der Verheerungen der Polen nach der Schlacht bei Tannenberg nur etwa dreitauſend übrig. Auch dieſe waren ihnen noch zu viel. Die Kriege zwiſchen Polen und Schweden räumten damit auf, und es iſt mehrmals geſchehen, daß entlaſſene polniſche Armeen in den verwüſteten deutſchen Dörfern koloniſirt wurden.... Meine Herren, wie Sie angeſichts dieſer Thatſachen ... ſich auf die Geſchichte berufen, verſtehe ich nicht. Ihr Anſpruch auf Weſtpreußen hat ſo lange gegolten, als der Säbel, der ihn eroberte, ſtark genug war, ihn zu behaupten; als Ihr Arm erlahmte, hörte Ihr Anſpruch mit der Rechtsquelle auf, aus der allein er hergeleitet wurde. Ähnlich verhält es ſich mit dem Großherzogtume Poſen. Wir haben dieſes Land, in welchem ſich jetzt 800 000 polniſch und 700 000 deutſch ſprechende Preußen befinden, in großen und ſchweren Kriegen gewonnen. Nachdem im ſiebenjährigen Kriege Polen für uns nicht eine Schutzwehr, ſondern der ſtete Ausgangspunkt und Zufluchtsort der ruſſiſchen Heere geweſen war, haben wir es 1813 zum zweitenmale im ſchweren Kampfe gegen einen übermächtigen Feind erworben, und dieſe Eroberung iſt durch völkerrechtliche Verträge beſiegelt worden. So entſtehen alle Staaten. Wir beſitzen Poſen mit demſelben Rechte wie Schleſien. Wenn Sie gegen das Recht der Eroberung ankämpfen, ſo haben Sie Ihre eigne Geſchichte nicht geleſen.... Die Anfänge von Polen waren klein. Das Land am Goploſee und an der Warthe, das man jetzt Großpolen nennt,... vereinigte ſich durch Agglomeration mit Kleinpolen in der Gegend von Krakau. Das alles überſchreitet noch nicht die Grenzen des heutigen Weſtgalizien und erfüllt noch nicht einmal die des Königreichs Polen. Als ſie ſich mächtig fühlten durch die Heirat mit dem litauiſchen

Großfürſten, . . . wandte ſich ihr Eroberungstrieb gegen den deutſchen Orden. Vorher aber hatten ſie ihm nach einer andern Richtung hin genügt, auf Koſten Rußlands. . . . Polen gewann die Gebiete, die heutzutage Oſtgalizien ausmachen, und die von denſelben Ruthenen bewohnt ſind, welche die Provinzen Volhynien und Podolien, welche den Südoſten des Königreichs Polen bewohnen. Polen trug ſein Schwert weit über den Dnjeper hinaus, es gewann die alte ruſſiſche Reſidenz Kiew und weiterhin Tſchernigow, Smolensk und Landſtrecken von größerer Ausdehnung als dasjenige, was Rußland bei der erſten Teilung Polens gewann. . . . Der Herr Vorredner hat die Teilung Polens ein Verbrechen genannt. Es war kein größeres als die Teilung Rußlands, die Sie im vierzehnten Jahrhundert vornahmen, als Sie die Gewalt dazu hatten. Greifen Sie in Ihren eignen Buſen, und ſagen Sie ſich, daß Sie das Verbrechen der Eroberung, als Sie mächtig genug dazu waren, hundertfältig begangen haben."

Dieſem Eroberungstriebe der Polen und dem ſpäter an deſſen Stelle getretenen der Ruſſen gegenüber war die Teilnahme der Deutſchen an der Zertrümmerung Polens eine Notwendigkeit, Gehorſam gegen das Geſetz der Selbſterhaltung. Vor der erſten Angliederung polniſcher Gebietsteile an Preußen war Berlin kaum mehr als drei Tagemärſche von der Weſtgrenze der Slavenländer entfernt. Der große Kurfürſt hatte das deutſche Ordensland Preußen von der polniſchen Lehnshoheit befreit, Friedrich der Große brachte es durch Wiedererwerbung des gleichfalls noch von vielen deutſchen Koloniſten bewohnten Weſtpreußen mit Pommern und Brandenburg in feſte Verbindung und ſicherte es auf dieſe Weiſe notdürftig gegen das Heranfluten eines feindlichen Völkerſchwalles von Oſten. Wer dieſe Erwerbung rückgängig gemacht zu ſehen wünſcht, der will die

Mündung der Weichſel, Elbing, Thorn und Danzig, ja ganz Oſtpreußen, das dann nicht mehr zu halten iſt, den Erben Peters des Großen oder einer Adelsrepublik der elendeſten Art, die in den Jeſuiten ihre Bundesgenoſſen hat und immer ſehen würde, überliefert haben. An der Art und Weiſe, wie ſich die ſpäteren Teilungen Polens vollzogen, mag das eine und das andre auszuſetzen ſein, ſie waren aber gleichfalls unumgänglich. Preußen war nicht imſtande, das Fortleben der bei lebendigem Leibe verweſenden Republik zu ſichern. Dieſelbe wäre unzweifelhaft zwiſchen Rußland und Öſterreich geteilt worden, und es war nur Erfüllung einer dringenden Pflicht gegen ſich ſelbſt, wenn man preußiſcherſeits die Vergrößerung dieſer Nachbarſtaaten durch Beteiligung an ihrem Zugreifen nach Möglichkeit beſchränkte; zugleich aber bedurfte man zu erfolgreicher Verteidigung Berlins und des ganzen Kernes der Monarchie ſowie zur Behauptung der deutſchen Oſtſeeküſte einer Begrenzung, welche die Verteidigungslinie im Oſten ſo weit als erreichbar hinaus verlegte. Die zweite Teilung that hierin zu viel, da der Überfluß an Intelligenz, Menſchenkraft und Kapital, den das damalige Preußen auf Sicherung und Nutzbarmachung des ihm dadurch einverleibten Stückes Slavenland zu verwenden vermochte, nicht genügte, um dieſe Zwecke bald und vollſtändig zu erreichen. Die dritte that zu wenig. Es war kein großes Unglück, daß durch das Übereinkommen von 1815 nur die kleinere Hälfte von Südpreußen als Provinz Poſen wieder mit dem preußiſchen Staatskörper vereinigt wurde, aber es war immerhin einigermaßen bedenklich; denn dieſes Gebiet verbindet die langgedehnten, von Natur offenen Grenzen Schleſiens und Oſtpreußens durchaus nicht hinreichend und würde ohne ſeine jetzt nahezu vollendeten gewaltigen Feſtungen den Mittelpunkt der Monarchie Preußen und die Hauptſtadt des deutſchen Reiches

nur notdürftig zu decken imſtande ſein. Dafür hat indeſſen die Germaniſirung des Landes im großen und ganzen ziemlich erfreuliche Fortſchritte gemacht. Damit iſt nicht ſowohl die Ausbreitung der deutſchen Sprache gemeint, als die der deutſchen Sitte und Kultur, die wohlgeordnete Rechtspflege und Verwaltung, die auch den polniſch redenden Preußen zuteil geworden iſt, die Hebung des Bauernſtandes und das Aufblühen der Städte. Der Bauer iſt aus einem verachteten, gemißhandelten und rückſichtslos ausgebeuteten Leibeignen der adeligen Tyrannen des Landes ein freier Beſitzer des Bodens geworden, den er pflügt und von dem er erntet, und nur der wuchernde Jude beutet jetzt den unvorſichtigen noch aus. Deutſche Ökonomen, Maſchinen und Fabriken haben den Ackerbau und die Landwirtſchaft überhaupt gefördert. Eiſenbahnen und gute Landſtraßen durchſchneiden dieſes Stück Polakei wie die weſtlicher gelegnen preußiſchen Gebiete und heben dort wie hier den Wohlſtand. Nach deutſcher Art eingerichtete Schulen lehren den polniſchen Kindern die Elementarkenntniſſe, Gymnaſien verbreiten höheres Wiſſen nicht mehr nach der hohlen mechaniſchen Methode der Jeſuitenväter, ſondern nach ſolider deutſcher Art, die zum Selbſtdenken erzieht. Was die Volksſchule nicht leiſtet, wird durch den Dienſt im Heere ergänzt. Der junge polniſche Bauer lernt hier die deutſche Sprache verſtehen und ſich in ihr ausdrücken, durch den Unterricht in der Kompagnie oder Schwadron und durch den Verkehr mit den deutſchen Bewohnern ſeiner Garniſonsſtadt erwirbt er ſich Vorſtellungen, die ſeinen ärmlichen und gebundenen Geiſteszuſtand reicher und freier machen. Er wird über die Begriffe von mein und dein klarer, er nimmt ſaubere und ordnungsliebende Gewohnheiten an und bewahrt ſie in den meiſten Fällen. Wo ſie und der andre geiſtige Erwerb wieder verloren gehen, iſt in der Mehrzahl der Fälle der

Umſtand ſchuld, daß die Geiſtlichkeit den alten wüſten Schlendrian erhalten zu ſehen wünſcht oder doch nichts gegen ihn thut, da er zum echten Polentum gehört und Unwiſſenheit und Unbeholfenheit den Zwecken der Kirche, wie man ſie in dieſen Kreiſen gewöhnlich auffaßt, gute Dienſte leiſten.

Dieſe Germaniſirung hat ſich allerdings unter Mitwirkung der Regierung vollzogen. Eine andre hat ſie niemals betrieben, obwohl ſich ihr wiederholt Gelegenheit dazu bot. Als bald nach der Beſitzergreifung die Provinz durch Mißernten in Verarmung geraten war, wäre es der Verwaltung leicht geweſen, mit verhältnismäßig geringen Summen dem Poſenſchen Polenadel die Hälfte ſeines Grundbeſitzes zu entwinden. Sie zog aber vor, ihn in ſeinem Eigentume zu befeſtigen, indem ſie ihm durch Errichtung einer Kreditanſtalt der Poſener Landſchaft kräftige Unterſtützung gewährte. Dem ſo ins Leben gerufenen Pfandbriefsinſtitute wurden Vergünſtigungen zuteil, deren ſich keins der in den übrigen Provinzen beſtehenden erfreute. Die Beleihung der Güter wurde an keinerlei politiſche Bedingungen geknüpft, und am wenigſten trat dabei eine Bevorzugung der deutſchen Nationalität hervor. Unter den Gutsbeſitzern, welche das landſchaftliche Reglement berieten, feſtſtellten und vollzogen, befanden ſich 67 Polen und nur 7 Deutſche. Die Verwaltung der Landſchaft wurde dem von den Intereſſenten ſelbſt gewählten Vorſtande überlaſſen, und dieſer war ausſchließlich aus Polen zuſammengeſetzt. Selbſt durch die Vorgänge von 1830 fand ſich der Staat nicht bewogen, an dieſem Verhältniſſe etwas zu ändern. Erſt infolge der Verſchwörung von 1846, an der ſich viele landſchaftliche Beamte beteiligt hatten, ſtellte man einen königlichen Beamten an die Spitze des Inſtitutes; dieſe Ernennung wurde ſchon 1848 zurückgezogen, und die Direktion erhielt die frühere Freiheit wieder. Bei den oben erwähnten

Vorgängen bot ſich eine zweite Gelegenheit zur Germaniſirung, bei denen von 1846 bis 1848 eine dritte. Im Jahre 1830 zog die Mehrzahl des Poſenſchen Adels ſich ſchwere Strafe zu. 1402 Perſonen wurden zu Güterkonfiskationen und Freiheitsberaubung verurteilt, und davon erlangten über 1200 Begnadigung. Nur 22 Beſitzern wurden ihre Güter entzogen, ſie konnten ſie aber einlöſen, indem ſie den fünften Teil des Wertes an die Staatskaſſe bezahlten. Die damaligen Unruhen hatten den polniſchen Landadel in ſeinen Beſitzverhältniſſen ſtark erſchüttert. Hätte die Regierung das einfach ignorirt, ſo würden die entwerteten Güter ganz von ſelbſt in deutſche Hände übergegangen ſein. Statt deſſen beſchloß die Behörde, als Käuferin aufzutreten, teils um die auf den Gütern eingetragenen fiskaliſchen Gelder zu retten, teils um die Gutspreiſe zu ſteigern, teils um ſolchergeſtalt der Provinz Männer zuzuführen, welche der Landeskultur förderlich wären. Die angekauften Güter wurden zur Verbeſſerung der Lage der vorhandenen meiſt polniſchen Bauern durch Regelung ihrer Verhältniſſe, Vergrößerung zu kleiner Stellen und Ermäßigung ihrer Leiſtungen verwendet, zum Teil auch in Parzellen oder im ganzen an geeignete Bewerber wieder verkauft. Wäre der Staat hierbei germaniſirungsluſtig geweſen, ſo würde er die Polen von dieſen Geſchäften ausgeſchloſſen und den deutſchen Käufern in Betreff des Wiederverkaufs Beſchränkungen auferlegt haben. Aber weder das eine noch das andre iſt geſchehen. Wenn trotzdem in den letzten Jahrzehnten viele Güter in der Provinz ihre polniſchen Beſitzer mit deutſchen vertauſcht haben, ſo trifft die Schuld nicht die Regierung, ſondern den Leichtſinn, die Verſchwendung und die liederliche Wirtſchaft der polniſchen Edelleute.

Aber die Sprachenfrage? wirft man ein und geberdet ſich, als wäre der polniſch redende Preuße in dieſer Beziehung min-

deſtens ſo bedroht wie ehedem der deutſche Schleswiger unter däniſchem Regimente oder wie jetzt der ſiebenbürger Sachſe durch die in Peſt herrſchenden Magyariſirungsbeſtrebungen. Nichts iſt unbegründeter. Auf dem Markte, in der Geſellſchaft, in der Schule, in der Kirche iſt das Polniſche völlig frei und ſtellenweiſe ſogar allein herrſchend. In der Kirche und Schule war bis vor wenigen Jahren in manchen Gegenden das Deutſche ſelbſt im Nachteil, indem die katholiſche Geiſtlichkeit mit allen Mitteln gegen dasſelbe wirkte und, wie im zweiten Kapitel des erſten Bandes gezeigt, nicht geringe Erfolge erreichte. Die Unterrichtsſprache aller katholiſchen Schulen in den gemiſchten Kreiſen iſt polniſch. An den höheren Lehranſtalten jener Konfeſſion iſt ſie es in den vier untern Klaſſen. Als Unterrichtsgegenſtand wird das Polniſche in allen Schulen der Provinz getrieben. Die Gottesdienſte der Polen ſind lateiniſch und polniſch, und verſprengte Deutſche müſſen in dieſe Sprache einſtimmen. Die Kommunalvertretungen der kleinen Städte verhandeln polniſch, und bei den Wahlen ſtehen beide Sprachen gleichberechtigt neben einander. Was die Geſchäfte vor Gericht und vor den Verwaltungsbehörden anlangt, ſo gilt folgendes. Die Geſetze werden ins Polniſche übertragen, nur verſteht ſich von ſelbſt, daß dabei der deutſche Text das eigentliche Geſetz bleibt und bei etwaiger Dunkelheit der Erklärung zu Grunde gelegt werden muß. Die Korreſpondenz der Gerichte unter einander und mit andern Behörden wird deutſch geführt. Bei Prozeſſen entſcheidet die Sprache des Klägers: iſt dieſer beider Idiome mächtig oder in keinem von beiden völlig bewandert, ſo wird deutſch verhandelt. Bei einſeitigen Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird die Sprache der Erklärenden zur Richtſchnur genommen; ſoll aber aus denſelben ein Gebrauch im Hypothekenbuche folgen, ſo müſſen ſie entweder in beiden Sprachen oder nur in der deutſchen aufge-

nommen werden. Beim öffentlichen Verfahren werden Dolmetſcher zugezogen. Die Verwaltungsbehörden korreſpondiren nach dem Regulativ vom 14. April 1832 unter einander deutſch. Den Bürgermeiſtern der kleinen Städte und den Geiſtlichen iſt, wenn ſie nicht deutſch verſtehen, polniſch zu ſchreiben erlaubt. Privatperſonen, von denen nicht feſtſteht, daß ſie mit dem Deutſchen bekannt ſind, erhalten deutſche Verfügungen mit polniſcher Überſetzung.

Man kann nicht ſagen, daß polniſcherſeits billigerweiſe mehr beanſprucht werden könne, und ſtatt immer von neuem zu klagen, ſollten die Abgeordneten und Zeitungen der Polen in Weſtpreußen und Poſen ſich lieber umſehen und dankbar anerkennen, was unter preußiſchem Regimente für das Land und ſeine Bevölkerung geſchehen iſt. Man würde da eine lange Reihe von Wohlthaten ſehen, die zum Teil unter Widerſtreben des polniſchen Adels, der Geiſtlichkeit und der Gemeinden ins Leben getreten ſind, die aber wohl nur wenige jetzt entbehren möchten. Zunächſt hat die Regierung die Zahl der Schulen in den vorwiegend polniſchen und katholiſchen Kreiſen der Provinz ſeit 1815 ungefähr auf das Fünfzehnfache, die der Lehrer auf das Siebzehnfache vermehrt. Die Zahl der Gymnaſien hat ſich von 2 auf 8 erhöht, man hat 3 katholiſche Lehrerſeminare und 5 Realſchulen gegründet, desgleichen 4 Progymnaſien, eine Ackerbauſchule, eine Taubſtummenanſtalt, ein Irrenhaus und eine Schule für Gärtner. Mit ſeinem Reichtum an Elementarſchulen — es giebt deren in der Provinz 2162 mit 2965 Lehrern und zirka 220000 Schülern — nimmt Poſen eine ſehr ehrenvolle Stelle unter den öſtlichen Landesteilen der preußiſchen Monarchie ein. Höchſt bedeutendes iſt ferner von der Regierung für die Anlage von Eiſenbahnen gethan worden. Die Provinz hat bereits ſeit etwa zwanzig Jahren ein großes

Schienenkreuz von Norden nach Süden und von Oſten nach Weſten. In den dreißiger Jahren beſaß ſie nur 4 Meilen an Chauſſeen, und 1862 hatte ſie zirka 322 Meilen, von denen 210 auf den Regierungsbezirk Poſen, 112 auf Bromberg fielen. Nur Arnsberg iſt in dieſer Hinſicht weiter entwickelt als Poſen, welches relativ mit Potsdam und Liegnitz auf einer Stufe ſteht. Vorzügliche Sorgfalt iſt ſodann der Bodenkultur, der Trockenlegung und Kanaliſirung von Moräſten hier wie in Weſtpreußen zugewendet worden. Endlich iſt an die großen Reformen zu erinnern, welche der aus polniſcher Mißwirtſchaft, Willkür und Verkommenheit in preußiſche Kultur übergegangnen Bevölkerung von ſeiten des Gouvernements in Geſtalt der Juſtizeinrichtung, der Gemeinheitsteilung und der Aufhebung der Hörigkeit des polniſchen Bauernſtandes zuteil wurden.

„Ich kann es mit Stolz ſagen," bemerkte der Reichskanzler in der oben ſchon einmal zitirten großen Rede, mit welcher er 1867 den Abgeordneten Kantak zurecht wies, „daß derjenige Teil der ehemaligen Republik Polen, der unter preußiſcher Herrſchaft ſteht, ſich eines Grades von Wohlſtand, von Rechtsſicherheit, von Anhänglichkeit der Einwohner an die Regierung erfreut, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, ſolange es eine polniſche Geſchichte giebt, nicht vorhanden und nicht erhört geweſen iſt. . . . Es iſt trotz aller Verführungsmittel, die bei den ungefähr alle fünfzehn Jahre ſich wiederholenden Inſurrektionen zur Auffriſchung der Gefühle angewendet wurden, nicht gelungen, die preußiſchen Unterthanen polniſcher Zunge in irgend erheblicher Zahl ſo zu verführen, daß ſie ſich an dieſen Beſtrebungen einer Minorität beteiligt hätten. Es iſt dies vorzugsweiſe vom Adel, gutsherrlichen Beamten und Arbeitern geſchehen. Der Bauer hat ſtets mit großer Energie gegen jeden Verſuch, die Zuſtände, von denen er durch ſeine Väter gehört

hatte [die Herrschaft des adeligen Kurbatsch über das geknechtete Landvolk der Jahre vor 1796*) ist gemeint], wiederherzustellen, zu den Waffen gegriffen in Reih und Glied, mit einer Energie, welche die Regierung im Jahre 1848 nötigte, im Interesse der Menschlichkeit andre als polnische Truppen gegen die Aufständischen zu verwenden. Diese selben Gefühle der Anhänglichkeit haben die polnischen Soldaten auf allen Schlachtfeldern bethätigt, sie haben ihre Treue gegen den König auf den dänischen und den böhmischen Schlachtfeldern [wir können jetzt hinzufügen, auch auf den französischen] mit ihrem Blut und mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit besiegelt."

Die Wahlen im Posenschen scheinen gegen diese dankbare Anhänglichkeit zu sprechen; denn sie lieferten sowohl in den preußischen Landtag als in den deutschen Reichstag eine Gruppe sehr hartnäckiger Opponenten und Protestler. Sie waren aber nur das Resultat einer fast beispiellosen Agitation, bei welcher die polnische Geistlichkeit die Hauptrolle spielte, und die Abgeordneten, die aus ihnen hervorgingen, nahmen nicht sowohl ein nationales als ein kirchliches Mandat mit, sie sollten ihre Wähler als Katholiken, deren Glaube angeblich bedroht war, nicht als Polen vertreten. Sie aber hielten sich für befugt und verpflichtet, das umzukehren, und sahen ihre Mission in Protesten gegen die Einheit des preußischen Staates, gegen die Zugehörigkeit Posens und Westpreußens zum deutschen Reiche und in der Forderung einer selbständigen Stellung dieser Provinzen, die, wie sie behaupteten, vertragsmäßig und durch Zusicherungen der Regierung verbürgt war. Bismarck aber bewies

*) Vergl. „Polens Auflösung" von E. v. d. Brüggen, zweites Kapitel, S. 45 ff.

ihnen in gründlicher und energiſcher Rede im Landtage und wiederholt im Reichstage, daß ſie nach allen Richtungen ihrer Oppoſition auf hohlem Boden ſtanden und von Vorausſetzungen ausgingen, die nicht zutrafen. In der Rede vom 18. März 1867 zeigte er mit Anführung von amtlich konſtatirten Beiſpielen, daß ſie gewählt waren, um ihre Wähler gegen die nach den Vorſpiegelungen hetzender Geiſtlichen von den Deutſchen drohende Gefahr für ihr katholiſches Gewiſſen zu ſchützen, keineswegs aber um polniſche Reſtaurationsgelüſte zu vertreten. Ein Pfarrer, den der Reichskanzler mit Namen anführte, hatte einer bäuerlichen Wählerverſammlung damals geſagt: „Die Wahlen ſind vor der Thür; man muß ſich zuſammennehmen, ſonſt wird man uns verbieten, polniſch zu ſprechen, polniſch zu ſchlafen, polniſch zu beten, zu ſingen und zu weinen, polniſch eine Kanzelrede zu halten. Unſre Kinder werden alle deutſch [involvirt bei vielen Polen niedern Standes den Begriff proteſtantiſch] werden, und dann geht es in Deutſchland gerade ſo wie in Rußland, dann werden wir gehängt, wenn wir uns Polen nennen.“ Ein andrer Geiſtlicher empfahl den Bauern ſeine eigne Wahl, indem er den Polen vorredete, die Regierung wolle ihnen ihre Sprache und ihren Glauben nehmen, ſie beabſichtige, ſie zu Evangeliſchen zu machen. Die polniſchen Bauern eines Dorfes ſagten ihrem Gutsherrn, er wolle gewiß ihr beſtes, aber ſie müßten für den regierungsfeindlichen Propſt ſtimmen; denn es handle ſich um ihr Seelenheil, der Propſt habe ihnen geſagt, wenn ſie ſeine Zettel nicht abgäben, ſo könnten ſie bei der Oſterbeichte nicht auf Abſolution rechnen. Eine ganze Anzahl von Pfarrern hielten Wahlreden von der Kanzel, in welchen ſie unter vielen Thränen ihrer Gemeinde verkündeten, wenn man nicht einen Polen wähle, ſo werde man unausbleiblich gezwungen werden, die katholiſche Religion und

die polniſche Sprache aufzugeben. Unmittelbar darauf verteilte dann gewöhnlich der Kirchendiener vor der Thür die Wahlzettel an die erſchreckten Stimmberechtigten.

So wars 1867, und ſo oder ganz ähnlich verfuhr die polniſche Geiſtlichkeit in Poſen und Weſtpreußen bei allen ſpäteren Wahlen bis auf die letzten. Bismarck bemerkte in ſeiner Rede gegen Kantak ironiſch, bei der Heiligkeit des geiſtlichen Standes könne er nicht daran zweifeln, daß jene Herren das, was ſie ihren Beichtkindern geſagt, wirklich geglaubt hätten. „Dann aber," ſo fuhr er fort, „herrſcht unter ihnen ein Grad der Unwiſſenheit in Bezug auf weltliche Dinge, der die Regierung dringend wünſchen laſſen muß, daß ihm von ſeiten der höheren Geiſtlichkeit ein Ende gemacht werde, namentlich wenn die Geiſtlichkeit dort die Aufſicht über den Jugendunterricht behalten ſoll." Dieſer Wunſch der Regierung, nach 1870 durch verſtärkte Wühlerei der polniſchen Pfarrer und Pröpſte noch dringender gemacht, iſt nicht erfüllt worden. Darauf ergingen die Geſetze, über welche die Poſener Abgeordneten wiederholt mit den Klerikalen in den Parlamenten in Klagen ausbrachen, das über die Schulaufſicht und andre, alle mit beſondrer Rückſicht auf Poſen und Weſtpreußen, und da die Agitation fortdauerte, ſo zwangen Not und Pflicht, von einer weſentlichen Milderung oder gar einer Beſeitigung dieſer Geſetze in jenen Provinzen Abſtand zu nehmen.

Sind denn aber die polniſchen Abgeordneten dieſer Landſtriche überhaupt befugt, im Namen der Polen das Wort zu führen und Privilegien für dieſelben zu verlangen? Die wiederholt zitirte Rede des Reichskanzlers, die heute ſo gehalten werden könnte wie vor ſechzehn Jahren, verneint es entſchieden. Es giebt in den genannten beiden Provinzen der preußiſchen Monarchie unter rund 2 800 000 Einwohnern

ungefähr 1 150000 Polen, aber 1 450000 Katholiken polniſchen und deutſchen Stammes. Es befinden ſich alſo dort etwa dreimalhunderttauſend Katholiken deutſcher Zunge, welche durch die geſchilderten klerikalen Umtriebe zum großen Teile verführt worden ſind, mit ihren polniſchen Glaubensgenoſſen für die von der Geiſtlichkeit empfohlenen Kandidaten der Oppoſitionspartei zu ſtimmen. Anderwärts hat die Fortſchrittspartei es für ihren Begriffen von Vaterlandsliebe und politiſcher Ehre angemeſſen betrachtet, Stimmzettel mit dem Namen des betreffenden polniſchen Bewerbers um das Abgeordnetenmandat in die Urne zu werfen. „Sie ſind alſo," ſagte mit vollem Rechte Bismarck 1867 der polniſchen Reichstagsfraktion, „nicht legitimirt, wenn Sie namens der beinahe drei Millionen dieſer beiden Provinzen, höchſtens legitimirt, wenn Sie namens der Katholiken, nicht aber wenn Sie namens der Polen ſprechen, namentlich nicht legitimirt, wenn Sie im Namen der Nationalität für diejenigen ſprechen, die in der Furcht, das Heiligſte, was ſie in ihrem Herzen tragen, ihren Glauben, beeinträchtigt zu ſehen, für Sie geſtimmt haben, infolge einer Furcht, die durch künſtliche und unwahre Vorſpiegelung in ihnen erregt war." Am 1. April 1871 aber, als die Fraktion den Antrag geſtellt hatte, die Provinz Poſen nicht in das deutſche Reich aufzunehmen, wobei die Herren ſich, wie gewöhnlich, die Miene gaben, als redeten ſie im Namen des polniſchen Volkes, rief ihnen der Reichskanzler zu: „Die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die ſich hier als Volk geberden, und zwar als polniſches Volk, ſind kein Volk, auch vertreten ſie kein Volk, ſie haben kein Volk hinter ſich, ſie haben nichts hinter ſich als ihre Irrtümer und ihre Täuſchungen, und zu denen gehört u. a., daß ſie vom polniſchen Volke hierher in den Reichstag gewählt ſeien, um

die polniſche Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu ſie gewählt worden ſind. . . . Sie ſind gewählt, um die Intereſſen der katholiſchen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, ſobald dieſe Intereſſen in Frage kommen, ſo werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllen. Denn dazu ſind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht, aber hier das polniſche Volk oder die polniſche Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht. Ein ſolches Mandat hat Ihnen kein Menſch gegeben, und das Volk im Großherzogtume Poſen am allerwenigſten. Es teilt nicht die Fiktion, die Sie verteidigen, daß die polniſche Herrſchaft gut geweſen wäre — oder nicht ſchlecht, wie der Herr Vorredner ſich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu ſein, kann ich Ihnen verſichern, ſie war ganz herzlich ſchlecht, und darum wird ſie niemals wiederkommen."

Sie wird in keiner Geſtalt wiederkommen, am wenigſten in der, welche ſie vor der erſten Teilung trug, einer Geſtalt, welche den Polen, die in den deutſchen Parlamenten die politiſche Selbſtändigkeit Poſens verlangten, ſtets ganz ebenſo als letztes Ziel vorſchwebte, wie denjenigen von ihren Landsleuten, die ſich 1830, 1846 und 1863 empörten und ſich noch heute mit Vorbereitungen zu neuen Aufſtänden beſchäftigen. „Den Gedanken der Wiederherſtellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772," ſagte der Reichskanzler 1867 in ſeiner Auseinanderſetzung der betreffenden Verhältniſſe, „braucht man nur auszudenken, um ſich von ſeiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es iſt eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug giebt. Es giebt ſehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt. Man ſpricht von ſechzehn Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik Polen von 1772 — ich abſtrahire ganz von

dem durch die Friedensſchlüſſe von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland und von dem durch den Frieden von Andruſſow [1686] an Rußland jenſeits des Dnjepr abgetretenen Gebiete mit der Stadt Kiew ohne das heutige Gouvernement gleiches Namens —, demnach iſt das Gebiet, welches übrig bleibt, heute von etwa vierundzwanzig Millionen Menſchen bewohnt. Unter dieſen befinden ſich ſieben und eine halbe Millionen Polen, mehr giebt es in der ganzen Welt nicht, und davon ſind anderthalb Millionen zerſtreut in weiten Gebieten, welche die weſtlichen Gouvernements des ruſſiſchen Reiches ausmachen, unter Völkerſchaften, die nicht nur keine Polen ſind, ſondern es auch gar nicht ſein wollen, die um alles in der Welt nicht unter die polniſche Herrſchaft zurückwollen. Sehen Sie nur in Galizien die Feindſchaft der Ruthenen gegen die Polen, denen ſie früher unterworfen waren gleich den Weſtpreußen. Ich führe gerade dieſes Beiſpiel an, weil es allen bekannt iſt, und Sie werden daran den Maßſtab haben, was die Gefühle der über zehn Millionen Nichtpolen ſind, die mit 1 200 000 Polen den Weſten des ruſſiſchen Reiches bewohnen. In den weſtruſſiſchen Provinzen ſtehen gegenüber den zehn Prozent Polen, die in ihnen zerſtreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen ſind und Land an ſich gebracht haben, oder als Renegaten ihres Volkes polniſche Sitte und Sprache angenommen haben, neunzig Prozent andre Völker, zum größten Teile ruſſiſchen Stammes, Ruthenen und Weißruſſen; dieſe ſprechen nur ruſſiſch, beten ruſſiſch, weinen ruſſiſch, wenn ſie unter polniſcher Herrſchaft ſind, ſie ſind Ruſſen und wollen Ruſſen bleiben und ſtehen der ruſſiſchen Regierung bei im Kampfe gegen den polniſchen Adel. Die übrigen ſind Litauer, Letten, Deutſche und eine ganz erhebliche Anzahl Juden. Da haben Sie alſo von vierundzwanzig Millionen zwölf Millionen,

wo es doch die größte Ungerechtigkeit wäre, wenn man den zehn Prozent unter ihnen eine gefürchtete und verhaßte Herrschaft über die übrigen neunzig Prozent beilegen wollte. In Galizien haben Sie, wie ich schon erwähnte, zwei Millionen Ruthenen gegen zwei Millionen Polen in Westgalizien, im Königreich Polen 3400000 Polen, außerdem eine Viertelmillion Russen im Südosten vom Gouvernement Lublin und eine Viertelmillion Litauer vom Niemen bis ungefähr nach Suwalki im nordöstlichen Zipfel des Königreichs; ferner haben Sie hier dreimalhunderttausend Deutsche und sechsmalhunderttausend Juden. . . . Ich habe schon erwähnt, daß wir in der Provinz Posen achtmalhunderttausend Polen haben, in der Provinz Westpreußen 350000. Zählen Sie diese alle zusammen — nur diejenigen aber, die kompakt genug wohnen, um ein Gemeinwesen zu bilden, und die bei sich zu Hause doch wenigstens in der Majorität sind —, dann bekommen Sie, wenn ich nicht irre, sechs und eine halbe Millionen Polen heraus, und im Namen dieser sechs und einer halben Millionen Polen fordern Sie die Herrschaft über vierundzwanzig Millionen zurück mit einem Tone, einem Gefühle, als ob es die tiefste, unwürdigste Knechtung und Erniedrigung wäre, daß Sie die Leute nicht noch ferner unter Ihrer Herrschaft haben und knechten können, wie es leider Jahrhunderte lang, ja ein halbes Jahrtausend lang geschehen ist. Man braucht nur die Verhältnisse genauer anzusehen, und dieser Anspruch hat vor Europa keinen Bestand, das Ganze verschwindet in Utopie, namentlich wenn man zur Verwirklichung der Utopie darauf ausgehen muß, zunächst drei große Reiche zu zerstören, Österreich, Preußen, Rußland, drei unter den fünf europäischen Großmächten in die Luft zu sprengen, um unter den Trümmern derselben eine neue phantastische Herrschaft von sechs Millionen Polen über achtzehn Millionen Nicht-

polen zu begründen. Ja, es iſt nicht einmal glaublich, daß dieſe ſechs Millionen Polen polniſch beherrſcht ſein wollen, ſie haben zu trübe Erfahrungen gemacht. Wodurch iſt die polniſche Bewegung in Weſtgalizien zum Stillſtande gekommen? Weil der polniſche Adel ſich überzeugte, daß der Bauer durchſchaute, wohin er zielte, nämlich zur Wiederherſtellung Polens. Da hat der polniſche Bauer einen Schreck bekommen und hat ſich weggewendet von der Bewegung und von den Vorſpiegelungen, die ihm von ſeiten des Adels gemacht worden waren. Auch der Adel hat einen Schreck bekommen, wenn er an die furchtbaren und verbrecheriſchen Blutthaten der Bauern im Jahre 1846 dachte,*) er hat den Säbel eingeſteckt und lebt einſtweilen in Frieden mit der öſterreichiſchen Regierung. Ich glaube, ich brauche das nur anzuführen — die Herren polniſcher Zunge kennen die Verhältniſſe beſſer als ich —, um die Behauptung zu unterſtützen, daß ſelbſt die ſechs und eine halbe Millionen Polen nicht die Abſicht haben, von ein paarmal hunderttauſend polniſchen Edelleuten von neuem beherrſcht zu werden. Auch der Verlauf der Inſurrektion in Rußland zeigt dies. Ich will die ruſſiſche Herrſchaft nicht als eine beſonders milde rühmen, aber der polniſche Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen als zu der Herrſchaft ſeines adligen Landsmannes. Wo die Ruſſen hinkamen und die Hängegendarmen verſchwanden, fanden jene damals, vor drei Jahren, die bereitwilligſte Unterſtützung, ſoweit die Furchtſamkeit der eingeſchüchterten Bevölkerung es geſtattete. Ich möchte Sie alſo bitten, meine Herren, Sie, die Sie behaupten, das polniſche Volk zu vertreten, verzichten Sie darauf, Europa, Preußen, Ihre eigne Provinz in Unruhe zu erhalten,

*) Das polniſche Landvolk trat damals für die Regierung auf, und zweitauſend polniſche Edelleute und Prieſter fielen unter ſeinen Senſen und Dreſchflegeln.

indem Sie einem ganz unerreichbaren Ziele nachjagen. Man kann in Ihnen vielleicht die Hoffnung erwecken, dies Ziel sei erreichbar, aber dann täuscht man Sie, oder Sie täuschen sich selbst darüber, wie man es leicht thut über das, was man wünscht. Daß der polnische Adel ein gewisses Heimweh nach den frühern Zuständen hat, ist mir vollständig erklärlich, das findet sich auch in den deutschen ehemals geistlichen Territorien in ganz analoger Weise. Verzichten Sie darauf, diesem Phantome nachzujagen, vereinigen Sie sich mit uns, vereinigen Sie sich mit der Mehrzahl Ihrer polnisch sprechenden Brüder in in Preußen, mit den polnischen Bauern in der Teilnahme an den Wohlthaten der Zivilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den Norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt, beteiligen Sie sich ehrlich am gemeinsamen Werke, und Sie werden unsre Hand offen finden, und wir werden Sie mit Freuden als unsre Brüder und Landsleute in unsrer Mitte begrüßen. Der hohen Versammlung aber in ihrer deutschen Mehrzahl möchte ich dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen stellen, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer und mächtiger Staat, geleitet von einem tapfern, kriegerischen und gewiß auch einsichtigen Adel, gelangen kann, wenn er die Freiheit des Einzelnen höher stellt als die Sicherheit nach außen, . . . wenn die Freiheit des Individuums die allgemeinen Interessen erstickt. . . . Die energischsten Anstrengungen des polnischen Adels, um die verlorne Herrschaft wiederzugewinnen, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, die einzelne Individuen für diese Zwecke an den Tag legen, alles das reicht nicht hin, um die verlornen Güter zurückzubringen."

Wir werfen schließlich noch einen Blick auf die Traktate

und Proklamationen, auf welche die polniſche Fraktion im preußiſchen Abgeordnetenhauſe ſich ſtützen zu können meint, wenn ſie für Poſen eine Sonderſtellung in der Monarchie beanſprucht. Bismarck hat dieſen Anſpruch im Landtage an der Hand jener Abmachungen zurückgewieſen, und wir dürfen annehmen, daß die folgende ausführlichere Auseinanderſetzung mit dem, was er damals bemerkte, übereinſtimmt. Die Sache verdient aber eine möglichſt gründliche Klarſtellung, da die wiederholt als grundlos nachgewieſenen Behauptungen der Polen immer wieder vorgebracht werden, und zwar mit einer Miene, als ob ſie die unzweifelhafteſte Wahrheit enthielten. Noch im Frühjahr 1882 hatte die Polengruppe im preußiſchen Abgeordnetenhauſe die Abſicht, einen „Generalantrag“ wegen Gewährung der den Polen im Poſenſchen angeblich durch die Wiener Verträge verbürgten Rechte einzubringen, man vertagte indes die Ausführung des Planes, obwohl die Ultramontanen von der Richtung Windthorſts ſich der Sache günſtig gezeigt haben ſollten. Wenn dieſelbe wieder aufs Tapet gebracht wird, ſo werden wir vermutlich das alte Lied in neuer Variation zu hören bekommen, vielleicht auch nur ein Stück der oft widerlegten Nörgelei, und da deutſche Volksvertreter geneigt ſein ſollen, ſich der Lamentirenden anzunehmen, ſo wird es nützlich ſein, auch in dieſer Darſtellung daran zu erinnern, daß ſie daran ſehr unrecht thun würden.

Das Klagelied der polniſch redenden Landboten im preußiſchen Parlamente lautet in der Kürze wie folgt: In der Wiener Schlußakte vom Juni 1815 und dem Beſitznahmepatent, ſowie in der dasſelbe begleitenden Proklamation iſt eine Perſonalunion zwiſchen dem Großherzogtume Poſen und Preußen geſchaffen, und außerdem ſind den Polen in jenem Gebiete damals beſtimmte Verheißungen in Betreff der Wahrung ihrer Nationalität

und Sprache und des Schutzes ihrer Religion und Kirche erteilt worden; alles das ist aber ohne Beachtung geblieben und wartet noch heute auf Erfüllung.

Prüfen wir diese Behauptung an den Thatsachen.

Man möge über das Verfahren Friedrich Wilhelms des Zweiten bei der zweiten Teilung Polens so hart urteilen, wie man billigerweise kann, 1815 hatte sein Nachfolger die Provinz Posen in gutem, ehrlichem Streite erworben: sowohl das Recht der Niederwerfung einer Empörung als dasjenige der Eroberung stand auf seiner Seite. Was die Polen unter Kosciuskos Führung an öffentlicher Achtung und Teilnahme gewonnen hatten, das hatten sie durch die bedientenhafte Weise, in der sie sich an die Ferse Napoleons hefteten und unter seinem Gebot wider edlere, freiheitsliebende Völker kämpften, vollständig verscherzt. Nie waren sie in Europa geringer geachtet als 1814, wo Talleyrand schrieb, die polnische Frage sei nur eine einfache Angelegenheit der Teilung und der Grenzbestimmung, welche die dabei interessirten Staaten unter sich abzumachen hätten. Für Frankreich, für Europa habe sie nur geringes Gewicht. Lord Castlereagh, dessen Noten die Polen seitdem wie Gesetze behandelten, durch welche Preußen gebunden wäre, äußerte brieflich um dieselbe Zeit, daß er nicht begreife, weshalb Preußen nicht auf Kosten eines Feindes entschädigt werden solle, der nach den Grundsätzen des Völkerrechts die Gesamtheit seiner politischen Rechte eingebüßt habe. Nur der Kaiser Alexander von Rußland zeigte Sympathie für die Polen, aber nicht nur der Freiherr von Stein war andrer Meinung, sondern auch der eigne Minister des Zaren, Pozzo di Borgo. „Sind die Polen," sagte dieser, „so gut für eine freie Verfassung vorbereitet, warum haben sie dann bei Bonaparte keine Schritte gethan, um sich als Nation hinzustellen, warum blieben sie nur

ein franzöſiſches Militärdepartement? Weshalb haben ſie gar keinen Widerwillen kundgegeben, zu marſchiren, um die Spanier zu morden, warum ſtellten ſie Feſte und Gelage an, wenn ein Regiment nach den Pyrenäen zog? Die Polen fordern nicht ihre Befreiung, ſondern ihre Selbſtherrſchaft, nachdem ſie Madrid verwüſtet und Moskau verbrannt haben. Sie deklamiren Dramen über ihr Unglück, und doch iſt ihr Loos kein andres als das, welches alle Völker, die ſich ſo betragen, getroffen hat.“*) In dieſer Stimmung gegen die Nation der Herren Niegolewski und Kantak ging man an die Arbeiten des Wiener Kongreſſes. Es handelte ſich hier nur darum, die Modalitäten zu finden und zu beſtimmen, welche dem Frieden und der Ruhe der Staaten eine möglichſt lange Dauer verleihen würden.

Die Wiener Hauptakte vom 9. Juni 1815 ſagt in Bezug auf unſre Frage**) im erſten Artikel: „Die polniſchen Unterthanen Rußlands, Öſterreichs und Preußens werden eine Vertretung und nationale Einrichtungen bekommen, geregelt nach der Weiſe politiſcher Exiſtenz, welche jede einzelne der Regierungen, unter die ſie gehören, ihnen zu gewähren für nützlich und zweckmäßig erachten wird.“ Dieſes Verſprechen iſt in Preußen bereits durch die Einrichtung der Provinziallandtage von 1823 erfüllt worden. Der 23. Artikel der genannten Akte lautet: „Nachdem Se. Majeſtät der König von Preußen infolge des letzten Krieges wieder in den Beſitz mehrerer Provinzen und Gebiete gelangt iſt, welche durch den Frieden von Tilſit

*) Pertz, Stein, IV. S. 184.

**) Vergl. zu dem folgenden: „Die ſtaatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen“ von Geh. Reg.-Rat Noah, 1861, und „Das Großherzogtum Poſen und die Polen,“ eine in demſelben Jahre erſchienene Arbeit, deren unbekannter Verfaſſer im erſten Abſchnitte derſelben aus einer 1849 verfaßten, nur als Manuſkript gedruckten Denkſchrift des Majors von Voigts-Rhetz ſchöpft.

abgetreten worden waren, wird durch den gegenwärtigen Artikel anerkannt und erklärt, daß Se. Majestät, dessen Erben und Nachfolger folgende Länder, nämlich den im 2. Artikel bezeichneten Teil seiner alten polnischen Provinzen, die Stadt Danzig und deren Gebiet, wie es im Tilsiter Vertrage festgestellt worden, den Kottbuser Kreis u. s. w. von neuem wie früher in voller Souveränetät und unbeschränktem Eigentume besitzen werden." Nach dem Schlusse desselben Artikels besitzt der König die bezeichneten Gebietsteile „mit allen den Rechten und Ansprüchen irgendwelcher Art, welche Se. Preußische Majestät vor dem Tilsiter Frieden besessen, und auf welche er niemals durch andre Verträge, Akte oder Übereinkünfte verzichtet hat." Nirgends ist hier von einer Personalunion die Rede, und wenn sich Friedrich Wilhelm der Dritte in dem Besitznahmepatente vom 15. Mai 1815 den Titel eines Großherzogs von Posen beilegte, so kann er dabei nicht entfernt den Gedanken an ein solches Verhältnis Posens zum Ganzen der übrigen preußischen Lande im Sinne gehabt haben. „Früher," d. h. vor dem Jahre 1807, vor dem Tilsiter Frieden, hatte niemand die Stellung der einst polnischen Provinzen Preußens zu den deutschen sich als Personalunion vorgestellt. Ernannte der König jetzt im Besitznahmepatent zum Behufe der Organisation einen besondern Statthalter für Posen, so war das umso unverfänglicher, als auch alte Provinzen, z. B. Pommern, einen solchen hatten. Wichtig ist, daß er die neue Erwerbung in jenem Aktenstücke als „Provinz" bezeichnet, und daß er Titel und Wappen derselben seinem Titel und Wappen nicht beifügt, sondern sie in dieselben „aufnimmt." Entscheidend und jeder Vorstellung von einer Personalunion widerstrebend ist endlich das Arrangement, vermittelst dessen er in dem Patente Teile der neuen Provinz mit West-

preußen verbindet und ihr wiederum weſtpreußiſche Gebiete einfügt.

In der Proklamation, welche das Beſitznahmepatent begleitete, heißt es: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu müſſen. Ihr werdet an der Konſtitution teilnehmen, welche ich meinen Unterthanen zu gewähren beabſichtige, und ihr werdet wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfaſſung erhalten. Eure Religion ſoll aufrecht erhalten und zu einer ſtandesgemäßen Dotation ihrer Diener gewirkt werden. Eure perſönlichen Rechte und euer Eigentum kehren wieder unter den Schutz der Geſetze zurück, zu deren Beratung ihr künftig zugezogen werden ſollt. Eure Sprache ſoll neben der deutſchen bei allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem von euch ſoll nach Maßgabe ſeiner Fähigkeiten der Zutritt zu den Ämtern des Großherzogtums, ſowie zu allen Ämtern, Ehren und Würden meines Reiches offenſtehen.“ Von dieſen Verheißungen hat der König nur die unerfüllt gelaſſen, welche eine Konſtitution verſprach; dies betraf aber die übrigen Preußen ebenfalls und nicht minder und wurde 1848 gutgemacht. Alle andern Zuſicherungen wurden, ſoweit irgend möglich, verwirklicht und, wie oben gezeigt, daneben ſehr weſentliche Wohlthaten andrer Art gewährt.

Am 3. Auguſt 1815 fand die Erbhuldigung ſtatt. Vor derſelben hielt der Statthalter, Fürſt Anton Radziwill, eine Anſprache, in welcher er ſeine Landsleute glücklich pries, nun „einem Staatskörper einverleibt zu werden, deſſen Ruhm und Macht auf einer weiſe beſchränkten Freiheit, auf einer unparteiiſchen Gerechtigkeit und auf einer alles umfaſſenden Fürſorge der Regierung beruhen.“ Dann leiſteten ſie — genau nach der Formel von 1796 — den Treueid, Beamte, Geiſtliche, Ritterguts-

beſitzer, ohne Proteſt, ohne irgendwelche Einſchränkung. Der Oberpräſident von Zerboni ſah denſelben nach ſeinen Erfahrungen nicht für bindend genug an und ließ daher die polniſchen Beamten noch einen Revers unterſchreiben, der folgenden Paſſus enthielt: „Ich erkenne Se. Majeſtät den König von Preußen als den einzigen rechtmäßigen Souverän dieſes Landes und den Anteil von Polen, welcher durch den Kongreß zu Wien dem königlich preußiſchen Hauſe wieder zugefallen iſt, als mein Vaterland, das ich gegen jede Macht und gegen jedermann, wer es auch ſei, unter allen Umſtänden und Verhältniſſen mit meinem Blute zu verteidigen verpflichtet und bereit bin.“ Die Polen haben aus dieſer Taktloſigkeit und Eigenmächtigkeit eines Beamten Kapital geſchlagen und die betreffende Präſidialverfügung unter die „ſtaats- und völkerrechtlichen Urkunden, welche das Verhältnis des Großherzogtums Poſen zur preußiſchen Krone feſtſtellen,“ zu rechnen beliebt. Sehr mit Unrecht und ſehr leichtfertig; denn Radziwill erklärte dieſe Verordnung durch Reſkript für ungiltig, nachdem der Oberappellationsgerichtspräſident von Schönermarck, darüber befragt, ſein Gutachten dahin abgegeben hatte: „Die zweite Periode [des Reverſes] läßt den Unterſchreibenden den Anteil von Polen, welcher dem königlich preußiſchen Hauſe zurückgefallen iſt, als ſein Vaterland anerkennen. Der Begriff des Vaterlandes bezieht ſich aber nicht auf einzelne Provinzen, ſondern auf den ganzen Staat, dem man angehört. Das Vaterland des Einwohners des Großherzogtums iſt alſo jetzt das ganze preußiſche Land.“

Im Jahre 1816 wurde die altpreußiſche Geſetzgebung im Poſenſchen nach ihrem vollen Umfange wieder eingeführt. Im Jahre 1823 bekam die Provinz eine Provinzialordnung, die vollſtändig mit denen übereinſtimmte, welche den übrigen Provinzen zuteil wurden. Wir könnten dieſes Verfahren an ſämt-

lichen weiteren organiſchen Geſetzen aufzeigen, wobei wir erſt bei der Gemeindeordnung von 1850 auf einen Unterſchied ſtoßen würden, indem hier die niemals praktiſch gewordene Demarkationslinie Pfuels vorausgeſetzt iſt. Es genügt indes, ſich die Kabinetsordres und Landtagsabſchiede Friedrich Wilhelms des Vierten anzuſehen, um zu erkennen, daß derſelbe den Standpunkt ſeines Vorgängers in der Regierung hinſichtlich Poſens entſchieden behauptet hat. Im Landtagsabſchiede von 1841 heißt es, um nur ein Beiſpiel anzuführen: „In Übereinſtimmung mit dem Inhalte der Wiener Traktate hat das Beſitznahmepatent und der Zuruf unſers in Gott ruhenden Herrn Vaters Majeſtät vom 15. Mai 1815 die Einwohner der Provinz Poſen der Monarchie einverleibt und damit den Charakter einer vollſtändigen, untrennbaren und alle Verhältniſſe durchdringenden Vereinigung ausgeſprochen. Das Großherzogtum Poſen iſt eine Provinz in demſelben Sinne, in derſelben unbedingten Gemeinſchaft wie alle übrigen Provinzen, die unſerm Szepter unterworfen ſind. Mit dieſer Stellung der Provinz Poſen iſt die Stellung der verſchiedenen Nationalitäten, die ſie in ſich ſchließt, iſt der Gang ihrer fernern Entwicklung unverrückbar vorgezeichnet. Der polniſchen Nationalität iſt durch die Wiener Traktate und durch den Zuruf vom 15. Mai 1815 Berückſichtigung und Schutz verheißen. Die rühmliche Liebe jedes edlen Volkes zu ſeiner Sprache, ſeiner Sitte, ſeinen geſchichtlichen Erinnerungen auch in Polen zu achten und zu ſchützen, war der Vorſatz der Vollzieher des Wiener Traktats, und auch unter unſrer Regierung ſoll ihr Würdigung und Schutz zuteil werden. . . . Aber wie jede Gabe an die Bedingung geknüpft iſt, daß ſie nicht mißbraucht werde, ſo können auch wir unſre Verheißungen und Abſichten von dieſer Bedingung nicht löſen. In der untrennbaren Verbindung mit unſrer Monarchie hat

das Nationalgefühl der polnischen Unterthanen unsrer Provinz Posen die Richtung seiner fernern Entwicklung, die feste Schranke seiner Manifestation zu erkennen. Die Verschiedenheit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen des Staates, dem sie gemeinsam für immer angehören, in dem Namen Preußen."

Und wie sich das absolute Königtum in Preußen den Polen gegenüber nichts vergeben hat, so auch die Verfassung. Der erste Paragraph derselben sagte: „Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet." Die polnischen Abgeordneten wollten anfangs ihre Mandate niederlegen, um nicht schwören zu müssen. Indessen erschien ihnen das aus verschiedenen Gründen unbequem, und so kamen sie 1850 wieder, um den Eid mit Vorbehalt zu leisten und „auf dem durch die Verfassung gebotenen Wege die Rechte des Landes wahrzunehmen." Der Präsident des Landtages aber ließ dies selbstverständlich nicht zu, indem er erklärte: „Wenn die Herren den Eid leisten, so leisten sie ihn strikte und unbedingt." So schwuren sie denn in dieser Weise, und dies geschah später auch von allen andern preußischen Landboten polnischer Zunge. Als der Norddeutsche Bund gegründet wurde, protestirte der Abgeordnete Kantak gegen das Zustandekommen desselben mit Einschluß Posens, in Wahrheit aber, wie der Bundeskanzler ihm nachwies, gegen die verfassungsmäßige Einheit der preußischen Monarchie. „Diese Einheit anzuerkennen," bemerkte der Kanzler, „und doch dagegen zu protestiren, daß der Staat, zu dem man gehört, berechtigt sei, seine staatlichen Zwecke auch im Verein mit den Nachbarstaaten zu erstreben, mit denen er glaubt, sie besser erreichen zu können, das kann in der That niemand, der nur einige Logik sich bewahrt hat, einfallen." Irgendwelche Folge hatte dieser Einspruch des pol-

niſchen Herrn ſo wenig wie 1871 der Antrag polniſcher Abgeordneter, die Provinz Poſen nicht in das deutſche Reich mit aufzunehmen. „Ich beſtreite Ihnen," ſagte Fürſt Bismarck bei dieſer Gelegenheit, „das Recht, ſich auf einen Vertrag für Sonderſtellung einzelner Provinzen im preußiſchen Staate zu berufen. Sie haben es ſtets ſorgfältig vermieden, dieſe Verträge ihrem vollen Wortlaute nach anzuführen. . . . Es wäre die Exiſtenz des Großherzogtums Poſen und Weſtpreußens im preußiſchen Staate, wie ſie ſeit einem halben Jahrhundert iſt, nicht möglich geweſen, wenn etwas derartiges, wie Sie ſtets wiederholt anführen, in den Verträgen feſtgeſetzt wäre." Die Provinzen Poſen und Weſtpreußen ſind alſo nach den Verträgen und Proklamationen von 1815, den alten Landesgeſetzen und der von ihren polniſchen Abgeordneten immer wieder beſchworenen Verfaſſung ein integrirender Teil der preußiſchen Monarchie und des deutſchen Reiches, und wer an dieſem Verhältniſſe rüttelt, es zu löſen verſucht, macht ſich des Landesverrates ſchuldig.

Faſſen wir das Geſagte zuſammen, ſo meinen wir die Gedanken des Reichskanzlers wiederzugeben, wenn wir folgendes behaupten. Preußen beſitzt den Teil des ehemaligen Polenreiches, der ihm einverleibt iſt, vollkommen rechtmäßig. Die betreffenden Provinzen ſind, ganz ſo wie die übrigen Glieder, nicht bloße Anhängſel des preußiſchen Staatsorganismus. Die Einſprüche dagegen, die aus den Verträgen abgeleitet werden, ſind null und nichtig, grundlos und unlogiſch, und die Abgeordneten, welche ſie erheben, haben dazu von ihren Wählern kein Mandat. Der Beſitz dieſer Provinzen iſt für Preußen eine Notwendigkeit. Das Eroberungsrecht hier nicht anerkennen, heißt im Munde von Polen, die polniſche Geſchichte in der Zeit der Macht der Republik vergeſſen, eine Geſchichte, die eine Kette von Erobe-

rungen ist. Diese Eroberungen waren mit grausamer Knechtung und Aussaugung der Unterworfenen verbunden. Polen konnte infolge seiner Verfassung, welche die Freiheit des Einzelnen höher stellte als das Wohl des Staates, in der neuen Zeit nicht fortbestehen. Eine Wiederherstellung desselben ist schlechterdings unmöglich; denn sie würde die Herrschaft einer Minorität von sechs bis sieben Millionen Polen über ungefähr dreimal soviel Nichtpolen und die Zerreißung von drei Großstaaten Europas bedeuten. Die wiederholt aufgetauchte Lüge, der leitende preußische Staatsmann neige zu einer solchen Restauration hin und habe Schritte zu ihrer Herbeiführung gethan, war schon aus diesem Grunde im höchsten Grade unwahrscheinlich. Für die große Masse der polnischen Bevölkerung Preußens ist die Aufnahme in dessen Staatsverband und in die deutsche Kultursphäre ein Segen gewesen, und viele empfinden das dankbar und würden das noch stärker empfinden, wenn ihre Geistlichen nicht durch Vorspiegelung einer Gefahr für ihren katholischen Glauben gegen die Regierung und das deutsche Wesen wirkten. Trotzdem würde dem Volke in den polnisch redenden Kreisen Preußens eine Wiederkehr der alten Zustände als ein schweres Unglück erscheinen. Nur die Adelichen und der Klerus wissen, was sie wollen, wenn sie eine Wiederherstellung der polnischen Republik vor den Teilungen wünschen und erstreben. Die Vergangenheit ist ihnen, was den ausgewanderten Juden Ägypten mit seinen Fleischtöpfen war. Sie wollen wieder in den Stand gesetzt sein, mit den Bauern nach Belieben zu schalten, die deutsche Zucht soll wieder der polnischen Freiheit weichen, die deutsche Bildung der römischen Dressur. Solchen Wünschen ist aber ein genügend starker Pflock vorgesteckt, und das ist eine Wohlthat. Es ist ein Glück für den polnischen „Patriotismus“ oder — nennen wir das Kind beim rechten Namen — für den

Egoismus mit der patriotiſchen Kokarde, daß er nicht die Macht hat, ſeine Velleitäten in erfolgreiche Thaten umzuſetzen, er würde ſich und das ganze Volk und Land abermals zu Grunde richten. Wir aber werden ihm in keiner Weiſe zur Verwirklichung ſeiner Phantome verhelfen. Es wäre Sünde gegen uns ſelbſt und Sünde gegen unſern Nächſten, der zwar weiß, was er will, aber nicht weiß, was er thut.

Viertes Kapitel.

Bismarck und die Presse.

Darüber, ob die Presse, wie sie sich bei uns herausgebildet hat, oder drücken wir uns genauer aus, ob die periodische Literatur, die Gesamtheit unsrer Tagesblätter und Wochenschriften, in der politischen Welt mehr Nutzen als Nachteil schafft, wird sich streiten lassen, desgleichen über die Frage, ob sie die öffentliche Meinung macht oder ausdrückt. Dagegen sind wohl alle Sachkenner darüber einverstanden, daß sie bei allen ihren Mängeln eine Macht ist, wenn auch, wenigstens in Deutschland, noch lange nicht die siebente Großmacht, als welche Phrasenliebhaber sie zu bezeichnen lieben.

Bei der Eile, mit welcher die Zeitungen hergestellt werden müssen, ist bei den Redaktionen wie bei der Mehrzahl der Mitarbeiter Gründlichkeit ausgeschlossen und Schnelldenkerei geboten. Man muß urteilen, auch wo noch keine genügenden Grundlagen dazu zur Hand sind. Bei dem Wechsel der Nachrichten, welche der Telegraph und die Korrespondenten liefern, und von welchen

die eine die andere nicht bloß ergänzt, ſondern oft umſtößt, iſt eine ſtetige Haltung nicht möglich. In der Regel vertritt das Blatt eine Partei, von deren Standpunkt es die Dinge entweder unwillkürlich falſch oder ſchief anſieht oder bewußt in zu günſtiges oder zu ungünſtiges Licht ſtellt, ſie auch wohl ganz in Glanz kleidet oder mit Dunkel übermalt. Endlich ſind dieſe „Organe der öffentlichen Meinung“ nicht ſelten Gründungen und Apparate von Bankfirmen oder Konſortien, in deren Intereſſe es liegt, politiſche Thatſachen zu betonen oder zu verſchweigen, zu färben oder zu erfinden, um das Barometer der Börſe ſteigen oder fallen zu machen. So iſt die Belehrung, welche das Publikum aus den Erzeugniſſen der journaliſtiſchen Thätigkeit ſchöpft, häufig von zweifelhaftem, zuweilen von gar keinem Werte. Abſichtlicher Irreführung ganz zu geſchweigen, iſt der Gewinn, welchen der Leſer dem Unterricht der Zeitungen zu danken hat, immer nur ein mäßiger. Man erfährt vieles, aber nicht viel. Man behält von ſeiner Lektüre wenig klares und feſtes in den Händen. Man wird unſicher und gewöhnt ſich an Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit. Man gewöhnt ſich ferner daran, ſtatt ſich durch eignes Nachdenken, durch Umſchau in der thatſächlichen Welt und mündlichen Austauſch von Anſichten ſelbſt eine Meinung zu bilden, ſich dieſe Meinung jeden Morgen oder Abend von andern ſerviren zu laſſen, mit andern Worten: man produzirt nicht mehr, ſondern nimmt nur noch auf, wobei durch raſches Vergeſſen der Quelle der Leſer in den Irrtum verfällt, das Produkt fremder Hände für ſelbſtgewonnene Überzeugung zu halten und ſich dafür zu erhitzen. Andrerſeits aber beſtimmt und nötigt die ſo von den Hauptblättern gemachte öffentliche Meinung vielfach ihre Urheber, trotz beſſerer Erkenntnis auf den einmal betretenen Irrwegen zu beharren, weil ſie ſich ſonſt bei ihren Abonnenten diskreditiren würden. „Die

ich rief, die Geiſter, werd' ich nun nicht los." Die Ehrfurcht vor der Weisheit des großen Blattes darf nicht Schaden leiden; denn man arbeitet mit ihr für die Zwecke ſeiner Partei, und man lebt von ihr.

Auf einer ſeiner parlamentariſchen Soireen, im Dezember 1875, äußerte Bismarck ſich gegen eine Gruppe von Abgeordneten in Betreff der deutſchen Preſſe ungefähr dahin: „Es wird in unſern Zeitungen zu viel auf Senſationelles geſehen, als ob alle Tage ſo etwas paſſiren müßte. Jede Nummer muß, wo möglich, etwas Neues bringen, etwas Bedeutendes, Außerordentliches. So verwöhnen ſie das Publikum, das nun ſolche Dinge erwartet und verlangt von ſeinen Blättern, und die verlangen's dann von ihrem Korreſpondenten. Der kommt dadurch in eine ſchlimme Lage. Er ſoll in allen ſeinen Berichten etwas Neues ſchreiben, wichtige Nachrichten, und geſchieht das nicht, ſo hält ihn ſeine Redaktion entweder für nachläſſig und zu bequem, um ſich ordentlich umzuſehen in ſeinem Revier, oder ſie denkt, er hat keine guten Verbindungen. Da ſetzt er ſich dann hin und berät ſich mit ſeiner Phantaſie oder er macht ſich an auswärtige Geſandtſchaften, die ihn natürlich gern mit Nachrichten verſehen, welche ihren Zwecken entſprechen. — Gegenwärtig z. B. iſt alles ſtill bis auf das bischen Herzegowina, das uns direkt garnichts angeht. Dann iſt noch eins: unſre Blätter beſchäftigen ſich zu viel mit dem Auslande, mit den franzöſiſchen Zuſtänden, mit den Fragen, die im engliſchen Parlamente verhandelt werden, mit den dortigen Volksverſammlungen, Wahlen, Ernennungen und dergleichen. Das iſt doch nur zuweilen für uns von wirklichem Intereſſe. Wer kümmert ſich denn in den Pariſer Zeitungen darum, ob der oder jener in Trakehnen oder Kaukehmen in den Landtag gewählt worden iſt, oder was Herr N. N. in einer Kreisſtadt ſeinen politiſchen

Freunden vorgetragen hat, oder wie der neue Regierungspräſident in Königsberg heißt? Viel beſſer und nützlicher wäre es, wenn man es wie die Preſſe in England machte; die beſchäftigt ſich faſt nur mit innern Angelegenheiten, ſachkundig und gründlich, und ſo wird das Publikum wirklich belehrt und bekommt ein Urteil über ſolche Fragen."

Andre und zwar direkt fühlbare Nachteile, welche die Thätigkeit der Preſſe der öffentlichen Wohlfahrt zufügen kann und wiederholt zugefügt hat, hob der Reichskanzler in der Rede hervor, die er am 9. Februar 1876 bei der dritten Beratung der Strafgeſetznovelle im Reichstage hielt. Indem er auf die Schäden zu ſprechen kam, welche durch Verbreitung erdichteter und entſtellter Thatſachen für das Gemeinweſen zu entſtehen pflegen, ſagte er: „Ich erwähne in erſter Linie dabei die auswärtigen Verhältniſſe, die Entſtellung der Sachlage in Bezug auf Krieg und Frieden. Laſſen Sie mich mit kurzen Worten die Kriegslügen nennen, die ſeit zwölf Jahren, ja ſeit länger die ängſtlichen Gemüter verwirrt und nicht unweſentlich dazu beigetragen haben, daß die Geſchäfte darniederliegen." Der Kanzler wies dann zunächſt auf ein belgiſches Blatt aus dem Jahre 1863 hin, in welchem es hieß: „In Berlin raunt man ſich ins Ohr, daß es im Winter eine neue Quadrupelallianz zwiſchen Preußen, Frankreich, Italien und Schweden geben ſoll. Den Anſchluß Dänemarks würde man durch endgiltige Überlaſſung von Schleswig-Holſtein erreichen. Schweden ſoll Finnland bekommen, Polen ſeine alten Grenzen von 1772 wieder erhalten, Italien Venedig, Frankreich Mainz, Köln und vielleicht Brüſſel, Preußen würde ganz Deutſchland und möglicherweiſe auch Holland erhalten." „Da finden Sie alſo," fuhr der Redner fort, „den erſten Urſprung all dieſer Hetzereien in Bezug auf das uns ſehr befreundete und durch beiderſeitig friedliche Ge-

ſinnungen geſchützte Holland. In vielen Blättern hat ſich dieſe Lüge durch viele Jahrgänge hindurchgezogen. Dabei iſt es nicht geblieben. Sie wiſſen, daß bald darauf, nach dem Frieden mit Öſterreich, der franzöſiſche Kriegslärm folgte, ein Krieg, der ſchließlich doch nicht durch uns begonnen wurde, und ſeitdem ſind wir ununterbrochen verdächtigt worden. So viel ich mich erinnere, hieß es im Jahre 1871, wir würden nun die Oſtſeeprovinzen von Rußland erobern wollen; es waren vorzugsweiſe polniſche Blätter, die ja jederzeit gern in der Ausſicht ſchwelgen, daß ein Krieg zwiſchen Rußland und Deutſchland ausbrechen werde. Darauf kamen die Verleumdungen, als dächten wir an einen Krieg gegen Öſterreich, und dann kam bis zum Kulminationspunkt im vorigen Frühjahr der jetzige Kriegslärm auf Grund einiger Zeitungsartikel,*) welche ein das Wunderliche noch überſchreitendes Maß von Leichtgläubigkeit gefunden haben.... Daß Entſtellungen der Thatſachen in Bezug auf die Lage von Krieg und Frieden nachteilig auf Handel und Verkehr wirken, iſt ja ganz klar, und ich ſchreibe einen großen Teil der Stockung in den Geſchäften den Entſtellungen der Zeitungen zu. Aber die eigentliche Schuld liegt doch an der wunderbaren Leichtgläubigkeit und an der Senſationsbedürftigkeit der Leſer. Namentlich die deutſchen Leſer mögen ernſte, ſachlich geſchriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächſt intereſſiren ſollten, nicht leſen. Keiner lieſt ſie gern, und ſchreiben mögen die Redaktionen ſie noch weniger gern, das erfordert Anſtrengung und Arbeit. Deutſche Zeitungen ſollen politiſche Unterhaltungslektüre ſein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet, und von der man eine

*) Der Aufſatz: „Iſt der Krieg in Sicht?“ iſt vor allem gemeint, der am 8. April 1875 in der Poſt erſchienen war.

anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas neues weit aus dem Auslande erwartet. Die Zeitungen beſchäftigen ſich für meinen Geſchmack viel zu ſehr mit ausländiſchen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börſen, und das iſt ſchlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungsartikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten iſt durch Wortſtreitigkeiten ſchwerlich je ein Krieg entſtanden, und ſelbſt der franzöſiſche Krieg von 1870, an dem ſcheinbar die Preſſe einen großen Anteil hatte, aber nur die Regierungspreſſe, iſt ganz gewiß nicht von der Preſſe gemacht worden, ſondern nur von der kaiſerlichen Kamarilla. Er ſpukte ſchon 1867 vor, und die ganze Zeitungspreſſe an ſich hätte es nie zum Kriege getrieben. ... Wer für die Beängſtigung der Börſe im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht offiziöſen Blätter [verantwortlich macht, der iſt im Irrtum.] Ich meine die Poſt, um ſie beim Namen zu nennen; für die habe ich meines Wiſſens niemals einen Artikel ſchreiben laſſen, am allerwenigſten den, der »Krieg in Sicht« überſchrieben war. Aber ich habe den Artikel nicht getadelt; denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann ſoll man recht laut ſchreien, damit die Majorität darauf aufmerkſam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in abſoluten Staaten, durch Beherrſcher oder Kabinette entzündet. Aber der iſt gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung verdächtig, der zuerſt Feuer ſchreit. Wenn es wirklich einen Miniſter gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerſt in der Preſſe Lärm ſchlüge; damit würde er nur die Löſchmannſchaft rufen. ... Es trat damals zu der öffentlichen Leicht-

gläubigkeit, die ich tadle, und der entgegenzuwirken ich für unsre Aufgabe halte — es traten im vorigen Frühjahre noch Verhältnisse hinzu, die ich hier nicht näher auseinanderlegen will, der Umstand, daß einzelne Diplomaten [welche Zeitungskorrespondenten mit Nachrichten und Gedanken zu versehen gewohnt waren] aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, daß Saloneinwirkungen — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Überzeugungen aussprachen, die irrtümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurteilen.... Es giebt ja hochgestellte Personen, die als politische Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein, Personen, die auch mit einem Anschein von Offiziosität und Glaubwürdigkeit korrespondiren, aber mit Unrecht.... Die Geschäfte leiden aber auch unter einer andern Art von Presse — ich möchte sie diejenige nennen, die im Dunkeln wirkt, nur beim Licht einer Blendlaterne. Die Zeitung, das Wochenblatt, welches einem Manne von wenig Mitteln und wenig Bildung behändigt wird, der keine Art von Kontrole hat, die Irrtümer, ja die dreisten Lügen, die ihm darin aufgebürdet werden, irgendwie zu bemessen, die Zeitung, die sich in solchen, in den ärmeren und unzufriedenen Kreisen der Bevölkerung einnistet, die hat ein leichtes und sicheres Spiel, indem sie den gemeinen Mann, der da glaubt und mit Recht glaubt, daß er in einer unangenehmen Lage ist, dahin bethört, daß er mit Unrecht wähnt, er könne durch weniger Arbeit und Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger der eignen Not dauernd abhelfen, daß es dauernd möglich wäre, mehr zu genießen und weniger zu

arbeiten, als nach dem allgemeinen Angebot und Bedarf eben darin ſteckt. Auch dieſe Art von Preſſe hat uns weſentlich geſchadet und zurückgebracht; die ſozialiſtiſch-demokratiſchen Umtriebe haben weſentlich mit dazu beigetragen, den geſchäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu ſchaffen; ſie haben ganz gewiß die deutſche Arbeit verteuert und vermindert, und ihr Produkt iſt, daß der deutſche Arbeitstag nicht mehr das leiſtet, was der franzöſiſche und der engliſche Arbeitstag leiſtet. Der franzöſiſche Arbeiter arbeitet an einem Tage mehr als der deutſche und geſchickter; wir ſind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu ſein."

Daß die Preſſe trotz dieſer und andrer Mängel und Nachteile ihre Verdienſte hat, daß ſie mancherlei Gutes anregt, mancherlei Mißſtände rügt und beſſern hilft, daß ſie über vielerlei Gegenſtände und Verhältniſſe raſch aufklärt, und daß ſie ein treffliches Mittel iſt, bei Konflikten mit dem Auslande, bei drohenden Kriegen der nationalen Stimmung Ausdruck zu geben, ſie zu heben und ihr begeiſterten Schwung zu verleihen, kann und ſoll nicht geleugnet werden, und daß ſie im Guten wie im Böſen auf politiſchem Gebiete eine Macht iſt, würde, wenn es noch des Beweiſes bedürfte, ſich mit Evidenz daraus ergeben, daß alle Regierungen ſich ihrer zur Aufklärung und Widerlegung bedienen, und daß der größte Staatsmann der Gegenwart davon keine Ausnahme macht. Iſt doch auch die Leitung der römiſchen Kirche ſich klar darüber, welchen Einfluß die Zeitungen üben, und finden ſich doch auch unter der höhern katholiſchen Geiſtlichkeit Tagespolitiker mit ſtark ausgeprägtem journaliſtiſchen Trieb und Talent. Wir erinnern nur an den verſtorbenen Biſchof von Ketteler, der ein ſehr rühriger Zeitungsſchreiber war und einſt im Eifer des Ge-

ſpräches die Äußerung that: „Und wenn heute der heilige Petrus noch auf Erden wandelte, er würde ſicher ein Blatt redigiren.“

Bismarck hat nicht nur durch andre auf die Preſſe einwirken laſſen, ſondern auch ſelbſt für ſie geſchrieben, und zwar ſchon zu der Zeit, wo er noch kein Amt bekleidete. Er unterſtützte die von ihm mitbegründete Neue Preußiſche Zeitung mehrere Jahre durch eigne Artikel. „Wie oft,“ ſo berichtet Heſekiel, „ſaß er an dem großen runden Tiſche, an welchem ſo viele ausgezeichnete Männer [z. B. Herr Heſekiel ſelbſt] geſeſſen haben, und ſchrieb in jenen ganz eigentümlich feſten, hohen und eng aneinander gedrängten Zügen. Zuweilen auch kam er haſtig ins Zimmer, grüßte eilig, ſtellte ſich, Hut und Handſchuhe in der Linken behaltend, an ein Pult und warf raſch einige Zeilen hin. »Hängen Sie den landesüblichen Vers daran,« rief er dann wohl dem Redakteur en chef zu und eilte grüßend wieder hinaus.“

Sehr lebhaft beteiligte ſich Bismarck während ſeiner Frankfurter Periode an der Einwirkung auf die Preſſe, und nach Heſekiel wäre dies in den erſten Monaten ſeines dortigen Aufenthaltes, wo er noch nicht Geſandter war, ſeine eigentliche Thätigkeit geweſen. Nach Poſchinger war er in dieſer Zeit von Manteuffel beauftragt, die Frankfurter Blätter, zunächſt in Bezug auf die ſchwebenden Handelsfragen, zu benutzen. Auch ſpäter widmete er einen Teil ſeiner Mußeſtunden der Beſchäftigung mit und für Zeitungen. Als die Bundesverſammlung auf öſterreichiſchen Antrag einen Ausſchuß beſtellte, welcher die zur Publikation geeigneten Verhandlungen derſelben auswählen und ihrem weſentlichen Inhalte nach veröffentlichen ſollte, und gleich die erſte Publikation zeigte, daß man ein im öſterreichiſchen Sinne und gegen Preußen wirkendes Parteiorgan geſchaffen

hatte, trat er dieſem Beginnen öffentlich in der Preſſe entgegen. Unterm 7. November 1851 ſchrieb er an Manteuffel: „Hier werde ich nicht nachlaſſen, das Treiben des Herrn Hock [der gegen den Zollverein agitirt hatte], ſoweit nur möglich, zu beaufſichtigen und durch die Preſſe den wahren Thatbeſtand unter verſchiednen Formen und an verſchiednen Orten ohne alle Schonung aufdecken laſſen.“ In einem Berichte vom 22. Dezember desſelben Jahres beantragte er bei ſeinem Miniſter, „der inländiſchen Preſſe bei Beleuchtung der bundestäglichen Politik mehr als bisher Materialien zu gewähren und die Zügel ſchießen zu laſſen.“ Am 15. Juli 1852 remonſtrirte er gegen einen Artikel der Spenerſchen Zeitung, der, von vielen ſüddeutſchen Blättern abgedruckt, nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Hoffnung auf ein Nachgeben in der Zollvereinskriſis zu verbreiten.“ Um dieſelbe Zeit veranlaßte er die Abfaſſung einer Flugſchrift mit dem Titel: „Der deutſche Zollverein ſoll zerſtört werden? Eine Stimme aus dem Süden,“ die er in 1000 Exemplaren drucken und durch geeignete Mittelsperſonen an die einflußreichſten Induſtriellen, Landwirte und Kaufleute in Süddeutſchland verbreiten ließ. Als in der ſächſiſchen Preſſe die Anſicht verfochten worden war, da der Zollvereinsvertrag lediglich von Preußen gekündigt worden, ſo werde für die übrigen Mitglieder die Verbindlichkeit in Kraft bleiben, den Verein nach Ablauf des Vertrages noch zwölf Jahre miteinander fortzuſetzen, und dies in der Spenerſchen Zeitung Widerlegung gefunden hatte, ließ Bismarck jenem Irrtum auch in ſüddeutſchen Blättern entgegentreten, und am 6. September 1852 konnte er Manteuffel melden: „In dieſer Beziehung iſt nach Maßgabe des qu. Leitartikels der Spenerſchen Zeitung eine beſondre Korreſpondenz dem Frankfurter Journal ſowie dem Schwäbiſchen Merkur zugeſandt. Ferner iſt eine metallo-

graphirte Korreſpondenz ſieben andern in Heſſen-Darmſtadt, Naſſau, Baden, Baiern und Würtemberg erſcheinenden Blättern auf zuverläſſigem Wege übermittelt worden. Sobald in der ſüddeutſchen Preſſe Entgegnungen erſcheinen ſollten, werde ich für deren Beantwortung nach den aufgeſtellten Geſichtspunkten Sorge tragen." Immer noch in Sachen der Erhaltung des Zollvereins ſchrieb er in einem Berichte vom 12. Oktober, nachdem er darauf hingewieſen, daß die Mehrzahl der ſüddeutſchen Blätter teils Regierungsorgan, teils ultramontan ſei, teils unter öſterreichiſchem Einfluſſe ſtehe, und daß es ein großes Organ, wie Öſterreich es in der Allgemeinen Zeitung beſitze, für Preußen im Süden nicht gebe: „Indeſſen iſt es mir doch gelungen, auf eine Anzahl ſüddeutſcher Zeitungen eine mehr oder minder entſchiedene Einwirkung zu erlangen." Nachdem er dies mit Beiſpielen belegt, fährt er fort: „Wenn hiernach auch . . . die in Bezug auf die ſüddeutſche Preſſe erreichten Reſultate nicht ganz ungünſtig ſein dürften, ſo reichen dieſelben doch gerade für die gegenwärtige Situation nicht vollſtändig aus. Unter den obwaltenden Umſtänden wird daher für jetzt nichts andres übrig bleiben, als durch die Verbreitung von Flugſchriften ergänzend auf die ſüddeutſche Bevölkerung im diesſeitigen Sinne einzuwirken. Daß dies geſchieht, habe ich bereits unter Erhoffen der Genehmigung Ew. Excellenz veranlaßt." Einige Tage ſpäter, am 19. Oktober, berichtete er ſeinem Chef in Berlin: „Um die Verhandlungen der zweiten darmſtädtiſchen Kammer in möglichſt weiten Kreiſen zur Kenntnis zu bringen und dadurch indirekt die auf die Erhaltung des Zollvereins gerichteten Beſtrebungen zu verſtärken, habe ich veranlaßt, daß von denſelben ein beſondrer Abdruck in 500 Exemplaren veranſtaltet worden iſt. Derſelbe iſt, ſoweit irgend möglich, in einem den diesſeitigen Intereſſen entſprechenden

Sinne redigirt.“ Zu demſelben Zwecke ſchlug er wieder einige Tage ſpäter dem Miniſter vor, die Verhandlungen des Landrates der Pfalz, welche die Speyerſche Zeitung gebracht hatte, in einem beſondern Abdrucke zuſammenſtellen und verteilen zu laſſen, und bald nachher, am 4. November, bat er in Berlin um Zuſendung des erſten Teiles des amtlichen Berichtes über die Londoner Induſtrieausſtellung aller Völker, indem er bemerkte: „Derſelben ſoll ein Vorwort vorangeſchickt ſein, worin ganz beſonders auf den bisher verbreiteten Segen des Zollvereins hingewieſen worden. Von dieſem Geſichtspunkt aus könnte das Werk benutzt werden, um durch die ſüddeutſche Preſſe einzelne beſonders ſchlagende Thatſachen in möglichſt weitem Kreiſe zu verbreiten und auf dieſem rein faktiſchen Wege die Erkenntnis von dem Werte der Erhaltung des Zollvereins umſo entſchiedener hervorzurufen.“ Am 2. Dezember meldete er, daß er den Abdruck und die Verteilung einer Rede verfügt, welche der Abgeordnete Deninger in der erſten darmſtädtiſchen Kammer zu Gunſten des Vereins gehalten hatte, und, wie wir aus einem Berichte vom 6. Dezember erſehen, hatte er in dieſer Zeit die Einreichung von ſieben Petitionen für das Verbleiben Naſſaus in der bisherigen Zollunion veranlaßt und fünf derſelben in einer Broſchüre, die den Titel: „Petitionsſturm der Naſſauer und andrer um Erhaltung des Zollvereins“ trug, zuſammenſtellen und in Süddeutſchland verbreiten laſſen.

Im Januar 1854 gelangten durch Zufall eigenhändige Korreſpondenzen Prokeſchs mit Preßagenten betreffend die Organiſation einer preußenfeindlichen Einwirkung auf die deutſche Preſſe und Konzepte ſtark antimonarchiſcher Zeitungsartikel, gleichfalls von der Hand des Freiherrn, in den Beſitz der preußiſchen Regierung, und der Miniſter von Manteuffel erſuchte Bismarck

um eine Äußerung, wie der Fund zu verwerten ſein möchte. In der Beantwortung dieſer Anfrage heißt u. a.: „Mein Operationsplan würde der ſein, durch ein möglichſt unverdächtiges Blatt und in der Weiſe, als ob ſich die Materialien im Privatbeſitze befänden, die erſten Andeutungen in die Preſſe zu werfen, indem man den ungefähren Inhalt der „thatſächlichen Zuſammenſtellung," welche Ew. Excellenz Erlaß anliegt, in einem oder mehreren Artikeln abdrucken läßt. Am beſten würde ſich hierzu vielleicht das Preußiſche Wochenblatt eignen, falls Ew. Excellenz es angemeſſen finden, eine unter den der Redaktion befreundeten Perſonen ins Vertrauen zu ziehen. Das Bekanntwerden der Transaktionen, die zwiſchen Herrn von Prokeſch und ſeinen Agenten ſtattgefunden haben, muß notwendig einen ſtarken Rückſchlag auf die Bedeutung der für Öſterreich geſchriebenen Artikel in der öffentlichen Meinung üben, wie dies ſchon aus der Gereiztheit hervorgeht, mit welcher einige Andeutungen über die jetzt von Frankfurt ausgehende öſterreichiſche Inſpiration der deutſchen Preſſe vor wenig Monaten aufgenommen wurden. . . Meine unmaßgebliche Anſicht würde demnächſt dahin gehen, daß wir den Schein annehmen, als ſei erſt durch die gedachte Veröffentlichung die Aufmerkſamkeit der Regierung auf die Quelle derſelben gelenkt und auf dieſem Wege amtliche Kenntnis von den Materialien erlangt worden. Letztere könnten dann in der oben gedachten Weiſe zu weiteren Zwecken benutzt werden." Dieſe weitere Benutzung ſoll nach dem betreffenden Schreiben Bismarcks darin beſtehen, „daß man ihm [Prokeſch] ſelbſt ein Gefühl der Unſicherheit in ſeiner Stellung beibringt, und daß man den beiderſeitigen Bundesgenoſſen in vertraulichen Wegen und inſoweit Kenntnis von der Sache giebt, daß unſre Duldſamkeit und Verträglichkeit in einem vorteilhaften Lichte erſcheint. Ebenſo dürfte es", heißt es weiter, „meines Er-

achtens ſich empfehlen, wenn das Wiener Kabinet indirekt und außeramtlich erführe, daß wir ſchlagende Beweiſe für die ſtets abgeleugneten Umtriebe in der Preſſe gegen uns und in Betreff der Geſinnung, welche dieſelben gegen die allerhöchſte Perſon Sr. Majeſtät des Königs dokumentiren, in Händen haben."

Mit welcher Aufmerkſamkeit Bismarck in Frankfurt die Äußerungen auch der preußiſchen Preſſe verfolgte, geht aus dem Berichte vom 25. Juli 1854 hervor, in welchem er am Schluſſe ſagt: „Bei dieſer Gelegenheit kann ich nicht umhin, daß, wie mir ſcheint, in letzter Zeit öſterreichiſche Auffaſſungen [bezüglich des Verhaltens Deutſchlands zur orientaliſchen Frage] mehr als früher ſich in preußiſchen Blättern Geltung verſchafft haben, und daß es öſterreichiſchen Korreſpondenten gelungen iſt, in denſelben mit Tendenzen von entſchiedener Feindſeligkeit gegen Preußen Eingang zu finden. Ungeachtet der jetzigen engeren Beziehungen der beiden Regierungen wird ſeitens Öſterreichs kein Mittel unverſucht gelaſſen, in einem derartigen Sinne auf die diesſeitige Preſſe einzuwirken, wie viele Artikel der Kölniſchen, der Spenerſchen, der Nationalzeitung und zuweilen auch der Zeit beweiſen. Dieſe Erſcheinung iſt umſo mehr zu beklagen, als in der öſterreichiſchen Preſſe ſich kein Blatt finden dürfte, welches die preußiſchen Intereſſen vertritt. In Betreff der Zeit erlaube ich mir noch namentlich anzuführen, daß der gegenwärtig ſich hier aufhaltende Korreſpondent derſelben nach glaubwürdigen Nachrichten im Dienſte des Herrn von Prokeſch ſteht und nach Anleitung der publiziſtiſchen Agenten desſelben ſeine Artikel ſchreiben ſoll."

Unterm 30. September desſelben Jahres erſtattet Bismarck über die preußenfeindliche Haltung der Frankfurter Poſtzeitung

Bericht, legt einige Nummern des Blattes als Beweise bei und weist namentlich auf den Schluß des einen hin, „in welchem die gröbsten Schmähungen gegen die deutschen Souveräne enthalten sind.“ Er bemerkt dazu: „Es kann hiernach nicht fehlen, daß der offiziöse Charakter, welchen jene Angriffe an sich tragen [Prokesch und der Legationsrat Braun waren Mitarbeiter und oberste Leiter der Redaktion], dazu dient, den nachteiligen Einfluß, den sie auf die öffentliche Meinung hervorbringen, wesentlich zu verstärken, und das umso mehr, als es diesseits am hiesigen Orte an einem Organe des Widerstandes mangelt. Die Postzeitung ist durch die Protektion Österreichs und des Fürsten Taxis jeder Rücksichtnahme enthoben. Das einzige verbreitete Blatt, durch welches man ihr entgegentreten könnte, ist das Frankfurter Journal, welches indessen, lediglich auf Handelspolitik basirt und durch mannichfache Erfahrungen gewitzigt, sich zum Grundsatze gemacht hat, Österreich und die Postzeitung niemals direkt anzugreifen. Unter diesen Umständen scheint es mir dringend wünschenswert, gegen die Postzeitung äußerlich erkennbar einzuschreiten.“ Im weiteren Verlauf seiner Auseinandersetzung giebt der Verfasser des Berichts die ihm geeignet scheinenden Wege dazu an. Am 7. Oktober schickt Bismarck seinem Minister einen Artikel des Frankfurter Journals ein, „welcher bei einer Rechtfertigung der Politik des Grafen Buol in der orientalischen Frage heftige Angriffe auf die übrigen deutschen Regierungen und deren Staatsmänner enthält.“ Er schreibt dazu: „Wie mir aus völlig zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist dieser Artikel der Redaktion von der Kanzlei der österreichischen Gesandschaft unter deren Siegel zugesandt, von ersterer aber erst aufgenommen worden, nachdem mehrere noch stärkere Ausfälle gegen die Politik Baierns in demselben gestrichen worden waren.“

Am 8. Dezember 1854 klagte Bismarck in einem Privatbriefe an Manteuffel abermals über die unpatriotiſche Haltung preußiſcher Blätter, indem er bemerkte: „Der gänzliche Mangel ehrliebenden Patriotismus, von welchem in dieſer Kriſis ein Teil unſrer einheimiſchen Preſſe Zeugnis ablegt, iſt übrigens beſchämend für jeden Preußen. Ich würde den Zeitungen in Betreff innerer Fragen mehr Freiheit laſſen, wenn ich etwas darüber zu ſagen hätte; aber ich würde mit unnachſichtlicher Strenge darauf halten, daß die auswärtige Politik der Regierung von jedem preußiſchen Blatte nicht nur nicht angegriffen, ſondern unterſtützt werden muß, und jede Zeitung, die mit einem Komma dagegen handelte, ohne Federleſen unterdrücken. Ich glaube, daß dieſe Zwangspflicht zum Patriotismus auch in der öffentlichen Meinung wenig Mißbilligung finden würde.“ Ähnlich ſchrieb er am Schluſſe eines Briefes an ſeinen Chef, der vom 3. Februar datirt war: „Schließlich kann ich den peinlichen Eindruck nicht unerwähnt laſſen, den es im Auslande macht, wenn in einer Kriſis wie die jetzige und nach der Haltung, die Öſterreich gegen uns angenommen hat, preußiſche Blätter wie die Spenerſche und die Kölniſche Zeitung ſich, ſei es für Geld, ſei es zu Parteizwecken, dazu hergeben, die Sache Öſterreichs gegen unſre eigne Regierung zu führen. Es würde, wie ich nicht zweifle, auch im Inlande bei allen Wohlgeſinnten den günſtigſten Eindruck machen, wenn einem ſo ehrloſen Mangel an Patriotismus das Handwerk gelegt würde.“

Auch die Frankfurter Blätter, vor allen die Poſtzeitung und Deutſchland, fuhren in ihren Angriffen auf die Politik der preußiſchen Regierung und der deutſchen Mittel- und Kleinſtaaten in der orientaliſchen Angelegenheit fort, und noch am 30. Januar 1856 hatte Bismarck darüber zu klagen. Nachdem er in dem betreffenden Berichte gemeldet hat, daß er Rechberg deshalb

Vorſtellungen gemacht, dieſer aber nicht genug Einfluß zu haben ſcheine, die von andrer Seite her ſtattfindenden Einwirkungen aufzuheben, fährt er fort: „Unter dieſen Umſtänden dürfte zur Erreichung des Zieles nichts andres übrig bleiben, als den Senat der freien Stadt Frankfurt zu einer ſtrengeren Beaufſichtigung und eventualiter Einſchreiten gegen die genannten Blätter zu veranlaſſen. . . Ich bemerke dabei noch, daß die Tendenzen, gegen welche ſich unſer Einſchreiten richten würde, einer kleinen Koterie öſterreichiſcher Literaten und Beamten angehören und im großen Publikum hier wenig Anklang finden. Das Unpaſſende der gegen Deutſchland täglich vorgebrachten Beleidigungen, das Fremdartige und Künſtliche dieſer bezahlten Beſtrebungen wird im Publikum allgemein durchgefühlt und findet ſelbſt bei der liberalen Oppoſition keinen Anklang. Es iſt daher auch mehr ein, namentlich in den diplomatiſchen Kreiſen hier empfundenes Bedürfnis der Schicklichkeit, dieſem Treiben ein Ziel zu ſetzen, als daß eine beſondre Gefahr vorläge, durch dieſen Mißbrauch der Preſſe eine unerwünſchte Aufregung erzeugt zu ſehen.“

Am 29. Oktober 1857 ſah ſich der preußiſche Bundestagsgeſandte veranlaßt, nochmals auf die Agitation aufmerkſam zu machen, die in der Frankfurter Zeitung Deutſchland gegen Preußen und die evangeliſche Kirche konſequent und ſyſtematiſch betrieben wurde. In dem betreffenden Berichte, der eine ſehr genaue Kenntnis der Verhältniſſe bekundet, heißt es u. a.: „Die ganze Haltung der qu. Zeitung zeigt, daß die Redaktion es ſich zur Aufgabe geſtellt hat, bei jeder Gelegenheit und in jeder Weiſe die evangeliſche Kirche und ihre Diener herabzuſetzen, die Einrichtungen des preußiſchen Staates, ſowie die Anordnungen der königlichen Behörden durch Entſtellung von Thatſachen zu ſchmähen und den öffentlichen Frieden durch

Aufreizung der Katholiken gegen die evangeliſchen Glaubensgenoſſen zu gefährden. Aus dieſem Grunde kann ich ein Verbot der Zeitung auf Grund des Artikels 52 des Preßgeſetzes nur umſomehr für erforderlich erachten, als dieſelbe ſich nicht ſcheut, das monarchiſche Prinzip und deſſen Träger ſelbſt zum Gegenſtand ihrer Angriffe zu machen. . . . Dazu kommt ferner, daß die Redaktion den Mittelpunkt der ultramontanen, preußenfeindlichen Agitation für die Rheinprovinz und Süddeutſchland bildet. . . . Es iſt eine Thatſache, daß ſie in allen Fragen der Politik unbedingt für Öſterreich und gegen Preußen Partei nimmt und die Maßnahmen und Beſchlüſſe des königlichen Gouvernements in einer gehäſſigen und herabſetzenden Weiſe beſpricht. Dies iſt in der orientaliſchen Angelegenheit wie in der Neuenburger ebenſo geſchehen, wie es noch heute in der Angelegenheit der Donaufürſtentümer, der holſteiniſchen und der Bundesreformfrage geſchieht.“ Weiterhin wird darauf hingewieſen, daß Mitarbeiter des Blattes, von denen der zum Katholizismus übergetretene ehemalige Pfarrer Jürgens und der frühere Jeſuitenzögling Köberle genannt werden, auch durch Broſchüren gegen Preußen wirken. Dann fährt der Bericht fort: „Je weniger nach allen bisher gemachten Erfahrungen darauf zu rechnen iſt, daß die ultramontane Partei und deren Organe ihre Geſinnungen gegen Preußen ändern und ihre mit den Waffen der Lüge und der Entſtellung geführte Agitation aufgeben werden, deſto mehr ſcheinen es mir das Anſehen der königlichen Regierung ſowie das diesſeitige Intereſſe zu gebieten, einer ſolchen Agitation, welche die Grundlagen der ſtaatlichen Ordnung und das Vertrauen der Katholiken in Preußen zu der Obrigkeit ſyſtematiſch unterwühlt, mit dem geſetzlichen Mittel des Verbotes der Zeitung Deutſchland entgegenzutreten. . . . Ich kann mir keinen Grund denken, aus welchem die königliche

Regierung, nachdem ſie die geſetzlichen Mittel zum Verbot des Blattes in Händen hat, die Verbreitung eines Organs in Preußen weiter dulden ſollte, das ſtiftungsmäßig gar keinen andern Zweck hat, als die Verleumdung der königlichen Regierung bei ihren katholiſchen Unterthanen, und weshalb wir einem ſolchen Blatte die bevorzugte Stelle laſſen ſollen, deren es durch ſein Erſcheinen an einem Orte genießt, wo es den gewöhnlichen Regierungsmaßregeln zur Zügelung oppoſitioneller Agitationen, durch welche der inländiſchen Preſſe Schranken gezogen werden, unzugänglich bleibt. ... Nach den Stimmen gemäßigter Katholiken zu urteilen, würde das Verbot von Deutſchland einen günſtigen Eindruck bei allen denjenigen Katholiken nicht verfehlen, welche ſich zu einer prinzipiell feindſeligen Geſinnung gegen Preußen noch nicht haben gewinnen laſſen, und welche die Erhaltung des konfeſſionellen Friedens als ein erwünſchtes Ziel anſehen."

Noch kurz vor ſeiner Abberufung aus Frankfurt, am 24. Dezember 1858, berichtete Bismarck dem Prinzregenten ſelbſt auf Grund beſter Bekanntſchaft mit dem Weſen der Blätter, die von den öſterreichiſchen Preßbüreaus inſpirirt wurden, über die Poſtzeitung: „Die räſonnirenden Artikel des Blattes werden ganz unabhängig von dem angeblichen Einſendungsorte, den ſie an der Spitze tragen, zum Teil in Wien von dem Freiherrn Max von Gagern, die beſſer redigirten von Herrn von Biegeleben bearbeitet, zum Teil werden ſie hier unter Leitung des öſterreichiſchen Geſchäftsträgers bei der freien Stadt, Legationsſekretär Braun, von dem lediglich zum Behufe publiziſtiſcher Arbeiten hier anweſenden liechtenſteinſchen Bundestagsgeſandten D. von Linde oder von dem ehemaligen Pfarrer Jürgens, einem Agenten der Wiener Preßſtelle, geſchrieben. Dieſe beiden nebſt andern Literaten vereinigen ſich faſt täglich zu Konferenzen,

in welchen das Material für die Poſtzeitung, das Journal de Francfort und andre von Öſterreich abhängige Blätter im Südweſten Deutſchlands bearbeitet wird. Die Poſtzeitung iſt, ſo oft ſie auch das Gegenteil behauptet, ein unmittelbares und ausſchließliches Organ des Wiener Kabinets, und Korreſpondenzen anderweiten Urſprungs finden nur Aufnahme, wenn ſie der Tendenz entſprechen oder farblos ſind. Wenn daher in jüngſter Zeit, namentlich in Betreff der Regierung Ew. Königlichen Hoheit, eine Polemik zwiſchen der Poſtzeitung und Wiener Blättern ſtattgefunden hat, ſo iſt dies lediglich eine Vertretung der doppelten Zwecke der Wiener Politik in dialogiſcher Form, bei welcher die Artikel für und wider, die Angriffe der Poſtzeitung auf Ew. Königlichen Hoheit Miniſterium wie die Verteidigung desſelben durch die Wiener Blätter aus derſelben Quelle ſtammen.“

In ähnlicher, nur ausgedehnterer Weiſe wie als Bundestagsgeſandter hat Bismarck auch als Miniſter und Reichskanzler der Preſſe ſeine Aufmerkſamkeit zugewendet und auf ſie eingewirkt. Im einzelnen und mit Anführung von Beiſpielen darzuſtellen, wie dies geſchah, iſt hier nicht die Abſicht. Es genüge in dieſer Beziehung die Bemerkung, daß klopffechteriſches Vorgehen, wie es nicht ſelten von Offiziöſen beliebt wurde, ebenſo wenig nach dem Geſchmacke des Kanzlers war, als die übergroße Rührigkeit, welche einige Jahre hindurch die mit der Wahrnehmung des Regierungsintereſſes in der Preſſe betraute Stelle charakteriſirte. Wie er ſelbſt ſein Verhältnis zur Welt der Zeitungen betrachtet zu ſehen wünſchte, erſehen wir aus einem längern Paſſus der oben zitirten Rede vom 9. Februar 1876. Nachdem er hier „über den Schwindel, der mit dem Worte offiziös getrieben wird,“ ſeine „offene Verurteilung ausgeſprochen,“ fuhr er fort:

„Es ist ja nicht zu leugnen, daß jeder Regierung, besonders in einem großen Reiche, die Unterstützung der Presse, die Vertretung ihrer Interessen und Wünsche in der Presse auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wünschenswert sein muß. Es ist deshalb wohl natürlich, wenn die Regierungen sich für solche Dinge, die sie nicht gerade in ihrem amtlichen Moniteur sagen wollen, in irgend einem befreundeten Blatte soviel weißes Papier offen halten lassen, wie sie brauchen, um gelegentlich ihre Meinung zu äußern. Als solches Blatt war früher die Norddeutsche Allgemeine Zeitung der Regierung von ihren Eigentümern aus reiner Überzeugung [der Redner konnte hier nicht an den Gründer und langjährigen Besitzer des Blattes, August Braß, denken], ohne Geldunterstützung . . . in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt. Die Regierung hat das Anerbieten benutzt, die Zeitung hat vielfach auch Vorteil gehabt von dieser Anlehnung. Aber wie macht sich nun eine solche Benutzung? Die meisten Leute nehmen an, daß alle Artikel, die in einem derartigen Blatte stehen, gewissermaßen von dem Minister selbst geschrieben, wenigstens von ihm durchgelesen werden, sodaß er für jeden Wortlaut verantwortlich gemacht werden kann, und darin liegt eben die Gefahr, die mich zuletzt nötigte, auf die Annehmlichkeit, seine Meinung in der Presse außeramtlich zu vertreten, absolut zu verzichten. [Nicht für immer.] Der Minister hat nun einen vortragenden Rat, dem er den Auftrag giebt. Nun entspinnt sich eine Verbindung zwischen den Organen des Ministeriums und dem Blatte, es werden auf Grund derselben auch andre Nachrichten mitgeteilt, nicht gerade auf Antrag des Ministers, die aber mitgeteilt werden dürfen und können. Es kann dann in einem solche Mitteilungen enthaltenden Blatte stehen, was da will, was die Redaktion als Lückenbüßer hineinsetzt, so heißt es von allem,

was darin ſteht, auch von allem, was in andern Blättern ſteht, die nur ein einziges mal eine Mitteilung erhalten haben: »ein Blatt, welches den Regierungskreiſen näher ſteht« — »ein Blatt, welches bekanntlich amtliche Mitteilungen erhält,« und in franzöſiſchen Zeitungen einfach: »la feuille de Monsieur de Bismarck,« da iſt es ſo gut, als wenn es im Staatsanzeiger geſtanden hätte. Nun ſind die Nachteile, wenn aus Irrtum oder noch öfter aus böſem Willen, ohne irgend einen andern Zweck, als die amtliche Politik zu ſchädigen, Nachrichten als offiziös bezeichnet werden, die es gar nicht ſind, ſehr erheblich. Sehr oft iſt es auch nur die Abſicht des Zeitungsſchreibers, ſeiner Meinung eine größere Wichtigkeit dadurch zu geben, daß er Nachrichten, die er bekämpft, als offiziös bezeichnet. Sonſt würde das leſende Publikum gar nicht begreifen, warum der Mann das ſchreibt, oder er würde wenigſtens keinen Beruf haben, gegen eine erfundene Behauptung zu ſchreiben. Sowie er aber die zu widerlegende Behauptung als offiziös hinſtellt, tritt er dem Reichskanzler perſönlich gegenüber und macht ſeine Darlegung damit wichtig. Es hat keine Dummheit gegeben, die man mir auf dieſe Weiſe nicht imputirt hat durch das einfache Wort offiziös, und deshalb ergreife ich dieſe Gelegenheit, um auf das beſtimmteſte zu erklären, daß es kein offiziöſes Blatt des Auswärtigen Amtes giebt, auch keine offiziöſen Mitteilungen an irgend ein Blatt ergehen. Es iſt für mich, ich gebe es zu, ſehr unbequem, daß ich nur im Staatsanzeiger, unter Umſtänden in einem anerkannt offiziöſen und offiziös bleibenden Blatte, der Provinzial-Korreſpondenz, eine Meinung zur öffentlichen Kenntnis bringen kann; indes bin ich da wenigſtens ſicher, daß keine Kukukseier mir daneben gelegt werden, und ich da nur für das verantwortlich gemacht werde, was entweder ich oder einer meiner Kollegen zu vertreten haben.“

Der Kanzler bemerkte weiter: „Es ist allerdings sehr leicht, einem Artikel einen offiziösen Anstrich zu geben, wenn er gewisse Mitteilungen enthält, von denen man sicher sagen kann, daß eine Zeitungsredaktion oder ein Zeitungskorrespondent sie in dieser Eigenschaft nicht hat erfahren können, da sie nur von amtlicher Stelle herrühren können. Wenn solche Mitteilungen gleichzeitig in zwei, drei Zeitungen erscheinen, dann ist es für jeden Unbefangenen, der das Geschäftsverhältnis nicht kennt, Beweis genug, daß man es hier mit einer offiziösen Mitteilung zu thun hat. Das ist auch in gewissem Grade richtig, es ist nur nicht offiziös in Bezug auf das deutsche Reich; das sind offiziöse Mitteilungen von Korrespondenten andrer Regierungen, von fremden Diplomaten. Es ist ja für jede Gesandtschaft in jedem Lande eine Annehmlichkeit, wenn sich zu ihr ein Zeitungskorrespondent heranfindet oder auch mehrere, und sagen: »Wenn Sie etwas in der Presse zu vertreten haben, sagen Sie es mir; ich verlange kein Geld, aber wenn Sie mir ab und zu Nachrichten geben.« — Also ein solcher Korrespondent braucht nur mit einer Gesandtschaft in engerer Verbindung zu stehen, der ab und zu den Gefallen zu thun, eine Sache, die der Gesandtschaft am Herzen liegt, zu verfechten oder zu vertreten, so wird der Gesandte, insoweit er nicht mit Geldern ausgerüstet ist oder solche nicht genommen werden, um seiner Regierung Dienste zu leisten, sehr gern dafür Nachrichten in den Kauf geben, die er verbreiten will, und so wird ein anscheinend offiziöser Artikel entstehen, wo man sich sagt: das muß von der Regierung kommen; wer anders soll das wissen? sonst würde es auch nicht in drei, vier Zeitungen zugleich stehen — während letzteres bloß daher rührt, daß ein geschickter Korrespondent, der diplomatische Verbindungen hat, sehr leicht von drei, vier und mehr Zeitungen zugleich verwendet wird. Das ist ihm ja auch zu

gönnen, wenn nur die Nachrichten, die auf dieſe Weiſe verbreitet werden, immer richtig wären. Denn der Geſandte ſagt zu einem ſolchen Herrn niemals alles, was er weiß, ſondern nur dasjenige, von dem er wünſcht, daß es geglaubt und öffentlich bekannt werde, und ſo entſteht zum Nachteile der Regierung dieſer offiziöſe Schein."

Die Regierungen hatten damals dem Reichstage gewiſſe Abänderungen des Strafgeſetzes vorgeſchlagen, die ſich namentlich auf Mißbräuche im Bereiche der Preſſe bezogen und u. a. die Verbreitung falſcher Thatſachen und die Ausſchreitungen der ſozialdemokratiſchen Blätter betrafen. Die Verſammlung erklärte ſich in den erſten beiden Beratungen der Novelle gegen dieſe Punkte. Darauf bemerkte der Kanzler in jener Rede, zunächſt im Hinblick auf die ſozialiſtiſche Preſſe: „Wenn Sie dem in der Weiſe, wie wir es vorſchlugen, nicht abhelfen wollen, ſo erwarten wir, daß vielleicht in der nächſten Seſſion andre, neue Vorſchläge Ihre Zuſtimmung finden werden — es ſei denn, Sie wollten abwarten, wie es wird, wenn der Schaden erſt weiter frißt, und dann erſt zur Abhilfe übergehen. Einſtweilen glaube ich, daß es ſchon helfen würde, wenn wir den Übeln mit den Mitteln, die vom Strafrichter ganz unabhängig ſind, entgegenträten. Mit Tadel und Belehrung von der Schule ab und von der Verbeſſerung der Schuleinrichtungen verſpreche ich mir eine Reaktion gegen dieſe Irrtümer; aber ich möchte Sie doch ſchon jetzt auffordern, den ſozialiſtiſchen Agitationen anders als bisher entgegenzutreten. Ich glaube, daß wir uns durch offene Erörterung dieſer Fragen im Hauſe und in der Preſſe gegenſeitig Waffen in die Hand geben und den Gegengründen gegen den Unſinn, daß irgend jemand die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, eine ſolche Verbreitung verſchaffen, wie ſie nur durch das Sprachrohr von hier aus erreicht

wird, und daß wir unſern Wählern mit dem Rezepte an die Hand gehen gegen die Trugſchlüſſe und unrichtigen Lehren, die im Sozialismus, wie er ſich bei uns verkörpert hat, enthalten ſind, in dem Maße, daß die Mörder und Mordbrenner der Pariſer Kommune hier eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstage erhalten haben. Den Wegweiſer zu den Zielen der Kommune finden wir auf allen Wegen der Sozialiſten, und ich glaube, es wäre ſehr viel nützlicher, die ſozialiſtiſchen Blätter mehr zu verbreiten. Es ſind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel unter der Blendlaterne der Verführer geſehen werden; wenn ſie hinreichend an die Luft und die Sonne kommen, ſo müſſen ſie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecheriſchen Thorheit erkannt werden." Der Redner ging hierauf von dem Thema der Entſtellung von Thatſachen zur Beſprechung der Verleumdungen durch die Preſſe über, meinte, auch dagegen ließe ſich mit einem entſchloſſenen ſittlichen Gefühle viel thun, und fuhr dann fort: „Wenn ein Blatt wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, ſich nicht entblödet, die ſchändlichſten und lügenhafteſten Verleumdungen über hochgeſtellte Männer in die Welt zu bringen, in einer ſolchen Form, daß ſie nach dem Urteile der höchſten juriſtiſchen Autoritäten gerichtlich nicht zu faſſen iſt, aber doch derjenige, der ſie geleſen hat, den Eindruck behält, hier wird den Miniſtern vorgeworfen, daß ſie unredlich gehandelt haben, wenn ein ſolches Blatt ſo verfährt und in monatelangem Stillſchweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen ſind, und nicht ein peccavi oder erravi ſpricht, ſo iſt das eine ehrloſe Verleumdung, gegen die wir alle Front machen ſollten, und niemand ſollte mit einem Abonnement ſich indirekt daran beteiligen. Von einem ſolchen Blatte muß man ſich losſagen, wenn das Unrecht nicht geſühnt wird, jeder, der es hält und

bezahlt, beteiligt ſich mittelbar an der Lüge und Verleumdung, die darin gebracht wird.... Alſo, meine Herren, ich glaube, wir können außerhalb des Strafgeſetzes ſehr viel thun. Wenn wir alle, ... die Sinn für Ehre und Anſtand haben, alle, welche die chriſtliche Geſinnung nicht bloß als Aushängeſchild für politiſche Zwecke brauchen — wenn wir alle zuſammenhalten gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, und ſie verfolgen, jeder vor ſeiner Thür, und ſie einmütig in Bann halten, ſo werden wir mehr erreichen als mit dem Strafrichter."

Einige Jahre vorher hatte der Kanzler ſich vor dem Reichstage über die Pflicht der Regierung in Bezug auf die Preßfreiheit ausgeſprochen. Es war am 16. Juni 1873, als ein Antrag wegen Erlaß eines Reichspreßgeſetzes beraten wurde, deſſen 20. Paragraph im Entwurfe Angriffe auf die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht und andre Grundlagen der ſtaatlichen Ordnung, welche die Sittlichkeit, den Rechtsſinn oder die Vaterlandsliebe zu untergraben geeignet ſeien, mit Gefängnis oder Feſtungshaft bis zu zwei Jahren bedrohte. Die liberale Preſſe ſtürmte dagegen nach Möglichkeit, und als die Regierung ſchließlich den Paragraphen fallen ließ, triumphirte jene, als ob einer der größten Kämpfe um das Recht der freien Meinungsäußerung ſiegreich für das letztere verlaufen, während man doch nur den Sozialiſten und Ultramontanen in die Hände gearbeitet hatte. Bismarck erklärte bei der Debatte hierüber ſeinen Standpunkt wie folgt: „Der Herr Vorredner hebt mit Recht die Verdienſte der Preſſe, wenigſtens eines großen Teiles der Preſſe, hervor, die ſie ſich erworben habe. Jede Sache hat aber ihre zwei Seiten, und ſo auch dieſe. Es giebt in der Bevölkerung, in dem Geſamtvolke eine Menge verſchiedner Schattirungen von Anſichten, von Intereſſen und Überzeugungen. Es

giebt vielleicht hunderttauſend Leute, die ein direktes Intereſſe, die eine Freude daran haben, wenn die Preſſe ſo unabhängig, ſo frei und ſo bequem wie möglich geſtellt wird. Es giebt aber aber vielleicht ſehr viel mehr als hunderttauſend Leute noch, die dieſes Intereſſe nicht haben, die der weiteren freieren Entwicklung der Preſſe mit einer gewiſſen Sorge entgegenſehen. Die einen wie die andern haben das Recht, berückſichtigt zu werden, und das fernere Recht, ihre Überzeugung in Geſetzvorſchlägen auszudrücken. Die Regierung hat nebenher die Pflicht, die andre Seite der Sache auch zu beachten und die Regierten in die Lage zu bringen, daß ſie ſich entſcheiden können für das eine oder das andre Syſtem, und daß ſie bei den Wahlen ſich dahin ausſprechen können, welche Auffaſſung dem einzelnen Wähler gerade die entſprechendſte iſt. Aber ich möchte doch bitten, nicht von Hauſe aus es als Glaubensſatz aufzuſtellen, für unbeſchränkte Preſſe iſt Tugend und dagegen iſt Laſter, und mit einer Art von zornigem Verdammungsurteil jede Sorge der Regierungen, auch diejenigen Leute, die andrer Meinung ſind, zu berückſichtigen und zu ſchützen, mit zornigem Verdammungsurteil, ſage ich, zu brandmarken, als wenn das ein Attentat gegen ein Volksrecht wäre. Ich ſehe in den Fragen, bis zu welchem Maße einerſeits die Freiheit der Preſſe entwickelt, bis zu welchem Maße ſie geſchützt werden ſoll, bis zu welchem Maße andrerſeits die durch die Preſſe Angegriffenen geſchützt werden ſollen, keine ſchlimmeren Fragen als in denen, ob Schutzzölle oder Freihandel oder etwas mehr oder weniger. Das findet auch auf die Preſſe Anwendung. Da wollen wir uns doch nicht gleich gegenſeitig den Vorwurf machen, als ob es ſchimpflich oder verächtlich wäre, in dieſen Fragen etwas mehr links oder rechts zu gehen."

Wir bemerken dazu, daß bei dieſer Gelegenheit der Abgeordnete Lasker gemeint, es handle ſich hier um Anträge, „in denen einmal auch von Rechten des Volkes die Rede ſei," und daß Bismarck ihm dabei geantwortet hatte: „Volksvertreter ſind alle Herren, die hier ſitzen. Ich habe auch Volksrechte, wir alle ſind das Volk, nicht bloß die Herren, die gewiſſe alte traditionell liberal genannte und nicht immer liberal ſeiende Anſprüche vertreten.... Ich ſehe nicht ein, warum die einen Geſetze gerade das Verdienſt haben ſollen, Volksrechte zu betreffen, und die andern nicht. Ich bleibe dabei, wir ſind alle Volk und die Regierungen mit, und ich brauche mir nicht gefallen zu laſſen, daß zu meinem Nachteile aus dem Volke in ſeiner Maſſe die Regierungen ausgeſchieden werden... Dieſe Andeutung, für ſich allein und für ſeine ſpeziellen Beſtrebungen etwas Volkstümliches im öffentlichen Eindrucke herzuſtellen und für die Regierungsbeſtrebungen etwas Volksfeindliches oder dem Volke Gleichgiltiges — meine Herren, es iſt eine ſubverſive Tendenz, die darin liegt, und die ich allerdings von dem Herrn Abgeordneten, von der Fraktion, der er angehört, von ſeiner bisherigen Teilnahme an der Gründung und Befeſtigung des Reiches in keiner Weiſe erwartet habe."

Gehen wir in der Zeit noch weiter zurück, um uns über die Stellung Bismarcks zur Preßfreiheit zu informiren, ſo ſtoßen wir auf die Preßverordnung vom 1. Juli 1863. Man hat ſie ſeinerzeit ſchwer getadelt, ſie war aber nur ein Akt der Notwehr gegen eine Publiziſtik, deren maßloſe Leidenſchaftlichkeit das Staatswohl bedrohte. Weil die Regierung den unberechtigten Forderungen der liberalen Partei nicht entſprach, wurde ſie von den Blättern der letzteren tagtäglich in der heftigſten und gehäſſigſten Sprache angefeindet. Unabläſſig ſchürte die demokratiſche Preſſe die herrſchende Aufregung und förderte ſie

die Verwirrung der Gemüter in Betreff der Befugniſſe und Abſichten des Miniſteriums. Die Beſtimmungen des Preßgeſetzes vom Mai 1851 waren dieſem Treiben gegenüber unwirkſam. Die Juſtizbehörden konnten den hetzenden Zeitungsdemagogen auf Grund der bisherigen Geſetzgebung nicht beikommen. Der Kampf wurde ſeitens der oppoſitionellen Parteien auf eine Weiſe geführt, bei welcher die Ahndung von Ausſchreitungen durch den Strafrichter kaum möglich war. Die Artikel, mit denen man Haß und Verachtung gegen die Regierung, ſelbſt gegen die Krone predigte, waren ſo gefaßt, daß ſie zwar für jedermann verſtändlich waren, aber nur ſelten den Thatbeſtand einer ſtrafbaren Handlung in der Geſtalt enthielten, mit der er ſich den Gerichten klar und unbeſtreitbar nachweiſen ließ. Häufig auch boten ganze Aufſätze für ſich allein keinen Anlaß zu gerichtlicher Verfolgung, während doch der Zuſammenhang derſelben mit der ſonſtigen Haltung des Blattes an der ſtaatsgefährlichen Abſicht des letzteren nicht zweifeln ließ. Es gab eine Anzahl gerade in den unterſten Klaſſen des Volkes viel geleſener Zeitungen, die auf dieſem Wege täglich die bedenklichſten Auffaſſungen und Darſtellungen verbreiteten, die öffentliche Stimmung verbitterten und die politiſche Sittlichkeit korrumpirten. Wenn daher die Regierung dieſem Treiben mit Erfolg entgegenwirken ſollte, ſo hatte ſie, zumal da die ihr ergebenen Blätter ſich nicht der großen Leſerzahl erfreuten wie die demokratiſche Preſſe, nur unzureichende Mittel dazu in der Hand. Dem Unfuge der Oppoſitionsblätter konnte nur geſteuert, die dringend wünſchenswerte Beruhigung der Gemüter konnte nur herbeigeführt werden, wenn die Regierung in den Stand geſetzt wurde, neben der gerichtlichen Verfolgung einzelner ſtraffälliger Handlungen ein Blatt auch wegen ſeiner geſamten Haltung zur Rechenſchaft zu ziehen und derſelben ein Ziel zu ſetzen.

„Als Kriterien einer ſolchen Haltung," ſo ſagte der Bericht, den das Geſamtminiſterium dem Könige über die Maßregel erſtattete, „ſind ausdrücklich dieſelben Ausſchreitungen angenommen, welche nach dem Strafgeſetzbuch ein gerichtliches Einſchreiten begründen, nur eben mit dem Unterſchiede, daß letzteres auf die einzelnen Äußerungen gerichtet iſt, in welchen ein beſtimmter ſtrafbarer Thatbeſtand vorliegt, während bei dem adminiſtrativen Verfahren das Vorhandenſein der Ausſchreitung nach den im Strafgeſetzbuch erwähnten Richtungen aus der Geſamthaltung des Blattes, und zwar aus ſeiner dauernden Geſamthaltung während einer längeren Zeit, entnommen werden ſoll. Das Staatsminiſterium ... iſt überzeugt, daß die Regierung zur Ergreifung derartiger Maßregeln behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht bloß durch Artikel 27 und 63 der Verfaſſungsurkunde vom 31. Januar 1850 unzweifelhaft berechtigt iſt, ſondern daß durch die Einführung der beabſichtigten Verordnung auch der freien Meinungsäußerung, welche die Verfaſſung gewährleiſten will, in Wahrheit kein Eintrag geſchieht. Indem den verwerflichen Ausſchreitungen einer zügelloſen Preſſe Einhalt gethan wird, wird die Preßfreiheit ſelbſt auf den Boden der Sittlichkeit und Selbſtachtung zurückgeführt werden, auf welchem allein ſie gedeihen und ſich dauernd befeſtigen kann."

Billigdenkende und Unparteiiſche ſahen das auch ein, und ſelbſt die liberalen Preußiſchen Jahrbücher bekämpften zwar die Verordnung, gaben aber zu, daß es der Regierung dabei „der heiligſte Ernſt um das Wohl des Landes ſei," und daß die Miniſter dabei Preußens Ehre, Glück und Größe im Auge hätten. Es könne kein Zweifel darüber obwalten, daß auch die über die Preſſe verhängten Maßregeln aus Wohlmeinen für Thron und Land hervorgegangen ſeien, und daß der höchſte

Geſichtspunkt dabei der einer pflichtmäßigen Fürſorge, einer Zurückführung der aufgeregten und verwirrten Gemüter zur Ordnung, Geſetzlichkeit und Mäßigung ſei.

Die Preßverordnung war ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlaſſen worden, da dieſe zu der Zeit nicht verſammelt war, die Miniſter waren aber zu dieſem Verfahren geſetzlich vollkommen berechtigt; denn die Verfaſſung beſtimmte ausdrücklich, daß im Fall eines ungewöhnlichen Notſtandes die Regierung bei Abweſenheit des Landtags für ſich allein Verordnungen, die nicht gegen die Verfaſſung liefen, mit Geſetzeskraft erlaſſen könne, nur ſollten dieſelben, wenn jener wieder zuſammengetreten, ihm zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden. Der letzteren Forderung entſprach die Regierung gewiſſenhaft. Viele waren der Meinung, daß ſie ihre Verordnung als Vorſchlag wie bei andern Geſetzen ſo auch hier zunächſt nur der einen Kammer — etwa dem Herrenhauſe — vorzulegen brauche und erſt, nachdem hier darüber beſchloſſen worden, auch das Urteil der andern einzuholen habe. Sie brachte aber die Sache ohne Verzug und gleichzeitig in beiden Häuſern des Landtags ein, obwohl ſie nach dem Ausfall der Wahlen wußte, daß die Abgeordneten ſich beeilen würden, die Aufhebung der Verordnung zu Gunſten der demokratiſchen Preſſe, der beſten Stütze der Kammermehrheit, herbeizuführen. So geſchah es denn auch. Dieſe Mehrheit beſchloß alsbald, die Angelegenheit ohne längere Vorberatung in einer einzigen Sitzung zu erledigen. Dadurch ſah ſich auch das Herrenhaus zu raſcherem Verfahren genötigt. Die Majorität des Abgeordnetenhauſes entſchied ſich, der Verordnung ihre Genehmigung zu verſagen und zugleich zu erklären, die Regierung habe verfaſſungswidrig gehandelt; denn es ſei kein Notſtand vorhanden geweſen, auf Grund deſſen ſie ohne den Landtag vorgehen gedurft hätte. Das Herrenhaus

aber war andrer Überzeugung: es faßte mit 77 gegen 8 Stimmen den Beſchluß, zu erklären, daß es ſeinesteils die Verordnung für durchaus gerechtfertigt und ſehr heilſam für die Beruhigung des Landes anſehe, und daß es der Regierung für Erlaß derſelben ſeinen Dank ſage. Die Verordnung wurde darauf ſofort aufgehoben, nachdem ſie in der Zwiſchenzeit wenigſtens einigermaßen den Zweck erfüllt hatte, zu dem ſie ergangen war.

Zum Schluſſe dieſes Kapitels noch einige kurze Bemerkungen. Es verſteht ſich ganz von ſelbſt, daß der Miniſter eines großen Staates der Vertretung und Unterſtützung in der Preſſe bedarf, und es iſt ebenſo klar und unumgänglich, daß in einem mehr oder minder büreaukratiſch geordneten Staatsweſen die journaliſtiſche Arbeit im Intereſſe der Regierung wenigſtens teilweiſe von Beamten und auf öffentliche Rechnung beſorgt werden muß. Der leitende Miniſter muß neben ſeinem offiziellen Preßorgane wenigſtens ein großes Blatt zu ſeiner Verfügnng haben. Wie die Dinge liegen, erſcheint es aber auch nützlich und erlaubt, wenn zugleich durch die unabhängige Preſſe Mitteilungen und Anſchauungen aus Regierungskreiſen ins Publikum gelangen. Die Regierung iſt in ihrem guten Rechte, ſie erfüllt ihre Pflicht, wenn ſie nach möglichſt viel Einfluß auf die öffentliche Meinung ſtrebt, und keine Redaktion wird gezwungen, hierzu die Hand zu bieten, es iſt vielmehr durchweg freier Wille, wenn die eine oder die andre offiziöſen Artikeln Aufnahme in ihren Spalten gewährt. Dabei aber iſt eins entſchieden zu wünſchen und zu empfehlen: die Inſpiration und Information muß nicht, wie mehrmals zu bemerken war, von mehreren von einander unabhängigen und zuweilen in ganz verſchiedner Richtung wirkenden Stellen, ſondern von einem einzigen Zentralpunkte ausgehen, der ſich in unmittelbarer Nähe des leitenden Staatsmannes

befindet. Einheitlich wie die Aktion der Diplomatie muß auch die der gouvernementalen Presse sein. Das Gegenteil ruft nur Begriffsverwirrung hervor, in welcher dem Publikum nur das eine feststeht, daß unter den Chefs der verschiednen Zweige der Regierung Zwiespalt herrscht.

Fünftes Kapitel

Der Kanzler als Staatssozialist.

Die Gedanken, Pläne und Maßregeln, welche man mit dem Ausdruck „der Staatssozialismus des Reichskanzlers“ zu bezeichnen pflegt, sind Ergebnisse der Erfahrung, sie sind durch die Ausartung der deutschen Arbeiterbewegung zu staatsfeindlicher Sozialdemokratie angeregt und ausgebildet worden, und sie haben zwei Mittel zur Gegenwirkung gegen die in jener Ausartung liegende Gefahr einer in ihren Anfängen keineswegs unerklärlichen und unnatürlichen Bewegung im Auge, die Repression und andrerseits die Reform: die systematisch betriebene Wühlerei gegen den Staat und die Gesellschaft soll beseitigt und die Lage der arbeitenden Klassen nach Möglichkeit verbessert werden, sodaß der Arbeiter im Staate einen Freund erkennt, und mit dieser Erkenntnis dem Fortbestehen des Übels und seinem Weiterwuchern der Boden entzogen wird.

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie bewegt sich in zwei Strömungen, die, anfangs wesentlich von einander verschieden, schließlich ineinander flossen. Die eine wird durch die

Namen Laſſalle und von Schweitzer, die andre durch die Namen Marx, Liebknecht und Bebel bezeichnet, jene erkannte den Staat an und wollte von ihm nur Hilfe, dieſe will ſeine Zerſtörung und die Aufrichtung einer völlig neuen, mehr oder minder kommuniſtiſchen Ordnung der geſellſchaftlichen Verhältniſſe. Die letztere gewann als die weitergehende, wie das auch bei politiſchen Entwicklungen andrer Art geſchieht, allmählich die Oberhand und umfaßte endlich faſt alle Kreiſe der deutſchen Arbeiter, ſoweit ſie ſich für das ſtaatliche Leben überhaupt intereſſiren.

Laſſalles Auftreten für die Sache der Arbeiter hing damit zuſammen, daß er bei der preußiſchen Fortſchrittspartei, auf die ihn ſeine urſprünglichen Anſichten hingewieſen, für ſeine Gedanken kein Verſtändnis und für ſeinen Ehrgeiz keine Befriedigung fand. Der gründlich gebildete Gelehrte, der tiefe Denker, der ungewöhnliche Menſch ſtand hier einem Kreiſe mittelmäßiger Köpfe gegenüber, die ebenſo unwiſſend als anſpruchsvoll waren. Man fürchtete ſein ungeſtümes Streben nach Geltung, und man begriff ihn nicht, wenn er Verfaſſungsfragen als Machtfragen charakteriſirte und darnach zu handeln riet. So richtete er ſeinen Blick auf die Arbeitermaſſen, die er zur Partei zu organiſiren und als ſolche in dem Verfaſſungskampfe zu führen gedachte. Die große Zahl der Arbeiter war ihm eine Macht, die ſchließlich den Ausſchlag geben mußte, und der geſunde natürliche Verſtand, den er in dieſen Volksſchichten vorausſetzte, ſollte, verbündet mit Männern von höchſter Intelligenz und Bildung und von ihnen geleitet, dem Volksleben neue Bahnen öffnen und zu neuer Blüte verhelfen. Sein Programm, zuerſt in dem „Offenen Antwortſchreiben" entwickelt, das er am 1. März 1863 an das Komitee des Leipziger Arbeitervereins richtete, ſtellte zunächſt das „eherne Lohngeſetz" auf, kraft deſſen unter der Ein-

wirkung von Angebot und Nachfrage nach Arbeit der durchſchnittliche Arbeitslohn immer auf den Lebensunterhalt reduzirt bleiben muß, der bei einem Volke hergebrachterweiſe zur Friſtung der Exiſtenz und zur Fortpflanzung notwendig iſt. Dann wurde in jenem Schriftſtück der Verſuch gemacht, mittelſt der Statiſtik nachzuweiſen, daß dieſes Geſetz auf ungefähr 90 Prozent der Bevölkerung des preußiſchen Staates laſte. Weiterhin erklärte Laſſalle die von Schulze-Delitzſch empfohlene individuelle Selbſthilfe für ungenügend zur Verbeſſerung der Lage des Arbeiters und forderte Staatskredit zur Einrichtung von Produktiv-Aſſoziationen, die allmählich die geſamte Arbeiterklaſſe umfaſſen ſollten. Endlich bezeichnete er als das einzige Mittel zur Erreichung dieſes Zieles auf geſetzlichem Wege das allgemeine, für alle Klaſſen der Geſellſchaft gleiche Wahlrecht, das durch die Gründung eines großen deutſchen Arbeitervereins mit reichlichen Agitationsgeldern errungen werden ſollte. Laſſalle beteiligte ſich an dieſem Unternehmen mit der ihm eigenen Energie, aber der Erfolg entſprach ſeiner hochfliegenden Erwartung nicht. Er war an die Spitze des allgemeinen Arbeitervereins mit der Hoffnung getreten, ſein Programm werde wie Luthers Theſen von 1517 wirken und der Verein binnen kurzem eine unwiderſtehliche Macht werden, er gab ſich der Illuſion hin, es werde ſich daraus eine Bewegung von der Stärke entwickeln, wie die, welche in England die Getreidezölle beſeitigte. Nichts von dem allen erfüllte ſich. Zwar fand er unter den Arbeitern einige hundert, ſpäter einige tauſend begeiſterte Anhänger, die ihn wie einen Meſſias verehrten und feierten, aber die große Mehrzahl der Volksſchicht, die er unter ſich vereinigen wollte, blieb kalt oder wies ihn ausdrücklich ab. Die liberalen Blätter, faſt ohne Ausnahme im Dienſte des Manchеſtertums, griffen ihn und ſeine Lehre mit den ſchärfſten Waffen an, von Beteiligung der

besitzenden Klasse, der wissenschaftlichen Welt an seinem Unternehmen war nicht die Rede, obwohl Männer wie Rodbertus seinem Programme nicht fern standen. Selbst in dem Kreise, den er mit schwerer Mühe um sich gebildet hatte, erlebte er Enttäuschungen; denn weder das Verständnis noch die Selbstlosigkeit, die er hier vorausgesetzt hatte, waren vorhanden.

Viel trug ohne Zweifel zu diesen Mißerfolgen die Stellung bei, die der Agitator besonders in den letzten Jahren seiner Thätigkeit zu der Doktrin und dem Treiben der Fortschrittspartei einnahm, welche in der Konfliktszeit die Gemüter weithin beherrschte. Er war ein warmer Anhänger des Staatsgedankens, ein eifriger Gegner des Individualismus, ein entschiedener preußischer Patriot, und er hatte frühzeitig schon die Bedeutung Bismarcks erkannt. Im Mai 1863 hofft er in einer Rede vor dem Berliner Kammergericht alles von dem Staat, „dem uralten Vestafeuer der Zivilisation." Im März 1864 soll ein „Königtum, das, gestützt auf den Knauf des Schwertes, noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht," seine Pläne verwirklichen. Bei derselben Gelegenheit sagt er: „Es ist die stärkste Diplomatie, welche ihre Berechtigung mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Notwendigkeit gegründet sind. Und so verkündige ich Ihnen an diesem feierlichen Orte, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen, und Herr von Bismarck hat die Rolle Peels gespielt und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyirt." Der Frankfurter Fürstentag ist ihm „eine föderalistische Intrigue;" des herannahenden Nationalkrieges zur Einigung Deutschlands unter Preußen gedenkt er bei seiner Agitation zu verschiedenen malen. Als er im September 1863 Heerschau über seine Getreuen am Rhein hält, bemerkt er mit Bezug auf die Stellung, welche der Frankfurter Abgeordnetentag zu dem österreichischen Bundesreform-

projekte eingenommen: „Die Fortſchrittler liebäugeln mit den Fürſten, um Herrn von Bismarck bange zu machen . . . das ſind die Mittel dieſer Ärmſten! Und wenn wir Flintenſchüſſe mit Herrn von Bismarck wechſelten, ſo würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugeſtehen: er iſt ein Mann, jene aber ſind alte Weiber. Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeſchüchtert, auch nicht, wenn ſie nach andern Seiten hin liebäugelten.“ Zornig ſchreibt er um dieſelbe Zeit an einen ſeiner Bevollmächtigten, der Freiſchaaren für den Herzog Friedrich in Kiel bilden möchte: „Wir können uns unmöglich für das legitime Erbrecht des Hauſes Auguſtenburg ſchlagen. Iſt es national, zu den dreiunddreißig deutſchen Fürſten noch einen vierunddreißigſten zu ſchaffen? Iſt das der Drang nach deutſcher Einheit?“ Es folgt dann die Andeutung, daß die einzig vernünftige Löſung der ſchleswig-holſteiniſchen Frage die Einverleibung in Preußen ſei.

Nach allen dieſen Äußerungen erſchien Laſſalle ſeinen fortſchrittlichen Gegnern als Agent der Regierung und als Werkzeug der Reaktion, und während man doch ſchon aus der unaufhörlichen Verfolgung des Agitators von ſeiten der preußiſchen Staatsanwälte hätte ſchließen müſſen, daß dieſe Auffaſſung grundlos war, wurde ſie zuletzt auch von Anhängern Laſſalles geteilt. Heutzutage findet das Märchen nur da noch Gläubige und Vertreter, wo jeder Schein als Wahrheit angeſehen und benutzt wird, wenn er ſich für Parteizwecke eignet. Laſſalle war ein Freund Lothar Buchers, der ſich damals ebenfalls von der Fortſchrittspartei abgewandt hatte und ins Auswärtige Amt eingetreten war. Er ſtand ferner in Briefwechſel mit konſervativen Schriftſtellern wie Huber. Wagener fand für gut, im Abgeordnetenhauſe gelegentlich von der neuen Bewegung als einem Zeichen der Zeit zu ſprechen und dem Leiter derſelben

die Spalten der Kreuzzeitung zu Berichtigungen zu öffnen. Dies und die obigen Kundgebungen nationaler Gesinnung und richtiger Würdigung der Aufgaben des Staates waren alles, was jenen Schein hervorrufen konnte.

Nicht doch, warf man ein, nicht alles, Lassalle hat mit Bismarck persönlich verkehrt, ist von dessen Plänen unterrichtet gewesen, hat ihnen gedient und ist von dem Ministerpräsidenten dafür bei den seinigen nach Möglichkeit unterstützt worden. Wieviel hiervon Wahrheit ist, wieviel Mißdeutung und Erfindung, mag uns der Reichskanzler selbst sagen und dabei zugleich eine andre unwahre Behauptung widerlegen. Am 16. September 1878 hatte der Abgeordnete Bebel dem Reichstage erzählt, im September 1862 sei in der Mitte des Komitees des Leipziger Arbeitervereins ein Herr Eichler im Auftrage der preußischen Regierung, speziell des Herrn von Bismarck, erschienen, um jenem Komitee eine erhebliche Summe zur Förderung seiner Zwecke anzubieten, man habe ihn aber abgewiesen. Der Reichskanzler entgegnete darauf u. a.: „Die Älteren unter uns wissen, daß ich in meine amtliche Funktion eingetreten bin am 23. September 1862. Also in der letzten Woche dieses Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage versehen haben soll — ich kam damals aus dem Auslande nach einer Abwesenheit von, ich weiß nicht, wieviel Jahren, während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Manne wie Eichler, zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz Eichlers garnichts gewußt und soll in dem Momente, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gefecht gegenüber dem damaligen Landtage geriet, wo ich jeden Abend Kommissionssitzung hatte, wo ich, so zu sagen, froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiterführen konnte, wo ich

Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen und mich zu verabſchieden hatte — in der Zeit ſoll ich mit Herrn Eichler geſprochen haben, ſodaß dieſer damals ſchon und im ſpeziellen Auftrage des Herrn von Bismarck auftreten konnte. . . . Mag Eichler ſelbſt ein ſo verlogener Menſch ſein, wie er will, wenn er behauptet hat, er habe von mir einen Auftrag erhalten, ſo iſt das garnicht möglich nach der Zeit in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Miniſter geweſen bin. Mir iſt er nur erinnerlich, weil er ſpäterhin Forderungen an mich geſtellt hat für Dienſte, die er mir nicht geleiſtet hatte. . . . Bei der Gelegenheit erſt iſt mir in Erinnerung gekommen, daß Herr Eichler im Dienſte der Polizei geweſen iſt, und daß er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntnis gekommen ſind; aber es iſt das nicht mein ſpezielles Departement, und ich habe mit dieſen Leuten niemals direkte Verbindungen gehabt. Von dieſen Berichten betraf keiner die ſozialdemokratiſche Partei, ſie bezogen ſich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortſchrittspartei und, wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das iſt das einzige von dieſem Agenten, wobei ich mich erinnere, den Namen gehört zu haben. Im übrigen kann ich verſichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geſchäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Laſſalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als ſeine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl ſprechen. Aber der Inhalt iſt von Anfang bis zu Ende unwahr angegeben. . . . Was die Fabel betrifft, daß ich damals überhaupt mit den Sozialiſten gegen die Fortſchrittspartei mich hätte einlaſſen wollen — jeder, der noch das Gedächtnis an jene Zeit hat, wird ſich erinnern, daß unſre Politik im Winter von 1862 auf 1863 ſo lag, daß ich offenbar auf Verſöhnung

und nicht auf einen Konflikt mit den Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Vinckeſche Amendement zu erinnern, deſſen Genehmigung von ſeiten Seiner Majeſtät des Königs ich damals erreicht hatte. . . . Auch dieſe Eichlerſche Summe von 60- bis 80000 Thalern — wo hätte ich ſie hernehmen ſollen, weil wir keine geheimen Fonds hatten? Der ganze Eichler exiſtirte nicht, und ich bitte den Abgeordneten Bebel, demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu ſagen, er wäre einfach ein Lügner.

»Dann trat Laſſalle auf« — gewiß trat er auf —, »und von neuem machte die Regierung die äußerſten Anſtrengungen, mit Laſſalle, der es nicht ſuchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauſes und die Gräfin Hatzfeldt angefangen.« Das macht mir beim Leſen einen komiſchen Eindruck; ſelbſt in jenen Kreiſen kann man alſo ohne eine gewiſſe Staffage aus den höchſten Geſellſchaftskreiſen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Geſandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen, und um dem Zuhörer, der nach ſeinem Bildungsgrade unfähig iſt, zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedauere, daß man dem Abgeordneten Bebel den königlichen Prinzen — es giebt deren ſehr viele — garnicht näher bezeichnet hat. Wenn er vielleicht ſeinen Gewährsmann darum bitten wollte, es wäre von hiſtoriſchem Intereſſe, den Prinzen unter den ſechs oder acht, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies poſitiv zu beſtreiten. Ich wenigſtens habe keiner prinzlichen Verbindung bedurft, um zu Laſſalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatzfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe ſie zum letztenmal in meinem Leben 1835 im Hauſe ihres Schwagers geſehen. Alſo dieſe Vermittlung iſt eben eine

Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie ſie hier ſind, nicht hätte vorgebracht werden ſollen. Laſſalle ſelbſt hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu ſuchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunſch ausſprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen ſollten, ſeinen Wunſch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch garnicht ſchwierig gemacht. Ich habe ihn geſehen, und von dem Augenblick an, wo ich mit ihm eine Stunde geſprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei- oder viermal geſehen, ſondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unſre Beziehung konnte garnicht die Natur einer politiſchen Verhandlung haben. Was hätte mir Laſſalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter ſich. In allen politiſchen Verhandlungen iſt das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde ſteht, auch wenn man anſtandshalber einſtweilen nicht davon ſpricht. Wenn man ſich aber ſagen muß: was kannſt du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Miniſter hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geiſtreichſten und liebenswürdigſten Menſchen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner, er hatte eine ſehr ausgeprägte nationale und monarchiſche Geſinnung, ſeine Idee, der er zuſtrebte, war das deutſche Kaiſertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. ... Ob das deutſche Kaiſertum gerade mit der Dynaſtie Hohenzollern oder mit der Dynaſtie Laſſalle abſchließen ſolle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchiſch war ſeine Geſinnung durch und durch. Aber dieſen kümmerlichen Epigonen, die ſich jetzt mit ihm brüſten, hätte er ein quos ego zugeſchleudert, ſie mit

Hohn in ihr Nichts zurückgewieſen, und würde ſie außer Stand geſetzt haben, ſeinen Namen zu mißbrauchen. Laſſalle war ein energiſcher und ſehr geiſtreicher Menſch, mit dem zu ſprechen ſehr lehrreich war; unſre Unterredungen haben ſtundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn ſie beendet waren. Dabei iſt auch unrichtig, daß ich mit Laſſalle auseinandergekommen ſein ſoll in dieſer Art von perſönlichen Beziehungen, von Beziehungen perſönlichen Wohlwollens, wie es ſich zwiſchen uns gebildet hatte, indem er offenbar den Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geiſt ſehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und indem er empfand, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war ſchon deshalb nicht die Rede, weil ich in unſern Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Koſten der Unterhaltung allein, aber er trug ſie in angenehmer und liebenswürdiger Weiſe, und jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem beſtimmte Abmachungen über das do ut des abgeſchloſſen werden konnten, aber ich bedaure, daß ſeine politiſche Stellung und die meinige mir nicht geſtatteten, viel mit ihm zu verkehren, und ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieſer Begabung und geiſtreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn er durch ſeinen Geiſt und ſeine Bedeutung mich anzog, ſo iſt es ja abgeſehen davon meine Pflicht als Miniſter, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren.... Es iſt das Beſprechen außerordentlich ſchwierig, ſo lange wir darüber [über die Vorſtellung der Sozialdemokraten von ihrem Zukunftsſtaate] in demſelben Dunkel tappen wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den ſozialdemokratiſchen Verſammlungen; ſie erfahren auch nichts davon, es wird verſprochen, es werde beſſer werden, es gebe bei weniger Arbeit mehr Geld.

Woher es kommt, ſagt kein Menſch, namentlich, woher es auf die Dauer kommt, wenn die Teilung, die Beraubung der Beſitzenden einmal geſchehen ſein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitſame und Sparſame wieder reich werden, und der Faule und Ungeſchickte wird wieder arm werden, und wenn das nicht iſt, wenn jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewieſen werden ſoll, gerät man in eine zuchthausmäßige Exiſtenz, wo keiner ſeinen ſelbſtändigen Beruf und ſeine Unabhängigkeit hat, ſondern wo ein jeder unter dem Zwange der Aufſeher ſteht. Jetzt im Zuchthauſe, da iſt wenigſtens ein Aufſeher zur Kontrole, der ein achtbarer Beamter iſt, über den man ſich beſchweren kann, aber wer werden denn die Aufſeher ſein in dem allgemeinen ſozialiſtiſchen Zuchthauſe? Das werden die Redner ſein, die durch ihre Beredtſamkeit die große Maſſe, die Majorität der Stimme für ſich gewinnen; gegen die wird kein Appell ſein, das werden die erbarmungsloſeſten Tyrannen und die andern werden die Knechte der Tyrannen ſein.... Ich glaube, niemand wird in ſolchen Verhältniſſen leben wollen, wenn er ſich dieſes Ideal ausmalt nach dem, was wir ſo durch die Ritzen zu erfahren kriegen. Denn offen hat noch keiner der Herren ein poſitives Programm geben wollen; ſo wie ſie ſagen, wie ſie wirklich ſich die Zukunft zu geſtalten denken, lacht ſie jeder einſichtige Arbeiter aus, und dem wollen ſie ſich nicht ausſetzen; deshalb hören wir nie von einem poſitiven Programm, nur von der Negation des Beſtehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verſtändigen Beſtrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbeſſerung der Lage der arbeitenden Klaſſen, ſtets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Laſſalle darüber mitteilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt....

Unſre Unterhaltungen drehten ſich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umſtänden aber jemals um eine Oktroyirung desſelben. Auf einen ſo ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewiſſen Widerſtreben als Frankfurter Tradition. In den deutſchen Rivalitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgeſpielt, und wir haben ſie als auf dem Tiſche liegende Hinterlaſſenſchaft mit gefunden. Einen ſo feſten Glauben an die beſſere Wirkung eines andern Wahlrechtes hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unſern Nebenbuhlern [der Majorität in der deutſchen Bundesverſammlung] dieſes populäre und von der früheren Frankfurter Verſammlung [dem Parlament in der Paulskirche] hinterlaſſene Mittel hätten ablehnen ſollen; eine feſte Überzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlſyſteme habe ich damals [bei den Unterhaltungen mit Laſſalle?] ſchwerlich gehabt. Es iſt das wohl auch für niemand leicht, obwohl wir nun ſchon eine langjährige Probe der Wirkung verſchiedner Wahlſyſteme in denſelben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag infolge des allgemeinen Stimmrechts, wir haben ein andres Wahlſyſtem für den preußiſchen Landtag. Nun, meine Herren, es ſind ja viele, die Mitglieder beider Verſammlungen ſind, Sie können ſich doch einigermaßen ein Urteil über die Wirkung beider Syſteme in demſelben Lande bilden, und jeder wird ſich ſagen können, die eine oder die andre Verſammlung macht einen richtigeren, würdigeren, beſſeren parlamentariſchen Eindruck oder nicht.... Ich will da kein Konkluſum ziehen, ich will weder dem Landtag etwas Unangenehmes noch dem Reichstag eine Schmeichelei ſagen, aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebniſſe des allgemeinen Stimm-

rechtes, trotz der Auswüchſe, die wir ihm zu verdanken haben. Die Nachweiſe, warum, überlaſſe ich jedem ſelbſt zu finden, der beide Verſammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verſtehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht bisher ad absurdum geführt wäre durch ſeine Ergebniſſe, und daß ein andres, namentlich ein beſſeres, ſein Examen bereits beſtanden hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urteilsfähiger werden, er wird nicht mehr den beliebigen Verſicherungen ſeines Abgeordneten, ſeines Kandidaten unbedingt Glauben ſchenken über alles, was Nachteiliges gegen die Regierung ſich vorbringen läßt, er wird vielleicht nicht mehr bloß eine Zeitung leſen, er wird vielleicht auch mehr Vertrauen zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verſchmäht. Ich habe darin bis jetzt noch nichts zurückzunehmen, obſchon ich alle die Anträge bereitwillig würdige, die in dem allgemeinen Stimmrechte einen Teil unſrer Schäden ſuchen. Ich ſage nur: überzeugt bin ich nicht, ich laſſe mich gern überzeugen und ſehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem geſcheuten Menſchen ſeinerzeit beſprochen zu haben.

Dann ebenſo die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenoſſenſchaften. Das iſt auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Verſuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindrucke von Laſſalles Räſonnement oder unter dem Eindrucke meiner eignen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir ſchien es, daß in der Herſtellung von Produktivaſſoziationen, wie ſie in England in blühendem Verhältniſſe exiſtiren, die Möglichkeit lag, das Schickſal des Arbeiters zu verbeſſern, ihm einen weſentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Seiner Majeſtät, der für das Schickſal der arbeitenden Klaſſen

ein natürliches, angebornes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eignen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eignen Überzeugung, ob so etwas anginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen.*) . . . Wenn man etwas großes der Art unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu gebrauchte — es sind Thaler gemeint —, aber so ganz thöricht und einfältig scheint mir eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unsrer Fabrikation. Wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen, die soziale Frage zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, . . . so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Konflikts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. An der Spitze des Versuchs stand ein achtbarer Name, der Landrat Olearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment im kleinen Stile nicht beurteilen. In ganz großem Stile würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen;

*) Die erwähnte Deputation kam aus Schlesien, stand unter der Führung eines gewissen Preuße, der später in Berlin für die Sache Lassalles thätig war, und beschwerte sich über ihre fortschrittlichen Fabrikherren Leonor Reichenheim u. Comp.

ſolche Etabliſſements wie zum Beiſpiel das von Krupp unter einer andern als einer monarchiſchen Verfaſſung gedacht, unter einer republikaniſchen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich dieſen Weg, dem Arbeiter zu einer beſſern Exiſtenz zu verhelfen, durchaus nicht für ausgeſchloſſen, und ſehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Aſſoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Verſuche in der Richtung zu machen. Ich habe, ſoweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizirende Teil der Einrichtung und der Beſchäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmänniſche, in dem die Sache ſtockte, die Verwertung der gewonnenen Produktion durch Reiſende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ ſich nicht machen innerhalb einer Sphäre, welche die Arbeiter überſehen konnten. Es kann auch wohl daran liegen — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit —, daß den deutſchen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu Höhergeſtellten und von Wohlwollen untereinander nicht eigen iſt, wie wir es in England, in den engliſchen Aſſoziationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, ſondern die Seine Majeſtät aus Privatmitteln dazu geſchenkt hatte, einen ſolchen Verſuch machte, kann ich nicht verſtehen."

Bismarck hat alſo in den erſten Jahren ſeiner Wirkſamkeit als Miniſter mit Laſſalle wiederholt perſönlich verkehrt, und zwar auf deſſen Wunſch. Er hat von demſelben den Eindruck eines angenehmen, hochbegabten und ſehr unterrichteten Mannes behalten, der eine ſehr energiſche Natur und im hohen Stil ehrgeizig war. Eine politiſche Unterhandlung des Miniſter-

präſidenten mit dem Agitator hat nicht ſtattgefunden, weil Laſſalle für Beiſtand von ſeiten der Regierung bei der Schwäche ſeiner Partei kein Äquivalent bieten konnte. Dagegen iſt es zu längern Beſprechungen gekommen, und zwar ſchon deshalb, weil der Miniſter verpflichtet war, über die Bewegung, die unter ſeinen Augen vor ſich ging, ſich aus beſter Quelle zu belehren. Die betreffenden Unterredungen drehten ſich auch um das allgemeine Wahlrecht, aber niemals um eine Oktroyirung desſelben. Bismarck hatte ſich damals noch keine Meinung über den Wert oder Unwert der verſchiedenen Wahlſyſteme gebildet, er benutzte jenes 1866 als populäres, aus der Hinterlaſſenſchaft der Paulskirche ſtammendes Mittel im Kampfe mit Öſterreich und der Majorität des Bundestages, und er war noch 1878 zwar nicht zu der feſten Überzeugung gelangt, daß es das beſte Wahlrecht ſei, wohl aber trotz ſeiner unverkennbaren Auswüchſe geneigt, ihm vor andern Wahlſyſtemen den Vorzug zu geben. Endlich hat der Miniſter ſich von Laſſalle auch deſſen Anſichten über die Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung von Produktivaſſoziationen für Arbeiter vortragen laſſen und hat mit einer mäßigen Summe, die der König ihm zur Erprobung der Sache zur Verfügung geſtellt hatte, einen Verſuch in dieſer Richtung gemacht, der gerade ſo gerechtfertigt war wie Verſuche, welche das landwirtſchaftliche Miniſterium in den Grenzen ſeines Gebietes anſtellt. Wenn jene nicht fortgeſetzt wurden, ſo lag es zunächſt an dem Umſtande, daß der Miniſter von näher liegenden Aufgaben in Anſpruch genommen wurde. Sodann aber hatte die ſozialiſtiſche Bewegung inzwiſchen einen andern Charakter angenommen als unter Laſſalles Leitung.

„Ich komme," ſo fuhr der Kanzler in der ſoeben zitirten Reichstagsrede fort, „zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um ſoziale Verhältniſſe aufgegeben habe,

und wann überhaupt meine Stellung zur ſozialen Frage eine andre geworden iſt — ſozialdemokratiſche mochte ſie ſich damals nennen. Es ſtammt dies von dem Augenblicke her, wo in verſammeltem Reichstage . . . ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von dieſen beiden, in pathetiſchem Appell die franzöſiſche Kommune als Vorbild politiſcher Einrichtungen hinſtellte und ſich ſelbſt offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieſer Mörder und Mordbrenner bekannte. Von dieſem Augenblicke an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden. Ich war inzwiſchen abweſend geweſen durch Krieg; ich habe mich dabei nicht um dieſe Dinge bekümmert, aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtſtrahl, der auf die Sache fiel, und von dieſem Augenblick an habe ich in den ſozialdemokratiſchen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat und die Geſellſchaft ſich im Stande der Notwehr befinden."

Hiermit ſind wir auf eine Betrachtung der zweiten Strömung hingewieſen, aus deren Zuſammenfluß mit der bisher von uns verfolgten die gegenwärtige ſozialdemokratiſche Partei entſtand. Nach Laſſalles frühem Tode (31. Auguſt 1864) wurde der von ihm gegründete Verein eine Zeit lang von wenig befähigten und überdies untereinander uneinigen Perſönlichkeiten geleitet, und er würde vermutlich in aller Stille zu exiſtiren aufgehört haben, wenn ihn nicht ſein geſchickt redigirtes Preßorgan, der „Sozialdemokrat", einigermaßen zuſammengehalten hätte. Das allgemeine Wahlrecht, das dem Siege der nationalen Sache folgte, brachte neues Leben in die Arbeiterbewegung, und als der Verein im Mai 1867 in Herrn von Schweitzer einen ebenſo intelligenten als energiſchen Präſidenten erhielt, der ein bedeutendes Organiſationstalent bekundete, machte derſelbe bemerkbare Fortſchritte. Der eigentliche Verein zwar, mit

andern Worten die Zahl der steuernden Mitglieder desselben, nahm zunächst nicht zu, sie war im Gegenteil seit dem Tode Lassalles, wo sie etwa 4600 betragen hatte, auf etwas mehr als 3000 zusammengeschwunden. Um diesen Kern aber gruppirte sich eine Partei, die bei den Herbstwahlen im September des letztgenannten Jahres bereits gegen 40000 Stimmen für sozialistische Kandidaten abgab. Bald breitete dieselbe sich weiter aus, und es gelang, allmählich auch einen guten Teil der Arbeiter Berlins, die sich bisher mit geringen Ausnahmen zur Fortschrittspartei gehalten hatten, für das Programm Lassalles zu gewinnen.

Inzwischen hatte sich ein Teil der Partei, von Führern geleitet, die unter dem Einflusse der Gräfin Hatzfeldt handelten, von dem Hauptstamme getrennt. Doch war dies von geringer Bedeutung, da die Sezession nicht auf Grund eines neuen politischen Glaubens, sondern aus Motiven erfolgt war, welche in der Herrschsucht und Mißgunst der Frau Gräfin lagen, und da diese „weibliche Linie" der Lassalleaner durch die Eitelkeit und Unfähigkeit ihrer Leiter in kurzer Zeit der Lächerlichkeit verfiel.

Weit wichtiger war ein andrer Kreis von Sozialdemokraten, der sich seit dem Jahre 1865 aus Kommunisten, die eine Zeit lang wohl oder übel der Fahne Lassalles gefolgt waren, und von diesen bekehrten Angehörigen der preußenfeindlichen Volkspartei gebildet hatte. Der Ausgangspunkt dieser Strömung war der vorzugsweise aus Deutschen bestehende Kommunistenverein in London, der schon im Februar 1848 ein Manifest an die Arbeiter aller Länder gerichtet hatte, und der in der 1862 gegründeten Internationalen Arbeitergenossenschaft rasch die leitende Hand geworden war. Spiritus rector dieses Vereins war Karl Marx, ein Mann von umfassendem Wissen auf volkswirtschaftlichem Gebiet, scharfsinnig, streng konsequent in seinen An-

ſchauungen, ein kalter, bitterer, tückiſcher Fanatiker. Als ſein Apoſtel wirkte in Deutſchland Wilhelm Liebknecht. Das Glaubensbekenntnis der Sekte iſt in dem Manifeſte von 1848 enthalten, das, von Marx entworfen und 1866 von der Genfer Generalverſammlung der Internationale unter deren kanoniſche Schriften aufgenommen, in ſeinen Hauptſätzen wie folgt lautet: „Die moderne Staatsgewalt iſt nur ein Ausſchuß, der die gemeinſchaftlichen Geſchäfte der ganzen Bourgeoisklaſſe verwaltet. Die Bourgeoiſie hat in der Geſchichte eine höchſt revolutionäre Rolle geſpielt, ſie hat alle feudalen, patriarchaliſchen Verhältniſſe zerſtört und kein andres Band zwiſchen Menſch und Menſch übrig gelaſſen als das nackte Intereſſe, als die gefühlloſe baare Zahlung. Sie hat die perſönliche Würde in den Tauſchwert aufgelöſt und an die Stelle der zahlloſen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewiſſenloſe Handelsfreiheit geſetzt. Die Koſten, die der Arbeiter verurſacht, beſchränken ſich faſt nur auf die Lebensmittel, die er zu ſeinem Unterhalt und zur Fortpflanzung ſeiner Raſſe bedarf. [Das eherne Lohngeſetz Laſſalles, das dieſer, wie man ſieht, von Marx entlehnt hat.] Die Kommuniſten unterſcheiden ſich von andern Arbeiterparteien einerſeits dadurch, daß ſie die gemeinſamen, von der Nationalität unabhängigen Intereſſen der ganzen Klaſſe in den verſchiedenen nationalen Kämpfen verteidigen, andrerſeits dadurch, daß ſie die Intereſſen der gemeinſchaftlichen Bewegung in den verſchiedenen Stadien der Entwicklung vertreten, welche der Kampf zwiſchen den Lohnarbeitern und den Kapitaliſten durchzumachen hat. Das nächſte Ziel der Kommuniſten iſt dasſelbe wie das der andern proletariſchen Parteien: der Sturz der Herrſchaft der Kapitaliſten durch die Erwerbung politiſcher Macht.“ Die für die am meiſten fortgeſchrittenen Länder anwendbaren Maßregeln, zu denen das politiſch mächtig gewordene Proletariat zu ſchreiten

habe, waren nach dieſem Marxſchen Elaborat die Aufhebung des privaten Grundbeſitzes, die Konzentrirung des Kredits und der Verkehrsmittel in den Händen des Staates, die Errichtung von Nationalwerkſtätten, die Bebauung aller geeigneten Ländereien nach gemeinſamem Plane und die unentgeltliche Erziehung aller Kinder nach gleichem Syſtem. Das Manifeſt ſchließt mit den Sätzen: „Mögen die herrſchenden Klaſſen vor einer kommuniſtiſchen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Weiter charakteriſirt wird der Kommuniſtenbund, der ſpäter den Kern der Internationale bildete, durch die Anſprache, welche die „Zentralbehörde“ im März 1850 aus London in die Welt gehen ließ, und in der es u. a. hieß: „Den demokratiſchen Kleinbürgern gegenüber, welche die Revolution möglichſt raſch zum Abſchluſſe bringen und den Arbeitern nur beſſern Lohn und eine geſicherte Exiſtenz verſchaffen wollen und dies durch teilweiſe Beteiligung des Staates zu erreichen hoffen, iſt es unſer Intereſſe und unſre Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, ſo lange bis alle mehr oder minder beſitzenden Klaſſen von der Herrſchaft verdrängt ſind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Aſſoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, ſondern in allen herrſchenden Ländern der Welt ſoweit fortgeſchritten iſt, daß die Konkurrenz der Proletarier in dieſen Ländern aufgehört hat, daß wenigſtens die entſcheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentrirt ſind. Es kann ſich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, ſondern nur um ſeine Vernichtung, nicht um Vertuſchung der Klaſſengegenſätze, ſondern um Aufhebung der Klaſſen, nicht um Verbeſſerung der gegenwärtigen Geſellſchaft, ſondern um Gründung einer neuen.“

Zur Verbreitung dieser Ansichten und zum Wirken für diese Zwecke war Liebknecht nach Deutschland gekommen, und zwar zunächst nach Berlin, wo er mit den Lassalleanern verkehrte, aber ohne Einfluß blieb. Im Juli 1865 von dort ausgewiesen, siedelte er sich in Leipzig an, um hier in der „Mitteldeutschen Volkszeitung" seinem heftigen Hasse gegen Preußen Luft zu machen und dem Partikularismus das Wort zu reden. In diesem Bestreben fand er sich mit dem Drechslermeister Bebel zusammen, der bis dahin ein Gegner der sozialistischen Bewegung gewesen war und sich zu Schulze-Delitzsch gehalten hatte, im Übrigen aber der besonders in Süddeutschland verbreiteten demokratischen Volkspartei angehörte. Bebel war Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, der mit einer Anzahl ähnlicher Genossenschaften einen Verband bildete, dessen Ausschuß in Leipzig seinen ständigen Sitz hatte. Allmählich gelang es Liebknecht, seine neue Bekanntschaft für seine Zwecke zu gewinnen. Bald wurden die Folgen fühlbar, obwohl keiner der beiden sich schon mit direkter Empfehlung der Marxschen Lehre herauswagte. Im September des letztgenannten Jahres erklärte sich der Verband der Arbeitervereine, in dessen Ausschusse Bebel saß, auf seiner Generalversammlung zu Stuttgart für das allgemeine Stimmrecht. Im Mai 1866 sagte sich die Mehrheit jener Vereine von Schulze-Delitzsch und der Fortschrittspartei los. Im August wurde unter Bebels Mitwirkung auf einer Landesversammlung der sächsischen Arbeiter zu Chemnitz ein partikularistisch-volksparteiliches Programm vereinbart, auf welches hin Bebel in den konstituirenden Reichstag gewählt wurde. Im nächsten Jahre gelangte auf dasselbe Programm hin mit ihm auch Liebknecht in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes. Auch jetzt noch schwiegen beide über ihre kommunistischen Pläne. Dagegen spielte der kosmo-

politiſche Revolutionär Liebknecht mit Eifer den tiefbekümmerten Vaterlandsfreund. „Seit Ihrer glorreichen Neugeſtaltung", rief er aus, „reißt das Ausland Stück um Stück vom deutſchen Leibe los. Jeder deutſche Patriot wird von tiefem Schmerz ergriffen, wenn er der Ereigniſſe des vorigen Jahres gedenkt. Aber es wird der Tag kommen, wo Ihre Gewalt ſich mit der größern Gewalt Frankreichs zu meſſen haben wird. . . . Die Weltgeſchichte ſteht nicht ſtill, ſie wird hinwegſchreiten über Ihr Gewaltwerk, über dieſen Nordbund, welcher nichts andres bedeutet als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutſchlands, ſie wird hinwegſchreiten über dieſen Norddeutſchen Reichstag, der nichts iſt als das Feigenblatt des Abſolutismus." Schweitzer, ebenfalls Mitglied der Verſammlung, erwiederte darauf: „Wir wollen nicht in Gemeinſamkeit mit Herrn Liebknecht und ſeinen Freunden, den depoſſedirten Fürſten, und dem neidiſchen Auslande dahin trachten, Preußen und den Norddeutſchen Bund zu ruiniren. Wir ſtehen, obwohl unzufrieden mit den innern Zuſtänden und dahinſtrebend, dieſelben gründlich zu ändern, innerhalb des neu ſich bildenden Vaterlandes; jene ſtehen außerhalb desſelben, wollen außerhalb desſelben ſtehen. Das iſt es, was uns von ihnen trennt, nnd das mußte hier beſtimmt konſtatirt werden."

Die ſozialdemokratiſchen Fraktionen hatten jetzt fünf Vertreter im Reichstage. Die Leiſtungen und der Einfluß derſelben waren aber gering. Dagegen wirkte ihr Auftreten erheblich für die Ausbreitung ihrer Partei unter den Arbeitern, die ja in der Mehrzahl die Phraſe umſo bereitwilliger für Wahrheit zu halten pflegen, je lauter und greller ſie tönt. Dazu kamen andre fördernde Umſtände. Das allgemeine Stimmrecht hatte das Intereſſe an politiſchen Dingen auch in den untern Schichten der Bevölkerung verſtärkt, die Freizügigkeit brachte die Arbeiter-

maſſen in raſchere Bewegung, die Wegräumung der Schranken, welche das wirtſchaftliche Leben bisher umgeben hatten, führte, zu haſtig betrieben und in manchen Punkten zu weitgehend, zu Mißſtänden, es fanden Strikes ſtatt, welche indirekt für die ſozialiſtiſche Bewegung wirkten. Unter dieſen Umſtänden verdoppelte ſich die Zahl der Mitglieder des Allgemeinen Deutſchen Arbeitervereins, über den Schweitzer den Vorſitz führte. Aber andrerſeits gewann auch die kommuniſtiſche Agitation innerhalb des Verbandes der Arbeitervereine, in deſſen Ausſchuß Bebel präſidirte, fortwährend mehr Boden, und ſelbſt in die Reihen der Fraktion der Laſſalleaner, welche ſich von der Hatzfeldt leiten ließen, drang ſie ein. Im Herbſt 1868 konnten Liebknecht und Bebel auf dem Vereinstage zu Nürnberg, auf dem 111 Arbeitergenoſſenſchaften mit ungefähr 14000 Mitgliedern vertreten waren, ſchon wagen, ihr wahres Geſicht zu zeigen, und die Majorität der Verſammlung erklärte ſich mit den Grundſätzen der Marxſchen Internationale einverſtanden. Am 7. Auguſt 1869 kam auf dem Eiſenacher Kongreſſe, den alle Fraktionen der Arbeiterpartei beſchickt hatten und auf dem 262 Delegirte angeblich anderthalb hunderttauſend Mitglieder vertraten, die „Sozialdemokratiſche Arbeiterpartei“ zuſammen, deren Programm ein Gemiſch der volksparteilichen und der kommuniſtiſchen Prinzipien war, und die in der Folge ganz unter den Einfluß Liebknechts und Bebels geriet. Dieſe Partei erſtrebt nach ihrem dort feſtgeſtellten Glaubensbekenntniſſe „die Errichtung des freien Volksſtaates“ und verpflichtet jedes Mitglied, für „die Bekämpfung der heutigen politiſchen und ſozialen Zuſtände,“ für „die Erringung gleicher Rechte und Pflichten und für die Abſchaffung der jetzigen Produktionsweiſe und den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter, endlich für politiſche Freiheit im demokratiſchen Staate“ einzutreten. Als „nächſte Forderungen“ ſtellte das

Programm auf: „Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, Einführung der direkten Gesetzgebung, Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession, Errichtung einer Volkswehr anstatt der stehenden Heere, Trennung der Kirche vom Staat und der Schule, obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten, Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung von Geschwornen- und Fachgewerbegerichten, mündliches und öffentliches Gerichtsverfahren und unentgeltliche Rechtspflege, Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze, Einführung des Normalarbeitstages, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer, staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktionsvereine unter demokratischen Garantien." Auch dieses Programm sollte nur ein provisorisches sein, aber in ihm steckten, wie Liebknecht an einen Vertrauten schrieb und wie man in der That auf den ersten Blick erkennen mußte, „die letzten Konsequenzen des Kommunismus." Von den Lassalleanern schlossen sich der Partei zunächst nur wenige an, andrerseits aber vermochten deren Versuche auch nicht, die Organisation der Kommunisten zu sprengen.

Das Jahr 1870 war der Sache der deutschen Sozialdemokratie nicht günstig. Deren Propaganda war gelähmt, und in die Reihen der Partei riß die nationale Begeisterung tiefe Lücken. Als im März 1871 die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage stattfanden, wurde, während die letztvorhergegangenen sieben sozialistische Mandate ergeben hatten, nur Bebel gewählt, und als dessen Fraktion im August ihren Kongreß abhielt, war ihre Mitgliederzahl von 14 000 auf ungefähr 6000 zusammen-

geſchmolzen. Schweitzer zog ſich von der Leitung der Laſſalleaner zurück, und von jetzt an war deren Geſchichte nur noch ein allmähliches Aufgehen in die kommuniſtiſche Bewegung. Die letztere begann in der Folge wieder zu ſteigen. Sie rührte ſich in der Gründung von allerlei Blättern für die Arbeiterwelt, und ſie wurde von den inzwiſchen eingetretenen wirtſchaftlichen Verhältniſſen unterſtützt. „Die Schwindelperiode von 1872 mit ihren hohen Arbeitslöhnen und erfolgreichen Strikes, der Krach mit ſeinem Gefolge von Elend und Hunger, beide haben gleich erfolgreich Rekruten für die Sozialdemokratie geworben. Der Rauſch wie der Katzenjammer ſind gleich taugliche Geburtshelfer für eine Weltanſchauung, die von Extrem zu Extrem taumelt.“*) Schon im Frühjahr 1874 geſchahen Schritte zur Verſchmelzung der Laſſalleaner mit den Kommuniſten, dieſelben wurden fortgeſetzt, und auf dem Kongreſſe, der im Mai 1875 zu Gotha abgehalten wurde, vereinigten ſich beide Fraktionen auf der Baſis eines Programms, das ſich zum reinen Kommunismus bekannte. Was außerhalb der neuen Partei blieb, war von geringer Bedeutung und hatte wenig Ausſicht, beachtenswerter zu werden. Von der organiſirenden Thätigkeit der Internationale war in Deutſchland nicht viel zu bemerken, ſie hat hier ſchwerlich jemals tauſend wirkliche Mitglieder gezählt, dagegen hat ihr geiſtiger Einfluß, die ideelle Propaganda, die von ihr ausging, auf die Umgeſtaltung der deutſchen Sozialdemokratie ſo weſentlich eingewirkt, daß wir mit Mehring ſagen können, die Geſchichte der letzteren vom Tode Laſſalles bis zum Gothaer Vereinigungskongreſſe ſei im großen und ganzen „der langwierige Kampf und der endliche Sieg der Tendenzen des internationalen Kommuniſten Marx über die Traditionen des

*) Mehring, Zur Geſchichte der deutſchen Sozialdemokratie, S. 104.

nationalen Sozialiſten Laſſalle." Wir fügen hinzu: der revolutionären Strömung in der Bewegung über die reformatoriſche.

Die Führer der zuletzt ſiegreich gebliebenen Marxſchen Fraktion wußten immer, daß ihre Ziele ſich nicht auf dem Wege der Geſetzgebung erreichen ließen, und ſie benutzten die Rednertribüne des Reichstages nur, um von da Propaganda für ihre Pläne unter den draußen ſtehenden Maſſen zu machen. „Die ſozialdemokratiſche Partei iſt," wie Liebknechts Volksſtaat 1874 erklärte, „eine revolutionäre Partei.... Wir beteiligen uns an den Reichstagswahlen ausſchließlich zu agitatoriſchen Zwecken.... Nur um zum Volke zu reden, dürfen wir die Tribüne des Reichstages beſteigen. Entfernen wir uns von dem revolutionären Urſprung und Weſen unſrer Partei, verlieren wir nur einen Augenblick die Fühlung mit dem revolutionären Volke, ſo ſtehen wir in der Luft und werden gleich jenem Rieſen des Altertums ohne Gnade erdrückt." „Nur eine völlige Umwälzung der heutigen Geſellſchaft," ſo las man 1872 im Neuen Sozialdemokrat, „kann und wird ein für allemal das Maſſenelend beſiegen." Die Preſſe der Partei ſollte nach einem Artikel desſelben Blattes „die Brandfackel ſein, welche in die Pulvertonne des ſozialen Elends geſchleudert wird, um den Zündſtoff in der Arbeiterklaſſe zu entflammen." Als erſtes Morgenrot der hereinbrechenden furchtbaren Revolution begrüßte der Volksſtaat „die unſterbliche That der Kommune von Paris." Auch bei uns werde, ſo prophezeite damals der Neue Sozialdemokrat, „einſt der nackte Rieſe den gepanzerten Zwerg mit ſeiner Fauſt zerdrücken." Am 24. April 1871 verkündete Bebel von der Rednerbühne des Reichstages: „Die Pariſer Kommune iſt ſtellenweiſe noch mit einer Mäßigung verfahren, die wir in einem ähnlichen Falle in Deutſchland ſchwerlich anwenden würden," und am 25. Mai ſagte er von derſelben Stelle aus: „Wenn auch im Augenblicke

Paris unterdrückt iſt, ſo erinnere ich Sie daran, daß der Kampf dort nur ein kleines Vorpoſtengefecht war, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariſer Proletariats: Krieg den Paläſten, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des geſamten europäiſchen Proletariats werden wird.“ Marx veröffentlichte um dieſelbe Zeit in Geſtalt einer Broſchüre eine fanatiſche Lob- und Verteidigungsrede auf die Kommune. In den Liedern, welche die Sozialdemokraten ſeiner Farbe bei ihren Feſten ſangen, wird „die neue Rebellion, die ganze Rebellion“ verkündet. (Refrain der Arbeitermarſeillaiſe.) Anderswo heißt es: „Heil uns! der Zunder iſt gehäuft, der Weltbrand loht zum Himmel! Das Schlachtſchwert ſauſt, die Kugel pfeift, rings wildes Kampfgetümmel.... Hei, ſeht, die Throne fallen ein, die heiligen Stühle zittern.“ (Aus „Der Menſchheit Kriegsgeſang.“) Wieder in einem andern Produkt dieſer Pſeudopoeſie ſagt der Verfaſſer: „Da will ich liegen und warten und ruhn, bis andre Zeiten gekommen, bis die Deutſchen ihr Schickſal mit kräftigem Thun ſelbſteigen zur Hand genommen. Bis ſie mit heiliger Zornesglut in Fetzen die Throne geſchlagen und ſie die ganze Tyrannenbrut zur Guillotine getragen. Bis der verpeſtete deutſche Sumpf von Henkern, Heuchlern und Strolchen iſt ausgerottet zum letzten Stumpf mit Knüppeln, Meſſern und Dolchen.“

Nicht die Verbeſſerung der Lage des Arbeiterſtandes, gleichviel mit welchem Mittel, ſtand den Sozialdemokraten von der Partei Liebknechts bei ihrer Agitation zunächſt vor Augen, ſondern ein Umſturz des Beſtehenden, der, aus Neid und Haß hervorgegangen, die herrſchenden und beſitzenden Klaſſen in Brand und Blut erſticken ſollte. Das las man zwiſchen den Zeilen ihrer Literatur, das hörte man aus ihren Reden heraus, auch wo ſie ſich weniger maßlos und roh ausdrückten. Sie

waren in erſter Linie eine negirende Partei, und ſo war ihnen gegenüber zunächſt nur an Schutz des Staates und der Geſellſchaft durch Repreſſivmaßregeln zu denken. Dies geſchah bereits im Frühjahr 1871, indem der deutſche Reichskanzler bei den europäiſchen Kabinetten mit Einſchluß des franzöſiſchen gemeinſame Schritte gegen die Bewegung anregte, deren Mittelpunkt man in der Internationale erblickte. Gegen die von dieſer angeſtrebte Koalition der deſtruktiven Elemente aller Nationen ſollte eine Koalition aller Regierungen gebildet werden, wobei vorzüglich auf Öſterreich und Rußland gerechnet wurde, die ſich denn auch bereitwillig zeigten, während man ſich in London ablehnend verhielt, und die übrigen Stellen wenigſtens keinen beſondern Eifer an den Tag legten. Zwiſchen den drei öſtlichen Mächten kam es dagegen zu einem Wechſel von Denkſchriften, in denen anerkannt wurde, daß die bloße Repreſſion nicht genügen werde und dem Übel tiefer auf den Grund gegangen werde müſſe, mit andern Worten, daß der Verſuch zu machen ſei, dasſelbe durch Befriedigung wirklicher Bedürfniſſe und Eingehen auf gerechtfertigte Beſchwerden der arbeitenden Klaſſen zu heilen. Von verſchiednen Seiten wurde dabei hervorgehoben, daß die Zuſtände, deren Druck den weſentlichen Grund und Gegenſtand der Agitation unter den Fabrikarbeitern bilde, hauptſächlich Folge einer freien wirtſchaftlichen Entwicklung ſeien, deren Faktoren, die Ausbildung der Verkehrsmittel, die Fortſchritte des Maſchinenweſens und das auf beide begründete Übergewicht des Großbetriebes, durch ſtaatliche Einwirkung in ihrem Einfluß auf die Verhältniſſe nicht gehemmt werden könnten. Ebenſo wurde behauptet, daß ein ernſtlicher Verſuch des Staates, durch Einmiſchung in die Lohn- und Preisregulirungen und durch Einſetzung ſeiner Autorität oder ſeines Kredits bei der Begründung oder Leitung von Produktiv-

genoſſenſchaften außer Betracht bleiben müſſe. Weiterhin wurde die Anſicht ausgeſprochen, daß die neuerdings ergangenen geſetzlichen Beſtimmungen in Betreff des Sparkaſſenweſens, die ſtaatliche Förderung der Bemühungen, den Arbeitern gute Wohnungen zu verſchaffen, und der Schutz, den die Gewerbeordnung Kindern und jugendlichen Arbeitern gegen induſtrielle Ausbeutung und Verkümmerung ihrer geiſtigen Ausbildung gewähre, ſowie der, welchen ſie den Arbeitern überhaupt gegen das ſogenannte Truckſyſtem biete, nichts zu wünſchen übrig ließen, und daß für die Ausbildung des Arbeiterſtandes durch Abend- und Sonntagsſchulen hinreichend geſorgt ſei. Endlich wurde erklärt, daß der Staat in Bezug auf die Frage der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes, dieſes Angelpunktes der ganzen Agitation, direkt nichts thun könne. Indes ließe ſich hier durch das Syſtem der Schiedsgerichte, welche der § 108 in den gewerblichen Organismus eingeführt habe, wohl eine Beſſerung der Verhältniſſe erzielen. Allerdings ſei dort nur ein Ausgangspunkt gegeben, auch reichten die dürftigen und manchem Zweifel Raum laſſenden Beſtimmungen des Geſetzes für das der unmittelbaren Autorität jener Inſtitute unterworfene Gebiet gewerblicher Streitigkeiten nicht aus, ſodaß eine Vervollſtändigung wünſchenswert ſei. Wie ſehr aber der Gedanke ſelbſt das Richtige getroffen habe, beweiſe der vielſeitige Beifall, den die Erlaſſe des Handelsminiſters von Itzenplitz vom 4. Oktober 1870 und vom 31. Juli 1871 gefunden hätten. Möchten auch praktiſche Erfolge zur Zeit erſt in geringem Umfange zu bemerken ſein, ſo könne doch die von verſchiedenen Seiten ſchon jetzt für dieſe Idee ausgehende Propaganda nicht anders als heilſam auf die Stimmung der Arbeiter einwirken, und man werde hoffen dürfen, daß ſich in dieſer übrigens von jedem ſtaatlichen Zwange frei zu erhaltenden Einrichtung eins der wirk-

ſamſten Mittel herausbilden werde, berechtigten Wünſchen, welche die Wandlungen der Produktions-, Verkehrs- und Preisverhältniſſe auf ſeiten der arbeitenden Klaſſen hervorrufen könnten, nach allen Seiten hin billige Befriedigung zu verſchaffen und damit den ſozialen Frieden wiederherzuſtellen.

Die Meinung und Abſicht des Reichskanzlers war in weſentlichen Punkten eine andre als die eben ſkizzirte, die, wie man ſieht, in mancheſterlichem Fahrwaſſer ſich bewegend, die Mitwirkung des Staates zur Reform der Arbeiterverhältniſſe auf ein möglichſt geringes Maß beſchränkt ſehen wollte. Die Bismarckſche Auffaſſung der Sachlage ließ ſich etwa in folgenden Sätzen ausdrücken. Die neuere ſozialiſtiſche Doktrin [die Liebknecht-Bebelſche iſt gemeint, und es handelt ſich um den Spätherbſt des Jahres 1871] rechnet, ſoweit ſie mit der Internationale zuſammenhängt, überhaupt nicht mit den jetzigen Staaten und weiſt darum jede Unterſtützung der beſtehenden Regierungen grundſätzlich aufs entſchiedenſte zurück. Sie ſtellt an die Spitze ihres Programms die Forderung der Umgeſtaltung der heutigen Staaten in den ſozialiſtiſchen Volksſtaat. Eine Einmiſchung der Regierungen in die betreffende Bewegung iſt darum ſo wenig gleichbedeutend mit einer Förderung der ſozialiſtiſchen Beſtrebungen, daß vielmehr die Aktion der gegenwärtig herrſchenden Staatsgewalten als das einzige Mittel erſcheint, jener Bewegung in ihrer jetzigen Verwirrung Halt zu gebieten und dieſelbe insbeſondre dadurch auf heilſame Bahnen zu leiten, daß man dasjenige, was in den ſozialiſtiſchen Forderungen berechtigt iſt und in den Rahmen der heutigen Staats- und Geſellſchaftsordnung paßt, zu verwirklichen ſucht, was allerdings im rechten Sinn und Geiſt geſchehen muß. Nach den bekannten Thatſachen zu urteilen wird die ſozialiſtiſche Bewegung von der Internationale durchaus noch nicht in der von dieſer angeſtrebten

Tiefe und Ausdehnung beherrſcht, vielmehr iſt jene namentlich in Preußen der Marxſchen Lehre und Organiſation eher feindlich als zugewandt, wie dies in dem Gegenſatze der Laſſalleſchen Partei gegen die mit der Internationale in Verbindung ſtehende Liebknecht-Bebelſche deutlich zu erkennen iſt. Mit jener iſt nicht nur eine ſachliche Verſtändigung noch möglich, ſondern es kann bei richtigem und rechtzeitigem Eingreifen der Regierungen auch noch gelingen, die Mehrzahl der Arbeiter mit der beſtehenden Staatsordnung auszuſöhnen und die Intereſſen der Arbeiter und Arbeitgeber wieder in Einklang zu bringen. Im übrigen ſind die ſozialiſtiſchen Theorien und Poſtulate ſchon ſo weit in den Maſſen verbreitet, daß es vergeblich ſein würde, wenn man die Gefahren derſelben durch Stillſchweigen beſchwören wollte. Im Gegenteile ſcheint es dringend geboten, dieſelben oft und öffentlich zu erörtern, damit die irregeleiteten Maſſen nicht immer bloß die Stimme der Agitatoren vernehmen, ſondern aus dem Für und Wider lernen, was an ihren Forderungen berechtigt und unbegründet, ausführbar und unmöglich iſt. Von ſelbſt verſteht ſich, daß hiervon die Hauptfragen über Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht ausgeſchloſſen werden dürfen, weil man ſonſt den Agitatoren ihre wirkſamſten Agitationsmittel laſſen würde.

Der Kaiſer von Öſterreich wendete damals der Frage ſein perſönliches Intereſſe zu, und es wurden gemeinſchaftliche kommiſſariſche Erörterungen in Ausſicht genommen, die als Annäherung der ſich bis dahin noch entfremdeten beiden Mächte auch für ein Bedürfnis der auswärtigen deutſchen Politik günſtig wirken konnten. Indes wurde die Angelegenheit bald nicht weiter verfolgt. Der Reichskanzler wurde von näherliegenden und dringender Erledigung erheiſchenden Fragen in Anſpruch genommen, auch löſte ſich nicht lange nachher die Internationale auf, nachdem man ſchon vorher erkannt hatte, daß ſie thatſäch-

lich bei weitem nicht die Bedeutung beſeſſen, die ſie ſelbſt ſich beigelegt und welche ihr eine Zeit lang auch die öffentliche Meinung beimeſſen zu müſſen geglaubt hatte.

Der Reformgedanke des Kanzlers ruhte jetzt und erfuhr zunächſt keine weitere Ausbildung. In den nächſten Jahren war nur von Einſchränkung der ſozialiſtiſchen Agitation die Rede. Der preußiſche Entwurf zu einem Preßgeſetze für das deutſche Reich, der 1873 im Reichstage erörtert wurde, ſollte in ſeinem zwanzigſten Paragraphen dieſem Zwecke dienen, die liberale Majorität lehnte aber den letzteren ab. Die Sozialdemokraten benutzten die ihnen verbliebene Freiheit zu weiterer ſtaatsfeindlicher Polemik. Die Regierung beantragte darauf 1875 einen Zuſatzartikel zum Preßgeſetze, der dem ſteuern ſollte, und wieder wieſen die Liberalen die helfende Hand zurück, und die Agitation der kommuniſtiſchen Revolutionspartei wurde unbehindert fortgeſetzt, bis ſie 1878 in der Arbeiterwelt eine Stimmung hervorgerufen hatte, der die Attentate vom Mai und Juni jenes Jahres entſprangen.

Von dieſer Zeit an datirt das Wiederaufleben des Reformgedankens im Geiſte Bismarcks. Zunächſt aber mußten endlich kräftige Repreſſionsmittel gegen das zu ſolcher Höhe herangewachſene Übel gewonnen werden. Zu dieſem Zwecke ſchlug die Regierung im Mai ein Geſetz vor. Dasſelbe ſcheiterte gleichfalls an dem Widerſtande der liberalen Mehrheit des Reichstags. Die Auflöſung desſelben erfolgte, und da die Oppoſition nicht im Einklang mit der Meinung und dem Willen der Mehrheit des Volkes geſtimmt hatte, ſo ergaben die Neuwahlen eine verſtändigere Verſammlung, welche dem mit einigen Abänderungen wieder eingebrachten Entwurfe zu einem Geſetze wider ſozialiſtiſche Ausſchreitungen ihre Zuſtimmung erteilte. Bei der betreffenden Debatte ſagte der Reichskanzler zur Bezeichnung ſeines jetzigen Standpunktes u. a. folgendes:

„Ich habe ſchon bei der erſten Leſung mir erlaubt, zu bemerken, daß ich eine jede Beſtrebung fördern werde, welche poſitiv auf Verbeſſerung der Lage der Arbeiter gerichtet iſt, alſo auch einen Verein, der ſich den Zweck geſetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbeſſern, ihnen einen höheren Anteil an den Erträgniſſen der Induſtrie zu verſchaffen und die Arbeitszeit nach Möglichkeit abzukürzen, ſoweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die abſatzfähige Fabrikation angegeben ſind, beide Beſtrebungen noch geſtatten. Solche Vereine mit poſitivem Zwecke ſind auch in Deutſchland gar keine Neuerung. Sie finden ſie vor mehr als einem halben Jahrtauſend in derſelben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts in den großen deutſchen Städten von Breslau bis Kolmar Strikes der Geſellen und Arbeiter den Meiſtern gegenüber. . . . Man hat ſie mit wechſelndem Glücke geführt. . . . Aber immer waren es poſitive Beſtrebungen und Zwecke, die man damit zu fördern ſuchte, ganz beſtimmte Forderungen, und der Gedanke, ſich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenſeitigen Beziehungen ſtanden, der Gedanke, das Eigentum anzutaſten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menſchen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Intereſſen. Selbſt in den großen Exzeſſen des Bauernkrieges, wo die volle Herrſchaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruche gekommen war — wenn ſie dort die Verträge leſen, welche die Bauernſchaften mit den einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeſchloſſen haben, finden Sie nie, daß über das notwendige Bedürfnis hinaus das Eigentum dieſer feindlichen Edelleute angegriffen worden iſt. . . . Den damaligen Kommuniſten iſt es nicht eingefallen, das Eigentum ſelbſt ihrer Feinde irgendwie antaſten zu wollen, und wenn ich damit eine Scheidewand er-

richte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigſtens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen, und dasjenige, was ſie bekämpfen, ſo kann ich das weſentlich mit den Worten: poſitive Beſtrebungen und negative Beſtrebungen. Sobald uns von ſozialdemokratiſcher Seite irgend ein poſitiver Vorſchlag entgegenträte oder vorläge, wie ſie in vernünftiger Weiſe die Zukunft geſtalten wollen, um das Schickſal der Arbeiter zu verbeſſern, würde ich wenigſtens einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache mich nicht entziehen und ſelbſt vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückſchrecken, um den Leuten zu helfen, die ſich ſelbſt helfen. . . . Wie ſteht aber heute die Sache? Hier befinden wir uns der reinen Negation gegenüber, dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung giebt, was anſtatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden ſoll, wenn es niedergeriſſen iſt. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umſturzes. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinſchaftlich zu tagen — iſt Ihnen von den langen Reden derſelben . . . auch nur eine einzige in Erinnerung, wo nur der leiſeſte Schatten eines poſitiven Gedankens, eines Vorſchlags über das, was künftig werden ſoll, über die Geſtaltung, über das Programm, das dieſen Herren vorſchwebt, nachdem ſie das Beſtehende in Breſche gelegt haben, ſich fände? . . . Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wiſſen, warum ſie darüber, wie ſie die Welt künftig geſtalten wollen, wenn ſie die Herren wären, ſorgfältig ſchweigen: ſie wiſſen es nicht, ſie haben auch den Stein der Weiſen nicht. Sie können die Verſprechungen niemals halten, mit denen ſie jetzt die Leute verführen. . . . Ich weiß nicht, wer von Ihnen ſoviel Zeit gehabt hat, den verſchleierten Propheten von Moore zu leſen, der ſein Geſicht ſorgfältig verdeckte, weil, ſobald der Schleier

gelüftet wurde, es in ſeiner ganzen abſchreckenden Häßlichkeit vor Augen ſtand. An dieſen verſchleierten Propheten von Choraſſan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unſrer ſonſt ſo wohlgeſinnten arbeitenden Klaſſen verfallen iſt. Sie haben das Angeſicht von Mokana nie geſehen. Wenn ſie es ſehen würden, ſo würden ſie erſchrecken davor, ſie würden ein Leichengeſicht erblicken.

Daß die Herren mit den dunkeln Verſprechungen . . . Anklang gefunden haben, iſt ja bei dem, der überhaupt nicht mit ſeiner Lage zufrieden iſt, namentlich wenn er ſeine Unzufriedenheit mit der germaniſchen Energie empfindet und geltend macht, nicht ſo außerordentlich ſchwer. Wenn ſie den Leuten, die zwar leſen können, aber nicht das Geleſene beurteilen — und die Fähigkeit des Leſens iſt bei uns viel verbreiteter als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktiſchen Urteils über das Geleſene vielleicht minder verbreitet als in den beiden Ländern — wenn Sie dieſen Leuten glänzende Verſprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig geweſen iſt, als einen Zopf, eine Lüge darſtellen, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel, ihnen den Glauben an Gott, an unſer Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, an die Familie, an den Beſitz, an die Vererbung deſſen, was ſie erwerben für ihre Kinder, wenn Sie ihnen alles das nehmen, ſo iſt es doch nicht ſchwer, einen Menſchen von geringem Bildungsgrade dahin zu führen, daß er ſchließlich mit Fauſt ſpricht: »Fluch ſei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor allem der Geduld!« Ein ſo geiſtig verarmter und nackt ausgezogener Menſch — was bleibt denn dem übrig als eine wilde Jagd nach ſinnlichen Genüſſen, die allein ihn noch mit dieſem Leben verſöhnen können?

Wenn wir fragen, wie iſt es eigentlich gekommen, daß dieſe

negativen Tendenzen, dieſes Evangelium der Negation gerade bei uns in Deutſchland ſoviel Anklang gefunden haben, ſo müſſen wir der Zeit, in der das geſchah, etwas näher ins Auge ſehen. . . . Bis 1870 war, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, das eigentliche Verſuchs- und Operationsfeld Frankreich, und nur in Frankreich hatten ſie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune ſchlagen konnte und ſich auch wirklich der Hauptſtadt für einige Zeit bemächtigte. Haben ſie nun wirklich damals, wo ſie im Beſitze der Gewalt waren, irgend ein poſitives Programm aufgeſtellt, wie ſie dieſe Gewalt für den Vorteil der notleidenden Klaſſen nutzbar machen könnten? Mir iſt keines bekannt, das irgend praktiſch ins Leben getreten wäre. Es mögen in den Zeitungen utopiſche Fragen geſtanden haben, aber der Verſuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn ſie etwas konnten und wußten, um mit einem Beiſpiele zu zeigen, was ſie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht. . . . Sie haben nichts wie gemordet, gebrannt, gemißhandelt, nationale Denkmäler zerſtört, und auch wenn ſie ganz Paris in einen Aſchenhaufen verwandelt hätten, würden ſie angeſichts deſſen immer noch nicht gewußt haben, was ſie wollten. Wir ſind unzufrieden, es muß anders werden, aber wie, das wiſſen wir nicht. Dabei wären ſie geblieben. Nun, nachdem ſie von der franzöſiſchen Regierung niedergeworfen waren, mit Energie, . . . ſahen die Leiter wohl ein, daß dieſes Verſuchsfeld verlaſſen werden mußte, da ein zorniger, entſchloſſener, harter Wächter darüber ſtand . . . Sie ſahen ſich um in Europa, wo ſie nun den Hebel anlegen, wo ſie die Zelte, die ſie in Frankreich abbrachen, aufſchlagen könnten. Daß ihnen da Deutſchland in erſter Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich garnicht. Ein Land mit ſo milden Geſetzen, mit ſo gut-

mütigen Richtern . . . mit ſo hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn ſie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Miniſter, das Tadeln eines Miniſters als eine That gilt, als ob wir nach Anno dreißig lebten, ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, das die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbaſen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortſchrittliche Bearbeitung ſehr ſorgfältig vorbereitet waren, wo die Diskreditirung der Behörden und der Inſtitutionen durch die fortſchrittliche Agitation bereits einen ſehr hohen Grad erreicht hatte, das hatte ſein Anziehendes. . . . Wenn Fortſchritt und Sozialismus ſich äußerlich, wenigſtens in Reden entgegenkommen — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt —, ſo iſt doch Thatſache, daß ſie [die nach Deutſchland übergeſiedelten internationalen Sozialiſten] die Achtung vor den Inſtitutionen zerſtört fanden. Die Neigung, ſie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an dieſem Hohne bei jedem Philiſter, der nachher froh iſt, wenn er aus den Folgen dieſes Hohnes gerettet wird, fanden ſie ganz außerordentlich entwickelt — kurz und gut, ſie erkannten hier das Land, von dem ſie ſagten: Laſſet uns Hütten bauen.

Der Deutſche hat an und für ſich eine ſtarke Neigung zur Unzufriedenheit, . . . ſein Ehrgeiz iſt ſchrankenlos. Der Bäcker, der ſich etablirt, will nicht etwa der wohlhabendſte Bäcker in ſeinem Orte werden, nein, er will Hausbeſitzer, Rentier, er will nach ſeinem größeren Berliner Ideal ſchließlich Bankier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es iſt das eine Eigenſchaft, die ihre ſehr guten Seiten hat. Es iſt die deutſche Strebſamkeit, ſie ſteckt ſich ihr Ziel nie zu kurz, aber ſie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr ſehr Bedenkliches, namentlich in den untern Beamtenklaſſen. . . . Und die Folgen

dieſer Unzufriedenheit ſind, daß ein großer Teil unſrer Subalternbeamten von der ſozialiſtiſchen Krankheit angeſteckt iſt. Nun, wie beſtätigte ſich die deutſche Erwartung der Sozialiſten? Die internationale Agitation ſiedelte in das gelobte Land über, in welchem ſie ſich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen ganz neue Einrichtungen, wir hatten das Freizügigkeitsgeſetz, kombinirt mit dem Unterſtützungswohnſitz, die Abſchaffung der Paßpflichtigkeit, Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den größern Städten eine fluktuirende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit ſehr abhängig war von den ſchwankenden Verkehrs- und Induſtrieverhältniſſen in den großen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten. . . . und keiner hatte Neigung, in ſeine ländlichen Verhältniſſe zurückzukehren. . . . Die Vergnügungen der großen Stadt haben ſehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit, alles das zieht die in den größern Städten durch Vergnügungen feſtgehaltene Bevölkerung an ſie, und dies hat der Agitation großen Vorſchub geleiſtet. Noch viel ſtärker wurde dies, als wir das neue Preßgeſetz ſchufen . . . Dasſelbe ſchaffte plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es ſchaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewiſſes Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewiſſes Maß von Bildung erforderlich und vorhanden, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heutzutage kann man mit hundert bis hundertundfünfzig Mark dem Unternehmen näher treten und nach Bildung iſt gar kein Bedürfnis, man braucht bloß abzuſchreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, . . . und ſolche Blätter, die einmal in der Woche erſcheinen, und die der Beteiligte, der ſie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande und in

der kleinen Stadt, umſo länger lieſt und umſomehr zirkuliren läßt und ſich um ſo deutlicher einprägt — dieſer Appell an den gemeinen Mann und ſeine gefährlichſten Inſtinkte, dieſe Agitation war früher nicht ſo leicht; das iſt durch unſer Preßgeſetz außerordentlich geſtiegen, es iſt gleichzeitig geſtiegen durch die Milde unſeres Strafgeſetzes, und wenn wir ſie bis zu ſo ſchweren Verbrechen ſich aufſchwingen ſehen [die Attentate auf den Kaiſer ſind gemeint] ſo trägt dazu nicht unweſentlich bei, daß der Glaube an die Vollſtreckung einer erkannten Todesſtrafe geſchwunden iſt. . . . Wenn wir ſehen, daß auf den ungeheuern Schwindel in den Geſchäften in den erſten Jahren nach dem Kriege ein vollſtändiger Verfall der Geſchäfte gefolgt iſt und viele Leute, die eine Zeit lang einen großen Verdienſt gefunden hatten, denſelben nicht mehr haben, ſo kann es eigentlich nicht verwundern, daß die Sache unter ſo exzeptionellen Verhältniſſen, unter ſo neuen Verhältniſſen, wie unſre ganze deutſche Geſetzgebung, wo ſo manches durch die Plötzlichkeit unſrer Verſchmelzung in Verſtimmung geblieben iſt, und wo alle mit der Regierung unzufriednen Elemente ſich in einem großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich iſt — da kann man ſich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu dieſer Höhe angeſchwollen iſt, und daß wir hier in Berlin zwiſchen ſechzig- und hunderttauſend wohlorganiſirte und in Vereinen gegliederte Männer haben, die ſich offen zum Kampfe gegen die beſtehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter dieſen Umſtänden die Gewerbsthätigkeit, der Kredit, der Aufſchwung der Induſtrie in Berlin leiden muß, iſt ganz natürlich; denn für den, der hier ein Kapital anlegen ſoll, oder der einem andern ein Kapital leihen ſoll, — in der beunruhigten Phantaſie eines auf Verluſt vor-

bereiteten Eigentümers hat doch dieſe Maſſe, dieſe Organiſation von ſechzig- bis hunderttauſend Menſchen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unſrer Mitte lebt, und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo ſie über den Eigentümer, den leichtfertigen Kapitaliſten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigentum zu entziehen oder zu beſchränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. . . . Die Furcht, die ich nicht teile, daß im Kerne des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern ſchon vollſtändig von den Arbeitern aufgenommen ſeien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasſelbe zu heben, glaube ich, daß es notwendig iſt für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es iſt ja heutzutage die Stellung eines ſozialiſtiſchen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andre; man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde, man ergreift dieſes Gewerbe und ſteht ſich dabei unter Umſtänden ſehr viel beſſer, als wenn man bei dem urſprünglichen geblieben wäre. . . . Aber das hindert nicht, daß wir gegen die Herren, die dieſe Gewerbthätigkeit ergriffen haben, uns im Stande der Notwehr befinden, und je zeitiger wir dieſe Notwehr eintreten laſſen, mit deſto weniger Schaden für die Freiheit der übrigen und für die Sicherheit und den innern Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen."

Der Reichstag erfüllte die hierin angedeuteten Erwartungen des Kanzlers: eine Mehrheit von 72 Stimmen, welche ſich aus ſämtlichen Konſervativen und Nationalliberalen, der Gruppe Löwe, einigen Mitgliedern der Fortſchrittspartei und einer Anzahl zu keiner Fraktion gehöriger Abgeordneten zuſammenſetzte, erteilte der Regierung außerordentliche Vollmachten zu wirkſamer Bekämpfung der Ausſchreitungen der Sozialdemokratie. Wurden ihr die Mittel, die ſie dazu verlangte, nicht vollſtändig und in

zweifellos genügendem Umfange gewährt, ſo zeigte ſich die Majorität der Volksvertretung doch auf jedem der von dem betreffenden Geſetzentwurfe bezeichneten Gebiete der ſozialiſtiſchen Agitation an und für ſich willfährig, und andrerſeits kam die Regierung bei der Feſtſtellung der Bürgſchaften, welche eine mißbräuchliche Anwendung des Geſetzes auf Gebiete ausſchließen ſollten, die den Zielen desſelben fremd waren, den Wünſchen des Reichstages bereitwillig entgegen. Auf allen Seiten aber wurde zugleich klar erkannt und offen ausgeſprochen, daß das neue Geſetz vor allem den Boden wieder frei machen ſolle für eine ſegenbringende poſitive Thätigkeit, für ernſte Fürſorge des Staates in Betreff der berechtigten ſozialen Beſtrebungen.

In Ausführung des Sozialiſtengeſetzes wurde in ſämtlichen Einzelſtaaten des Reiches zunächſt gegen die Vereine und Zeitungen, die unter die Beſtimmungen des Geſetzes fielen, mit Entſchiedenheit vorgegangen. Auf die Unterdrückung der Preßorgane und Genoſſenſchaften, die auf den Umſturz der beſtehenden Staats- und Geſellſchaftsordnung hingewirkt hatten, folgte die Ausweiſung der berufsmäßigen Agitatoren. Über Berlin und ſpäter über Leipzig wurde der kleine Belagerungszuſtand verhängt, der mit Anordnungen zur Beſchränkung des Verſammlungsrechtes, dem Verbot der Verbreitung von Druckſchriften auf öffentlichen Wegen, der Befugnis zur Entfernung von Perſonen, welche nach der Überzeugung der Behörden die Sicherheit der Geſellſchaft gefährdeten, endlich mit einer Beſchränkung des Beſitzes, des Tragens und des Verkaufs von Waffen verbunden war.

Der Liberalismus hatte bis dahin ſich in den Parlamenten gegen die Intereſſen der arbeitenden Klaſſen gleichgiltig verhalten, da ſeine Vertreter in der Fortſchrittspartei und einem großen Teile der Nationalliberalen ſich zu den Lehren der Manchеſterpartei bekannten, die alles Heil vom Gehenlaſſen in

wirtſchaftlichen Dingen erwartete. Die Beſtimmungen der preußiſchen Gewerbeordnung, welche eine ſtrenge Sonntagsfeier zum Zwecke der Erholung von der Arbeit gebieten und die Beſchränkung der Beſchäftigung jugendlicher Arbeiter ausſprechen, waren gegen den eifrigen Widerſpruch fortſchrittlicher Landtagsredner und Zeitungsſtimmen Geſetz geworden. Auch jetzt geſchah von dieſer Seite nichts in der Sache, und es würde dabei geblieben ſein, wenn der Reichskanzler nicht die Initiative zu einer Reform ergriffen hätte, welche, von dem, wie wir geſehen haben, von ihm ſchon 1871 ausgeſprochenen Gedanken ausging, daß der Staat verpflichtet ſei, für die Wohlfahrt der Arbeiterklaſſe zu ſorgen.

Der erſte Schritt, der in dieſer Richtung erfolgte, war der Entwurf eines Geſetzes, welches die Verſicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen bezweckte, und der, im Januar 1881 dem Bundesrat vorgelegt, von dieſem am 1. April dem Reichstage zur Beratung und Beſchlußfaſſung übergeben wurde. Nach demſelben ſollte an Stelle der durch Geſetz vom 7. Juni 1871 eingeführten Haftpflicht der Unternehmer, die ſich nicht bewährt hatte, eine obligatoriſche Verſicherung und eine Reichsverſicherungsanſtalt treten, bei welcher alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanſtalten, Hüttenwerken, Werften, Bauhöfen und Fabriken beſchäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, deren jährliches Einkommen zweitauſend Mark nicht überſteigt, verſichert werden ſollten. Die Organiſation und Verwaltung der Anſtalt ſollte durch ein vom Kaiſer mit Zuſtimmung des Bundesrates zu erlaſſendes Reglement feſtgeſtellt werden. Die Verſicherung ſollte alle auf den genannten Gebieten beim Betriebe vorkommenden Unfälle umfaſſen, gleichviel, ob ſie in einem Verſchulden des Unternehmers oder ſeiner Beauftragten, in dem eignen Verhalten des Verunglückten oder in zufälligen

Umſtänden ihren Grund hätten. Jedoch ſollte bei einem nachweisbaren groben Verſchulden des Unternehmers oder ſeines Vertreters dieſer der Reichsverſicherungsanſtalt für alle Ausgaben haften, während, wenn der Verletzte den Unfall in grober Weiſe verſchuldet hätte, die ihm zu zahlende Entſchädigung auf die Hälfte des gewöhnlichen Betrages herabgemindert werden ſollte. Der Entwurf enthielt ferner folgende Beſtimmungen: Gegenſtand der Verſicherung iſt der Erſatz des Schadens, welcher durch eine körperliche Verletzung, die den von ihr Betroffenen für länger als vier Wochen erwerbsunfähig macht, oder durch Tötung desſelben entſteht. Der Erſatz ſoll bei Verletzungen in Zahlung der Koſten für die Heilung und in einer Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit beſtehen, die bei vollſtändiger Erwerbsunfähigkeit $66^2/_3$, bei nur teilweiſe eingetretener 25 bis 50 Prozent des Arbeitsverdienſtes betragen ſoll. Bei Tötungen werden 10 Prozent des Jahresverdienſtes für die Beerdigungskoſten und eine Rente von 20 Prozent desſelben für die Witwe, ſowie eine ſolche von 10 Prozent für jedes Kind unter fünfzehn Jahren gezahlt. Für jeden Betrieb hat eine Kollektivverſicherung gegen feſte Prämien ſtattzufinden, deren Sätze ſo zu bemeſſen ſind, daß aus denſelben die Entſchädigungen und die Verwaltungskoſten gedeckt werden können, und die ſo aufgebracht werden ſollen, daß bei Verſicherten bis zu 750 Mark Jahresverdienſt zwei Drittel vom Unternehmer und ein Drittel vom Landarmenverbande, bei den übrigen die eine Hälfte vom Unternehmer, die andre vom Verſicherten entrichtet werden. Die Landwirtſchaft ſowie alle Betriebe, bei denen Maſchinen nicht fortgeſetzt in Verwendung kommen, blieben von dem Entwurfe unberührt.

Der Plan des Reichskanzlers betrat ein völlig neues Gebiet der Geſetzgebung. Es war der erſte praktiſche Verſuch, die

ſoziale Frage aus der Welt zu ſchaffen, indem unſer wirſchaftliches Leben, wie es ſich durch die Entwicklung der Verhältniſſe in den letzten Jahrzehnten, insbeſondre durch die Benutzung des Dampfes für die Induſtrie und den Verkehr, gebildet hatte, einer organiſchen Umgeſtaltung unterzogen wurde. Rechtfertigte die Erfahrung den erſten Schritt auf dieſer Bahn, ſo konnten ihm weitere, eine vom Reiche organiſirte und verwaltete Alters- und eine Lebensverſicherung der Arbeiter folgen. Je weiter ſich die Kluft zwiſchen dem Großkapital und dem Proletariat aufgethan, deſto gebieteriſcher war die Pflicht für die ſtaatliche Geſetzgebung geworden, nach Möglichkeit Abhilfe zu ſchaffen und Kapital und Arbeit zu verſöhnen. Der Staat mußte aus mehr als einem Grunde die Schwächeren unter ſeinen Angehörigen in dem ſchrankenloſen Erwerbskampfe ſchützen und unterſtützen. Es war gegen alle Billigkeit, den Invaliden des Heeres zu penſioniren und den Invaliden der Arbeit ins alte Eiſen zu werfen und ihn nach einem Leben voll Mühe in Not verſinken zu laſſen, ihn zum Almoſenempfänger zu erniedrigen oder ihn auf den Bettelſtab zu verweiſen. Es kam darauf an, die jetzige Armenpflege durch eine rationelle, ſein Selbſtgefühl nicht verletzende Organiſation zu erſetzen. Dies war nicht bloß die Erfüllung einer Pflicht gegen die unbemittelten arbeitenden Klaſſen, ſondern dem Staate zugleich durch die Pflicht der Selbſterhaltung geboten, er mußte dieſe zahlreichſte Klaſſe ſeiner Bürger mit ſich verſöhnen.

„Wer Ausſicht auf Penſion für das Alter oder die Invalidität hat," ſo äußerte ſich der Kanzler in dieſer Zeit gegen den Verfaſſer dieſer Betrachtungen, „ſei ſie auch noch ſo klein, der fühlt ſich wohler und zufriedener mit ſeinem Schickſal, der iſt viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewiſſe Zukunft blickt. Betrachten Sie z. B. den

Unterſchied zwiſchen einem Privatdiener und einem Kanzleidiener oder Hofbedienten, die letzteren werden ſich weit mehr bieten laſſen, viel mehr Anhänglichkeit an ihren Dienſt haben als jener; denn ſie haben Penſion zu erwarten. In Frankreich ſorgt auch der kleine Mann, wenn er rechtſchaffen denkt und irgend etwas zurückzulegen imſtande iſt, für ſeine Zukunft, indem er Rente kauft. Etwas ähnliches ſoll für unſre Arbeiter eingerichtet werden. Da reden ſie von Staatsſozialismus, und damit ſoll die Sache abgethan ſein. Als ob das mit einem Worte, einer Phraſe zu beſeitigen wäre! Mag es wirklich Sozialismus ſein, dieſer Gedanke, dieſer Weg, er war einem dringenden Bedürfniſſe entſprungen, notwendig. Und was ſind denn die jetzigen Einrichtungen mit dem Unterſtützungswohnſitz? Gemeindeſozialismus. Man wirft ein, das Geſetz werde zu ſeiner Ausführung große Summen erfordern, wenigſtens hundert Millionen Mark, wahrſcheinlich aber doppelt ſo viel. Aber auch drei hundert Millionen würden mich nicht abſchrecken. Es müſſen Mittel beſchafft werden, ſtaatlich freigebig zu ſein gegen die Armut, die unverſchuldete, nicht in der Form des Almoſens. Die Zufriedenheit der beſitzloſen Klaſſen, der Enterbten, iſt auch mit einer ſehr großen Summe nicht zu teuer erkauft. Sie müſſen einſehen lernen, daß der Staat auch nützlich iſt, daß er nicht bloß verlangt, ſondern auch giebt. Und wenn dieſer die Sache in die Hand nimmt, der Staat, der nichts verdienen will, der keine Zinſen und Dividenden erſtrebt, ſo wird es ſchon gehen. Man könnte ja ſchlimmſten Falles das Tabaksmonopol dazu verwenden. Das würde dann geſtatten, für die Armen eine Fideikommißrente zu ſchaffen. Sie brauchen aber das Monopol nicht in den Vordergrund zu ſtellen, es iſt nur der äußerſte, der höchſte Trumpf. Den Armen kann ſchon durch höhere Beſteuerung von Genußmitteln wie Tabak, Bier und Branntwein

ein kleines Erbe verſchafft und die Zukunft lichter geſtaltet werden. Die Engländer, die Amerikaner, die Ruſſen haben das Monopol nicht, und doch gewinnen ſie aus höherer Beſteuerung jener Genußmittel ganz erhebliche Summen. Wir können als das gegenwärtig am niedrigſten beſteuerte Volk in dieſer Beziehung viel vertragen, und wenn wir das Ergebnis zur Sicherung der Zukunft unſrer Arbeiter verwenden, deren Ungewißheit den Hauptgrund zu ihrem Haſſe gegen den Staat bildet, ſo iſt das Geld gut angelegt: wir beugen damit einer ſozialen Revolution vor, die in fünfzig Jahren ausbrechen kann, aber auch ſchon in zehn Jahren, und die auch dann, wenn ihr Erfolg nur kurze Zeit dauert — gewiß nur kurze Zeit —, ganz andre Summen verſchlingen würde, als das jetzt auf das Tapet gebrachte Vorbeugungsmittel. Die Liberalen ſehen auch zum Teil die Vernünftigkeit dieſer Vorſchläge ein, im Stillen, müſſen aber kritiſiren, zeigen, daß ſie es beſſer verſtehen. Auch gönnen ſie es dem Manne nicht, der ſie macht, wollen es ſelber beſorgen, um populär zu werden oder zu bleiben. Sie werden die Sache vielleicht in der Kommiſſion begraben, wie ſie es in den letzten Jahren mit mehreren nützlichen Entwürfen gemacht haben. Es muß aber bald etwas geſchehen, ſonſt hilft uns das Sozialiſtengeſetz nicht viel.“

Sich öffentlich über den Reformplan zu äußern, deſſen erſten Teil und deſſen einleitende Probe das Unfallverſicherungsgeſetz bildete, fand der Kanzler Gelegenheit, als die Beratung des Entwurfs in der 27. Sitzung des Reichstages begonnen hatte und in der 28. fortgeſetzt wurde. Er ſagte hier, nachdem vor ihm die Abgeordneten Bamberger und Eugen Richter die Vorlage bekämpft hatten, u. a. folgendes:

„Das Feld der Geſetzgebung, welches mit dieſem Geſetze betreten wird, und von dem der Herr Vorredner [Richter] ganz

mit Recht urteilt, daß es noch eine ſehr weite Perſpektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milde in ihrem Urteil über die Regierung ſtimmen kann — dieſes Feld berührt eine Frage, die wahrſcheinlich von der Tagesordnung nicht ſobald abkommen wird. Seit fünfzig Jahren ſprechen wir von einer ſozialen Frage. Seit dem Sozialiſtengeſetz iſt immer an mich die Mahnung herangetreten, von amtlicher, hochſtehender Seite und aus dem Volke: es ſei damals verſprochen, daß auch poſitiv etwas geſchehen müſſe, um die Urſachen des Sozialismus, inſoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beſeitigen. Die Mahnung iſt bis zu dieſem Augenblicke an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit dieſer Frage unſre Söhne und Enkel vollſtändig ins Reine kommen werden. Keine politiſche Frage kommt überhaupt zu einem vollſtändigen mathematiſchen Abſchluſſe, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; ſie ſtehen auf, haben ihre Zeiten und verſchwinden ſchließlich unter andern Fragen der Geſchichte. Das iſt der Weg einer organiſchen Entwicklung. Ich halte es für meinen Beruf, dieſe Fragen ohne Parteileidenſchaft, ohne Aufregung ... in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer ſie mit Erfolg in Angriff nehmen ſoll, wenn es die Reichsregierung nicht thut.... Der Herr Abgeordnete Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates für das, was er thut, auf dem Gebiete, welches er heute betritt, aufmerkſam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für ſeine Unterlaſſungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das »laissez faire, laissez aller,« »das reine Manchеſtertum in der Politik,« »jeder ſehe, wie ers treibe, jeder ſehe, wo er bleibe,« »wer nicht ſtark genug iſt zu ſtehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten,« »wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen« — daß das im Staate, namentlich

im monarchiſchen, landesväterlich regierten Staate Anwendung finden könne. Im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, welche auf dieſe Weiſe die Einwirkung des Staates zum Schutze des Schwächeren perhorreszíren, ihrerſeits ſich dem Verdacht ausſetzen, daß ſie die Stärke, die ihnen, ſei es kapitaliſtiſch, ſei es rhetoriſch, ſei es ſonſtwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhanges, zur Unterdrückung der andern, zur Anbahnung einer Parteiherrſchaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, ſobald ihnen dieſes Beginnen durch irgendeinen Einfluß der Regierung geſtört wird.

Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konſequenz dieſer Geſetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, ſo werden wir ſeinen Erwartungen und ſeinen Wünſchen in dieſer Beziehung vielleicht ſpäter entſprechen können; nur nicht zu ſchnell und alles auf einmal. Solche Geſetze entſtehen ja nicht auf der Baſis einer theoretiſchen Willkür, die darüber grübelt, was wäre wohl jetzt für ein Geſetz zu machen, ſondern ſie haben ihre Geneſis, ihre Vorgeſchichte, aus der ſie entſtehen. Daß wir heute nur mit einem Unfallverſicherungsgeſetze kommen, hat ſeinen Grund darin, daß gerade dieſe Seite der Fürſorge für den Armen und Schwachen ſchon früher beſonders lebhaft betrieben worden iſt, in Zeiten, wo ich dieſen Dingen überhaupt noch nicht näher getreten bin. Ich habe Anforderungen, Andeutungen, Anfänge zu dieſem Geſetze ſchon vorgefunden, es war das Geſetz, welches nach Lage der Akten am meiſten urgirt und am meiſten dringend erſchien, und wie ich ihm zuerſt näher getreten bin, habe auch ich anfangs das Gefühl gehabt, daß es ſeiner Theorie nach nicht umfaſſend genug ſei; mir iſt die Verſuchung nahe getreten, in dem erſten Paragraphen, in welchem, glaube ich, der Satz vorkommt: »alle Arbeiter, die — müſſen ſo und ſo entſchädigt werden,« anſtatt deſſen zu ſagen: »jeder

Deutſche.« Wenn man dieſem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, wenn man namentlich auch die ſelbſtändigen Arbeiter, die in niemandes Auftrage verunglücken, umfaſſen will, dann hat die Sache auf dem Wege der Verſicherung ihre noch größeren Schwierigkeiten, und das erſte, was uns da beſchäftigt hat und ſehr viel ernſter beſchäftigt, als irgend eine zweiſtündige Rede eines Abgeordneten thun kann, das war die Frage: wie weit läßt ſich das Geſetz ausdehnen, ohne daß wir in den Beginn dieſer Geſetzgebung gleich zu Anfang eine nachteilige Lage, einen zu weit gehenden Griff, einen Mißgriff bringen? Mir lag als Landwirt wohl die Frage ſehr nahe: läßt es ſich beiſpielsweiſe auf die Landwirtſchaft, der bei weitem die größte Anzahl der Arbeiter, wenigſtens in den öſtlichen Provinzen, angehört, ausdehnen? Ich will die Hoffnung, daß dies möglich ſei, nicht aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, die uns für den erſten Augenblick abgehalten haben, einige Worte ſagen. Daß die landwirtſchaftlichen Gewerbe, ſoweit ſie ſich der Maſchinen- und der elementaren Kräfte bedienen, nicht ausgeſchloſſen ſind, verſteht ſich von ſelbſt. Nun iſt aber auch die übrige größere Maſſe der landwirtſchaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maſchinen, die nicht von elementaren Kräften, ſondern von Pferden, mitunter auch von Menſchenhänden geleitet werden, und dieſe Berührung iſt vielfach eine lebens- und geſundheitsgefährliche; es iſt aber außerordentlich ſchwer, den Prozentſatz dieſer Bevölkerung und das Beitragsverhältnis, das daraus hervorgeht, zu fixiren. Der Herr Abgeordnete hatte ja ſeinerſeits ſchon fertige Erfahrung, wie viel in jedem Zweige der menſchlichen Beſchäftigung der Prozentſatz beträgt, und er hat ſie mit großer Sicherheit angeführt. Ich würde ihm dankbar ſein, wenn er dieſen Schatz und die Quelle, aus der er ihn gezogen hat, uns mitteilen

wollte. Wir haben verſucht, uns zu helfen, die Vorarbeiten waren ſorgfältig nach Daten, notabene nach ſicheren, nicht nach beliebigen ſtatiſtiſchen, auf Konjekturen begründeten, ſondern ſicher begründeten Ziffern ausgeſucht, und wenn wir die gefunden hätten, die der Herr Abgeordnete mit ſeinem ſchärferen Blicke ſofort entdeckt zu haben ſcheint, wenn die uns zugänglich geweſen wären, und wenn wir ſie für richtig gehalten hätten, ſo würden wir in dieſer Vorlage weiter gegangen ſein. Wenn ich ſage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirtſchaft ſchließlich auch hineingezogen wird, ſo ſchwebt mir dabei eine Organiſation vor, die ſo raſch in einer Seſſion nicht hergeſtellt werden kann, mit der das Kind, wenn es überhaupt zur Welt kommt, überhaupt nicht geboren werden kann, ſondern in die muß es erſt hineinwachſen, nämlich in eine Organiſation, nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter verſichert haben, in ſich korporative Genoſſenſchaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entſchädigungen durch Prämien in ſich aufbringen, und welche zugleich die genügende Kontrole über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall ſo ſind, daß der Genoſſenſchaft mit denſelben wenig Laſten erwachſen, mit andern Worten, daß man das Intereſſe der mitzahlenden Genoſſen zum Wähler der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es, im Wege der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirtſchaftende Landwirtſchaft wahrſcheinlich den richtigen Prozentſatz finden....

Ich würde meinerſeits nicht den Mut haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Geſetz mit ſich bringt, ausſchließlich zu Laſten der Induſtrie geſchrieben werden ſollten. Wenn die Staatshilfe, ſei es in Form der Landarmenverbände, ſei es in Form der Provinz, ſei es in

Form des Staates, vollſtändig fortbleibt, dann werde ich nicht den Mut haben, für die Folgen dieſes Geſetzes der Induſtrie gegenüber einzuſtehen. Es iſt möglich, und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurteilen, und wir können ja den Staatszuſchuß unter Umſtänden zunächſt auf drei Jahre limitiren, oder wie man das ſonſt will; aber jedes ſchon gemachte Experiment, ohne jede praktiſche Ermittlung deſſen, was uns da bevorſteht, habe ich nicht den Mut, die Induſtrie mit den vollen Koſten dieſer ſtaatlichen Einrichtungen zu belaſten, ſie in höherem Maße zu belaſten wie bisher, um ihr das aufzuerlegen, was die lokalen Armenverbände bisher an Fürſorge für den verunglückten Arbeiter zu tragen gehabt haben, und was künftig in einem höheren, vollkommeneren und würdigerem Maße durch die Verſicherer getragen werden ſoll in Gemeinſchaft mit dem Staate. Es handelt ſich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausſchließlich neuer Laſten, ſondern um eine Übertragung von Laſten aus den Armenverbänden auf ſtaatliche Leiſtungen. Daß die Laſt des Gebers oder der Vorteil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das beſtreite ich nicht; nur nicht um dieſes volle Dritteil, welches dem Staate zugemutet wird, ſondern nur um den Unterſchied zwiſchen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für die verunglückten Arbeiter zu leiſten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen ſoll, was alſo rein eine Verbeſſerung der Lage und des Loſes der Arbeiter ſein wird. Nur dieſe Differenz können Sie dem Staat anrechnen, und es fragt ſich da: iſt dieſe Differenz des damit angeſtrebten Zieles wert, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt iſt, und nicht vor Gericht erſt [auf Grund der Haftpflicht] ſein Recht zu erkämpfen, ſondern von Haus aus den mäßigen Zuſchuß hat, der dabei vom Staate gefordert

wird? ... Ich glaube dies in allerhöchſtem Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern iſt der invalide Arbeiter durch unſre heutige Geſetzgebung geſchützt. ... Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf ſein Alter und ſeine Zukunft blicken zu laſſen, und es liegt in dieſem Geſetz auch die Tendenz, das Gefühl menſchlicher Würde, welches auch der ärmſte Deutſche meinem Willen nach behalten ſoll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almoſenempfänger daſteht, ſondern ein Pekulium an ſich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, ... und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm ſonſt verſchloſſen wird, und ihm in dem Hauſe, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine beſſere Behandlung ſichert, weil er den Zuſchuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hauſe auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältniſſen in großen Städten ſelbſtprüfend näher getreten iſt, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgeſpürt hat und ſelbſt in den beſtverpflegten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich ſchwach und verkrüppelt iſt, unter Umſtänden behandelt wird, ... der muß eingeſtehen, daß jeder geſunde Arbeiter, der dies mit anſieht, [Recht hat, wenn er] ſich ſagt: es iſt doch fürchterlich, daß ein Menſch auf dieſe Weiſe durch die Behandlung in dem Hauſe, das er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund ſeines Nachfolgers es nicht ſchlimmer hat.... Alſo ſage ich: wir haben das Bedürfnis, in dieſem Geſetz auf eine menſchenwürdige Behandlung zunächſt dieſer Sorte von Armen zu wirken, und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konſequenzen im nächſten Jahre vollſtändig befriedigen in Bezug auf die Maſſe und Ausdehnung der ſtaatlichen Fürſorge für eine beſſere und würdigere Behandlung der Erwerbloſen. Aber zunächſt iſt dieſes Geſetz gewiſſermaßen

eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Waſſer finanziell iſt, in das wir Staat und Land vorſchlagen, hineinzutreten. Man kann gegen dieſe Dinge ſich nicht in der Weiſe decken, daß man eine geläufige glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgeſetzes empfiehlt, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man ſich dieſe Ausbildung denkt. . . . Die Aufgabe der Regierung iſt es, den Gefahren, die uns vor einigen Tagen von dieſer Stelle hier aus beredtem Munde [der Miniſter von Puttkamer iſt gemeint] mit überzeugenden Belegen geſchildert wurden, ruhig und furchtlos ins Auge zu ſehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Maſſen benutzt werden, die ſie für verbrecheriſche Lehren erſt gelehrig machen, ſo viel an uns iſt, zu beſeitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es iſt mir das ziemlich gleichgiltig. . . . Dieſe Beſtrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft beſſer und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, ſeinen noch geſunden Genoſſen nicht das Beiſpiel eines, ſo zu ſagen, auf dem Kehricht langſam verhungernden Greiſes zu gewähren, das kann man doch nicht in dem Sinn als ſozialiſtiſch bezeichnen, wie dieſe Mörderbande uns neulich dargeſtellt worden iſt, das iſt ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man »ſozialiſtiſch« darüber ruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger für unſre Beſtrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehmen würde [Lasker hatte ſie „ariſtokratiſche Politik“ genannt und Bambergers Blatt, die „Tribüne“, hatte dies als „Kolumbusentdeckung“ geprieſen], ſo iſt es der: praktiſches Chriſtentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Redensarten bezahlen, ſondern ihnen wirklich etwas gewähren wollen. Aber umſonſt iſt der Tod. Wenn Sie nicht in die

Taſche greifen wollen und in die Staatskaſſe, ſo werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Induſtrie aufzubürden — da weiß ich nicht, ob ſie das tragen kann. Schwerlich geht es bei allen Induſtrien. Bei einigen ginge es allerdings. Es ſind das diejenigen Induſtriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Geſamtproduktionskoſten iſt, . . . chemiſche Fabriken oder Mühlen, die in der Lage ſind, mit einigen zwanzig Arbeitern bei einem Umſatz von einer oder mehrern Millionen ihr Geſchäft zu machen; aber die große Maſſe der Arbeiter ſteckt eben nicht in ſolchen, ich möchte ſagen, ariſtokratiſchen Betrieben, . . . ſondern in denen, wo der Arbeitslohn bis zu achtzig und neunzig Prozent der Koſten beträgt, und ob die dabei beſtehen können, weiß ich nicht. Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder die Unternehmer legt, halte ich für gleichgiltig. Die Induſtrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen; denn was der Arbeiter beiträgt, iſt doch notwendig ſchließlich zu Laſten des ganzen Geſchäftes. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im ganzen keinen Überſchuß und keine Erſparnis geſtatte. [Das eherne Lohngeſetz.] Will man alſo dem Arbeiter zu dem eben ausreichenden Lohne noch eine Laſt auferlegen, ja dann muß der Unternehmer dieſe Mittel zulegen, oder der Arbeiter geht zu einem andern Geſchäft über. Der Herr Vorredner ſagte, gerade das ſei ein Mangel des Geſetzes, daß der Grundſatz der Freiheit des Arbeiters von Beiträgen nicht vollſtändig durchgeführt ſei, und er gilt allerdings nicht für die Arbeiter, die über 750 Mark Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht aber auf der Geneſis des Geſetzes. . . . Es ſtand urſprünglich im Entwurfe, daß ein Drittel der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleiſtet werden ſollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters ſeine Ernährung aus dem Geſichtspunkte der vom Staate auferlegten

Armenpflege zur Laſt fallen würde, und es iſt kein Grund, dieſen Gemeinden, reſpektive der ganzen Armenpflege, denen jetzt die achtzig Prozent der vom Haftpflichtgeſetze nicht betroffenen Verunglückten zur Laſt fallen, einfach ein Geſchenk damit zu machen, und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entſprechend der Satz angenommen, daß der Armenverband, dem im andern Falle die Verunglückten zur Laſt fallen würden, ein Dritteil tragen ſolle. Dieſes Räſonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne ſo hoch ſtehen, daß ſie, wenn ſie verunglückten, dem Armenverbande ſchwerlich zur Laſt fallen würden, nach ihrer ganzen Wohlhabenheit nicht mit derſelben Sicherheit Anwendung. Ich bin ſehr gern bereit, dieſe Beſchränkung fallen zu laſſen. . . . Es war urſprünglich ein Billigkeitsgefühl gegenüber den Armenverbänden, denen man keine höheren Laſten auferlegen wollte, als man ihnen durch dieſes Geſetz Erſparniſſe ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es ſtellte ſich nachher heraus, daß nach vielen praktiſchen Beiſpielen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Verteilung, welche in unſrer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Laſt ſteht, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt ſtattfindet. Nach der geographiſchen Lage ſind kleine impotente Gemeinden ſehr häufig mit Armenpflege überlaſtet und große reiche Gemeinden haben darin ſehr wenig, und ſo hätte es eine zu ungleiche Verteilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem Ortsarmenverbande ſtehen geblieben wäre. In dieſer Überzeugung ſchlug ich vor, ſtatt Ortsarmenverband zu ſagen Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang ſein Leben gefriſtet, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirtſchaftsrates dieſe Bezeichnung fallen gelaſſen und ſtatt deſſen dem Einzelſtaat überlaſſen bleiben ſollte,

wie er entweder ſelbſt eintreten wollte als Landarmenverband, oder wie er ſeine Landarmenverbände heranziehen wollte.... Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, ſo tief in unſer Leben eingreifenden und ſo wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenſtand die Meinungen ſehr weit auseinandergehen, und ich bin vollſtändig darauf gefaßt, daß wir wegen dieſer Divergenz der Meinungen in dieſer Seſſion einen annehmbaren Geſetzentwurf nicht zuſtande bringen werden. Mein Intereſſe an der ganzen Bearbeitung der Sache würde ſehr abgeſchwächt werden, ſobald ich erkennen ſollte, daß die Stimmung der Landesgeſetzgebung ſich gegen den Staatszuſchuß ausſpräche. Dann würde die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs, ſozuſagen, gewieſen werden, man würde dann die Verſicherer vielleicht beſſer der Privatinduſtrie überlaſſen, als daß man eine ſtaatliche Einrichtung ohne Zwang übt. Denn ich würde nicht den Mut haben, den Zwang auszuſprechen, wenn der Staat nicht gleichzeitig einen Zuſchuß anböte. Wird der Zwang ausgeſprochen, ſo iſt es notwendig, daß das Geſetz zugleich ein Verſicherungsinſtitut beſchafft, welches wohlfeiler und ſicherer iſt wie jedes andre. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konkurſe ausſetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinſung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja geſtern ſeinen Angriff auf das Geſetz weſentlich mit der Klage über den Ruin der Verſicherungsgeſellſchaften ausgeführt; er hat ſich ſtark ausgedrückt: daß die zerdrückt, zermalmt werden würden, und hat geſagt, daß dieſe Verſicherungsanſtalten ſich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, ſie bewürben ſich um das Geld ihrer Mitbürger. Daß ſie aber als edle Seelen ſich für die Arbeiterintereſſen bei der Einrichtung ihrer Verſicherungs-

geſellſchaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch ſchwer davon überzeugen. Und für ſolche Privatverſicherungsgeſellſchaften, die in Konkurs geraten können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, durch große Unglücksfälle, die genötigt ſind, ihre Beiträge ſo einzurichten, daß noch für den, der ſein Kapital hergiebt, Dividende übrig bleibt, wenigſtens eine gute Verzinſung und die Hoffnung auf Dividende — zu ſolchen Verſicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen, und ſo möchte ich meinen Beiſtand dazu verſagen. Das Korrelat für den Zwang bildet meines Erachtens die Übernahme der Verſicherung durch den Staat in der Form des Reiches oder in der Form des Einzelſtaates — ohne das kein Zwang.... Iſt dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner ſagte, nicht Sozialismus, ſo iſt das mir wiederum gleichgiltig; ich nenne es immer wieder praktiſches Chriſtentum in geſetzlicher Bethätigung. Aber iſt es Kommunismus, ſo wird der Kommunismus ja längſt in der Gemeinde in höchſtem Maße getrieben, ja ſogar durch ſtaatlichen Zwang. Der Herr Vorredner ſagte, daß auf unſre Weiſe die unteren Klaſſen durch indirekte Steuern belaſtet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, meine Herren, was geſchieht denn aber in den großen Städten, in dem nach ſeiner Meinung vom fortſchrittlichen Ringe ſo glänzend verwalteten Berlin? Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende morgen ſein gleich armer Bruder ſein wird, wenn er mit der Mietsſteuer den Betrag zur Verpflegung des ſchon armen aufbringen muß. Das iſt viel härter, als wenn das aus der Tabaksſteuer oder aus der Branntweinſteuer käme....

Die Fehler des Haftpflichtgeſetzes waren eins der Motive, die mich neben den Verſprechungen, die beim Erlaß des So-

zialiſtengeſetzes gegeben worden ſind, zur gegenwärtigen Vorlage veranlaßten, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entſtehenden Prozeſſe einen ganz ungewiſſen und oft unverhältnismäßigen Ausgang haben, wenn ſie gelingen, und einen ebenſo unverhältnismäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo ſie verloren gehen, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten verſichert worden iſt, daß, ſtatt daß das Verhältnis zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbeſſert wurde, an vielen Orten, wo die Prozeſſe häufig ſind, beſonders wo Winkeladvokaten, denen an Erregung von Unzufriedenheit in Hinſicht auf die Wahlen liegt, ſchüren, daß dort die Erbitterung zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegenſatz gegen die wohlmeinende Abſicht des Geſetzes nur geſteigert worden iſt, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Geſetzes ſich geſchädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntnis ſchwerlich je überzeugt wird, daß er Unrecht hat, namentlich wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegenteil ſagt. . . . Deshalb war ich der Anſicht, ein leichter fungirendes Syſtem einzuführen, wo von Prozeſſen nicht die Rede iſt und die Frage, ob irgend ein Verſchulden vorliegt, nicht unterſucht wird. Für den Betroffenen iſt es ja gleichgiltig, er bleibt unglücklich, er bleibt verſtümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden iſt, und ſeine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata oder auf die unſchuldigſte Weiſe gekommen ſein. Wir haben es daher nicht mit der ſtrafenden und diſtributiven Gerechtigkeit zu thun, ſondern mit dem Schutz eines ohne das Geſetz ziemlich wehrloſen Teiles der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigne peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen. . . .

Das Almoſen iſt das erſte Stadium chriſtlicher Mildthätigkeit. . . . Die geſetzliche Hilfe des Armenverbandes iſt die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der in ſeiner großen Mehrheit aus Chriſten beſteht, von den Grundſätzen der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächſten leiſtet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schickſale, dem alte leidende Leute entgegengehen, ſich einigermaßen durchdringen ließe. . . .

Der Herr Abgeordnete Richter hat geſagt, die ganze Vorlage wäre eine Subvention für die Großinduſtrie. Nun, das iſt wieder die Frage des Klaſſenhaſſes, die neue Nahrung bekommen würde, wenn man dies allgemein glauben könnte. Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde, parteiiſche Vorliebe für die Großinduſtrie vorausſetzen. Es ſind die Großinduſtriellen ein allerdings meiſtens vom Glück begünſtigter Teil unſrer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei den andern; ihre Exiſtenz aber zu ſchwächen oder zu ſchmälern, wäre doch ein ſehr leichtſinniges Experimentiren. Wenn wir die Großinduſtrie, wie wir ſie haben, fallen ließen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß ſie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig bliebe, wenn wir ihr Laſten auferlegen wollten, von denen nicht bewieſen iſt, daß ſie dieſelben tragen kann, ſo würden wir damit vielleicht Beifall bei allen finden, die mit Ärger jeden ſehen, der reicher iſt wie andre, namentlich wie ſie ſelbſt. Aber bringen Sie die Großinduſtriellen zu Fall, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann ſtünden wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abgeordnete Richter ſorgend anregte, daß wir an die Organiſation der Arbeit gehen müſſen; denn wir könnten, wenn ein Etabliſſement zu Grunde geht, das zwanzigtauſend und mehr Arbeiter beſchäftigt, wenn es zu Grunde geht, weil die Großinduſtriellen ſtets der öffentlichen

Meinung und der Gesetzgebung denunzirt werden als gemeinschädlich und als lange nicht genug besteuert, wenn sie dann erlägen — wir könnten doch nicht zwanzigtausend und mehrere hunderttausend Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu wirklichem Staatssozialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir das ja bei jedem Notstande thun. Wenn die Einwendung des Herrn Abgeordneten Richter richtig wäre, daß man sich vor der Möglichkeit des Staatssozialismus wie vor einer ansteckenden Krankheit hüten müsse, wie kommen wir denn darauf, bei Notständen in der einen oder der andern Provinz Arbeiten zu organisiren, Arbeiten einzurichten, die wir sonst nicht machen würden, wenn die Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hätten? Wir veranlassen in solchen Fällen den Bau von Eisenbahnen, deren Rentabilität zweifelhaft ist, wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst jedem auf eigne Rechnung überlassen. Ist das Kommunismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit solchen prinzipiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Flecke. . . .

Dieses Gesetz erfordert im ganzen wenig neue Ausgaben. Die Regierung verlangt nur die Erlaubnis, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu lassen und dann eine kleine, mäßige Zulage für den Erwerbsunfähigen, die aber von dessen Willen absolut abhängig bleibt und ihm anklebt, ohne daß sie von ihm getrennt werden kann, ihm also eine gewisse Unabhängigkeit auch in seiner Stellung als Invalide im Leben läßt, nur ein mäßiger Zuschuß zu dem bisherigen — ich weiß nicht, ist er auf die Hälfte des Dritteils, auf ein Sechstel zu veranschlagen, oder geringer —, aber das sollte meines Erachtens ein Staat, der sich im Kampfe mit diesen infernalen Elementen befindet, . . . ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens be-

ſteht — der ſollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in höherem Maße noch, als es hier gefordert iſt, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächſten Jahre von Ihnen fordern zu können, zu helfen bemüht ſein. Das ſollte ein Staat, der praktiſches Chriſtentum treiben will, ſich nicht verſagen und dem armen Manne nicht."

Der hier vom Reichskanzler empfohlene und verteidigte Geſetzentwurf wurde vom Reichstage in der Sitzung vom 15. Juni 1881 mit 145 gegen 108 Stimmen in ſo weſentlich veränderter Geſtalt angenommen, daß der Bundesrat ſeine Zuſtimmung zu demſelben verſagte. Die Gegner der Bismarckſchen Reform waren in erſter Reihe die freihändleriſchen Doktrinäre in den verſchiednen liberalen Koterien, dann die Partikulariſten, ferner die Ultramontanen, endlich einige Großinduſtrielle. Nach der Lehre der Freihändler ſind die wirtſchaftlichen Zwecke die höchſten Zwecke der Menſchheit, denen alle andern unterzuordnen ſind. Die menſchheitliche Wirtſchaft iſt ferner nach dieſer Theorie nur durch die Initiative der Einzelnen zu geſtalten, die durch das Gemeinweſen, den Staat, in keiner Weiſe beeinflußt, geleitet oder beſchränkt werden darf. So bedeutete den Anhängern dieſer Doktrin der Sozialismus in allen Geſtalten mit Einſchluß der ſtaatsſozialiſtiſchen das Ende der Kultur, und Herr Bamberger, der Hauptvertreter dieſer Richtung, ſtand nicht an, den erſten Beratungstag der Vorlage für den dies nefastus des deutſchen Reiches zu erklären, der an die Stelle des Staates der freien Entwicklung den gebundnen Staat ſetzen werde. Die Einwände der Freihändler ſind zwiefacher Art: der Bismarckſche Geſetzentwurf erſcheint ihnen einmal als gefährlich, dann als erfolglos*); als gefährlich, weil der Grundgedanke desſelben zu immer

*) Wir folgen mit den nächſten Sätzen im weſentlichen dem Aufſatze „Die Unfallverſicherung im Reichstage" in Nr. 16 der Grenzboten von 1881

weiter ſich verzweigenden Experimenten bedenklicher Art zu führen geeignet ſei, erfolglos, weil die einzelnen Beſtimmungen der Vorlage ſich bald als undurchführbar erweiſen würden. Der Irrtum liegt hier darin, daß man den Sozialismus in Bauſch und Bogen verurteilt und keinen Unterſchied zwiſchen wahrem und falſchem Sozialismus macht. Die verbreitetſte Vorſtellung von Sozialismus iſt wohl die, daß er das individuelle Eigentum aufhebe. Wo aber, wie hier, dieſes Eigentum nicht nur anerkannt, ſondern geſchützt und entwickelt werden ſoll, kann, wenn jene Vorſtellung die richtige Definition enthält, von Sozialismus nicht die Rede ſein, und wenn andrerſeits jede Beſchränkung des individuellen Eigentums durch öffentliche Pflichten, durch Regeln, an welche die Verfügung über dasſelbe gebunden wird, ſchon Sozialismus ſein ſoll, ſo ſind Anfänge desſelben in allen Rechtsbildungen zu finden, ſo iſt der Staat ſelbſt eine durch und durch ſozialiſtiſche Einrichtung.

Burke ſagt: „Es iſt eins der ſchwierigſten Probleme, zu beſtimmen, was der Staat zur Leitung an die Hand zu nehmen und was er mit ſo wenig Einmiſchung als möglich der Anſtrengung des Einzelnen zu überlaſſen hat.“ In ſolchem beſcheidenen und wenig zuverſichtlichen Tone ſprachen kluger Sinn und Erfahrung über dieſen heiklen Gegenſtand. Wie hochmütig und ſchnellfertig läßt ſich dagegen die freihändleriſche Weisheit darüber vernehmen! Weil es nicht ſchwerfällt, in der Geſchichte Beiſpiele von unkluger Einmiſchung der Regierungen namentlich auf wirtſchaftlichem Gebiete zu entdecken, hat man flugs das Kind mit dem Bade ausgeſchüttet und mit Herabſetzung deſſen, was man „patriarchaliſches Regiment“ getauft hat, alle und jede Regelung wirtſchaftlicher Dinge von oben herab für unzuläſſig erklärt. Es gilt im Katechismus des Manchеſtertums für ausgemacht und unwiderlegbar, daß

die Regierung in dieſer Richtung ſo wenig wie irgend möglich zu ſagen und zu thun habe. Sie hat für die Spekulation Polizeidienſte zu leiſten, den Frieden zu erhalten, Geld zu prägen und alles übrige dem „Volke“ zu überlaſſen, unter dem man die Spekulanten verſteht. „Kein Zuvielregieren!“ riefen die deutſchen Freihändler in mannichfacher Variation den engliſchen Propheten des neuen Glaubens nach. Dieſe Phraſe ſollte die Richtſchnur der Staatsmänner an der Spitze des Reiches und der Einzelſtaaten in Deutſchland ſein. Sie ſollten auf die Dinge unterm Monde wie die Götter Epikurs herniederblicken und dem natürlichen Verlaufe der Ereigniſſe vertrauen, der ſtets wohlthätig ſei, immer unfehlbar das Rechte treffe Das Regieren wurde bei ſolchen Grundſätzen bequem; denn es bedurfte bei demſelben keiner ſchweren Gedankenarbeit, und alle Verantwortlichkeit hatte ein Ende. Die Modedoktrin lautete: Die Intereſſen der Individuen fallen notwendig und allgemein mit den Intereſſen des Publikums zuſammen, das ja nur eine Vereinigung von Individuen iſt. Die Individuen verſtehen immer beſſer als die Regierung, was ihnen frommt, man laſſe ſie daher gehen, man laſſe ſie ſchaffen und erwerben, wie es ihnen beliebt. Die unwiſſende und vorurteilsvolle Menge, die Schwachen, die Nichtdenkenden, die Unerfahrenen dürfen von ſeiten der herrſchenden Starken keinerlei Antrieb, Unterſtützung und Schutz empfangen. Geſetze, die darauf abzielen, ſind vom Übel. Man darf die Menſchen nicht als Kinder, man muß ſie als Erwachſene behandeln, ſie müſſen durch Erfahrung klug werden.

Betrachtet man die vorhandenen Thatſachen ohne Vorurteil und Erhitzung, ſo erkennt man die Hohlheit dieſer Theorie ohne viel Anſtrengung, und ſo findet man ſofort, daß die ſtaatliche Einmiſchung in die Eigentumsverhältniſſe der Einzelnen für das Fortbeſtehen und die Entwicklung der Geſittung in

hundert und aberhundert Beziehungen eine unumgängliche Notwendigkeit ist, und daß es keine allgemeine Regel geben kann, welche bestimmt, wo diese Einmischung stattzufinden habe, und wo sie unterbleiben müsse, daß eine solche vielmehr in jedem einzelnen Falle nach Lage der Umstände entweder eintreten oder unterlassen werden muß.

Wo hätten die Regierungen auf diesem Gebiete nicht eingegriffen, und wo wäre das nicht eine Notwendigkeit und eine Wohlthat gewesen? Der Staat schließt Handels- und Schiffahrtsverträge mit fremden Mächten ab, er regelt die Übertragung des Eigentums, er nimmt die Eheschließung und die dadurch erworbenen Rechte in die Hand, er sorgt für den Unterricht der Jugend, er baut Straßen und Eisenbahnen und überwacht den Privatbetrieb der letzteren, er legt Telegraphenlinien an, befördert mit seinen Mitteln den brieflichen Verkehr, läßt Brücken und Kanäle herstellen und in gutem Stande erhalten, errichtet Leuchttürme, legt Häfen an und verwaltet dieselben, er prägt Geld und verhindert Verletzung dieses Monopols, er betreibt und regelt den Bergbau. Der Staat sorgt ferner für ein gleichförmiges System der Maße und Gewichte und verbietet den Gebrauch andrer, er erteilt Patente und schützt das Autorenrecht, wodurch er die Arbeit der Erfindungsgabe mit einem Monopol für beschränkte Zeit belohnt. Indem er eine Behörde einsetzt, vor der jede patentirte Entdeckung oder Verbesserung zu spezifiziren und zu erklären ist, verhütet er, daß das Geheimnis dem Publikum für alle Zeit verborgen werde oder mit dem Entdecker aussterbe. Er expropriirt zu gemeinnützigen Zwecken, regulirt das Aktienwesen und trägt durch verschiedene Maßregeln und Einrichtungen Sorge für die öffentliche Gesundheit. Er überwacht die Apotheken, verhindert durch Quarantänegesetze die Einschleppung von Seuchen, bewirkt

Reinhaltung der Städte und fördert die Impfung. Er regulirt die Preiſe der Droſchken, ſorgt für die Armen, für Unterbringung von Geiſteskranken, für redliche Bedienung der Auswanderer durch die betreffenden Agenten, er nimmt ſich des höheren Schulweſens, der Künſte und Wiſſenſchaften an und geſtattet, obwohl er im Prinzip alle Religionen und Bekenntniſſe duldet, die Ausübung keines Glaubens, der zu der guten Sitte im Widerſpruche ſteht.

In allen dieſen Fällen beſchränkt der Staat die Freiheit der Individuen zu Gunſten des Publikums im allgemeinen. Aber es giebt auch andere, wo er der Hilfloſigkeit oder Unerfahrenheit von einzelnen oder ganzen Bevölkerungsklaſſen Beiſtand und Schutz gewährt. Wir erinnern zunächſt an die Beſtimmungen des preußiſchen Landrechts über die Dauer des Arbeitstags der Gutsunterthanen, an die Aufhebung der Leibeigenſchaft, ſpäter der Hörigkeit und an die Fürſorge für die dienende Klaſſe in der heute noch giltigen Geſindeordnung von 1810. Der Staat ſchützt ferner infolge des Prinzips, daß in ſolchen Fällen, wo die Parteien bei einem Geſchäfte oder Vertrage nicht auf gleichem Fuße ſtehen, ſondern die eine die Macht hat, die andre zu unterdrücken oder über ihren Vorteil zu täuſchen, das Geſetz der ſchwächeren Partei zu Hilfe kommen muß, Kinder und Unmündige, geiſtesſchwache Perſonen und ſelbſt Verſchwender durch Vormundſchaften, er verbietet das Truckſyſtem, bei dem Fabrikanten ihre Arbeiter zu deren Nachteil in Waaren bezahlen, er regelt die Beſchäftigung der Frauen und Kinder in induſtriellen Etabliſſements, er überwacht die Pfandleiher und Rückkaufshändler und beſtraft den Wucher, er verwehrt den Verkauf gefälſchter und ungeſunder Nahrungsmittel. Um giltig zu ſein, müſſen wichtige Verträge ſchriftlich abgeſchloſſen werden, und in vielen Fällen muß ein

Notar ſie beglaubigen. Um gegen Irrtum oder Betrug zu ſchützen, ſchreibt das Geſetz die Form vor, in welcher Teſtamente abzufaſſen und auszuführen ſind. Ein Käufer von Gold- und Silberwaren kann nicht immer wiſſen, ob dieſelben wirklich von Gold oder Silber ſind oder wieviel daran von dieſen Edelmetallen iſt und wieviel Kupfer oder Zinn; er iſt daher in Gefahr, betrogen zu werden, oder vielmehr, er würde in ſolcher Gefahr ſein, wenn das Geſetz nicht verlangte, daß die Ware das Probezeichen eines öffentlichen Beamten trage. Ein Sachwalter ſchickt ſeinem Klienten die Rechnung für einen Prozeß. Der Klient kann nicht ſagen, ob ſie der Leiſtung des Advokaten entſpricht oder zu hoch iſt. Das Geſetz, der Staat aber ſorgt, nachdem ſich gezeigt hat, daß die Konkurrenz keine angemeſſene Sicherheit gewährt, für einen öffentlichen Beamten, welchem der Schuldner die Rechnung zur Abſchätzung vorlegen kann, und der befugt iſt, zu hohe Forderungen nicht bloß zu ermäßigen, ſondern auch zu beſtrafen. Ein Emigrant, der an Bord eines Schiffes geht, um eine lange Seereiſe anzutreten, kann nur ſelten wiſſen, für wieviel Raum, Waſſer und Nahrung der Kapitän oder Rheder zu ſorgen hat, wenn das Leben oder die Geſundheit der von ihm zu Beförderndeu nicht gefährdet werden ſoll. Die Erfahrung hat längſt gezeigt, daß der Staat hier den Auswanderern zu Hilfe kommen muß, und die meiſten Regierungen handeln darnach. Ein Schiff, das nicht mehr ſeetüchtig iſt, darf nicht mehr fahren, worüber eine ſtaatliche Behörde beſtimmt; denn der Matroſe, deſſen Leben ſonſt in Gefahr kommen würde, hat in der Regel kein Urteil, und das Intereſſe des Reders weiſt ihn auf weitere Benutzung des verfallenen Fahrzeuges hin. Die alten Geſetze verlangten vom praktizirenden Arzte den Nachweis, daß er ſeine Wiſſenſchaft genügend ſtudirt habe. Die Erfahrung hatte erkennen laſſen, daß das

gewöhnliche Maß von Klugheit beim Publikum keine Bürgſchaft gegen Pfuſcherei bot. Die Quackſalberei war durch jenes Erfordernis ſo wenig ausgeſchloſſen wie der Handel mit überteuren Geheimmitteln, aber weſentlich beſchränkt, da ſie mit Strafe bedroht war. Die neuere Geſetzgebung, unter dem Einfluſſe des Manchеſtertums mit ſeiner unbegrenzten Konkurrenz zuſtande gekommen, hat dieſe weiſe Beſchränkung zu großem Schaden der Leichtgläubigen beſeitigt.

Im vorſtehenden haben wir nur einige Beiſpiele der Fürſorge faſt aller Regierungen der ziviliſirten Staaten gegeben, welche dieſelben der Geſamtheit oder einzelnen Klaſſen der Staatsangehörigen gegenüber für unerläßlich erkannt und bethätigt haben. Abſchaffung dieſer Funktionen der Staatsbehörde würde beinahe bei allen ein Schritt nach rückwärts, aus der Geſittung in die Barbarei ſein. Aber unſre freihändleriſchen Doktrinäre müßten es, wenn ſie konſequent zu ſein wagten, am liebſten ſehen, wenn ſie alleſamt beſeitigt würden, und in Bezug mehrerer wünſchen ſie dies in der That, wollen ſie der Willkür, der Spekulation, deren Wortführer und Anwälte ſie ſind, Thür und Thor geöffnet wiſſen. Die Schwachen, Armen, Dummen würden dabei allmählich von den Starken, Reichen und Geriebenen wirtſchaftlich aufgezehrt werden. Was ſchadet's? entgegnet man uns, wer heißt die Leute ſchwach, arm und dumm ſein? Der Staat hat ſich nach unſrer unfehlbaren, in ihren Wirkungen immer ſich ſelbſt korrigirenden, zuletzt immer ſeligmachenden Theorie einzurichten und zu beſchränken. Volle wirtſchaftliche Freiheit iſt unſre Parole und unſer Endziel, und davon laſſen wir uns mit ſentimentalen Redensarten nichts abhandeln.

Was iſt dem gegenüber die Einmiſchung der Regierung in das wirtſchaftliche Leben, der „Staatsſozialismus"? Einfach

die konzentrirte Wirksamkeit der Klugheit und Macht der ganzen Gesellschaft auf einen gegebenen Punkt, ein wechselseitiges Einverständnis aller, daß gewisse Dinge zum allgemeinen Besten gethan oder unterlassen werden sollen, und Erzwingung des Handelns nach diesem Einverständnisse. Wie hat man je annehmen können, daß diese latente, aber höchst energische Kraft unwirksam oder gar schädlich sein könne? Weil die Menschen durch Erfahrung belehrt werden müssen — d. h. erst sichtlich, unverkennbar bedroht und gefährdet und dann belehrt. Zugegeben, daß die Einmischung der Staatsbehörden in die wirtschaftlichen Dinge bisweilen falsche Wege eingeschlagen hat oder mißbraucht worden ist. Aber vom Mißbrauch auf den Gebrauch zu schließen, ist ein alter und sehr durchsichtiger Sophismus. Nur die Kraft der Regierung vermag die Gesellschaft zusammenzuhalten und den auflösenden Unfug zu verhindern, den ein rein natürlicher Stand der Dinge erzeugen muß. Und wie groß auch die Wohlthaten sind, die uns von dieser Kraft, der konzentrirten Wirksamkeit der Gesamtheit, bisher schon zu teil wurden, noch größere stehen uns bevor in Gestalt der Gesetze zur Befriedigung der Arbeiterklasse, die wir der Initiative unsers Reichskanzlers verdanken. Was die Dampfmaschine in der praktischen Mechanik wurde, das wird die Grundidee dieser Gesetze einst auf nationalökonomischem Gebiete sein. *)

Der Verfasser des vorhin benutzten Grenzboten-Artikels macht mit Recht darauf aufmerksam, daß es auch einen falschen, zuweit gehenden Sozialismus giebt, wobei er nicht an Marx und seine Apostel denkt, sondern sich vor allem Staatslenker vorstellt, die unter Umständen auf diesen Abweg geraten könnten.

*) Ausführlicheres über dieses Thema in der unter Careys Einflusse geschriebenen Schrift „Sophisms of Free-Trade."

Dann fährt er fort: „In dem Geſetzentwurfe über die Unfallverſicherung der Arbeiter vermögen wir aber keinen falſchen Sozialismus zu entdecken. Nicht in der Reichsverſicherungsanſtalt; denn daß alle öffentlichen Inſtitute teurer und ſchlechter arbeiten als Privatunternehmungen, iſt ein von der Mancheſterſchule künſtlich erzeugtes Dogma, das gegen die offenkundigſten Erfahrungen [man denke an die Staatseiſenbahnen und die Poſt] ſich verſündigt. Nicht in dem Dritteil der Verſicherungsprämie, welche für die Arbeiter der niedrigſten Lohnſtufen vom Reiche gezahlt werden ſoll; denn das Reich tritt hier nur für die Einzelſtaaten und der Einzelſtaat nur für ſeine Armenverbände ein. Dieſer Staatszuſchuß iſt der erſte, gleich ſehr durch die nationale Pflicht wie durch die Chriſtenpflicht gebotene Schritt von einer ehrenrührigen und inhumanen Form der Armenpflege zu einer Form dieſer Funktion, welche die ehrenvolle, die unverſchuldete und die verſchuldete Unterſtützungsbedürftigkeit unterſcheiden muß.... Nicht die Ära des gebundenen Staates, vielmehr das vollere, für des deutſchen Reiches Zukunft unentbehrliche Bewußtſein der ſtaatlichen Pflicht und des ſtaatlichen Könnens iſt am 1. April 1881 eingeläutet worden.... Man thut, als könne man ſich vor Erſtaunen nicht laſſen, daß die Prämientarife der Anordnung des Bundesrates unterliegen ſollen. Als ob unvermeidlich wechſelnde Maßbeſtimmungen Sache des Geſetzgebers ſein könnten und nicht vielmehr die Aufgabe der Exekutive, als ob der Bundesrat, deſſen techniſche Kompetenz man anzuzweifeln ſich einredet, nicht die beſten Techniker zuziehen könnte. Endlich ſpricht man viel davon, daß ſorgloſe Unternehmer und ſorgloſe Arbeiter zum Nachteile der ſorgſamen Genoſſen, ja geradezu auf deren Koſten geſichert würden. Der Geſetzentwurf hat jedoch vorgeſehen, daß nicht eine einzige große Genoſſenſchaft, ſondern kleinere gebildet werden können, deren Tarife verſchieden zu

bemeſſen ſind, je nach den Bürgſchaften, welche jede einzelne von ſeiten ihrer Unternehmer und Arbeiter ſtellt."

Die Oppoſition der Partikulariſten gegen den Geſetzentwurf iſt leicht zu begreifen. Die Reform ſollte das Reich ſtärken, indem ſie einerſeits eine zahlreiche Klaſſe der Bevölkerung im Reiche einen Wohlthäter erblicken lehrte, andrerſeits in der Reichsverſicherungsanſtalt einen neuen Ausdruck der Einheit ſchuf und gleichſam eine neue Klammer in den Zuſammenhalt der einzelnen Teile ſchlug. Die Partikulariſten aber wünſchten in der Bevölkerung keine Liebe zum Reiche und kein Vertrauen auf die Hilfe desſelben, und ſie wollten dasſelbe möglichſt loſe gefügt und mit möglichſt wenigen Attributen und Befugniſſen ausgeſtattet haben. Die Ultramontanen gingen bei ihrer Bekämpfung der Vorlage von derſelben Berechnung aus, und ſie waren zwar Gegner der individualiſtiſchen Wirtſchaftstheorie, wollten aber das Reformwerk der Kirche in die Hand gelegt ſehen. Der Teil der Großinduſtriellen endlich, der ſich gegen den Plan des Kanzlers ablehnend verhielt, ſah in der Unfallverſicherung den erſten Schritt zu ſtaatlicher Bevormundung, der weitere Schritte mit weitern Folgen nach ſich ziehen müſſe.

Nachdem der erſte Entwurf gefallen war, legte der Reichskanzler dem Reichstage mittelſt Schreibens vom 8. Mai 1882 einen andern Plan zur Verſicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen vor, nachdem er kurz vorher einen Geſetzentwurf über die Krankenverſicherung der Arbeiter eingebracht hatte. Der letztere fand im Reichstage mit einigen Abänderungen und Zuthaten Annahme und iſt bereits in Wirkſamkeit. Das umgeſtaltete Unfallverſicherungsgeſetz dagegen blieb in der letzten Seſſion unerledigt, doch iſt Hoffnung vorhanden, daß es in der nächſten in ſeinen weſentlichſten Zügen durchgehen wird. Der Entwurf dazu geht in Betreff der Organiſation der Verſicherung

von andern Grundſätzen aus als der frühere: an die Stelle büreaukratiſcher Zentraliſation war in ihm eine Einrichtung getreten, bei der die betreffenden Genoſſenſchaften von Verſicherern ihre Angelegenheiten ſelbſt verwalten ſollten, eine entſchiedene Verbeſſerung, da ſolche dezentraliſirte Organe die Verhältniſſe jedes einzelnen Falles als aus Näherſtehenden zuſammengeſetzt genauer kennen müſſen als eine zentrale Behörde. Der geſamte Betrieb aber ſollte ein einheitlicher ſein, und ſo erſcheint eine Krönung des Gebäudes mit einer leitenden und beaufſichtigenden Zentralbehörde über den Genoſſenſchaften wünſchenswert, auch werden die letztern büreaukratiſcher Mitarbeit nicht wohl entbehren können, da in ihnen zwei Parteien mit verſchiedenen Intereſſen, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, ſich gegenüberſtehen. Endlich aber iſt zu wünſchen, daß diejenigen Abgeordneten des Reichstages, welche die Sozialpolitik des Kanzlers zu unterſtützen geſonnen ſind, von einer Aufrechthaltung der Privatverſicherungsgeſellſchaften als Grundlage des Geſetzes Abſtand nehmen. Was der Urheber des letztern in der oben zitirten Rede über dieſe Inſtitute ſagte, iſt nicht zu widerlegen. Andrerſeits aber iſt nicht zu beweiſen, daß hierbei Intereſſen auf dem Spiele ſtehen, die um jeden Preis zu ſchonen ſind. „Hätten dieſe Geſellſchaften Kapitalien in großen Betriebsanlagen feſtgelegt, welche durch Einſtellung ihres Betriebes entwertet würden, ſo könnte man wohl die Frage erheben, ob es ſich rechtfertige, ſolche Stücke des Volksvermögens brachzulegen. Mit ſolchen Betriebsanlagen arbeiten aber die Verſicherungsgeſellſchaften nicht. Es handelt ſich bei ihnen einfach um die Frage, ob ſie einen gewinnbringenden Geſchäftsbetrieb, für welchen es beſondrer Anlagen nicht bedarf, fortſetzen ſollen. Von einem poſitiven Schaden, den ſie erleiden würden, kann, abgeſehen von etwaigen ganz unbedeutenden Aufwendungen für

die Zukunft, nicht die Rede ſein. Auf den Fortbezug eines Gewinnes aber, zu welchem die zur Zeit beſtehende Geſetzgebung Gelegenheit giebt, hat niemand ein Recht.“ *)

Die Krankenverſicherung der Arbeiter iſt das erſte Stockwerk des Gebäudes, welches der Reichskanzler auf dem Gebiete der Sozialpolitik aufzuführen im Begriffe ſteht, die Unfallverſicherung das zweite. Ob das dritte, die Altersverſicherung, bald hinzukommen wird, iſt zweifelhaft. Das Hauptbedenken, welches ſich der Sache hier entgegenſtellt, liegt in der Schwierigkeit, die Grenze für den Plan feſtzuſtellen. „Während die durch Unfall herbeigeführte Arbeitsunfähigkeit ſich durch den Eintritt des Unfalls ſelbſt ſcharf abgrenzt, fehlt es für die durch Alter erzeugte meiſt an einer ſcharfen Grenze. Wer ſoll darüber entſcheiden, ob ein Arbeiter von vorgerückten Jahren noch arbeiten könne oder aus der Verſorgungskaſſe zu erhalten ſei? Dieſes Bedenken beſteht, ſo lange man an dem Gedanken feſthält, daß die Altersverſorgung nur den durch Alter wirklich arbeitsunfähig Gewordenen zu teil werden ſolle. Neuerdings hat man jedoch vorgeſchlagen, die Altersverſicherung in der Art eintreten zu laſſen, daß jedem Arbeiter vom Eintritt eines gewiſſen höheren Lebensalters an eine Altersunterſtützung zu teil werde, ohne Rückſicht darauf, ob er noch arbeiten könne oder nicht. Für die noch Arbeitsfähigen würde dann dieſe Unterſtützung einen Zuſchuß zu ihrem Arbeitsverdienſte bilden, welcher für ſie ein gemächlicheres Leben ermöglichte. Für die Arbeitsunfähigen aber würde ſie einen notdürftigen Unterhalt gewähren. Durch dieſe Einrichtung würde allerdings die vorgedachte Schwierigkeit beſeitigt ſein. Es würde aber auch dadurch die Unterſtützung der durch Alter arbeitsunfähig Gewordenen erheblich geſchmälert

*) Grenzboten von 1883, Nr. 30, S. 170.

werden, und es würde ſich fragen laſſen, ob darnach die Inſtitution ihrem wirklichen Zwecke, das ſoziale Elend zu mildern, noch genügend entſpreche. Immerhin aber dürfte der Gedanke zu erwägen ſein. Bei Geſetzen, welche in ſo hohem Maße mit innern Schwierigkeiten zu kämpfen haben, darf man nie vergeſſen, daß das Unvollkommene, welches praktiſch durchführbar iſt, den Vorzug verdient vor dem der Idee nach Vollkommenen, wenn dieſes der praktiſchen Durchführbarkeit entbehrt.“ *)

Wie dem allem auch ſei, der Reichskanzler iſt voll guter Zuverſicht. „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen,“ ſagte er am 26. Juni 1881 zum Verfaſſer dieſer Aufſätze. „Nicht als Almoſen, ſondern als Recht auf Verſorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu ſoll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden iſt, oder als Beamter, durch Alter, Penſion haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Dieſe Sache wird ſich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es iſt möglich, daß unſre Politik einmal zu Grunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatsſozialismus paukt ſich durch. Jeder, der dieſen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen.“

*) A. a. O., S. 172 ff.

Sechſtes Kapitel.

Bismarck als Redner und der Humoriſt in ihm.

Die Beredſamkeit, die Gabe oder Kunſt, ſeine Gedanken richtig, fließend und wirkungsvoll auszudrücken, im engern Sinne, die Fähigkeit, durch mündliche Anſprache auf Gemüt, Überzeugung und Willen andrer gewinnend und beſtimmend einzuwirken, iſt ſehr verſchieden beurteilt worden. D'Alembert bemerkt einmal: „Die Wunder, welche die Beredſamkeit oft durch die Zunge eines einzelnen Mannes zuſtande bringt, und die Wirkungen, die ſie auf dieſe Weiſe bei einem ganzen Volke hervorruft, ſind vielleicht das glänzendſte Zeugnis für die Überlegenheit des einen Menſchen über die andern.“ Ähnlich lautet die Meinung des amerikaniſchen Philoſophen Emerſon, welcher irgendwo ſagt: „Eloquence is the appropriate organ of the highest personal energy,“ womit er augenſcheinlich meint, daß keine Anſtrengung des menſchlichen Geiſtes eine ſeltenere Verbindung von Fähigkeiten erfordere als das Thun des Redners in ſeinen höchſten Leiſtungen. Wird ſich ſchon hiergegen das eine und das andre einwenden laſſen,

wird man z. B. einen großen Feldherrn oder Staatsmann im Punkte der Energie des Denkens nicht unter einen großen Redner ſtellen dürfen, da die Forderungen, welche die Umſtände an jene richten, ohne Frage weit mehr bedeuten als die, an welchen ſich die Kraft des letzteren zu erproben hat, ſo iſt der Wert der Redekunſt als wirkender Macht offenbar noch erheblicheren Bedenken unterworfen als ihr Gewicht, wenn ſie als Begabung betrachtet wird. Niemals vielleicht iſt ein Volk mächtiger für Staatsangelegenheiten entflammt worden als durch die Reden, mit denen Perikles die Athener in Aufregung verſetzte, und begann mit dem Auftreten dieſes Redewaltigen nicht der Niedergang der Stadt? Vermochte Demoſthenes mit der gleichen Gabe, hinreißend zu überzeugen, dieſen Niedergang zu hemmen? Denken wir an Mirabeau, deſſen unübertroffene Beredſamkeit nicht imſtande war, die böſen Geiſter der Revolution von 1789 zu bannen. Erinnern wir uns an die Frankfurter Paulskirche: es waren weit mehr und weit bedeutendere oratoriſche Talente in ihr beiſammen, als ſeit Pitts und Burkes Tagen das engliſche Parlament in ſeiner Mitte geſehen hat, und was iſt dabei herausgekommen, als ephemere Erfolge und zuletzt ein trübſeliges Fiasko? Georg von Vincke war ein Redner von nicht geringer Begabung, namentlich ein allezeit ſchlagfertiger Debatter, und was nützte er dem Staate? Was auch nur ſeiner Partei? Er hat die letztere nur immer kleiner geredet, bis ſie, die anfangs die ſtärkſte Fraktion im Abgeordnetenhauſe war, ſchließlich nur noch ungefähr ein Dutzend Stimmen zählte.

Macaulay bemerkt in einer Abhandlung aus dem Jahre 1839*) über die parlamentariſche Beredſamkeit, nachdem er die Behauptung aufgeſtellt, daß das aktive politiſche Leben der

*) Gladstone on Church and State.

geiſtigen Vertiefung vielfach im Wege ſtehe: „Der Politiker muß häufig ſprechen und handeln, ehe er nachgedacht und nachgeleſen hat. Er kann über einen Gegenſtand ſehr ſchlecht unterrichtet ſein, ſein Wiſſen von demſelben iſt vielleicht unklar und oberflächlich, dennoch muß er darüber eine Rede halten, und wenn er ein Mann von Talent, Geſchick und Entſchloſſenheit iſt, ſo wird er bald gewahr, daß man ſelbſt unter ſolchen Umſtänden mit Erfolg reden kann. Er wird gewahr, daß die Wirkung des geſchriebenen, im ſtillen Studirzimmer gefeilten Wortes ſich erheblich von der Wirkung des geſprochenen Wortes unterſcheidet, welches, von Geberdenſpiel und Betonung unterſtützt, für einen Augenblick an das Ohr ſchlägt. Er wird gewahr, daß er ſich ohne Gefahr der Entdeckung verſehen, und daß er ungeſtraft ſophiſtiſche Schlüſſe ziehen kann. Er wird gewahr, daß er ſogar bei verwickelten Handels- oder Rechtsfragen, ohne zehn Seiten darüber geleſen oder zehn Minuten ruhig nachgedacht zu haben, lebhaften Beifall ernten und den Eindruck hervorrufen kann, eine vortreffliche Rede gehalten zu haben."

Deutſche Denker erſten Ranges ſind weiter gegangen. Immanuel Kant hat die Beredſamkeit geradezu eine Betrügerin geſcholten, weil ſie in Dingen, welche die Vernunft zu entſcheiden habe, dem äſthetiſchen Gefühle das letzte Wort zuſpiele. Goethe nennt ſich in einem Briefe aus Venedig, 1786, einen „Todfeind von Wortſchällen." Auch der deutſche Reichskanzler iſt kein ſtarker Bewunderer rhetoriſcher Künſte, und andrerſeits ſcheint die Muſe, welche denſelben vorſteht und ſie zu verleihen hat, nach mancher Urteil auch ihm nicht beſonders gewogen zu ſein. Er weiß das ſelbſt. Belege dazu laſſen ſich reichlich beibringen.

Am 4. Februar 1866 erwiederte er im Abgeordnetenhauſe dem Dr. Gneiſt: „Ich habe ſchon vorhin darauf hingedeutet, ich bin kein Redner. Ich vermag nicht, mit Worten ſpielend,

auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatſachen zu verdunkeln. Meine Rede iſt einfach und klar" u. ſ. w.

In Berlin äußerte er im Februar 1870, nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutſchen Bund, gegen mich: „Es iſt wirklich mit dieſen beredten Herren [er hatte dabei namentlich den Abgeordneten Lasker im Auge] wie mit manchen Damen, die einen kleinen Fuß haben und immer zu enge Schuhe anziehen und die Füße vorſtrecken und ſehen laſſen. So, wenn einer das Unglück hat, beredt zu ſein, da hält er zu lange Reden und zu oft."

„Die Gabe der Beredſamkeit," ſagte er ein Jahr ſpäter in Verſailles zu uns, „hat im parlamentariſchen Leben manches verdorben. Man braucht zu viel Zeit, weil alle, die was zu können glauben, das Wort haben müſſen, auch wenn ſie nichts neues vorzubringen wiſſen. Es wird zu viel in die Luft geſprochen und zu wenig zur Sache. Alles iſt ſchon abgemacht in den Fraktionen, und ſo redet man im Plenum bloß für das Publikum, dem man zeigen will, was man kann, und noch mehr für die Zeitungen, die loben ſollen. Es wird noch dahin kommen, daß man die Beredſamkeit für eine gemeinſchädliche Sache anſieht und beſtraft, wenn ſie ſich eine lange Rede zu ſchulden kommen läßt. — Da haben wir einen," fuhr er fort, „der gar keine Beredſamkeit treibt, und der trotzdem mehr für die deutſche Sache geleiſtet hat als irgend jemand ſonſt — das iſt der Bundesrat. Ich erinnere mich zwar, zuerſt wurden einige Verſuche in der Richtung gemacht. Ich aber ſchnitt das ab, indem ich ihnen ungefähr ſagte: »Meine Herren, mit Beredſamkeit, mit Reden, welche überzeugen ſollen, da iſt hier nichts zu machen, weil jeder im voraus ſeine Überzeugung in der Taſche mitbringt — ſeine Inſtruktion nämlich. Es giebt bloß Zeitverluſt. Ich denke, wir beſchränken uns hier auf die Dar-

ſtellung von Thatſachen.« Und ſo wurde es. Niemand hielt eine große Rede mehr. Dafür ging es mit den Materien umſo raſcher, und der Bundesrat hat wirklich viel geleiſtet."

Ähnlich hatte ſich der Kanzler ſchon früher öffentlich ausgeſprochen, dabei aber zugleich auf einen andern Punkt der Schattenſeite der Beredſamkeit, den im Kantſchen Diktum hervorgehobenen, hingewieſen. Es war in der Sitzung des Norddeutſchen Reichstages vom 12. Mai 1869, als er ſich gegen das Beſtreben erklärte, deliberirenden Verſammlungen zu viel Macht, Einfluß und Bedeutung beizulegen. Er ſagte bei dieſer Gelegenheit: „Sie beſchließen hier unter dem Eindruck einer ſo ausgezeichneten Rede, wie wir ſie eben gehört haben, vielleicht in der Bewegung des Augenblickes, während, wenn Sie dieſelbe Rede zu Hauſe nachleſen, oder wenn Sie Gegner derſelben mit gleicher Geſchicklichkeit ſprechen hören würden, wie ſie der Herr Vorredner entwickelt hat, Sie doch vielleicht ſtutzig werden und meinen würden, für das Andere läßt ſich doch auch Vieles ſagen. Die Rednergabe iſt etwas ſehr Gefährliches, das Talent hat ſeine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Muſik und der Improviſation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken will, ein Stück von einem Dichter ſtecken, und ſoweit das der Fall iſt, ſoweit er als Improviſator Sprache und Gedanken beherrſcht, ſoweit hat er die Gabe, auf ſeine Zuhörer zu wirken. Iſt aber der Dichter, der Improviſator gerade derjenige, dem das Steuerruder des Staates, welches volle, kühle Überlegung erfordert, anzuvertrauen wäre? Und doch iſt er derjenige, von deſſen Beredſamkeit augenblickliche Entſchließungen der Parlamente abhängig werden; es kommt dies bei einer irgend empfänglichen Verſammlung und bei begabten Rednern in allen parlamentariſchen Verhältniſſen vor. Ich darf an ein Beiſpiel erinnern von einem bekannten, jetzt verſtorbenen Staatsmann

— Herr von Radowitz war es —, ſelten habe ich einen ſo überwältigenden Eindruck eines Redners auf eine Verſammlung geſehen, und die, welche Zeugen davon geweſen ſind, werden es mir beſtätigen, wie von einzelnen Reden des Herrn von Radowitz die Zuhörer aufs mächtigſte ergriffen wurden und unverzüglich demgemäß beſchloſſen. Ich habe es erlebt, daß ein neben mir ſitzender Kollege die Ergriffenheit der ganzen Verſammlung in dem Maße teilte, daß er Thränen darüber vergoß, und daß er meine etwas kühle Frage: worüber weinen Sie denn? mit Entrüſtung dahin beantwortete, daß er mich der Herzloſigkeit beſchuldigte. Ich habe demſelben Herrn am andern Tage, wo die ſofort in dreißigtauſend Exemplaren gedruckte Rede vorlag, nachdem ſie jede Diskuſſion totgemacht hatte; denn es wurde von weiter nichts geſprochen, als von dem gewaltigen Eindrucke jener Rede — ich habe denſelben Herrn am andern Tage gefragt, was es denn geweſen ſei, worüber ich hätte weinen müſſen, wenn ich ein Herz beſäße, und darauf antwortete er mir: wenn ich die Rede gedruckt leſe — ich weiß nicht, ſo macht ſie nicht den Eindruck. Er konnte nicht einmal wiedergeben, was ungefähr darin ſtand; aber der Ausdruck des Geſichts, die Stimme, die überwältigende Perſönlichkeit, die vor ihm geſtanden, hatten ihn hingeriſſen.“ *)

*) Vermutlich iſt damit die große Rede vom 25. Auguſt 1849 gemeint, in welcher Radowitz Rechenſchaft über das Verhalten der Regierung in der deutſchen Sache ablegte, und von welcher die Kreuzzeitung (vielleicht ihr damaliger Mitarbeiter Bismarck) in jenen Tagen berichtete: „Jedes Wort kam klar und präzis, ohne Stocken und ohne Verwechſeln zu Tage, und keines war zu viel oder zu wenig für den beabſichtigten Eindruck. Die anſcheinende Impaſſibilität des Redners kontraſtirte ſeltſam mit der Aufgeregtheit der Zuhörer. Man glaubte einen Redner vor ſich zu ſehen, der klar und ſcharf auf dem Felde des kalten Verſtandes mit Gründen ſiegender Logik entgegenſtehende Anſichten entkräftet; die Verſammlung merkte wohl kaum, daß nicht ihr Urteil berichtigt, ſondern ihr Gefühl zur Begeiſterung geſteigert, daß ſie nicht überzeugt, ſondern hin-

Anſcheinend denſelben Vorgang erzählte uns der Kanzler an einem der letzten Tage unſers Aufenthaltes in Verſailles in Verbindung mit einem Charakterzuge, den er bei unſern galliſchen Nachbarn beobachtet hatte. „Alles iſt bei den Franzoſen," ſagte er, „großartige Stellung, pompöſe Redensart, imponirende Miene wie auf dem Theater. Wenn's nur recht klingt und nach etwas ausſieht — der Inhalt iſt einerlei. 's iſt wie mit dem Potsdamer Bürger und Hausbeſitzer, der mir einmal ſagte, daß eine Rede von Radowitz ihn tief gerührt und ergriffen hätte. Ich fragte ihn, ob er mir eine Stelle nennen könnte, die ihm beſonders zu Herzen gegangen wäre — oder beſonders ſchön vorgekommen. Er wußte keine anzugeben. Ich nahm darauf die Rede her und erkundigte mich, welches die rührende Stelle wäre, indem ich das Ganze vorlas, und da ergab ſichs,

---

geriſſen wurde.... Der beſte Beweis hiervon war, daß auch der offenbar ſchwache Punkt der Rede, nämlich die Art, wie ſie Einwürfe gegen den Inhalt der Verfaſſung abfertigte, mit dem größten Beifall aufgenommen wurde.... Der oratoriſche Sieg war vollſtändig. Die Redner von Profeſſion ſahen mit unverhehltem Brotneide nach der Tribüne, die Herren aus Frankfurt blickten triumphirend um ſich, als wollten ſie ſagen: ſeht, ſo ſprachen wir dort alle.... Die Rührung war eine allgemeine, ohne daß wir in der gedruckten Rede gerade die Stelle bezeichnen könnten, über die jeder einzelne weinte. Ernſt ergriffen war jeder von dem Eindruck, und namentlich unter den weichgeſchaffnen Seelen des Zentrums waren wenig Augen trocken. Einem hohen Beamten der Finanz rollte ein Budget von Thränen über die gerötete Wange, bei einem der zentralſten Pfeiler der preußiſchen Regierung brachte das Beſtreben, die ſichtbaren Zeichen der Rührung zu unterdrücken, ſo ungewöhnliche Konſtellationen der Geſichtszüge hervor, daß ein Spaßvogel, dem ſelbſt dieſer Moment nicht heilig war, meinte, jener müſſe eben das Unglück gehabt haben, Oberſchieſter ſtatt Oberungar zu trinken, und einer der trockenſten Staatsmänner der Revolution ſchien die Fertigkeit d'Eſtors nicht zu bedürfen, um eine Thräne zur Welt zu bringen. Am Schluſſe der Rede ſtieg der Beifall zu pyramidaler Höhe, es war eine Begeiſterung, wie ſie nur die Ungarn empfunden haben können, als Maria Thereſia unter ſie trat.... Hätte der Redner unter dem Klatſchen von mehr als zweitauſend Händen ſich noch Gehör verſchaffen können, er hätte von der Kammer alles, auch Millionen, fordern können, es wäre ſofort bewilligt worden."

daß gar nichts derart drin ſtand, weder was Rührendes, noch was Erhabenes. Es war eigentlich immer nur die Miene, die Stellung des Redners, die ausſah, als ſpräche er das Tiefſte, Bedeutendſte und Ergreifendſte — der Denkerblick, das andächtige Auge und die Stimme voll Klang und Gewicht. — Mit Waldeck war's ähnlich, obwohl der kein ſo geſcheider Menſch und keine ſo vornehme Erſcheinung war. Bei dem war's mehr der weiße Bart und die Geſinnungstüchtigkeit."

In einer Rede, die der Kanzler am 29. April 1881 im Reichstage hielt, charakteriſirte er die Beredſamkeit folgendermaßen: „Ich appellire an Ihre Erfahrung: auch Sie werden das Gefühl gehabt haben, daß Sie manches beſſer wiſſen wie der beſte Redner unter Ihnen. Sie haben vielleicht auch den feſten Entſchluß gefaßt, es ihm heute zu ſagen, vor der Ausführung fährt er aber gerade mit einem andern gewaltig ab, und Sie denken, lieber heute noch nicht. So geht es auch anderswo. Der ſtärkſte Ringer, auch im Felde der Rede, ſchüchtert die andern ein. Es iſt aber der Redner nicht immer der beſte Beurteiler der Politik. Um ein guter Redner zu ſein, dazu gehört eine glänzende Improviſationsgabe, wie wir das wohl früher ſelbſt erlebt haben bei öffentlichen Vorſtellungen, wo Muſik mit redneriſchen Improviſationen abwechſelte, daß ein Thema gegeben wurde, irgendein Gegenſtand, der dem Improviſator unbekannt war, über den er aber Reden hielt, mitunter wirklich brillant, und die mich für den Augenblick, wenn mich die Umgebung nicht enttäuſcht hätte, faſt überzeugt haben würden. Ich will damit nur ſagen, daß man den Meiſtern in der bloßen Beredſamkeit ſo wenig wie ſolchen Improviſatoren den leitenden Einfluß auf große Gemeinweſen einräumen darf, wenigſtens nicht mit offenen Augen, noch viel weniger ſoll man den Rednern die leitende

Stelle als Fraktionschef oder als Miniſter geben. Ich führe das nur an, um zu beweiſen, daß die Beredſamkeit eine Gabe iſt, die heutzutage über ihren Wert Einfluß übt und überſchätzt wird. Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es alſo mit der Wahrheit nicht ganz mathematiſch genau nehmen. Er muß anſtachelnd, erregend, leicht entzündlich ſein, um zündend zu wirken, aber ich denke mir, daß ein guter Redner ſelten ein ſicherer Staatsmann ſein wird. Das gemütliche Element muß bei ihm vorherrſchen, nicht der Verſtand, und ich glaube, daß ſchon vermöge der phyſiſchen Konſtitution des Menſchen es nicht vereint gefunden wird, daß einer zugleich ein guter Redner und ein kühler Richter wäre. Ich erinnere an die Aufzählung all der Eigenſchaften von Mephiſto, des Löwen Mut, des Hirſches Schnelligkeit; es findet ſich das nie alles in einem Körper vereinigt, und ſo findet ſich Beredſamkeit ſehr häufig in einem den Verſtand überwiegend und gefährlich beherrſchenden Maße vor, hinreichend für die urteilsloſe Menge, aber ein Mann von kühler Beſonnenheit und ſicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer, wichtiger Geſchäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner ſein. Ob man bei unſrer heutigen Kulturentwicklung gegen dieſes Übel der Beredſamkeit Remedur finden kann, weiß ich nicht, aber es iſt ſchon eine halbe Remedur, wenn man das Übel erkennt, und wenn man ſich ſtets vergegenwärtigt das bekannte Beiſpiel von dem König Friedrich Wilhelm dem Erſten, der zwei Advokaten hinter einander hörte und hinter jedes Ausführungen ſagte: »Der Kerl« — wie er ſich unehrerbietig ausdrückte — »hat Recht«, und dann ſo in Zorn geriet gegen die Wirkung der Beredſamkeit, daß nach der damaligen monarchiſchen Verfaſſung beide Redner vermöge der Übertreibung ihrer Gabe zu überzeugen in ſehr üble Lage gekommen ſind. Ich ſehe kein ge-

ſetzliches Mittel dagegen, aber das Übel erkennen, heißt ſchon, ihm teilweiſe abhelfen, und ich möchte Sie deshalb darauf aufmerkſam machen, daß Sie ſich das Beiſpiel des alten Königs immer gegenwärtig halten, wenn einer mit einer Eloquenz ſpricht, die ſo ausgebildet iſt, daß er eigentlich für andre Geſchäfte wenig Zeit haben kann, und obſchon er das, was er vorträgt, vollſtändig beherrſcht und beherrſchen muß, wie es nur einer beherrſchen kann, der mehrere Wochen ſtets über dasſelbe Thema öffentlich geſprochen und in Zeitungen geſchrieben hat. Dann bildet ſich eine Sicherheit in ihm aus, daß er keinen Souffleur braucht, er beherrſcht ſeinen Stoff, ihm fällt in der einen Woche noch eine beſſere Redewendung ein wie in der vorigen, kurz, es tritt das Beiſpiel ein, das mich in meiner parlamentariſchen Jugend in Erfurt ſo frappirte, daß ich die Rede eines Heidelberger Profeſſors bewunderte, und ein Landsmann und Fraktionsfreund von ihm ſagte mir: »Ach, die Rede hätten Sie im vorigen Jahre von ihm hören ſollen, da hielt er ſie ganz anders, da war er noch friſch dabei.« So möchte ich die Ermahnung an Sie richten, in unſerm parlamentariſchen Leben, wo wir der Zeit nach uns ſehr enge gedrängt finden, doch auch mit dieſer Schauſtellung der Beredſamkeit weniger Zeit zu verlieren als bisher."

„Ich wiederhole," ſagte der Kanzler am 5. Mai 1881 im Reichstage, „daß die Reden zwar zur Orientirung dienen, aber keine Herrſchaft üben dürfen. Der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredſamkeit weder beeinflußten noch eingeſchüchterten Vertreter."

Dieſe Urteile über die gewöhnliche Beredſamkeit werden von jedem Verſtändigen als wohlbegründet betrachtet und gern unterſchrieben werden. Der Redner iſt hier plaidirender Sachwalter, der Schein ſein Gott und Zweck, die Wahrheit ihm

Nebenſache oder ganz gleichgiltig. Er, der fließend und wohlgeordnet Sprechende, reiht bereits fertige Halbwahrheiten an einander, die er gegen den Schluß ſentimental oder pathetiſch aufbläſt. Er will packen, rühren, vor allem auf das Gefühl wirken; er will triumphiren, Parade machen und bewundert werden, mehr oder minder wie die Komödianten. Bismarck dagegen hat viel wahre Beredſamkeit — für den, welcher die innere Form von der äußern zu unterſcheiden verſteht. Er iſt allerdings kein Redner im herkömmlichen Sinne des Wortes, kein Redevirtuos, und zwar vorzüglich deshalb nicht, weil er eigne Gedanken hat. Seine Anſprachen und Antworten in den Parlamenten haben Hand und Fuß, ſie gehen immer auf den Kern des betreffenden Themas, ſie wirken durch das Gewicht ihrer Thatſächlichkeit, ſie riechen gleichſam nach dem Leben, dem ſie entnommen ſind, und ſtrahlen es in jedem Satze aus, wir bewundern in ihnen die Tiefe und den Weitblick des Sprechenden. Er iſt dagegen zu gewiſſenhaft und zu ſtolz, um mit beſtechenden, berückenden, näher beſehen aber ſeichten oder ganz inhaltsloſen Phraſen um den Beifall der Verſammlung und der Preſſe zu werben, zu wahrheitsliebend, um die falſchen Karten der Sophiſtik auszuſpielen, und zu gedankenreich, um den Zuhörern mit glatt dahinfließendem Wortſtrome imponiren und Vergnügen bereiten zu können. Häufig ſtockt er mit der Fülle der ſich ihm aufdrängenden neuen Ideen und Perſpektiven, und es kommt zu Einſchaltungen und Anakoluthen, zu Ellipſen, nachhinkenden Ergänzungen und einſchränkenden Vorbehalten, zu Vorderſätzen, denen der Nachſatz fehlt, oder zum Wegfall von Mittelgliedern. Dazu tritt eine ſtarke Doſis Nervoſität, verbunden mit einem heißen, leicht erregbaren Temperament, und das Organ läßt ebenfalls zu wünſchen übrig.

Noch ein anderes iſt hervorzuheben. Treffend bemerkt

Rößler*): „Bismarcks Reden bekunden den außerordentlichen Geiſt ihres Urhebers auch da, wo er ſeine eigentliche Abſicht unter einem dialektiſchen Spiele verbirgt. Aber er iſt kein Redner.... Es iſt keine Paradoxie zu ſagen: Redner iſt nur, wer nach dem Munde redet. Die Menſchen wollen hören, was ihnen auf der Zunge liegt, den klaren, ſtarken Ausdruck ihrer Gefühlsbedürfniſſe. Aber das iſt ganz und gar nicht Bismarcks Leiſtung und kann es nicht ſein. Die politiſche Wahrheit, die ihm vor Augen ſteht, liegt weit ab von der Illuſion der Mehrzahl ſeiner Zeitgenoſſen, ja ſie iſt für dieſe Illuſion geradezu tötlich.... Bismarck tritt den beratenden Körpern oft gegenüber mit einer Weiſe der Argumentation, welche die diplomatiſche heißen kann. Das Diplomatiſche liegt aber nicht etwa in der Zurückhaltung oder gar in der irreführenden Abſicht bei den Angaben. Die Verhandlungsweiſe von Staat zu Staat nimmt immer zum Ausgangspunkte teils die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, teils die gegebene Lage jedes Staates. Man begründet alſo ſeine Forderungen vom Geſichtspunkte des Rechtes und der Billigkeit und nimmt für die letzteren immer die ſelbſtändigen Intereſſen der Gemeinweſen zum Ausgangspunkte. So wollen aber unſre liberalen Vertretungen nicht mit ſich verhandeln laſſen. Sie gehen von einem Ideal aus und beurteilen alles, was demſelben widerſtrebt, als nicht ſeinſollend.... Eine andre parlamentariſche Kampfmethode Bismarcks iſt es, wenn er an den Forderungen ſeiner Gegner ſachliche Schwierigkeiten und Widerſprüche aufdeckt, ohne jedoch den letzten Geſichtspunkt aufzuſtellen.... Infolge dieſer Eigenſchaft hatte ſich eine Zeit lang die wunderliche Meinung gebildet, er verſtehe ſeine Pläne nicht zu verbergen. Dieſe Kunſt iſt aber, ſo weit ſie von

*) Graf Bismarck und die deutſche Nation, Berlin 1871, S. 58 ff.

Nöten war, niemals vollkommener geübt worden als von ihm.... Die Rede über die Aufnahme Badens in den Norddeutſchen Bund am 24. Februar 1870 war ein vollendetes Beiſpiel dafür. Während die treffende Wahrheit der Gegengründe allſeitig empfunden werden mußte, ließ der Redner doch fortwährend durchblicken, daß er ſein letztes Wort nicht ausſpreche, daß er nur ein ebenſo glänzendes als anmutiges Scheingefecht führe."

„In meiner Rede lag ein großer Fortſchritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben," ſagte der Miniſter am 27. zu mir. „Es war die Andeutung, daß wir uns unter Umſtänden an die öſterreichiſche Auffaſſung, nach welcher nicht der Süden, und an die franzöſiſche, nach welcher kein einzelner Staat des Südens in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler; an weiteres kann erſt gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris aufgenommen worden iſt."

Leſen wir die geſammelten Reden des Reichskanzlers, die älteren wie die neueren, ſo läßt ſich nicht verkennen, daß der Stil derſelben etwas Sprödes, Schwerflüſſiges, mühſam ſich Herausarbeitendes hat. Von ihm heißt es nicht wie von mancher andern Parlamentsgröße, namentlich von dem verſchlagnen Vertreter Muffrikas, der ſcheinbar die Sache des Papſtes führt, in Wahrheit aber nur der Advokat des Welfentums iſt:

„Reineke ſtand und wußte darauf gar künſtlich zu dienen,
Denn, ergriff er das Wort, da floß die zierliche Rede
Seiner Entſchuldigung her, als wär' es lautere Wahrheit;
Alles wußt' er bei Seite zu legen und alles zu ſtellen.
Hörte man ihn, man wunderte ſich und glaubt' ihn entſchuldigt,
Ja, er hatte noch übriges Recht und vieles zu klagen."

Neben ungefügen und bisweilen faſt formloſen Sätzen begegnen wir aber in den Reden Bismarcks nicht ſelten auch

ſolchen von muſterhafter Bildung, die den Gedanken, welchen er im Sinne hat, ebenſo einfach als deutlich ausprägen, kurzen genialen Sprüchen, glücklichen Bildern und ſeltenen Ausdrücken, die, wie Hilfsvölker aus der Ferne gerufen, die jedesmalige Frage ſofort entſcheiden. Häufig gebraucht er Worte und Formeln aus fremden Sprachen, nicht ſowohl, weil er oft franzöſiſch, zuweilen engliſch zu reden genötigt iſt, ſondern mehr, weil dieſe Sprachen ſchärfer ausgeprägt ſind und den Niederſchlag, die Ablagerung eines langen politiſchen Lebens enthalten, was bei der deutſchen nicht der Fall iſt. So bemerkte er in ſeiner großen Rede vom 20. Dezember 1866: „Ich möchte Sie bitten, dies der appreciation der Regierung zu überlaſſen," und bei derſelben Gelegenheit: „Die vage Faſſung läßt uns eine gewiſſe latitude der Ausführung." In einem andern Falle bediente er ſich des Ausdrucks: „Außerhalb der enceinte des Bundesrates." Wieder ein andermal äußerte er: „Solche Klagen haben von dieſer Rednerbühne ein weites retentissement." Am 22. Dezember 1866 behauptete er: „Nur ein ganz fertiger Staat kann ſich den Luxus einer liberalen Regierung geſtatten" — was ganz franzöſiſch gedacht iſt: „Il n'y a qu'un état tout-fait, qui puisse se permettre le luxe d'un regime liberal." Am 4. Dezember 1874 rief er den Ultramontanen im Reichstage zu: „Mögen Sie ſich losſagen von dieſem Mörder (Kullmann), er hängt ſich an Ihre Rockſchöße" — wiederum eine Wendung aus dem Franzöſiſchen, wo es viel natürlicher lautet: „Réniez cet assassin, tant que vous voudrez, il s'attache à vos pans." Ferner gehört hierher die von ihm am 19. Juni 1879 gethane Äußerung: „Ich kann es nicht für nützlich halten, die Regierung en demeure [ihr die Piſtole auf die Bruſt] zu ſetzen." Sodann erinnere ich an die Wortgruppe: „In ſeinem for interieur" (Gewiſſen), von ihm am 8. Mai 1880 gebraucht. In einer Rede vom 4. Februar

1881 bediente er ſich ſtatt des deutſchen „nach Maßgabe“ oder „je nachdem“ des franzöſiſchen „au fur et à mesure,“ und in einer andern, die er am 16. Februar desſelben Jahres im Herrenhauſe hielt, ſpielte er auf Berangers Roi d'Yvetot an, deſſen Deviſe „bien dormir et pas trop faire“ lautete. Am 12. Juni 1882 äußerte er in einer Parlamentsrede: „J'en ai fait mon devil,“ darüber habe ich ausgetrauert, das habe ich verſchmerzt, und bei derſelben Gelegenheit bediente er ſich der Wendung: „Und beſäße er alle Schätze Indiens“ (tous les trésors de l'Inde). Auch der von Bismarck wiederholt gebrauchte Ausdruck „etwas tragiſch nehmen“ entſtammt dem franzöſiſchen Idiotikon, und wenn der Kanzler wirklich einſt gegen einen Interviewer geäußert hat: „Dieſe Doktrinäre ſuchen den Mittag um zwei Uhr,“ ſo iſt das nur eine Überſetzung der Redensart: „Ils cherchent midi à quatorze heures.“

Einige treffende Gleichniſſe in der Reihe der parlamentariſchen Kundgebungen des Kanzlers ſind bereits in dem Kapitel „Die Junkerlegende“ angeführt worden. So das vom preußiſchen Bucephalus, der den gewohnten Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber, den ihm die Frankfurter Paulskirche aufnötigen möchte, ſamt ſeiner ſchwarzrotgoldenen Zäumung auf den Sand ſetzt, und das vom preußiſchen Adler, dem man mit der gleichmachenden Heckenſcheere aus Frankfurt die Flügel ſtutzen will. Andre Beiſpiele für Bismarcks hervorragende Begabung, ſeine öffentlichen Reden mit originellen und draſtiſchen Metaphern zu würzen, ſind folgende, die ich zum großen Teil der Güte eines verehrten Freundes verdanke. In einer Sitzung der zweiten Kammer des preußiſchen Landtages, die am 24. September 1849 ſtattfand, ſagte er, von den vom Weſten her importirten liberalen Doktrinen ſprechend: „Was Frankreich, das Vaterland aller dieſer

Theorien, betrifft, ſollte man glauben, daß ſein Beiſpiel eben kein beſonders verführeriſches ſei, und daß die Franzoſen ſich jetzt kaum zu den glücklichſten Völkern der Erde rechnen möchten.... Ich ſehe gerade in den jetzigen Zuſtänden Frankreichs keine Aufforderung, uns das Neſſusgewand der franzöſiſchen Staatslehren auf unſern geſunden Körper zu ziehen.“ — In derſelben Verſammlung brauchte er bald nachher, am 15. Oktober, folgendes hübſche Gleichnis: „Ich möchte doch darauf aufmerkſam machen, daß gerade die Phraſe den ſchönſten Schmuck einer konſtitutionellen Verfaſſung abgiebt, dem Schleier vor dem Bilde von Sais vergleichbar. Zerreißen Sie ihn ganz, ſo werden Sie den Augen gar mancher, die in die tieferen Geheimniſſe des Konſtitutionalismus noch nicht eingeweiht ſind, zeigen, daß das Idol, welches wir in dieſen Räumen verehren, nicht ganz das war, welches ſie hinter dem Schleier zu finden hofften.“ — Vor derſelben Körperſchaft hielt er um die gleiche Zeit eine Rede, in welcher er bemerkte: „Ein Krieg, für die Union von Preußen geführt, könnte mich nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein ſiegreiches Gefecht mit einer Schildwache beſtand, um ſich in dem Schilderhauſe hängen zu können, ein Recht, welches er ſich ſelbſt und jedem freien Briten vindizirte. Sollten wir trotzdem dahin getrieben werden, für die Idee der Union Krieg zu führen, meine Herren, es würde nicht lange dauern, daß den Unionsmännern von kräftigen Fäuſten die letzten Fetzen des Unionsmantels heruntergeriſſen würden, und es würde nichts bleiben als das rote Unterfutter dieſes ſehr leichten Kleidungsſtückes.“ In einer Landtagsrede, die der Miniſterpräſident von Bismarck während der Konfliktszeit, am 27. Januar 1863, hielt, rief er der Oppoſition die in einem der vorigen Kapitel ebenfalls bereits zitirte Erklärung zu: „Das preußiſche Königtum iſt noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck

Ihres Verfaſſungsgebäudes zu bilden oder als toter Maſchinenteil dem Mechanismus des parlamentariſchen Regiments eingefügt zu werden." — Am 21. Dezember erwiederte er im Herrenhauſe auf gewiſſe dilettantiſche Behauptungen des Abgeordneten Tellkampf: „Die Auffaſſungen des Vorredners über die europäiſche Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebne, welcher zum erſtenmale eine Bergreiſe macht. Wenn er einen Gipfel vor ſich ſieht, ſo ſcheint ihm nichts leichter, als ihn zu erſteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen; denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin iſt anſcheinend ohne Hinderniſſe. Macht er ſich nun auf den Weg, ſo ſtößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beſte Rede nicht hinweghilft." — In der Kommiſſion, welche die Anleihe zu militäriſchen Maßregeln gegen Dänemark beraten ſollte, ſagte er, die deutſchen Großmächte ſeien das Glashaus, das den deutſchen Bund vor europäiſchem Zugwind beſchütze. — „Sie kommen mir vor wie Archimedes mit ſeinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war," rief er etwa zu derſelben Zeit nach einer geſinnungstüchtigen Rede Schulzes der Oppoſition zu, nachdem er ihr bemerkt hatte, wie ſehr ſie ſich, eingeſponnen in ihre Parteivorſtellungen, über den eigentlichen Stand der Dinge täuſche. — „Wenn," ſagte er im ſelben Jahre, „die Einrichtung der Bundesarmee durch ein jährliches Votum in Frage geſtellt werden ſollte, ſo würde mir das — verzeihen Sie mir, wenn ich ein Gleichnis brauche aus einem Berufe, in dem ich mich früher befand — den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach der Kopfzahl, auch der Beſitzloſen, darüber abgeſtimmt wird, ob die Deiche bei Hochwaſſer durchſtochen werden ſollen oder nicht. Aus ſolchem Deichverbande würde ich ausſcheiden, da wäre mir das Wohnen zu unſicher." —

„Ich halte eine kollegialiſche Miniſterverfaſſung für einen Mißgriff und Fehler," äußerte er ungefähr zwei Jahre ſpäter; „zwei harte Steine mahlen ſchlecht, aber acht harte Steine noch viel ſchwerer." — In vieler Gedächtnis iſt wohl noch die ungemein treffende Äußerung, die Bismarck am 1. Juni 1865 im preußiſchen Landtage über das damalige Weſen der deutſchen Mittel- und Kleinſtaaten that: „Die Exiſtenz auf der Baſis der Phäaken iſt bequemer als die auf der Baſis der Spartaner. Man läßt ſich gern ſchützen, aber zahlt nicht gern, und am allerwenigſten giebt man das geringfügigſte Hoheitsrecht auf." Am 13. Juni ergänzte er dieſen Vergleich mit den Worten: [In den deutſchen Kleinſtaaten herrſchen Verhältniſſe,] „die ich mir neulich als Staatsprinzip auf der Baſis der Phäaken ſtehend zu bezeichnen erlaubte, die eſſen und trinken und geſchützt ſein wollen." — Nach den böhmiſchen Siegen erklärte er: „Das Spiel iſt noch nicht gewonnen, der Einſatz iſt nur verdoppelt." (Wie im Faro, wenn ein Mitſpielender doppelt biegt.) — Die Parlamentsrhetoren nannte er irgendwo „kühne Schiffer auf den Gewäſſern der Rede." — „Das Fundament des deutſchen Reiches iſt abgeſteckt, aber noch nicht gelegt," ſagte er bei einer andern Gelegenheit. — Im Jahre 1867 bemerkte er im Norddeutſchen Reichstage: „Wenn im Norden Deutſchlands ein Parlament tagte, im Süden ein ähnliches, ſo würden dieſe beiden Parlamente nicht länger auseinanderzuhalten ſein, als etwa die Gewäſſer des Roten Meeres, nachdem der Durchmarſch der Iſraeliten erfolgt war." — In irgend einer ſeiner Reden finden wir die Bemerkung: „Der Arme ſagt, der Staatswagen wird mit unſerm Fette geſchmiert," und in einer andern ſtoßen wir auf die Wendung: „um eine Blume der Popularität zu pflücken."

Wieder andre Äußerungen dieſer Art ſind die nachſtehenden. „Der Miniſter müßte [wenn es nach dem Kopfe der fortſchritt-

lichen Politikaſter ginge] den Kreisrichter als konſtitutionellen Hausarzt heranziehen, den er jederzeit zu befragen hätte, wie dieſer oder jener Fall zu beurteilen wäre." (21. April 1868.) — „Über juriſtiſche Zwirnsfäden wird die Regierung nicht ſtolpern in Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu ſorgen; ſie wird dieſe ihre Aufgabe auch nicht auf das Niveau von Gemüſekörben herunterziehen laſſen." (30. Januar 1869.) — „Der ſchlaftrunkene Kämmerling des Königs Duncan ſah den Dolch des Macbeth auch nicht. Die Aufgabe der Regierung eines großen Landes iſt aber, die Augen offen zu haben und wach zu ſein." (An demſelben Tage.) — „Die Koriolane ſind in Deutſchland nicht ſelten, es fehlt ihnen nur an Volskern; wenn ſie Volsker hätten, würden ſie ſich bald demaskiren. Nur den letzten verſöhnenden Abſchluß würden alle Frauen Kaſſels und Deutſchlands dann nicht imſtande ſein, herbeizuführen." (In der gleichen Rede.) — „Wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was ſie treiben." (Ebenfalls am 30. Januar 1869.) — „Es wird vielleicht noch dazu kommen, daß man ſagt: Er lügt wie telegraphirt" (ſtatt: wie gedruckt. In einer Rede vom 13. Februar 1869.) — Am 16. April 1869 bemerkte er ungeduldigen Reichsboten: „Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beſchleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten ſchlagen, ſo werden wir nur ihr Wachstum hindern und ſie verderben.... Ich ſollte denken, die Maſchine des Bundes hätte zwei Jahre recht gut und förderlich gearbeitet, ſo gut, daß es Sie faſt ſchon langweilt. Sie fühlten das Bedürfnis, die Uhr einmal aufzumachen und zu ſehen, ob es dann nicht vielleicht noch beſſer gehe." — Am 22. April desſelben Jahres erklärte er im Reichstage dem Abgeordneten Wiggers

gegenüber, der die mecklenburgiſche Verfaſſungsangelegenheit zur Sprache gebracht hatte und die alte Konſtitution mit dem ritterſchaftlichen Rezeß abgeſchafft und durch die im Jahre 1848 geſchaffene erſetzt wiſſen wollte, als der Vertreter organiſcher, nicht mechaniſcher Politik: „Eine ſeit einem Jahrhundert und länger in die Zuſtände des Landes eingewachſene Verfaſſung ſtreift man nicht ab wie ein abgetragenes Kleidungsſtück; ſie iſt, ſozuſagen, eine Haut geworden, welche mit ärztlicher Vorſicht gelöſt werden muß, wenn Krankheiten verhindert werden ſollen.“ — Bei der gleichen Gelegenheit begann er einen Satz mit dem Bilde: „Die Barrikaden, die eine altertümliche Verfaſſung und langjährige Anſammlung des Schuttes der Aufräumung und dem Durchbruche neuer Straßen entgegenſetzten.“ — Am 24. Februar 1870 erklärte er im Reichstage: „Ich glaube, daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günſtigſten iſt [das Großherzogtum Baden, aus derſelben] auszuſcheiden, gewiſſermaßen den Milchtopf abzuſahnen und das übrige ſauer werden zu laſſen.“ — In derſelben Rede ſagte er: „Ich hatte zuerſt, als ich den Antrag [Laskers] las, das Gefühl, daß den Antragſtellern etwa ſo zu Mute war, wie Shakeſpeare den Heißſporn Percy ſchildert, der, nachdem er ein halb Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt; es paſſirt eben nichts, es muß etwas Leben hineingebracht werden. Gründung ſtaatlicher Gemeinſchaften, großartige Reformen, durchgreifende Geſetzgebungen, das alles erſchöpft den Thatendrang nicht; es muß etwas geſchehen.“ — „Ein Geſandter ſoll,“ ſo bemerkte er in einer Erläuterung vom 30. Januar 1872, „ſeinem Souverän von den Eindrücken, die er erhält, ohne falſche Strahlenbrechung in Kenntnis ſetzen.“ — Im Februar des ſoeben genannten Jahres beklagte er ſich über den unverſtändigen Argwohn der

liberalen Oppoſition, welche meine, „daß man die Regierung wie ein ſchädliches Tier behandeln müſſe, das nicht eng genug angebunden werden könne, das nie Freiheit haben dürfe, ſich zu bewegen, weil es dieſelbe ſofort mißbrauche.“ — Um dieſelbe Zeit urteilte er über den Hauptführer des Zentrums: „Der Herr Abgeordnete Windthorſt beteiligt ſich viel an den Debatten, aber das Öl ſeiner Worte iſt nicht von der Sorte, welche Wunden heilt, ſondern von der, die Flammen nährt.“ — Am 14. Mai 1872 äußerte der Kanzler in Betreff des Kardinals Hohenlohe, den der Papſt Pius nicht als Geſandten annehmen wollte: „Ein Geſandter iſt doch nur das Gefäß, welches erſt durch die Inſtruktionen des Souveräns gefüllt ſeinen vollen Wert bekommt; daß aber das Gefäß ein angenehmes, willkommenes ſei, ein ſolches, welches nach ſeiner Beſchaffenheit, wie man von alten Kryſtallen ſagte, Gift oder Galle nicht in ſich aufnehmen kann, ohne es ſofort anzuzeigen — das iſt allerdings wünſchenswert.“ — Am 10. März 1876 nannte er den Tabak „einen der beſten und weſentlichſten Steuerartikel, von deſſen Schwimmkraft er erwarte, er werde vielleicht auch andre mittragen.“ — Im Mai 1880 erklärte er im Landtage, als von dem Rücktritte Falks und der Ernennung Puttkamers zum Kultusminiſter geſprochen wurde: „Wir haben es mit einer andern Nummer verſucht, aber verlaſſen Sie ſich darauf, der Faden wird fortgeſponnen.“ — Kurz vor oder bald nach dieſer Verſicherung charakteriſirte er das Zentrum im Reichstage als „dieſes Paſſivum, mit dem unſer parlamentariſches Vermögen belaſtet iſt.“ — In einer Rede vom 4. Februar 1881 begegnen wir der Klage, er müſſe bei jeder Reform „durch den tiefen Sand des Parlaments hindurch.“ — Am 16. Februar desſelben Jahres ſagte er im Herrenhauſe, als es ſich um dauernden Steuererlaß handelte,

den die Regierung durch Steuerreform wieder einzubringen hoffte: „Jener Feldmarſchall warf ſeinen Marſchallſtab über die Mauer der feindlichen Stadt, um ſeine Zuverſicht auszudrücken, daß er die Stadt nehmen und ſeinen Stab wieder holen werde.“ — In der Rede, die der Fürſt am 5. März 1878 bei der erſten Beratung der Stellvertretungsvorlage im Reichstage hielt, ſagte er: „Als die Reichsverfaſſung ins Leben trat, ſo fand ſich, daß der Reichskanzler der Theorie nach unter den vielen andern Janusköpfen, die er hatte, auch genau genommen den eines Kriegsminiſters beſaß, auch den eines Marineminiſters, und da habe ich proprio motu den von Ihnen mitunter als herrſchſüchtig beurteilten Reichskanzler in ſeiner Macht vermindert.“ — Am 9. Oktober desſelben Jahres bemerkte er bei der Generaldebatte über die zweite Vorlage des Geſetzentwurfs über die Sozialdemokraten: „Der Fortſchritt iſt, um landwirtſchaftlich zu ſprechen, eine ſehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter; er gedeiht darnach vorzüglich.“

Mehrere der hier zuſammengeſtellten Ausſprüche des Kanzlers haben einen witzigen oder humoriſtiſchen Nebenton. Bei andern tritt derſelbe noch hörbarer und wirkungsvoller hervor: die Metaphern ſind hier treffend, anſchaulich, aber vor allem ergötzlich. Manches hat einen ironiſchen Klang, anderes wird als Sarkasmus bezeichnet werden können, wieder anderes trägt gleich vielem in den privaten Äußerungen Bismarcks das Gepräge echten Humors, der immer naiv iſt, und alles wirkt auf den Leſer als Kundgebung eines hochſinnigen und genialen Geiſtes. Er iſt immer originell in ſeinen Einfällen, zuweilen derb und rauh, aber niemals ordinär, wie häufig die Späße, mit denen ſeine Gegner ihr Publikum regaliren. So draſtiſch auch manche ſeiner Ausdrücke und Vergleiche ſind, er bleibt in allen Fällen der vornehme Mann, der ſich nichts vergiebt und

ſich niemals ſchlechtem Geſchmacke anbequemt, um bei der Menge Beifall zu finden. Im Vereinigten Landtage hatte Bismarck durch eine Rede den Liberalen Anlaß zu der abgeſchmackten Beſchuldigung gegeben, er ſelbſt habe behauptet, daß er dem finſtern Mittelalter zugethan ſei, und daß er ſchon mit der Muttermilch reaktionäre Anſchauungen und Wünſche eingeſogen habe. Mehrmals wurde ihm von den Gegnern mit dieſem Vorwurfe ins Geſicht geſprungen. Als es einmal wieder geſchah, beſaß er Humor genug, um über das armſelige Gerede zu ſcherzen: „Der Abgeordnete Krauſe iſt gegen mich in die Schranken geritten auf einem Pferde vorn finſtres Mittelalter, hinten Muttermilch.“ Man ſtelle ſich den würdigen Herrn Krauſe, Wohlgeboren, Bürgermeiſter von Elbing und Volksbote, auf dieſer fabelhaften Roſinante zum Turnier mit den „Junkern“ ausziehend, vor — fürwahr eine barocke Figur! — Auf eine oratoriſche Leiſtung des Goliath der Fortſchrittsphiliſter, die faſt zwanzig Spalten der ſtenographiſchen Berichte füllte, entgegnete der Reichskanzler: „Es wird mir recht oft das Vergnügen zu teil, eine Probe ſeiner Eloquenz mit anzuhören, und da habe ich noch gerade dasſelbe Gefühl wie bei einer Vorſtellung der Jungfrau von Orleans, wo einen der endloſe Triumphzug im Anfang überraſcht, bis man beim dritten Vorbeimarſche bemerkt: Mein Gott, das ſind ja dieſelben Leute, die nochmals über die Bühne ziehen in demſelben Koſtüm! So ſind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten, mit derſelben Eleganz vorgetragen, ſtets wiederkehren.“ — Ferner iſt hier an die Redewendung zu erinnern, mit welcher der Fürſt einmal im Reichstage erklärte, er werde einer Partei, die an ſich eine geborne Majorität hätte, und die von ihm „nicht verlangte, daß der Tropfen demokratiſchen Öles, den ein bekanntes Wort für die Salbung des deutſchen Kaiſers fordre, gerade ein

Einer werde," mehr Einfluß auf die Regierung einräumen können als den Nationalliberalen. — Endlich gehört in dieſen Zuſammenhang die gegen die Vorfechter des Fortſchritts und in erſter Linie gegen den pathetiſch loyal aufgetretenen Abgeordneten Hänel gerichtete Stelle der großen Reichstagsrede des Kanzlers vom 24. Februar 1882, wo er ſagte: „Es iſt ganz erklärlich, wenn man ſich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König ſo hoch ſteht und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Menſch mehr merkt und kein Menſch mehr ſpürt vor lauter Verehrung. Nicht aus Herrſchſucht ſtellen ſie ihn ſo hoch [bewahre Gott!], nein, aus lauter Verehrung gegen das Königtum, [ſelbſtverſtändlich bei den Fortſchrittsdemokraten] ſodaß er zuletzt, wie früher der geiſtliche Kaiſer in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Feſttage gezeigt wird, von unten, auf einem Gitter gehend, ſodaß man nur ſeine Sohlen ſehen kann."

Auch bei Privatgeſprächen gehen dem Kanzler die Gedanken nicht immer raſch und in wohlgeordneten, glatten Sentenzen über Zunge und Lippen, namentlich wenn es ſich um ernſte Fragen handelt. Dagegen weiß er vortrefflich zu erzählen. Die reiche humoriſtiſche Ader in ſeinem Weſen, ſein ſcharfes Auge für die komiſche Seite der Menſchen und Dinge, ein gewiſſer frivoler Zug, der zuweilen naiv auftritt und dann ſchalkhaft wird, ſeine Begabung zu leiſe ironiſcher, halb ſarkaſtiſcher, halb gutmütiger Auffaſſung von Zuſtänden, Ereigniſſen und Perſönlichkeiten machen ihn zum angenehmſten Kauſeur, der je eine Geſellſchaft inter pocula oder am Kaminfeuer unterhielt, und manche ſeiner brieflichen Äußerungen zu kleinen Juwelen launiger Erzählung und Schilderung.

In folgendem binde ich eine Blumenleſe von Beiſpielen aus dem Bereiche dieſer Eigenſchaften des Fürſten zu einem Strauße zuſammen, der zeigen wird, daß Bismarck als Humoriſt

ſich neben den beſten Zeitgenoſſen von gleicher Anlage und Stimmung recht wohl ſehen laſſen kann. Der Witz mit Wortſpielen allerdings, mit dem unſre jüdiſchen Spaßmacher vorzüglich hantiren und bei der Menge Erfolge erzielen, geht ihm ſo gut wie vollſtändig ab, iſt aber auch nur ein ſehr weitläufiger Verwandter des eigentlichen Humors. Eher könnte man bei der hier beſprochenen Begabung des Kanzlers hin und wieder ſich an den Volkshumor erinnert finden, dem unſre plattdeutſchen Apologe entſtammen. Übrigens ſcheint er jener Gattung des Witzes nicht eben gram zu ſein; denn er nimmt Notiz von den Berliner Blättern, die ſolche Waare vorzugsweiſe produziren, und bezieht ſich in Privatgeſprächen mitunter auf beſonders gelungene Leiſtungen derſelben.

Von kurzen mündlichen Äußerungen komiſchen Charakters, die Bismarck in Privatgeſprächen fallen ließ, führe ich zunächſt die folgenden an. „Sie können es mir," ſo bemerkte er einmal als Referendar, indem er ſein Gutachten über gewiſſe unbillige Expropriationen abgab, „gar nicht in Gelde bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich oder das Grab meiner ſeligen Tante in einen Aalſumpf verwandeln." — Als einſt von der Lage der pommerſchen Kreiſe die Rede war, ſagte er: „Das Fürſtentum Cammin hängt über dem Belgardſchen wie ein paar Hoſen." An einem ſeiner parlamentariſchen Abende erzählte er: „Als ich den Kaiſer Napoleon in dem Stübchen des Weberhauſes bei Donchery beinahe eine Stunde gegenüberſaß, war es mir gerade ſo zu Mute wie als jungem Menſchen auf dem Balle, wenn ich ein Mädchen zum Kotillon engagirt hatte, mit der ich kein Wort zu ſprechen wußte, und die niemand abholen wollte." Seine Überzeugung, daß die preußiſche Diplomatie zu ſtrammer Disziplin und Subordination unter ihrem Chef verpflichtet ſei, drückte er wie oben angeführt mit dem

Diktum aus: „Unſre Geſandten und Botſchafter müſſen auf Kommando einſchwenken wie die Unteroffiziere.“ Als ich mich im März 1873 das erſte mal von ihm auf längere Zeit verabſchiedete, äußerte er im Verlaufe des Geſprächs: „Freilich geht es mit meiner Geſundheit nicht gut. Ich bin voriges Jahr faſt ſechs Monate weg geweſen, und es hat nichts geholfen. Es iſt nicht mehr wie früher — nur noch die Ziska-Trommel — wiſſen Sie, nur noch die Haut und der Schall.“ Während wir im Herbſt 1877 eines Nachmittags nach einem Waldteiche bei Varzin zum Fiſchfange fuhren, ſagte der Fürſt zu Geheimrat Tidemann mit Bezug auf mich, der ich, ihnen den Rücken zukehrend, vor ihm ſaß: „Stecken Sie dem doch den Henkel [am Paletotkragen] hinein; es ſieht aus, als ſollte er draußen daran aufgehenkt werden, und das hat er doch nicht verdient.“ Im April 1878, wo der Kanzler von ſeinem Amte zum Teil deshalb zurücktreten wollte, weil er bei ſeinen Kollegen und bei den Parlamenten keinem Verſtändniſſe und keinem guten Willen in Betreff ſeiner wirtſchaftlichen und ſozialpolitiſchen Reformabſichten begegnete, zeichnete er ſein Verhältnis zu dieſen großen Plänen und ſeine Stimmung jenen Mitarbeitern gegenüber ungefähr in folgender Weiſe: „Es iſt wie mit einem müden Jäger, der, von tagelanger Pirſch ohne Ergebnis abgemattet und verſchmachtend, eben zu Boden ſinken und die Jagd ganz aufgeben will. Da ſignaliſiren ihm die Jägerburſchen ein paar herrliche Sauen, und ſtracks erwacht in ihm von neuem die alte Jagdleidenſchaft, mit friſcher Kraft bricht er auf und begiebt ſich auf's neue ans fröhliche Waidwerk. So iſts jetzt mit mir: müde von Geſchäften, die nicht vorwärts wollen, verdrießlich über unproduktive Kollegen, möchte ich die Sache ganz ſein laſſen und gehen. Aber wenn man mir von Seiten der Fachminiſter mit guten Vorſchlägen käme, würde ich mit neuer Kraft und Energie

an die Arbeit treten. „Am 9. März 1880, als er zu mir von dem Verſuche der Ruſſen ſprach, durch General Obrutſcheff mit den Pariſer Regierungskreiſen gegen uns anzuknüpfen, ſchloß er ſeine Mitteilung mit den Worten: „Aber die Franzoſen wollten nicht, und ſie benachrichtigten uns davon, den Botſchafter und ſonſt — wie eine tugendhafte Frau es ihrem Manne ſagt, wenn jemand ihr unanſtändige Anträge macht.“ Am 20. März desſelben Jahres äußerte er gegen mich von einem Klüngel ſtrebſamer und ehrgeizig auf die Zukunft ſpekulirender Parlamentarier und Exminiſter: „Die haben ſich neulich zu einem Diner zuſammengeſetzt und die Herzogtümer [die Miniſterportefeuilles in spe] unter ſich verteilt wie bei Wallenſteins Gaſtmahl.“ Er zitirte: „Sie teilen dort an der Tafel Fürſtenhüte aus. Des Eggenberg, Slawata, Lichtenſtein, des Sternberg Güter werden ausgeboten. Wenn er hurtig macht, fällt auch für ihn was ab. . . . Der * ſoll den Vorſitz im neuen Miniſterium haben, daß es nach etwas ausſieht; der iſt zu ihrem Kanzler auserſehen.“ — „Hm,“ ſagte ich, „wer hätte das nicht ſchon ſein wollen — ſogar der **, der Wolkenſchieber.“ — „Ja,“ erwiederte er, „und andre mehr, weil das ſo leicht iſt. Das erinnert mich daran, wie der Kurfürſt von Heſſen ſeinen Leibmedikus nach Bernburg ſchickte, um ſich nach dem Geiſteszuſtande des letzten dortigen Herzogs zu erkundigen. Er fand ihn ſchlimmer, als er ſich ihn gedacht. »Er iſt blödſinnig,« referirte er. — »Mein Gott, blödſinnig!« ſagte der Kurfürſt, »da kann er ja nicht regieren.« — »Regieren — ach ja, regieren kann er deswegen doch,« entgegnete der Doktor.“ Er gedachte dann ſeiner Leitung der Geſchäfte und ſprach von den vielen Mühen, Sorgen und Gefahren, die damit verbunden geweſen, ſowie von den Gegnern aller Art, die ihm faſt zu allen Zeiten in den achtzehn Jahren ſeiner miniſteriellen Wirkſamkeit ent-

gegengearbeitet und ſeine Pläne ſowie ſeine Stellung bedroht. „Oft waren es mehrere auf einmal," fuhr er fort, „bisweilen alle vier Seiten, von wo Gefahr und böſer Wille zu fürchten waren." Er lächelte und ſetzte hinzu: „Da fällt mir Gerſtäcker ein, von dem ein Witzblatt ein Bild brachte, wo zu gleicher Zeit eine Rieſenſchlange, ein Löwe, ein Krokodil und ein Bär auf ihn loswollten, und wo er ſagte: »Ei, das giebt einen ſchönen Artikel für die Augsburger Allgemeine!« — Aber im Ernſt, dieſe Geſellſchaft, die weiß alles beſſer, denen genüge ich nicht, die denken, ein Nachfolger würde es viel klüger machen. Aber contenti estote, begnügt euch mit eurem Kommißbrote." — „Immer in der ganzen Reichsgeſchichte," äußerte er am 26. Juli 1881 gegen mich, „iſt die Fortſchrittspartei der advocatus diaboli geweſen — Sie wiſſen, bei der Heiligſprechung in Rom. Glücklicherweiſe waren es aber nur Sprühteufel," ſetzte er lächelnd hinzu. — „Püſtriche," ſagte ich, „wie die vom geraden und krummen Horne am Grabe Fauſts." — Ich könnte aus andern Unterredungen, die ich mit dem Kanzler in jenen Jahren hatte, noch manches der Art mitteilen und darunter Vortreffliches, muß es aber mit anderem bis auf ſpäter bei mir verwahren, wenn es nicht mehr ſchaden kann. Nur das möge hier noch Platz finden, daß der Fürſt einmal die Geſchäftsführung eines verblichenen Sterns der preußiſchen Finanzen und namentlich deſſen Ratloſigkeit und Impotenz treffend mit dem bekannten Verſe charakteriſirte, in welchem ſich auf „Lola Montez" „nie gekonnt es" reimt. — Zu Gortſchakoff ſagte er, als dieſer, wie oben erzählt, 1875 die Franzoſen vor einem Angriffe von Deutſchlands Seite bewahrt haben wollte — eine Erfindung ſeiner maßloſen Eitelkeit und ſeiner Sehnſucht nach dem Lobe der Pariſer Preſſe — und dies in einer Zirkulardepeſche ausſprach, die mit den Worten begann: „Maintenant

la paix est assurée": „Wenn Sie ſo große Luſt haben, von den Franzoſen vergöttert zu werden, ſo haben wir noch Kredit genug in Paris, um imſtande zu ſein, Sie in einem Theater in mythologiſchem Koſtüme mit Flügeln an den Schulterblättern und umſtrahlt von bengaliſchem Feuer erſcheinen zu laſſen. Es war wirklich nicht der Mühe wert, uns als Böſewichte hinzumalen, bloß um ein Rundſchreiben erlaſſen zu können."

Wie in ſeinen Geſprächen, ſo ſprudelt die Quelle von Witz und Humor auch in vielen Briefen Bismarcks überraſchend reichlich. In einem bei Poſchinger (II, 125) zu findenden Briefe an den Miniſter von Manteuffel aus dem Dezember 1854 ſchreibt er: „Den General von Reitzenſtein in Fühlung zu erhalten, iſt nicht ganz leicht, er ſitzt ziemlich ſteif auf ſeinem Generalleutnantspferd und hat Beſorgnis in Betreff der Selbſtſtändigkeit ſeiner Stellung." Am 2. Februar 1855 ſchreibt er dem General von Gerlach: „Ergreifen wir jetzt nicht das Steuer der deutſchen Politik, ſo treibt das Schiff mit dem Wind öſterreichiſcher Einſchüchterung und weſtmächtlicher Strömung in den franzöſiſchen Hafen und wir in der Rolle eines widerhaarigen Schiffsjungen auf ihm." In einem vom 26. April 1856 datirten Schreiben an ſeinen Miniſter, in welchem er dieſem ſeine Anſicht von der politiſchen Lage im allgemeinen und von derjenigen Preußens im beſondern auseinanderſetzt, erfreut uns folgende launige Charakteriſtik der kleinen deutſchen Potentaten in ihrem Verhältnis zum deutſchen Bunde: „Der Rheinbund hatte ſeine Laſten, aber die für einen Fürſten beſonders verdrießliche konſtitutionelle Unbequemlichkeit war wenigſtens nicht darunter, und jeder beglückte ſeine Unterthanen in ſeiner Weiſe, wenn er nur die nötigen Truppen an Frankreich lieferte. Dieſe Dienſtbarkeit hatte ihre ſchätzbaren Fleiſchtöpfe und war für die Fürſten nicht ſo beſchwerlich, daß ſie,

um ſich ihr zu entziehen, Land und Leute hätten aufs Spiel ſetzen und wie jener Kaiſer in Bürgers Gedicht in Hitz und in Kälte, im Kriegsgezelte, bei Schwarzbrot und Wurſt, bei Hunger und Durſt um ihre und Deutſchlands Freiheit hätten werben ſollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundsfürſten eine weſentlich andre Geſinnung nicht belebt, davon habe ich mich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des durchlauchtigſten Bundes, für meine Perſon in den letzteren Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht bloß die Furcht vor dem Verluſte der gewohnten fürſtlichen Exiſtenz, nicht bloß die Leidenſcheu, auch die saeva habendi cupido mancher ziemlich kleinen Herren wird am Tage der Prüfung den Bund zu Falle bringen.“ —

In demſelben Berichte an ſeinen Chef heißt es, nachdem der Referent ſein Mißtrauen gegen die Erfolge öſterreichiſcher Bundesgenoſſenſchaft ausgeſprochen und darauf hingewieſen hat, daß die welſchen Praktiken in Wien in den letzten Jahren nicht aus der Übung gekommen ſind: „Vielleicht würde man uns Garantien durch einen Perſonalwechſel geben wollen.... Aber die traditionelle Politik Öſterreichs und ſeine Eiferſucht gegen uns würde damit nicht beſeitigt ſein, und ich könnte dem alten Fuchſe im neuen Pelze ebenſowenig trauen wie bisher im räudigen Sommerhaar.“ — Im gleichen Zuſammenhange finden wir die Stelle: „Es [das Wiener Kabinet] wird den Don Juan bei allen Kabinetten ſpielen, wenn es einen ſo ſtämmigen Leporello wie Preußen mißbrauchen kann, und getreu dieſer Rolle wird es ſtets bereit ſein, ſich auf unſre Koſten aus der Klemme zu ziehen und uns darin zu laſſen.“

Anfang Juli 1859 ſchrieb er aus Petersburg an einen preußiſchen Diplomaten über den damals nicht unwahrſcheinlich gewordenen Krieg Preußens mit den Franzoſen u. a.: „Wenn es uns ſchlecht geht, ſo werden die Bundesſtaaten von uns

abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, deſſen Reſidenz franzöſiſche Einquartierung bekommt, wird ſich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten. Vielleicht gelingt es, eine gemeinſchaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu kombiniren; wir ſind nur ſchon zu koſtſpielig gerüſtet, um ebenſo geduldig wie England und Rußland des Erfolges warten zu können, und unſre Vermittelung wird ſchwerlich die Zirkelquadratur einer für Frankreich und Öſterreich annehmbaren Friedensbaſis zu Tage fördern." — Vor etlichen Jahren ſahen ſich die Bauern von Schönhauſen genötigt, auf Anlegung eines neuen Friedhofes Bedacht zu nehmen, und wählten dazu einen Platz, der dort die hohe Wurth heißt. Man ſchrieb an den Fürſten, ob er dort ein Erbbegräbnis haben wolle. Er antwortete freundlich mit ſchönem Dank für die Berückſichtigung, die Stelle hätte ohne Zweifel ihre Vorzüge, ſie wäre ihm aber zu windig.

Überaus reich an drolligen Erzählungen und Schilderungen, komiſchen Vergleichen und witzigen Redewendungen iſt die Korreſpondenz, die Bismarck früher mit den Damen ſeiner Familie geführt, und die Heſekiel in ſeinem „Buche vom Grafen Bismarck" zum Teil abgedruckt hat. Ein Beiſpiel iſt die Geſchichte von der Scheinjagd in den Büſchen bei Schönhauſen, von welcher unſer Humoriſt ſeiner Schweſter nachſtehendes allerliebſte Bild entwirft:

„Wir gehen bei ſtarkem Regen oder jetzt ſechs Grad Froſt, mit Ihle, Bellin und Karl hinaus, umſtellen mit aller jägermäßigen Vorſicht, lautlos, unter ſorgfältiger Beobachtung des Windes einen Kiefernbuſch, von dem wir alle und vielleicht auch der Vater unumſtößlich überzeugt ſind, daß außer einigen Holz ſuchenden Weibern kein lebendes Geſchöpf darin iſt. Darauf gehen Ihle, Karl und zwei Hunde unter Ausſtoßung der ſelt-

ſamſten und ſchrecklichſten Töne, beſonders von ſeiten Ihles, durch den Buſch. Der Vater ſteht regungslos und ſchweigſam, mit ſchußfertigem Gewehr, genau, als ob er wirklich ein Tier erwartete, bis Ihle dicht vor ihm ſchreit: „Hu, la, la, he, ha, faß, häh, häh!“ in den ſonderbarſten Kehllauten. Dann fragt mich der Vater ganz unbefangen, ob ich nichts geſehen habe, und ich ſage mit einem möglichſt natürlich gegebenen Anfluge von Verwunderung im Tone: »Nein, nicht das Mindeſte.« Dann gehen wir, auf das Wetter ſchimpfend, zu einem andern Buſche, deſſen Ergiebigkeit an Wild Ihle mit einer recht natürlich geſpielten Zuverſicht zu rühmen pflegt, und ſpielen dal segno. So geht es drei bis vier Stunden lang fort, ohne daß in Vater, Ihle und Fingal die Paſſion einen Augenblick zu erkalten ſcheint.“

Ein wahres Kabinetſtück iſt ferner die ironiſche Schilderung ſeines Bade- und Wirtshauslebens auf der Inſel Norderney, der wir gleichfalls in einer Epiſtel an ſeine Schweſter begegnen. Es heißt da u. a.:

„Seit vierzehn Tagen hatte ich mir vorgenommen, Dir zu ſchreiben, ohne bisher in dem Drange der Geſchäfte und Vergnügungen dazu gelangen zu können. Wenn Du neugierig biſt, welches dieſe Geſchäfte ſein möchten, ſo bin ich wirklich bei der Beſchränktheit meiner Zeit und dieſes Papiers außer ſtande, Dir ein vollſtändiges Bild zu entwerfen, da ihre Reihenfolge und Beſchaffenheit, je nach dem Wechſel von Ebbe und Flut, täglich die mannichfaltigſten Abänderungen erleidet. Man badet nämlich nur zur Zeit des höchſten Waſſers, weil dann der ſtärkſte Wellenſchlag iſt, einer Zeit, die zwiſchen ſechs Uhr morgens und ſechs Uhr abends täglich um eine Stunde ſpäter eintritt und in angenehmer Abwechslung die Vorzüge eines windkalten, regnichten Sommermorgens bald in Gottes herrlicher Natur unter

den erhabenen Eindrücken von Sand und Seewaſſer genießen läßt, bald in meines Wirtes Mouſſe Omne Fimmen fünf Fuß langem Bett unter den behaglichen Empfindungen, welche das Liegen auf einer Seegrasmatratze in mir zu erwecken pflegt. Ebenſo wechſelt die Table d'hôte ihrer Zeit nach zwiſchen ein und fünf Uhr, ihren Beſtandteilen nach zwiſchen Schellfiſchen, Bohnen und Hammel an den ungeraden und Seezungen, Erbſen und Kalb an den geraden Tagen des Monats, woran ſich im erſten Falle ſüßer Gries mit Fruchtſauce, im zweiten Pudding mit Roſinen anſchließt. Damit das Auge den Gaumen nicht beneidet, ſitzt neben mir eine Dame aus Dänemark, deren Anblick mich mit Wehmut und Heimweh erfüllt; denn ſie erinnert mich an Pfeffer in Kniephof, wenn er ſehr mager war. Sie muß ein herrliches Gemüt haben, aber das Schickſal war ungerecht gegen ſie; auch iſt ihre Stimme ſanft, und ſie bietet mir zweimal von jeder Schüſſel an, die vor ihr ſteht. Mir gegenüber ſitzt der alte Miniſter **, eine jener Geſtalten, die uns im Traum erſcheinen, wenn wir ſchlafend übel werden, ein dicker Froſch ohne Beine, der vor jedem Biſſen den Mund wie einen Nachtſack bis an die Schultern aufreißt, ſodaß ich mich ſchwindelnd am Rande des Tiſches feſthalte. Mein andrer Nachbar iſt ein ruſſiſcher Offizier, gebaut wie ein Stiefelknecht, langer, ſchlanker Leib und kurze, krumme Beine."

In einem dritten Briefe ſeiner jüngeren Jahre, der an dieſelbe Adreſſe gerichtet iſt wie die beiden vorigen, ſchreibt unſer Humoriſt nach allerhand landwirtſchaftlichen Klagen: „Dazu pfeift Johann draußen ebenſo konſequent als falſch einen ganz infamen Schottiſchen, und ich habe nicht die Grauſamkeit, es ihm zu unterſagen, da er ohne Zweifel ſeinen heftigen Liebeskummer durch Muſik zu beſchwichtigen ſucht. Das Ideal ſeiner Träume hat vor kurzem auf Zureden der Eltern einen Stell-

macher geheiratet. Ganz mein Fall, bis auf den Stellmacher, der noch im Schoße der Zukunft raſpelt.“

Dergleichen wäre aus der erwähnten Korreſpondenz noch verſchiedenes anzuführen. Ich muß mich indes darauf beſchränken, noch auf einige kurze Stellen mit mehr oder minder humoriſtiſcher Färbung und beſonders ergötzlichen Einfällen hinzuweiſen, auf die wir in jenen Briefen ſowie in einigen ſpäteren ſtoßen. Einmal berichtet er ſeiner Schweſter: „Ich habe geſtern in Plathe tanzen ſehen und viel Montebello getrunken; erſteres giebt mir Magenſäure, das andre Ziehen in der Wade.“ Ein andermal klagt er ihr ſeine Not in Betreff einer Reiſe, die er mit Familie in ein Seebad machen ſoll, in den folgenden Zeilen: „Johanna [ſeine Gemahlin], welche augenblicklich in den Armen des Leutnants Morpheus ruht, wird Dir geſchrieben haben, was mir bevorſteht. Der Junge in Dur brüllend, das Mädchen in Moll, zwei ſingende Kindermädchen, zwiſchen naſſen Windeln und Milchflaſchen, ich als liebender Familienvater. Ich habe mich lange geſträubt, aber da alle Mütter und Tanten darüber einig waren, daß nur Seewaſſer und Luft dem armen Mariechen helfen könnten, ſo würde ich, wenn ich mich weigerte, bei jedem Schnupfen, welcher das Kind bis in ſein ſiebzigſtes Jahr befällt, meinen Geiz und meine väterliche Barbarei anklagen hören mit einem »ſiehſt Du wohl, wenn das arme Kind die See hätte gebrauchen können!«“ Über dieſe Reiſe äußert er einige Tage ſpäter, ſie werde ihm eine Anwartſchaft auf das neue Irrenhaus oder wenigſtens auf einen Platz in der zweiten Kammer für zeitlebens geben,“ und fügt hinzu: „Wenn man dafür noch Diäten bekäme; aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen verreiſen — ich bin ſehr unglücklich.“

Von einer Stromtour zwiſchen Gran und Peſt berichtet er im

Sommer 1852 ſeiner Frau: „Denke Dir Odenwald und Taunus nahe an einander gerückt und den Zwiſchenraum mit Donauwaſſer ausgefüllt. Die Schattenſeite der Fahrt war die Sonnenſeite, es brannte nämlich, als ob Tokayer auf dem Schiffe wachſen ſollte, und die Menge der Reiſenden war groß; aber denke Dir, nicht ein Engländer; die müſſen Ungarn noch nicht entdeckt haben.“ — Aus der Königsburg in Ofen ruft er derſelben Dame des Abends brieflich zu: „Mögen Engel bei Dir wachen; bei mir thuts ein bärenmütziger Grenadier, von deſſen Bajonnet ich ſechs Zoll auf zwei Armeslängen von mir über den Fenſterrand ragen und einen Fuß wiederſpiegeln ſehe. Er ſteht über der Terraſſe an der Donau und denkt vielleicht an ſeine Nanny.“ — In einer Frankfurter Epiſtel aus dem Herbſt 1856, die an ſeine Schweſter gerichtet iſt, meldet er derſelben: „Ich habe eine Aufforderung, im Herrenhauſe zu erſcheinen, bekommen, nach deren Inhalt ich zweifelhaft bin, ob Se. Majeſtät mich in Perſon oder nur ſeine unterthänigſten Herren und Diener en bloc dort zu ſehen wünſchen. Im letzteren Falle würde ich mich nicht für berufen erachten, meine wichtigen Geſchäfte und den Kamin im roten Kabinet verwaiſen zu laſſen, um bei Halle im Schnee ſitzen zu bleiben und demnächſt unter der Rubrik »Volk, Edelleute, Häſcher und Prieſter« den Effekt des großen Enſemble im Weißen Saale mit einer Koſtümnüance zu beleben.“ — In Amſterdam ſehen ihm die Schornſteine aus, „als ob ein Mann auf dem Kopfe ſtünde und die Beine weit auseinanderſpreizte,“ und in demſelben Briefe, welcher dieſen barocken Vergleich enthält, iſt ihm Holland „eine immer gleich grüne und gleich flache Wieſe, auf der viele Büſche ſtehen, viel Vieh weidet und einige aus alten Bilderbüchern ausgeſchnittene Städte liegen.“ — Aus Pſkow ſchreibt er im März 1859 an ſeine Gemahlin: „Rußland hat ſich unter unſern Rädern gedehnt, die Werſte bekamen

Junge.“ (Der im letzten Satze gebrauchte komiſche Ausdruck wird vom Kanzler auch ſonſt angewandt, z. B. von Zeitungsartikeln, die ihm gefallen, und die er auszugsweiſe vervielfältigt und andern Blättern beigebracht zu ſehen wünſcht.) — „Grün,“ ſo bemerkt er in einem Briefe etwas jüngeren Datums, der in Moskau geſchrieben iſt, „iſt mit vollem Rechte die ruſſiſche Leibfarbe. Von den hundert Meilen hierher habe ich etwa vierzig verſchlafen, aber die andern ſechzig waren in jeder Handbreite grün in allen Schattirungen. . . . Buſchartige Wälder mit Birken decken Sumpf und Hügel, ſchöner Graswuchs unter ihnen, lange Wieſen dazwiſchen, ſo geht es zehn, zwanzig, vierzig Meilen fort.... Moskau ſieht von oben wie ein Saatfeld aus, das Blech der Dächer grün, die Kuppeln grün, die Soldaten grün, und ich zweifle nicht, daß die vor mir ſtehenden Eier von grünen Hühnern gelegt ſind.“ — Im Mai 1864 wollten Graf Arnim-Boitzenburg und Genoſſen eine Adreſſe an den König richten, in welcher die Hoffnung ausgeſprochen wurde, Preußen werde für den Tod ſo vieler braven Soldaten [bei Düppel] einen entſprechenden Lohn erhalten. Die Zweckmäßigkeit dieſer Adreſſe wurde in Zweifel gezogen, und dagegen machte Bismarck in einem Briefe geltend, daß dieſelbe mit nützlichem Druck in die diplomatiſche Situation eingreifen werde. „Die augenblickliche Lage,“ ſchrieb er, „iſt ſo geartet, daß es mir zweckdienlich erſcheint, gegen das Dänentum auf der [Londoner] Konferenz alle Hunde loszulaſſen, welche bellen wollen; das geſamte Geläut der Meute wirkt dahin zuſammen, daß die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erſcheint, und daß letztere genötigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußiſche Regierung ihnen nicht bringen kann.“ — In einem Schreiben aus Wien, das vom 22. Juli 1864 datirt iſt, ſcherzt er:

„Heute zwei Stunden im Volksgarten eingeregnet und Musik gehört, von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Biere suchte."

Oft wahrhaft erquickend, wenn auch für die betreffenden Persönlichkeiten meist nichts weniger als schmeichelhaft, sind die humoristisch-satirischen Zeichnungen die Bismarckscher Widerwille gegen allen Schein und Schwindel, alle Eitelkeit, alles falsche Pathos und alle wichtigthuende Impotenz im Vereine mit Bismarckscher guter Laune in Privatbriefen, bisweilen auch in amtlichen Berichten und häufiger in Tischgesprächen vom Charakter und Treiben einzelner seiner Kollegen in der Diplomatie und ganzer Gruppen solcher Scheingrößen, von Hofleuten, Generalen, Abgeordneten, Gelehrten und dergleichen geliefert hat. Besonders übel fahren bei derartigen Federzeichnungen und mündlich entworfenen Skizzen die Herren, die ehedem am deutschen Bundestage als Gesandte fungirten und in ihrer Art, d. h. in nichtiger Wichtigkeit, etwa wie faules Holz mit seinem Lichte glänzten. Ich erinnere an die im vierten Kapitel des ersten Bandes mitgeteilte Briefstelle vom Mai 1851, die mit den Worten beginnt: „Frankfurt ist gräßlich langweilig," und mit dem Satze schließt: „Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie steckt."

In einem Schreiben an den Minister von Manteuffel, das vom 12. März datirt und in der Poschingerschen Sammlung abgedruckt ist, treffen wir die Stelle an: „Bis auf einige untergeordnete, mit dem Festungsbau, der Presse und dem Bundeskassenwesen zusammenhängende Intriguen leben wir hier seit dem 21. p. c. eine ziemlich unpolitische Idylle, die ich als einen Zustand der Ruhe bezeichnen würde, wenn der maßlose Ge-

ſelligkeitstrieb des Völkchens der Bundesphäaken ein dementſprechendes Gefühl aufkommen ließe."

Im Herbſt 1858 wurde in Berlin der Fürſt von Hohenzollern an die Spitze der Geſchäfte geſtellt, und es verlautete, das neue liberale Miniſterium werde Bismarck von Frankfurt abberufen und auf einen andern Poſten verſetzen. In dieſer Zeit ſchrieb er an ſeine Schweſter: „Will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponiren, ſo werde ich mich unter die Kanonen von Schönhauſen zurückziehen und zuſehen, wie man in Preußen, auf linke Majoritäten geſtützt, regiert, mich auch im Herrenhauſe beſtreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechslung iſt die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derſelben Gefechtsdispoſition befinde wie 1848 und 1849. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr miteinander verträglich finde, ſo wird mich das Vergnügen oder die Laſt, ein hohes Gehalt mit Anſtand zu depenſiren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfniſſen, und wenn mir Gott Frau und Kinder geſund erhält wie bisher, ſo ſage ich: vogue la galère, in welchem Fahrwaſſer es auch ſein mag. Nach dreißig Jahren wird es mir wohl gleichgiltig ſein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker ſpiele, und bisher hat die Ausſicht auf friſchen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Feſſel genirt zu ſein, gewiſſermaßen in politiſchen Schwimmhoſen, faſt ebenſo viel Reiz für mich gehabt, als die Ausſicht auf ein fortgeſetztes Regime von Trüffeln, Depeſchen und Großkreuzen. Nach neune iſt alles vorbei, ſagt der Schauſpieler.... Eine beſondre Freude habe ich einſtweilen am Bunde. Alle dieſe Herren, die noch vor ſechs Monaten meine Abberufung als Erfordernis der deutſchen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken,

mich hier zu verlieren. Schleinitz wirkt als Schreckbild 1848er Reminiſcenz, und ſie ſind wie ein Taubenſchlag, der den Marder merkt, ſo verängſtigt vor Demokratie, Barrikaden und Schleinitz. . . . Rechberg ſinkt mir gerührt in die Arme und ſagt mit krampfhaftem Händedruck: »Wir werden wieder auf ein Feld gedrängt werden.« Der Franzoſe natürlich, aber auch der Engländer, ſieht uns für Brandſtifter an, und der Ruſſe fürchtet, daß der Kaiſer an unſerm Beiſpiel in ſeinen Reformplänen irre werden würde. Ich ſage allen natürlich: »Nur ruhig Blut, die Sache wird ſich ſchon machen,« und habe die Genugthuung, daß ſie antworten: »Wenn Sie hier bleiben, da hätten wir eine Garantie, aber Uſedom!« Wenn dem nicht die Ohren in dieſen Tagen frankfurtiſch klingen, ſo hat er kein Trommelfell. Er iſt hier in acht Tagen aus einem achtbaren Liberal-Konſervativen in der Einbildung ſeiner eventuellen Kollegen zu einem brandrot getigerten Helfershelfer von Kinkel und d'Eſter degradirt. Der Bamberger Diplomat ſpricht von einer kontinentalen Aſſekuranz gegen preußiſche Brandſtiftung, Dreikaiſerbündnis gegen uns und ein neues Olmütz mit „thatſächlichen Operationen.“ Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politiſchen Welt zu werden. Meine Kinder rufen: »Pietſch kommt!« in der Freude, daß ich einen Schönhauſener Diener dieſes Namens habe, und es ſcheint, daß die Ankunft dieſes Pietſch und des Kometen in der That nicht ohne Vorbedeutung war. Lebe herzlich wohl, mein ſehr Geliebtes, und grüße Oskar [von Arnim, ihr Gemahl, iſt gemeint], er ſoll nur die Ohren nicht hängen laſſen, es iſt doch alles Kaff.“

In Ferrières unterhielten wir uns eines Abends im September 1870 über die Behandlung der ſchleswig-holſteiniſchen Frage im Bundestage der fünfziger Jahre. Graf Bismarck-Bohlen, der ſich im Verlaufe des Geſpräches zu uns geſellte,

machte die Bemerkung, das müſſe doch zum Einſchlafen geweſen ſein. „Ja,“ verſetzte der Kanzler, „in Frankfurt ſchliefen ſie mit offenen Augen. Überhaupt eine ſchläfrige, fade Geſellſchaft, die erſt genießbar wurde, wie ich als der Pfeffer hinzukam.“ . . . Ich fragte nach der „berühmten“ Cigarrengeſchichte. — „Welche meinen Sie?“ — „Die, wo Excellenz, als Rechberg Ihnen was vorrauchte, ſich auch eine anſteckten.“ — „Thun wollten Sie ſagen. Ja, das war einfach. Ich kam zu ihm, als er arbeitete und dazu rauchte. Er bat mich, einen Augenblick zu verziehen. Ich wartete eine Weile; als es mir aber zu lange wurde, und er mir keine Cigarre anbot, nahm ich mir eine und erſuchte ihn um Feuer, das er mir mit etwas verwundertem Geſichte auch gab. Aber es iſt noch eine andre Geſchichte der Art zu erzählen. Bei den Sitzungen der Militärkommiſſion hatte, als Rochow Preußen beim Bundestage vertrat, Öſterreich allein geraucht. Rochow hätte es als leidenſchaftlicher Raucher gewiß auch gern gethan, getraute ſich's aber nicht. Als ich nun hinzukam und nicht einſah, warum nicht, ließ ich mir von der Präſidialmacht Feuer geben, was von ihr und den andern Herren mit Erſtaunen und Mißvergnügen bemerkt zu werden ſchien. Es war offenbar für ſie ein Ereignis. Für diesmal rauchten nun bloß Öſterreich und Preußen. Aber die andern Herren hielten das augenſcheinlich für ſo wichtig, daß ſie darüber nach Hauſe berichteten. Auch nach Berlin muß man's geſchrieben haben; denn es erfolgte eine Anfrage vom Hochſeligen, der ſelber nicht rauchte und die Sache vermutlich nicht nach ſeinem Geſchmacke fand. Die Sache erforderte an den kleineren Höfen reifliche Überlegung, und es dauerte wohl ein halbes Jahr, daß nur die beiden Großmächte rauchten. Darauf begann auch Schrenkh, der bairiſche Geſandte, die Würde ſeiner Stellung durch Rauchen zu wahren. Der Sachſe Noſtitz hatte ohne Zweifel auch große

Luſt dazu, aber wohl noch keine Erlaubnis von ſeinem Miniſter. Als er aber das nächſte mal ſah, daß der Hannoveraner Bothmer ſich eine genehmigte, muß er, der eifrig öſterreichiſch war — er hatte dort Söhne in der Armee —, ſich mit Rechberg verſtändigt haben; denn er zog jetzt ebenfalls vom Leder und dampfte. Nun waren noch der Würtemberger [von Reinhard] und der Darmſtädter [von Münch-Bellinghauſen] übrig, und die rauchten überhaupt nicht. Aber die Ehre und die Bedeutung ihrer Staaten erforderten es gebieteriſch, und ſo langte richtig das folgende mal der Würtemberger eine Cigarre heraus — ich ſehe ihn noch damit, es war ein langes, dünnes, hellgelbes Ding, Kouleur Roggenſtroh — und rauchte ſie mit mürriſcher Entſchloſſenheit als Brandopfer für das ſchwäbiſche Vaterland wenigſtens halb. Nur Heſſen-Darmſtadt enthielt ſich.

In Verſailles berichtete Graf Hatzfeldt eines Abends beim Thee über eine nicht ſehr unterhaltend geweſene Soiree beim Könige, der er beigewohnt hatte: „Der ruſſiſche Staatsrat Grimm erzählte allerhand wenig intereſſante Sachen von Louis Quatorze und Louis Quinze, und der Großherzog richtete an einen Fragen, auf die man nicht recht zu antworten wußte.“ — „Bei Beantwortung ſolcher Fragen war Radowitz ſtark,“ ſagte der Kanzler. „Der gab dreiſt über alles mögliche Auskunft, und damit erzielte er den größten Teil ſeiner Erfolge bei Hofe. Der ſagte dem hochſeligen Herrn aus dem Stegreif und mit voller Beſtimmtheit, wieviel Truppen und Pferde die Öſterreicher in Nordböhmen gegen uns ſtehen hatten, bis auf den Kopf, und der wußte genau anzugeben, was die Maintenon oder die Pompadour vor hundert oder anderthalbhundert Jahren an dem oder jenem Tage getragen hatte. Sie hatte das und das um den Hals, ſie trug einen Kopfputz von Kolibris oder Weintrauben, ſie hatte ein perlgraues oder pa-

pagaigrünes Kleid an mit den oder jenen Falbeln und Spitzen — ganz genau, als ob er dabei geweſen wäre. Die Damen waren ganz Ohr und ganz charmirt über dieſe Toilettevorleſung, die ihm ſo fließend abging.“ *)

Die Unterhaltung kam hiervon auf Alexander von Humboldt, der nach dem, was über ihn geäußert wurde, auch Hofmann und zwar ſehr, aber nicht von der amüſanten Sorte geweſen wäre. „Bei unſerm Hochſeligen,“ ſo erzählte der Kanzler, „war ich das einzige Schlachtopfer, wenn Humboldt des Abends die Geſellſchaft in ſeiner Weiſe unterhielt. Er las da gewöhnlich vor, oft ſtundenlang — eine Lebensbeſchreibung von einem franzöſiſchen Gelehrten oder Baumeiſter, die keinen Menſchen als ihn intereſſirte. Dabei ſtand er und hielt das Blatt dicht vor die Lampe. Mitunter ließ er's fallen, um ſich mit einer gelehrten Bemerkung darüber zu verbreiten. Niemand hörte ihm zu, aber er hatte doch das Wort. Die Königin nähte an einer Tapiſſerie und hörte ſchwerlich was von ſeinem Vortrage. Der König beſah ſich Bilder — Kupferſtiche und Holzſchnitte — und blätterte geräuſchvoll darin. Die jungen Leute ſeitwärts und im Hintergrunde unterhielten ſich ganz ungenirt, kicherten und übertäubten damit förmlich ſeine Vorleſung. Die aber murmelte, ohne abzureißen, fort wie ein Bach. Gerlach ſaß auf ſeinem kleinen runden Stuhle, über deſſen Rand er auf allen Seiten herabhing, und ſchlief, daß er ſchnarchte, ſodaß ihn der König einmal weckte und zu ihm ſagte: »Gerlach, ſo ſchnarchen Sie doch nicht.« Ich war ſein einziger geduldiger

*) Später, im Mai 1883, nannte der Kanzler ihn in einer Unterredung mit mir, nachdem er auf die Art und Weiſe hingewieſen, mit der Radowitz den mittelalterlichen Liebhabereien und Wiedererweckungswünſchen Friedrich Wilhelms des Vierten entgegenzukommen pflegte, den „Garderobier ſeiner [des Königs] Phantaſie.“

Zuhörer, das heißt, ich ſchwieg, that als ob ich ſeinem Vortrage lauſchte, und hatte dabei meine eignen Gedanken, bis es endlich kalte Küche und weißen Wein gab. — Es war dem alten Herrn ſehr verdrießlich, wenn er nicht das Wort führen durfte. Ich erinnere mich, einmal war einer da, der die Rede an ſich riß, und zwar auf ganz natürliche Weiſe, indem er Dinge, die alle intereſſirten, hübſch zu erzählen wußte. Humboldt war außer ſich. Mürriſch füllte er ſich den Teller mit einem Haufen — ſo hoch — [der Kanzler zeigte es mit der Hand] von Gänſeleberpaſtete, fettem Aal, Hummerſchwanz und andern Unverdaulichkeiten — ein wahrer Berg! — es war erſtaunlich, was der alte Mann eſſen konnte. Als er nicht mehr konnte, ließ es ihm keine Ruhe mehr, und er machte einen Verſuch, ſich das Wort zu erobern. »Auf dem Gipfel des Popokatepetel,« fing er an. Aber es war nichts, der Erzähler ließ ſich von ſeinem Thema nicht abwendig machen und fuhr gelaſſen mit dem zweiten Kapitel der Geſchichte, die er zum beſten gab, fort. — Humboldt ſah ſich mißmutig nach ihm um, huſtete kurz und trocken und ſetzte noch einmal an: »Auf dem Gipfel des Popokatepetel, ſiebentauſend Toiſen über« — wieder drang er nicht durch, der Erzähler ſprach ruhig weiter. »Auf dem Gipfel des Popokatepetel, ſiebentauſend Toiſen über — dem Niveau des Stillen Ozeans« — er ſtieß es mit lauter, erregter Stimme hervor, halb wehmütig, halb zornig, die erſten Worte feierlich, die letzten haſtig, jedoch gelang es ihm auch damit nicht, der Erzähler redete weiter wie vorher, und die Geſellſchaft hörte nur auf ihn. — Das war unerhört. Wütend ſetzte Humboldt ſich nieder und verſank in Betrachtungen über die Undankbarkeit der Menſchen bei Hofe. — Die Liberalen haben viel aus ihm gemacht, ihn zu ihren Leuten gezählt. Aber er war ein Menſch, dem Fürſtengunſt unentbehrlich war, und

der ſich nur wohl fühlte, wenn ihn die Sonne des Hofes beſchien. Das hinderte nicht, daß er hernach mit Varnhagen über den Hof räſonnirte und allerlei ſchlechte Geſchichten von ihm erzählte. . . . Er wußte übrigens auch manches hübſche zu berichten, wenn man mit ihm allein war — aus der Zeit Friedrich Wilhelms des Dritten und beſonders aus ſeinem erſten Aufenthalt in Paris, und da er mir gut war, weil ich ihm immer aufmerkſam zuhörte, ſo erfuhr ich viele ſchöne Anekdoten von ihm. — Mit dem alten Metternich war's ebenſo. Ich verlebte einmal ein paar Tage auf dem Johannisberge mit ihm. Da ſagte mir ſpäter Thun: »Ich weiß nicht, was haben Sie nur dem alten Fürſten angethan, der hat ja in Sie wie in einen goldnen Kelch hineingeſehen und meinte, wenn Sie mit dem nicht zurecht kommen, ſo weiß ich wirklich nicht.« — »Ja,« ſagte ich, »das will ich Ihnen erklären: ich habe ſeine Geſchichten ruhig angehört und nur manchmal an die Glocke geſtoßen, daß ſie weiter klang.« Das gefällt ſolchen redſeligen Leuten."

Ebenfalls in Verſailles und ebenfalls in hochkomiſcher Weiſe erzählte uns der Kanzler von ſeiner Begegnung mit Heinrich von Gagern, einem andern großen Lichte der Liberalen in vergangenen Tagen. „Ich entſinne mich," begann er, „1850 oder 1851, da hatte Manteuffel Befehl bekommen, eine Verſtändigung zwiſchen den Gagernſchen und den Konſervativen von der preußiſchen Partei zu verſuchen — wenigſtens ſo weit, als der König in der deutſchen Sache gehen wollte. Er nahm mich und Gagern dazu, und ſo wurden wir eines Tages zu einem souper à trois zu ihm eingeladen. Zuerſt wurde wenig oder nicht von Politik geſprochen. Dann aber ergriff Manteuffel einen Vorwand, uns allein zu laſſen. Als er hinaus war, ſprach ich ſogleich von Politik und ſetzte Gagern meinen Standpunkt auseinander, und zwar in ganz nüchterner, ſachlicher Weiſe.

Da hätten Sie aber den Gagern hören ſollen. Er machte ſein Jupitersgeſicht, hob die Augenbrauen, ſträubte die Haare, rollte die Augen und ſchlug ſie gen Himmel, daß es knackte, und ſprach zu mir in ſeinen großen Phraſen, wie wenn ich eine Volksverſammlung wäre. Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiederte kühl, und wir blieben uns einander fremd wie bisher. Als Manteuffel dann wieder hereingekommen war, und der Jupiter ſich entfernt hatte, fragte mich jener: »Nun, was haben Sie zu ſtande gebracht miteinander?« — »Ach«, ſagte ich, »nichts iſt zu Stande gekommen. Das iſt ja ein dummer Kerl. Hält mich für eine Volksverſammlung — die reine Phraſengießkanne. Mit dem iſt nicht zu reden.«"

Von ſeiner Unterredung mit Favre in Haute Maiſon erzählte der Kanzler: „Als ich eine Anſpielung auf die Abtretung von Straßburg und Metz fallen ließ, machte er ein Geſicht, als ob das nur ein Scherz hätte ſein ſollen. Ich hätte ihm darauf mit einer kleinen Geſchichte antworten können, die mir in Berlin paſſirt war, vor Jahren, bei dem großen Kürſchner und Pelzhändler — wie heißt er gleich? — Nun, ich mußte einmal einen neuen Pelz haben, aber der Preis für den, der mir gefiel, kam mir zu hoch vor, und ich ſagte: »Sie ſcherzen wohl, lieber Herr?« — »Nein,« antwortete er, »in de Geſchäfte niemals nich.«"

Einige Zeit ſpäter ſagte der Miniſter, als Favre ihm in einem Zwiegeſpräche wiederholentlich angedeutet hatte, daß Frankreich das Land der Freiheit ſei, und daß die Franzoſen ſich allezeit der liberalſten Einrichtungen erfreut hätten, während in Deutſchland der Despotismus herrſchte: „Es iſt wirklich ſehr komiſch, einem Franzoſen ſo ſprechen zu hören, und beſonders Favre, der immer zur Oppoſition gehört hat. Aber ſo ſind ſie alle. Man kann einem Franzoſen fünfundzwanzig aufzählen;

wenn man ihm dabei eine ſchöne Rede von der Freiheit und Menſchenwürde hält, die ſich darin ausdrücke, und die entſprechende Attitüde dazu macht, ſo bildet er ſich ein, er wird nicht geprügelt."

Im Februar 1871, als Paris wieder offen war, erzählte uns der Kanzler eines Abends, daß er am Nachmittag auf dem Wege von Verſailles nach St. Cloud vielen Leuten mit Hausrat und Betten begegnet ſei; wahrſcheinlich ſeien es Bewohner der Dörfer in unſrer Nachbarſchaft geweſen, die aber nicht aus der Stadt gekommen ſein könnten. „Die Frauen ſahen ganz freundlich aus," fügte er hinzu, „die Männer aber nahmen ſofort, nachdem ſie der preußiſchen Uniformen anſichtig geworden, eine finſtere Miene und eine heroiſche Haltung an. Das erinnert mich, bei der früheren neapolitaniſchen Armee, da gab es ein Kommandowort — wenn bei uns kommandirt wird: »Gewehr zur Attacke rechts!« ſo heißt es da: »Faccia feroce!« das heißt: Macht ein grimmiges Geſicht." — Wie wenig ſolche Poſſen und Mienen zu bedeuten hatten, erfuhr Bismarck bald nachher bei einem Vorfalle, dem es auch nicht an Komik fehlte. Es war, als unſre Truppen in Paris eingezogen und einen Teil der Stadt auf einige Tage beſetzten. „Ich konnte", ſo berichtete uns der Kanzler, „der Verſuchung nicht widerſtehen, wenigſtens ein Stück mit hineinzureiten. Die Leute am Thore mußten mich erkannt haben und blickten mich finſter und drohend an, beſonders die Männer. Ich kannte aber meine Leute. So ritt ich auf einen zu, der beſonders trotzig und verwegen ausſah, zog eine Cigarre heraus und bat ihn höflich um Feuer. Sogleich gab er mir ſeine kurze Tonpfeife und zwar mit verbindlichſter Geberde."

Waldeck, der verſtorbene Führer und Abgott der Fortſchrittsdemokraten, wurde von Bismarck während des deutſch-franzöſi-

ſchen Krieges einmal wie folgt charakteriſirt: „Ähnliche Anlage wie Favre, immer konſequent, prinzipientreu, fertig mit ſeiner Anſicht und ſeinem Entſchluſſe von vornherein; dazu ſtattliche Geſtalt, weißer, ehrwürdiger Bart, Phraſe im Bruſtton der Überzeugung auch in Kleinigkeiten — das imponirte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefſter Überzeugungstreue und Zuverſichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glaſe ſtecke [wir waren eben beim Thee], und proklamirte, daß jeder ein Schuft ſei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und prieſen in allen Tonarten ſeine energiſche Geſinnung."

Nachleſe haltend auf dieſem Beete unſers Gartens finde ich noch die folgenden kleinen humoriſtiſchen Blumen. Nachdem Bismarck in Verſailles einmal den frühern Miniſter Arnim-Boitzenburg, der in Aachen ſein Vorgeſetzter geweſen war, als „liebenswürdig und geſcheit, aber zu keinem ſtetigen Handeln und energiſchen Auftreten geneigt" charakteriſirt hatte, fuhr er fort: „Wie ein Gummiball, der aufhüpft und wieder aufhüpft und ſo fort, aber immer ſchwächer, und zuletzt iſt's garnichts mehr. Erſt hatte er eine Meinung, dann ſchwächte er ſie durch Selbſtwiderlegung ab, dann kam ihm wieder ein Einwurf gegen die Widerlegung, bis ſchließlich garnichts übrig blieb und nichts in der Sache geſchah." — Delbrück lobte den Schwiegerſohn, den vielberufenen Grafen Harry Arnim, als unterrichtet und geiſtreich, meinte aber, er ſei teilnahmlos und ohne Streben. — „Ja," beſtätigte der Kanzler, „ohne Streben, er hat keinen Raketenſatz im After." In der hiſtoriſchen Nacht des Sommers 1866, in welcher General Manteuffel die Elbe zu überſchreiten und ins Welfenreich einzurücken im Begriffe ſtand, telegraphirte ihm Bismarck, wohl auf ſeine Anfrage in Betreff des Verfahrens mit den Hannoveranern: „Behandeln Sie ſie als Lands-

leute, eventuell tötlich.“ Als Vogel von Falkenſtein während des deutſch-franzöſiſchen Krieges den Abgeordneten Jacoby als franzoſenfreundlich demonſtrirenden Sozialdemokraten hatte verhaften laſſen, und Bismarck ſich bei ihm vergeblich für deſſen Freigebung verwendet hatte, ſagte letzterer: „Wenn er ihn als Rhinozeroskotelett gegeſſen hätte, meinethalben; aber ihn einſperren — da hatte er nichts als einen alten dürren Juden.“

Zahlreich ſind die Beiſpiele praktiſchen Humors, denen wir im Leben des jungen Bismarck begegnen, und auch von dem alten weiß ich einige recht anmutige Züge der Anlage dazu zu berichten. Als der Reichskanzler noch Auskultator beim Berliner Stadtgerichte war, begab ſich nachſtehende drollige Geſchichte, die Heſekiel verbürgt nennt. Der Herr Auskultator vernimmt eines ſchönen Morgens ein echtes Berliner Kind zu Protokoll, das durch zungenfertige Dreiſtigkeit und Ungeberdigkeit die Faſſung des Protokollführers dermaßen erſchüttert, daß dieſer aus dem Häuschen gerät, vom Stuhl aufſpringt und dem unverſchämten Burſchen zuruft: „Herr, menagiren Sie ſich, oder ich werfe Sie hinaus!“ Der anweſende Stadtgerichtsrat klopft dem erhitzten jüngeren Kollegen freundlich auf die Schulter und ſagt beruhigend: „Bitte, Herr Auskultator, das Hinauswerfen iſt meine Sache.“ — Die Vernehmung wird nun fortgeſetzt, es dauert jedoch nicht lange, ſo fährt Bismarck, abermals gereizt durch freche Bemerkungen oder Antworten des Berliners, von neuem auf und donnert: „Herr, menagiren Sie ſich, oder ich laſſe Sie durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen!“

Um dieſelbe Zeit belehrte er einen ſäumigen Fußbekleidungskünſtler auf der Kronenſtraße praktiſch über die Pflicht pünktlicher Ablieferung der bei ihm beſtellten Arbeit. Mehrmals hatte ihn Meiſter Knieriem im Stiche gelaſſen, da erſcheint, als dies wieder geſchehen iſt, eines Morgens in der Frühe ein Bote

an deſſen Thür, klingelt und fragt: „Sind die Stiefeln für Herrn von Bismarck fertig?“ Der Schuſter verneint es, und der Bote geht. Zehn Minuten darauf aber kommt ein zweiter mit derſelben Frage, und ſo wird den ganzen Vormittag, desgleichen den Nachmittag fortgeklingelt und fortgefragt, bis der Abend die Stiefeln fertig und ſchön blank gewichſt auf dem Wege zur Wohnung des Mahners ſieht. Ob ein ähnliches Heilverfahren nach den Vorſchriften des Doktors Schabernack in einem verwandten Falle, wo der Schuſter ein hochgeborner Graf und Miniſter, und das verzögerte Stiefelpaar eine durchaus nicht zu ſtande kommen wollende Vorlage für den Landtag war, und wo die Mahnung alle Wochen einmal erfolgte, Thatſache iſt, weiß ich nicht. Sie wurde mir aber von jemand erzählt, der das wiſſen konnte.

Beſonders viel praktiſcher Humor wurde in den letzten dreißiger und in den erſten vierziger Jahren getrieben, als Bismarck, des Staatsdienſtes überdrüſſig, den Akten Valet geſagt hatte und in Kniephof Landwirt geworden war. Heſekiel erzählt uns aus dieſen Tagen von ziemlich derben Pritſchenſchlägen des Geiſtes, der den Junker damals regierte. Die Gäſte des Hauſes z. B. erlebten mitunter recht ſeltſame und rauhe Überraſchungen. So war er einmal mit ſeinen Kouſinen in eine Unterhaltung vertieft, als ſich plötzlich die Zimmerthür öffnete und vier junge Füchſe ins Zimmer ſtürmten, die in ängſtlicher oder mutwilliger Haſt auf Sofas und Stühle ſprangen, bis die Fetzen herunterhingen und die Geſellſchaft, nachdem der erſte Schreck überwunden war, in ein helles Gelächter ausbrach. Die männlichen Beſucher mußten ſtarke Nerven mitbringen; denn nicht ſelten geſchah es, daß ſie, nachdem ihr Wirt ihnen eine tüchtige Nachtmütze, mit Champagner und Porter gefüttert, aufgeſetzt hatte, unter der ſie ſanft bis in den hellen Morgen hinein ſchlummerten,

durch Piſtolenſchüſſe aus nächſter Nähe geweckt wurden, deren Kugeln über ihnen in die Decke ſchlugen, ſodaß ihnen der Kalkputz bröckelnd ins Geſicht fiel.

Eine andre ebenſo charakteriſtiſche als erfriſchende Probe ſeines Humors in dieſer Periode teilte der Kanzler mir 1877 in Varzin ſelbſt mit. Einſt hatte der Junker vom „Kneiphof" einen blutjungen Huſarenleutnant bei ſich zu Gaſte, der im Begriffe ſtand, einen würdigen alten Oheim in der Nachbarſchaft zu beſuchen, welcher viel auf Etikette und wohlabgezirkelte Manieren hielt, und bei dem ſich Verwandte und Freunde ähnlicher Art und Meinung zu einer großen Feſtlichkeit — ſagen wir, zu einer Geburtstagsfeier oder einem Ernteſchmauſe — verſammelten. In der Nacht vor dem ſolennen Tage beredete Bismarck den jungen Kriegsmann zu ſcharfem Zechen, und es gelang ihm, demſelben auf dieſem Wege ſoviel guten Getränkes beizubringen, daß er erheblich mehr als genug hatte. Dann ließ er am Morgen einen Wagen ohne Federn anſpannen, auf dem er mit ſeinem Gaſte nach dem Schloſſe jenes Onkels fuhr. Die Wege waren ſchon von Natur nicht gut, und überdies hatte ſie der Regen der vorhergehenden Tage gründlich aufgeweicht und ſtellenweiſe in Kotlachen verwandelt, ſodaß die beiden Herren übel beſpritzt ankamen, der Leutnant aber noch außerdem in hochgradiger ſeekranker Leibes- und Gemütsverfaſſung oder deutlicher geſprochen, beladen mit einem bedenklichen Katzenjammer phyſiſcher und moraliſcher Art, der, ſchon beim Aufbruche recht ſchlimm, durch das Schaukeln und Stoßen des Wagens ſich geſteigert hatte und mit gefährlichen Kundgebungen drohte. Die Geſellſchaft, die ſie am Ziel ihrer Fahrt antrafen, an die vierzig Perſonen, die Damen in großer Toilette, die Herren in Frack und weißer Binde, die wir uns ſehr hoch und ſteif vorſtellen dürfen, ſah ſie mit Blicken, die halb Staunen,

halb Grauſen waren, in den Salon treten, und der Huſar wurde bald nachher unſichtbar. Junker Otto aber ſetzte ſich trotz des Abſcheus, den die guten, geſchniegelten, reputirlichen Leute ſichtlich vor ihm empfanden, gelaſſen und wohlgemut mit ihnen zu Tiſche und that, als ob er kein Wäſſerchen getrübt hätte und nichts an ihm auszuſtellen wäre. Man meinte dann, es wäre doch merkwürdig, äußerſt merkwürdig, daß er keine Ahnung, nicht den Schatten von einer Ahnung gehabt habe, wie unangenehm er aufgefallen ſei.

Hiſtorien ähnlichen Charakters ſollen in Pommern von Jung-Bismarck noch manche umlaufen, und daneben gehen Mythen durchs Land, die zwar keinen thatſächlichen Grund haben oder wenigſtens ſtarke Übertreibungen, etwa wie Karikaturen, ſind, aber immerhin zeigen, was das Volk ihm damals zutraute. Eine von dieſen luſtigen Geſchichtchen ſetzte ſich 1877 auf einer der Stationen zwiſchen Köslin und Schlawe in Geſtalt eines derben, naiven Landmanns zu mir ins Koupee, der mir unter andern hübſchen Anekdoten dortigen Gewächſes auch die mitteilte, daß Bismarck einmal ein altes, gebrechliches, windſchiefes Gebäude, das ihm zuwider geworden, mit einer Kanone zuſammengeſchoſſen habe. Er war ſeiner Sache ganz ſicher und wußte nicht bloß, daß ſich dieſelbe in Kniephof zugetragen habe, ſondern auch das Jahr, in welchem ſie paſſirt ſein ſollte. Dennoch ſchüttelt der kritiſch angelegte Leſer den Kopf und fragt ſich: „Woher er nur dieſe Artillerie bekommen haben mag?“ Ich antworte: ob mein braver Bauer oder Pächter nicht am Ende läuten, aber nicht anſchlagen gehört hat? Könnte nicht die aus ihm redende Volksſage im dunkeln Drange ihres Schaffens den Miniſter Bismarck mit dem Junker Bismarck verwechſelt haben? Wir alle wohnten mit jenem einſt in einem alten, gebrechlichen, windſchiefen Hauſe — zum deutſchen Bunde ge-

nannt und vielen rechtſchaffnen Leuten baß zuwider geworden, und das hat er allerdings, da es ſich nicht gutwillig abtragen und mit einem bequemeren und feſteren Baue erſetzen laſſen wollte, notgedrungen, alſo keineswegs aus übermütiger Laune, mit Kanonen zuſammengeſchoſſen, mit den Kanonen von Königgrätz.

Ungefähr in dieſelbe Zeit würde die folgende, vor einigen Jahren in einem engliſchen Blatte mitgeteilte Geſchichte fallen, wenn ſie wahr wäre, was ich zu bezweifeln Urſache habe. Ich erzähle ſie deshalb hier nur nach, um zu zeigen, wie die Leute in der Umgebung von Kniephof ſich die Denkart und Handlungsweiſe des dortigen Junkers vorſtellten. Eines Tages, ſo berichtet die Mythe, ging derſelbe mit einem Freunde auf die Schnepfenjagd. Sie hatten dabei einen grünüberwachſenen Moraſt zu betreten, in welchen der Begleiter Bismarcks, ein unterſetzter, ſchwerer Herr, plötzlich bis an die Achſelhöhlen einſank. Nachdem er eine Weile vergeblich ſich abgemüht, ſich loszumachen und feſten Boden zu gewinnen, rief er laut um Hilfe, und als er ſah, wie ſein Freund ſich ihm nur langſam und vorſichtig näherte und ſich anſcheinend gelegentlich umblickte, ob nicht wieder eine Schnepfe aufgehen wollte, bat er ihn flehentlich, doch die verwünſchten Schnepfen ungeſchoren zu laſſen und ihm lieber aus dem ſchändlichen Sumpfloche herauszuhelfen, deſſen Schlamm ihm faſt bis an Mund und Naſe reiche. „Mein teuerſter Freund," erwiederte Bismarck mit der äußerſten Seelenruhe, „aus dieſem Loche wirſt Du ganz gewiß nicht wieder herauskommen. Keine Möglichkeit, Dich zu retten. Es würde mir indes ſehr leid thun, ſehen zu müſſen, wie Du Dich unnötig abquälſt, indem Du in dieſem ekelhaften Quark langſam erſtickſt. Ich will Dir was ſagen, lieber Junge. Ich werde Dir dieſen langſamen Todeskampf bei mangelnder Luft erſparen,

indem ich Dir eine Ladung Schrot in den Kopf jage. So wirst Du rasch und anständig sterben." — „Bist Du bei Troste!" rief der andre, und mühte sich verzweifelt ab, sich loszuringen. „Ich will weder ersticken noch erschossen werden, drum hilf mir heraus ins Dreiteufels Namen!" — Bismarck entgegnete, indem er langsam sein Gewehr erhob und an die Backe legte, in bekümmertem Tone: „Halt still einen Augenblick. Es wird bald vorüber sein. Lebe wohl, teurer Freund. Ich will Deiner armen Frau getreulich Alles erzählen." Durch die unmittelbar vor ihm drohende Gefahr zu übermenschlicher Anstrengung angestachelt, brachte es der unglückliche Jägersmann jetzt dahin, sich dem Morast zu entwinden und auf allen Vieren nach festem Boden hinzukriechen. Als er sich wieder sicher wußte, brach er in eine Flut der heftigsten Vorwürfe aus. Bismarck aber hörte ihm ein Weilchen lächelnd zu, dann bemerkte er bloß: „Siehst Du jetzt wohl, wie recht ich hatte, jeder helfe sich selbst." Damit drehte er seinem wutschnaubenden Gefährten den Rücken zu und begab sich gelassen auf die Suche nach anderm Federwild.

Nachdem Bismarck den pommerschen Landjunker wieder an den Nagel gehangen hatte und nochmals Staatsdiener geworden war, in welcher Eigenschaft er als Referendar bei der Regierung in Potsdam arbeitete, begab sichs eines Tages, daß sein Chef sich beikommen ließ, zu thun, als ob seine Untergebenen nicht im Zimmer wären, ans Fenster zu treten und sich auf einer Scheibe gemütlich als Tambour zu vergnügen. Sofort verfügte sich Bismarck gleichfalls ans Fenster und trommelte dem Herrn Regierungspräsidenten den Marsch des alten Dessauers vor.

Derselbe angenehme Vorgesetzte scheint es nach Hesekiel auch gewesen zu sein, der seinen Referendarius einmal eine

Stunde lang im Vorzimmer warten ließ und dann auf ſeine barſche Frage: „Was wünſchen Sie?“ die Antwort erhielt: „Ich war hierher gekommen, um mir einige Tage Urlaub zu erbitten, jetzt aber bitte ich um meinen Abſchied.“

Daß Bismarck der Sinn für praktiſchen Humor auch nach Frankfurt auf die Eſchenheimer Gaſſe begleitete, haben wir oben an der Geſchichte von der Cigarre beim Grafen Thun und an der, in welcher er die Militärkommiſſion des hohen Bundestags zu nebenbuhleriſchem Tabaksgenuſſe verführte, mit Behagen geſehen. Daß dieſer Sinn ſelbſt beim Abſchluſſe des Vertrages von Gaſtein mitwirkte, werden wir an einem Abſchnitte des nächſten Kapitels innewerden. In den folgenden Anekdoten, mit denen ich meine Anthologie beſchließen will, werden die Leſer, wie ich hoffen darf, mit nicht geringerem Wohlgefallen gewahren, daß dieſer ſchalkhafte Zug ihm geblieben iſt, als er ſchon Jahre lang die Mühen und Sorgen des Miniſters und Kanzlers getragen hatte, und daß er ſich bei ihm noch heute nicht ganz verloren hat.

Von einem gewiſſen Standpunkte aus betrachtet, nimmt ſich die Art und Weiſe, wie der Kanzler von 1866 an Benedetti und deſſen kaiſerlichen Auftraggeber über ſeine Willfährigkeit, auf franzöſiſche Vergrößerungspläne einzugehen, irreführte, den Botſchafter ſich bloßzuſtellen bewog und zuletzt, als drüben die Geduld riß, die Komödie der Irrungen damit ſchloß, daß er das mit ſeinen Manövern erlangte Schriftſtück mit den geheimen Abſichten Napoleons vor aller Welt emporhielt, ganz entſchieden wie praktiſcher Humor aus. Er hatte die bonapartiſche Schlauheit zuerſt über ſich getäuſcht, ſodaß ſie wähnte, er ſei kein homme serieux, er hatte ſie dann Jahre hindurch, wie er ſelbſt es ausdrückte, mit ihren Einbildungen „amüſirt“, dann [ich laſſe einen Akt weg und deute ihn auch nicht an]

düpirt und ſchließlich blamirt. Es war gleichſam das einleitende Luſtſpiel vor der großen Tragödie des Krieges.

Andre Beiſpiele dieſes Genres bewegen ſich in weniger hohen Sphären. In Ferrières hatte der König alles Jagen und Schießen im Parke hinter dem Rothſchildſchen Schloſſe, der mehrere tauſend Faſanen enthielt, unterſagen laſſen. Unbekannt damit, fragte ich eines Abends den Miniſter, ob er nicht einmal hinausgehen und etliche von den appetitlichen Vögeln für unſre Tafel ſchießen werde. — „Je nun," erwiederte er lächelnd, „wer weiß? Es iſt zwar verboten, aber was will man machen, wenn ich ausrücke und ein paar davon hole? Arretiren is nich, denn da haben ſie niemand, der ihnen den Frieden beſorgt." Am 28. September ſchrieb ich in mein Tagebuch: „Heute fuhr der König zu einer großen Truppenbeſichtigung in die Kantonnements bei Paris. Um zwölf Uhr wollte ich mich zu einer Anfrage beim Miniſter melden laſſen. Im Vorzimmer aber ſagte man mir, er ſei nicht zu Hauſe. — „Wohl ausgeritten?" — „Nein, die Herren ſind ein bischen Faſanen ſchießen. Engel [der Jäger und Kammerdiener des Kanzlers] ſollte nachkommen." — „Haben Sie denn Gewehre mitgenommen?" — „Nein, die hat Podbielski vorausgeſchickt." — Der Chef war ſchon um zwei Uhr wieder da. Er, Moltke und Podbielski hatten zwar nicht gegen den Befehl der Majeſtät geſündigt, da ſie den Faſanen nicht im Parke ſelbſt, ſondern neben demſelben, in den angrenzenden Gehölzen nachgeſtellt hatten. Dennoch hat die Sache einen gewiſſen Anſtrich naiven Humors, und hielte nicht Ehrfurcht vor dem Könige davon ab, wären der Kanzler und Moltke nicht viel zu groß für den betreffenden Vergleich, ſo könnte man ſich hier wohl an ein bekanntes komiſches Sprichwort erinnert finden."

Ein weiteres Beiſpiel praktiſchen Humors iſt die Art und

Weiſe, wie der Miniſter den Kaſtellan von Ferrières eines Tages über die Tugend der Gaſtlichkeit aufklärte. Baron Rothſchild, der vielhundertfache Millionär, der überdies bis zum Ausbruche des Krieges Generalkonſul Preußens in Paris geweſen war, ließ uns durch ſeinen Haushofmeiſter patzig den Wein verweigern, deſſen wir bedurften, wozu ich bemerke, daß derſelbe wie jede andre Lieferung bezahlt werden ſollte. Vor den Kanzler zitirt, ſetzte der dreiſte Menſch ſeine Reniteuz fort, leugnete erſt ganz und gar, überhaupt Wein im Hauſe zu haben, und gab dann zwar zu, daß er „ein paar hundert Flaſchen Petit Bordeaux im Keller habe“ — in Wahrheit lagen zirka ſiebzehntauſend darin —, erklärte aber, uns davon nichts abtreten zu wollen. Der Miniſter machte ihm jedoch den Standpunkt in ſehr kräftiger Rede klar, führte ihm zu Gemüte, was das für eine unartige und filzige Manier ſei, mit welcher ſein Herr die Ehre erwiedere, die ihm der König dadurch erwieſen, daß er bei ihm abgeſtiegen ſei, und fragte, als der vierſchrötige Patron Miene machte, ſich wieder aufzubäumen, kurz und bündig, ob er wiſſe, was ein Strohbund ſei. Jener ſchien das zu ahnen; denn er ſagte zwar nichts, wurde aber weiß wie eine Kalkwand. Es wurde ihm darauf bemerkt, daß ein Strohbund ein Ding ſei, auf welches halsſtarrige und freche Haushofmeiſter ſo gelegt würden, daß ihre Rückſeite nach oben gekehrt ſei, und das Weitere könne er ſich vielleicht vorſtellen. Andern Tags hatten wir, was wir verlangt, und auch ſpäter kam meines Wiſſens keine Klage mehr vor, im Gegenteil, der gezähmte Widerſpenſtige bethätigte von Tage zu Tage mehr, daß die Erleuchtung und Beſſerung ſeines innern Menſchen, die mit dem Strohbund unſers Chefs begonnen hatte, guten Fortgang nahm. Er hatte jetzt ſogar Champagner für unſern Tiſch. Man ſieht, der Humor, der ſeine Bekehrung bewirkt hatte, war in doppeltem Sinne praktiſch.

Wie der Miniſter ſpäter im Kriege auch einem vornehmeren Gallier, Thiers, auf ſchalkhafte Weiſe beſſere Manieren lehrte, iſt in einem vorhergehenden Kapitel berichtet worden.

„Ach, Keudell," ſagte der Kanzler eines Tages in Verſailles plötzlich, „da fällt mir ein, ich muß eine Vollmacht haben vom Könige — natürlich deutſch. Der deutſche Kaiſer darf nur deutſch ſchreiben. Der Miniſter kann ſich nach den Umſtänden richten. — Der amtliche Verkehr mit den Diplomaten muß in der Landesſprache geführt werden, nicht in einer fremden. Bernſtorff hat das zuerſt durchſetzen wollen bei uns. Er war aber damit zu weit gegangen. Er hatte an alle diplomatiſchen Vertreter des Auslandes in Berlin deutſch geſchrieben, und alle antworteten ihm — nach einem Komplott natürlich — in ihrer Mutterſprache, ruſſiſch, ſpaniſch, ſchwediſch und was weiß ich alles, ſodaß er einen ganzen Schwarm von Überſetzern im Miniſterium ſitzen hatte. So fand ich die Sache, als ich ins Amt trat. Budberg ſchickte mir eine ruſſiſche Note. Das ging doch nicht an. Wollten ſie ſich revanchiren, ſo mußte Gortſchakoff an unſern Geſandten in Petersburg ruſſiſch ſchreiben. Das war das Richtige. Aber mir in Berlin auf ein deutſches Schreiben ruſſiſch antworten, das war unbillig. Ich beſtimmte alſo: was nicht deutſch oder franzöſiſch, engliſch oder italieniſch eingeht, bleibt liegen und geht zu den Akten. — Budberg ſchrieb nun Excitatorien über Excitatorien, immer ruſſiſch. Keine Antwort, die Sachen waren in den Aktenſchrank gewandert. Endlich kam er ſelbſt und fragte, warum wir denn nicht antworteten. »Antworten?« ſagte ich zu ihm mit verwunderter Miene. »Auf was denn? Ich habe nichts geſehen von Ihnen.« — Nun, er hätte uns vor vier Wochen das und das geſchrieben und dann mehrere male daran erinnert. — »Richtig, da beſinne ich mich,« ſagte ich ihm, »unten liegt ein Stoß Aktenſtücke in ruſſiſcher

Schrift, da mag's wohl dabei ſein. Unten aber verſteht kein Menſch ruſſiſch, und was in einer unverſtändlichen Sprache ankommt, geht zu den Akten.«" Sie waren darauf, wenn ich nicht irre, übereingekommen, daß Budberg in Zukunft franzöſiſch ſchreiben ſolle, und das Auswärtige Amt gelegentlich auch.

Zum Deſſert noch eine kleine hübſche Geſchichte, die ſich um eine dunkle Stelle im neuen Anbau des Varziner Herrenhauſes dreht und einen köſtlichen naiven Humor mit praktiſchem Zweck atmet. Der Kanzler hatte mir hier ſein Arbeitszimmer gezeigt und erklärt. Dann kamen wir an ſeine daranſtoßende Schlafſtube. Auf dem dämmerigen Korridore vor derſelben, ihr ſchräg gegenüber, gehen rechter Hand einige Stufen in ein kleines Badegemach hinab. An derſelben Seite, neben der Thür zur Badevorrichtung, gewahrt man ein geheimnisvolles Pförtchen, hinter dem ſich Stufen einer Wendeltreppe ins Dunkle und Bodenloſe verlieren.

„Das Burgverließ?" fragte ich, indem der Geiſt weiland Georg Ludwig Heſekiels über mich kam.

„Meine Ausfallspforte," erwiederte der Fürſt. „Hier ziehe ich mich leiſe und unbemerkt zurück und ſalvire mich unterirdiſch in den Park draußen, wenn unbequemer, aber unabweisbarer Beſuch in Sicht kommt. Dort habe ich eine Stelle, wo ſie mich benachrichtigen, wenn die Luft wieder rein iſt. Wir nennen die Einrichtung nach Senfft-Pilſach, der mit ſeiner Redſeligkeit beſonders läſtig iſt."

Vorausſicht ſolcher Notlagen ließ den Humoriſten im Kanzler ſchon beim Baue des Hauſes auf derartige Zuflucht Bedacht nehmen. Wie weit der myſteriöſe Gang unter der Erde fortläuft, wo er wieder zu Tage kommt, und wohin der Bedrohte ſich von dieſer Stelle weiter zu bergen ſucht, erfuhr ich nicht, und wüßte ichs, ſo würde ichs nicht verraten dürfen,

da der Zweck des Ausſchlupfs ſonſt vereitelt werden könnte. Was über die Sache mitgeteilt wurde, möge als Warnungstafel für ſolche dienen, die ſich mit den Worten des Kanzlers jetzt noch gemeint fühlen können. Den Herrn von Senfft-Pilſach aber gehen ſie nichts mehr an, und ſo war hier kein Bedenken mehr, ihn zu nennen. Er iſt ſeitdem geſtorben und jetzt vermutlich ein beſonders ſeliges Mitglied der altkonſervativen Fraktion im himmliſchen Parlamente, dem „Indiskrete Bücher" nicht mehr wehzuthun und die Laune zu verderben imſtande ſind.

Siebentes Kapitel

Der Fürst als Privatmann.

Ein ſchöner Zug im Charakter der modernen Menſchen und insbeſondre der Deutſchen iſt es, daß ſie ihre großen Zeitgenoſſen auch nach der Seite hin kennen zu lernen wünſchen, welche der Öffentlichkeit abgekehrt iſt, nach ihrem Gemütsleben, als Gatten und Familienvater, in ihrer Stellung zur Literatur, Wiſſenſchaft und Kunſt, nach ihren privaten Talenten und Neigungen, nach ihren Beſitzverhältniſſen und ähnlichem. Das Verlangen darnach ſieht ein wenig nach Neugier aus, aber es iſt eine liebenswürdige Neugier, da ſie in der Regel mit dem Bedürfniſſe verbunden iſt, den im Großen erfolgreichen Geiſt auch im Kleinen glücklich, ihn auch innerhalb ſeiner vier Wände befriedigt zu wiſſen. Andrerſeits iſt die Befriedigung dahin gehender Wünſche des Publikums nicht leicht und die mit derſelben geſtellte Aufgabe nicht vollſtändig zu löſen, ſo lange der Gegenſtand, den wir ſchildern und charakteriſiren ſollen, noch unter uns lebt. Wohl niemand ſieht ſich gern nach dieſer Richtung hin analyſirt und abgezeichnet. Auch Takt und Diskretion ſichern nicht völlig vor

Mißbilligung und Vorwurf, wenn wir es unternehmen, einem Genie, einem Helden in ſein Alltagsleben zu folgen und ihn gewiſſermaßen in Unterkleidern oder im Schlafrocke vor die Öffentlichkeit zu ſtellen. Wie behutſam wir da auch verfahren, wie ſehr wir uns angelegen ſein laſſen, Dinge, die für ſekret gelten, nur flüchtig zu ſtreifen, immer hat die Sache einen Anſtrich von Lugen durchs Schlüſſelloch, und ſelbſt Lob wird nicht immer dankbar empfunden. Indes gehören die im folgenden zuſammengeſtellten Charakterzüge und Verhältniſſe unzweifelhaft zu dem Bilde, das in dieſen Studien zu geben verſucht wird, ein großer Teil der Leſerwelt, namentlich die Frauen, würden Weſentliches vermiſſen, wenn über dieſelben gänzlich geſchwiegen würde, und ſchließlich haben Bismarck ſelbſt und nahe Angehörige desſelben in den von Heſekiel veröffentlichten Briefen einen guten Teil der bunten Steinchen geliefert, aus denen meine Darſtellung muſiviſch zuſammengeſetzt iſt. Das Gewiſſen brauchte mir alſo nicht ſehr zu ſchlagen, als ich mich entſchloß, an dieſes letzte Kapitel zu gehen.

Luther, umgeben von „Käthen“ und der Kinderſchar, Muſik machend oder vor dem Tannenbaum Weihnachten feiernd, iſt uns ein beinahe ebenſo wertes Bild wie das, wo er die päpſtliche Bannbulle den Flammen übergiebt, oder das, wo er vor Kaiſer und Reich ſeine Sache führt. Gern laſſen wir uns die Menſchen vergegenwärtigen, die Schiller als Gatte und Vater liebte. Mit tiefem Intereſſe verfolgen wir Goethes Verhältnis zu den Frauen, die ihm Roſen ins Leben flochten. Wieviel Teilnahme findet auch außerhalb Englands das Bild des blinden Milton mit ſeinen Töchtern! Immer haben Berichte, die von unſerm greiſen Kaiſer als Großvater und Urgroßvater erzählen, auf dankbare Augen und aufmerkſam lauſchende Hörer zu rechnen. Dagegen fehlt uns etwas an Friedrich dem Großen,

wenn wir uns erinnern, daß er ohne Familie und in der größeren Hälfte ſeiner Jahre freundlos durchs Leben ging. Es hat etwas Unnatürliches und Unbehagliches, faſt Unheimliches, es fröſtelt uns, wenn einem gebietenden Genius dieſe Beziehungen verſagt ſind. Er erſcheint uns groß, aber herb, einſeitig und unvollendet, fern und kalt. Es iſt, als ob er der Ergänzung bedürfte, als ob er ohne dieſe weichere Seite nicht glücklich geweſen ſein könnte, als ob ihm das Herz gemangelt hätte und nur der kühle, ſcharfe, ſtrenge Verſtand und der mächtige Wille des Königs und Kriegsmannes in ihm gewaltet und aus ihm geſprochen haben müßten.

So empfinden wir warme Freude, wenn wir erfahren, daß der gewaltige Geiſt, der unſre Nation politiſch umbildete, ſich zu rechter Zeit durch die Wahl einer Gattin eine Häuslichkeit gegründet hat, die ihm wohlthut, und in der ſein Gemütsleben ſich reich entfaltet und manche anmutige Blüte getrieben hat. Seine Gemahlin, 1824 geboren, alſo neun Jahre jünger als er, und 1847 ihm angetraut, war die Tochter des hinterpommerſchen Gutsbeſitzers Heinrich von Puttkamer, der 1872 hochbetagt aus dem Leben ſchied. Die Verlobung der beiden kam nicht ohne Bedenken der Eltern und namentlich der Mutter der Braut zuſtande, da der krauſe Ruf des Bräutigams für die Zukunft der Tochter eines frommen Hauſes nichts Gutes zu verheißen ſchien. Die Folge lehrte indeſſen, daß dies ein Irrtum war. „All right“ hatte der Freier an ſeine Schweſter Malwine von Arnim geſchrieben, als er die Einwilligung der Puttkamerſchen Eheleute endlich erlangt, und „all right“ in anderm Sinne konnten er und ſeine Gattin ſich ſagen, als ſie am 28. Juli 1872 in Varzin ihre ſilberne Hochzeit feierten und auf die Zeit ihrer Ehe zurückblickten. Die Fürſtin iſt gottesfürchtig erzogen, aber eine aufgeweckte, lebhafte Natur,

mit einer guten Doſis natürlichen Witzes begabt, feinfühlend und geſchmackvoll. Sehr muſikaliſch und Meiſterin auf dem Pianoforte, iſt ſie zugleich eine ſorgſame und umſichtige Hausfrau, und nach Art der Edeldamen früherer Zeiten ſoll ſie auch Kenntniſſe auf dem Gebiete der Arzneikunde beſitzen. Mit echter Frauenhand ſchuf ſie ihrem Gemahl ein Heim voll Behagen und wohlthuender Wärme, und verſtändnisreich teilte ſie die Jahre daher ſeine Sorgen und Hoffnungen, zuweilen auch, wie aus einigen Stellen der von Heſekiel abgedruckten Briefe des Miniſters Bismarck an ſie hervorgeht, bis zu einem gewiſſen Maße auch die politiſchen, obwohl ſie ſonſt nicht zu den Damen zählt, die ſich mit ſtaatlichen Fragen befaſſen. Ihr Verkehr mit ihm war, wenn Amtsgeſchäfte oder Erholungsreiſen ihn räumlich von ihr trennten, nach jenen Epiſteln zu ſchließen, ein ſehr reger und inniger. Er nennt ſie in dieſer Korreſpondenz „mein Herz," „mein geliebtes Herz," er überſendet ihr aus Peterhof Jasmin, aus Bordeaux Haidekrautblüten, er will ihr aus Gaſtein Edelweiß ſchicken, er erinnert ſich hier bei der Wiederkehr ſeines Hochzeitstages nach ſechzehn Jahren, wie dieſer „Sonnenſchein in ſein Junggeſellenleben gebracht hat." — Auf einer politiſchen Miſſion in der Ofener Burg einquartiert, ſagt er ihr brieflich: „Gute Nacht aus weiter Ferne" und fügt hinzu: „Wo habe ich denn das Lied her, was mir heut den ganzen Tag im Sinne liegt: Over the blue mountain, over the white sea-foam, come thou beloved one, come to thy lonely home?" Häufig begegnen wir in ſeinen Briefen an ſie und ſeine Schweſter lebhaften Äußerungen der Sehnſucht nach ihr, andern Familiengliedern und ſtiller Häuslichkeit. — Im Juni 1854 ſchreibt er ſeiner Schweſter: „Ich habe rechtes Heimweh nach Land, Wald und Faulheit mit der obligaten Zugabe liebender Gattinnen und artiger, reinlicher Kinder. Wenn ich von der Straße her eins

dieſer hoffnungsvollen Geſchöpfe ſchreien höre, ſo füllt ſich mein Herz mit väterlichen Gefühlen und Erziehungsmaximen. Wie vertragen ſich denn unſre Nachkommen mit einander, und ſind meine auch artig?" — In einem Briefe an dieſelbe Dame, der aus dem Jahre 1860 datirt und von Zarskoe Selo abgeſandt iſt, bemerkt er: „Nach dem langen Umhertreiben ſeit Anfang 59 iſt mir das Gefühl, mit den Meinigen zuſammen irgendwo wieder wirklich zuſammenzuwohnen, ſo wohlthuend, daß ich mich ſchwer von der Häuslichkeit losreiße." — Während einer Reiſe, auf der er 1862 das ſüdweſtliche Frankreich und die Pyrenäen beſuchte, korreſpondirte er mit ſeiner Gemahlin, die ſich in Hinterpommern bei ihren Eltern befand, ſo fleißig, daß die blauen Kouverts, die er zu dem Zwecke mitgenommen, nicht ausreichten. — Aus Biarritz ſchreibt er ihr während derſelben Tour: „Ich habe ein ſchlechtes Gewiſſen, daß ich ſo vieles Schöne ohne Dich ſehe. Wenn man Dich durch die Luft herführen könnte, ſo wollte ich gleich mit Dir noch einmal nach San Sebaſtian," und in einem Briefe aus dem Sommer 1865, der aus Nürnberg datirt iſt, äußert er: „Ich wäre gern über Wien nach Salzburg gefahren, wo der König heute iſt; ich hätte unſre Hochzeitsreiſe nochmals durchgelebt." Anfangs November desſelben Jahres „freut er ſich" in einem Billet aus Babelsberg „herzlich, ſie nun bald wieder in den leeren Berliner Räumen ſchalten zu ſehen," und fährt dann fort: „Während der Zeit wirſt Du hoffentlich mit dem Hämmern und Schleppen fertig, welches Deinen geliebten Einzug notwendig begleitet, und bei der Rückkehr [von der Jagd in Letzlingen] finde ich dann alles auf dem rechten Fleck." Aus dem Pavillon Stanislaus Auguſts in Lazienki bei Warſchau ſchreibt er ihr: „Der Wind fährt wie ausgelaſſen über die Weichſel und wühlt in den Kaſtanien und Linden, die mich umgeben, daß die gelben Blätter

gegen die Fenſter wirbeln; hier drin aber, mit Doppelfenſtern, Thee und den Gedanken an Dich und die Kinder, raucht ſich die Cigarre ganz behaglich.“ Wieder in einem andern Briefe, den er während einer Jagdexkurſion in der Wildnis von Smaland an ſie abgehen läßt, wünſcht er ſich an einem der ſtillen, mit Wald und Haidekraut bekränzten Seen dieſer ſchwediſchen Landſchaft ein Schlößchen, bevölkert mit ſeinen Lieben.

Noch manche Stellen der Korreſpondenz bekunden, wie teuer ihm die Gattin iſt, und wie oft er ihrer und der Seinigen überhaupt gedenkt. Andrerſeits aber iſt aus mehreren Wendungen dieſer Schriftſtücke zu ſchließen, daß die fromme Dame, die er ſich zur Lebensgefährtin genommen, ſich im Laufe der Zeit tief in ſeine energiſche Art zu fühlen und zu denken eingelebt hat, und was mir von ihren eignen brieflichen Äußerungen bekannt geworden iſt, bekräftigt dieſe Vermutung mitunter in recht draſtiſcher Weiſe. Zwei Tage nach der Schlacht bei Sedan las uns der Kanzler einen Paſſus aus einem Erguß ihrer Feder vor, in welchem ſie in bibliſchen Ausdrücken inbrünſtig den Untergang der Franzoſen hoffte. „Darf ich fragen, wie es der Frau Gräfin geht?“ ſagte der Prinz Albrecht, als er am 29. Oktober 1870 in Verſailles beim Miniſter zu Tiſche war. „O,“ erwiederte dieſer, „der geht es ganz gut, jetzt, wo es mit dem Sohne wieder beſſer ſteht. Nur leidet ſie immer noch an ihrem grimmigen Haſſe gegen die Gallier, die ſie ſamt und ſonders totgeſchoſſen und geſtochen ſehen möchte, bis auf die ganz kleinen Kinder, die doch nichts dafür könnten, daß ſie ſo ſcheußliche Eltern hätten.“ Einige Tage ſpäter teilte er uns eine nicht viel gelindre ſchriftliche Bemerkung von ihr mit, in der es ungefähr hieß: Ich fürchte, daß Ihr in Frankreich keine Bibel findet, und ſo werde ich Dir nächſtens das Pſalmbuch ſchicken, damit Du darin die Prophezeiung gegen die Franzoſen

leſen kannſt: Ich ſage Dir, die Gottloſen ſollen ausgerottet werden.

Kinder beſitzt der Fürſt drei, eine Tochter, die Komteſſe Marie, die 1848 geboren und ſeit etwa fünf Jahren mit einem Grafen Rantzau verheiratet iſt, und zwei noch ledige Söhne, die Grafen Herbert und Wilhelm, die jünger als die Schweſter ſind. Der erſte iſt Diplomat und war in dieſer Stellung verſchiednen Botſchaften und Geſandtſchaften, zuletzt der Botſchaft am Hofe von St. Petersburg, beigegeben; der andre, welcher körperlich viel Ähnlichkeit mit dem Vater zeigt, hat ſich der juriſtiſchen Laufbahn zugewendet, auch ſich als Volksvertreter verſucht. Beide machten, zuerſt als gemeine Gardedragoner, den letzten Krieg mit, wo der Kanzler viel Sorge um ſie an den Tag legte und, ſo oft es die Umſtände geſtatteten, nach ihnen ausritt, und wo Graf Herbert bei dem Reiterſturm in der Schlacht von Mars la Tour ziemlich ſchwer verwundet wurde; beide arbeiten von Zeit zu Zeit in der unmittelbaren Umgebung des Fürſten, in deſſen Kanzlei der Schwiegerſohn gleichfalls Verwendung gefunden hat. Um den Unterricht ſeiner Kinder hat Bismarck ſich, während er als Geſandter in Petersburg fungirte, eingehend bemüht. „An jedem Sonnabend erſchienen ſie," ſo berichtet uns Heſekiel, „mit ihren Heften vor dem Vater und mußten Rechenſchaft ablegen über ihre Thätigkeit in der verfloſſenen Woche. Dann folgte ein Examen, wobei ſich ſein bis ins kleinſte ſicheres Gymnaſialwiſſen zeigte, und ſelbſt der anweſende Hofmeiſter lernte dabei — Methode des Unterrichts." In den Jahren nach 1871 bemühte ſich der Fürſt vorzüglich, für Vervollſtändigung des Wiſſens ſeines zweiten Sohnes zu wirken; namentlich bewog er ihn, wie ich aus guter Quelle erfuhr, Unterricht in der polniſchen Sprache zu nehmen, die er einmal (in Verſailles) auch dem Kronprinzen angelegentlich

empfahl. Ob Graf Wilhelm die Sache ernſtlich angefaßt und beharrlich fortbetrieben hat, und mit welchem Erfolge, weiß ich nicht zu ſagen.

Noch möchte Erwähnung verdienen, daß Bismarck ſich auch des Beſitzes von drei Enkeln (Otto, Chriſtian und Heinrich) erfreut, ſtrammer kleiner Burſchen, die ihm gelegentlich in ſeinem Palais auf der Wilhelmſtraße ihren Beſuch machen. Der älteſte trägt dabei die Mütze der gelben Küraſſiere, des Regiments ſeines Großvaters. Vielleicht ſchmückt ihn einmal nicht bloß die hiſtoriſche Kopfbedeckung desſelben, ſondern auch das, was unter ihr ſitzt, der geniale Verſtand und der ſtarke Wille, die das neue Deutſchland ſchufen, das Gehirn, das in der Wagſchale der Geſchichte einmal doppelt ſoviel wiegen wird als die Gehirne unſrer Reichsboten alle miteinander. Auch der Fürſt iſt in gewiſſer Beziehung ein Beiſpiel des Atavismus, der ſich in manchen Geſchlechtern kundgiebt. Er glich früher, wenn auch nur in ſeiner äußern Erſcheinung und in ſeiner Freude am Waidwerk, ſeinem Urgroßvater, dem Dragoneroberſten Auguſt Friedrich von Bismarck, der in einer der Schlachten der ſchleſiſchen Kriege Friedrichs des Großen fiel. Seine intellektuelle Begabung ſcheint der Kanzler von ſeiner Mutter, einer vorwiegend verſtändigen, kalten Natur, zu haben, ſeine Gemütseigenſchaften, ſein warmes Herz hat er offenbar vom Vater. Bei Goethe war das bekanntermaßen ungefähr umgekehrt, wie er ſelbſt in dem Verschen behauptet:

„Vom Vater hab' ich die Statur,
Des Lebens ernſtes Führen,
Vom Mütterchen die Frohnatur
Und Luſt zu fabuliren."

Wie das Verhältnis des Kanzlers zu ſeiner engern Familie, ſo iſt auch das zu ſeinen beiden Geſchwiſtern ein ſehr herzliches. Insbeſondre erſcheint er in ſeinem Briefwechſel mit ſeiner Schweſter Malwine, die er hier ſcherzhaft bald mit

„mein Engel," bald mit „meine Angebetete," bald mit „mein ſehr Geliebtes," auch mit „liebe Kleine," „liebe Arnimen" und „theuerſte Kreuſa" anredet, als ein ungewöhnlich zärtlicher und liebenswürdiger Bruder. „Er war mit ihr wie mit einer Braut," ſagen alte Leute in Schönhauſen noch heute.

Ebenſo war Bismarck, vorzüglich in ſeinen jüngeren Jahren, für Freundſchaft empfänglich. Zu ſeinen Schulfreunden gehörten Oskar von Arnim auf Kröchlendorf, der 1844 ſein Schwager wurde, Hans von Dewitz, im Mecklenburgiſchen angeſeſſen, und Moritz von Blankenburg, der frühere Führer der Konſervativen im preußiſchen Abgeordnetenhauſe, dem er außerordentlich zugethan war: mit dem er jedoch leider — er ſoll darüber Thränen vergoſſen haben — vor einigen Jahren infolge des elenden Dieſt-Daberſchen Handels auseinander kam. Während des Univerſitätslebens Bismarcks traten dazu der kurländiſche Graf Kaiſerlingk, ſpäter Kurator der Dorpater Hochſchule, und der Amerikaner John Lothrop nicht, wie Heſekiel ihn getauft hat, Wentworth) Motley, der ſich als Verfaſſer mehrerer Werke über die Geſchichte der Republik der Niederlande einen Namen erworben hat, auch als Diplomat (in Wien) thätig geweſen iſt. Zu den Freunden des Fürſten aus den letzten beiden Jahrzehnten werden wir den Amtsrat Dietze zu Barby, einen unſrer größten und intelligenteſten Landwirte, rechnen dürfen, von dem er einſt, während des franzöſiſchen Feldzuges, rühmte: „Der iſt doch der liebenswürdigſte Menſch, den ich kenne, ſein Haus das gaſtfreieſte und behaglichſte, in dem ich je geweſen bin. Gute Jagd, vortreffliche Verpflegung und eine allerliebſte, charmante Frau. Er zeigt ſo recht die natürliche, angeborne Herzlichkeit — politesse du cœur — nichts Anerzogenes. . . . Ich möchte es die Höflichkeit des Wohlwollens, der Gutmütigkeit im beſten Sinne nennen, die Höflichkeit der hilfreichen Geſinnung" —

Äußerungen beiläufig, welche die Denkart des Lobenden ebenſo beleuchten wie die des Gelobten. Nur wer die Höflichkeit des Herzens ſelbſt ſein eigen nennt, vermag ſie bei andern zu empfinden und anzuerkennen. Zweifelhaft erſcheint mir aus verſchiedenen Gründen, ob Herr von Keudell als ein Freund des Kanzlers zu bezeichnen iſt; ich würde lieber ſagen, er ſei eine Reihe von Jahren bis zu einem gewiſſen Grade deſſen Vertrauter geweſen. Dagegen könnte Lothar Bucher dem Kanzler geraume Zeit nicht bloß als ein kenntnisreicher, getreuer, ſelbſtloſer und unermüdlich fleißiger Amanuenſis wert geweſen ſein. Der Fürſt nannte ihn 1873 gegen mich „eine wahre Perle," und das in einem Tone und mit einem Blicke, die an mehr als geſchäftliche Brauchbarkeit denken ließen.

Auch ſonſt offenbart ſich in den brieflichen und manchen mündlichen Äußerungen des Kanzlers ein ungemein reiches Gemütsleben. Sehr ſtark iſt bei ihm der Sinn für die Natur, für das Leben in Wald und Feld, für ländliche Freuden und landſchaftliche Schönheit entwickelt. Er ſelbſt ſagt von ſich, er ſei ein Naturſchwärmer, und er liebe das Meer wie eine Geliebte. Aber es iſt mehr als das: er weiß, was er ſieht und empfindet, auch in charakteriſtiſchen Bildern von feſſelndem Reize wiederzugeben, die warm gefühlt, zuweilen wie kleine lyriſche Gedichte wirken. Einer von den Gründen, weshalb er den Sommer und Herbſt in Varzin oder Friedrichsruh und nicht auf ſeinem Stammgute Schönhauſen zu verleben pflegt, wohin er ſich doch ſonſt auf ſeinen Kreuz- und Querfahrten im Norden und Süden wie Odyſſeus nach der heimatlichen Burg zurückſehnte, liegt ohne Zweifel darin, daß er dort den Wald dicht am Hauſe hat, während er hier faſt eine Stunde gehen muß, bevor er vom Gutshofe nach dem Holze gelangt. Als man ſchon während ſeines Aufenthalts in Frankfurt daran dachte, ihn

zum Miniſter zu ernennen, äußerte er gegen einen Bekannten, daß er erſt zehn Jahre Geſandter, dann ebenſo lange Miniſter ſein, darauf aber ſein Leben als Landedelmann beſchließen möchte. Im Auguſt 1863 ſchreibt er ſeiner Frau: „Ich wollte, eine Intrigue ſetzte ein andres Miniſterium durch, daß ich mit Ehren dieſem ununterbrochnen Tintenſtrom den Rücken drehen und ſtill auf dem Lande leben könnte. Die Ruheloſigkeit der Exiſtenz iſt unerträglich, es iſt kein Leben für einen rechtſchaffnen Landedelmann.“ Wiederholt ſprach er während des Feldzuges in Frankreich und ſpäter bis in das Jahr 1883 hinein ſeine Sehnſucht nach ſolcher Zurückgezogenheit in unzweideutigſter Weiſe aus, indem er betonte, daß ihn nur der Umſtand abhalte, ſie zu befriedigen, daß er den greiſen Kaiſer nicht im Stich laſſen dürfe. Wenn er ſich auf ſeiner Herrſchaft in Hinterpommern oder auf ſeiner Beſitzung im Herzen des Sachſenwaldes befindet, vergeht, ſoweit es ſeine Geſundheit oder das Wetter geſtattet, wohl kein Tag, an welchem er nicht einen längeren oder kürzeren Ausflug in die benachbarten Buchen- und Kiefernforſten und nach den Hügeln und Flüſſen in ihnen unternähme. Mehrmals ſagte er zu Bucher, der ihn dabei gelegentlich begleitete, wenn Eſſenszeit nach Hauſe rief: „Laſſen Sie uns erſt noch die Höhe dort drüben beſteigen, es giebt dort eine anmutige Ausſicht.“ In Friedrichsruh hörte ich ihn ſagen: „Am wohlſten iſt mir in Schmierſtiefeln, weit weg von der Ziviliſation,“ und bald nachher: „Am beſten iſt mir da zu Mute, wo man nur den Specht hört.“ Im Varziner Parke weiß er jeden ſchönen Baum zu nennen. Er durchwandert dieſen ſeinen Lieblingsort bisweilen auch in ſchlafloſen Nächten beim Schein des Mondes, und unbewußt trägt er ihn mit ſich herum; ſelbſt in den Krieg hatte er ihn mitgenommen; denn ſein Bild erſchien ihm mit ſeinen vom gelben Lichte der Abendſonne beſtrahlten Stämmen

im Traume. Höchſt anſchaulich, farbig und ſtimmungsvoll ſind endlich die meiſt mit wenigen Strichen auf das Papier geworfenen Landſchaftsgemälde, auf die wir in den mehrerwähnten Briefen ſtoßen, welche er auf Reiſen an ſeine Gemahlin und ſeine Schweſter ſchreibt.

Dahin gehört u. a. der Blick von der Ofener Burg auf die „mattſilberne Donau und die dunkeln Berge auf blaßrotem Grunde, Berge blau und blauer, dann braunrot im Abendhimmel, der dahinter glüht.“ Ich nenne ferner ſeine lebendige Schilderung des ungariſchen Steppenlebens zwiſchen Donau und Theiß, die Heſekiel S. 200 mitteilt, und daneben ſeine Beſchreibung der Wildnis bei Tomsjonäs.

In jener Schilderung ſagt er ſeiner Gemahlin u. a.: „Denke Dir feſten Raſengrund, eben wie ein Tiſch, auf dem man bis an den Horizont meilenweit nichts ſieht als die hohen, kahlen Püttſchwengel der für die halbwilden Pferde und Ochſen gegrabenen Ziehbrunnen, tauſende von weißbraunen Rindern mit armlangen Hörnern, flüchtig wie Wild, von zottigen, unanſehnlichen Pferden, gehütet von berittenen, halbnackten Hirten mit lanzenartigen Stöcken, unendliche Schweineherden, unter denen jederzeit ein Eſel, der den Pelz des Hirten trägt und gelegentlich ihn ſelbſt. Dann große Scharen von Trappen, Haſen, hamſterartige Zwieſel, mitunter an einem Weiher mit ſalzhaltigem Waſſer wilde Gänſe, Enten, Kiebitze waren die Gegenſtände, die an uns und an denen wir vorüberflogen während der drei Stunden, die wir auf ſieben Meilen bis Ketskemet fuhren. . . . Um fünf Uhr kam ich hier [in Szolnok] an, wo ein buntes Gewühl von Ungarn, Slowaken, Walachen die Straßen belebt und mir die wildeſten, verrückteſten Zigeunermelodien ins Zimmer ſchallen. Dazwiſchen ſingen ſie durch die Naſe mit weit aufgeriſſenem Munde, in kranker, klagender

Molldiſſonanz, Geſchichten von ſchwarzen Augen und von dem tapferen Tode eines Räubers, in Tönen, die an den Wind erinnern, wenn er im Schornſtein lettiſche Lieder heult. Die Weiber ſind im ganzen gut gewachſen, einige ausgezeichnet ſchön, alle haben pechſchwarzes Haar, nach hinten in Zöpfe geflochten, mit roten Bändern darin. Die Frauen haben entweder lebhaft grünrote Tücher oder rotſammtene Häubchen mit Gold auf dem Kopfe, ein ſehr ſchön gelbes Tuch von Seide um Schulter und Bruſt, ſchwarze, auch urblaue kurze Röcke und Saffianſtiefel, die bis unter das Kleid gehen, meiſt ein gelbliches Braun im Geſicht und große, brennend ſchwarze Augen. Im ganzen gewährt ſo ein Trupp Weiber ein Farbenſpiel, das Dir gefallen würde, jede Farbe am Anzuge ſo energiſch, wie ſie ſein kann."

Als Gegenſtück hierzu laſſe ich die Beſchreibung der obengenannten ſchwediſchen Landſchaft folgen: „Keine Stadt, kein Dorf weit und breit, nur einzelne Anſiedler und bretterne Hütten mit wenig Gerſte und Kartoffeln, die unregelmäßig zwiſchen abgeſtorbenen Bäumen, Felsſtücken und Buſchwerk einige Ruten angebautes Land finden. Denke Dir von der wüſteſten Gegend bei Viartlum*) etwa hundert Quadratmeilen aneinander, hohes Haidekraut mit kurzem Gras und Moor wechſelnd und mit Birken, Wachholder, Tannen, Eichen, Ellern bald undurchdringlich dick, bald öde und dünn beſetzt, das Ganze mit zahlloſen Steinen bis zur Größe von haushohen Felsblöcken beſät, nach wildem Rosmarin und Harz riechend, dazwiſchen wunderlich geſtaltete, ſtille Seen, von Haidehügeln und Wald umgeben."

Aus Peterhof ſchreibt er: „Es iſt hier reizend und in Petersburg ſo ſteinern. Denke Dir die Höhen von Oliva und Zoppot alle in Parkanlagen verbunden und mit einem Dutzend

*) Ein Puttkamerſches Gut in Pommern.

Schlössern mit Terrassen, Springbrunnen und Teichen dazwischen, mit schattigen Gängen und Rasen bis ins Seewasser hinein, blauem Himmel und warmer Sonne mit weißen Wolken, über die grünen Wipfelmeere hinaus das wirkliche Meer mit Segeln und Möven; so gut ist es mir lange nicht geworden." — In einem Briefe aus Zarskoe Selo heißt es: „Ich sehe über den Tisch aus dem Fenster, bergab über Birken und Ahorn, in deren Laub Rot und Gelb schon das Grün beherrschen. Dahinter die grasgrünen Dächer des Städtchens, links von einer Kirche mit fünf goldnen Türmen in Zwiebelform überragt, und das Ganze am Horizont eingefaßt von der endlosen Busch-, Wiesen- und Waldebene, hinter deren braun-blau-grauen Schattirungen irgendwo mit einem Fernrohre die Isaakskirche von Petersburg zu sehen sein mag." — „Jenseits des Wassers," so malt er die nächtliche Aussicht aus dem Pavillon, den er in Archangelski bewohnt, „weite, mondhelle Ebene, diesseits Rasenplatz, Hecken, Orangerie; im Kamin heult der Wind und flackert die Flamme, von den Wänden sehen mich alte Bilder an, von draußen weisen marmorne durchs Fenster."

Nicht minder lebendig, farbenreich und stimmungsvoll als diese Landschaften des Nordens und Ostens sind die kleinen Wortgemälde, die Bismarck auf Reisen im Südwesten, in Frankreich und Spanien, skizzirt und nach Hause sendet. So Schloß Chambord, die Gegend zwischen Bordeaux und Bayonne und die Bucht von San Sebastian. Von jenem Schlosse des Königs der französischen Legitimisten berichtet er seiner Gemahlin aus Bordeaux: „Sehr schöne Schlösser habe ich hier gesehen, darunter Chambord, das in seiner Verödung dem Geschicke seines Besitzers entspricht. In den weiten Hallen und prächtigen Sälen, wo Könige mit Maitressen und Jagden ihren Hof hielten, bilden die Kinderspielsachen des Herzogs von Bordeaux das einzige

Mobiliar. ... Die Schloßhöfe liegen ſo ſtill in der Sonne wie verlaſſene Kirchhöfe; von den Türmen hat man eine weite Rundſicht, aber nach allen Seiten ſchweigender Wald und Haidekraut bis an den äußerſten Horizont, keine Stadt, kein Dorf, kein Bauernhof, weder am Schloſſe, noch im Umkreiſe. Purpurnes Haidekraut iſt die einzige Blume in den königlichen Gärten, und Schwalben ſind faſt die einzigen lebenden Weſen im Hauſe. Für Sperlinge iſt es zu einſam." — „Ununterbrochen Kiefernwald," ſo ſchildert er die Landſchaften zwiſchen Bordeaux und Bayonne, „Haidekraut und Moor, bald Pommern wie etwa im Strandwald hinter den Dünen, bald Rußland. Wenn ich aber mit der Lorgnette hinſah, ſchwand die Illuſion. Statt der Kiefer iſt es die langhaarige Seepinie, und die anſcheinende Miſchung von Wachholder, Heidelbeeren u. ſ. w., welche den Boden deckt, löſt ſich in allerhand fremdartige Pflanzen mit myrten- und cypreſſenartigen Blättern auf. Die Pracht, in der das Haidekraut hier ſeine violett purpurnen Blüten entwickelt, iſt überraſchend; dazwiſchen eine ſehr gelbe Ginſterart mit breiten Blättern, das Ganze ein bunter Teppich. Der Fluß Adour, an welchem Bayonne liegt, begrenzt dieſes B-moll der Haide, welches mir in ſeiner weicheren Idealiſirung einer nördlichen Landſchaft das Heimweh ſchärfte." — Aus San Sebaſtian berichtet er wie ein Beobachter mit Maleraugen ſeiner Frau: „Der Weg von Bayonne hierher iſt herrlich, links die Pyrenäen mit wechſelndem Alpenpanorama, rechts das Meer, Ufer wie bei Genua. Der Übergang nach Spanien iſt überraſchend; in Behobie, dem letzten franzöſiſchen Orte, konnte man noch glauben, ebenſogut an der Loire zu ſein, in Fuentarabia eine ſteile Gaſſe, zwölf Fuß breit, jedes Fenſter mit Balkon und Vorhang, jeder Balkon mit ſchwarzen Augen und Mantillen, Schönheit und Schmutz, auf dem Markte Trommeln und Pfeifen und einige

hundert Weiber, alt und jung, die unter ſich tanzten, während die Männer rauchend und drapirt zuſahen. Die Gegend iſt bis hierher außerordentlich ſchön, grüne Thäler und waldige Hänge, darüber phantaſtiſche Linien von Feſtungswerken, Reihe hinter Reihe, Buchten der See mit ganz ſchmalen Einfahrten, die wie Salzburger Seen in Bergkeſſeln tief ins Land ſchneiden. Aus meinem Fenſter ſehe ich auf eine ſolche, die durch eine Felſeninſel von der See abgeſchloſſen und von Bergen mit Wald und Häuſern ſteil eingerahmt iſt. . . . Nach dem Frühſtück gingen oder ſchlichen wir durch die Hitze auf den Berg der Citadelle und ſaßen lange auf einer Bank, einige hundert Fuß unter uns das Meer, neben uns eine ſchwere Feſtungsbatterie mit einer ſingenden Schildwache." — Aus Luchon ſchreibt er auf derſelben Tour: „Vorgeſtern ſind wir von hier auf den Col de Venasque geſtiegen, zuerſt zwei Stunden durch prächtige Buchenwälder voll Epheu, Felſen und Waſſerfälle, dann ein Hoſpiz, dann zwei Stunden ſteiles Steigen zu Pferde im Schnee, mit Fernſichten, ſtillen, tiefen Seen zwiſchen Schnee und Klippen, und 7500 Fuß hoch öffnet ſich eine ſchmale Pforte im ſcharfen Kamme der Pyrenäen, durch die man Spanien betritt. Das Land der Kaſtanien und Palmen zeigt ſich hier als Felſenkeſſel, ringsum eingefaßt von der Maladetta, die vor uns lag, vom Pic de Sauvegarde und Pic de Picade; rechts fließen die Gewäſſer zum Ebro, links zur Garonne, und bis zum Horizonte ſtarrt ein Gletſcher und Schneegipfel hinter dem andern, weit nach Katalonien und Aragon hinein."

Ungemein hübſch iſt auch die Schilderung des Thales von Gaſtein, die er in einem Briefe bei Heſekiel entwirft, und mit der ich dieſen Kranz von Zitaten beſchließen will. „Ich habe es," ſagt er hier, „auf einem reizenden Morgenſpaziergange zum erſtenmale in ſeiner ganzen Schönheit geſehen. Moritz [von

Blankenburg] würde ſagen, daß es eine rieſige Schüſſel mit Grünkohl iſt, ſchmal und tief, die Ränder mit weißen Falleiern rundum beſetzt. Steile Wände einige tauſend Fuß hoch mit Tannen und Wieſengrün mit eingeſtreuten Sennhütten bis an die Schneegrenze bedeckt, und das Ganze von einem Kranze weißer Spitzen und Bänder umzogen, die der Schnee während der fünf Regentage reichlich bepudert hat, und deren untere Grenze die Sonne nun allmählich höher rückt. Dutzende von ſilbernen Fäden durchziehen das Grün von oben, Waſſerbäche, die ſich herabſtürzen in eiliger Haſt, als kämen ſie zu ſpät zu dem großen Falle, den ſie mit der Ache zuſammen dicht vor meinem Hauſe bilden."

Wir erſehen aus dieſen Briefausſchnitten, daß Bismarck ſich auf ſeinen Reiſen auch für die Menſchen intereſſirt und nicht wenig Talent zum Genremaler verrät. Aber die Natur ohne Staffage, der ſtille grüne Wald, die einſame Haide, desgleichen die See ſcheinen ihm ſympathiſcher zu ſein. Von der letzteren ſagt er in einem Briefe aus dem Auguſt 1853, der aus Brüſſel datirt iſt: „Ich habe Oſtende mit Bedauern verlaſſen und bin heute voller Sehnſucht dahin; ich habe dort eine alte Geliebte wiedergefunden, und zwar ſo unverändert und ſo reizend wie bei unſrer erſten Bekanntſchaft. Die Trennung empfinde ich gerade in dieſer Stunde ſchwer und ſehe mit Ungeduld dem Augenblick entgegen, wo ich mich bei dem Wiederſehen in Norderney wieder an ihre wogende Bruſt werfen kann. Ich begreife eigentlich kaum, wie man nicht immer an der See wohnen kann, und warum ich mich habe überreden laſſen, zwei Tage in dieſem geradlinigen Steinhaufen hier zuzubringen."

Mit dem in dieſen Bildern und ſeinem Wohlgefallen am Naturleben ſich darſtellenden Charakterzuge des Kanzlers verſchmelzen ſich andre. Neben ſeiner Hinneigung zur Natur,

ſeiner Freude an ihrer Schönheit, ſeinem Blick und Verſtändnis für ihr Wirken und Walten gehen ſeine Liebe zur ſtummen Kreatur, zu Pflanzen und Tieren, ſeine Paſſion für das Waidwerk und das Reiten, ſein Behagen am Leben eines Landedelmannes, fern vom ſtädtiſchen Treiben, und ſeine Anlage zu land- und forſtwirtſchaftlicher Thätigkeit her. Wie dem Kaiſer Wilhelm die Kornblume beſonders wert iſt, ſo nennt Bismarck in einem ſeiner Briefe das Haidekraut „dieſe von mir geliebte Pflanze.“ Als er in Verſailles einmal auf den Kuhhirten Brand, „eines jener alten Möbel,“ zu ſprechen kam, „mit denen ſeine Jugenderinnerungen,“ wie er ſagte, „untrennbar verknüpft ſind,“ ſchloß er ſeine Rede mit den Worten: „Wenn der mir ins Gedächtnis kommt, iſt mir immer wie Haidekraut und Wieſenblumen.“ Als er in Kniephof lebte, galt ſeine große däniſche Dogge in der ganzen Gegend als bevorzugte „Perſönlichkeit.“ Ebendaſelbſt ſpielten in ſeinem Haushalte junge Raugen aus der Sippe Reinekes eine Rolle. In Petersburg traten an deren Stelle zwei Bärenjünglinge, welche er, bis ſie, zu reiferen Jahren gelangt, Zierden der zoologiſchen Gärten in Frankfurt und Köln wurden, wie Hunde in den Zimmern des Geſandtſchaftspalais hielt. „Miſchka,“ ſo erzählt Heſekiel, „erſchien da wohl zu größter Beluſtigung der Gäſte plötzlich bei Tafel, ſpazierte gar artig zwiſchen den Tellern und Gläſern auf dem Tiſche herum, kniff dann und wann den aufwartenden Diener in die Wade und rutſchte auf der im Speiſeſaale befindlichen Rutſchbahn.“ „Wenn R. und die Fuchsſtute nicht wären, ſo würde ich mir etwas vereinſamt vorkommen, obwohl ich nie allein bin,“ ſchreibt Bismarck 1862, bald nachdem er preußiſcher Premier geworden, aus der „Auerswaldhöhle“ im Staatsminiſterium an ſeine Gemahlin. In Varzin war 1877 Sultel, eine Ulmer Dogge, die Graf Holnſtein in München dem

Fürſten geſchenkt, der Zimmergenoß des letzteren, und mit „ſeiner Gattin“ Flörchen ſein Begleiter auf allen Gängen und Ritten, bis irgend ein landfahrender Strolch oder ſonſtwer das treue und harmloſe Tier, das ſein Herr nach dem Diner eigenhändig zu füttern pflegte, brutal erſchlug, und noch 1883 bewahrte der Kanzler ein Bild (Silhouette oder gefärbte Photographie) ſeines vierfüßigen Freundes unter den Sachen, die auf ſeinem Schreibtiſche ſtanden. Der gegenwärtige „Reichshund“ iſt nicht von ſo liebenswürdigem Charakter wie ſein Amtsvorgänger, ja gegen Fremde ein bedenklicher Geſell, er ſcheint aber kaum weniger in Gnaden zu ſtehen als jener. Auch den Dohlen im Varziner Parke hatte der fürſtliche Tierfreund ſeine Aufmerkſamkeit zugewendet und ihnen ein Eckchen in ſeinem Herzen eingeräumt, und es war gar artig zu hören, wenn er berichtete, wie ſie „ihren Kindern das Fliegen lehren,“ wie ſie dieſelben ſpäter „an die nahe Seeküſte zur Würmerdiät führen,“ und wie ſie „als vornehme Leute zum Winter in die Stadt, in die Türme von Stolp und Schlawe, ziehen.“

Von früher Jugend an bis etwa in ſein ſechzigſtes Jahr war der Kanzler ein ungewöhnlich guter Schütz, ein paſſionirter Reiter und ein ebenſo eifriger als glücklicher Jäger. Seitdem ſchwächer geworden, hat er die betreffenden Neigungen und Künſte allmählich eine nach der andern verabſchiedet. Als junger Mann traf er mit einem gezognen Piſtol ſein Ziel ſo gut, daß er Enten, die auf dem Kniephofer Gutsteiche ſchwammen, die Köpfe abſchoß. Nicht weniger gefährlich für das Waldgetier und die zum Waidwerk gehörige Vogelwelt waren in ſeiner Hand Büchſe und Flinte. Er hat damit beinahe in allen Landen Europas Ehre eingelegt und Trophäen von Geweihen und Fellen für die Wände und Fußböden ſeines Hauſes geſammelt: in den heimiſchen Forſten, im Taunus und in den Ardennen, auf den

Gemſenweiden der Alpen, in Rothſchilds Park zu Ferrières, in ſchwediſchen Waldregionen und auf ruſſiſchen Bären-, Wolfs- und Elenjagden. Sein Glück und Geſchick bei letzteren war in den Kreiſen der höhern Geſellſchaft Petersburgs faſt ſprichwörtlich geworden, und ich wüßte von dieſen Leiſtungen und Erfolgen wohl ein halb Dutzend recht wunderbare zu erzählen, die, obwohl Jäger — „die Wahrheit mit Modifikation“ zu reden pflegen, nothing but truth ſind. Von wohlunterrichteter Seite wurde Heſekiel eine Geſchichte mitgeteilt: „Wie Bismarck ſelbſieben auf die Bärenjagd fuhr.“ Die Expedition wurde von Petersburg aus unternommen. Nach der Rückkehr fragte man einen der ſieben Nimrode: „Nun, wie iſt's abgelaufen?“ Er erwiederte: „Iſt uns ſchlimm ergangen, Väterchen. Kommt da der erſte Bär angetrabt, der Preuße ſchießt, und Petz bricht im Feuer zuſammen. Darauf rückt ein zweiter Bär an, ich ſchieße und fehle ihn, und der Bismarck ſchießt ihn mir mit einem Kapitaltreffer beinahe vor den Füßen tot. Halt, da bricht der dritte Bär aus dem Gebüſche, Oberſt M. feuert zweimal und fehlt zweimal. Da hat ihm der Preuße auch dieſen Bären vor der Naſe weggeſchoſſen. So hat er denn alle drei Bären erlegt, und darnach iſt uns keiner mehr begegnet. So ſchlimm iſt's uns ergangen, Väterchen.“ Bei einer andern Gelegenheit ſchoß Bismarck außer verſchiednen Rehböcken und Damhirſchen fünf Elentiere, darunter eins, das bis zum Widerriſt 6 Fuß 8 Zoll hoch war und darüber noch den koloſſalen Kopf trug. Ich glaube das Fell dieſes rieſigen Schelchs noch 1870 geſehen zu haben, und zwar im Billardſaale der Berliner Amtswohnung des Miniſters, wo es als eine Art Teppich ausgebreitet war.

Auch als kecker und ausdauernder Reiter hat Bismarck ſeinerzeit Ungewöhnliches geleiſtet, vorzüglich in jungen Jahren, wo ihm Parforceritte von acht bis zehn Meilen nicht als

Unmöglichkeiten erſchienen und ausgeführt wurden. Aber auch in ſpätern Zeiten noch, wo er ſchon längſt Miniſter war, hielt er, wenn es notwendig war, lange im Sattel aus, während der Schlacht bei Königgrätz z. B. zwölf Stunden und am Tage nach der Entſcheidung bei Sedan von 6 Uhr früh bis 12 Uhr abends. Übrigens begleitete ihn bei ſeinen Ritten nicht immer das Glück, im Gegenteil, er iſt nach eignem Geſtändnis an die fünfzig mal im Leben mit dem Pferde oder von demſelben geſtürzt, und etliche mal — z. B. in Varzin, wo er drei Rippen brach — in gefährlicher Weiſe.

Daß Bismarck als Göttinger und Greifswalder Student den Schläger gewandt und kräftig zu führen verſtand und dies auf etwa dreißig Menſuren bewies, braucht als bekannt hier nicht des Breitern erzählt zu werden. Daß er noch ſpäter im Leben ein tüchtiger Schwimmer war, erſehen wir zunächſt daraus, daß ſeine Briefe von langdauernden Schwimmfahrten berichten, die er im Rhein, in der Donau und in der Theiß ausführte. So erzählt er im Juli 1851 ſeiner Frau: „Am Sonnabend bin ich mit Rochow und Lynar Nachmittags [von Frankfurt] nach Rüdesheim gefahren; da nahm ich mir einen Kahn, fuhr auf den Rhein hinaus und ſchwamm im Mondſcheine, nur Naſe und Augen über dem lauen Waſſer, bis nach dem Mäuſeturme bei Bingen, wo der böſe Biſchof umkam. Es iſt etwas ſeltſam Träumeriſches, ſo in ſtiller, warmer Nacht im Waſſer zu liegen, vom Strome langſam getrieben, und den Himmel mit Mond und Sternen und ſeitwärts die waldigen Berggipfel und Burgzinnen zu ſehen und nichts als das leiſe Plätſchern der eignen Bewegung zu hören; ich möchte alle Tage ſo ſchwimmen.“ Noch überzeugender aber als dieſe Leiſtung und ähnliches ſpricht für Bismarcks Kraft und Geſchicklichkeit auf dieſem Gebiete der nachſtehende Vorfall. Im Jahre 1842 war er als Leut-

nant der Landwehr mit der Stargarder Ulanenſchwadron zur Übung bei Lippehne in der Neumark. Er ſtand eben mit andern Offizieren auf der Brücke, die über den dortigen See führt, als ſein Reitknecht Hildebrand, der ein Pferd in die Schwemme geritten hatte, von dieſem nicht fern von dem Standorte der Herren in tiefem Waſſer abgeworfen wurde und in den Fluten verſchwand. Sofort warf Bismarck den Säbel weg und ſtürzte ſich dem Verſunknen nach. Es gelang ihm auch bald, denſelben zu finden und zu faſſen, allein nun klammerte dieſer ſich in der Todesangſt ſo krampfhaft an ihn, daß er mit ihm auf den Grund gehen mußte, wenn er ſich von ihm losmachen wollte. Schon gab man Herrn und Diener verloren, als jener wieder emportauchte und, den bewußtlos gewordnen Reitknecht hinter ſich herziehend, dem Ufer zuſchwamm, wo letzterer allmählich wieder zu ſich kam. Die kleine Stadt geriet über dieſe tapfere Rettungsthat, welche zugleich die ungewöhnliche Körperſtärke, die Gewandtheit und die Geiſtesgegenwart des Retters bewundern ließ, in große Bewegung, welcher der dortige Geiſtliche dadurch feierlichen Ausdruck gab, daß er dem Leutnant von Bismarck im Ornat entgegenging, um ihm zu der ihm widerfahrenen Gnade Gottes Glück zu wünſchen. Der König aber verlieh dem entſchloſſenen jungen Herrn in der bekannten Rettungsmedaille ſeine erſte Dekoration.

Das Talent zur Erlernung fremder Sprachen ſcheint in Europa von Weſten nach Oſten hin zuzunehmen. Die Franzoſen beſitzen im allgemeinen am wenigſten, die Polen und Ruſſen am meiſten davon, die Deutſchen ſtehen in der Mitte. Wir bringen es ziemlich leicht dahin, eine Zeitung oder ein Buch aus dem Bereiche der uns benachbarten Sprachen zu verſtehen, ſchwerer dagegen fällt den meiſten unter uns das richtige und geläufige Reden in fremden Zungen, und übel beſtellt iſt es bei

uns namentlich mit der Fertigkeit in der Ausſprache der Laute nichtdeutſcher Idiome. Natürlich giebt es dabei Ausnahmen von der Regel, und der Reichskanzler iſt eine eklatante Ausnahme. Wie er das Deutſche ohne Dialekt ſpricht, ſo hat er ſich auch das Franzöſiſche in einem Maße angeeignet, bei dem ein Genfer oder ein Petersburger aus den höheren Geſellſchaftskreiſen kaum etwas auszuſetzen haben würde. Er beherrſcht ferner das Engliſche in einem Grade, der ziemlich hohen Anſprüchen genügen kann, und verſteht das Italieniſche hinreichend, um ſich in der Preſſe dieſes Gebietes ohne Schwierigkeit orientiren zu können. Auch das Polniſche iſt ihm nicht unbekannt, und mit dem Ruſſiſchen hat er ſich während ſeines vierthalbjährigen Aufenthalts an der Newa ſo vertraut gemacht, daß er ſich darin unterhalten kann. Es ſoll dem verſtorbenen Kaiſer Alexander höchlich imponirt haben, als Bismarck ihm zum erſten male in moskowitiſcher Rede antwortete. Das iſt aber für einen Deutſchen keine Kleinigkeit. Der Mathematiker Gauß empfand einmal das Bedürfnis, ſeiner abſtrakten Beſchäftigung in ſich eine Art Gegengewicht zu verſchaffen. Es präſentirten ſich ihm zur Auswahl die ruſſiſche Sprache und die maſſenhaften und vielgliedrigen Pflanzenbezeichnungen des Linnéſchen Syſtems. Er entſchloß ſich, die letzteren auswendig zu lernen, und eignete ſie ſich wirklich mit der Zeit alleſamt an. Das Ruſſiſche mit ſeinem ungeheuren Formenreichtum, ſeinen vielen Ausnahmen war ihm zu ſchwierig erſchienen. Weniger ſtark als in den modernen Sprachen iſt der Kanzler in den beiden klaſſiſchen. „Als ich Primaner war," ſagte er zu mir in Ferrières, „da konnte ich recht gut lateiniſch ſchreiben und ſprechen, jetzt ſollte es mir ſchwer fallen, und das Griechiſche habe ich ganz vergeſſen."

Unter den Wiſſenſchaften haben den Fürſten von jeher die

hiſtoriſchen und geographiſchen beſonders angezogen, die, welche das Werden auf politiſchem und ſozialem Gebiet erkennen laſſen, und die, welche deſſen natürliche Bedingungen, das Gegebene und Gewordene, die Verhältniſſe und Zuſtände zeigen, nach denen ſich die zukünftigen Geſtaltungen, ſo weit menſchlicher Verſtand reicht, berechnen laſſen. Er iſt mit der hierüber vorhandenen Literatur in ihren Hauptwerken wohl vertraut und verfolgt deren neue Erſcheinungen — ich nenne nur die treffliche Darſtellung des Entſtehens und des Ganges der erſten franzöſiſchen Revolution, die wir Taine verdanken — mit lebhaftem Intereſſe. In Betreff der ſchönen Wiſſenſchaften giebt er Goethe und Shakeſpeare den Vorzug. Wollte er einmal einen beträchtlichen Teil der geſammelten Werke des erſteren andern überlaſſen, ſo meinte er andrerſeits mit dem Reſte etliche Jahre auf einer wüſten Inſel auskommen zu können. Schiller iſt ihm, offenbar infolge der ſtarken Abneigung, die ihm pompöſer und deklamatoriſcher Stil einflößt, weniger ſympathiſch, und den Apfelſchuß im Tell hält er für unnatürlich, den überlegten Mord Geßlers aus dem Hinterhalte für nicht heldenmäßig. Was die letzten Ernten an belletriſtiſchem Gewächs auf den deutſchen Markt geliefert haben, gilt ihm ſelbſtverſtändlich noch weit weniger, doch hat er von den bekannteren Romanen und Novellen dieſer Epigonenthätigkeit wenigſtens Notiz genommen. Mehr Beachtung ſcheinen ihm die engliſchen und noch mehr die franzöſiſchen Romanſchriftſteller der Gegenwart abgewonnen zu haben. „Schicke mir einen franzöſiſchen Roman," bittet er während des böhmiſchen Feldzuges brieflich ſeine Gemahlin, „aber nur einen auf einmal." Zu bezweifeln iſt es indes, wenn Seinguerlet „einen engliſchen Autor" berichten läßt, er habe auf dem Schreibtiſche des Fürſten „ganze Haufen" belletriſtiſcher Franzoſen geſehen. Ebenſo würde es cum grano

salis zu nehmen ſein, wenn derſelbe Ungenannte behauptet hätte, „Feydau, Edmont de Goncourt und Flaubert ſind ſeine Lieblingsſchriftſteller, und ganz neuerdings hat er auch die realiſtiſchen Schöpfungen Emile Zolas mit Teilnahme verfolgt.“ Das Intereſſe war hier trotz mancher Vorzüge, welche die genannten Dichter vor den Herren Kollegen in Deutſchland unſtreitig auszeichnen, ſicher mehr ein kulturhiſtoriſches als ein äſthetiſches.

Welche Stellung der Fürſt zu den bildenden Künſten einnimmt, weiß ich mit Beſtimmtheit nicht anzugeben. In Frankfurt verkehrte er ziemlich viel mit Malern und Bildhauern, namentlich mit Profeſſor Becker, der ihn auch gemalt hat. In ſeinen Briefen aber findet ſich, ſoweit mir erinnerlich, nichts, was darüber Auskunft geben könnte, und ſelten hörte ich ihn über Gegenſtände und Perſönlichkeiten dieſes Bereichs ſprechen, z. B. während des Krieges in Frankreich, wo vom Brandenburger Thor die Rede war, das er „in ſeiner Art ſchön“ nannte, und von dem er meinte, es würde ſich noch beſſer ausnehmen, wenn man es durch Entfernung der Seitenkolonnaden, der Wache und des Gebäudes auf der andern Seite freiſtellte. Ferner zeigen ſeine Salons in Berlin und Varzin ſowie ſeine Stuben in Schönhauſen nur in mäßigem Grade künſtleriſchen Schmuck, wenn man nicht auch Photographien, Lithographien und Stahlſtiche dafür gelten laſſen will. Sein Arbeitszimmer in erſterer Stadt ſchmücken einige Ölgemälde, das in letzterem Orte dagegen hatte 1877 gar kein Bild aufzuweiſen, und ſeine Neubauten in Pommern und im Sachſenwalde ſind im einfachſten Stil ausgeführt. Doch möchte ich aus alledem nur ſchließen, daß ſein Gefallen an dieſen Dingen kein beſonders lebhaftes iſt, nicht, daß ihm der Sinn für Malerei, Skulptur und Baukunſt überhaupt abgeht. Wäre dem aber auch ſo, ſo würde es am

Ende nicht viel auf sich haben. Lessing war ein schlechter Bibliothekar und doch ein bahnbrechender Gelehrter und ein höchst achtbarer Kritiker. Kant sagte einmal: „Man kann ein großer Philosoph sein und doch nicht gut die Flöte blasen.“ Mit Steins wissenschaftlicher und allgemein literarischer Bildung stand es recht übel. Schön schreibt über ihn an den Oberburggrafen von Brünneck: „Seine poetische Bildung war im Monat August 1808 noch auf dem Standpunkte, daß er nichts von Goethe gelesen hatte. Durch Necken und Scherzen über seine prosaische Natur wurde er damals dahin gebracht, Faust lesen zu wollen. Er erhielt dieses Buch etwa um zehn Uhr vormittags und schickte es bald nach vier Uhr mittags mit der Aufforderung zurück, ihm den (bekanntlich damals noch gar nicht vorhandenen, wenigstens noch nicht gedruckten) zweiten Teil zu übersenden. An ebendemselben Tage abends war ich mit Stein bei dem Kriegsrat Schäffner in Gesellschaft, und aus seiner Antwort auf meine Frage, wie ihm der Faust zugesagt habe, ersah ich, daß es ihm nur ein Geschichtsbuch gewesen war. Dabei bezeichnete er es als ein unanständiges Buch, von dem man in guter Gesellschaft gar nicht sprechen könne. Neben dem Geschichtlichen waren ihm nur die Szenen in Auerbachs Keller und auf dem Blocksberg bemerkenswert geblieben.“ Und doch war Stein ein seltenes intuitives Talent, ein gewaltiger Charakter, kurz ein Geist ersten Ranges.

Theater und Oper besucht der Kanzler gegenwärtig, wenn überhaupt, höchst selten. Früher muß er es damit anders gehalten haben. 1852 schreibt er seiner Frau aus Wien: „Ich komme soeben aus der Oper mit Old Westmoreland [dem damaligen englischen Gesandten am k. k. Hofe], Don Giovanni, von einer guten italienischen Truppe, bei der ich die Miserabilität des Frankfurter Theaters doppelt empfand.“ Ich entsinne

mich nicht, daß er während des franzöſiſchen Krieges oder in den letzten Jahren der Bühne und ihrer Celebritäten irgendwie Erwähnung gethan hätte. Nur des Komikers Helmerding wurde, glaube ich, einmal mit ein paar Worten gedacht.

Mehr Intereſſe als an den ebengenannten Künſten nimmt der Fürſt an der Muſik, die er während ſeiner Berliner Studentenzeit durch Graf Kaiſerlingk ſchätzen lernte, und wo die klaſſiſchen Meiſter, obenan Beethoven, ſeine Lieblinge ſind. Zwar ſpielt er ſelbſt kein Inſtrument, wohl aber erfreut er ſich am Spiel andrer. In einem Briefe aus dem Sommer 1851 bezeichnet er ſeiner Frau ſeinen Zuſtand mit „geſund und heiter, aber etwas Wehmut, etwas Heimweh, Sehnſucht nach Wald, See, Wüſte, Dir und den Kindern, alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermiſcht.“ In einem vom 27. Oktober 1863 datirten Schreiben an dieſelbe heißt es: „Geſtern nach dem Eſſen ſaß ich mit Keudell im blauen Salon allein, und er ſpielte.“ Zwei Jahre nachher, am 1. September 1865, meldet er ihr aus Baden: „Abends Quartett bei Graf Flemming mit Joachim, der ſeine Geige wirklich wunderbar ſtreichelt.“ In Verſailles trug Herr von Keudell, der virtuoſe Klavierſpieler und Legationsrat, dem Miniſter beim Kaffee ſanfte Phantaſien auf dem Piano des Salons vor. Er ſagte mir nachher auf meine Frage, ob der Chef viel Gefallen an ſolchen Produktionen finde, jawohl, obgleich er nicht ſelbſt muſikaliſch ſei. „Sie werden auch bemerkt haben,“ fügte er hinzu, „daß er leiſe mitſingt. Es iſt das gut für ſeine Nerven, die heute ſehr angegriffen ſind.“ Im Spätherbſt 1881 ſummte der Fürſt, als wir in der Dunkelheit mit einander durch die gewundenen Wege des Parkes hinter ſeinem Berliner Palais gingen und uns über den neugewählten Reichstag unterhielten, die Melodie des Studentenliedes: „Wir hatten gebauet ein ſtatt-

liches Haus," und nach einer Weile ſprach er vom Glück von Edenhall, mit dem er die deutſche Verfaſſung verglich. Die Melodie ging in ſeiner Seele dem Gleichnis und dem darin liegenden Gedanken voraus.

Bismarck hat unmittelbar vor Ausbruch des böhmiſchen Krieges notgedrungen viel auf eine Karte geſetzt: Preußens Großmachtſtellung und ſein eignes Schickſal. Aber weder in dieſem noch in dem gewöhnlichen Sinne iſt er ein Freund des Spielens mit Unberechenbarem. Er hat ſich niemals an Börſenmanövern beteiligt, wie mancher andre hochgeſtellte Mann nicht bloß in Frankreich, Öſterreich und Italien, und ſchon ſeit langer Zeit rührt er keine Karte mehr an. Als junger Herr fand er allerdings Gefallen am Whiſttiſch, an dem er einmal ſieben volle Stunden ſitzen blieb und zwanzig Rubber ſpielte, und ebenſo übten Hazardſpiele in dieſer Zeit ſeines Lebens Reiz auf ihn aus. „Aber," ſo bemerkte er, als er einmal davon ſprach, „ſie intereſſirten mich nur, wenn es hohen Einſatz galt, und das ſchickte ſich nicht für einen Familienvater." Es iſt wahr, noch im Sommer 1865 nahm er an einem Spiel Quinze teil, aber lediglich zu politiſchem Zwecke, mit diplomatiſchen Hintergedanken. „Es war," ſo berichtete er uns in Verſailles, „wie ich mit Blome den Vertrag von Gaſtein abſchloß. . . . Obwohl ich ſonſt garnicht mehr ſpiele — ſchon lange nicht mehr —, ſpielte ich da ſo leichtſinnig darauf los, daß ſich die andern nicht genug verwundern konnten. Ich wußte aber, was ich wollte. Blome hatte gehört, daß man beim Quinze die beſte Gelegenheit hätte, die Menſchen kennen zu lernen, und wollte das jetzt verſuchen. Ich dachte, ſollſt ihn ſchon kennen lernen. Ich verlor damals ein paar hundert Thaler, die ich eigentlich, als im Dienſte Seiner Majeſtät verwendet, hätte liquidiren können. Aber ich machte ihn damit irre; er hielt mich für wagehalſig und gab nach."

Wie ſich von ſelbſt verſteht, führt Bismarck als Diplomat eine gute Tafel, doch verſchmäht er auch einfache Dinge nicht, wie er denn viel auf einen reinen Kornbranntwein giebt, den er neben vornehmem Cognac unter dem Kellerhalſe in der Hausflur des Schlößchens von Schönhauſen alt werden und ſich „für die Enkelkinder“ veredeln läßt. In Varzin kommt, wie er ſelbſt einmal erklärte, auf ſeinen Tiſch nach Möglichkeit und natürlich mit Ausnahme der Weine nur Selbſterbautes, Selbſtaufgezognes und Selbſterlegtes. Wie Friedrich der Große, iſt er in geſunden Tagen ein rüſtiger Eſſer, doch muß dabei berückſichtigt werden, daß er in der Regel des Tages nur einmal und zwar erſt abends von ſechs Uhr an ſpeiſt, und daß Leute, die viel und angeſtrengt zu denken und zu rechnen haben, viel Nahrung bedürfen. Ehedem ein leidenſchaftlicher Raucher, der im Eiſenbahnkoupee auf der Fahrt von Köln nach Berlin „mit einem Feuer,“ d. h. eine Cigarre an der andern anzündend, gereiſt war, entſagte er dieſem Genuſſe nach 1870 aus Geſundheitsrückſichten mehr und mehr, an die Stelle des „fragrant weed“ trat die lange Pfeife, und 1881 äußerte er eines Abends gegen mich, daß er das Rauchen ganz aufgegeben habe, da es ihm nicht mehr bekomme.

Die Geſundheit des Fürſten iſt ſchon ſeit vielen Jahren, d. h. ſeit ſeinem Aufenthalt in Petersburg, nicht die beſte, obſchon man ihm dies für gewöhnlich nicht anſieht. Wiederholentlich ſuchten ihn ſchwere, zuweilen auch ſchmerzhafte Krankheiten, wie Gürtelroſe und Neuralgie, heim. Wenn er an Nervoſität leidet, ſo iſt das nicht unbegreiflich: ſeit mehr als zwanzig Jahren iſt der wichtigſte Teil der politiſchen Geſchichte Deutſchlands und daneben nicht Weniges von derjenigen der Nachbarländer mit ſeinen Rätſeln und Problemen, ſeinen Wirren, Spannungen und Gefahren vorher durch ſeinen Kopf gegangen,

und er hat ſich alles zugleich zu Herzen genommen. Als er ſich im April 1878 im Verlauf eines Tiſchgeſprächs einen „alten Mann“ nannte und die Fürſtin darauf einwendete: „Du biſt aber doch erſt dreiundſechzig Jahre,“ erwiederte er: „Ja, ich aber habe immer ſchnell und baar gelebt.“ Dann ſetzte er, zu mir gewendet, hinzu: „Baar, das heißt, ich bin immer ganz bei der Sache geweſen, mit meinem vollen Weſen — was erreicht wurde, ich habe dafür bezahlt mit meinen Kräften und meiner Geſundheit.“ Sein Hauptübel neben der nervöſen Reizbarkeit, die mit immer wiederkehrender Schlafloſigkeit verbunden iſt, ſcheint ein geſtörter Magen zu ſein, und außerdem quält ihn von Zeit zu Zeit eine Venenentzündung am Beine, die im Februar v. J. mit nervöſem Geſichtsſchmerz abwechſelte. „Wenn das eine geht, ſtellt ſich das andre ein.“ Beſonders nachteilig wirkt auf ſein Befinden Ärger, und daß es ihm daran nicht gebreche, dafür ſorgen einesteils der Unverſtand und die Bosheit der parlamentariſchen Parteien, der Liberalen wie der Konſervativen, andrerſeits gewiſſe Hofkreiſe, die namentlich während des Streites mit den Ultramontanen und vor dem Ausbruche des letzten Krieges mit ihren Ränken und Umtrieben ſeine Wege zu kreuzen und ihm Steine aufs Geleis zu legen ſuchten.

Schließlich möge in dieſem Zuſammenhange noch erwähnt werden, daß der Reichskanzler nicht gut in die Ferne ſieht, aber beim Leſen und Schreiben keiner Brille bedarf, daß er ſich eines ungewöhnlich ſcharfen Gehörs erfreut, und daß er, wie alle Nervöſen, warme Kleider und Zimmer liebt. In Varzin und Friedrichsruh werden, ſobald das Wetter einigermaßen kalt wird, alle Zimmer des Hauſes, auch die leerſtehenden Gaſtſtuben und ſelbſt die Vorſäle geheizt.

Seinem Temperamente nach iſt der Fürſt den choleriſchen

Naturen beizuzählen, und ſo nimmt Verdruß bei ihm leicht ein vulkaniſches Weſen an, und es kommt zu heftigen Ausbrüchen. Doch erliſcht der Vulkan ſo raſch, als er ſich entzündet, und von Groll und Nachträglichkeit iſt nicht die Rede. Als ich am 1. April 1870 in Geſchäften zu ihm gerufen wurde, gratulirte ich ihm nach Empfang meines Auftrages zum Geburtstage, woran ich die Hoffnung knüpfte, noch recht lange in ſeiner Nähe zu bleiben. Er erwiederte: „Das hoffe ich auch. Aber in meiner Nähe iſts nicht immer angenehm; doch muß man das nicht ſo genau nehmen.“ Überhaupt geht durch das Weſen des Fürſten ein gewiſſer gutmütiger Zug, der nicht ſelten auch in der Geſtalt von Mitleid und hilfreicher Neigung auftritt. Immer war Bismarck der Freund des armen Mannes, der kleinen Leute, und zwar nicht bloß mit Worten wie die Phariſäer der Fortſchrittspartei und ihrer Vettern- und Gevatterſchaft, ſondern werkthätig. Er war's auch im Privatleben. Er hat ſeine Gutsangehörigen und Diener niemals gedrückt und hart behandelt. In Bar le Duc ſchnitt er der hungernden Schildwache vor ſeinem Quartier in der Nacht eigenhändig ein Stück Brot ab und trug es ihr hinaus. Nach der Schlacht bei Beaumont ſah ich ihn maroden bairiſchen Nachzüglern aus ſeiner Feldflaſche Cognac zu trinken geben und den Inhalt ſeiner Cigarrentaſche an ſie verteilen. Nach Sedan ſchickte er mich mit reichlichen Cigarrenvorräten zu den Verwundeten in den Lazaretten zu Donchery, indem er bemerkte: „Rauchen iſt ihnen doch das liebſte, lieber wie Eſſen.“ Mehrmals beſuchte er in Verſailles die Kranken in den Spitälern, erkundigte ſich nach ihrem Befinden, fragte nach der Art ihrer Verpflegung und ob ſie genüge, ſorgte, daß die Leichterkrankten Unterhaltungslektüre erhielten, und vergaß nicht anzuordnen, daß einer derſelben, der ſich nach Apfelmus geſehnt

und dem er ſolches verſprochen, aus unſrer Küche das Zugeſagte bekam. Unaufgefordert beteiligte er ſich an der Sammlung zu einer Weihnachtsbeſcherung, welche die Fürſtlichkeiten und andre vornehme Herren im großen Hauptquartiere für die Verwundeten und Kranken im Schloß und andern Lazaretten der Stadt ins Auge gefaßt hatten. Man hat ihn einen bittern Charakter, einen Verächter und Haſſer der Menſchen genannt, ihm Spötterei und Mediſance nachgeſagt. Abgeſchmacktheiten! Er haßt und verachtet nur das, was an den Menſchen nicht menſchlich iſt, er ſpottet nur über das Lächerliche an ihnen, beſonders wenn es ernſt und pathetiſch auftritt, und wenn dies oft geſchieht, ſo iſt es nicht ſeine Schuld.

Wenn es ſcheint, als könne Bismarck ſich Menſchen ohne ſelbſtſüchtige Ziele und Abſichten nicht vorſtellen, ſo wird ſeine Erfahrung ihm dieſe Auffaſſung gelehrt haben, und wenn er überhaupt ſtark zu Mißtrauen und Argwohn hinneigt, häufig Trug und Schein vermutet und vielen gemeine Motive und ſchlimme Praktiken zutraut, ſo wird ſich das auf gleiche Weiſe erklären. Ich könnte nach eigener Beobachtung und aus ſicherſter Quelle Dutzende von Belegen beibringen, wenn ich ſage: nirgends unter der Sonne vielleicht giebt es mehr Gleisner, Ränkeſpinner und Lügenſchmiede, nirgends zwiſchen den beiden Polen der Erdachſe mehr Eitelkeit, Verſtellung und Tücke, Scheinweſen und Strebertum als in der Sphäre der diplomatiſchen Welt und auf dem Parkett, darauf das höhere Hofgeſinde ſich bewegt. Vorſicht iſt hier die oberſte Tugend, und hochgeſtellte Perſonen thun hier wohl, allezeit der goldnen Regeln eingedenk zu ſein: „Traue, ſchaue, wem," und: „Wer da ſteht, der ſehe zu, daß er nicht falle."

Als preußiſcher Miniſter bezieht der Fürſt kein Gehalt, als Kanzler des deutſchen Reiches jährlich 54 000 Mark. Sein

übriges Einkommen fließt im weſentlichen aus Landbeſitz, der zwar eine ſtattliche Anzahl von Morgen umfaßt, aber — vorzüglich bei den gegenwärtigen Getreide- und Holzpreiſen — verhältnismäßig geringe Nettoerträge liefert. So würde Bismarck als einfacher Edelmann, ja als Graf für reich gelten können, als Fürſten aber darf man ihn nur mäßig begütert nennen. Bis 1867 beſaß er einzig das Gut Schönhauſen in der Altmark, das ungefähr 2800 Morgen groß iſt und meiſt Kapitalboden hat. Im obengenannten Jahre kam dazu die Herrſchaft Varzin in Hinterpommern, die er ſich für die ihm damals vom preußiſchen Landtage bewilligte Dotation von 400 000 Thalern kaufte, und die, ſeitdem durch die Güter Sedlitz und Chorow vergrößert, jetzt eine Fläche von etwa 30 000 Morgen umfaßt, zum großen Teil aber aus wenig fruchtbarem Boden beſteht und Stellen hat, welche ſich ſelbſt zur Bepflanzung mit Kiefern nicht eignen. Nach 1870 ſchenkte der Kaiſer in ſeiner Eigenſchaft als ſouveräner Herzog von Lauenburg dem Reichskanzler den im Amte Schwarzenbeck nicht weit von Hamburg gelegenen und mit einem Arme bis an die Elbe hinabreichenden Sachſenwald, der, bis dahin Domäne geweſen, einen Landſtrich von 7000 Hektaren oder 28 000 Morgen einnimmt und großenteils aus herrlichem Buchenforſte beſteht, und neuerdings hat der Fürſt zu dieſem Beſitze, mit dem kein Ackerland, ſowie kein Schloß oder Herrenhaus verbunden war, die am weſtlichen Saume desſelben gelegenen kleinen Güter Schönau und Silk, ſowie eine große Bauernſtelle erworben, womit er beiläufig kein durchaus vorteilhaftes Geſchäft gemacht hat. Das Holz der Varziner Forſten wird teilweiſe an drei dort vom Wipperfluſſe getriebene Holzpapierfabriken, das der Schwarzenbecker an eine große Pulvermühle verkauft, die auf dem dortigen Terrain des Fürſten an der Elbe liegt, teilweiſe auch von neuangelegten Sägewerken

zu Pfoſten, Brettern und Klötzen verarbeitet. Sowohl Schönhauſen als Varzin und der Sachſenwald haben den Vorteil, von Eiſenbahnen berührt oder durchſchnitten zu werden und ſo ihre Erzeugniſſe bequem und wohlfeil zu Markte bringen zu können. Die Herrenhäuſer jener drei Beſitzungen ſind weder beſonders geräumig noch ſonſtwie großartig angelegt, aber behaglich eingerichtet, und Friedrichsruh, wo der Kanzler ſich ein ehemals als Logirhaus für Hamburger Sommergäſte benutztes Gebäude zu einer Art Schlößchen umgeſchaffen hat, iſt mit ſeiner Umgebung von Buchen und Fichten, durch die ſich ein Flüßchen hinwindet, ein recht anmutiges Fleckchen Erde. Der Sachſenwald, der es umgiebt, mag mit den beiden Gütern, die ſich ihm jetzt anſchließen, einen Wert von etwas mehr als drei Millionen Mark haben, ſein jährlicher Nettoertrag aber wird gegenwärtig die Summe von hunderttauſend Mark nicht ſehr beträchtlich überſteigen.

Der Kanzler verſteht ſich auf die Land- und Forſtwirtſchaft und hat mit ihr auf ſeinen Gütern erfreuliche Erfolge erzielt. In Schönhauſen hat er gegen fünfhundert Morgen Wald ſelbſt aufgeſchont, darunter auch Eichen, welche gut gedeihen. In Varzin iſt er bemüht geweſen, einen ausgedehnten Buchenforſt, den ſein Vorbeſitzer infolge irrtümlicher Beurteilung der Bodenbeſchaffenheit gerodet und in Ackerland verwandelt hatte, das wenig trug, durch Neupflanzung wiederherzuſtellen. Desgleichen hat er an andern Stellen der Herrſchaft Sorge getragen, daß auf kargem und bis dahin nur mit Sandhafer und Haidekraut bewachſenem Boden Kiefernſchonungen angelegt wurden. Nicht minder hat er dem aus Feld beſtehenden Areal der ſechs Güter, aus denen ſich ſein kleines Reich im hinterpommerſchen Hügellande zuſammenſetzt, Reformen zu teil werden laſſen, die deſſen Äcker und Wieſen ertragsfähiger gemacht haben. Bei Friedrichs-

ruh iſt hinter dem Hauſe ein Park geſchaffen und der daran hinfließende Bach Aue regulirt und geſchlämmt worden, und man geht damit um, einen Eichenwald auf dem rechten Ufer des letzteren, der wegen ſeines naſſen Bodens nicht recht gedeihen will, zu ſchlagen und durch andre Bäume zu erſetzen.

Bei allen dieſen Anlagen und Veränderungen gilt die Regel: wo die Natur — beiläufig wie manches und mancher auf andern Wegen des Kanzlers, zum Exempel bei ſeiner reformatoriſchen Arbeit auf volkswirtſchaftlichem Gebiete — nicht will, da muß ſie. Sie wird dann eben durch kluges Manövriren und zähe Beharrlichkeit, ſoweit als irgend möglich, gezwungen, ſich zu fügen und ſich beſſern zu laſſen.

Werfen wir einen Blick auf die letzten Seiten dieſes Kapitels zurück, ſo iſt Bismarck als Reiter, Jäger, Schwimmer und dergleichen in unſrer Zeit, wo in den höhern Ständen die blutarmen, bleichen, hyſteriſchen, abſtrakten Exiſtenzen täglich zunehmen, doppelt erquicklich. Ferner ſehen wir ihn in den verſchiedenſten Beziehungen mitten im Leben ſtehen, aus ihm ſchöpfen und zu ihm beitragen. Er iſt Landwirt, Forſtmann und Induſtrieller, Soldat, Diplomat und Parlamentarier, er beſitzt und betreibt Brauereien, Brennereien und Dampfſägewerke, er wird vielleicht noch Holzpapier machen. Von beiden Geſichtspunkten aus erinnert er an Goethe. Auch Goethe war in der verkünſtelten Rokokozeit von Geßners Idyllen und Watteaus Gemälden ein Reiter, der mit Herzog Karl Auguſt auf den damaligen ſchlechten Wegen in einem Tage von Leipzig nach Weimar ritt, ein Tänzer, Bergſteiger, Schlittſchuhläufer und Schütze, daneben ein Pädagog, ein Naturforſcher, ein Finanzmann, ein Handwerkskundiger u. ſ. w. — kurz, ein ganzer konkreter Mann, in hundertfacher Berührung mit der exiſtirenden Welt.

Ich ſchließe dieſes Kapitel und mit ihm das Buch mit einer kurzen Erwähnung einiger von den Porträts, die von Bismarck aus den verſchiednen Perioden ſeines Lebens exiſtiren. Um das Jahr 1837, als er zweiundzwanzig Sommer alt war, malte ihn ſeine Kouſine, Helene von Keſſel, und das noch vorhandene „ſehr ähnliche Bildchen zeichnet ſich," wie Heſekiel behauptet, „ganz beſonders durch den üppigen Haarwuchs aus und bildet ſo einen ſchreienden Gegenſatz zu den drei Haaren, mit welchen die Berliner Witzblätter Bismarck darzuſtellen gewohnt ſind." Ein ſehr gelungenes Konterfei Bismarcks aus ſeiner Frankfurter Zeit, welches 1877 zu Berlin im Zimmer der Fürſtin hing, jetzt aber ſich in Friedrichsruh befindet, rührt von einem Profeſſor Becker her, welcher in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre viel in der Gartenvilla der Bockenheimer Landſtraße verkehrte, die der preußiſche Bundestagsgeſandte damals mit ſeiner Familie bewohnte. Das beſte Porträt des Reichskanzlers aus der jüngſten Zeit iſt unſtreitig das von Franz Lenbach, welches zu den Zierden der Berliner Nationalgalerie gehört. Unter den acht oder zehn Studienköpfen aber, die der Maler zu dieſem Ölbilde gezeichnet hat, und von denen einige in Photographien zu haben ſind, iſt meinem Gefühle nach derjenige der vorzüglichſte, der den Kanzler faſt im Profil und nach aufwärts in die Ferne blickend darſtellt. Er iſt hier überaus gut getroffen, und die Züge haben — nun, wie ſoll ich ſagen? — etwas Prophetenhaftes, und in der That hängt das leiſe mit der Entſtehungsgeſchichte der Zeichnung zuſammen. „Wir waren," ſo erzählte mir der Fürſt ſelbſt vor kurzem, „hier in Friedrichsruh im Geſpräche begriffen, und ich blickte eben nach einem Zuge von Vögeln auf; da ſagte Lenbach: »Halt! ſo iſts gut, jetzt ſtille halten!« und dann entwarf er die Skizze." Die neueſten Photographien vom Fürſten (aus dem Februar 1883), die ihn mit dem weißen

Vollbart darſtellen, den er damals einige Wochen trug, ſind ſo gut, als Photographien ſein können. Doch haben ſie einen Mangel: der Bart verbirgt das energiſche Kinn, das den Kanzler faſt ebenſo charakteriſirt als die Augen mit den buſchigen Brauen.

* * *

Moral des Buches.

In 'n Froſchpfuhl all das Volk verbannt,
Das ſeinen Meiſter je verkannt.

Inhalt.

			Seite
1.	Kapitel.	Bismarck und die Franzosen	1
2.	„	Der Reichskanzler und Rußland	137
3.	„	Bismarcks Stellung zu den Ansprüchen der Polen	198
4.	„	Bismarck und die Presse	237
5.	„	Der Kanzler als Staatssozialist	270
6.	„	Bismarck als Redner und der Humorist in ihm	343
7.	„	Der Fürst als Privatmann	402

Papier (Trockendruck-Stoff) von Ferd. Flinſch in Leipzig.
Druck von Carl Marquart in Leipzig.

Zur Kritik

des im gleichen Verlage erschienenen Werkes:

Graf Bismarck und seine Leute

von

Moritz Busch.

Sofort allgemeines Aufsehen erregend, erfuhr das Buch in der deutschen und bald auch in der ausländischen Presse die verschiedenste Beurteilung und blieb mehrere Wochen in weiten Kreisen Hauptgegenstand des Tagesgesprächs. In einem Punkte trafen alle Urteile zusammen: der Verfasser hatte die Wahrheit sagen können, und er hatte sie sagen wollen. Im übrigen gingen die Meinungen weit auseinander, und zwar sowohl über die Absicht und die Berechtigung des Autors bei seinen Mitteilungen, als über den Wert seiner Leistung. Merkwürdig war dabei, daß die Kritiken meist umso günstiger lauteten, je weiter der Ort, wo sie erschienen, von Leipzig entfernt war, komisch, daß manche ihre Ansicht über das Buch aussprachen, ohne es selbst, ohne mehr als Auszüge daraus, die nur das Sensationelle herausgesucht, gelesen zu haben, gar nicht hübsch endlich, daß mehrere Blätter es, nachdem sie ihm das nach ihrem Geschmacke Interessante entnommen und Spalten auf Spalten ihres Feuilletons damit gefüllt, unfreundlich behandelten.

Das Urteil der größeren Zeitungen Deutschlands war meist ein abfälliges, und die kleinen schrieben das mit einigen Ausnahmen in herkömmlicher Weise nach. Wohlwollen und Anerkennung fand der Verfasser nur bei wenigen von den bedeutenderen Blättern, die zum Teil auch erkannten, was der eigentliche Kern und Zweck seines Werkes war. Die Wes.-Zeit. empfahl dasselbe als „eine Sammlung von vielsagendem, prägnantem Detail, die eine förmliche Schatzkammer zu nennen ist." Der Hamb. Correspond. schrieb: „Aus Buschs Tagebuchsblättern tritt uns des berühmten Reichskanzlers Bild so lebensvoll und farbenreich entgegen, wie aus keiner der vielen bisher über ihn erschienenen Biographien, und nicht minder interessant sind die begleitenden Nebenumstände und der geschichtliche Hintergrund gezeichnet." Die Nordd. Allg. Zeit. bezeichnete das Buch als ein „in hohem Grade lesenswertes und lehrreiches" und bemerkte: „So viel Publikationen über die Ereignisse von 1870 und 1871 auch bereits in den Händen der Leserwelt sind, dem vorliegenden Buche wird keines an Interesse gleichkommen. Es eröffnet nicht nur einen Blick in das intime — sagen wir Familienleben des damaligen Bundeskanzlers mit seiner Umgebung, sondern ist auch außerordentlich reich an Notizen

politischen Inhalts — zum Teil von hoher Bedeutung —, mit welchen der Verfasser den Fortgang der Ereignisse von Tag zu Tag in naturgemäßer Folge begleitet." Der Rezensent in der Berl. Börs.-Zeit. meinte: „Die von Moritz Busch aus dem Leben des Reichskanzlers gesammelten Episoden und denkwürdigen Aussprüche beschäftigen alle Welt." „Sie werden überall gelesen werden, wo Menschen wohnen. Der Inhalt des Buches an und für sich wäre schon eine literarische Leistung ersten Ranges, selbst wenn der Held desselben eine reine dichterische Fiktion und nicht die gewaltigste Persönlichkeit unter den politischen Größen unsers Jahrhunderts wäre." „Leser, die keinen Sinn für das Charakteristische haben, meinen, daß in den von Moritz Busch mit feinem Verständnis aufgelesenen Erlebnissen und Aussprüchen des Fürsten Bismarck sich manche Trivialitäten und Frivolitäten befinden, und unter diese rechnen sie häufig gerade jene drastischen Züge, die das ursprüngliche nüchterne objektive, fast plebejisch anspruchs- und prunklose Wesen desselben am plastischsten bezeichnen. Wer für die scheinenhaften, marklosen, von eitel Edelmut und Sentimentalität durchgeränkten Helden deutscher Romanschriftsteller schwärmt, wird sich von dem Porträt, das Moritz Busch skizzirt, mit einem Gefühl der Beklommenheit abwenden; wer jedoch nach den Dichtern des Realismus, wie Iwan Turgeniew, seinen Geschmack gebildet, wird bezaubert auf das bis ins kleinste Detail lebenswahre und charakteristische Bild blicken, selbst wenn seine Weltanschauung nicht mit der des Reichskanzlers parallel läuft. Den nachkommenden, von der Parteien Haß und Gunst unbeirrten Generationen aber wird, vom rein menschlichen Standpunkte genommen, die manchmal bis an den krassesten Naturalismus streifende Figur des eisernen Kanzlers mehr imponiren, als die nach antiken Mustern idealisirte Heldenschablone des ersten Napoleon. Schade, daß dieser keinen Stenographen à la Busch, sondern nur Biographen gefunden, denen es weniger um die minutiöseste Aehnlichkeit, als um die Geltung ihrer Auffassung zu thun war." Die Berl. Bürgerzeit. erklärte das Werk für „von höchstem Werte für den Geschichtschreiber des Krieges und noch mehr für den Biographen des Fürsten Bismarck" und fügte hinzu: „Mit Recht hat Moritz Busch auch die kleinsten Züge in seine Schilderung mit aufgenommen, in der durchaus richtigen Erwägung, daß nicht selten die Kleinigkeiten, um die der Prätor sich nicht kümmert, das Wesen der Menschen oder die Stimmung, in der sie sich gerade befinden, deutlicher erkennen lassen als anspruchsvolle Großthaten." Die Wissenschaftliche Beilage der Leipz. Zeit. hatte zwar allerhand Ausstellungen an dem Buche und seinem Verfasser zu machen, erkannte aber andrerseits dessen eigentliche Bedeutung und Tendenz unbefangen an, indem sie sagte: „Nach der Art, in welcher dieses Werkes in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der deutschen Journale Erwähnung geschehen, muß man unwillkürlich den Eindruck gewinnen, als bilde Klatsch und Skandal die Quintessenz desselben. So verhält es sich aber in Wirklichkeit keineswegs. Das Buch des Dr. Busch enthält Aufzeichnungen, welche für den dereinstigen Geschichtschreiber vom höchsten Werte sein dürften, ja vieles, wofür

dasselbe dereinst die alleinige zuverlässige Quelle darbieten dürfte, weil nur ein Mann, dem, wie es bei Dr. Busch der Fall war, Gelegenheit gegeben war, als Augen- und Ohrenzeuge nach unmittelbar darauf eingenommenen Aufzeichnungen berichten zu können, über die betreffenden Vorgänge eine historisch vollkommen glaubwürdige Mitteilung machen konnte. Dieser Punkt ist sonderbarer Weise in den Besprechungen, welche dem Buche bisher zu Teil geworden sind, so gut wie gar nicht berührt worden, und doch bildet er rechtes Erachtens die Hauptsache und das entscheidende Kriterium für den gegenständlichen Wert des Buches, hinter welchen die vielerlei bedenklichen Ausschreitungen, die sich der Verfasser in Betreff der Diskretion gestattet hat, zurücktreten müssen." „Zum Erweise, ein wie wertvolles, teilweise einzig in seiner Art vorhandenes historisches Quellenmaterial dasselbe in sich birgt" ließ das Blatt dann einige gutgewählte Auszüge folgen. Das bei Perthes in Gotha erscheinende Deutsche Literaturblatt ferner bemerkte in einer ausführlichen Rezension des Werkes: „Bei weitem das Hauptinteresse darin erweckt natürlich die Heldengestalt des Kanzlers selbst, zu deren Würdigung das Buch unverächtliche Züge bringt. Ja es wird dieses Lebensbild in seiner momentanen und rückhaltlosen Entfaltung von keinem Biographen der Zukunft übersehen werden dürfen." Auch einige von den Blättern der Provinz, die sich ein selbständiges Urteil bewahrt hatten, sprachen sich mit warmer Anerkennung über die Novität aus. So u. a. das Chemnitzer Tageblatt, welches ihr nachrühmte: „Das Bild des großen Staatsmannes wird beim Lesen des Buches immer lebensvoller, es tritt uns plastisch entgegen, und wir meinen selbst zu erleben, was der Verfasser erlebte." „Und dabei merken wir auf seiten des Erzählers keine Kunst. Einfach, schlicht, natürlich erscheint er folgt und gruppirt sich alles wie ein Mosaikbild."

In ähnlicher Weise äußerten sich noch eine Anzahl andere Organe der deutschen Tagespresse. Die Majorität der Zeitungen dagegen urteilte, wie gesagt, mehr oder minder entschieden ungünstig über das Buch, und zwar teils aus Mangel an politischer und andrer Bildung, teils weil es den betreffenden Kritikern an historischem Sinn und sittlichem Ernste fehlte, teils aus gemeinen Beweggründen, Haß gegen den Hauptgegenstand des Werkes, verletzter Eitelkeit, Aerger darüber, daß der Autor auch solche Aeußerungen des Kanzlers mitgeteilt, die Parteischlagworte und Parteihelden geringschätzten, den Juden wenig günstig waren, gewissen literarischen Erzeugnissen nicht die ihnen nach der Ansicht des Rezensenten gebührende Ehre widerfahren ließen, endlich offenbar auch aus Neid auf den voraussichtlichen Erfolg des Buches. Der Verfasser sollte indiskret gewesen, sein Zweck sollte nur eine Sammlung von Kleinigkeiten, Pikanterien, Klatsch und Futter für die Skandalsucht sein. Er war eine Lakeienseele, taktlos, geschmacklos, ohne Geschick, ein Epikureer, er war langweilig u. s. w. Stellen wir auch auf dieser Seite eine kleine Blumenlese an, und binden wir aus dem Ergebnis einen Strauß zur Ergötzung derer, die unsere Uebersicht über die Leistungen dieser Sorte von Kritik bis zu Ende

lesen wollen und hier finden werden, was sie vermocht, und was sie trotz redlichen Bemühens nicht verhindert hat.

Die Berl. Volksztg. nannte das Buch „eine kolossale Indiskretion", fand „ein gut Teil Speichelleckerei" darin, meinte vornehm, „man liest ja solche Bücher nicht, um politische Belehrung daraus zu schöpfen", sah aber dann zu, daß diese Tagebuchsblätter, „interessante Aufzeichnungen" enthielten und namentlich „charakteristische Details" darüber brächten, „wie der eiserne Kanzler sich räuspere und spucke." Zum Beweise wahrscheinlich, daß die Redaktion das letztere in vollem Ernst meinte und solche Genauigkeit für überflüssig und ungehörig halte, setzte sie den Lesern des Blattes „für jedermann aus dem Volke" einige Tage nachher in drei oder vier Artikeln reichliche Auszüge aus den Ergebnissen dieser Genauigkeit vor.

Die Voss. Zeit. beschäftigte zunächst die Frage, was den Verfasser bewogen, seine Aufzeichnungen jetzt zu veröffentlichen, und es präsentirten sich ihr da anfangs, wie von betriebsamen Leuten zu erwarten, recht ordinäre Vermutungen. „Handelte es sich," so räsonnirte ihr ehrenwerther Kritiker, „um eine bloße Buchmache zur Verwertung auf dem literarischen Markte, von welcher der Verfasser, vielleicht in persönlicher Geldbedrängnis, sich ein großes Honorar versprechen konnte? Einem Schriftsteller, der so wenig Selbstachtung gegen sich bekundet, dürfte ein solches Motiv wohl zuzutrauen sein"; indes konnte der Rezensent sich nach einigem Nachdenken „nur schwer zu der Annahme verstehen." „Auch der Verdacht einer absichtlichen Bloßstellung seines Helden," so fuhr er fort, „kann angesichts der begeisterten Bewunderung, ja abgöttischen Verehrung, die Hr. Busch für diesen zur Schau trägt, hier nicht aufkommen, man müßte denn einen Abgrund von Heuchelei und boshafter Tücke in einer Schreiberseele unterstellen, die sich für vermeintlichen oder wirklichen Undank hinterher zu rächen sucht." So bleibt „nur die ungeheure Urteilslosigkeit übrig, vermöge deren Hr. Busch in den Irrtum verfallen ist, daß seine Tagebuchsarbeit in majorem domini gloriam die Oeffentlichkeit erblicken würde." Also Verherrlichung des Fürsten Bismarck war der Zweck des Autors, und dieser Zweck ist mißglückt, das Gegenteil ist erreicht worden. An einer andern Stelle aber scheint der Kritiker auch davon wieder zurückzukommen. „Mit lauerndem Mephistophelesblicke," so behauptet er, „fragt der Verfasser des Buches den naiven Leser, wo es sich um das Urteil des Kanzlers über menschliche Dinge und Personen handelt, immer wieder, ob er das für erfunden, entstellt oder übertrieben halte, ob es nicht genau dem Charakter und der Redeweise des Fürsten entspreche?" „Mit lauernungsloser Gewissenhaftigkeit hat er aufgezeichnet, was sich seinem stark ausgebildeten Gedächtnis eingeprägt hat, und" — hier wird das Pathos des Rezensenten nicht recht verständlich — „das ist die höhere Ironie des Weltganges, daß die camera obscura dieses kleinen Geistes so überzeugend getreu die Mikrologie eines großen, wenn auch in der krystallisirten Einseitigkeit großen Genies aufzufangen vermocht hat." Zum Schlusse des drei enggedruckte Folio spalten langen Klageliedes dieser zartbesaiteten Seele über das düstere

Licht, in welchem der Kanzler ihr aus dem Werke entgegentritt, sein es, daß das Buch „trotz alles widrigen Klatsches, den es enthält, trotz des geringen Wertes, den es als literarisches Produkt hat, [illegible] Bedeutung für die Charakteristik desjenigen, den es auf so eigen[illegible]liche Weise feiert, behalten wird," und das ist wohl der einzi[illegible]lich gescheite Gedanke an dem ganzen nebelhaften Gerede.

Hatte der Autor des Bismarck-Buches hier wenigstens einigermaßen Gnade gefunden, so gewährte ihm die Nat.-Zeit. nichts der Art. Sie war ungehalten über den Frevel, daß sie in dem Werke zwar einige mal gelobt, aber auch getadelt worden. Humboldt und ein paar andre Hausgötter der Liberalen, desgleichen einige Modepoeten sahen darin nicht gut aus. Der Kanzler gefiel der Partei des Blattes nicht mehr so wie früher. Gründe genug, um den Verfasser und seine Arbeit zu züchtigen und womöglich zu vernichten. Ein „ernster Mann, von Stirne kraus," wurde mit der Exekution beauftragt und that seine Schuldigkeit. Im folgenden die Quintessenz seines Urteils. Zuvörderst erschien ihm der Titel des Buches übel gewählt, er hätte lieber gesehen, wenn es in Erinnerung an Luthers Tischreden „Bismarcks Tischreden" getauft worden wäre, da diese darin die Hauptsachen waren und alles andre für sich entweder gleichgiltig oder doch nicht bedeutend genug. Er vergaß dabei, daß „jedes Tierchen sein Manierchen" hat, daß dies auch bei der Wahl von Büchertiteln gilt und daß manche Leute nicht gern nachahmen. Dann war ihm der Verfasser ein zweiter Varnhagen, der schlimmer als der erste war, da er seine Aufzeichnungen nicht andern zur Herausgabe hinterlassen, sondern „vorgezogen, selbst Nutzen und Erfolg aus den Tischreden seines Helden noch bei dessen Lebzeiten einzuernten." Ferner offenbarte nach ihm das Buch eine „untergründliche Lakaiennatur," woran er die geistvolle Bemerkung knüpfte: „Es muß ein eigner Reiz darin liegen, neben dem Riesen den Zwerg zu spielen." Der Herr hätte vermutlich neben dem Riesen den Riesen zu spielen versucht und sich mit diesem Bemühen lächerlich gemacht. Weiterhin verdroß es ihn, daß von den Herren in der Umgebung des Kanzlers nicht genug die Rede war, und daß das Buch etwa ein halb Dutzend Unrichtigkeiten von wenig Bedeutung enthielt, von denen einige augenscheinlich bloße Druckfehler, andre nur nach der Meinung des Rezensenten Unrichtigkeiten waren. Noch mehr benörgelt er gewisse in dem Werke mitgeteilte Charakterzüge hervorragender Männer, die nicht auf Rechnung des Verfassers kommen. Sie sind ihm „Kammerdienergeschwätz, Klatschereien und Indiskretionen." Gar nicht gut ist unser Rezensent sodann auf den Kanzler selbst und seine Beurteilung einer Anzahl von Persönlichkeiten zu sprechen, die das Buch anführt. Er ist in diesem Punkte viel klüger, und seine Kritik nimmt hier den Charakter einer förmlichen Abkanzelung an, was zuweilen über die Maßen komisch aussieht. Für den politischen Inhalt des Buches von Busch hat der Rezensent der Nat.-Zeit. als Schöngeist begreiflicherweise wenig Verständnis, und so ist ihm — wenn man nicht absichtlich Verschweigen annehmen darf — das meiste, was Beachtung und Erwähnung verdiente, entgangen. Das Ganze seiner Besprechung charakt.

Digitized by Google

[illegible]

[illegible] und der [illegible]
heit, in [illegible] [illegible] sehr wenig [illegible]
in dem [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] hat" [illegible] [illegible] die Verurtheilung des Buches und
[illegible] [illegible] des Autors mit seinem gesammten [illegible]
[illegible] [illegible] auf den Autor und seiner [illegible] Umgebung ist par

Andre Blätter, namentlich solche von der sozialdemokratischen [illegible] [illegible] in gewohntem Bierschänken-Stil und sprachen von „[illegible] [illegible] Pan-Germanenfeuern," von „blinden Taktlosigkeiten," „indiskreten Waldverbern, denen es Vergnügen macht, die Risse, Flecken und Ungezieser in [illegible] Leute Wäsche an die große Glocke zu hängen, und andern [illegible] und anrüchigen Dingen. Wieder andere schadeten dem Buche durch Verbreitung von Lügen, die unbedenklich von Mitgliedern der betreffenden Redakteure nachgedruckt wurden, [illegible] [illegible] Abbruch zu thun. Nach den einen hatte der Fürst [illegible] [illegible] bereits in der Gartenlaube gelesen, während dies von [illegible] [illegible] Partien und nicht den interessantesten galt. Eine gleichlautende Korrespondenz in verschiedenen Zeitungen berichtete, „es seien [illegible] [illegible] ohne Wissen, vom Kanzler die Beleidigungen schwerster Art, die Busch in Gänsefüßchen als Bismarckische Aeußerungen aufgeführt habe, nicht gelten zu lassen." „Es wird erzählt," so hieß es [illegible] „einige Leute seien mit der Absicht, beim Kronprinzen vorstellig zu werden und vom Kanzler Erklärungen darüber einzufordern, ob [illegible] Busch wiedergegebenen Urteile von ihm, dem Fürsten, gefallen worden wären oder nicht. Söhne verstorbener Diplomaten, [illegible] und Generale beabsichtigten nichts geringeres als vom Kanzler Satisfaktion zu verlangen," und dergleichen Abgeschmacktheiten mehr. [illegible] sollte „ein jüdischer Literat" sein. Er sollte „kurz nach dem [illegible] [illegible] siegen Kriege wohl nicht ohne Zusammenhang mit der Thatsache, daß er seine Stellung zur Sammlung von Notizen für eigenen Zweck verwertet, aus seinen Beziehungen zum Auswärtigen Amte entlassen worden sein" oder wie ein ebenso perfider als alberner Bericht [illegible] wollte, seinen Abschied genommen haben, „weil er sich mit keiner Seite in der Umgebung des Kanzlers vertragen gekonnt, da er der Welt gegenüber beschuldigt, daß das Verdienst der Gründung des deutschen Reiches und die Leitung der auswärtigen Politik ihm gebühre." Der Reichskanzler war „mit ihm schon seit langer Zeit brouillirt" und jetzt „über die Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen als über eine große Taktlosigkeit nicht wenig indignirt." Ein Blatt „erfuhr" und drei oder vier Dutzend andre drucksten's ihm nach, daß die zweite Auflage des Buches eine von allen anstößigen Stellen gereinigte sein werde, sodaß anzunehmen sei, die erste werde erheblich im Preise steigen. Wieder ein andrer Korrespondenzfabrikant hatte mitzuteilen, jene neue Auflage werde „einen kleinen Nachtrag erhalten, welcher aus denjenigen privaten Aeußerungen bestehen werde, die Bismarck jetzt über Dr. Busch und sein Werk gemacht habe." Dieser unbegreiflich einfältige Mensch, dessen Unsinn gleichwohl ebenfalls von einer nicht kleinen Anzahl von Zeitungen vergnügt wiedergegeben [illegible], fügte hinzu: „Der Tenor derselben soll, so wird uns versichert,

dahin gehen, daß der Verfasser bei der Veröffentlichung seiner Tagebuchsblätter jene Feinheit vermissen ließ, auf welche ihn der Kanzler bei Abfassung von Artikeln und Telegrammen während des Krieges wiederholt verweisen zu müssen genötigt war."

Wenden wir uns zu den Urteilen der ausländischen Presse, so versteht sich wohl von selbst, daß das Buch in Frankreich keinen Beifall fand, und daß der Autor wie der Held desselben der Gegenstand erbitterter Angriffe waren. An der Wahrheit des darin Mitgeteilten zu zweifeln, kam aber auch hier niemand in den Sinn. „Das Buch ist durchdrungen von dem Geiste einer rauhen Offenherzigkeit," schrieb u. a. das Mémorial Diplomatique, „und die in ihm enthaltenen Gespräche und Urteile kleiden sich in jene Form naiver Derbheit, die nicht zum Gebiete erdichtender Einbildungskraft gehört."

Mit dem größten Interesse wurde das Werk von den englischen Zeitungen aufgenommen. Die Times besprach es zunächst in einem besondern Leitartikel und füllte dann nicht weniger als sechs ihrer Riesenspalten mit Auszügen aus seinem Inhalte. Sie nannte den Verfasser einen „hervorragenden politischen Schriftsteller" und verglich ihn mit Boswell, dem Biographen Dr. Johnsons. Der Leitartikel schloß mit den Worten: „Die Veröffentlichung solcher Sarkasmen muß den Würdenträgern des Diplomatenhandwerks und den zahlreichen durchlauchtigen Herren der kleinen deutschen Höfe erschrecklich ungebührlich vorkommen, aber gewöhnliche Leute werden dem Kanzler nicht gram sein, daß er mit der rauhen Schneidigkeit des Rauchzimmers und der Straße spricht." Und in andrem Zusammenhange sagte das Weltblatt von dem Autor des Buches: „In intimem Verkehr mit dem diplomatischen Leiter des Feldzugs hatte er reichlich Gelegenheit, den mitteilsamen Kanzler sich über allerlei Gegenstände, die mit dem Kriege und anderm in Verbindung standen, äußern zu hören, und was er hörte, brachte er zu Papier, indem er es für seine Pflicht hielt, jedes kostbare Wort so, wie es fiel, aufzubewahren. Ein glühender Bewunderer des Fürsten, eine immer bereite fleißige und gewandte Feder, war er ungemein geeignet für die Arbeit, die er sich selbst auferlegt hatte. Wie Boswell Johnson mit der Schreibtafel in der Hand begleitete, so hing der unermüdliche Busch an den Lippen seines hohen Gönners und schrieb alles nieder, was sein entzücktes Ohr vernahm. In seinem vielgestaltigen Detailreichtum, dem Ergebnis solchen hingebenden Fleißes, macht das Buch den unwiderlegbaren Eindruck der Wahrheit. Ein bedachtsamer Kritiker würde gesichtet haben, wo ein von Liebe und Begeisterung erfülltes Gemüt seinen ganzen Schatz ausschüttet. In vielen Einzelheiten von der höchsten Bedeutung, ist diese Reihenfolge von Anekdoten eine auf Wahrheit beruhende Lobrede, welche den thätigen, glühenden und durchdringenden Geist eines genialen Menschen in helles Licht stellt." Die Pall Mall Gazette, eine der populärsten englischen Zeitungen, war hiermit zwar nicht recht einverstanden. Sie tadelte, daß zuviel von gastronomischen Gegenständen berichtet worden, und daß „das Buch eine ununterbrochene Eulogie auf den großen Mann sei, den es porträtire," aber sie erkannte zum

[illegible] Tagebuch [illegible] Schmerz [illegible] denn sie sagten: „[illegible] kann man [illegible] der Zukunft, das [illegible] nicht abstreiten, daß sie [illegible] den Stempel der [illegible] tragen. Sie malen den Fürsten Bismarck [illegible] als einen Mann von starkem Willen, voll Selbstvertrauen, weiten Blicks, rücksichtslos, über alles spöttisch lachend, nichts ernst [illegible] mit [illegible] Sarkasmen, und wir möchten ferner sagen, daß sie viele Einzelheiten von politischer Wichtigkeit enthalten, von denen die einen Zeugnis für die scharfblickende Weisheit eines gewaltigen Geistes ablegen, die andern einen empörenden Cynismus bekunden." Günstiger [illegible] urteilte die Nation, ein einflußreiches Londoner Wochenblatt. Sie begann: „Wenigen Schriftstellern ist es je gelungen, durch einen einzigen Akt sofort einen so gewaltigen Sturm von Schmähung zu erregen, wie ihn Dr. Moritz Busch durch die Veröffentlichung seines Tagebuchs erregt hat." Dann, nachdem dies mit der Wiedergabe harter Aeußerungen des Kanzlers erklärt und bemerkt worden, die schlimmsten derselben hätten wegbleiben sollen, hieß es weiter: „Abgesehen von dieser Schwäche hatte Dr. Busch alle die Eigenschaften, die zur Durchführung eines Unternehmens, wie er sich's zur Aufgabe gemacht, erforderlich sind. Er besaß erstens einen passenden Anteil an der seltenen Stimmung, die man als Heldenverehrung bezeichnet. Dann hatte er eine nett bereite und geübte Feder, da er mehrere Jahre Redakteur eines hervorragenden Wochenblattes gewesen war, Sprachkenntnis, die er sich auf ausgedehnten Reisen in Amerika und anderwärts erworben, endlich ein gutes Gedächtnis, welches ihn in den Stand setzte, die Aeußerungen des Kanzlers in den scharf gewürzten Worten und kräftigen Sätzen zu Papier zu bringen, in denen sie ausgedrückt wurden." Zum Schlusse sagte der Rezensent, zunächst in Betreff Bismarcks: „Kurzum, bei all seiner gelegentlichen Rauheit, seinem Mangel an Glätte, seinen Irrtümern, wenn er soziale und religiöse Fragen in einem mittelalterlichen Geiste der Gewalttätigkeit und Unterdrückung behandelt, bleibt er doch das Gravitationszentrum der modernen Politik, und sein großes Werk, die Einigung Deutschlands, allein würde hinreichen, ihm die Unsterblichkeit zu sichern. Wenn die gegenwärtige Generation dahingeschieden sein wird, werden diejenigen Elemente in seinen Urteilen über Persönlichkeiten, welche jetzt Anstoß geben, weniger hervortreten, und zukünftige Geschlechter werden Dr. Busch die Dankbarkeit nicht vorenthalten, die wir alle gegen Eckermann und Boswell dafür empfinden, daß sie die Gespräche Goethes und Johnsons zur Unterhaltung und Belehrung der Nachwelt aufbewahrt haben. Wenn die Vorgänger des Herrn Busch insofern besser daran waren als er, als ihre Gespräche sich durch mehrere Jahre des Lebens ihrer Helden hinziehen, so ist ihm dafür die Gunst zuteil geworden, daß die sieben Monate, auf die sich sein Tagebuch bezieht, eine der interessantesten Episoden in der Geschichte Europas bilden."

Ausnehmend freundlich wurde das Buch von der amerikanischen Presse besprochen. Die Newyork. Handelszeit. sagte: „Ein solches Buch ist nicht nur ein literarisches Ereignis, mit dem sich die Kritik abzu

Charakterzüge, seine Stimmungen und sein ganzes Wesen, wie er sie versteht, und wiederholt mit innigem Wohlgefallen seine zahllosen Erinnerungen, seine Scherze, seine beißenden Bemerkungen und satirischen Ausfälle, wobei es ihm ganz und gar gleichgültig ist, wessen Gefühle verwundet werden, oder wenn von den harten Absätzen des großen Mannes auf die Zehen getreten wird. Im ganzen aber wird Bismarcks Ruf von diesen kecken Offenbarungen nicht geschädigt werden. Auch dem blödesten Begriffsvermögen muß klar sein, daß wenige Leute unfreiwillig sich einer so genauen Prüfung unterzogen sehen und aus derselben so gut hervorgehen könnten. Erstaunlich wenig wird enthüllt, was seinem Charakter wirklich zur Unehre gereicht." Die Literary News sagten: „Wer diese rücksichtslos offenherzigen Abschätzungen seiner Zeitgenossen, diese einschneidenden Schilderungen von Freunden und Feinden und diese scharfumgrenzten, entschiedenen Meinungen und Ueberzeugungen liest, fühlt, daß dieses Buch ihm eine auf keinem andern Wege zu gewinnende Idee von dem Manne giebt, der so lange in europäischen Angelegenheiten der herrschende Geist gewesen ist." Die Wochenschrift The Independent endlich bemerkte: „Wir haben selten ein interessanteres Geschichtswerk gelesen als dieses. Sein Bericht von den Aeußerungen des großen Staatsmannes, von seinem Temperament, seinen Stimmungen und Gewohnheiten, seinen Erinnerungen an Menschen und Ereignisse, seiner feinen Klugheit und seiner Derbheit, seiner Beurteilung großer und kleiner Dinge, kurz die sieben Monate Tag für Tag fortgesetzte Geschichte des berühmtesten Mannes in Europa besitzt ein Interesse, das seit den Chronisten der Zeit des ersten Napoleon nicht überboten worden ist. Wegen seiner biographischen Hingebung hat man Doktor Busch mit allerhand häßlichen Namen belegt, ihn einen Speichellecker, einen Naseweis, einen Boswell u. s. w. gescholten. Er ist nichts der Art. Er ist ein intelligenter Deutscher, der einen großen Mann erkennt, wenn er ihn sieht, der sich freut, die Thatsache seiner Größe zu verkünden, und dem es glücklicherweise verstattet war, nicht bloß die großen, sondern auch die kleinen Thaten seines Helden zu verzeichnen, die tausend Kleinigkeiten, die den wirklichen Menschen schon deshalb mehr enthüllen als Großthaten, weil sie zahlreicher sind und dem Buche der Zeugnisse reichlicher Fülle liefern."

Wir haben gesehen, daß von der großen Mehrzahl der deutschen Zeitungen ungünstige Urteile über das hier in Rede stehende Buch abgegeben wurden, und daß man auch sonst seiner Verbreitung vielfach in der Presse entgegenwirkte. Und was hat man damit erreicht? Vor Ablauf von zwei Monaten waren zwei starke Auflagen desselben vergriffen. Auf eine dritte Auflage folgte rasch eine vierte und vor Schluß des ersten Lebensjahres des Werkes eine fünfte, und augenblicklich befindet sich die sechste unter der Presse. Im Auslande ist es aber in nicht weniger als acht Uebersetzungen verbreitet!

Digitized by Google

Digitized by Google

Grenzboten-Sammlung.

Unter diesem Titel beabsichtigt der Verleger der Grenzboten eine Reihe von Werken zu sammeln und herauszugeben, welche zum Teil zuerst in der genannten Zeitschrift dem Publikum geboten wurden, zum Teil aber von vornherein selbständig erscheinen und sich ihrem Inhalte nach der **nur auf wahrhaft Gutes, Schönes und bleibend Wertvolles** gehenden Richtung der Grenzboten anschließen. **Das Publikum soll in der hierdurch ausgesprochenen Tendenz eine Gewähr finden, daß es vertrauensvoll nach den Bänden greifen darf, welche die Sammlung bringt. Zugleich wünscht aber der Verleger einen Mittelpunkt für diejenigen Schriftsteller zu schaffen, deren Denken und Wirken sich in der gleichen Bahn bewegt, welche die ihren Namen leihende Zeitschrift einhält.** Indem er also die letzteren zur Mitwirkung auffordert, ladet er das Publikum zum Genusse dessen ein, was die **Grenzboten-Sammlung** bieten wird.

Diese wird sich in zwei Reihen teilen, von denen die eine Werke novellistischer Art, die andre solche historischen, politischen, kunst- und literargeschichtlichen ꝛc. Inhalts bringen soll. Äußerlich werden die Bände in gleichem Format und schöner Ausstattung auftreten. Erschienen sind:

Erste Reihe.

Band 1—3. **Die Grafen von Altenschwerdt.** Roman von August Niemann.

„ 4—5. **Don Adone.** Roman von Robert Waldmüller.

„ 6—7. **Ohne Ideale.** Roman von Adolf Stern.

„ 8—9. **Bakchen und Thyrsosträger.** Roman von August Niemann.

„ 10. **Arme Johanna!** Roman von Victor Versezio.

„ 11. **Francesca von Rimini.** Novelle von A. von Festenberg. (Preis 3 Mark.)

Weitere Bände sind in Vorbereitung und unter der Presse.

(Preis für den Band broschirt Mark 4.—, in Leinwand gebunden Mark 5.25, in elegantem Halbfranzband Mark 6.50.)

In den nachfolgenden Blättern stellt die Verlagsbuchhandlung eine Reihe von Besprechungen zusammen, welche den bisher erschienenen

[illegible] einen Preis zuteil geworden sind, und aus der [illegible] ergibt, wie weit die Grenzboten Sammlung bis jetzt [illegible] gelungen zu nennen ist.

Die Grafen von Altenschwerdt.

Unter dem Titel der „Grenzboten Sammlung" beabsichtigt der Verleger der Grenzboten eine Reihe von Werken zu sammeln und herauszugeben, welche, sich in der Richtung der genannten Zeitschrift bewegend, das geistige, politische und soziale Leben der Gegenwart vom höheren Standpunkt eines gesunden Idealismus aus, der mit dem wahren Realismus eins und dasselbe ist, zu schildern, zu beurteilen und womöglich zu fördern. Den Anfang der ersten, poetischen Werke gewidmeten Reihe dieser Sammlung macht der oben genannte Roman August Niemanns; und man muß sagen, daß diese Reihe nicht würdiger hätte eröffnet werden können, als durch ihn. Wir haben in der Erzählung, welche „Die Grafen von Altenschwerdt" betitelt ist, einen der besten Romane der Gegenwart vor uns, sowohl was den Inhalt als die Darstellungsweise anbetrifft. Es ist derselbe ein Werk, welches mit ebensoviel poetischer Kraft als philosophischem Tiefsinn durchgeführt uns die Höhen und Lichtseiten, nicht minder aber auch das moralische Dunkel und das Elend des menschlichen Lebens, die wunderbare Verschlungenheit menschlicher Schicksale und das erhabene Walten der göttlichen Vorsehung zeigt. Der Verfasser versteht es, seine Personen individuell zu beseelen und doch zugleich zu Typen von allgemeinerer Bedeutung auszugestalten; er vermag ihnen eine Lebendigkeit einzuhauchen, die unser lebhaftestes Interesse fesselt; er versteht aber auch seine Erzählung zu einem dramatischen Ganzen zu entwickeln, sie mit anmutigen Episoden und Schilderungen zu schmücken und über dem all den Geist einer echt humanen Weltanschauung auszubreiten. . . . Dem Schreiber dieser Zeilen war es hocherfreulich, in der vaterländischen Literatur diesem Werke zu begegnen, das nicht nur über die sammtige Belletristik der heutigen Franzosen und über die Langeweile der englischen Romane, sondern auch über das Niveau der allermeisten Produkte unserer deutschen Schriftsteller (berühmte Namen dichtender Professoren, Hofräte u. s. w. nicht ausgeschlossen) weit hinausgeht. Wir glauben also eine Pflicht zu erfüllen, wenn wir unsern Leserkreis mit ganz besonderer Wärme auf die „Grafen von Altenschwerdt" August Niemanns hinweisen. Bonner Zeitung

Dieser vortreffliche Roman, welcher zuerst in den „Grenzboten" erschien, liegt nunmehr in gesonderter Ausgabe für den Weihnachtstisch in ihrer. Wenn wir demselben eine eingehendere Besprechung widmen, so geschieht dies, weil wir glauben, daß die Gediegenheit dieses Schriftstellers nur wenigen unserer Leser bisher bekannt geworden ist. Vielleicht wird auch jetzt noch Manchem Neugierigen wohl auch sobald keine Aussicht, von den Blättern, die

heutzutage die literarischen „Berühmtheiten" machen, auf den Schild gehoben zu werden; er schwimmt gegen den liberalen Strom und tritt mit einer seltenen Aufrichtigkeit und Schneidigkeit für die konservative Weltanschauung ein. Das bricht ihm bei den augenblicklichen Beherrschern der literarischen Kritik den Hals, er verzichtet damit ein für allemal auf den Ruhm einer Tagesgröße und nur bei einem kleinen Teile des Publikums darf er auf gerechte Anerkennung seiner Vorzüge rechnen. Und doch sind diese Vorzüge von der Art, daß uns Niemann an poetischer Kraft, an Reife der Lebensanschauung und an Vielseitigkeit der Bildung vielen unserer gefeiertsten Romandichter gewachsen oder überlegen scheint. Unte den Erzeugnissen des Jahres 1883 auf dem Gebiete des Romans u. d. der Novelle, die uns zu Gesicht gekommen sind, stellen wir die „Grafen von Altenschwerdt" obenan; es ist ein Werk, das auch den ernster gerichteten Mann, der sich sonst nicht mit Romanlesen abgiebt, aufs kräftigste anzuregen und zu fesseln vermag, und dabei entspricht es den poetischen und künstlerischen Anforderungen in einer wirklich seltenen Weise. Wir haben es hier nicht mit einer von wegen der großen Seitenzahl mit dem Titel „Roman" aufgeputzten langatmigen Novelle zu thun, sondern mit einem wirklichen Roman, der ein vollständiges und vielseitiges Bild unserer Zeit gewährt. Entsprechend den politischen und sozialen Anschauungen des Verfassers bildet das angestammte Grundbesitztum einer altpreußischen Adelsfamilie den Mittelpunkt dieses Zeitbildes, aber das reiche, flutende Leben der modernen Welt ragt mit hundert Beziehungen in diese patriarchalische Oase hinein, wir sehen in scharfgezeichneten lebenswahren und farbenreichen Bildern das ganze Treiben der heutigen Kulturwelt in Politik, Literatur, Industrie u. s. w. widergespiegelt. Den Grundton giebt eine ideale Weltanschauung, welche auf klassisch-hellenischer, christlicher und moderner Geistesbildung gegründet ist und diese drei Elemente in harmonischer Weise vereinigt; die den Hauptnerv der Handlung bildende Liebesgeschichte ist veredelt durch den Seelenkampf, den die zarteste Gesinnung für Ehre und Treue, Pietät und unbeugsames Worthalten mit den Neigungen und Leidenschaften des Herzens führt. Aber so hell die Lichter, so dunkel sind die Schatten; wir sehen den Sieg dieser Ideale durch Pläne der verworfensten Gesinnung gefährdet und den Schauplatz der edelsten Handlungen mit blutigen Verbrechen befleckt; zwischen diese leidenschaftlich bewegten Gegensätze aber tritt die von ruhigem, überlegenem Humor getragene Schilderung des materiellen Tagestreibens ausgleichend und die künstlerische Stimmung vermittelnd ein. . . . Wir schließen unsere Besprechung, indem wir den trefflichen Roman als ein wirklich wertvolles dichterisches Erzeugnis aufs Beste empfehlen, und möchten nur noch den großen Fortschritt hervorheben, den Niemanns „Grafen von Altenschwerdt" in Bezug auf künstlerische Reife gegenüber seinem früheren Werke, „Babchen und Thronfolgerin," bekunden, ein Fortschritt der uns weiteren Produkten des Verfassers in den trefflichen „Grenzboten" mit freudiger Spannung entgegensehen läßt.

Staatsanz. f. Württemberg.

Als vor einem Jahre Niemanns „Veilchen und Tönnesträger“ erschien, setzte das Buch die Geister der Kritiker ziemlich in Erstaunen; mancher alte Zopf schüttelte bedenklich den Kopf, über die Bedeutung des Werkes aber waren sich wohl alle einig: Originell — seltsam — stellenweise phantastisch übertrieben — immer fesselnd und geistsprühend, kurz ein Roman, den man nicht vergißt, wenn man denselben aufmerksam gelesen. — Der Hauptadel galt dem losen Zusammenhange des Ganzen, der vielen einzelnen Fäden, die sich halb unvermittelt nebeneinander hinziehen. Der Fehler wurde in den „Grafen von Altenschwerdt“ vermieden. Niemanns neuer Roman ist ein Werk aus einem Guß, das man ruhig genießt, an dem man viel reine Freude hat und das man mit gewissem Behagen durchliest. So uns gestig erregen, so unser Denken beeinflussend beschäftigen, wie das erste Buch, wird es wohl nicht; es ist — ich möchte sagen — zahmer, folglich aber auch geordneter. In schönem, geschlossenem Aufbau schreitet die Handlung, unser Interesse fesselnd, weiter, überall offenbart sich in der Tiefe der Gedanken ein Ernst der Empfindung, der edle Geist des Autors. . . . Es ist unmöglich in dieser Besprechung, mit der ich ohnehin schon den mir erlaubten Raum überschreite, den einzelnen Schönheiten dieses dreibändigen Romans gerecht zu werden; sie soll aber, hoffe ich, zur eigenen Prüfung anregen. Für den Leser, der mehr als bloße Unterhaltung sucht, der nicht oberflächlich durchblättert und den die langen Gespräche nicht abschrecken, lohnt sich dieselbe; er lernt ein Werk kennen, das der tieferen Versenkung wert erscheint, und wird mit mir im Herzen dem Autor warmen Dank sagen.

Rostocker Zeitung.

...Konnen wir uns also mit der Tendenz des Romans unter gewissen Voraussetzungen einverstanden erklären, so spenden wir dem Werke unser vollstes Lob, wo es sich um die poetische Technik handelt. Die Fabel ist gut erfunden, die Charakteristik der einzelnen Figuren ist scharf, sicher und treffend, die Erzählungsweise objektiv, die Sprache voller Geist und Rundung. Einzelne Szenen, so namentlich das Kapitel mit Sibyllens Mord und Selbstmord, sind von außergewöhnlicher dramatischer Energie und Lebendigkeit. Besonders sympathisch berührt uns die feine Ironie, welche der Verfasser überall durchschimmern läßt, man vergleiche nur den Schluß des Kapitels „Euterpe“, wo der urkomische Zusammenhang zwischen Liebe und Rehbraten so ergötzlich geschildert wird, die Auseinandersetzungen des Leutnants über den „Fortschrittsmann“, die nicht minder in ironisches Licht getauchte Geschichte von der Beleidigung der Vorfahren eines Seifensieders durch die Presse in demselben Kapitel und die Tischgespräche der Gräfin Sibylle und des Barons Sextus. Im übrigen ist Niemann ein geistreicher Mann, der, was die rollende Erde bewegt in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. Die Unterhaltungen über Kavalleriebewaffnung, Ständeungleichheit, Königtum, bürgerliche Elemente in der Armee sind ebenso interessant, zeugen ebenso von Kenntnis und Urteil, wie die Betrachtungen über den Naturalismus in der Landschaftsmalerei, über

Digitized by Google

Zeitungsschreiben und Redaktionen, über „Selbstmord", über Musik, über innere Mission, über Richter, Aerzte und Dichter, über die Ehe, über historische Romane, Gewerbebanken, Duelle, Zurechnung bei Verbrechen und über zahllose andre Dinge, mit denen wir diese Musterkarte noch vervollständigen könnten. Unleugbar wirken diese breiten Gespräche, namentlich im ersten Bande, bisweilen retardirend, da sie aber stets dazu beitragen, die verschiedenen Charaktere in die ihnen gebührende Beleuchtung zu rücken, so kann man sie selten überflüssig nennen, und da sie stets geistreich geführt werden, wird man sie immer mit Interesse lesen. In Summa, der Roman gehört zu den bedeutendsten Erscheinungen der letzten Jahre, und wir empfehlen ihn unsern Lesern.

Deutsche Revue

Die Erzählung bewegt sich fast ausschließlich in aristokratischen Kreisen, nur mit der unvermeidlichen Zugabe der Einmischung von bürgerlichen Elementen, deren Macht ja unsre nivellirende Zeit nicht ignoriren kann. Der sittliche Wert des Romans verliert durch diese Begünstigung des Adels nichts, im Gegenteil gewinnt er durch die absichtlich verfolgte Tendenz, die Haltlosigkeit der alten versteinerten Anschauungen des unbelehrlichen feudalen Adels gegenüber den freiheitlichen und humaner gesinnten Standesgenossen darzulegen. . . . Obgleich in dem eben gegebenen kurzen Inhaltsreferate des Romans nur die Hauptmomente der Handlung gegeben sind, läßt sich doch daraus schließen, daß der Leser aus einer Aufregung in die andre geleitet und in fortdauernder fieberhafter Spannung erhalten wird, weit über das Maß eines soliden Kunstwerkes hinaus und in absichtlicher Verletzung des ästhetischen Bedürfnisses. Kann man dafür keine Billigung finden, so muß man auf der andern Seite zugestehen, daß der Plan des Werkes mit großer Kunst angelegt und ausgeführt ist. Die zahlreichen Personen verschiedensten Standes und ganz abweichender Charakterausprägung wirken alle nach dem angestrebten Endziele hin; keine von ihnen hat eine bloß episodische Bedeutung. Die Diktion ist auserwählt, die Abschweifungen aus der Handlung in das Gebiet des Raisonnements beweisen Nachdenken über alle möglichen Lebenserscheinungen, umfassende Kenntnisse und ausgebreitete praktische Erfahrungen, wie sie nur ein Fachmann erwerben kann. Auch in diesen Nebensächlichkeiten liegt ein spannender Reiz; dem Romane würde man also eine unbedingte Zustimmung gewähren dürfen, hätte ihm nicht die Uebertreibung in das Sensationelle, vornehmlich in der einen Gestalt der bösen Gräfin, einen bedeutenden Abbruch. Doch mag gerade darin eine große Anziehung für manche Leser liegen und auch wir mögen gern anraten, das Buch zu lesen, denn die erfreulichen und geistreichen Partien desselben haben das Uebergewicht.

Hamburger Nachrichten.

. . . Die Zeit ist die modernste Gegenwart; wir haben es, Gott sei Dank, mit Personen von unserm Fleisch und Blut, unsrer Sitte und Kultur zu thun, und werden mit all jenen antiken Röteln, mumifizirten Aegyptern und bärenhäutigen alten Deutschen, wie sie

sich — Apoll und allen neun Musen sei's geklagt! — in unsrer zeitgenössischen Romanliteratur allzu breit machen, verschont. August Niemann steht, wie es jeder echte Dichter sollte, mitten im Getriebe seiner, also unsrer Zeit, und das sichert ihm von vornherein schon unsre Sympathie, er führt uns daher keine mit altem Plunder behängten Modell- und Kostümpuppen vor, denen mit hochtrabender Phrasen beschriebene Zettel zum Munde heraushängen, sondern moderne Figuren, denen er nach bestem dichterischen Vermögen den Schein der lebendigen Wirklichkeit zu geben sich bemüht. Auch unser gutes, ehrliches, so schönes Hochdeutsch wird nicht barbarisch verhunzt und verballhornt. Doch das sind nur negative Vorzüge des Romans, denen sich positive in reicher Zahl beigesellen. Die Handlung des Romans hier zu erzählen würde uns zu weit führen. Sie ist sehr geschickt und mit der nötigen Spannung aufgebaut. . . . Ein Hauptvorzug von Niemanns Buch ist der geistreiche, fein pointirte Dialog, der zwar oft in die Breite geht und mit der romanhaften Handlung nichts zu schaffen hat, aber immer interessant ist und beweist, mit welch vorurteilsfreiem, hochgebildetem Geiste der Verfasser Umschau in unsrer Zeit hält. Die Sprache ist eine durchaus schöne, stellenweise von echt poetischem Schwung. Von prächtiger Anschaulichkeit ist u. a. die Schilderung der stürmischen Meerfahrt im 15. Kapitel des 2. Bandes. Alles in allem haben wir es hier mit einem verdienstvollen Romanwerke zu thun, das allgemeines Interesse verdient, und so seien denn „Die Grafen von Altenschwerdt" unsern Lesern hiermit bestens empfohlen.

Deutsche Kunst- und Musik-Zeitung.

Wie in seinem ersten Roman: „Bakchen und Thyrsosträger" führt uns August Niemann auch in „Die Grafen von Altenschwerdt" mitten in das Wogen und Treiben unsrer Zeit, was er ja nach seiner eignen Ansicht für die einzig richtige Aufgabe des Romanschriftstellers hält, weil man nur seine Zeit, nicht aber eine fernliegende richtig schildern könne. Dagegen ließe sich nun manches einwenden, indessen muß man dem Verfasser zugeben, daß er in seiner Zeit Bescheid weiß, ihre Schwächen kennt und für ihr Gutes nicht blind ist. Ja, er steht fast zu objektiv kühl über derselben und könnte von sich sagen, wie jüngst ein Landtagskandidat zu seinen Wählern: „Ich bin konservativ, aber nicht feudal; ich bin religiös, aber nicht fromm!"; wenn wir einem so ernsten Denker wie Niemann eine so unklare Phrase zutrauten. Er sagt selbst: „Deshalb sollten wir Schriftsteller, die wir doch vor allen andern Leuten berufen sind, Bildung zu verbreiten und auf die Sittlichkeit des Volkes zu wirken, uns nicht zu sehr um das bekümmern, was man im gewöhnlichen Sinne Politik nennt, sondern nur um jene größere Kraft, welche bleibende Bedeutung hat." Nun werden aber alle Schriftsteller, die nur auf Bildung und Sittlichkeit wirken wollen, mehr oder minder Philosophen sein, mehr mit dem Kopfe als mit dem Herzen schreiben, cum grano salis zu verstehen, und eine gewisse Kühle nie loswerden, die auch rückwirkend auf den Leser sein wird. Das ist auch bei Niemann der Fall; mancher Ge-

Digitized by Google

danke aus seinem Roman kann dem Leser tagelang nachgehen, aber wird ihn nie himmelhoch jauchzen lassen oder zum Tode betrübt machen, wie jene Erzählungen, die unter dem Hinblick auf eine ganz bestimmte politische, religiöse Fahne geschrieben sind, sei sie nun schwarz-weiß oder blutrot. Einen wesentlichen Fortschritt weisen „die Grafen von Altenschwerdt" gegen „Bakchen und Thyrsosträger" auf: der Roman tritt gegen die Gespräche mehr in den Vordergrund, die Handlung ist fester zusammengefügt und erhält einen Mittelpunkt in dem Konflikt zwischen Kindespflicht und Liebe, den die beiden Hauptpersonen kämpfen. Da ist es denn sehr wohlthuend, daß beide nur darum glücklich werden, weil sie sich von ihrer Pflicht nicht abwendig machen lassen.... Die Vorliebe Niemanns für den Adel tritt wieder recht deutlich hervor, und er braucht sich derselben wahrhaftig nicht zu schämen. In die Geschicke der Hauptpersonen sind noch eine Anzahl Nebenpersonen verflochten, die zum Teil meisterhaft nach dem Leben gezeichnet sind, wie die beiden Brüder Schmidt, der Algendoktor, in dem die Kurpfuscherei köstlich gegeißelt wird, und der betrügerische Spekulant, der seine politische Meinung je nach seinem Nutzen wechselt. Vor allen Dingen aber freut man sich immer von neuem an dem hohen sittlichen Ernst des Buches, an der reinen Luft, die das Ganze durchwebt, ist sie auch für den gewöhnlichen Romanleser, der nur zum Zeitvertreib liest, oft etwas zu scharf, so werden denkende Menschen doch immer wieder gern zu dem Buche zurückkehren und einen dauernden Genuß davon haben. Kreuz-Zeitung.

...Ein klarer, durchsichtiger, von geschraubten Wendungen freier, natürlicher Stil, eine Anzahl interessanter, trefflich charakterisirter Personen, ein geistvoller Dialog und eine ungemein spannende, stellenweise an dramatischen Ereignissen reiche Handlung, und dabei ganz aus unsrer Zeit, aus unserm Leben, aus unsern Anschauungen herausgegriffen — Herz, was willst du noch mehr? Aber gerade der Dialog, auf welchen ich ein besondres Gewicht lege, wird manchem Leser nicht behagen. In nova fert animus! Die Begierde, stets von Ereignissen zu Ereignissen hinüberzuhuschen, immer in Spannung erhalten zu werden, „an der Stange zu bleiben," um einen vulgären, aber treffenden Ausdruck zu gebrauchen — diese Sucht ist in unsrem Lesepublikum so tief eingewurzelt, daß nur noch die wenigsten sich bei der Lektüre eines Romans die Ruhe gönnen, bei einem gehaltvollen Gespräche auszuharren. Deshalb würde gerade dieser Roman vor den Augen vieler Leser keine Gnade finden. Und doch welche interessanten Dinge werden in unserm Romane gesprächsweise behandelt? Und welche Vielseitigkeit hat der Verfasser darin entwickelt! Zwischen den Aristokraten der alten und neuen Zeit wird das alte, aber immer ergiebige Thema der Standesvorurteile besprochen. Dann wird über Musik und Poesie, über Kunst und Theater, über die neueste kavalleristische Taktik, über Bodenmeliorationen, über Politik, über Parlamentarismus, über den vierten Stand und über das Journalistentum gesprochen — ich wüßte nicht, welches Interesse in diesen Gesprächen

zu kurz käme und welcher Parteistandpunkt in diesen Diskussionen nicht vertreten wäre! Zugleich mit einer spannenden Romanhandlung erhalten wir, wie in einem Hohlspiegel zusammengefaßt, den Reflex aller Ideen, welche unsre Zeit bewegen. „Die Grafen von Altenschwerdt" sind ein Roman im guten Goetheschen Sinne — und das ist das höchste Lob welches man ihnen spenden kann, nicht bloß auf eine gewöhnliche Unterhaltung berechnet, sondern didaktisch und moralisch erziehend.

Wir bewegen immer auf dem Boden unsrer Zeit, und mancher der das Leben nur von der alltäglichen Seite kennt, wird vielleicht daran Anstoß nehmen, daß die Handlung im dritten Bande, wo sich Verbrechen an Verbrechen reiht, eine etwas sensationelle Färbung annimmt. Abgesehen davon, daß die freie Erfindung immer das Vorrecht der Romanschriftsteller war, haben wir gerade in Berlin erst kürzlich mit Schaudern erlebt, wie dunkel und verworren die Wege der Verbrecher sind und wie gerade das Unwahrscheinlichste zur Wahrheit geworden ist. Der Dichter hat nur die Pflicht, einen Charakter psychologisch zu entwickeln, und gerade nach dieser Richtung erscheint uns die Zeichnung der Gräfin Sibylle von Altenschwerdt als ein Meisterstück des Verfassers.

Der Roman spielt am Strande der Ostsee, in Lokalitäten, die leicht erkennbar geschildert sind. Mit umso größerem Interesse wird der Leser den feinen Naturbildern folgen, welche der Verfasser mit einem glücklichen, malerischen Sinn entwirft. Unter den wenigen Romanschriftstellern unsrer Zeit, welche eine ernsthafte Beachtung verdienen, ist August Niemann eine scharf ausgeprägte Persönlichkeit. Kein Leser wird bereuen, seine Bekanntschaft gemacht zu haben. Die Post.

August Niemann hat sich in einigen vorangegangenen Werken schon als einer der befähigtsten und berufensten unter den Dichtern der Neuzeit bemerkbar gemacht. Er hat den Drang, seine Personen in Dialogen über alles Mögliche, über höhere Politik, soziale Fragen, Taktik der Kavallerie, Malerei, Dichtkunst u. s. w., sich unterhalten zu lassen. Diesem Drange hat er auch in dem neuesten dreibändigen Roman nachgegeben, und wenn man auch zugestehen muß, daß diese vielseitigen Gespräche in kleinen, leicht genießbaren Dosen über das ganze Buch sich ausdehnen, daß sie in geistreichster, feinster Weise geführt werden, so scheint doch, es werde dabei fast zuviel des Guten geboten. Wenn der hochbegnadete Dichter es über sich gewinnen könnte, der ihm so nahe liegenden Versuchung aus dem Wege zu gehen, wenn der Roman nur zwei statt drei Bände gefüllt hätte — weniger wäre nach unserm Geschmack wohl mehr gewesen. Nur soll sich durch diese Ausstellung niemand von der Lektüre des Romans abhalten lassen; er würde sich dadurch um einen hohen Genuß bringen. Ja, bei der wirklich feinen Behandlung des Dialogs läßt sich wohl denken, daß andre das hier getadelte mit höchstem Lob aufnehmen werden. Der Roman gehört unter allen Umständen zu dem Besten, das neuerdings geschrieben worden ist. Klare und einfache Führung der Handlung,

klare und einfache Behandlung des Wortes zeichnen ihn in hohem Grade aus. Interessant sind alle Charaktere gezeichnet, vornehmlich aber die Intrigantin Gräfin Sibylle von Arenschwerdt; interessant vom ersten bis zum letzten Worte ist das ganze Werk.

Berliner Aktionär.

... Die Personen sind mit großer Schärfe und markiger Strichen gezeichnet und die einzelnen Charaktere treten bestimmt und klar vor unser seelisches Auge. Auch die Situationen sind spannend und effektvoll geschaffen, die Sprache ist eine durchaus gediegene, wie auch der Dialog fesselnd und anregend wirkt. Der Autor versteht es, interessant zu schildern, farbenreiche Bilder zu schaffen und günstig in lebendigster Weise anzuregen. Wir empfehlen unsern Lesern diesen Roman auf das Wärmste. Berliner Börsen-Zeitung.

Der Autor hatte sich mit seinem, s. Z. ausführlich besprochenen Roman „Bakchen und Thyrsosträger" mit einem Ruck in das erste Glied unsrer modernen Belletristen gestellt und es ist selbstverständlich, daß ein neues Werk aus dieser Feder das Interesse in hohem Grade anregen mußte. ... Die treffliche Zeichnung der Figuren, das ebenso gut gewählte wie überall glücklich festgehaltene Kolorit des szenischen und dramatischen Hintergrundes, der elegante feine Stil kennzeichnen auch in diesem Romane ein Talent ersten Ranges, den Gedankenreichtum der Reflexionen, den wissenschaftlich und gesellschaftlich hochgebildeten Mann, die rücksichtsvolle Charakterisirung der Personen und der Verwickelungen ein fein empfindendes Gemüt.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die Romane, welche Niemann bis jetzt in den „Grenzboten" zuerst veröffentlichte, sind bedeutende Erscheinungen. Der erste „Bakchen und Thyrsosträger" ließ in Bezug auf Form einiges zu wünschen übrig. Diesen Vorwurf kann man dem neuen Werke nicht machen. Die Handlung ist streng geschlossen und entspringt — echt dramatisch — aus den geschilderten Charakteren. Gedankentiefe und Fülle, die Kraft der Darstellung, Sicherheit in der Charakterzeichnung bekundet der Autor auch in seinem neuen Werke.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Bakchen und Thyrsosträger.

... Es sind Schilderungen und Szenen aus unserm modernsten Leben, die uns hier in einem bunten Wechsel geboten werden. Den Hauptvorwurf, den man gegen das Buch wird richten können, ist der, daß es demselben an Einheitlichkeit der Handlung fehlt. Man würde in Verlegenheit kommen, sollte man angeben, welches eigentlich der Held sei, so viele Fäden werden nebeneinander angesponnen und verfolgt, so manches Begebnis aus dem Leben der Einzelnen mit Aus

stärkt gelandet. Diesen Mangel aber zu gestanden, wird man [illegible] Buch um Vorzüge nachzurühmen haben. Zunächst eine [illegible] me [illegible] Fülle der Charaktere. Da sehen wir einmal u. s. w. ... [illegible] all, diese zahlreichen Figuren haben Temperament und Charakter, [illegible] ele an ihrem richtigen Platze und handeln gemäß einem individuellen Gefühl und Willen, so daß man sich mit ihnen bald vertraut fühlt ...

Man muß es sich eben gefallen lassen, daß alle diese verschiedenen Gruppen ihre eignen kleinen Interessen verfolgen, es fehlt an einem großen Gegenstande, der den Mittelpunkt der ganzen Bewegung bildete, die niedern Neigungen und Leidenschaften, Haß und Liebe, Rachsucht und Schadenfreude, materielle Gewinnsucht und idealistisches Verfolgen der Wahrheit, sind die Fäden, an denen diese Menschen vor uns geführt und bewegt werden. Aber es sind dafür wirkliche Menschen unserer Zeit, wirkliche Bilder aus unserem gesellschaftlichen Leben, und in diesen deutlich hervortretenden Zügen aus der modernen Kultur entwicklung liegt der Hintergrund, den man in dem Roman nicht vermissen darf und der den Zusammenhang des Ganzen bildet. Und zu dem kommt diese halb ironische, im besten Sinn humoristische Art der Darstellung hinzu, worin sich Riemann als wahrer Meister zeigt. Indem er uns alle diese Leute mit vollem Interesse und Eifer sich den Forderungen ihres Lebens hingegeben, ihre Ziele mit Ausschließlichkeit verfolgend zeigt, macht er uns durch die Art, wie er dies thut, zugleich auf das Endliche, Begrenzte ihres Wirkens aufmerksam und stellt uns somit unmerklich auf einen höheren überlegenen Standpunkt, von dem aus wir die richtige Uebersicht gewinnen und nach dem Titel des Buches die Bakchen und Thyrsosträger unterscheiden können. Aus diesem Grunde mischt er auch allen Charakteren soviel an irdischen Elementen bei, um ihre Menschlichkeit jederzeit dem Leser im Bewußtsein zu erhalten und auch wo er sie nach der idealen Seite hin gestaltet doch den humoristischen Eindruck, den sie hervorbringen, nicht zu verwischen. Seine Lieblinge sind offenbar Stahlhardt Vater und Sohn. Zu der trocknen Kaustik des erstern liegt etwas in höchstem Grade Anziehendes. Unter Widerwärtigkeiten aller Art, Zurücksetzungen, den unangenehmen häuslichen Szenen mit seiner verdrießlichen Gattin, die, eine reine Thyrsosträgerin, immer nur nach außen strebt, hat er sich den echten bakchischen Sinn bewahrt, der nach oben blickt und die irdische Misere mit aller Resignation erträgt, schleudert aber zugleich nach allen Seiten die scharfen Funken seines behaglichen Witzes, die immer den wunden Punkt treffen und in ihrer scheinbaren Absichtslosigkeit umso verletzender wirken. Seine Gespräche mit seiner Gattin, seinem Neffen Alfons, seinem Schwager, sind in höchstem Maße ergötzlich. Und Ephraim junior ist nun eine reine Prachtgestalt. Seine Liebesgeschichte mit Flörchen Schaibte in Heidelberg ist ein wahres Kabinettstück in humoristischer Kleinmalerei; umso ergreifender muß dann der für den Helden tragische Ausgang wirken, aber wie sagen verklärt sich die scheidende Seele desselben in echter Weisheit und Hoheit der Anschauung.

Ein besonderes Lob verdient der ungewöhnlich klare und reine Stil des Verfassers. Es liegt eine seltene Prägnanz in der Ausdrucksweise, wie überall das bezeichnendste und ohne irgend welche Ueberladung oder effektvolle Häufung klangvollste Wort an die richtige Stelle gesetzt ist, und so eine äußerst wohlthuende Gesamtwirkung von ruhiger Einfachheit und höchster Angemessenheit erreicht wird. Besonders originell in ihrer Form sind die Gespräche zwischen Vater und Sohn. Ueberall wo der Dichter zur Entwicklung seiner eigentlichen Grundanschauungen ausholt, adelt er die sonst schlichte Weise der Darstellung, indem er sie zu einem Anklang an die sokratische Darstellung in den platonischen Dialogen erhebt. Oft fühlt man sich ganz wie zu den Füßen des griechischen Heros praktischer Lebensweisheit und lauscht dem geschickten Hin- und Herweben der Gedanken in ihrer vorsichtigen allmählichen Entwicklung mit wahrem Entzücken.

Wir stehen nach alle diesem nicht an, diesen Roman, der zuerst in den „Grenzboten" stückweise zur Veröffentlichung gelangte, nun aber in zwei stattlichen Bänden als Buch vorliegt, zu den interessantesten seiner Gattung zu zählen, dessen Lektüre jedem aufmerksamen Leser zu vielfachem Genuß gereichen wird. Weser-Zeitung.

Das Buch ist nicht, wie jeder nach dem Titel zunächst annahm, ein kulturgeschichtlicher Roman aus Althellas, sondern ein modernes Sittenbild, zum guten Teil in der heutigen Berliner Gesellschaft spielend. Die „Bakchen" und die „Thyrsosträger" — etwa gleichbedeutend mit den Berufenen und Auserwählten — sind wiederum zwei Hauptklassen moderner Charaktertypen, die der Verfasser, mit den mannichfachsten Schattirungen innerhalb jeder Auffassung, einander gegenüberstellt; auf der einen Seite eine kleine Zahl edler, tiefer, allen Eitelkeiten und Thorheiten der Welt entsagender Naturen, auf der andern die egoistischen, ehrgeizigen, genußsüchtigen Kinder der Welt. Dieser Roman ist ein höchst geistvolles Werk, das überdies die ganze Frische und Ursprünglichkeit einer aus dem Volke schöpfenden, noch unverbrauchten dichterischen Kraft atmet. Gegen die Komposition der Handlung, wie gegen seinzelne Längen im Dialog lassen sich Einwendungen machen, umso größere Freude gewährt die meisterhafte Charakterzeichnung und die ungewöhnlich reine und schöne Diktion. Seemanns Weihnachtskatalog

... In diesem Sinne hat der hochbegabte Autor, dessen Gedankentiefe ebenso große Anerkennung verdient wie seine Kunst spannender Erzählung, die Personen des Romans in zwei Hauptgruppen geteilt und die poetische Gerechtigkeit walten lassen, indem er die Irrenden zu dem verdienten Ende kommen läßt, die Einsichtigen aber belohnt.

Wollen wir das Bedeutendste an diesem Buche herausheben, welches ein Gemälde der modernen Kultur zu geben beabsichtigt, so müssen wir sagen, es ist die Fülle von Lebensweisheit, die sich in den Gesprächen kundgiebt. Wer den Reichtum an Ideen und deren gründliche Ausführung betrachtet, möchte wohl zu der Ansicht neigen, daß es dem Verfasser mehr darum zu thun gewesen ist, seine Ansichten zu

entwickeln, als einen Roman im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu schreiben. Es bildet die Erzählung gewissermaßen das Gerüst, um welches sich tief angelegte Betrachtungen über Fragen unsres sozialen und politischen Lebens schlingen. Es ist wohl kaum ein wichtiges Gebiet aufzufinden, welches der Verfasser nicht berührte oder wenigstens mit einigen Streiflichtern erhellte, und wahrhaft staunenswert ist die Gelehrsamkeit, welche sich hierbei vor unsern Blicken entrollt. Schon die Menge der verschiedenen Kapitel geben selbst Leuten, die in der Literatur sehr bewandert sind, manches Rätsel auf.

Es wäre jedoch ein Irrtum, wollte man annehmen, daß etwa gelehrte Abhandlungen die Erzählung erdrückten und daß der Leser hier einem jener Autoren anheimfiele, welche ihren Vorteil benutzen, um das Publikum unter dem Vorwande einer Dichtung mit dem Auskramen ihrer Schulweisheit zu langweilen. Denn die Erzählung selbst ist farbig, spannend und bis zum Schlusse dramatisch gesteigert. Alle vorgeführten Personen sind lebenswahr, so daß wir glauben, lauter Porträts vor uns zu haben, viele darunter von erschütternder Kraft der Charakteristik. Um nur Einiges aus der reich bewegten Handlung hervorzuheben, so ist die Schilderung des reichen, ehrgeizigen und unternehmenden Mannes, welcher durch seine auf unedle Motive basirte Liebe zu der dämonischen Aristokratin zu Grunde geht, tief ergreifend. Die letzten Momente seines Seelenkampfes sind mit feinster psychologischer Wahrheit gezeichnet. Ein höchst anmutiges Idyll ist die Geschichte der Liebe des nach Wissenschaft dürstenden Studenten Ephraim Stahlhardt in Heidelberg. Das kokette Mädchen, welches er liebt, ist eine lebenstrotzende Figur von großer Anziehungskraft, und der Fortgang wie das Ende dieser Liebesgeschichte ist durchaus geistreich und rührend beschrieben. Im Gegensatz zu solchen Figuren steht wieder die des Prinzen von Paroligmac, welcher unsrer Ansicht nach die am besten von allen getroffene Figur des Romans und ein wahres Meisterstück ist. Die Ironie, welche in dieser Persönlichkeit kryſtallisirt, ist von einer unvergleichlichen Feinheit. Doch wir wollen dem Leser den Genuß, welchen ihm die Lektüre dieses Buches gewähren wird, nicht dadurch verkümmern, daß wir ihm vorweg Geheimnisse ausplaudern. Er möge selbst sehen, und wir leisten ihm Bürgschaft, daß er in seinen Erwartungen nicht getäuscht werden wird.

Ob wirklich die dem Verfasser vorschwebenden Lösungen der obwaltenden sozialen Mißstände die richtigen sind, das müssen wir der wissenschaftlichen Entscheidung der modernen Gesellschaftskunde und Völkerpsychologie überlassen. Uns genügt, zu sagen, daß, mögen auch abweichende Ansichten über diesen oder jenen Punkt sich geltend machen lassen, doch wohl in der neueren Zeit kein geistvollerer Roman erschienen ist. Hannoverscher Courier.

Als ich „Bakchen und Thyrsosträger" von August Niemann beendigt hatte, begann ich es gleich wieder zum zweiten male, und manche Einzelheiten würde ich mit Vergnügen viel öfter durchlesen. Gedanken aus dem Buche gehen mir nach, mit leichter Mühe ließe sich

eine ganze Blumenlese schöner, zum Teil auch origineller Aussprüche daraus zusammenstellen. Trotzdem will ich nicht sagen, daß mir das Buch durchweg in allen Einzelheiten gefallen hätte, — wann könnten wir das je von irgend einer Sache behaupten? — aber das Meiste hat mich unbeschreiblich angezogen und mir die innigste Sympathie für das ernste Streben, das tiefe Denken des mir bisher unbekannten Schriftstellers eingeflößt.... In gewissem Sinne gewiß über dem Getriebe der Parteien stehend, muß A. Niemann mit ruhigem Blick beobachtet, tief sich in das Studium der Klassiker versenkt, viel gelesen, viel gedacht haben, denn die Frucht reiferen Denkens haben wir hier vor uns.... Immer haben wir es mit Menschen zu thun, die leben und sind, denen wir eine Erinnerung bewahren wie Freunden oder Bekannten, selbst wenn sie uns nicht alle sympathisch anmuten. ... Die anziehendste Gestalt ist Ephraim, der junge Denker mit dem reinen Streben, dem ernsten Forschen nach Wahrheit; wir verstehen den Widerstreit zwischen seinem Leben in Idealen und der ihn umgebenden Welt, für deren Berührung er viel zu fein organisirt ist; wir gewinnen ihn lieb, und als er die Augen geschlossen, scheiden wir von ihm mit einem Gefühl wehmütiger Beruhigung. Wahrlich, der Schriftsteller, der diesen „Heautontimorumenus", wie sich der junge Gelehrte selbst nennt, geschildert, wird uns noch manche Ausgabe an Schönheit bringen, denn sein innerer Schatz muß reichhaltig sein. Welch Schmuckstück einer Novelle hätte er aus diesem Ephraim Faden allein spinnen können! ... Nirgends spricht ein verbissener Politiker oder Systemreiter, überall herrscht ruhige Toleranz. Seite 53, Band II lesen wir: „In jedem Falle ist es lohnender, auf die Zwecke der Vorsehung zu achten, die in demselben Gehirn Großes und Kleines zusammenfügte zu besondern Zwecken, als sich mit schnellen Urteilen abzufinden, welche die Oberfläche der Dinge streifen und Haß und Erbitterung anstatt Einsicht erzeugen." Diese schöne Lehre drückt den Geist des Buches aus, und die sollte sich auch der Leser gesagt sein lassen in Bezug auf die Art und Weise, wie er den Niemannschen Roman liest. Rostocker Zeitung

Der neue Roman „Bakchen und Thyrsosträger" von August Niemann ist eins der wenigen Bücher, in welchen ein hochbegabter Autor deutlich mit allen Elementen des politischen Rückschritts liebäugelt und dennoch, Dank seiner vornehmen Natur, frei genug über den Parteien steht, um auch dem Gegner in dem Maße gefallen zu können, als er überhaupt poetischer Wirkung fähig ist. Weil nun die poetische Wahrheit ebenfalls über den Parteien steht und weil der Verfasser gern über die Kämpfe der Gegenwart hinweg nach den Idealen der Griechenzeit ausblickt, darum kann er auch den Andersdenkenden nicht beleidigen, vielleicht auch seine Gesinnungsgenossen nicht sind, Wunsch erfreuen. Der hohe Standpunkt August Niemanns ist schwierig zu rühmen. Er ist offenbar mit unzähligen Fäden an Anschauungen der reaktionären Partei gefesselt, er verschmäht diese Gedie unschönen Schlagworte des Tages zu gebrauchen, er spinnen, und

Gipfelraum" und publiziert einen unserer angesehenen Verleger, er benutzt unter der neuen Flagge der Gesellschaft, und doch kann jeder jeden mit diesem Namen verschonen, weil er ein origineller Selbstdenker ist, der sich von den gewissen Lagerfarben zwar mehr als billig anregen, aber nicht zu ihrem Sklaven machen läßt. Und für die Liberalen ist es wieder ein Genuß, zu sehen, daß ausnahmsweise einmal auch ein geistreicher Mann sie zu schreiben vermag. Freilich bedarf der Autor nicht immer des Lärmens über den Zwisten der Parteien. Bald kümmert er sich um die letzten Fragen, wie die Freiheit des Willens, und darf von dieser Untersuchung aus die Kämpfe der kurzen Gegenwart belächeln, bald verspottet er wieder die aktuellste Regierungspolitik, als ob ihre Kanonenzölle und Parteigruppierungen ewige Wahrheiten wären; bald flicht er in die vortreffliche Schilderung eines Börsenfürsten gelehrte, von den „Antisemiten" entlehnte Züge, bald macht er wieder einen konfessionslosen „Semiten" zum erhabenen Träger seiner Ideale, bald nennt er vorurteilslos heidnische und christliche Heroen nebeneinander, und bald wieder versteift er sich in einen gläubigen Christianismus, den der alte Angelus Silesius verschuldet zu haben scheint. Ungleich wie der ästhetische Wert des Buches ist also auch der ethische: wir können wohl dem Autor, nicht aber seinem neuen Werke das Zeugnis der Reife erteilen. . . . Zum Zwecke der Charakteristik seiner Personen, oft auch nur, um seine Gedanken an den Mann zu bringen, streut der Verfasser hier und da ernsthafte Parodien sokratischer Gespräche ein. Diese gewagten Scherze sind im höchsten Grade gelungen. Mit Meisterhand werden die Fragen der alten platonischen Dialoge in die Sprache unsrer Zeit übersetzt und sogar die Persönlichkeit des Sokrates tritt uns in der Gestalt des Dr. Stahlhardt liebenswürdig entgegen. Um diese köstlichen Uebersetzungen ausführen zu können, mußte der Verfasser nicht nur die Vorbilder genau kennen, er mußte auch besser, als unsre allzu philologische Richtung es lehrt, die Gemeinsamkeit der Ideen zu fühlen, welche unsre und die sokratische Zeit verbinden.

Berliner Tageblatt.

Von gar vielen seltsamen Büchern, welche ein Jahr über auf dem Schreibtisch eines Mannes niedergelegt werden, der sich dem gar undankbaren Geschäfte des Rezensenten ergeben hat, ist der Roman „Bakchen und Thyrsosträger" eines der seltsamsten.

„Bakchen und Thyrsosträger" — wo kann ein Werk, das sich also betitelt, anders spielen als im alten Hellas? Wo lenkt ein solcher Titel unsre Gedanken hin, wenn nicht zu Mysterien, zu Festen, dem weinlaubumkränzten Gotte geweiht? Aber der Roman spielt nicht im antiken Kreise der Götter, der Helden, der Weisen und der Künstler, sondern — [illegible] in, unter Aristokraten, Gelehrten, Gründern,

Als ich „Bakchen und Thyrsosträger" [illegible] Frauen von wurmstichiger Moral und endigt hatte, begann [illegible] sonnigen Lebensauffassung. Es ist ein höchst manche Einzelheiten wü[illegible], höchst fesselndes, geistvolles Buch, in dem sich Gedanken aus dem Buch und die Welt, Charakter der Menschen und

[illegible] Bibliothek, [illegible] Vereinsmitgliedern, [illegible] kann mit der üblichen [illegible] höchst bereitwilligst [illegible]

Raumverhältnisse in die Länge ziehen, bald die Handlung sich wild überstürzt — ein Roman, den niemand aus der Hand legen wird, ohne durch ihn angeregt und aufgeregt zu sein, ohne seinen Verfasser für einen geistvollen Kopf zu halten, der seine eignen Gedanken denkt, der häufig ganz barocke Einfälle hat — und der gedankenreiche Romane schreibt, wie sie in unsrer Literatur selten sind, zumal in dem Buch die Geschehnisse sich drängen und der Verfasser, soviel die Personen sich auch zu erzählen haben mögen, vor allem uns selbst was zu erzählen hat. . . . Den geschilderten Verhältnissen fehlt also ein wenig die Realität, aber indem wir dies hervorheben müssen wir zugleich bewundern, wie spannend der Verfasser eine vielverschlungene Handlung zu führen weiß. In den sehr langen Gesprächen zwischen Professor Benjamin Stahlhardt Vater und Student Benjamin Stahlhardt Sohn ist viel Gedankentiefes, und daneben blitzt hier und da ein wundersamer Humor auf. Auch sind einzelne Charakteristiken vortrefflich, so die der Frau des Reichstagsabgeordneten Firwisch, die von jüdischer Abstammung ist, und ihrer Jugendfreundin, der alten Räderin. Ebenso ist der Charakter dieses „Volksmannes", der schließlich, weil eine Kourtisane ihn verstößt, sich das Leben nimmt, sehr interessant geschildert, mit all seiner Biegsamkeit, seinem Spekulationssinn, seiner Heuchelei, seiner Würde und seiner Sinnlichkeit. . . . Alles in allem ist das Werk bei manchen Seltsamkeiten so bedeutend, daß seine Lektüre warm empfohlen werden muß. Berliner Börsen-Courier.

. . . Ein Dichter völlig andrer Art ist A. Niemann, dessen neuester Roman „Bakchen und Thyrsosträger" die gesamten wissenschaftlichen und einen großen Teil der aktuellen sozialen Probleme in sich faßt. Der Roman hat Aufsehen gemacht, und insofern nicht mit Unrecht, als er auch seinerseits mit den landläufigen Begriffen von Inhalt und der Struktur eines Romans bricht. Wir wollen es unentschieden lassen, ob es nicht ein Nachteil des Werkes ist, daß wir statt eines Konfliktes eine große Reihe von Konfliktchen vorgeführt erhalten. Indessen, wenn dies ein Fehler ist, so hat das Talent Niemanns Kraft genug besessen, daß wir diesen Fehler erst dann merken, wenn wir das mit dem teilnahmevollsten Interesse zu Ende gelesene Buch aus der Hand gelegt haben. Wir wollen darum allen, welchen es darum zu thun ist, sich zu vertiefen und im Roman mehr als die sogenannte Liebesgeschichte eines oder mehrerer Paare zu finden, das vorerwähnte Werk Niemanns aufs wärmste empfehlen. Geht er auch in der Freiheit, der Sentenz einen dominirenden Raum zu gewähren, viel zu weit, sind auch innerhalb dieser sententiösen Aussprüche zuweilen Gedanken und Wendungen enthalten, die vom ästhetischen Standpunkte wie von dem der Parteiansicht anzufechten sind, so weiß Niemann doch den Leser in Regionen des Geistes zu tragen, die den meisten darum schwer erschlossen sind, weil vor den Pforten derselben eine unsympathische doktrinäre Schwerfälligkeit das Eintreten lästig macht. Niemann regt dazu an, über einzelne in die Form der Platonischen Zwiegespräche gekleidete Gedanken und Kontroversen ruhig im eignen Innern fortzuspinnen, und

geht doch nie soweit in das philosophische Lager über, um bei griechischer und lateinischer Taktik Anleihen zu machen. Er nimmt alles in seiner Muttersprache zum gründlichen Austrag, was im Laufe seines Lebens vom Baume der Erkenntnis zu pflücken war gelang, und erbeut sich, trotzdem ihm das eigentliche Romantische des herkömmlichen Romans fehlt, in ein höheres Gebiet, das, wenn es auch vom Sonnenlicht des Geistes statt vom Mondlicht der Phantasie beschienen wird, immer duftig und rosig genug ist, um darin mit Genugthuung wandeln zu machen.

Berliner Börsenzeitung.

. . Es wäre bei dieser Fülle des Personals zu wünschen, daß es durch ein festeres Band zusammengehalten würden. Die vielerlei Kreise, die man kennen lernt, entbehren eines durchschlagenden Mittelpunkts. Dagegen ist der Roman zu den bedeutendsten neuen Erscheinungen zu zählen, wenn man in erster Linie nach Gedankenreichtum und tüchtiger Charakteristik fragt. Und so wird er sich denn seine Freunde am liebsten unter den gründlich gebildeten Lesern suchen, welche ihre Forderungen höher zu steigern gewohnt sind.

Schwäbischer Merkur.

. . . Romanus Erzählungsweise ist eigentlich die des Satirikers und wie dieser läßt er hier und da Keime hervorsprossen, spinnt er an und reißt er, ohne auf diesen Spuren dann weiter zu gehen. Man fühlt es mehr wie einmal, wie schwer es ihm wird, keine Satire zu schreiben. Rücksichtslos deckt er die Schäden der heutigen Gesellschaft auf und erbarmungslos übt er das Strafamt an allen, die ihre durch Geburt, Reichtum oder Talent bevorzugte Stellung nur zur Befriedigung ihres Egoismus und ihrer Lüste benutzen. Niemand bleibt von dem selbstverschuldeten Untergange verschont als der Adel, der dieses Namen auch durch sein ganzes Thun und Denken verdient, das echte Künstlertum und der in seiner Gotteserkenntnis wachsende Philosoph. Dieser, ein Sokrates in modernem Gewande, der gewissermaßen den Chor der Handlung macht, ist ein Meisterstück, und in ihm, der aus jüdischem Blute hervorgegangen, später Christ geworden ist, stellt sich die Kontinuität des religiösen monotheistischen Bewußtseins dar. Ob der kranken Menschheit durch den Vegetarianismus, den er predigt, zu helfen sei, wollen wir dahingestellt sein lassen. Unser Glauben ist in diesem Punkte schwach, und auch zu seinen Bemühungen, die Phrenologie von den Toten wieder zu erwecken, vermögen wir nur den Kopf zu schütteln. Einer unsrer größten Naturforscher äußerte uns kürzlich, daß die Physiologie noch lange nicht weit genug vorgeschritten sei, um auf ihr die Phrenologie als Wissenschaft aufbauen zu können, und es befremdet, daß dem Sokrates des Romans nicht dieselbe Antwort von dem großen Naturhistoriker zu teil wird, den er in einem Gespräche über diesen Gegenstand ad absurdum führt. Ein jüngerer Sohn dieses Sokrates hat als Student in Heidelberg eine Liebschaft mit einem Bürgermädchen, und dieses köstlich geschilderte Idyll bildet eine erquickende Oase in all der Ungesundheit, die der Roman sonst schildert.

Der Verfasser wandelt in den Fußtapfen der [illegible] französischen Naturalisten — vielleicht unbewußt. Wenn er aber übe[illegible]igt ist, daß die Befreiung in der Fortentwicklung des religiösen Bew[illegible]ußtseins liegt, warum gießt er seinen Wein in alte Schläuche? Er hat uns den Träger dieses Bewußtseins nicht im philosophisch-theologisch[illegible]n Schmollwinkel, sondern im Kampfe mit der Welt darstellen sollen. Sokrates, sondern Prometheus. Doch wie [illegible]es nur brauchen, ist nicht ist trotz mancher Unklarheit, und gleichviel, [illegible] auch sei, der Roman Aufsehen teils oder nicht, ein Werk von solcher [illegible] man des Verfassers daß man es lesen muß. [illegible]eistigen Bedeutung.

Deutsche R[illegible]nau-Zeitung.

.... Der Hauptsache nach aber setzt Niemann, [illegible]n Forderungen der gewählten Form entsprechend, seine Anschauunge[illegible] in lebendige Handlung um. Er weiß die Phantasie des Lesers so lebhaft zu beschäftigen, daß selbst derjenige, welcher vorwiegend nach Unterhaltungsstoff verlangt, seinen Entwicklungen mit Interesse und Spannung folgen wird. Mit sicherm Takt und großer Geschicklichkeit erfüllt der Verfasser dabei alle Anforderungen der poetischen Gerechtigkeit. Jedes Unrecht, mag es auch noch solange denjenigen, der es verübt, zu glänzenden äußern Erfolgen verhelfen, es trägt in sich den heimlich nagenden Wurm und fertigt so oder so eine Schlinge, in welcher der Uebelthäter schließlich sich selbst fängt. Dabei tritt gerade hinsichtlich der aktuellen Verwicklungen eine tendenziöse Absicht nirgends störend zu Tage; es ergiebt sich alles naturgemäß. So packend und überraschend viele Wendungen sind, man hat schließlich doch nahezu immer das überzeugende Gefühl: „Es mußte so kommen!" Nur in einzelnen Fällen, wo die Tendenz als solche sich selbst in den Vordergrund stellt, wird der Verfasser einseitig und beschwört nicht nur den Widerspruch derjenigen herauf, die mit ihm nicht dasselbe politische, volkswirtschaftliche oder wissenschaftliche Glaubensbekenntnis teilen, sondern begeht auch unleugbare Verstöße gegen die im übrigen so schön beobachteten ästhetischen Pflichten des Epikers. Doch sind diese Fälle weder so zahlreich noch so aufdringlich, daß sie einem verständigen Leser die Freude an dem gelungenen Gefüge des in angenehm fließendem Stil vorgetragenen Ganzen stark und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Ein besonderer Vorzug dieses Gefüges ist seine glückliche Verkettung von ernsten und freundlichen Bildern, die mit vorteilhafter Wechselwirkung einander ablösen.

Literarischer Merkur.

... Der Verfasser des Romans, dessen Vorgänge keineswegs nach der heute herrschenden antikisirenden Methode in vergangene klassische Zeiten verlegt sind, der vielmehr ein volles, echtes modernes Kulturbild darbietet, teilt die in seiner Erzählung sich bewegenden Gestalten in die beiden erwähnten sokratischen oder auch biblischen Kategorien ein, aber in ungleicher Zahl, denn der Berufenen fand er viele, der Auserwählten aber wenige, wie dies in allen Zeiten seit dem Beginn der kulturfördernden Welt vor und heute noch so geblieben ist, wie es ehemals war. Das Irren in unsern Tagen, wenn es auch vielfach andern Faktoren, als in früheren Zeiten, benutzt wird, geht

die Anwendung der alten Sprüche reichlich genug an die Hand und der Dichter braucht nur, um sie zu erproben, in das volle Leben der Gegenwart hineinzugreifen. Er hat es mit feinem, klugem und scharfem Sinne gethan; sein Sittenbild aus der Gegenwart bringt eine Reihe von Bakchen und Thyrsosträgern, die sich, namentlich in den Menschenansammlungen großer Städte, täglich vor den Augen des tieferblickenden Beobachters bewegen. Die dort auftauchenden Charaktertypen treten in dem Romane in scharfen, klaren und festen Umrissen in den aus den heutigen kulturellen politischen Verhältnissen entspringenden Verhältnissen auf; die Reichshauptstadt Berlin ist der Schauplatz, worauf sie sich ergehen, sich bewegen und anstoßen, doch nicht in der Art einiger andere neuen Sittenbilder, welche den Schmutz und die Hefe dieses Zeitraums in sensationeller Lust ausbeuten, sondern immerhin in dem wilden Sinne, welcher verborgen in der Ueberschrift liegt, in der Mäßigung und Ruhe eines verständigen Zuschauers, den die Erscheinungen und Ausschreitungen des Geistes- und Gesellschaftslebens nicht erschrecken oder erzürnen, vielmehr der im Gleichmut eines Weisen über das Unabänderliche glossirt und philosophirt und für alle Erscheinungen seine Gründe oder Entschuldigungen findet. Gerade diese philosophirenden und räsonnirenden Partien des Buches sind die vorzüglicheren; der Verfasser legt darauf noch größeren Wert als auf die Komposition, obwohl man dieser gern nachsagen darf, daß sie geschickt und spannend angelegt ist und nach hoher, manchmal sogar dramatischer Steigerung zu logischem Ende mit strenger Ausübung der poetischen Gerechtigkeit führt. Eigentümlicherweise sind die beiden Leute, welche als berufene Bakchen in dem Romane auftreten, zwei Juden, Vater und Sohn, deren ersterer, ein aufgeklärter, ehrenhafter Gelehrter, allen Eitelkeiten der Welt entsagt hat und unbewegter Zuschauer der Thorheiten und Eitelkeiten seiner Umgebung bleibt, während der andre, der geistige Schüler seines Vaters, unablässig zur Beschwichtigung seiner Zweifel nach Wahrheit ringt, ohne gesegnetes Ende, denn der [illegible] Körper wohnende übermächtige Geist bricht zusammen, [illegible] Ziel geistiger Glückseligkeit und Befriedigung erreicht ist. [illegible] Sohn ergehen sich über alle wichtigen und brennenden [illegible] heutigen rechtlichen, politischen und kulturellen Zustände [illegible] Durchdringen der Materie und mit der Würde und Tiefe [illegible] Geister. In scharfem Gegensatze zu ihnen steht ein weltmit vollem [illegible] Egoismus verfallener, mit sophistischer Afterphilosophische Zeit sich betrügender Reichstagsabgeordneter, Parteiklüger, in [illegible] Finanzmann, dessen falsche Logik ihn schließlich ins Verweisheit lau[illegible] und ein tragisches Ende erleiden läßt. Diese ebenfalls führer und [illegible] Gestalt, deren Porträtähnlichkeit wohl schwer derben [illegible], die nur eine den waltenden Verhältnissen sich anvortrefflich [illegible] Ausgeburt der Phantasie ist, steht an der Spitze aufzufinden [illegible] des Romans; um ihn scharen sich eine große Zahl schließende [illegible] der modernen Gesellschaft, die alle wahr sind und der Thyrsostr[illegible] beweisen will, daß die größere Mehrzahl der von Charakter[illegible] aus Schwäche, teils aus Unbereitwilligkeit vom rechten an denen der [illegible] Menschen teil

Wege abirrt. Wie diese sich neben den wenigen Guten bewegen und mit diesen in Wechselwirkung treten, das zu erfahren überlassen wir dem Leser, dem wir aber die Bürgschaft leisten, daß der neue Roman August Niemanns den trefflichen Charakter- und Sittenbildern Spielhagens, des genialen Begründers des modernen deutschen Gesellschaftsromans, ebenbürtig zur Seite steht, sodaß er derselben Liebe und Beachtung würdig erscheint. Hamburger Nachrichten.

Das vorstehende Werk ist einer der bedeutendsten und geistvollsten Romane, welche in der letzten Zeit in Deutschland erschienen sind, wenn es nicht geradezu der geistvollste ist. Mit kunstsinniger Hand entrollt uns der hochgebildete Verfasser darin Bilder aus der modernen Kultur, deren Zeichnung fast durchweg richtig und deren Kolorit prächtig ist. Als Blätterwerk ranken sich um dieselben Aussprüche und Betrachtungen von zum Teil großer Tiefe, welche den Roman zu einem von den wenigen machen, die auch ein gebildeter Mann mit Genuß und Vergnügen lesen wird.

Das am wenigsten daran Gelungene ist vielleicht der Titel. Er ist zu gelehrt. . . . Ein fernerer Fehler des Romans, um gleich die wenigen, die er besitzt, vorweg aufzuzählen, ist die zu große Breite einiger darin vorkommenden Dialoge. So gleich der, welchen im ersten Kapitel der alte stoische Gelehrte Dr. Stahlhardt mit seiner Gattin Clara über den Wert oder Unwert des Karrieremachens hält. Man erkennt gleich aus diesem ersten Kapitel den denkenden Kopf, mit dem man es in dem Verfasser zu thun hat, man vermutet aber, daß er in der eigentlichen spannenden Romandichtung noch weniger geübt sei, ein Irrtum freilich, welcher durch die folgenden glänzenden und hochinteressanten Schilderungen schlagend widerlegt wird.

Endlich läßt der Verfasser die verschiedenen Fäden, aus denen der bunte Teppich seines Romans gewebt ist, mehrmals zu lange fallen, sodaß wir, wenn er sie wieder aufnimmt, uns zuweilen erst besinnen müssen, woraus sie eigentlich bestanden. An und für sich sind alle diese Fäden ja von feinster Qualität und Färbung. Da ist zunächst der große Hauptfaden des Ganzen, Dr. Irrwisch. [Folgt die Analyse des Romans, von der hier nur der Schluß steht.] Eine zweite Hauptgruppe des Romans schließt sich um den alten Freiherrn von Lovendal, ein Haupt der Haute Finance, Besitzer vieler Millionen und mit seinem Sohne Amadeus ein Typus des modernen Judentums auf dem Gipfel größter äußerer Erfolge. Die Schilderung der Geburtstagsfeier des alten Lovendal im zehnten Kapitel des ersten Bandes bietet eine Fülle feinster Beobachtung und fesselndster Darstellung; alles ist wie aus dem Leben gegriffen, und man muß sich verwundern, wie der Verfasser, offenbar ein Gelehrter und Kenner des Plato, Pindar und Theognis, gleichzeitig sich auch diese genaue Kenntnis so entgegengesetzter Lebenskreise, wie die in der Villa des alten Lovendal sich versammelnden und später die in der Spielbank zu Monaco, zu erwerben gewußt hat. Verhängnisvoll greifen in das Leben des alten Finanziers von Lovendal zwei etwas sehr abenteuerliche Gestalten,

die des ironisch geistvollen Prinzen von Parolignac, übrigens ein Muster konsequenter Charakterzeichnung, und die der Sängerin Chepa de Molini, ein. Im wohlthuenden Gegensatz zu diesen beiden raffinirten Figuren steht die reizende Idylle, welche sich zwischen dem Sohne des alten Dr. Stahlhardt, dem vom Eifer nach Wissenschaft durchglühten Ephraim, dem dritten der „Baschen" des Romans, und dem reizenden, aber koketten Flörchen in Heidelberg abspielt und die leider sehr traurig endigt. Doch es würde zu weit führen und zwecklos sein, dem Leser die einzelnen Partien des, wie gesagt, an Lebensfülle und Lebensweisheit reichen Romans weiter zu detailliren. Möge er dieselben selbst aus eigner Kenntnisnahme genießen. Er wird eine Dichtung kennen lernen, welche, wenn sie an künstlerischer Ausbildung vielleicht auch noch hie und da zu wünschen übrig läßt, doch dem Ideale, welches wir uns von dem modernen Roman machen, ziemlich nahe kommt.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die lockere Form des Romans gestattet auch solchen, welchen das Schicksal nicht die poetische Kraft eines Dante oder Goethe verliehen hat, einen Versuch, die ganze Welt in einem Griffe zusammenzufassen und die höchsten Ideen, das ewig Unbewegliche in dem ewig Beweglichen, in der Flucht der Erscheinungen, für welche noch keine Augenblicksphotographie erfunden ist, festzuhalten. Der Verfasser des Romans, der Redakteur des weltberühmten Almanach de Gotha, hat einen solchen Versuch gemacht, dessen Sinn schon der gewählte, sagen wir gleich offen, etwas gekünstelte Titel andeutet, welchen er dem Phaidon des Platon entnommen hat, und der eine klassische Version des bekannten Wortes der Schrift von den vielen Berufenen und den wenigen Auserwählten ist. Alles, was die gegenwärtige Gesellschaft bewegt, in Politik und geistigen Bestrebungen, die gesellschaftlichen Beziehungen, welche aus Geburtsaristokratie, Finanzgröße, militärischer und bürgerlicher Stellung und auch schließlich aus einer gewissen Dosis von Abenteurertum, welches sich in die übrigen Elemente mischt, hervorgehen, sind durch eine bedeutende Anzahl höchst lebenswahrer und interessanter Personen repräsentirt; über dieser materiellen Welt aber lagert — wie auf vielen mittelalterlichen Heiligenbildern die himmlischen Szenen über den hedischen — eine Welt der höchsten Gedanken, der idealsten Spekulation, dieselbe besonders, um hier Namen zu nennen, durch Dr. Stahlhardt logie seinen Sohn Ephraim vertreten wird.

zu schützen wir uns zuerst der materiellen Welt zuwenden, so sind die daß die Beobachtung, die feine Charakteristik der Personen, eine große um auf ihre Darstellung, und zuletzt nicht am wenigsten eine sehr beden- und es befreiende Kraft zu loben. Die erste Liebe Ephraims zu dem wort von dem Flörchen ist z. B. ein Idyll von hinreißendem Zauber und Gespräche über seinen Humor, die unglückliche Reitpartie, welche den Sohn dieses Sagen Bandes bildet, ist so effektvoll, wie sie nur der einem Bürgerm französische oder englische Sensationsschriftsteller er erquickende Oas und der Dialog so, daß man ihn gleich auf die Szene der Selbstmord des Dr. Irrwisch, eines mit besondrer

Sorgfalt gezeichneten politischen Führers, der sich zugleich Ehren und Reichtum zu erwerben gewußt hat, ist ein erschütterndes Gemälde aus den tiefsten Abgründen des Seelenlebens. Aber wir könnten eine Szene nach der andern und eine Gestalt nach der andern anführen, und wir würden soviel Lob auf sie häufen, daß vielleicht der Leser, der sich dadurch bestimmen läßt, in Wahrheit enttäuscht sein könnte; denn bei aller Kunst im Einzelnen hat der Dichter nicht vermocht, jene dauernde Spannung hervorzurufen, welche in ihrer Steigerung die höchste Wirkung eines Phantasiewerkes ist. Der Grund liegt darin, daß Herr Niemann, wenn wir eine Wendung in der Vorrede recht verstehen, zuerst eine Reihe von Kulturbildern geschrieben und diese dann zum Roman zu knüpfen versucht hat. Die Spuren dieses Prozesses ganz zu verwischen ist ihm nun nicht gelungen.

Was seine philosophischen Anschauungen betrifft, so wollen wir es der Erfahrung anheimstellen, wie groß die propagandistische Kraft derselben ist. Uns spricht die Voraussetzung derselben in etwas großer Breite — mit dem Roman nicht an, aber sie ragen jedenfalls weit über mittelmäßige Flachheit hervor, und der ganze Roman verdient als eine der bedeutendsten und originellsten Schöpfungen der neuern belletristischen Literatur volle Beachtung. Die Post.

Niemanns Roman ist so eigentümlicher, man möchte sagen „eigensinniger" Art, daß man sich seine Intentionen klar machen muß, um nicht ungerecht zu werden.

Das Werk gehört zu denen, welche etwas bedeuten, welche auf jeder Seite verraten, daß der Verfasser ein Mann ist, „der etwas zu sagen hat", und welche gleichwohl neben der Zustimmung und Anerkennung, die sie sich erwerben und erobern, mannichfachen Widerspruch finden müssen. Dem Verfasser fehlt es an Technik für die Romandichtung. Zunächst ist seine Namengebung eine verfehlte. Das Finden passender Namen für die in einer Erzählung zu verwendenden Personen und Orte ist gewiß nicht leicht, aber ist es notwendig, daß der Held, der schließlich die Braut erobert, hier wieder „Frank" heißt? Man sollte schier ein Gebot ausgehen lassen, daß die Romanhelden nicht mehr „Frank" und die Lustspielwitwen nicht mehr „Frau von Rosen" benamset werden möchten. Bei Niemann heißt ferner ein französischer Fürst „Parolignac", ein märkisches Dorf „Kürbisdorf", ein Mann, weil sein Leben einem Irrlicht gleicht, „Irrwisch", und ein andrer, weil er gegenüber den Vorurteilen und Verlockungen der Welt sich hart wie Stahl hält „Stahlhardt" — das sind denn doch harte Schicksale für die betreffenden Leute und für die Leser! Fügen wir noch hinzu, daß die einzelnen Partien der Erzählung nur ganz oberflächlich, nämlich durch kaum mehr als nähere oder entferntere Verwandtschaft der Hauptpersonen, zusammenhängen, und ferner, daß die beiden Männer, welche des Verfassers intime Ansichten auszusprechen scheinen, für Phrenologie und Vegetarianismus eingenommen sind, so gehört, wie wir uns selber sagen, einiger Mut dazu, wenn wir versichern, daß selbst ein sehr anspruchsvoller Leser die Lektüre dieses

Digitized by Google

[illegible] wie [illegible] können wir diese Verfasserin unbedenklich begrüßen. [illegible] Stahlhardt hat Niemann [illegible] weiter auszubeuten [illegible] und man sollte nicht meinen, mit [illegible] Nachdruck und Erfolg der Arzt mit seinem etwas pedantischen [illegible], seinem scharfen Auge und seinem unbestechlichen Gedächtnisse [illegible] hat werden kann, wenn man es richtig anfängt. Die Episode des Heidelberger Studenten sind ein überaus anmutendes Idyll, wie denn jede einzelne Episode das Beobachtungs- und Erzählertalent des Verfassers bezeugt. Es zeigt sich selbst in beiläufigen Bemerkungen, wie wenn von einem Freunde des erwähnten Studenten einmal gesagt wird: „Er war ein prachtvoller Trinker, ruhig lächelnd, wie ein Gott.“ Nur ein Mann von wenigstens einigen Graden kann von einem „prachtvollen Trinker“ sprechen. Ferner ist der Hörst Parolignac in seiner glücklichen Besitzlosenheit eine Gestalt, die sich einprägt. Kurz, die vorhandenen Mängel treten hinter dem Guten, das geboten wird, weit zurück. Fehlt es diesem Zeitbild auch an Einheitlichkeit und Abrundung, so fehlt es ihm nicht an Schärfe und Tiefe.

Vossische Zeitung.

Wir haben hier einen richtigen, auf breitester Grundlage solid aufgebauten sozialen Roman, der in ästhetisch sehr befriedigender Weise die brennenden Fragen der Gegenwart gründlich behandelt. Der Autor desselben besitzt bei gründlicher wissenschaftlicher Bildung die poetische Ader, die ihn in den Stand setzt, nicht bloß eine Anzahl fein gewählter Charakterköpfe getreu nach der Natur zu malen, sondern sie uns in einem Lichte zu zeigen, daß sie uns stets Interesse, oft Bewunderung und Sympathie einflößen müssen. Daß Niemann die Fabel seines Romans so gut ersonnen und so schön ausgesponnen hat, rechnen wir ihm umso höher an, als wir überzeugt sind, daß er offenbar diesen Roman nicht geschrieben hat, um einen Roman zu schreiben, sondern um sicher zu sein, daß seine philosophischen und politischen Ansichten Leser finden, und zwar von seiten eines Publikums, das nicht gern psychologische Abhandlungen liest, obgleich es welche lesen könnte. Gehen wir kurz auf den Inhalt des Buches ein. Der Verfasser findet in der Herrschaft der hyperliberalen Strömung unserer Zeit ein gefährliches Uebel. Sie ist es, die allenthalben ein hohles Treiben wo nicht hervorruft, so doch begünstigt. Mit der durch finanzielle Rücksichten veranlaßten Vermischung der Standesunterschiede geht Hand in Hand ein pietätloses Abweichen von guter alter Sitte und unmittelbar damit verbunden ein Sinken der Sittlichkeit. Das schadet den alten guten Familien, ohne den neuauftauchenden etwas zu helfen. Die Herrschaft der Phrase im öffentlichen Leben, die Rolle, die der Streber und der Gründer spielen, sie werden gründlich beleuchtet und gebührend gegeißelt. Wie die sittliche Lockerheit ihr Gift in die Kreise der Kunst und der Wissenschaft hineinträgt, wie dieses aber schließlich auch seinen eignen Herd verzehrt, kann garnicht besser geschildert werden als in den Figuren des Gründers Irrwisch und des Prinzen Parolignac. Daß unsere Zeit krankt am Vielwissen, das unklare Köpfe macht, das Gemüt

leer läßt und für den Willen keine Direktive giebt, daß hierin eine Hauptquelle des sittlichen und religiösen Indifferentismus zu erkennen ist, wird dem Verfasser niemand bestreiten. Er zeigt schlagend, daß das, woran es unsern Zeitgenossen am meisten und der Jugend zumal fehlt, nichts anderes ist, als tüchtige Charakterbildung. Hier ist nun die Ansicht Niemanns diese: Es ist nicht zu leugnen, daß es nicht in der Macht eines Menschen steht, den Charakter eines andern so oder so zu bilden, die natürlichen Anlagen und die Wege des Schicksals sind hier mächtiger. Aber der Auserwählte unter den vielen Berufenen, der Bakchos unter den Thyrsosträgern, einer, der die Dinge nicht bloß nimmt, wie sie kommen, sondern sich selbst kennt und diese Welt durchschaut, ein solcher hat es doch in der Hand, diesen oder jenen Funken in seinem Innern nicht zur Flamme werden zu lassen, die sein Herz verzehrt, er ist doch imstande, sich das Gleichgewicht seiner Seele zu erhalten, ja sogar das momentan verlorene wieder zurückzuerobern. Das Mittel zu solcher Kraft des Geistes ist die ernste Arbeit des gewissenhaftesten Forschers, die von selbst zu seinem Idealismus des Denkens und jener Noblesse des Handelns führen muß, ohne welche der Mensch seinen Namen nicht verdient: „Mein lieber Sohn" — läßt unser Autor den alten Gelehrten Stahlhardt zu seinem Ephraim sagen —, „wer so wie du über die Gerechtigkeit zu fragen versteht, der bedarf keiner menschlichen Lehre mehr. Gott wird dich auf dem Wege führen, den du gehst." Aber — so fährt Niemann fort — als sein Sohn gegangen war, senkte der Vater sein Haupt in tiefer Betrübnis auf die Brust. Denn er bedachte, welch ein verhängnisvolles Geschenk des Schicksals eine forschende und empfindsame Seele sei.

Staats-Anzeiger für Württemberg.

Es ist uns immer eine besondere Freude, wenn wir aus der Flut von mittelmäßigen Romanen und Novellen, welche alljährlich den deutschen Büchermarkt überschwemmt, ein literarisches Erzeugnis dieser Art, als zu diesem Mittelgute nicht gehörig, herausheben und der Beachtung des Lesepublikums warm empfehlen können. In diese angenehme Lage versetzt uns der Roman von August Niemann „Bakchen und Thyrsosträger." Trotz seines an die antike Zeit mahnenden Titels ist derselbe doch ein moderner deutscher Gesellschaftsroman und zwar im besten Sinne dieses Wortes. . . . Mit scharfen, charakteristischen Zügen entwirft der Verfasser in seinem Romane ein Bild von dem Treiben unserer Tage, von dem Leben der Gegenwart, von dem Jagen nach Reichtum, Sinnengenuß und äußerlichen Ehren, von den aus den heutigen politischen und kulturellen Verhältnissen entspringenden Reibungen und Differenzen; daß er bei dem Aufdecken der Nachtseiten unseres gesellschaftlichen Lebens sich fernhält von jeder Frivolität, rechnen wir zu einem der größten Vorzüge des Werkes.

Leipziger Zeitung.

. . . Niemann hat mit seinen beiden Romanen ein höheres Genre der sogenannten schönen Literatur eröffnet, einen ganz neuen Ton angeschlagen, indem er gewisse Vorzüge der Freytagschen und Spiel-

hagenschen Weise, ohne die Schwächen dieser beiden Schriftsteller zu teilen, in sich vereinigt, und den durch die Wüste dieser Welt ziehenden schwerbeladenen Kameelen die belebende Musik vorspielt, daß immer nur das Gute das Richtige ist, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen und die Summe aller Naturforschung, Bildung und Weisheit darum in dem Spruch beschlossen bleibt: Liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst. Bonner Zeitung.

Don Adone.

... Als wollte er der leidigen Gegenwart, ihrer geradlinigen Straßen, der Uniformen und Eisenbahnen vergessen, hat sich Robert Waldmüller altes, geschöpftes Papier beschafft, solches hübsch altertümlich in weißlich schimmerndes Schweinsleder binden lassen und eine Erzählung hineingeschrieben in dem Geschmacke etwa, wie sie in „guten, alten, lustigen Zeiten" die Improvisatoren und Fabulanten in Neapel des Abends zum Besten gaben. Er hat sichs sogar damit nicht genügen lassen und ist selbst mit Haut und Haar in die Maske solch eines fröhlichen Alten, des „berühmten Fabulanten von der Spiaggia della Marinella," hineingekrochen und beginnt als Gian Francesco Sabattini seine Geschichte.... Der Golf von Neapel, die Zeit des „Vizekönigs": Märchenland und Märchenzeit. In den Orangenhainen hängt Blüte an Blüte, Frucht an Frucht, die üppige Rebe umrankt das Gemäuer, die großblätterigen Feigenbäume spenden schattige Kühlung, zwischen Felsenritzen sprießt die Myrte und unten grüßt und rauscht das blaue leuchtende Meer. In diesem Feengarten hausen selige Menschenkinder, und ihr Uebermut lacht in der verfallenen Hütte wie im Palast, auf der lärmenden Straße und in den kühlen Gängen des Klosters. Wohl dräut die Hölle der Cyklopen unter dem heißen Boden und zwischen den frohen Tagen, da ich Blatt um Blatt das Behagen und die launigen Freuden genoß, deren es in „Don Adone" so viele giebt wie Oliven an dieser seligen Küste, und dem Heute liegt das gräßliche Unglück von Casamicciola. — Noch lastet das stumme Entsetzen dort, und die Zeit der Thränen hat den staunenden Schrecken noch nicht gemildert. Und doch! Ein neuer Frühling, neues Leben, neue Lieder, neues Glück! Wo die Armut das Elend nicht kennt, wo kein Leben verrinnt ohne Freuden, da ist der Schmerz schneller vergessen, da heilen die Wunden und den neuen Sonnengluten grüßt mit den Blüten auch das Lachen der braunen, glutäugigen Menschen entgegen. Mögen die sorgenden Menschen des Nordens immerhin solches Leben Leichtsinn nennen, in Wahrheit ist es Glück. Leben, sich freuen jedes Atemzuges, die geringe Arbeit mit Frohsinn verrichten, in den Gluten des Tages träumen, den kühlen Luftzug des dämmernden Abends als das Zeichen begrüßen, daß Lied und Tanz nunmehr anheben können, des „Morgen" nicht denken, weil das selige „Heute" so

ganz das Herz erfüllt, und in solchem Glücke glauben, es müßte immer so sein, weil es so gut ist und der Wunsch nicht geboren wird, der Besseres, Anderes erstrebte — — in solchem dämmernden Glücke ist Don Adone aufgewachsen.... So ungefähr zieht Don Quixote mit Sancho Pansa in die Welt; aber das herrliche Buch Waldmüllers darf neben Cervantes gestellt werden; es ist keine Satire, sondern ein Gedicht, welches die Unschuld zweier braven Menschen besingt, die mit einander aufgewachsen sind, mit einander reisen und einander so schwer zu finden vermögen. Don Adone auf seinem Maultiere reitet in die Welt, um in Salerno den Erben der Zechinen zu suchen. Sein Kopf ist angefüllt mit den Sinnsprüchen aller Weisen, sein Herz lebt der Tugend und Pflicht und weiß nichts von Arglist. Stark wie ein Löwe von Natur, furchtsam wie ein Hase durch Angewöhnung, erscheint er bestimmt, das Opfer aller zu werden, die, von Schlechtigkeit oder Uebermut getrieben, seine Schwäche mißbrauchen wollen. Sein Beschützer ist das kleine muntere Mädchen Fiammetta, die auf Lazzaro, dem trefflichen Esel, neben ihm reitet und die keine Sorge kennt als die um ihren guten Herrn; die nur Thränen hat, wenn er von dem Kloster spricht, in das er gehen will, die von allem weiß, was Don Adone frommt, nur von dem besten nichts — von ihrer Liebe. Welche Schicksale das ebenso seltsame wie liebenswerte Paar zu bestehen hat; wie mit den Zechinen, welche die Arglist Fremder und Adones Tugend dem Taschchen entrollen lassen, auch die glaubensstarke Arglosigkeit unsers Helden ins Schwinden kommt, wie die leidige Not ihn zwingt, von seiner Kraft und der weltklugen Einsicht Fiammettas mehr Gebrauch zu machen als von der in der Anwendung unverläßlicher Weisheit des Sokrates und der Kirchenväter, das mag der Freund, den wir dem Buche gewonnen, in diesem selbst zu seiner Freude und Erbauung nachlesen. In der Erzählung dieser Abenteuer steckt eine Galerie von Menschen- und Landschaftsbildern solchen Reizes, solcher Feinheit der Zeichnung, solcher Pracht der Farben, daß nur zögernd die Hand an das Wenden der Blätter geht und willig das Auge auf das Gelesene zurückblickt, wie es der Alpenwanderer auf der Paßhöhe thut, bevor er von dem durchstiegenen Thale Abschied nimmt und ins neu geöffnete absteigt. Mit vornehmem Geschmack und oft zwingendem Humor sind die Weisheitssprüche gewählt, mit denen Don Adone in jeglicher Lage seine Entschlüsse und Meinungen begründet, um stets das Verkehrte zu thun und zu sagen.... Sei uns gegrüßt, Waldmüller, du trefflicher Landsmann. Zwei Bände lang hast du die welsche Maske getragen und hast mit fröhlichem Mummenschanz uns ergötzt. Schließlich aber schlägt allbesiegend dein starkes deutsches Herz durch Maske und Mantel, und Don Adone, dein Held, es ist das deutsche Volk, mit seinen Gelehrten, seinen Träumern und Denkern, seiner unbeholfenen Tugend und seiner Riesenkraft. „Ein herrliches Ding um das Prügeln," oh, das ist gute deutsche Weisheit. Nur umso herrlicher ist sie, wenn dabei die Poesie nicht verloren geht; das aber hast du, wackerer Fabulant, uns gezeigt, der erste wieder nach langer Pause, und darum Freunde und Freundinnen gehet hin — und leset „Don Adone".

Wiener Presse.

Ein artiges, munteres Werk, das sich angenehm lesen läßt, weil es in behäbiger, durchaus behaglicher Weise vorgetragen, sehr glücklich von der hastigen, überstürzten und zu fast unmöglichen Lagen und Verkommnissen zugespitzten Art der neuesten Romanerscheinungen absticht. . . Diese Reise und die vielerlei komischen und sonderbaren Abenteuer, die sich auf ihr ereignen, bilden den Inhalt der beiden Bände, die in ihrer ganzen Darstellung und in dem glücklichen Humor, den sie atmen, ein treffliches Seitenstück zum „Don Quixote" abgeben. Wir finden wenigstens in ihnen den gleichen Ernst in aller Schelmerei, gewissermaßen die volle Grandezza der heiteren Laune, die in jenem unsterblichen Meisterwerk der spanischen Literatur zu gewahren ist und es vor vielen anderen von jeher ausgezeichnet hat und immer auszeichnen wird. „Don Adone" ist ein wirkliches, echtes Kind der Muse, eine volle, gesundheitstrotzende Gestalt aus dem italienischen Volksleben, die sich mit ihrer übertriebenen Ehrbarkeit ihren sich gelehrten Ansehen gebenden Anführungen aus dem griechischen Altertum, ihrer kindlichen Gewissenhaftigkeit und naiven Natürlichkeit so breit und ausgiebig in die Teilnahme des Lesers setzt, daß er gern und mit immer gleichbleibender Spannung den einunddreißig Kapiteln dieses wahrhaft belustigenden Romans folgt. Wahrhaft belustigend aber ist dieser Roman, weil er harmlos und durchweg künstlerisch einen einfachen Grundgedanken in buntbewegten und mit saften Farben gemalten Bildern folgerichtig und mit systematischer Genauigkeit ausführt. So toll und übermütig das Erzählte zuweilen auch erscheinen mag, nie doch schwächt es oder läßt es das vorgesteckte Ziel aus den Augen. Es bleibt immer streng bei der Sache und, was besonders zu rühmen ist, auch in den possenhaftesten Auftritten, sozusagen im Ueberschwang der lachendsten Erfindungsgabe, behauptet es eine gewisse Würde, ein gewisses Pathos der Lächerlichkeit, mit einem Wort: dieser komische Roman fällt nie und nirgends aus der Rolle, ohne daß er je eine Gezwungenheit wahrnehmen läßt. Leicht und zwanglos entwickelt er sich und alles ergiebt sich in ihm wie von selbst: ein Abenteuer zieht wie notwendig das andre nach sich. Dies ist die echte Kunst des Fabulanten, und woher Robert Waldmüller dieselbe auch immer gewonnen haben mag: aus sich selbst oder aus italienischer Quelle, sie kann und darf uns unter allen Umständen willkommen sein.

Staatsanzeiger f. Württemberg.

Eine interessante, anmutige Verschmelzung romanischen Wesens und germanischen Geistes! . . . Nun, das ist ein Stoff, von dem man gerne glaubt, daß ihn ein munterer Fabulant auf der Spiaggia della Marinella zu Neapel improvisirt habe! Aber die vorliegende Ausführung — die konnte freilich nur ein sehr gebildeter, sehr feinsinniger deutscher Poet so gedankenvoll vertieft, so formell gerundet und gefeilt zustande bringen! Es ist eine Freude, diese Verschwisterung des Volkstümlichen, Urwüchsigen, mit dem feingeistigen Element, das der Bearbeiter hinzubrachte, zu verfolgen. Ob dies Feingeistige der Ausführung nicht doch ein wenig das Uebergewicht über den gesunden Realismus der Erfindung erhält? Höchstens dann und wann im Dia-

log, in raffinirten und gelehrten Germanismen, die zwar dem Helden, nicht aber allen andern Personen des Buches gut zu Gesichte stehen. Um so sicherer weiß der Bearbeiter mit allem andern Detail der Darstellung uns auf italienischem Boden zu erhalten, uns auf demselben mit Behagen heimisch werden zu lassen. Vielleicht finden manche das Buch eben darum nicht pikant genug, weil es zuweit seitab führt von der Heerstraße der modernen heimischen Erzählungsliteratur. Aber dieser schwülen Heerstraßenatmosphäre uns zur Abwechslung zu entführen, ist ein Verdienst. Unsre jüngste Roman- und Novellendichtung entfernt sich vielfach bedenklich vom Natürlichen, Menschlichen. Wären ihre Gestalten doch immer wenigstens wie die eines Zola: arme Sünder zwar, aber doch Menschen! natürliche, begreifliche Menschen! Die sind noch immer erquicklicher, als die doktrinär-schrullenhafte, von Modepessimismus angekränkelte, grimassirende, und, was die Hauptsache, innerlich unwahre, psychologisch kaum mehr verständliche Menschenwelt, welche in den Produkten mancher jüngsten deutschen Erzähler ihr Wesen treibt. Dieser unerquicklichen Richtung gegenüber ist Waldmüllers „Don Adone" als ein naturfrischer, aus dem alten, aber echten, klaren Musenborn geschöpfter Trank zu empfehlen.

Das Magazin f. d. Lit. d. In- u. Ausl.

... In ein friedlicheres Terrain der Fabulirung führt wieder Robert Waldmüller mit seiner in der Zeit des spanischen Vizekönigtums über Neapel spielenden Erzählung „Don Adone." Der bewährte Erzähler ist ein Schalk; dieser „berühmte Fabulant" Gian Francesco Sabotini vermutlich selber im wesentlichen eine fabulirte Gestalt und der Dresdener Poet Duboc-Waldmüller vermutlich selbst im wesentlichen der Erfinder dieses ergötzlichen echt südtalienischen Schelmenromanes. Diese letztere Gattung sollte stärker kultivirt werden als in diesem Augenblick geschieht; Lesage in seinem „Gil Blas" oder vielmehr seine spanischen Hintermänner Velez de Guevara und Aleman gehören zu den ergötzlichsten Autoren aller Zeiten, und auch in den unsterblichen Don Quixote spielt diese Art von Romantik wenigstens hinein. ... Harmloser allerdings und in entlegener Zeit wickelt Waldmüller seinen Schelmenroman ab. Zunächst ist der Held desselben ein passiver; nicht er übervorteilt andre Leute, sondern er wird auf einer an den apulischen Gestaden Dank dem Testamente einer übervorsorglichen Mutter angetretenen Wall- oder vielmehr Irrfahrt allmählich um die baare Hinterlassenschaft derselben gebracht und kehrt um viele Erfahrungen und eine Lebensgefährtin reicher auf sein Landgütchen zurück. Kostbar ist der Gegensatz zwischen den von dem gelehrt erzogenen Jüngling bei jedem Reiseunfallgeschick vorgetragenen antiken Weisheitssprüchen und den realistischen Bemerkungen seiner später zur Lebensgefährtin avancirten dienenden Reisebegleiterin ausgedrückt; hier hat dem Dichter allerdings Don Quixote mit dem unsterblichen Schildknappen vorgeschwebt. Ueberaus fein aber ist die unschuldige und unbewußte Herzensneigung der von der Mutter als Dienerin angenommenen entfernten Verwandten zu dem unbeholfenen Gebieter angedeutet und entwickelt. Hier ist auf die noch gut nachgeahmter italienischer Weise

etwas selbstgefällig breit vorgetragene humoristische Erzählung ein Strahl echter Poesie gefallen. Elberfelder Zeitung.

. . . Damit ist eine Situation geschaffen, wie die großen englischen Humoristen des vorigen Jahrhunderts sie liebten, die auch ihren oder ihre Helden gern auf Reisen schickten, ja man wird an Cervantes und an — „Hans im Glücke" erinnert. Die freie und künstlerische Verwertung des „Reisemotivs" hat sich auch hier sehr dankbar erwiesen. Don Adone ist ein durch das lebhafte Temperament und den stark ausgeprägten Egoismus der Mutter halb unterdrückter Mensch von empfindsamem und beschaulichem Wesen, erstaunlich unpraktisch und unselbständig, von beinahe himmelblauer Unschuld und Rechtlichkeit. Zu der Wahl eines Berufes hat die Mutter ihn nicht kommen lassen. Der Zufall hat seine ungeordneten autodidaktischen Studien auf enzyklopädische Werke über die alten Philosophen gelenkt. Ihre Lebensregeln sind das einzige, was er kennt, und diese zu zitiren ist seine Freude und sein Trost. Denn Trost hat er auf der Reise, auf welcher er vielfach betrogen, gefoppt und von allerlei Unfällen verfolgt wird, zuweilen nötig. Der — freilich sehr verfeinerte — Sancho Pansa zu diesem Don Quixote ist Fiammetta, insofern sie wenigstens einige Lebenserfahrungen und einen aufgeklärteren Sinn hat. . . . Die Gespräche, welche beide mit einander und mit den Personen führen, mit denen die Reise sie zusammenbringt, sind von einem feinen und glücklichen Humor getragen, der sich auch in der Erfindung der Reiseerlebnisse bewährt. . . . Eine neckische und doch man möchte sagen noble Schalkhaftigkeit giebt dem ganzen Roman eine eigentümlich behagliche Atmosphäre. Vossische Zeitung.

. . . Eine wahre Erquickung inmitten dieser seichten Produktion des Tages, unter welcher niemand mehr zu leiden hat als die Feuilleton-Redakteure der Zeitungen, denen die Prüfung der Roman-Manuskripte obliegt, hat uns kürzlich die Lektüre eines Romanes von Robert Waldmüller verschafft, welcher den Titel „Don Adone" trägt. Wir dürfen wohl, trotz der umständlichen und feierlichen Quellenangabe auf dem Titel, annehmen, daß hinter dem fabelhaften Improvisator Sabattini, welcher nach der Versicherung Waldmüllers seinen Landsleuten und Gevattern die lustige und doch zu sehr zum Nachdenken anregende Lebensgeschichte von den Reiseabenteuern des Don Adone erzählt, kein andrer als der geistvolle Dresdner Schriftsteller selbst zu suchen ist, dessen eminente Sprachkenntnisse ihn befähigen, so tief in den Geist, in die Denkungsart eines Volkes einzudringen, daß man hinter der Maske des Italieners den Deutschen nicht zu erkennen vermag. . . . Don Adone ist ein Seitenstück zu Don Quixote, nur nicht mit so weit gespannter satirischer Tendenz, sondern in engerem Rahmen die alte Moral in ebenso ergötzlicher Weise illustrirend, daß sich ein Charakter „nur im Strome der Welt" bildet. . . . Die goldenen Sonnenstrahlen eines feinen, leicht ironisch gefärbten Humors sind die beständigen Begleiter des Lesers auf der Fahrt nach Castellamare, und dazwischen sprudelt der erfrischender Born heiterer Lebensweisheit, welche mit der anmutigsten Leichtigkeit und mit der liebenswürdigsten Beredsamkeit dar-

Rec

geboten wird. Die große Beweglichkeit in der Dialektik und die Lebendigkeit des Stils werden besonders demjenigen Leser Freude machen, welcher auch die formale Seite eines Kunstwerks zu schätzen weiß.

Die Post.

Die Freunde und Kenner altitalienischer Fabulierkunst, der unsere besten Novellisten soviel verdanken, werden ihre Freude an dem neuesten Romane Robert Waldmüllers „Don Adone" haben. Der Dichter sagt, daß er seine köstliche Geschichte dem berühmten Fabulanten von der „Spiaggia della Marinella" in Neapel, Gian Francesco Sabattini, nacherzählt. Wie viel des italienischen, wie viel des deutschen Dichters Anteil — mag uns nicht bekümmern; genug, daß ein so anziehendes und unterhaltendes Buch aus diesem Zusammenwirken entstand. Don Adone und seine Dienerin Fiammetta, welche er von der Mutter erbt, begeben sich, um eine falsch gedeutete Testamentsklausel auszuführen, auf die Reise, die sich allerdings nur von Neapel nach Salerno erstreckt, aber an wunderlichen Erlebnissen und Fährlichkeiten, an komischen und bedenklichen Situationen über- und überreich ist. Don Adone ist ein Don Quixote der Gelehrsamkeit, Fiammetta eine kluge, mit Mutterwitz reichlich begabte treue Dienerin ihres Herrn, die das Gleichgewicht wiederherstellt und nach allen möglichen tollen Erlebnissen seine Gattin wird, da er wohl sieht, was er ihrem eminenten Verstande dankt, der alles glücklich wieder eingelenkt hat. Ist der Roman auch im Geiste des Fabulanten da und dort vielleicht zu breit ausgesponnen, so deckt diese Breite der überreiche Humor, die Masse komischer Situationen und Einfälle, welche unsre Heiterkeit immer wieder neu beleben, und das Buch darf als eine durchaus originelle Erscheinung bezeichnet werden.

Ueber Land und Meer.

Eine sehr unterhaltende und ergötzliche Erzählung, in jener leicht fließenden Erzählungsart vorgetragen, wie sie Wieland einst mit Glück unter uns angebahnt und gepflegt. Auch an des Herrn v. Thümmels Weise mag man sich dabei erinnern; doch sei ausdrücklich bemerkt, daß Anstößiges in „Don Adone" nicht vorkommt, selbst wo die Situation es gelegentlich nahe bringt. Das Buch hat sogar eine gewisse Moral, des Mannes wünschenswerte Selbständigkeit und den Unwert bloßer Plunder-Büchergelehrsamkeit anlangend. Aber die Hauptsache bleibt: Wem um eine etliche Stunden recht vergnüglich ausfüllende Plauderei zu thun ist, findet dies hier in ausgezeichneter Weise und dem besten „Fabulanten"-Ton.

Deutsches Literaturblatt.

Robert Waldmüller hat in seinem neuesten Buche „Don Adone" eine [illegible]ergötzliche Gabe den Verehrern seines Talents dargereicht. Die darin geschilderten lustigen und komischen Begebenheiten stellt er laut einer Anfügung zu dem kurz gefaßten Haupttitel als eine geistige Reproduktion hin: er sagt, daß er die Geschichte des „Don Adone" dem berühmten Fabulanten von der „Spiaggia della Marinella" in Neapel, Gian Francesco Sabattini, nacherzählt habe. In einem Vorworte wird Eingehenderes über den genannten Fabulanten und über den Ursprung der von Robert Waldmüller nacherzählten Geschichte berichtet. Eine

Kontrole, wie weit das Mitgeteilte wahr oder von dem deutschen Autor fabuliert ist, läßt sich nicht üben, sie ist auch nicht geboten, denn es genügt, sich an die Thatsache des vorhandenen deutschen Buches zu halten, um mit voller Befriedigung und Lust erfüllt zu werden. Nur das eine bleibt zu bemerken, daß die Einflüsse alter italienischer Originale zu spüren sind, aber sie leiteten nicht zu rein äußerlicher Nachbildung, sie werden bloß sichtbar in der treuen Bewahrung des national-italienischen Geistes, wie dieser vor beinahe zwei Jahrhunderten nach Ausdruck rang. Robert Waldmüller schreibt seine lustigen Geschichten in der heuern, nahen Laune der alten italienischen Novellisten, in dem tollen Humor der alten Dramatiker; es steckt recht viele demenzia, follia, pazzia darin, das Unwahrscheinliche und Abenteuerliche macht sich breit, wie in der reinsten Don Quixotiade. Aber man lacht darüber und zwar gern, denn man wird nirgends unangenehm berührt oder gar verletzt, denn selbst in den gewagtesten Situationen bleibt die Decenz und anständige Sitte unverletzt. Und wie leicht war es, diese bis zur moralischen Zweideutigkeit zu steigern, besonders in den gesellschaftlichen Schilderungen einer wenig bedenklichen Zeit und eines Volkes, das harmloser wie die Menschen der Gegenwart oder gar wie die strenger denkenden und fühlenden Leute nördlicherer Gegenden, sich in freierer Natürlichkeit geben ließ. . . . Es zieht durch alle Szenen ein lachenreizender, drastischer Humor und Don Adone und seine Fiammetta interessiren überall: sie sind hinsichtlich ihrer Charaktereigenschaften bis ans Ende konsequent und anmutend durchgeführt. Die Leute, mit welchen sie auf ihrer abenteuerlichen Fahrt in engere oder weitere Beziehungen treten, sind die köstlichen und wahrsten Typen des italienischen Volks- und Gesellschaftslebens vergangener Zeit, deren allgemeine kulturelle Merkmale überdies mit großer Treue beigefügt sind. Die Kenner und Verehrer der altitalienischen Novellenliteratur werden Robert Waldmüllers „Don Adone" als passendes und harmonisches Glied in die Reihen derselben einstellen.

Hamburger Nachrichten.

Mit dem neapolitanischen Volksroman „Don Adone" hat der fruchtbare und beliebte Erzähler einen recht glücklichen Griff „ins volle Menschenleben" hinein gethan und ein Werk geschaffen, das sich ohne Zweifel viele Freunde erwerben wird. An komischen Romanen ist unsere Literatur nicht reich, und ist namentlich in neuerer Zeit immer ärmer geworden. Hier ist einmal wieder einer aufgetaucht, der sich mit den besten messen kann, ja, was Reichtum der Erfindung, sinnige Schelmerei, meisterhafte humoristische Episoden und übersprudelnde Laune anlangt, kaum von einem erreicht wird. Die bunten Zickzackfahrten und vielen Abenteuer der beiden Hauptpersonen, des gelehrten, furchtsamen und unpraktischen Don Adone und seiner treuen und schlauen kleinen Haushälterin Fiammetta, sind ebenso belustigend wie rührend, und wenn Schopenhauer Recht hat, daß es die Aufgabe des Romanschreibers nicht ist, große Vorfälle zu erzählen, sondern kleine interessant zu machen, so ist diese Aufgabe hier aufs Beste gelöst. Das oft bewährte Talent des Verfassers für Naturschilderungen und für die

Digitized by Google

Schilderung von Land und Leuten kommt dem Roman außerdem noch vortrefflich zu statten, indem es der fortwährend wechselnden Szenerie das farbenreichste Lokalkolorit verleiht. Ob die vorgetragenen Begebenheiten wirklich Improvisationen eines unbekannten Fabulanten namens Sabattini, wie der Verfasser andeutet, oder nicht vielmehr seine eigene Erfindung sind, müssen wir dahingestellt sein lassen.

Magdeburgische Zeitung.

Ein Buch, das der gebildeten Leserwelt ganz besonders zu empfehlen ist. In liebenswürdiger, höchst anziehender Form sagt uns Robert Waldmüller zunächst in dem Vorwort, wer Gian Francesco Sabattini war, und giebt zugleich über die Persönlichkeit, das Leben, das Talent und das Thun und Treiben dieses Improvisators oder Fabulanten genauesten Aufschluß. Von den vielen aus dem Stegreif erzählten Geschichten dieses sehr am Strande des Golfs von Neapel volkstümlichen Scrivano und Fabulanten ist jedoch nur dieser „Don Adone" durch Nachschrift erhalten worden. Das ist aber auch in Wahrheit ein Kabinetstück. Hier sieht man das neapolitanische Volksleben in seiner ganzen Urwüchsigkeit vor sich. In jeder der mit scharfen Linien gezeichneten und im lebhaftesten Kolorit gehaltenen Persönlichkeiten, wie in den mit überzeugender Wahrheit geschilderten Lebensverhältnissen und öffentlichen Zuständen zur Zeit der spanischen Vizekönige erkennt man den Einfluß aller der vielen historischen Wandlungen, denen jenes paradiesische Land unterworfen war. Da tauchen z. B. inmitten des gewohnheitsmäßigen, mit dem neapolitanischen Volksleben innig verwachsenen Madonnen- und Heiligendienstes noch immer Reminiscenzen aus der heidnischen Römerzeit auf; doch ist diese Art von Religiosität äußerst dehnbar und verträgt sich unter Umständen sehr wohl mit dem allerweitesten Gewissen und einem fast unglaublichen Aberglauben. Selbst il diavolo erhält, teils wohl aus Furcht, teils aus Respekt vor allem Uebernatürlichen, nicht selten das ehrende Epitheton „santo". Ferner begegnet man oft einzelnen Zügen, die in der Völkervermischung an jenem Strande (Sarazenen, Normannen, Spanier) begründet sind. Und welch eine Fülle von prächtigem Humor enthält diese Erzählung. Das wird alles mit so unendlicher Naivetät geboten, daß auch selbst Groteskes und das Unwahrscheinlichste als ganz selbstverständlich erscheint. — Wir müssen Waldmüller für diese Gabe sehr dankbar sein, umso mehr, als er es verstanden, die Erzählung von Don Adone in unserm geliebten Deutsch so feinsinnig wiederzugeben, daß deren reizvolle Eigentümlichkeit nicht die geringste Einbuße erlitten hat.

Dresdner Anzeiger.

Sagen wir es gleich heraus: das Buch, welches Robert Waldmüller uns aus seiner unerschöpflichen Feder beschert und welchem er in schalkhaft schriftstellerischer Laune ein wälsches Mäntelchen umgehängt hat, ist so kernfrisch und in seinem ganzen Gefüge so echt deutsch, daß wir, wenn es uns der Verfasser nicht auf Treu und Glauben versicherte, nur schwerlich zu einem andern Glauben bekehrt werden könnten, oder vielmehr, er hat das fremde Original so lebendig und schöpferisch in sich

Digitized by Google

angenommen, daß daraus eine ursprünglich deutsche Dichtung entstanden ist. Wie Don Adone mit Hilfe seiner allerliebsten Fiammetta allmählich und nach manchen Abenteuern aus einem dichterisch zerstreuten, unpraktischen Individuum, das, was man so nennt, ein Mann wird (die Geschichte spielt in Sorrent, in und auf dem allerschönsten Meeresbusen der Erde), das ist mit einer Fülle von Humor erzählt oder vielmehr, wenn wir der Laune des Verfassers nachgeben, nacherzählt, die geradezu erquickend ist. Wie es aber auch immer sein möge, ob die Provenienz dies- oder jenseits der Alpen liege, jedenfalls hat die deutsche Literatur an „Don Adone" einen Schatz von Lustigkeit und überströmendem Humor gewonnen, zu welchem wir Robert Waldmüller nur gratuliren können. Das Buch will wie ein frischer Trunk auf der Stelle genossen werden; unter einer kritischen Besprechung könnten die prickelnden Schaumperlen nur zu bald verloren gehen. Allen Freunden einer gesunden, humorvollen, anmutigen Epik kann die heitere Dichtung des berühmten Fabulanten von der „Spiaggia della Marinella" in Neapel oder vielmehr Robert Waldmüllers in diesen Tagen des Ernstes aufs wärmste empfohlen werden. Neue Freie Presse.

Ohne Ideale.

„Ein Jahrzehnt ohne Ideale muß den Künstler ohne Ideale haben," äußert gelegentlich der Held des Romans, selbst ein Künstler. Diese Klage über die ideallose Zeit wiederholt sich in dem Buche in verschiedenen Variationen, und auf ihrer Berechtigung beruht auch die Berechtigung seines Titels. Indes ist es dem Verfasser — wir sagen: glücklicherweise! — selbst nicht recht Ernst mit jener Klage, wenigstens wenn er sie in dieser Allgemeinheit ausspricht. Zwar führt er uns Charaktere vor, deren ganzes Denken und Streben wirklich oder scheinbar jedes idealen Zuges entbehrt.... Diesen Charakteren gegenüber hat nun aber der Dichter uns eine ganze Reihe Persönlichkeiten, und zwar sind es die für die Entwicklung der Handlung maßgebendsten, vorgeführt, welche den Stempel des Idealismus nicht verleugnen können. Die Handlung verläuft in folgerichtiger Weise, ohne allzu sensationell erregte Spannung, doch in lebendigem, anmutendem Fluß. Nur an einigen Höhepunkten der Handlung steigert sich die Darstellung zu fast dramatischer Bewegung; die Schilderung des Schloßbrandes, der Tod der Prinzessin Stephanie, die Katastrophe in der Grube „Gut Heil" und die endliche Rettung der Verschütteten, wo höchst effektvoll der plötzliche Tod des „ehernen Herzogs" mit in das Geschick der Familie von Herther hineinverflochten ist, — alle diese Szenen fesseln durch Wärme und Lebendigkeit und heben sich auf das Wirkungsvollste von der sonst mehr ruhig-beschaulichen Form der Erzählung ab. Alles in allem sieht Referent in Sterns neuestem Roman eine in mehr als einer Beziehung beachtenswerte Erscheinung, welche wegen der tüchtigen Gesinnung, von der sie getragen ist, als gesunde Lektüre dem deutschen Hause empfohlen zu werden verdient. Deutsches Literaturblatt.

Digitized by Google

Es sind Menschen der modernen Gesellschaft, Leute ohne Ideale, kalte Egoisten, rohe Spekulanten, materialistische Gelehrte, bis zum Uebermaß prätentiöse Klaviervirtuosen, deren widerliches Treiben sich in dem Roman vor uns abspielt. Diesem aufstrebenden Geschlecht setzt als Repräsentant strenger Rechtlichkeit und Ehrenhaftigkeit der Präsident von Herther, dessen oft übertrieben erscheinende Gewissenhaftigkeit scharf mit dem Thun des Hauptrepräsentanten des Materialismus Dr. Paul Lohmer kontrastirt, gegenüber: ein trefflicher, in seinem ganzen Denken und Handeln sympathischer, von dem Verfasser mit vieler Feinheit durchgeführter Charakter. Des Präsidenten schöne Tochter Felicitas, um welche Paul Lohmer vergeblich wirbt, eine liebliche, auch in den kleinsten Zügen unsre Teilnahme gewinnende Frauengestalt, ist die weibliche Hauptfigur des Romans. Ungemein anziehend sind die eingeflochtenen Naturschilderungen von dem Verfasser aus eigner Anschauung bekannten Gegenden. Mag er uns an die Ufer des Lago Maggiore oder in die Residenz des Herzogs von Forstenburg mit ihren bizarren Hof- und Beamtengesellschaften führen, allerwärts ist das Lokalkolorit ein lebhaftes und überall bietet sich für Adolf Stern, dessen Werk sich gewiß viele Herzen erobern wird, dankbarer, den Leser fesselnder Stoff. Die Post.

Die Ueberflutung des Büchermarktes mit Romanen und Novellen ist unerfreulich groß und scheint noch beständig im Steigen begriffen zu sein. Bedeutendere Werke, die sich über die Masse des Mittelgutes erheben, leiden zwar dadurch ohne Zweifel, können jedoch durch die Massenproduktion nicht dauernd verdeckt werden. Unter diesen nimmt das neueste Werk Adolf Sterns „Ohne Ideale" eine hervorragende Stellung ein. Dasselbe gehört zu den besten Schöpfungen des jüngsten Jahrzehnts der deutschen Literatur und zeichnet sich durch einen Zug innerer Größe, innerer Gesundheit aus, der uns berechtigt, diesem Roman bleibenden Wert und dauernde Geltung zuzusprechen. Mit einer seltenen Kühnheit und treffenden Sicherheit wird in ihm das Hauptproblem der Gegenwart: das Recht idealer Lebensanschauung und vom Gemeinen unberührter Lebensführung gegenüber den Erscheinungen und Strömungen des Tages, dem Strebertum und dem Jagen nach Erfolgen dargestellt. In einer reichen, klar sich abspielenden und nicht minder vortrefflich im Detail durchgeführten Handlung stellt der Dichter seine Grundideen dar. Drei Gruppen von Gestalten sind es, die wir in „Ohne Ideale" unterscheiden und deren gegenseitige Beziehungen den Knoten schürzen, die Katastrophe und die endliche glückliche Lösung herbeiführen. Die Katastrophe, in welche die Gegensätze zur Feuerprobe gelangen, ist so meisterhaft und ergreifend geschildert, die Lösung so einfach schön, daß man das treffliche Buch in gehobener, weihevoller Stimmung aus der Hand legt, wie sie uns bei jedem echten Kunstwerk erfüllt. Dresdner Journal.

Adolf Sterns vorletzter Roman „Die letzten Humanisten" trat als eine reife, in sich abgerundete und Anspruch auf dauernde Beachtung erhebende Schöpfung vor uns; sein neuestes Werk nun, „Ohne Ideale

in weiterem Umfange als jenes angelegt, aus dem unmittelbaren Leben geschaffen, hinüber wir nicht minder freudig. Die Handlung des Romanes könnte hier und dort vielleicht etwas schneller pulsiren, dafür aber ergibt sie sich mehr als einmal zu den fesselndsten Höhepunkten. Die Schilderung des Forstenburger Schlußbrandes, das Geburtsfest der Prinzessin Stephanie, das Künstlerfest der Münchener Mappe sind bunt bewegte gelungene Bilder, die Vorgänge bei dem Tode der Fürstentochter bieten tiefergreifende Szenen. Das in allen Einzelheiten sich vor dem Leser zutragende Bergwerksunglück hat fast dramatisches Gefühle und erregt in seiner meisterhaften Beschreibung dauernde Spannung. Das alles wird uns in einer reinen und frischen Sprache berichtet. Den Vollwert der Sternschen Arbeit sehen wir jedoch in dem Vorwurfe und in der Durchführung der Charaktere; hier hat der Geist und die Hand eines Meisters gewaltet, dem wir sicher noch manches treffliche Werk zu danken haben werden. National-Zeitung.

„Ohne Ideale" von Adolf Stern macht nicht bloß einen momentanen und oberflächlichen, nicht bloß einen an Aeußerlichkeiten haftenden Eindruck, sondern einen bleibenden, da es einem tiefinnerlichen Kern entsprungen ist. Es ist ein Zeitroman aus dem Grunde unseres unmittelbaren Tageslebens, die Grundfrage keine geringere, als der unversöhnliche Widerspruch zwischen den zwei gänzlich auseinandergehenden Weltanschauungen, welche allerdings in allen Zeiten der Geschichte nebeneinanderstanden und sich bekämpften, gewiß aber niemals schärfer und klarer oder schneidender ausgesprochen wurden, als in unseren Tagen, schon der Titel sagt, was wir meinen. Wer nur Handlung vom Roman verlangt, effekt- und wechselvolle, ja reiche Handlung, für den ist zur Genüge gesorgt. Aber nicht darin liegt der eigentliche Gehalt der Arbeit, er ist vorzugsweise in der psychologischen Zeichnung und Entwicklung der Charaktere zu suchen, eine sichere Hand hat da gewaltet; es sind ganze, volle, meist fest in sich ruhende oder in ihren Schwankungen völlig organisch sich wandelnde Gestalten. Die ruhige Bestimmtheit in der Zeichnung imponirt, es ist Lebenswahrheit darin, und deshalb auch Gesundheit. Die Sprache entwickelt einfach gediegene Kraft. „Ohne Ideale" ist eine treffliche Arbeit, lebensfrisch und gedankenreich. Blätter für literarische Unterhaltung.

Eines der wenigen erfreulichen Produkte des ganzen Gebietes, eine Arbeit dichterischer Begabung und tüchtiger Gesinnung, deren Resultat der Sieg der Ideale, der Untergang der ideallosen Menschen ist. Insofern ist der Roman geradezu sehr beachtenswert; denn sonst geht es umgekehrt bei den heutigen Herren Belletristikern: Der Materialismus triumphirt, die Ideale vertretenden Charaktere sind als Einfaltspinsel ꝛc. vorweg schon aufgefaßt! Psychologische Entwicklung, poetische Darstellung Sterns sind sehr zu loben; keine überreizte Spannung! „Eine gesunde Lektüre fürs deutsche Haus," auch fürs Pfarrhaus!
Ev. Kirchen- u. Schulblatt f. Württemb.

Es gehört vorliegender Roman zu den wertvolleren neueren Erscheinungen dieser Art. Wie schon der Titel andeutet, macht der Ver-

Digitized by Google

lässer Freude gegen jenen kaltherzigen und rücksichtslosen Egoismus, der ja oft genug als die wahre Lebenstüchtigkeit gepriesen, sogar mit einem gewissen Ruhmesnimbus umgeben wird, sobald als ihm nur der Erfolg zur Seite steht. Unsere Zeit ist ganz besonders dazu angethan, sogenannten „Strebern" freie Bahn zu lassen, d. h. Menschen, die mit dem Grundsatz: „Wenn du den Zweck willst, musst du auch die Mittel wollen," in fieberhafter Hast auf ihr egoistisches Ziel hinarbeiten. Die Zeichnung solcher Charaktere und ihrer Gegensätze ist eine interessante, aber auch nicht leichte Aufgabe, die dem Verfasser wohl gelungen ist. . . . Aber auch die diesen Persönlichkeiten gegenüberstehenden Charaktere und die zahlreichen episodischen Figuren sind zutreffend gezeichnet, und erwecken namentlich erstere bei warmer und mit sichtlicher Vorliebe ausgeführter Schilderung die lebhafteste Sympathie. Besonders anzuerkennen ist es, daß der Roman frei von aller tendenziösen Absichtlichkeit bleibt, obgleich bei diesem Stoffe die freilich sehr wohlfeilen Effektmittel des Tendenziösen viel Verlockendes haben mochten. Die im ersten Teile zu Baveno am Lago Maggiore, im zweiten Teile in einer kleinen deutschen Residenz spielende Handlung ist gut erfunden und mit Geschick aufgebaut; sie geht inmitten lebhaft kolorirter Schilderungen rasch vorwärts, ist reich an packenden Momenten, selbst erschütternden Ereignissen. Gewiß nicht ohne Befriedigung wird der Leser von diesem Roman scheiden, der seinem Motto: „Bleiben Sie fest im Bunde des Ernstes und der Liebe — alles andre ist leeres und trauriges Wesen" (Goethe an Schiller) allseitig gerecht wird.

Dresdener Anzeiger.

In Adolf Sterns vor kurzem erschienenem Werke „Ohne Ideale" haben wir einen Zeit- und Tendenzroman edelster Art vor uns. Der Sternsche Roman gipfelt in dem verkörperten Widerstreit zwischen den Idealen einer ausklingenden Zeit und den Anschauungen einer hereinbrechenden neuen Periode. Dem Idealismus, welcher, ohne sich den realen Verhältnissen zu entfremden, einen Ausbau des innern Menschen und die Manifestation dieses ethischen Gehalts erstrebt, steht jener Realismus unsrer Tage gegenüber, welcher teils den Erfolg als einziges Kriterium für das Gute und Richtige, teils den vollen erschöpfenden Genuß des Moments und eine rücksichtslose Geltendmachung des Individuums als Ideal proklamirt. Diese Gegensätze, die eine Menge fein durchgeführter, zum Teil erschütternder Konflikte bedingen, bringt Adolf Stern, der mit seinem ganzen Wesen auf seiten der Ideale steht, in seinem Roman zum Austrag, indem er sie von Menschen, in deren Adern frisches, individuelles Leben pulsirt, vertreten und in den verschiedensten Gestaltungen und interessant verketteten Verhältnissen überzeugend darleben läßt. Der Autor, wir sagen dies zu seinem größten Lobe, führt uns in seinem Buche nicht eine einzige sogenannte Romanfigur vor, sondern bringt uns im Verlauf der außerordentlich spannend zu einem Ganzen aufgebauten Begebenheiten in Berührung mit wirklichen Menschen, an deren fein motivirte Eigenart wir überall glauben und deren Schicksale uns ohne Ausnahme die regste Teilnahme ei-

rößen. Die Fabel des Romans, welche unser Interesse keinen Augenblick loslaßt, steigert sich nachdem uns der Selbstmord der Prinzessin Stephanie tief erschüttert, kunstgemäß bis zum Schlusse und erreicht ihren Höhepunkt in dem durch eine leichtsinnige Ausbeutung herbeigeführten Grubenunglück. Dieser letzte Teil ist in seiner dem aktuellsten Leben entnommenen Durchführung und der malerischen Anschaulichkeit der Details geradezu meisterhaft zu nennen. Wenn der schließliche Eindruck, mit dem wir das Buch aus der Hand legen, ein befriedigender und befreiender ist, so beruht das sowohl auf der siegreichen Durchführung der vielverlachten Wahrheit, daß am Ende das Gute, Edle, Humane auch das allein Richtige ist; sowie in der mächtigen poetischen Strömung, die den Roman durchfluter, obgleich uns die Verknüpfung der Begebenheiten, Szenerie, Zeichnung und Kolorit der Gestalten auf vollkommen realistischen Boden stellen. Gegenüber den zahllosen unerquicklichen Photographien, mit denen uns die moderne Literatur unter dem fälschlichen Vorgeben heimsucht, das wirkliche ungeschminkte Gesicht der Welt und des Lebens zu zeigen, strbt Adolf Sterns Roman „Ohne Ideale" als neuer Beweis, daß nur die Dichtung in ihrem tiefen Erfassen, ihrem weiten Ueberschauen ein treues Bild des Lebens zu schaffen vermag, ein Bild, das unsern Blick weit über seine Grenzen der Totalität des Daseins zuwendet.

Augsburger Allgemeine Zeitung.

Adolf Stern, der gehaltreiche Dichter, bietet dem deutschen Publikum von neuem eine poetische Gabe, den größern Roman „Ohne Ideale", der sich vermöge seines ernsten Inhalts, seiner gediegenen Behandlung von der landläufigen Romanware zu seinem Vorteil unterscheidet und demgemäß die Beachtung der Kritik und des Publikums verdient. Die Darstellung ist von ungemeiner Frische und Poesie, stimmungsvolle Szenen wechseln mit großartig packenden ab, welche in kunstvoller Steigerung stets am Schlusse der vier Bücher zu finden sind, sodaß diese Szenen effektvollen Aktschlüssen und Abgängen im Drama ähneln.

Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung.

Der Sternsche Roman schildert den Sieg echter Idealität über die falsche, über das idealose Strebertum und die Trivialität. Die Darstellung ist äußerst spannend, sowohl was die psychologische Analyse und Charakteristik als die Schilderung der Vorgänge und landschaftliche Szenerie anbetrifft.

Württembergischer Staatsanzeiger.

Unsre Zeit hat keine Ideale. Das ist die Anschauung derjenigen Welt, die uns Adolf Stern in seinem Roman schildert, und zwar mit einem Talent, das die Mittelmäßigkeit weit überragt. Die Alten glauben die schöpferische Kraft der Ideale, für die sie in ihrer Jugend gegltht, versiegt, und die Jugend kennt kein höheres Streben als zu Ansehen und Reichtum zu gelangen, um das Leben in vollen Zügen zu genießen, alles ist ihr nur Mittel zu diesem einen Zweck, und Skrupel kennt sie nicht. Die Träger der Idee sind deutlich gezeichnet ud die Gegensätze zwischen ihnen geben zu manchem gedankenvollen

Dialoge, in dem sich die reiche Welterfahrung des Autors offenbart, Veranlassung. Die Katastrophe ist eine meisterhafte Schilderung. Und solcher sind viele durch den Roman zerstreut, den wir nicht angelegentlich genug empfehlen können. Wenn solche Bücher in unsrer Zeit entstehen, dann dürfen wir der Zukunft unsrer Literatur vertrauen, trotz der Fluten von Schund, die den Büchermarkt überschwemmen.

Deutsche Romanzeitung

Ein ungewöhnlich interessanter Roman von feinster Ausführung ist „Ohne Ideale" von Adolf Stern. Der Dichter hat sich ein großes Problem gestellt, er sucht das Grundübel, an welchem unsre Zeit krankt, in Form einer edel gehaltenen Dichtung zu verkörpern. Der Autor besitzt eine lebhafte Phantasie, er ist sehr geistvoll und verfügt über eine mustergiltige, fein gefühlte Ausdrucksweise; das sind die Grundsäulen der künstlerischen Gestaltung des Romans, der eine große Zahl origineller und geistreich gedachter Figuren dem Leser vorführt, alles Vertreter der verschiedenen Richtungen unserer Tage. Wenn wir noch hinzufügen, daß der landschaftliche Hintergrund des Romans mit künstlerischem Blick und poetisch ausgemalt ist, die Handlung der innern Spannung durchaus nicht entbehrt, so dürfen wir wohl diesen Roman als eine in hohem Grade fesselnde und vornehme Lektüre warm empfehlen.

Ueber Land und Meer.

Der Roman, der allerdings keine gewöhnliche Alltagslektüre bildet, sondern wie jedes echte Kunstwerk die volle, ungeteilte Aufmerksamkeit des Lesers in Anspruch nimmt, zeichnet sich durch geist- und phantasievolle Anlage, eine bis ins kleinste beobachtete feine Ausarbeitung, durch meisterhafte Charakteristik der vielen Gestalten, durch ein vortrefflich gewähltes Lokalkolorit, durch seine sittlich ernste Tendenz, wie durch eine vornehme und durchweg dem Gegenstande angepaßte fließende Diktion vor den meisten Romanen, welche jahraus, jahrein den Büchermarkt überfluten, in vorteilhafter Weise aus, und kann Lesern, welche der flüchtigen Tageslektüre ein Dichtwerk von bleibendem Werte vorziehen, warm empfohlen werden.

Illustrirte Zeitung.

. . . Sterns stetig glänzendere Früchte bringendem Entwicklungsgang verdanken wir jetzt diesen „Zeitroman", der als Werk der poetischen Kunst voll Reinheit des Stils und als Offenbarung eines Dichtergeistes voll bedeutenden Inhalts ist. Dieser Geist faßte als das Hauptproblem der Zeit den Kampf aller derer auf, die ihre Lebensführung sittlichen Idealen unterordnen, mit denen, die jeden dieser Leitsterne für abgelebten Plunder erklären und nur vom Vorteil des „Ich" ihr Thun und Handeln bestimmen lassen. In reichen Schattirungen entwirft der Dichter ein Bild des modernen Lebens, in welchem dem Fürsten wie dem Arbeiter, dem Künstler wie dem Mann der Wissenschaft die gleiche Beachtung zu teil wird, und jede der fein ausgearbeiteten Personen verkörpert typisch eine Stellungnahme zu der Idee des Ganzen: daß ein Leben ohne Ideale die Welt alles Lichts alles Glanzes beraubt und die Menschheit zu einer mit Geist begabt

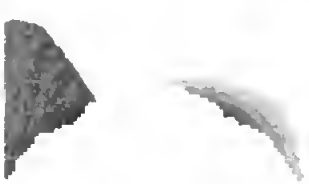
[illegible] Verlagsanzeige [illegible] Romane [illegible] Gedichte [illegible] Leben [illegible] Wunden [illegible] Grenze [illegible] Charakter [illegible] Kraft und dem Feuer seiner Leidenschaft [illegible] Leben sich selbst gestaltet, sich zu innerem Adel und Frommen. — Die Erzählung selbst ist auch [illegible] Sie in ihr verkörperte Idee von hohem Interesse. [illegible] Leser führt uns in ihr eine bunte Reihe farbig belebter Bilder [illegible] aus dem Leben der Gegenwart, und zwar jedes mit einer [illegible] die beweist, daß der echte Realismus sich gerade so [illegible] hier bewähren kann in Schilderungen von poetischer Anmut [illegible] sinnlicher Gewalt, wie in den eingehend entworfenen Szenen [illegible] Entartung und Roheit, wie sie der französische Naturalismus [illegible] mit Vorliebe kultiviert. Vor allem muß die feine Charakterzeichnung gerühmt werden, die allerdings in der Analyse der [illegible] Romane sich noch glänzender bewährt, als im Entwurf der Hauptfiguren. Die unerbittliche, fast grausame Schärfe, mit welcher [illegible] Verfehlen des Idealen gezeichnet sind, findet jedoch ein wohltuendes Korrektiv in der objektiven Tendenzlosigkeit, mit welcher auch [illegible] Naturen mit Verständnis wahrgenommen wird. . . .

Frankfurter Zeitung.

. . Der Verfasser, der in seinen „Letzten Humoristen" [illegible] anderen Erzählungen sich gewandt im Auffassen frischerer Farbenreize gezeigt und zugleich bewiesen hat, daß es ihm um die geistigen Güter der Menschheit zu thun ist, giebt uns jetzt ein Bild aus der Gegenwart, wobei er Gelegenheit genug findet, seine idealistischen Grundsätze im Kampfe mit den entgegengesetzten Strömungen zu zeigen. Das giebt seinem Roman einen höhern Wert, und mancher Leser wird diese besseren Grundsätze, an denen heutzutage so vielfach gerüttelt wird, wären sie etwas Lächerliches, an dem Buche stärken können. . . Die Schilderungen sind sehr detaillirt; doch muß man sagen, daß der Verfasser kaum ein Wort schreibt, das ohne Bedeutung wäre. Namentlich weiß er die Gemütszustände des Menschen aus der Tiefe zu schöpfen und dadurch den Leser entschieden mehr zu fesseln und zum Denken zu veranlassen, als dies gewöhnlich die Romane zuwege bringen.

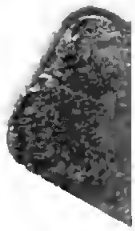
Schwäbischer Merkur.

Druck von Carl Marquart in Leipzig.



THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
REFERENCE DEPARTMENT

This book is under no circumstances to be taken from the Building



Digitized by Google